



**iauw**

*Institut Arbeit und Wirtschaft*  
*Universität / Arbeitnehmerkammer Bremen*

# Bericht zur Evaluation 2006 – 2011



Universität Bremen



## Impressum

### Herausgeber


Institut Arbeit und Wirtschaft  
Universität / Arbeitnehmerkammer Bremen  
Postfach 33 04 40  
28 334 Bremen  
[www.iaw.uni-bremen.de](http://www.iaw.uni-bremen.de)

### Redaktion

Dr. Günter Warsewa  
Dr. Jörg Sommer  
Swantje Grigull

### Herstellung / Auflage

Olga Schreiner (Gestaltung)  
Universitätsdruckerei Bremen  
200 Stück





# Bericht zur Evaluation

## 2006 – 2011



# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>7</b>
<b>1. Entwicklung des IAW von 2006 bis 2011</b>	<b>9</b>
<b>2. Ergebnisse und Perspektiven der vier Forschungseinheiten sowie des DEG</b>	<b>19</b>
2.1 Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft	21
2.2 Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb	30
2.3 Forschungseinheit Stadt und Region	37
2.4 Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen	47
2.5 Dokumentationszentrum für Europäische Gewerkschaftspublikationen	53
Literatur	55
<b>3. Dokumentation</b>	<b>61</b>
3.1 Laufende und abgeschlossene Projekte	62
3.2 Veranstaltungen	137
3.3 Wissenschaftliche Vorträge und Transfer	150
3.4 Veröffentlichungen	182
3.5 Abschlussarbeiten	206
3.6 Promotionen	211
3.7 Lehrveranstaltungen	213
3.8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	216



# Vorwort

Das Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) ist eine gemeinsame Einrichtung der Kooperationspartner Arbeitnehmerkammer Bremen und Universität Bremen. Gegründet im Jahre 2001 als interdisziplinäres, wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut, setzt es die mittlerweile 40-jährige Tradition der Kooperationsforschung in Bremen fort, indem es den Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nachgeht. Zu den vertraglich definierten Aufgaben des IAW gehört es überdies, wissenschaftlich fundierte Vorschläge zur gesellschaftlichen Gestaltung durch die Arbeitnehmer/-innen und ihre Organisationen zu erarbeiten und durch vielfältige Transferaktivitäten zu ihrer Verbreitung und Umsetzung beizutragen. Der Vertrag über die Einrichtung des IAW sieht im fünfjährigen Abstand ein wissenschaftliches Begutachtungsverfahren vor, in dem die Arbeit des IAW von unabhängigen Gutachter/-innen in Anbetracht der genannten Aufgaben bewertet wird. Auf der Grundlage des Evaluationsverfahrens entscheiden die beiden Kooperationspartner über „Art und Umfang der Fortsetzung und Ausstattung des Instituts“. Dieser Verpflichtung kommt das IAW mit dem vorliegenden Bericht nach, der im Sommer 2011 abgeschlossen wurde.

Das Institut Arbeit und Wirtschaft dokumentiert mit diesem Evaluationsbericht seine wissenschaftliche Tätigkeit in insgesamt 120 Forschungs- und Entwicklungsprojekten, die zwischen Ende 2006 und Mitte 2011 durchgeführt worden sind. Auf der Grundlage von Forschungsergebnissen und Transferaktivitäten werden darüber hinaus diejenigen Forschungsthemen und weiter führenden Fragestellungen dargelegt, die in der kommenden Arbeitsperiode bis 2016 behandelt werden sollen. Forschungsergebnisse und Forschungsperspektiven werden gesondert für jede der vier Forschungseinheiten des IAW ausgeführt. Dem vorangestellt ist eine Übersicht der wissenschaftlichen wie auch der organisatorischen Entwicklung des Instituts während des Berichtszeitraums. Dieser Abschnitt des Berichts verdeutlicht, dass das IAW die Gestaltungsempfehlungen des letzten Evaluationsgutachtens von 2006 für seine Weiterentwicklung aufgenommen und erfolgreich verarbeitet hat. Komplettiert wird die Darstellung durch eine detaillierte Dokumentation der abgeschlossenen und laufenden Forschungsarbeiten, der Lehraktivitäten und der Publikationen sowie ein Verzeichnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Berichtszeitraum am IAW beschäftigt waren.

Im Rückblick sind es vor allem zwei einschneidende Ereignisse, die neben den kontinuierlichen Arbeiten und Diskussionen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Entwicklung des Instituts im Berichtszeitraum besonders geprägt haben: Zum einen hat der Tod von Helmut Spitzley eine Lücke im IAW hinterlassen, die sich kaum schließen lässt. Dies gilt sicherlich in menschlicher, freundschaftlicher und kollegialer Hinsicht; es gilt aber auch in fachlicher Hinsicht, weil die Arbeitsthemen und Forschungsinteressen von Helmut Spitzley nur noch sehr begrenzt im IAW weiter verfolgt werden können. Zum anderen ist der Gründungsdirektor des IAW, Rudolf Hickel, aus dieser Funktion ausgeschieden, nachdem er mehr als acht Jahre lang inhaltlich und persönlich den Aufbau und die Konsolidierung des IAW erfolgreich gestaltet hat. Beiden, sowohl Rudolf Hickel als auch Helmut Spitzley sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IAW auf unterschiedliche Weise zu großem Dank verpflichtet.

Gleichzeitig signalisieren diese Ereignisse aber auch den umfassenderen Generationswechsel, der zurzeit im IAW stattfindet und der sich in den kommenden Jahren noch fortsetzen wird. In der kurzen Zeit zwischen 2009 und 2013 wird die gesamte Leitungsebene des Instituts mit neuen Personen besetzt sein. Bei allen damit verbundenen Problemen eröffnet dies auch Chancen für die weitere Entwicklung des IAW – einer Entwicklung, die sich gleichwohl der Idee und den Zielen der Kooperationsforschung auch in den kommenden Jahren verpflichtet fühlt.



Günter Warsewa





# Entwicklung des IAW

von 2006 bis 2011

# 1. Entwicklung des IAW von 2006 bis 2011

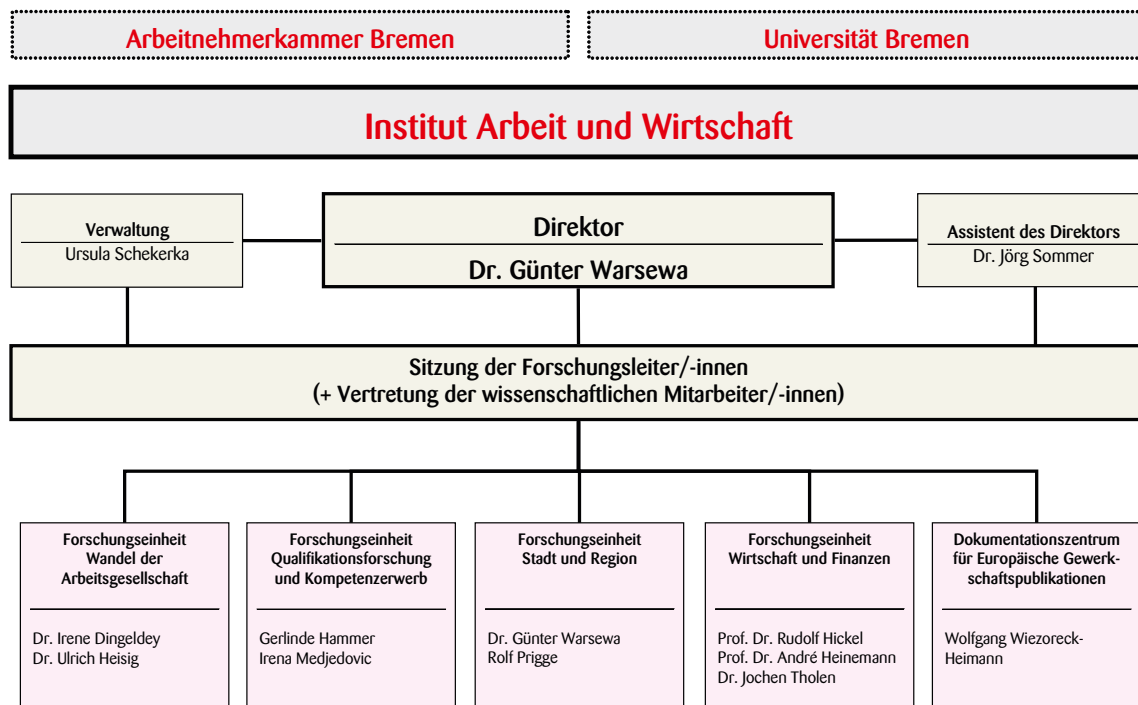
## Aufgabenstellung und Struktur des IAW

Das Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) wurde am 28. November 2001 durch einen Vertrag im Rahmen der Kooperation der Arbeitnehmerkammer Bremen mit der Universität Bremen eingerichtet. Das IAW lässt sich durch drei Charakteristika kennzeichnen:

- » Es ist ein interdisziplinär ausgerichtetes, sozial- und wirtschaftswissenschaftliches Forschungsinstitut. Im Mittelpunkt der Forschungstätigkeit stehen regional-ökonomische Analysen sowie die Entwicklung des Stadtstaats Bremen, der Wandel von Arbeitsmärkten, Arbeits- und Lebensbedingungen sowie von Qualifikations- und Kompetenzbedarfen.
  - » In der Forschungsarbeit geht es insbesondere um die Auswirkungen des sozialen, ökonomischen und technischen Wandels auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Stadtstaat Bremen, in den nord-deutschen Küstenregionen und darüber hinaus. Dazu gehören auch wissenschaftlich fundierte Vorschläge zur gesellschaftlichen Gestaltung durch die Arbeitnehmer/innen und ihre Organisationen.
  - » Bereits im Forschungsprozess wird der praxisbezogene Transfer von Ergebnissen berücksichtigt. Durch Modellprojekte sowie vielfältige Kooperationen mit Betrieben und Institutionen verbindet das IAW die Grundlagen- mit der anwendungsorientierten Forschung.
- » Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft (FeA): Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung; Entwicklung von Arbeitsbeziehungen; Governance von Arbeit.
  - » Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb (FeQua): Qualifikationsbedarfsanalysen; Übergänge im Arbeitssystem sowie zwischen Arbeits- und Bildungssystem; betriebliche Gesundheitsprävention und humanorientierte Technik- und Arbeitsgestaltung.
  - » Forschungseinheit Stadt und Region (FeS): Soziale Stadtentwicklung; Regionale Bildungsnetzwerke; lokale Demokratie und Partizipation; Regionalentwicklung und Klimawandel.
  - » Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen (FeWiF): Wirtschafts- und Finanzentwicklung; Regionalökonomie (insbesondere der maritimen Regionen und Wirtschaftsbranchen); Stadtstaat Bremen im föderalen Finanzausgleich.
  - » Als weitere Organisationseinheit gehört zum IAW das Dokumentationszentrum für Europäische Gewerkschaftspublikationen (DEG).

Zur Umsetzung seines Arbeitsauftrags gliedert sich das IAW in vier Forschungseinheiten, in denen unterschiedliche Schwerpunkte bearbeitet werden:

# Organisationsstruktur des IAW



## Finanzielle, personelle und räumliche Ausstattung

### Finanzen

Die jährliche Finanzierung der Forschungsarbeiten im IAW setzt sich im Wesentlichen aus drei Quellen unterschiedlichen Umfangs zusammen. Diese drei Finanzierungsquellen sind:

- » Zur Finanzierung der laufenden Grundausstattung der Geschäftsstelle (Overhead-Kosten) stellt die Arbeitnehmerkammer Bremen entsprechend der Vorgabe im Gründungsvertrag dem IAW jährlich 30.678 Euro (60.000 DM) zur Verfügung. Die Universität Bremen, die ursprünglich ebenfalls 60.000 DM für die Grundausstattung übernommen hatte, musste aufgrund der Mittelknappheit ihren Beitrag reduzieren (2007-2010: 21.700 Euro p.a.).
- » Die Arbeitnehmerkammer Bremen stellt jährlich einen Forschungsfonds mit einem Volumen von ca. 200.000 Euro zur Verfügung. Diese Finanzmittel dienen bedarfsorientiert kurzfristig angelegten, kleineren Studien sowie der Finanzierung von Vorarbeiten zur Einwerbung

von Drittmittelprojekten. Aus diesen Mitteln werden auch in Abstimmung mit der Arbeitnehmerkammer Eigenanteile zur Ko-Finanzierung bei Projekten aufgebracht, in denen dies erforderlich ist.

- » Den größten Anteil der Finanzierung des IAW machen regelmäßig die eingeworbenen Drittmittel aus. Aufgrund des breiten Leistungsprofils des Instituts, das von akademischer über angewandte Forschung bis zu wissenschaftlich fundierten Dienstleistungen reicht, sind zahlreiche unterschiedliche Drittmittelgeber an der Finanzierung der Projekte beteiligt:

Wichtigster Mittelgeber war im Berichtszeitraum die Europäische Union (EU) im Rahmen ihrer unterschiedlichen Förderprogramme (Forschungsrahmenprogramm, Interreg, ESF/EFRE). Hinzu kommen

- » Stiftungen und Einrichtungen der Forschungsförderung (Hans Böckler Stiftung; Fritz Thyssen Stiftung; Otto Brenner Stiftung; Friedrich Ebert Stiftung; Deutsche Kinder- und Jugendstiftung; Volkswagen-Stiftung; Deutsche Forschungsgemeinschaft; Deutscher Akademischer Austausch Dienst),
- » Nationale und Landesministerien (z.B. Bundesministerium für Bildung und Forschung; Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsi-

cherheit; Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Nieders. Ministerium für Landwirtschaft und Raumordnung; Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa in Bremen; Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales in Bremen),

- » weitere Gebietskörperschaften und Verbände (z.B. Regionale Agentur 2010; Region Köln/Bonn e.V.; Agrar + Ernährungsforum Oldenburger Münsterland; Stadt Syke; Metropolregion Bremen-Oldenburg) sowie
- » Verbände, Unternehmen, Behörden, Sonstige (z.B. bremen ports, Grontmij GfL mbh, Versorgungsamt Bremen, Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft (RKW)).

Wegen der unterschiedlichen Finanzierungsquellen ist die Ermittlung der strategisch wichtigen Drittmittelquote schwierig. Plausibel ist eine Definition der (faktischen) jährlichen Drittmittelquote wie folgt:

$$\frac{\text{Drittmittel}^* (1.643.734 \text{ Euro})}{\text{Eigenmittel} (760.279 \text{ Euro}) + \text{Drittmittel}^* (1.643.734 \text{ Euro})} \times 100$$

\* Drittmittel inklusive Projektakquise Arbeitnehmerkammer Bremen im Jahr 2010

Demgemäß lag im Jahr 2010 die Drittmittelquote bei 68,4%. Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Quote damit um 6,7% Pkt. erhöht werden. Für den gesamten Berichtszeitraum ergibt sich eine durchschnittliche jährliche Drittmittelquote von 65,0%.

Im laufenden Jahr ist nach den bisher vorliegenden Daten damit zu rechnen, dass die Drittmittelquote auf dem Stand von 2010 gehalten werden kann. Allerdings ist noch nicht konkret vorhersehbar, wie sich mittelfristig die Anwendung der EU-Trennungsrechnung auswirken wird, die ab dem 1. Januar 2011 auch an der Universität Bremen eingeführt worden ist. Dadurch steigen die Gesamtkosten für anwendungsnahe Projekte und wissenschaftliche Dienstleistungen massiv an und es ist bereits abzusehen, dass die zu kalkulierenden Kosten keineswegs vollständig am Markt und im Wettbewerb mit privaten Instituten, Agenturen etc. durchgesetzt werden können. Da solche Arbeiten aber bislang einen beträchtlichen Anteil der Drittmittel des IAW (aktuell ca. 20-25%)

ausmachen, steht ein erheblicher Rückgang des Auftrags- und Einnahmenvolumens in diesem Bereich zu befürchten.

Unter dieser Voraussetzung ist es das Ziel des IAW, mit einem optimierten Forschungsprofil die zurzeit erreichte Drittmittelquote auch in den kommenden Jahren auf dem aktuellen Niveau zu halten. Allein dies erfordert jedoch erhebliche zusätzliche Anstrengungen, zumal überdies Änderungen in der Forschungsförderung maßgeblicher Mittelgeber wie der EU oder der Hans-Böckler-Stiftung, den Spielraum für die Projektakquise eher einschränken werden.

## Personal

Im Juni 2011 sind beim IAW 50 Personen beschäftigt. Dabei ist zwischen Beschäftigten nach Maßgabe des Kooperationsvertrages zwischen Arbeitnehmerkammer Bremen und Universität Bremen, kooptierten Mitgliedern, an das IAW angegliederten Beschäftigten sowie Beschäftigten auf Drittmittelbasis zu unterscheiden. Während die Personalstellen auf Basis des Kooperationsvertrages dem Institut unbefristet zur Verfügung stehen, sind die dem IAW angegliederten Stellen an die jeweilige Person gebunden. Das folgende Tableau gibt eine Übersicht über die derzeitige Personalstruktur des Instituts:

kunft arbeitsfähig zu halten, muss dafür ein Ausgleich geschaffen werden. Dies ist nicht nur zur Erhaltung der dauerhaften Antrags- und Drittmittelfähigkeit des Instituts unbedingt erforderlich (die fest beschäftigten Wissenschaftler/-innen bestreiten zwangsläufig den größten Teil der Drittmittelakquisition) sondern ermöglicht auch einen Generationenwechsel, der im Sinne einer verstärkten inhaltlichen Ausrichtung des Instituts genutzt werden muss.

Die Neu- bzw. Wiederbesetzung von einer der frei werdenden Stellen wird mit der Arbeitnehmerkammer Bremen abzustimmen sein. In allen anderen Fällen ist

		Beschäftigte	Stellen
<b>Verwaltung</b>	vertragsgemäß	5	3,25
	zusätzlich, personengebunden	3	2,5
<b>Wissenschaft</b>	vertragsgemäß	7	7
	kooptiert	4	4
	zusätzlich, personengebunden	3	3
	Drittmittel	28	21,1
<b>Insgesamt</b>		<b>50</b>	<b>40,85</b>

Zu den in der Verwaltung Beschäftigten gehören vier in der Geschäftsstelle, eine in der Netzadministration und drei beim Dokumentationszentrum für Europäische Gewerkschaftspublikationen (DEG).

Die Stelle des Institutsdirektors gehört zu den zusätzlich und an die Person gebundenen Stellen, die von der Universität finanziert werden. Für alle anderen zusätzlich Beschäftigten wie auch bei einigen der sieben vertragsgemäßen Stellen ist eine Neubesetzung nach dem Ausscheiden der aktuell dort Beschäftigten unklar. Nachdem bereits in der vergangenen Berichtsperiode zwei der sieben vertragsgemäß beim IAW angesiedelten unbefristeten Stellen neu besetzt werden mussten, werden in der kommenden Arbeitsperiode weitere drei Mitarbeiter/-innen sowie zwei der zusätzlich und personengebunden Beschäftigten aus Altersgründen ausscheiden. Um das IAW in Zu-

vorgesehen, die Stellenbesetzungen auch dafür zu nutzen, eine engere personelle Verflechtung mit den einschlägigen Fachbereichen der Universität herzustellen. Dem dient ebenfalls die Kooptation von vier Professoren (Rainer Dombois, André W. Heinemann, Rudolf Hickel und Lothar Peter) die auf diese Weise dem IAW zugeordnet sind.

Zurzeit werden 28 – vorwiegend – Nachwuchswissenschaftler/-innen befristet und ausschließlich aus Drittmittelprojekten finanziert (Stand Juni 2011). Angesichts der ungünstigen Beschäftigungs- und Karrierebedingungen für diese Gruppe wurden und werden auch in Zukunft besondere Bemühungen zur Personalentwicklung unternommen. Dies ebenso wie die starke Praxisorientierung und die gute Vernetzung des Instituts hat dazu beigetragen, dass das IAW immer

wieder von jüngeren Beschäftigten als „Sprungbrett“ in eine dauerhaftere, gesicherte Beschäftigung genutzt wurde und wird. Dies spiegelt sich auch bei der Personalfuktuation wider: bei einem durchschnittlichen Bestand von ca. 40 Personen sind im Berichtszeitraum im wissenschaftlichen Bereich mehr als 80 Personen beschäftigt gewesen.

## Räumliche Unterbringung

Nach dem Vertrag zwischen den Kooperationspartnern ist es die Aufgabe der Universität Bremen, die Unterbringung des IAW zu gewährleisten. Dieser Anforderung ist die Universität nachgekommen. Allerdings ist das IAW nach wie vor auf vier weit auseinander liegende Standorte innerhalb des Technologieparks an der Universität Bremen verteilt: Drei Forschungseinheiten sind im Seekampgebäude (Universitätsallee 22) zusammengefasst; die Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb arbeitet im Bremer Forum (Wilhelm-Herbst-Str. 7), die Mitarbeiter/-innen der Forschungsstelle Finanzpolitik, die z.T. dem IAW angehören, sind im WiWi-Gebäude (Wilhelm-Herbst-Str. 12) untergebracht und das zum IAW gehörige Dokumentationszentrum für Europäische Gewerkschaftspublikationen befindet sich im Gebäude GW I (Universitätsallee 1). Damit sind die einzelnen Teile des IAW zwar jeweils für sich angemessen untergebracht, jedoch ist die räumliche Verteilung des Instituts auf weit entfernt voneinander liegende Eckpunkte des Technologieparks an der Universität Bremen gerade dann unkomfortabel und hinderlich, wenn angestrebt wird, dass die thematische Bündelung und Konzentration des Instituts auch durch engere interne Kooperationen und Austausche unterfüttert werden soll.

## Thematische Schwerpunktbildung und Kohärenz der Forschungsarbeiten

Die Institutsstruktur, die sich seit Gründung des IAW im Jahre 2001 und bis zur Begutachtung 2006 herausgebildet hatte, hat sich in den letzten Jahren als stabile Grundlage für die Bearbeitung der thematischen Schwerpunkte im IAW bewährt. Die vier wissenschaftlichen Forschungseinheiten des IAW konnten ihre wissenschaftliche Produktivität ebenso wie ihre Drittmittelinwerbungen im Berichtszeitraum deutlich stei-

gern. Dies gilt trotz der enorm heterogenen – und zum Teil widersprüchlichen – Anforderungen, die qua Institutskonstruktion an die Arbeit des IAW gestellt sind.

- » Zum einen gehört es zu den grundlegenden Institutsaufgaben, Forschungs-, Transfer- und Beratungsleistungen für den Kooperationspartner Arbeitnehmerkammer Bremen, die Organisationen der Arbeitnehmer und -nehmerinnen in der Region sowie im weiteren Sinne für die Einrichtungen der Sozialpartner und die regionale Politik zu erbringen;
- » zum anderen wird vom IAW als einem wissenschaftlichen Institut die Teilnahme an Lehre, Prüfungen und akademischer Qualifizierung ebenso erwartet, wie die Präsenz in wissenschaftlichen Diskursen und Kooperationen innerhalb und außerhalb der Universität Bremen und
- » schließlich kann das IAW seinen Auftrag nur erfüllen, indem es immer wieder gelingt, die dafür notwendigen Drittmittel einzuwerben. Dafür ist – erstens – ein entsprechendes Niveau von Anträgen und Projektarbeit sicher zu stellen und – zweitens – ein hohes Ansehen auf den verschiedenen „Märkten“, auf denen das IAW tätig ist.

Vor diesem Hintergrund ist es eine enorme Herausforderung, die Kohärenz des Forschungsprogramms des IAW weiter zu steigern. Das Institut hat dazu gezielte Aktivitäten unternommen und sich dabei die Empfehlungen der letzten Begutachtung zunutze gemacht:

- » Entwicklung von Leitthemen: Ein wesentlicher Fortschritt auf dem Weg zu einer stärkeren Kohärenz des Forschungsprogramms und -profils des IAW besteht darin, die Projektarbeiten des Instituts an zwei gemeinsam diskutierten Leitthemen auszurichten. Diese beiden Leitthemen – „Neue Governance-Formen in Wirtschaft, Arbeit und Stadt bzw. Region“ (Holtrup/Warsewa 2008a) und „Wandel maritimer Strukturen“ (Holtrup/Warsewa 2008b) – erweisen sich als geeignet, die Arbeitsergebnisse der einzelnen Forschungseinheiten des IAW auf einander zu beziehen und in übergreifenden Erkenntnissen zu bündeln. Dieser Prozess beinhaltet nach unserer Einschätzung noch ein erhebliches Potenzial. Daher soll sich die Forschungstätigkeit des IAW zumindest noch in der nächsten Arbeitsperiode an diesen Leitthemen orientieren.

- » Integrierte Schwerpunktbildung: Eine Reihe von längerfristigen Schwerpunkten konnte in enger personeller und thematischer Verknüpfung von forschungs- und anwendungsorientierten Projekten bearbeitet werden. So ließen sich z.B. intensive Moderations- und Beratungstätigkeiten zu konkreten Schulentwicklungsprojekten auf der Grundlage von größeren internationalen Länder- und nationalen Städtevergleichsstudien durchführen. Die außerordentlich erfolgreichen Beratungs- und Entwicklungsaktivitäten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Unternehmen der Region konnten auf den umfangreichen Wissensstand zur Entwicklung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen wie auch zur Organisationsentwicklung in Unternehmen zurückgreifen. Andere Beispiele für diese intensive Verzahnung von Forschung und praxisnaher Anwendung betreffen etwa die finanzwissenschaftlichen Studien am IAW, die gleichzeitig immer auch Grundlage für politische Beratungstätigkeiten waren und sind oder die stadt- und regionalwissenschaftlichen Arbeiten, die in die praktische Entwicklung von Sozialberichterstattung, Stadt- und Regionalmonitorings eingeflossen sind. Die Aktivitäten des IAW orientieren sich seit einigen Jahren zunehmend an diesem Modell und es gelingt in wachsendem Maße, die dafür notwendigen, „passenden“ Drittmittel zu akquirieren.
- » Integration der Forschungseinheiten: Die verstärkten Bemühungen um engere interne Kooperationsbeziehungen waren insofern erfolgreich, als es in einigen Fällen gelungen ist, Antragstellungen bzw. Projekte von zwei Forschungseinheiten gemeinsam zu bearbeiten. Dies gilt zum Beispiel für das laufende EU-Interreg-Projekt „Dryport“, an dem die Forschungseinheiten Stadt und Region sowie Wirtschaft und Finanzen beteiligt sind. Ein anderes Beispiel sind die Arbeiten, die im IAW zum Thema „Fachkräftebedarf bzw. -mangel“ in enger Abstimmung zwischen den Forschungseinheiten Qualifikation und Kompetenzerwerb sowie Wandel der Arbeitsgesellschaft durchgeführt werden. Diese inhaltlichen und thematischen Querbezüge zwischen den Forschungseinheiten sollen in Zukunft weiter ausgebaut werden.

## Positionierung des IAW in wissenschaftlichen Gemeinschaften und Diskursen

Bei allen Besonderheiten versteht sich das IAW als ein wissenschaftliches Forschungsinstitut. Von zentraler Bedeutung ist daher die Positionierung des IAW innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaften bzw. disziplinären Diskurse. Der deutlicheren Positionierung des Instituts und der Konturierung seines Forschungsprofils dienten in den letzten Jahren neben den vorgenannten Maßnahmen weitere Bemühungen, die Anregungen der Gutachter von 2006 aufnehmen konnten:

- » Forschungsk Kooperationen: In größeren Projekten arbeitet das IAW verstärkt mit unterschiedlichen universitären und außeruniversitären externen Partnern einrichtungen zusammen: Allein in der Berichtsperiode sind Forschungsanträge gemeinsam mit Partnern der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Universität Hamburg, dem Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen gestellt und bewilligte Projekte durchgeführt worden. Zurzeit sind Forschungsanträge mit Partnern der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, der Universität Oldenburg sowie der Justus-Liebig Universität Gießen in Vorbereitung. Neben den überwiegend empirisch ausgerichteten, fach- bzw. teildisziplinären Projektarbeiten werden im IAW theoretische Ansprüche verfolgt, die sich insbesondere im Zusammenhang mit dem Leitthema „Neue Governance-Formen“ vor allem auf allgemeinere Erkenntnisse zum institutionellen und organisationellen Wandel richten.
- » Internationale Kooperationen: Internationale Forschungs- und Projektkooperationen haben dazu beigetragen, dass auch die internationalen Kooperationen des Instituts im Berichtszeitraum weiter ausgebaut werden konnten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IAW waren bzw. sind an diversen EU-Projekten beteiligt (z.B. New EPOC, Dryport, MyPlace) engagieren sich als aktive Mitglieder in unterschiedlichen Netzwerken und Vereinigungen (International Sociological Association, European Sociological Association, European Network on Regional Labour Market Monitoring, Reconciling Work and Welfare in Europe, wellbeing@work) oder als Sachverständige und Expert/-innen

in Ausschüssen oder als Gutachter für internationale Zeitschriften (z.B. Journal of Contemporary European Studies). Darüber hinaus werden auf internationalen Kongressen und Tagungen (The Network for European Social Policy Analysis, Society for the Advancement of Socio-Economics) Panels moderiert und/oder eigene Forschungsarbeiten präsentiert und zur Diskussion gestellt. Durch diese internationalen Tätigkeiten wird das Institut zunehmend auch im europäischen Fachdiskurs als relevanter Akteur wahrgenommen. Dies hat dazu geführt, dass das IAW in den letzten Jahren vermehrt als potenzieller Partner für internationale Projekte angefragt worden ist.

- » Kooperationsprojekte mit der Arbeitnehmerkammer Bremen: Seit 2008 werden die Forschungsanträge für von der Arbeitnehmerkammer Bremen finanzierte Kooperationsprojekte in einem systematischen Verfahren von einem Fachbeirat aus Mitgliedern des Instituts sowie der Arbeitnehmerkammer Bremen nach festgelegten Kriterien begutachtet. Dabei werden u.a. auch die Bezüge zu den beiden Leitthemen des Instituts geprüft. Da diese Kooperationsprojekte überdies genutzt werden können, um größere Forschungsanträge auszuarbeiten, spielen sie auch eine wichtige Rolle bei der Neuordnung der internen Projektgenerierung und der Systematisierung von Antragsarbeiten.
- » Publikationsstrategie und Qualitätsmanagement: Durch weitere Maßnahmen zum internen Qualitätsmanagement konnte die Publikationsleistung des Instituts wie auch deren Berücksichtigung in den einschlägigen Fachdiskursen gesteigert werden. Die Wahrnehmung der Institutspublikationen ist durch die Zusammenführung der bislang bestehenden Arbeitspapiere und Forschungsberichte zu einer Schriftenreihe des IAW erhöht worden. Betreut wird die institutseigene Schriftenreihe durch eine interne Redaktionsgruppe, die insbesondere die zur Veröffentlichung vorgesehenen Beiträge begutachtet. Auch hierfür wurden Qualitätskriterien formuliert, die sich an gängiger wissenschaftlicher Praxis orientieren. Insgesamt konnte die Publikationsleistung des Instituts im Berichtszeitraum – auch im Hinblick auf internationale und begutachtete Publikationen – ebenso deutlich gesteigert werden wie die Beteiligung an wissenschaftlichen Tagungen und anderen Veranstaltungen, bei denen Beiträge aus dem IAW gefragt waren.

» Organisations- und Personalentwicklung: Obwohl die prekären Vertrags- und Beschäftigungsbedingungen an den Universitäten einerseits und schwierige Marktbedingungen in etlichen Drittmittelmärkten andererseits insbesondere für Nachwuchswissenschaftler/-innen eine längerfristige Personalentwicklung in universitären Forschungseinrichtungen wie dem IAW enorm erschweren, wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um auch über eine systematische Personalentwicklung das Kompetenzprofil des Instituts zu optimieren. Dies ist zum einen dadurch gelungen, dass mit mehreren Einstellungen die Wissensbasis für quantitative Sozialforschung am Institut deutlich verbreitert werden konnte; zum anderen haben interne und externe Weiterbildungsmaßnahmen zur Qualifikationsförderung bei Methodenkenntnissen oder beim Erarbeiten von Forschungsanträgen beigetragen. Vom IAW ist beispielsweise ein entsprechendes Seminar konzipiert und im Wintersemester 2010/11 erstmals durchgeführt worden.

## Einbindung in die Universität Bremen

Das IAW ist vorrangig als Forschungs- und Transfereinrichtung konstruiert. Dennoch ist die Kooperation mit den Fachbereichen und den weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen der Universität Bremen von großer Bedeutung für die Entwicklung des wissenschaftlichen Profils des IAW. Nur auf diese Weise lässt sich das Potenzial der Universität bzw. der einschlägigen Disziplinen z.B. für die Rekrutierung von Nachwuchswissenschaftler/-innen nutzen. Daher steht das IAW im Austausch mit den Fachbereichen und Instituten der Universität Bremen und beteiligt sich an universitären Forschergruppen und -initiativen oder an gemeinsamen Tagungen. Trotz der strukturellen Beschränkungen, denen die universitäre Einbindung des IAW unterliegt, soll dieses Engagement in den folgenden Jahren weiter intensiviert werden.

Dazu gehört z.B., dass das regelmäßig stattfindende Institutsscolloquium des IAW seit kurzem auch für Gastvorträge aus anderen Bereichen der Universität geöffnet worden ist und – in Abhängigkeit von den behandelten Themen – von den Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen der benachbarten Disziplinen zu einem regen wissenschaftlichen Austausch genutzt wird. Etliche Mitarbeiter und Mitarbeiterin-

nen des IAW verstärken überdies das Lehrangebot in den Wirtschafts- und den Sozialwissenschaften. Das am IAW erarbeitete Fortbildungsseminar zur Entwicklung von Forschungsanträgen wurde auch Nachwuchswissenschaftler/-innen aus anderen Bereichen der Universität angeboten und von ihnen genutzt.

## Regionale Wirksamkeit, Transfer und wissenschaftliche Dienstleistungen

Die Ausrichtung auf Praxisrelevanz und Transferorientierung ist ein konstitutives Merkmal des Instituts. Eine besondere Bedeutung besitzt unter diesem Gesichtspunkt das Verhältnis zum Kooperationspartner Arbeitnehmerkammer Bremen, dessen wissenschaftsbasierte Funktionen durch das IAW gestärkt und unterstützt werden. Jenseits zahlreicher und intensiver Kontakte auf persönlicher und Projektebene dienen der wechselseitigen Abstimmung und Kooperation einige institutionelle Vorkehrungen: Ein Fachbeirat aus Vertretern/-innen beider Einrichtungen begleitet die fachlichen/inhaltlichen Arbeiten, die in Kooperation zwischen der Arbeitnehmerkammer Bremen und dem IAW durchgeführt werden. Dieser Fachbeirat ist gleichzeitig das Begutachtungsgremium für die Projektanträge an den von der Arbeitnehmerkammer Bremen zur Verfügung gestellten Forschungsfonds. Der Abstimmung über relevante Forschungsthemen dienen jährlich durchgeführte thematische Planungsworkshops zwischen den Referenten/-innen der Arbeitnehmerkammer und den vier Forschungseinheiten des IAW.

Die Verarbeitung und Verbreitung von wissenschaftlichen Befunden erfolgt in zahlreichen Formen: Gemeinsam mit der Arbeitnehmerkammer Bremen werden vielfältige Bildungs-, Präsentations- und Diskussionsveranstaltungen organisiert; neben gemeinsamen Publikationen sind die Mitarbeiter/-innen des IAW auch in den Publikationen der Arbeitnehmerkammer Bremen vertreten und in diversen Gremien der Region arbeiten die Mitarbeiterinnen des IAW und die Angehörigen der Arbeitnehmerkammer Bremen eng zusammen.

Über den besonderen Charakter der Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen hinaus, existieren vielfältige Kooperationsbeziehungen mit einer großen

Zahl von Partnern, die sowohl intensive Forschungstätigkeiten (z.B. die jährliche Schiffbauumfrage des IAW in Zusammenarbeit mit der IG Metall) als auch Transferaktivitäten umfassen (z.B. gemeinsame Stellungnahmen oder Veranstaltungsreihen, Beratungsaktivitäten für Betriebs- und Personalräte). Derartige Kooperationen und Transferaktivitäten beschränken sich selbstverständlich nicht auf die Organisationen der Arbeitnehmer/-innen, sondern decken ein weites Spektrum gesellschaftlicher Organisationen und Institutionen ab, das von privaten Unternehmen über Kammern, Kirchen, Verbände, Stiftungen, Parteien etc. bis zu Landes- und Bundesministerien reicht. Dementsprechend breit gefächert ist das Spektrum der Tagungen und Veranstaltungen, bei denen das IAW präsent ist bzw. die vom IAW mitveranstaltet werden.

Zudem werden die Expertisen des IAW sowohl in regionalen als auch in überregionalen wirtschafts- und sozialpolitischen Diskursen nachgefragt. Dies wird an einer großen Zahl von Anfragen politischer Akteure für Stellungnahmen, Vorträge, Teilnahmen an Diskussionsrunden etc. ebenso deutlich wie an der starken Medienpräsenz einiger Forschungseinheiten zu ihren Arbeitsthemen.

Als ein besonders wichtiges Instrument der öffentlichen Präsentation hat sich in den vergangenen Jahren das Forschungsscolloquium des IAW etabliert. Da hier nicht nur akademische Diskussionen geführt werden, sondern überwiegend allgemein interessierende Ergebnisse aus der Arbeit des IAW oder von eingeladenen Gastwissenschaftlern vorgestellt werden, wird das IAW-Colloquium von unterschiedlichen Fachöffentlichkeiten sehr intensiv als Ort der Information und des Austauschs genutzt.





## Ergebnisse und Perspektiven der vier Forschungseinheiten sowie des DEG

## 2. Ergebnisse und Perspektiven der vier Forschungseinheiten sowie des DEG

Die inhaltliche Arbeit des IAW wird in den vier Forschungseinheiten geleistet. Für diese werden im Folgenden jeweils inhaltliche Ergebnisse, methodische Reflektionen, Transferaktivitäten sowie die weiter führenden Fragestellungen für die kommenden fünf Jahre dargelegt. Dem schließt sich eine kurze Darstellung des Dokumentationszentrums für Europäische Gewerkschaftspublikationen (DEG) als weitere Organisationseinheit des IAW an.

Einen gemeinsamen Rahmen für die Forschung am IAW bilden die beiden Leitthemen, auf die sich auch die anschließenden Darstellungen der vier Forschungseinheiten beziehen. Aus diesem Grund werden an dieser Stelle zunächst die beiden Leitthemen kurz skizziert.

### Wandel maritimer Strukturen

Das Institut Arbeit und Wirtschaft zeichnet sich wie seine Vorläufereinrichtungen dadurch aus, dass es einen besonderen Schwerpunkt auf regionale – und das heißt vor allem „maritime“ – Forschungsthemen setzt. In diversen Projekten wird analysiert, wie sich Küstenregionen, Hafenstädte, Branchen und Unternehmen der maritimen Wirtschaftssektoren entwickeln und welche Handlungsoptionen sich den beteiligten Akteuren dabei eröffnen. Mit dem Leitthema „Wandel maritimer Strukturen“ (Holtrup/Warsewa 2008b) ist eine Forschungsperspektive angelegt, die zwar selbstverständlich Entwicklungen in der Region Bremen einbezieht, sich aber keineswegs als „Bremen-Forschung“ versteht. Vielmehr tragen die in allen Forschungseinheiten des IAW praktizierten Längs- und Querschnittsansätze (Qualifikationsmonitoring, internationale Vergleiche, Entwicklung

regionaler Unternehmenscluster, Städtevergleiche im nationalen Rahmen, Branchenstudien) durchweg zu Erkenntnissen darüber bei, wie sich die gesellschaftlichen Basistrends unter den spezifischen Bedingungen maritimer Wirtschafts- und Regionalstrukturen – und damit auch auf die Entwicklung dieser Strukturen – auswirken. Dieser empirischen wie theoretischen Herausforderung wird sich das IAW auch in Zukunft widmen, indem es die Entwicklung maritimer Strukturen zwischen Globalisierung und Lokalisierung, Stabilität und Flexibilität, Gestaltung und Anpassung sowie zwischen Pfadabhängigkeiten und grundlegenden Strukturbrüchen untersucht.

Generelles Kennzeichen des nicht nur in den Küstenregionen ablaufenden tief greifenden Strukturwandels ist es, dass damit auch institutionelle Arrangements und politische Strukturen zunehmend unter Veränderungsdruck geraten sind: Die Modernisierung gesellschaftlicher Strukturen bringt auch eine Reorganisation und Rekonfigurierung der Steuerung, Regulierung und Koordination von gesellschaftlichen Prozessen mit sich bzw. macht diese erforderlich (zur ausführlichen Begründung siehe Holtrup/Warsewa 2008a).

### Neue Governance-Formen

In einer analytischen Perspektive bedeutet dies zum einen, nach jenen Governance-Formen zu fragen, die sich im Laufe derartiger Prozesse des institutionellen Wandels neu herausbilden, traditionelle institutionelle Arrangements ergänzen oder ersetzen. Zum anderen sind die konkreten Auswirkungen von Bedeutung, die von der Reorganisation und Rekonfigurierung der gesellschaftlichen Steuerungs-, Regulierungs- und Koor-

dinationsmechanismen für einzelne Teilsysteme, Organisationen, Regionen, Netzwerke, Institutionen, soziale Gruppen und Individuen ausgehen. Ob überhaupt, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen die neuen Governance-Formen tatsächlich zu einer Modernisierung von Steuerungs-, Regulierungs- und Koordinationsmechanismen und zur (Wieder)Herstellung ihrer Funktionsfähigkeit führen, ist eine Forschungsfrage, die sich aus der Governance-Perspektive auf gesellschaftliche Modernisierungsprozesse ergibt. Die Orientierung an dem Leitthema „Neue Governance-Formen“ bedeutet insofern vor allem, in den verschiedenen Arbeitsbereichen des IAW und anhand unterschiedlicher Forschungsgegenstände einer zentralen Basishypothese nachzugehen:

Angenommen wird, dass sich in vielen gesellschaftlichen Funktionsbereichen eine komplexere Mischung von Koordinierungsmechanismen entwickelt, in der die beiden Steuerungsformen „Markt“ und „Hierarchie“ durch Formen verhandlungs- und vertrauensbasierter Kooperation ergänzt werden. Diese neuen Mischungen nehmen in verschiedenen Teilsystemen bzw. Funktionsbereichen unterschiedliche Ausprägungen an, die ihrerseits Ausdruck unterschiedlicher Rahmenbedingungen sowie spezifischer (neuer) Akteurskonfigurationen sind.

Inwieweit sich tatsächlich Akteurskonstellationen verändern, Handlungslogiken und Koordinationsmechanismen neu mischen und institutionelle Funktionen damit reorganisiert werden, stellt ein komplexes Forschungsprogramm dar, das auch in der nächsten Arbeitsperiode im IAW weiter verfolgt werden wird. Die vorläufigen Befunde, die hierzu bislang gewonnen werden konnten, sind den anschließenden Ergebniszusammenfassungen der Forschungseinheiten zu entnehmen.

Zur einfacheren Orientierung wird in den Darstellungen zu den einzelnen Forschungseinheiten mit nummerierten Kürzeln (z.B. FeA 11 oder FeS 15) auf die einzelnen Projekte verwiesen, die im Dokumentationsteil des vorliegenden Berichts beschrieben sind.

## 2.1 Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

### 1. Schwerpunkte und Ergebnisse 2006-2011

Der in den vergangenen Jahrzehnten zu beobachtende ökonomische, politische und soziokulturelle Wandel stellt eingespielte Muster der Governance von Arbeit in Frage. Dies betrifft sowohl die Formen bzw. die das Handeln regelnden Strukturen als auch die Prozesse der Regulierung und nicht zuletzt jene normativen Leitbilder, Orientierungen und Überzeugungen, deren Veränderungen sich in dieser Dynamik ausdrücken. Vor diesem Hintergrund untersucht die Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft (FeA) die Erneuerungen von Akteurskonstellationen sowie deren Interaktionsformen und -modi bei der Bearbeitung jener Spannungsverhältnisse und Ambivalenzen, die sich bei der Gestaltung von Arbeit und Arbeitsbedingungen ergeben. Dabei werden verschiedene Ebenen und Arenen betrachtet, nämlich Betriebe bzw. Unternehmen, die Tarifpolitik wie auch die Entscheidungsfindung und Implementation bei verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen Politiken. Nicht zuletzt gehören auch Veränderungen der Arbeitsteilung verschiedener Akteure und Institutionen bei der Wohlfahrtsproduktion sowie der spezifische Instrumentenmix der Sozial- bzw. Arbeitsmarktpolitik und die damit einhergehende Ausgestaltung sozialer Rechte für die Individuen zur Governance von Arbeit.

In drei Forschungsfeldern werden die damit einhergehenden Aspekte des Wandels der Arbeitsgesellschaft analysiert, wobei einzelne Vorhaben selbstverständlich immer nur exemplarische Facetten der komplexen Zusammenhänge behandeln können.

#### Governance der Erwerbsbedingungen und private Lebensführung

Das erste Forschungsfeld Governance der Erwerbsbedingungen und private Lebensführung wurde im Verlauf des Berichtszeitraums als neuer Schwerpunkt der Forschungseinheit etabliert und analysiert die Gestaltung und Folgen wohlfahrtsstaatlicher Politik. Zentraler Fokus ist dabei die Koordination der Arbeitsmarktpolitik mit weiteren sozialpolitisch relevanten Feldern wie z.B. der Familien-, der Armuts- oder auch der Steuerpolitik. Analysiert werden Veränderungen der Institutionen sozialer Sicherung, der Instrumente und Leistungen,

sowie die Regulierung verschiedener (neuer) Arbeitsformen und deren Rückwirkungen auf die Strukturierung des Arbeitsmarktes sowie die Formen der privaten Lebensführung.

Die Arbeiten in diesem Forschungsfeld orientierten sich an der These einer Dualisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik. Sie schließen damit an die aktuelle Diskussion in der international vergleichenden Wohlfahrtsstaats- und Arbeitsmarktforschung an, die vor allem für die konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaaten bzw. die „Bismarckian Welfare States“ eine institutionelle Dualisierung als Folge der in den vergangenen beiden Dekaden vollzogenen Reformen konstatiert (Palier/Thelen 2010). Für Deutschland wird hier auf die abnehmende Bedeutung des einst charakteristischen Sozialversicherungssystems und den Ausbau steuerfinanzierter und bedürftigkeitsgeprüfter Mindestsicherungssysteme verwiesen (Clasen/Clegg 2011). Nicht zuletzt als Folge dieser institutionellen Umgestaltung werden eine Gefährdung der Mittelschichten bzw. eine zunehmende Verfestigung von Armut und Prekarität als Elemente einer sich vertiefenden sozialen Spaltung aufgezeigt (Dörre 2008; Vogel 2008).

Die in der Forschungseinheit realisierten Vergleiche der Regelungen nach SGB III und SGB II zeigen, dass die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer Grundsicherung für Erwerbsfähige (ALG II) im Rahmen des SGB II zwar als ein Schritt zur Homogenisierung der Transfers für Personen im erwerbsfähigen Alter zu sehen ist. Das Ziel einer institutionellen Vereinheitlichung der Arbeitsverwaltung nach SGB III und SGB II wurde dagegen nicht erreicht (Dingeldey 2011a, 2011b). Neben der Regulierung der Höhe, der Zugangsbedingungen und der Finanzierungsstruktur der verschiedenen Transferleistungen bestätigen auch die Regelung der Arbeitspflicht sowie die Qualität der Aktivierungsmaßnahmen, einschließlich der Regelungen für unterstützende Maßnahmen im Bereich der Familienpolitik, eine klare Dualisierung sozialer Rechte (Dingeldey 2010). Im Rahmen einer international vergleichenden, sekundäranalytischen Untersuchung (FeA 5) konnte bestätigt werden, dass in verschiedenen Wohlfahrtsstaatstypen jeweils unterschiedliche Varianten aktivierender Arbeitsmarktpolitik realisiert wurden, eine institutionalisierte Dualisierung jedoch allein in Deutschland zu finden ist. Hier ist letztlich der Aspekt sozialer Sicherheit bzw. Stabilität zugunsten einer Flexibilisierung der Arbeitsformen als zentrales

Element der Reformstrategie zurückgedrängt worden. Die Erklärung der unterschiedlichen Varianten aktivierender Arbeitsmarktpolitik wird zunächst auf generelle Pfadabhängigkeiten zurück geführt. Einen wesentlichen Faktor stellt jedoch auch die selektive Reformfähigkeit dar, die den Erfolg politikfeldübergreifender Formen der Koordination, z.B. zwischen Arbeitsmarkt-, Steuer- und Familienpolitik, erschwert. Das entsprechende Ergebnis für Deutschland zeigt, dass die u.a. über den Föderalismus „erzwungenen“ Verhandlungen dazu beitrugen, dass Entscheidungen überwiegend auf dem „kleinsten gemeinsamen Nenner“ getroffen wurden. Dies verhinderte sowohl die stärkere Vereinheitlichung der Institutionenstruktur als auch eine Ergänzung der realisierten Maßnahmen im Sinne einer der beiden als idealtypisch identifizierten Aktivierungsvarianten (Dingeldey 2011c).

Die kritische Reflexion des SGB II war auch Ausgangspunkt eines Projekts, das auf die öffentlich geförderte Beschäftigung als Eingliederungsinstrument für als arbeitsmarktfrem eingestufte Leistungsbezieher fokussierte (FeA 7). In einem Stadtstaatenvergleich wurden bestehende Konzepte, spezifische Handlungsansätze und Instrumente explorativ analysiert, systematisierend dargestellt und Handlungsempfehlungen für eine verbesserte Steuerung arbeitsmarktpolitischer Beschäftigungsförderung entwickelt.

Da für die in Deutschland realisierten Reformen u. a. die Flexibilisierung der Arbeitsformen als charakteristisch betrachtet wird, wurde die Regulierung und Entwicklung verschiedener atypischer Arbeitsformen besonders fokussiert, nämlich Zeitarbeit und geringfügige Beschäftigung. Mit Blick auf eine Vertiefung und Ausdifferenzierung der Dualisierungsthese wurde dabei insbesondere die Frage nach Übergängen in reguläre Beschäftigung, respektive der Persistenz prekärer Lebenslagen gestellt.

Eine qualitative Untersuchung zum subjektiven Erleben von Zeitarbeit (FeA 14) machte deutlich, dass viele Beschäftigte der Zeitarbeit durchaus positive Aspekte abgewinnen, da diese ihnen erlaubt, vielfältige Erfahrungen zu machen. Gleichzeitig wurde jedoch die Einkommensdifferenz zu vergleichbaren Festangestellten – als sichtbares Zeichen einer Dualisierung des Arbeitsmarktes – von Betroffenen als äußerst ungerecht empfunden. Bei den allermeisten Befragten vorhandene Hoffnungen auf eine Übernahme in ein reguläres Arbeitsverhältnis haben sich zudem nur selten erfüllt, so

dass sich im massiv expandierenden Bereich der Zeitarbeit die Tendenz einer Verfestigung prekärer Lebenslagen für viele Betroffene durchaus bestätigt (Holtrup 2009).

Die Verstetigung prekärer Lebenslagen konnte auch für die ALG II Bezieher mit Minijobs nachgewiesen werden, von denen etwa ein Drittel ununterbrochen im Leistungsbezug mit Minijob verharrt. Gleichzeitig zeigte die qualitative Exploration zu den subjektiven Motivlagen der so genannten Aufstocker mit Minijob, dass dies nicht auf das Verhalten der Leistungsbezieher im Sinne eines „sich Einrichtens“ im Leistungsbezug zurückzuführen war. Neben der Steigerung des Haushaltseinkommens stand bei allen Leistungsbeziehern die soziale Teilhabe durch Erwerbsarbeit als dominantes Motiv für die Aufnahme eines Minijobs im Vordergrund. Die Verstetigung der entsprechenden Lebenssituation ergab sich unfreiwillig, da der Minijob zur einzigen Option der Arbeitsmarktteilhabe wurde (FeA 6).

Die unterschiedlichen Analysen verweisen darauf, dass das tatsächliche Eintreten prekärer Lebenssituationen wie auch deren Verfestigung von vielen verschiedenen Faktoren abhängen. Entsprechend bedarf es daher konkreter Analysen um zu klären, ob sich die institutionelle Dualisierung der Arbeitsmarktpolitik tatsächlich in einer „einfachen“ Dualisierung des Arbeitsmarktes bzw. der Lebensverhältnisse niederschlägt.

In Erweiterung der soweit verfolgten Perspektive werden daher die Erwerbs- und Lebensbedingungen der so genannten Normalarbeitnehmer im Hinblick auf sich verändernde Einkommen und Prekaritätsrisiken jenseits des „Familienlohns“ in den Blick genommen (FeA 10). Für diese Gruppe wird die Governance der Haushaltseinkommen als Zusammenspiel von tarifpolitischen, steuer- und sozialrechtlichen Regulierungen gefasst. Dabei wird im Rahmen quantitativer Längsschnittanalysen untersucht, ob und welche Armutsrisiken in verschiedenen Stadien des Familienzyklus in Haushalten von Normalarbeitnehmern entstehen und inwiefern diese durch erweiterte Erwerbsteilhabe der Frauen auf Haushaltsebene „kompensiert“ werden. Zentral ist dabei die Annahme, dass Prekaritätsrisiken nach Branchen stark variieren und im Rahmen verschiedener Familienformen bzw. Stadien des Familienzyklus in unterschiedlichem Maße ausgeglichen werden können oder auch kumulieren. Um hier mögliche nationale Besonderheiten zu erkennen bzw. die Wirkung eines jeweils unterschiedlichen Einkommensmixes abschät-

zen zu können, werden die Ergebnisse für Deutschland im Rahmen eines quantitativ angelegten Querschnittvergleichs mit entsprechenden Entwicklungen in Großbritannien und Dänemark abgeglichen.

Neben den sozialen Folgen der institutionellen Dualisierung in Deutschland werden in der Forschungseinheit auch die zugrunde liegenden Mechanismen des institutionellen Wandels analysiert. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass pfadbrechende Reformen vielfach mit regulativen Inkohärenzen einhergehen, da Regulierungen in verschiedenen Kontexten durch unterschiedliche Leitbilder beeinflusst werden. Im Rahmen einer qualitativ orientierten Untersuchung werden daher Inkohärenzen zwischen den verschiedenen Regulierungskontexten des Sozial- und des Familienrechts im Hinblick auf die dort vorgegebenen Erwerbsnormen von Müttern analysiert. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen, wie die z.T. extrem komplexen und widersprüchlichen Rechtskontexte von Erwerbstätigenhaushalten mit Kindern, die als Bedarfsgemeinschaften nach SGB II hilfebedürftig sind, wahrgenommen werden und sich auf deren Lebensbedingungen auswirken (FeA 11).

## Wandel der Arbeitsbeziehungen

Im Forschungsfeld Wandel der Arbeitsbeziehungen werden die Veränderungsdynamiken in Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft mit Blick auf ihre Auswirkungen auf das System der Arbeitsbeziehungen analysiert. Hierbei gehen die unterschiedlichen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten von der grundlegenden Annahme aus, dass sich im Zuge „normativer Subjektivierung“ eine Erweiterung und Ausdifferenzierung von Interessenlagen bei Erwerbstätigen vollzieht. Strukturelle Machtungleichgewichte im Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bleiben jedoch erhalten, so dass erhebliche Anpassungserfordernisse entstehen, die zu untersuchen sind. Als weitere „Motoren“ von Anpassungsprozessen werden wirtschaftliche Krisen und der demographische Wandel, respektive die damit einhergehenden Auswirkungen auf den Fachkräftebedarf analysiert.

Die Ergebnisse bestätigen, dass ein Bedeutungsverlust der klassischen „Arbeitskraftperspektive“ (z.B. Ansprüche an Entgelt, Arbeitszeit, Gesundheitsschutz) gegenüber der „Subjektperspektive“ (z.B. Ansprüche an Freiräume in der Arbeitsgestaltung, fachliche Herausforderungen, Chancen, sich persönlich weiter zu entwickeln) zu beobachten ist. Zudem nehmen Karriere- und

biographiebezogene Ansprüche wie Beschäftigungsfähigkeit und berufliche Entwicklungsperspektiven zu.

Beschäftigte gewinnen als unmittelbare Akteure in der Governance von Arbeit an Bedeutung. Sie begreifen die eigene Erwerbsbiographie zunehmend als ein reflexiv-strategisches Projekt und ziehen – trotz der nach wie vor hohen Betriebsbindung – offensichtlich mehr betriebliche und überbetriebliche (Exit-) Optionen in Erwägung, um ein adäquates Arrangement von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sowie Karrieremöglichkeiten zu finden. Darüber hinaus gewinnen individuelle Aushandlungsprozesse in Zielvereinbarungen, in leistungsorientierten Vergütungssystemen und vor allem in komplex-reziproken Arrangements in „impliziten“ oder „psychologischen Verträgen“ (Schein 1970; Rousseau 1995) für die konkrete Ausgestaltung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an Gewicht. Statusförmige Regulierungen treten zugunsten individueller vertraglicher Formen in den Hintergrund (Streeck 1988). Die Befunde verweisen jedoch darauf, dass Beschäftigte keine durchgreifende und ausschließliche Individualisierung der Governance von Arbeit favorisieren. Kollektive Vertretungen von Arbeitnehmerinteressen werden als wichtig erachtet, um eine gewisse strukturelle Machtbalance zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu wahren, Informationsflüsse sicherzustellen und einen Modus kollektiver Partizipation zu gewährleisten (FeA 1-4; Dombois et al. 2007). Eine Weiterentwicklung des Konzepts subjektiver Bezüge auf Arbeit stellt die „erweiterte Subjektperspektive“ (Voss/Warsewa 2006) dar, die systematisch weitere Ansprüche an die Arbeit in das Zentrum rückt. Diese zielen darauf, einer gesellschaftlich sinnvollen, nützlichen, ökologisch und sozial vertretbaren Tätigkeit nachzugehen. Sie dienen zeitweilig auch als wesentliche Motive für die Gründung eines Unternehmens (überwiegend als Ein-Personen- bzw. Kleinstunternehmen). Nicht selten verspricht dies einen im Vergleich zu abhängiger Beschäftigung stärker selbst gestaltbaren Regulierungskontext. Da in diesem Typus der „Neuen Selbständigen“ Frauen überproportional vertreten sind, wurde im Vergleich mehrerer Bundesländer die „Passfähigkeit“ zwischen individuellen Merkmalen und Bedingungen von Existenzgründerinnen einerseits und institutionellen Förderangeboten und -praktiken andererseits untersucht (FeA 21). Deutlich wurde, dass die institutionellen Arrangements der Existenzgründungsförderung bislang nur begrenzt auf die besonderen Motive und Lebenssituationen der – überwiegend weiblichen – Alleinselbständigen eingestellt sind. Das

Gründungspotenzial dieser Gruppe kann daher nur suboptimal ausgeschöpft werden. Optimierungsbedarfe zeigen sich vor allem in den Dimensionen persönliche Begleitung, Orientierungs- und Selektionshilfen, oder bei der Unterstützung nach erfolgter Gründung.

Auch im Bereich abhängiger Beschäftigung kommt der Herausforderung, Ansprüche aus Erwerbsarbeit und familiärer Sorgearbeit besser miteinander in Einklang zu bringen, ein prominenter arbeits- und sozialpolitischer Stellenwert zu. Im Rahmen des „Bremer Verbundprojekts Beruf und Familie“ (FeA 12) wurden in einer transferorientierten Perspektive Instrumente der Beratung und Personalpolitik im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie entwickelt und im Hinblick auf ihre Wirksamkeit analysiert. Dazu wurde ein breites Angebot vielfältiger Vernetzungsmöglichkeiten für bremische Organisationen und Unternehmen etabliert. Darüber hinaus wurden systematische Hilfestellungen angeboten, um mittlerweile etablierte Instrumente zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf die spezifischen Bedürfnisse von kleineren und mittleren Unternehmen übertragen und anpassen zu können.

Bestehende institutionelle Arrangements geraten nicht nur durch die Veränderung subjektiver Ansprüche der Beschäftigten, sondern auch durch exogene Schocks unter Druck. Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 bis 2010 wurde die Krisenbewältigung auf betrieblicher Ebene und mögliche Auswirkungen auf das Gefüge der Arbeitsbeziehungen untersucht (FeA 15). Dabei zeigte sich, dass insbesondere der milde Verlauf der Wirtschaftskrise und die ausgiebige Nutzung des Instruments Kurzarbeit das sozialpartnerschaftliche Modell der Arbeitsbeziehungen in Deutschland gestärkt haben, indem die betrieblichen Akteure – zumindest vorübergehend – „zusammengerückt“ sind. Dabei wurden auch von Betriebsräten und Betriebsrätinnen Handlungsstrategien gestützt, die vor allem die Stammebelegschaften vor negativen Konsequenzen absichern und atypische Beschäftigungsverhältnisse als adäquaten Flexibilitätspuffer akzeptieren. Insofern scheint die betriebliche Verarbeitung der zurückliegenden Krisenerfahrungen zu einer Vertiefung bzw. Verstärkung der „Dualisierung“ des Arbeitsmarktes beigetragen zu haben.

Der weitgehende Verzicht auf Entlassungen in der Krise wurde auch mit dem nach der Krise zu erwartenden Arbeitskräftebedarf begründet. Im Projekt „Fachkräftemangel in Bremen“ (FeA 16) werden die sehr heterogenen Ursachen des Fachkräftemangels analysiert. Dabei

wird angenommen, dass die öffentliche Diskussion entsprechende Differenzierungen selten reflektiert, weil „Fachkräftemangel“ von den unterschiedlichen Akteuren immer auch instrumentalisiert wird, um spezifische interessenpolitische Forderungen zu untermauern. So lässt der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften u. a. eine Verbesserung der individuellen Chancen von Beschäftigten zur Durchsetzung ihrer spezifischen Interessen erwarten. Angesichts der politischen Brisanz dieser Debatte erfolgt eine kritische Bestandsaufnahme vorliegender Daten für Bremen. Unterschiedliche Diagnosen und Handlungsstrategien relevanter Akteure werden rekonstruiert und systematisiert. In ausgewählten Branchen werden auf den Fachkräftemangel bezogene Erwartungen, Aushandlungsprozesse, Gestaltungsansätze und Maßnahmen exemplarisch analysiert.

Der Blick auf Prozesse der Globalisierung unterstreicht die Notwendigkeit, Governance von Arbeit auch in einer Mehrebenenperspektive zu analysieren, welche neben nationalen Akteuren auch die Beziehungen und Interaktionen von Akteuren auf und zwischen der supra-, inter- und transnationalen Ebene einbezieht. Die Untersuchung zur internationalen Arbeitsregulierung im North American Agreement on Labor Cooperation zwischen den USA, Kanada und Mexiko (einem der beiden NAFTA-Nebenabkommen) lässt die Umrisse neuer transnationaler Governanceprozesse der Arbeit erkennen (Dombois 2006a, 2006b). Sie stützen sich normativ auf einen Kanon internationaler Arbeits- und Sozialstandards und enthalten neuartige Mehrebeneninteraktionsmuster zwischen internationalen Organisationen, nationalen Regierungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren (Gewerkschaften und NGOs). Die Untersuchung der Rolle von transnationalen Unternehmen in diesem entstehenden System transnationaler Governance von Arbeit weist diese als wichtige Akteure der grenzüberschreitenden Verbreitung von Prinzipien und Praktiken der Arbeitsregulierung aus. In ihren Selbstverpflichtungen zur gesellschaftlichen Verantwortung binden sie sich dabei an Standards und Prinzipien, die durch ein zunehmend miteinander verwobenes Netz von Regelungsansätzen und durch Beteiligung internationaler, staatlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen gestützt werden, wie etwa denen der ILO, des Global Compact und der OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen (Dombois 2010, 2011).

## Gestaltung von Wissensarbeit und Innovation

Die Arbeiten im Forschungsfeld Gestaltung von Wissensarbeit und Innovation gehen von der Annahme aus, dass die Verfügbarkeit von Wissen und hochqualifizierten Arbeitskräften eine zentrale Voraussetzung für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit moderner Gesellschaften ist. Vor dem Hintergrund der Globalisierung und der sich weltweit abzeichnenden Knappheit hochqualifizierter Arbeitskräfte kommt es zunehmend darauf an, deren Potenziale möglichst umfassend zu nutzen und gleichzeitig ihre Anpassungs- und Innovationsfähigkeit durch lernförderliche Arbeitsbedingungen und die Gewährleistung eines verbesserten Austauschs zwischen Wirtschafts- und Wissenschaftssystem zu steigern.

Aufbauend auf frühere Studien (Heisig et al. 2000) wurde die Entwicklung der organisationalen Kontexte und der Arbeitssituation hochqualifizierter Wissensarbeiter/-innen in Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen und Tätigkeitsfeldern untersucht. Im Ergebnis entstand ein umfassendes Bild der betrieblichen Governance von Wissensarbeit und deren Veränderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Für alle untersuchten Tätigkeitsbereiche gilt, dass der steigende Wettbewerbs-, Kosten- und Innovationsdruck hohe Anforderungen an die beständige Veränderung und Anpassung der vorhandenen Kompetenzen und organisatorischen Praktiken stellt. Die Unternehmen erwarten von den Beschäftigten, dass sie dauerhaft immer neue Qualifikationen erwerben und ihre berufliche Praxis durch kontinuierliches Lernen bei der Arbeit tagtäglich weiter entwickeln. Dies wird von den Beschäftigten zumeist als eine positive Herausforderung, aber auch als Belastung empfunden (Heisig 2009). In allen untersuchten Tätigkeitsbereichen steigen die Anforderungen an Flexibilität, Leistungs- und Lernbereitschaft, ohne dass dies von betrieblicher Seite durch Einkommenszuwächse und innerbetrieblichen Aufstieg entsprechend honoriert wird. Stattdessen nimmt das (Beschäftigungs-) Risiko zu, weil sich langfristige Bindungen und Planungshorizonte infolge von Hierarchieabbau und Verlust von innerbetrieblichen Karrieremöglichkeiten nach und nach auflösen. Der auf betrieblicher Ebene vonstatten gehende „Umbau“ des deutschen Modells hochqualifizierter Beschäftigung stellt damit die traditionelle Governance von Arbeit zunehmend in Frage, die auf wechselseitiger langfristiger Bindung, eindeutig erkennbaren Erwartungsstrukturen, Interessenausgleich und Beteiligung beruhte.

Innovationsfähigkeit als zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit eines Wirtschaftssystems legt überdies die Frage nach den Bedingungen von Innovationsfähigkeit nahe. Vor diesem Hintergrund richtete sich das Augenmerk auf das deutsche Innovationssystem, das – entsprechend des „Varieties of Capitalism-Ansatzes“ (Hall/Soskice 2001) – in Deutschland inkrementelle Innovationen begünstigt, während radikale Innovationen eher behindert werden. Die Frage nach der Überwindung einer entsprechenden Pfadabhängigkeit wurde dahingehend beantwortet, dass sich das deutsche Innovationssystem zumindest partiell für radikale Innovationen öffnet (FeA 19). Einen wichtigen Beitrag zum Wandel leistet die Transnationalisierung von Innovationsprozessen, die über Unternehmens- und Staatsgrenzen hinweg neue Wissenskollektive („knowledge value communities“; Bozeman 2003) entstehen lässt, die ihrerseits zu einer Öffnung der vormals verriegelten nationalen Systeme beitragen. Zentral für diesen Prozess ist der zunehmende personelle Austausch zwischen Betrieben, der einerseits auf eine wachsende Mobilitäts- und Wechselbereitschaft von Wissens- und Innovationsarbeitern über Funktions- und Tätigkeitsbereiche trifft und andererseits durch gezielte staatliche und betriebliche Maßnahmen und Programme gefördert wird. In den neu entstehenden transnationalen Netzwerken treffen Akteure aus verschiedenen „Kapitalismen“ aufeinander, so dass Wissen und Know-how, das in anderen institutionellen Kontexten entstanden ist, diffundiert und veränderte Zugriffe und Lösungen entstehen.

## 2. Transfer, Methoden und Praxisrelevanz

Das Spektrum der Arbeiten in der Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft umfasst sowohl grundlagenorientierte Forschung als auch Projekte, die durch die wissenschaftliche Analyse regionaler Bedingungen auf die Beratung lokaler (interessen-) politischer Akteure abzielen. Darüber hinaus umfasst das Leistungsspektrum akzentuiert anwendungsbezogene Forschungs-, Entwicklungs- und Transferangebote.

Das Hauptgewicht in der Forschungseinheit liegt bei der grundlagenorientierten Erforschung von Veränderungen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, dem Wandel der nationalen und internationalen Arbeitsbeziehungen sowie Herausforderungen bei der Gestaltung von Wissensarbeit und Innovationsfähigkeit. Es kommen dabei vor allem qualitative Forschungsansätze, in der jüngeren Zeit aber auch vermehrt quantitative Methoden zur Anwen-

dung. Die Ergebnisse werden durch entsprechende Veröffentlichungen und Vorträge in die Fachöffentlichkeit eingebracht. Die grundlagenorientierte Forschung dient dabei auch zur Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch Promotionen und Habilitationen.

Die Analyse spezifischer regionaler Bedingungen oder konkreter Ausprägungen übergeordneter Trends etwa zur Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen, zur Entwicklung von Einkommensmixen, oder zum Fachkräftebedarf greifen die Interessen und Beratungsbedarfe lokaler Akteure auf. Entsprechende Fragestellungen und Forschungsvorhaben werden dabei zumeist in enger Kooperation mit arbeitspolitischen Akteuren in Bremen – Kammern, Gewerkschaften, Unternehmen und staatlichen Institutionen – entwickelt, bearbeitet und durch Publikationen, Vorträge und Workshops in die politische Diskussion eingebracht.

Die anwendungsorientierten Arbeiten stellen darauf ab, beispielhafte Lösungen für Herausforderungen etwa im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder bei der Beratung von Gründerinnen zu entwickeln sowie in der Praxis zu erproben und zu implementieren. Die hierzu genutzten Transferaktivitäten reichen von Entwicklungs- und Feedback-Workshops mit Praxispartnern, der Organisation regelmäßiger Vernetzungsveranstaltungen bis hin zur Erarbeitung von Umsetzungshilfen, Handlungsleitfäden oder der Bereitstellung individueller Beratungsangebote.

## 3. Forschungsprogramm 2012-2016

Das Forschungsprogramm der Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft orientiert sich auf vier übergreifende Forschungsfelder. Innerhalb dieser Forschungsfelder wurden z.T. bereits konkrete Projektideen entwickelt, die zeitnah in Antragstellungen münden sollen bzw. sich bereits in Antragsverfahren befinden. Darüber hinaus werden generelle Forschungsrichtungen angezeigt, im Rahmen derer mittelfristig konkrete Forschungsvorhaben akquiriert werden sollen.

### „Verinselung“ des Arbeitsmarktes?

Eine zukünftig zu untersuchende These ist, dass sich die institutionelle Dualisierung der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland nur bedingt auf die Strukturen des Arbeitsmarktes überträgt. So lässt sich zwar eine Ausweitung prekärer Beschäftigungsformen feststellen, gleichzeitig sind Stamm- und Randbelegschaften aber nicht mehr als fest gefügte, sondern als höchst dyna-

mische Gruppen zu verstehen. Wie sich tradierte und flexible Arbeitsverhältnisse mischen, unterscheidet sich dabei extrem nach Berufen und Branchen. Diesen Differenzierungen nachgehend, will die Forschungseinheit in ihren zukünftigen Arbeiten die These einer „Verinselung“ von Arbeitsmarktstrukturen untersuchen. Dabei wird angenommen, dass sich diese „Inseln“ durch unterschiedliche Formen der Arbeitsorganisation, der Nutzung unterschiedlicher (flexibler) Beschäftigungsformen sowie unterschiedlicher tariflicher Strukturen und Bedingungen auszeichnen, die nach Branchen, Tätigkeitsfeldern und Professionen variieren.

Aufbauend auf den Forschungsstand zur Komplementarität von Biographie und Arbeit bzw. zur Prägung geschlechtsspezifischer Differenzen von Erwerbsbiographien (Krüger/Levy 2000) sollen entsprechende Entwicklungen anhand der Regulierung berufsfachlicher Arbeitsmärkte in spezifischen, von Frauen dominierten Branchen des Dienstleistungssektors bzw. entlang verschiedener Professionen (Arzthelferinnen, Krankengymnastinnen, Ergotherapeutinnen) untersucht werden. Im Mittelpunkt sollen dabei die zunehmende Überformung durch flexible und prekäre Arbeitsformen, d.h. geringfügige Teilzeitarbeit, (Allein-) Selbständigkeit etc. und deren Wechselwirkungen mit individuellen Erwerbsbiographien bzw. Lebensverläufen stehen.

Mit Blick auf sog. „Ingenieurdienstleister“, die Forschungs- und Entwicklungsaufgaben für Unternehmen übernehmen, soll eine weitere „Arbeitsmarktinself“ vermessen werden. Hier entwickelt sich ein neuer Typ von Wissensarbeit mit neuen Arbeits- und Vertragsverhältnissen, deren Beschäftigungsformen durchaus äußere Merkmale von Prekarität aufweisen. Angesichts des wachsenden Bedarfs im Segment von MINT-Qualifikationen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) ist jedoch nicht zu erwarten, dass sie sich langfristig durch schlechte Arbeitsbedingungen und geringe Entlohnung auszeichnen werden. Es wird somit zu prüfen sein, ob sich in diesem Bereich eine für die Beschäftigten langfristig attraktive Arbeitsform herausbildet, die sich durch „spannendere“ und abwechslungsreiche projektbezogene Tätigkeitszuschnitte auszeichnen kann, oder ob sie als ein Sprungbrett in eher traditionell gerahmte Kontexte fungiert.

Wie sich entsprechend flexible Beschäftigungsverhältnisse in der Lebenslaufperspektive auswirken, soll anhand der Wechsel in und aus beruflicher Selbstständigkeit untersucht werden (FeA 9). Diese gilt sowohl

als Exit-Option aus unbefriedigender abhängiger Beschäftigung als auch als Ausweg aus Erwerbslosigkeit oder prekärer Beschäftigungslage. Allerdings zeigt der häufig zu beobachtende permanente Wechsel zwischen Selbstständigkeit, abhängiger Beschäftigung und Phasen der Arbeitslosigkeit, dass eine Existenzgründung nicht immer in eine dauerhaft stabile Erwerbslage einmündet. Unter welchen Bedingungen sich insbesondere bei jenen Gründer/-innen, die eine Förderung durch die Arbeitsagenturen in Anspruch genommen haben, sich welche individuellen Strategien der sozialen Absicherung entwickeln, ist bislang nur unzureichend bekannt und soll daher in weiteren Untersuchungen geklärt werden.

## Kompatibilität und Koordination als Elemente institutionellen Wandels

Die Prozesse des institutionellen Wandels haben diverse Inkompatibilitäten zwischen verschiedenen Formen der Governance von Arbeit hervorgebracht, die sich auf die beteiligten Akteurskonstellationen auswirken. Exemplarisch für derartige Neukonfigurationen sollen im internationalen Vergleich die Veränderungen gesellschaftlicher Selbststeuerung im Rahmen der kollektiven Arbeitsbeziehungen (Tarifautonomie) sowie deren Ergänzung durch bzw. Kompatibilität mit staatlichen Mindestlohnregulierungen analysiert werden. Dabei werden erstens, die von den verschiedenen Prozessen der Mindestlohngestaltung (durch staatliches Dekret, durch Sozialpartner oder Mischungen aus beidem) ausgehenden Effekte auf die verschiedenen Systeme der Tarifpolitik und den darin agierenden kollektiven Akteuren untersucht. Zweitens sollen Rückwirkungen gesetzlich fixierter Mindestlöhne auf die Lohnstruktur sowie auf wohlfahrtsstaatliche Regulierungen wie bedürftigkeitsgeprüfte Transfers oder In-Work-Benefits untersucht werden. Ziel ist es dabei, die im Zuge institutionellen Wandels sich ergebenden Konkurrenzen und damit einhergehende Widersprüche oder auch absichtsvoll induzierte Koordination bzw. (neu) entstehende Kompatibilitäten verschiedener Regelungsmechanismen aufzudecken – und zwar sowohl in Bezug auf Prozesse als auch auf Strukturen der Governance von Erwerbseinkommen.

Als Fortführung der bereits realisierten Analysen zur Konsistenz und Kompatibilität von Regelungen in verschiedenen Rechtskontexten soll die Koordination verschiedener Policies im Hinblick auf institutionalisierte

Übergänge vom Leistungsbezug (ALG II) in reguläre Beschäftigung näher betrachtet werden. Im Rahmen international vergleichender Analysen soll dargelegt werden, wie entsprechende Koordinationsprobleme von den Akteuren im Rahmen verschiedener institutioneller Arrangements bei unterschiedlichen Risikolagen (z.B. gesundheitlich Eingeschränkte; Jugendliche, die aus dem Leistungsbezug als Kinder „herauswachsen“; Eltern respektive allein erziehende Mütter) gelöst werden. Das im Rahmen derart vergleichender Analysen generierte Wissen über verschiedene Formen der Koordination zielt darauf ab, länderspezifische Probleme offen zu legen und im Rahmen des Transfers zu deren Lösung beizutragen.

### Arbeitsansprüche und Wirklichkeit: Machtasymmetrie, Konfliktlinien und neue Interessenkonstellationen

Nach Jahrzehnten hoher Arbeitslosigkeit könnten die beschriebenen Veränderungen nicht zuletzt dazu beitragen, dass sich Machtrelationen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verschieben und die Chancen auf die Durchsetzung von (individuellen) Interessen von Beschäftigten verbessern. Die sich daraus ergebenden neuen Herausforderungen, Konfliktlinien und Interessenkonstellationen werden Gegenstand der Forschungsarbeiten innerhalb der Forschungseinheit sein.

Auswirkungen sich verändernder Machtrelationen dürften nicht nur in den Betrieben sondern auch auf den Arbeitsmärkten auftreten. Daher sollen anknüpfend an frühere Studien (Heisig et al. 2000) Beschäftigungsentwicklung und Rekrutierungspraxis des öffentlichen Dienstes untersucht werden. Vermutet wird, dass bei einem sich verstärkenden Fachkräftemangel die Konkurrenz um (hoch) qualifizierte Arbeitskräfte zwischen Privatwirtschaft und „Staat“ zunehmen wird. Der öffentliche Dienst wird sich, wenn er qualifiziertes Personal gewinnen und halten will, hinsichtlich der Dimensionen Arbeitsqualität und Attraktivität besser aufstellen müssen. Ausgehend von einer vergleichenden Bestandsaufnahme der Arbeitsbedingungen und der Arbeitssituation in unterschiedlichen Aufgabenbereichen der öffentlichen Dienste sollen daher Entwicklungstrends und Gestaltungsperspektiven herausgearbeitet werden. Die bisherigen Studien der Forschungseinheit verweisen darauf, dass Möglichkeiten zur kontinuierlichen Weiterentwicklung für Beschäftigte einen hohen Stellenwert haben, flacher werdende Hierarchien aber zu veränderten Aufstiegs- und Karrierebedingungen

führen. Zugleich konnte gezeigt werden, dass die Innovationsfähigkeit von Unternehmen in einem engen Zusammenhang mit der Verfügbarkeit und Vernetzung „frischen“ Wissens steht. Vieles deutet darauf hin, dass es sowohl den Interessen und Ansprüchen qualifizierter Beschäftigter als auch den Interessen der Unternehmen entgegenkommt, wenn sich die Stabilität und Dauerhaftigkeit der Beziehungen zwischen Unternehmen und Beschäftigten verringert und die wechselseitigen Bindungen zurückgehen. Daher soll in einem weiteren Vorhaben untersucht werden, welche Ausprägungen diese Entwicklung annimmt, wie diese sich in individuellen Berufskarrieren ausdrücken und wie diese Karrieren (neu) institutionell gerahmt werden. Hier ist insbesondere von Interesse, ob sich die benannten Trends der Dualisierung und „Verinselung“ auch in unterschiedlichen Bedingungen für die Gestaltung individueller Berufskarrieren auswirken.

Die Wechselwirkung zwischen individuellen Ressourcen, Wünschen und Orientierungen einerseits und den institutionellen Bedingungen der Gestaltung von Berufskarrieren andererseits steht auch im Zentrum eines bereits laufenden Vorhabens, bei dem ein vollständiger Jahrgang von Schulabgängern/-innen in einer deutschen Großstadt zum Termin der Schulentlassung sowie in einem Follow-Up nach einem halben Jahr schriftlich befragt wird (FeS 14).

Die bisherigen Studien zeigen überdies, dass trotz wachsender individueller Verantwortung, vergrößerten Handlungsspielräumen und Selbstorganisationspotenzialen in der Arbeit insbesondere die Verwirklichung von Ansprüchen aus einer „erweiterten Subjektperspektive“ (autonome Gestaltung von Erwerbsbiographien, soziale Verträglichkeit oder gesellschaftliche Nützlichkeit von Arbeit, Orientierung an ökologischen Standards etc.) zumeist durch strukturelle Barrieren in der betrieblichen Organisation eng begrenzt bleibt. Unter Annahme eines Fachkräftemangels und damit der Neujustierung von (individueller und kollektiver) Verhandlungsmacht könnten sich neue Konflikte gerade über die Realisierung dieser Ansprüche entfalten, aber auch neue Interessenkoalitionen zwischen Beschäftigten und Unternehmensleitungen herausbilden. Ob die Beschäftigten in bestimmten Branchen zu Akteuren einer neuen „reflexiven Arbeitsgestaltung“ (Voss/Warsewa 2006) werden und/oder unter welchen Bedingungen sich hier neue Formen des Interessenhandelns herausbilden, soll in weiteren Vorhaben geklärt werden.

## Remoralisierung und Repolitisierung von Wirtschaft und Arbeit

Unzweifelhaft waren die letzten Jahrzehnte von einer forcierten Ökonomisierung von Wertschöpfungsketten, Unternehmensstrukturen und Arbeitsorganisation geprägt. Gleichwohl lassen sich auch Trends ausmachen, die sich als eine „Moralisierung von Märkten“ oder eine „Repolitisierung der Wirtschaft“ (Zürn 2007) interpretieren lassen. Durch die Rückbindung wirtschaftlichen Handelns an gesellschaftliche Ziele und Anforderungen erweitert sich auch die Agenda der Governance von Arbeit. Normbildungsprozessen und gesellschaftlichen Diskursen kommt bei dieser Dynamik eine nicht zu unterschätzende Rolle zu. Unter diesem Blickwinkel ist der Analysehorizont auf jene Aushandlungen und Auseinandersetzungen in Medien(-berichterstattung) und öffentlichen Debatten auszuweiten, die sich auf arbeitsbezogene Konflikte beziehen. Als ein konkreter Ansatzpunkt wird dabei zu untersuchen sein, ob und wie die unterschiedlichen Akteure der Arbeitsbeziehungen versuchen, mit Rückgriff auf zentrale gesellschaftliche Werte und Maximen um die „Meinungsführerschaft“ zu ringen, und ihre spezifischen interessenpolitischen Ziele durch den strategisch-intentionalen Einbezug von Medien bzw. Medienvertretern zu flankieren. Hierzu sollen die jeweiligen Motivlagen, Handlungsansätze und Interaktionsbeziehungen der beteiligten Akteure rekonstruiert werden.

In diesem Themenbereich erscheint es ebenfalls lohnend, sich mit denjenigen Koordinations- und Abstimmungsproblemen zu beschäftigen, die aus der wachsenden Zahl von Anspruchsgruppen für Großunternehmen und zumindest regional relevante Unternehmen resultieren. Von Corporate Social Responsibility über Diversity Management, Schul- und Ausbildungspartnerschaften, Social oder Cultural Sponsoring und sonstigen Outreach-Aktivitäten bis hin zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder zu Sustainable Systems of Provision reicht die Palette von handlungs- und entscheidungsrelevanten Ansprüchen, die von den Unternehmensorganisationen in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Feldern verarbeitet werden (müssen). Gleichzeitig sind in diese Koordinierungsprozesse in der Regel nicht nur die Unternehmensleitungen bzw. das Management eingebunden, sondern auch die Betriebsräte und Betriebsrätinnen sowie die gewerkschaftlichen Interessenvertretungen. Ob und in welcher Weise sich diese Prozesse in den Unternehmen abbilden und wie sich damit gegebenen-

falls die traditionellen Arbeitsbeziehungen verändern werden, soll in einer weiterführenden Studie untersucht werden.

In umgekehrter Perspektive wird gefragt, auf welche Weise sich (geringe) Arbeitsmarktchancen auf politische Einstellungen auswirken. Das Projekt „Junge Menschen im Bundesland Bremen – Zum Zusammenhang von politischen Einstellungen (Totalitarismus, Populismus), Bildungs- und Arbeitsmarktchancen“ untersucht im Rahmen eines europäischen Forschungsvorhabens (im 7. Forschungsrahmenprogramm) mittels einer repräsentativen Befragung die komplexen Zusammenhänge zwischen einerseits politischen und sozialen Einstellungen junger Menschen und andererseits Bildungsniveaus und -chancen bzw. Arbeitsmarktteilhabe und -chancen (FeWiF 18). Dabei wird überprüft, ob die von totalitären und populistischen Vorstellungen geprägten jungen Menschen eine im Vergleich zu anderen Gruppierungen dieser Alterskohorte andere schulische wie berufliche Bildung und dadurch beeinflusste geringere Arbeitsmarktchancen aufweisen.

## 2.2 Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

### 1. Schwerpunkte und Ergebnisse 2006-2011

Arbeitsgegenstand der Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb (FeQua) sind jene vielfältigen Bildungsprozesse, die sich auf Arbeit und Beruf sowie deren betriebliche Organisation beziehen. Die strukturellen Ambivalenzen und Spannungsfelder in denen sich berufliche Bildungsprozesse abspielen, führen unter aktuellen Bedingungen zu wachsenden Funktionsproblemen, welche die Legitimität der bestehenden Steuerungs- und Regulierungsformen zunehmend infrage stellen: Während Arbeitgeber/-innen spezifische Qualifikationen für die Betriebe und Unternehmen benötigen, streben Arbeitnehmer/-innen eine breite Qualifikation an, die die persönlichen Optionen und Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt erweitern. Gleichzeitig ist auch das gesellschaftliche Interesse an der Verwirklichung allgemeiner Bildungsziele zu realisieren (Clement 2007). Hinzu kommt, dass die Steuerung der beruflichen Bildung von institutionellen Widersprüchen gekennzeichnet ist – Freiwilligkeit der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung versus (staatlicher) Anspruch auf ein ausreichendes Berufsbildungsangebot, Anerkennung von Bildungsabschlüssen etc. –, die insbesondere beim Auseinanderfallen von Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarkt zutage treten (Eberhard/Ulrich 2010: 134 f.).

Die berufliche Bildung in Deutschland stellt sich dabei als ein institutionelles System dar, dessen Steuerung durch sehr komplexe Akteurskonstellationen erschwert wird. Zum einen treffen eine Vielzahl verschiedener Akteure mit jeweils eigenen Interessen aufeinander: Außer den Individuen selbst, beispielsweise die Schulen und Schulverwaltungen, nicht-staatliche institutionelle Anbieter von Bildungsleistungen, die Bildungspolitik, Kammern und Innungen, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen. Zum anderen ist eine Handlungskoordination auf mehreren Ebenen erforderlich: Von der EU-Ebene, über Bund, Länder, Regionen bis zu einzelnen Organisationseinheiten (Schulen, Betriebe). Ferner greifen unterschiedliche gesetzliche Regelungen ineinander, wie beispielsweise das Arbeits- und das Berufsbildungsrecht, Schulgesetze sowie der

Jugendschutz. Diese Vielzahl und Heterogenität der Akteure und Ebenen, die in Reformvorhaben einbezogen werden (müssen), führt zu langwierigen und oft ineffizienten Entscheidungsprozessen und schränkt die Reformfähigkeit und Flexibilität des Berufsbildungssystems stark ein. Daher liegt eine besondere Herausforderung bei der Konzeption und Umsetzung von Innovationen im beruflichen Bildungsbereich darin, die Koordinierungs-, Regelungs- und Steuermechanismen (Governance) dieses Systems zu analysieren. Auf dieser Grundlage lassen sich bildungspolitische Governance-Strukturen entwickeln und praktisch erproben, welche den neuen Akteurskonstellationen gerecht werden und neue Handlungsoptionen eröffnen.

Die Untersuchungen und Analysen der Forschungseinheit richten sich dabei vor allem auf die Veränderungen von Qualifikationsanforderungen in Unternehmen, Ausbildungseinrichtungen und Arbeitsmärkten, um Bedarfe für Aus- und Weiterbildung und neue Berufsfelder zu identifizieren (Qualifikationsforschung). Auf der Grundlage der Ergebnisse der Qualifikationsforschung werden Konzepte zur Vermittlung von Qualifikationen und Kompetenzen für das Bildungsindividuum erarbeitet sowie Strukturveränderungen im Bildungssystem angestoßen. Einen Schwerpunkt stellen dabei die am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt benachteiligten Zielgruppen dar (Kompetenzerwerb).

### Forschungsschwerpunkt Qualifikationsforschung

Für den Forschungsschwerpunkt Qualifikationsforschung ist das Projekt EQUIB (Erhebung der Qualifikationsbedarfe in der Region Bremen) zentral, das sich sowohl als Beitrag zur Effizienzsteigerung von Berufsbildungs- und Qualifizierungspolitik versteht als auch anwendungsnahe Einzelergebnisse zu Branchenentwicklungen bereitstellt (FeQua 1). Gegenstand dieses Projekts war die Entwicklung, Erprobung und Etablierung eines Regionalen Monitoring-Systems Qualifikationsentwicklung (RMQ), das im Jahr 2008 abgeschlossen worden ist. Mit diesem methodischen Instrument können Veränderungen der strukturellen Voraussetzungen von Qualifikationsentwicklungen (z.B. demographischer Wandel, Nachhaltigkeitsstrategien) wie auch neue Qualifikationsbedarfe und Berufsfeldentwicklungen infolge regionaler Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Gesellschafts- und Bildungspolitik kontinuierlich und zeitnah erfasst werden. Das RMQ basiert auf

einem Betriebspanel, das alle regional bedeutsamen Sektoren/Branchen abdeckt, sowie einem Expertenpool, der die relevanten Akteure und Funktionsebenen der genannten Politikfelder umfasst. So wurden im Rahmen von EQUIB für die im Land Bremen definierten Zukunftsbranchen (wie Logistik, Windenergie, Gesundheitswirtschaft, Robotik) Qualifikationsbedarfsanalysen vorgelegt, deren Ergebnisse und Empfehlungen von Arbeitsmarkt- und Bildungsdienstleistern in Bildungsmaßnahmen für Arbeitnehmer/-innen umgesetzt wurden (FeQua 1,2).

Angeichts des in den letzten Jahren verstärkt einbrechenden Ausbildungsmarkts sowie der hohen Jugendarbeitslosigkeit wurden zudem für regionale Akteure im Bereich von Ausbildungsmanagement Ausbildungspotenzialanalysen (Handwerk, Freie Berufe, Metall- und Elektroindustrie) erstellt. Diese Kenntnisse über den regionalen Ausbildungsmarkt ermöglichten den regionalen Akteuren eine ziel- und bedarfsgenaue und dadurch erfolgreiche Akquise zusätzlicher Ausbildungsplätze (FeQua 3,4). Die Potenzialanalyse zu den Freien Berufen wurde in das Good-Practice-Center des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) aufgenommen. Darüber hinaus wurde für das Bremer Netzwerk Nachqualifizierung (bnn) eine Potenzialanalyse erarbeitet, die betriebliche Nachqualifizierungsbedarfe für die Zielgruppe der Jugendlichen unter 25 Jahren ohne Ausbildung erhob und damit Strategien zur Integration dieser Zielgruppe in den Arbeitsmarkt eröffnete (FeQua 6,7).

Das Land Bremen hat sich zum Ziel gesetzt, die UN-Behindertenrechtskonvention im Land Bremen umzusetzen, damit mehr Menschen mit Behinderungen in das Arbeitsleben integriert werden. Um die Beratungs- und Unterstützungsfunktion für Unternehmen wie für schwer behinderte Menschen zu optimieren, gab das Integrationsamt Bremen eine wissenschaftliche Studie zu Beschäftigungshemmnissen bzw. -chancen dieser Zielgruppe auf dem ersten Arbeitsmarkt in Auftrag. Ein relevantes Ergebnis war die Empfehlung, die Personal- und Qualifizierungsstrategien für schwer behinderte Arbeitnehmer/-innen in die Konzepte für älter werdende Belegschaften einzuordnen (Stichwort demographischer Wandel). Dies wird in einigen Betrieben bereits umgesetzt (FeQua 8).

## Forschungsschwerpunkt Kompetenzerwerb

Im Forschungsschwerpunkt Kompetenzerwerb werden Forschungstransferprojekte bearbeitet, deren Aktionsfelder sich aus den im Forschungsschwerpunkt Qualifikationsforschung ergebenden Handlungsbedarfen wie auch aus aktuellen regionalen Problemlagen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt und im Bereich der Bildung konstituieren. In der Regel werden in diesem Kontext Konzepte und Strategien entwickelt, in denen sich individuelles Lernen und Elemente von Organisationslernen mischen. Auf folgenden Aktionsfeldern und mit folgenden Zielgruppen wurden Forschungstransferprojekte zum Erwerb bildungspolitisch und/oder für die Teilhabe am Arbeitsleben geforderter neuer Kompetenzen durchgeführt:

» Jugendliche mit Migrationshintergrund finden häufig in Handwerksbetrieben einen Ausbildungsplatz, weisen jedoch auch hier eine sehr hohe Abbruchquote ihrer Ausbildungsverhältnisse auf. Als Lösungsansatz wurden in Kooperation mit der Handwerkskammer Bremen „Instrumente für ein Integrations- und Diversity- Management“ für Handwerksbetriebe entwickelt, so u.a. ein Diversity-Modul für die Meisterausbildung, das Problemlösungskompetenzen im Umgang mit Auszubildenden mit Migrationshintergrund vermittelt. Diese Ausbildungssequenz wurde in Bremen in die Meisterausbildung integriert und wird von den Handwerksbetrieben als sehr erfolgreich beschrieben (FeQua 9).

» Frauen gelten einerseits nach wie vor als benachteiligte Gruppe am Arbeitsmarkt und andererseits als nicht ausgeschöpftes Potenzial für innovative und wachstumsorientierte Existenzgründungen. In Kooperation mit regionalen und bundesdeutschen Institutionen der Frauenförderung wurde der genderorientierte Lösungsansatz eines „Lern- und Informationssystems für Frauen, die nach oben wollen“ gewählt. Das Lernsystem zu allen Kompetenzen, die bei einer Existenzgründung verlangt werden, steht als multimediales Selbstlernsystem (DVD) allen Existenzgründerinnen zur Verfügung. Es kommt in Beratungsinstitutionen des Landes Bremen wie bundesweit äußerst erfolgreich zum Einsatz (FeQua 10).

» Insbesondere das Berufsfeld der Metall- und Elektroberufe unterliegt kontinuierlich neuen Qualifikationsanforderungen infolge technologischer und Material-Entwicklungen. Durch diese Entwicklungen

entstehen neue Aufgabenfelder und Einsatzgebiete in den für das Land Bremen definierten Zukunfts- und Wachstumssektoren (Robotik, Windkraft, Luft- und Raumfahrt). Auf Seiten der Unternehmen macht sich dies durch eine verstärkte Nachfrage nach gut und höher qualifizierten Fachkräften, auf Seiten der Auszubildenden und Arbeitnehmer/-innen als Anforderung und Bereitschaft zum lebensbegleitenden Lernen sowie zur kontinuierlichen Anpassung und Erweiterung ihres Kompetenzprofils bemerkbar. Als Lösungsansatz wurde und wird in Kooperation mit im angesprochenen Berufsfeld tätigen beruflichen Schulen und Weiterbildungseinrichtungen sowie der Hochschule Bremen ein modularisiertes Qualifizierungsangebot entwickelt. Beginnend mit Zusatzmodulen für Ausbildungsgänge über berufsbegleitende Module bis zur Erreichung des Zugangs zu Bachelor-Studiengängen werden die Chancen auf Übergänge von Ausbildung in Berufstätigkeit, die Sicherung von Facharbeitsplätzen und schließlich der Aufstieg in Forschungs- und Leitungsfunktionen verbessert. Den Anforderungen an lebensbegleitendes Lernen entsprechend werden diese Qualifizierungspakete auf einer Lernplattform (Online-Lernsystem mit tutorieller Unterstützung) angeboten. Durch die Kooperation mit der Hochschule Bremen sollen Weiterbildungsmodule, durch ein Punktesystem auf entsprechende Bachelor-Studiengänge bezogen, einen Beitrag zur Durchlässigkeit von berufsbildenden und Hochschulabschlüssen leisten (FeQua 11-14).

- » Die Reformbedürftigkeit des Übergangssystems, in dem sich gut ein Drittel jedes Schulabgängerjahrgangs wieder findet, scheint bei allen relevanten Akteuren unbestritten. Statt nutzloser und kostspieliger „Warteschleifen“ für die Jugendlichen sollen berufsorientierende Kompetenzen und Ausbildungsreife gefördert sowie die einzelnen Übergangsmaßnahmen über anschlussfähige Bildungsabschlüsse miteinander verzahnt und aufeinander aufbauend gestaltet werden. Ein Lösungsansatz zur Vermittlung des Kompetenzbündels für lebenslanges Lernen – eine der wichtigsten Voraussetzungen einer Berufstätigkeit in der heutigen Wissensgesellschaft – wurde in Kooperation mit den Schul- und Bildungsbehörden im Land Bremen konzipiert und in Kooperation mit Abschlussklassen allgemein bildender Schulen umgesetzt. Zielgruppen waren bildungs-/sozialbenachteiligte Jugendliche, die auf einen gelingenden Übergang in Ausbildung und Arbeit vorbereitet wurden: Hierzu wurde der Schulunterricht in Projekt-Curricula umgestaltet, um sowohl die Kompetenzen der Jugendlichen zum lebenslangen Lernen (u.a. Selbstlern- und Hand-

lungskompetenzen, Selbstwirksamkeit, kooperatives Lernen, arbeitsbezogene Sozialkompetenzen, Medienkompetenz) zu befördern als auch die der Lehrkräfte zur Vermittlung dieser Kompetenzen zu stärken. Als didaktisch-methodisches Instrument und Lernmaterial wurde hierfür das „Lernprojekt mit Ernstcharakter“ entwickelt (FeQua 15-17).

- » Auf einer Governance-Ebene wurden – ebenfalls in Kooperation mit der bremischen Bildungsbehörde – Ansätze zu einer optimierten Verzahnung schulischer und betrieblicher Bildung entwickelt und in Bildungsgängen des schulischen Übergangssystems sowie in Praktikumsbetrieben umgesetzt. Die strukturelle Veränderung im schulischen Übergangssystem bestand in der Herstellung eines systematischen Bezugs zur betrieblichen Ausbildungs- und Arbeitsrealität. Hierbei wurden geregelte Kooperationen, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Vermittlung von „Ausbildungsreife“ zwischen Schule und Betrieb initiiert (Stichwort: Dualisierung der Berufsvorbereitung). Als didaktisch-methodisches Instrument und Lernmaterial wurden hier berufsfeldbezogene, die Lernorte Betrieb und Schule verzahnende Qualifizierungs- und Lernbausteine sowie Curricula für das berufsvorbereitende Bildungssystem erarbeitet und ein Handbuch für die Durchführung betrieblicher Praktika erstellt. Ziel ist es, die Berufsorientierung der Jugendlichen durch den Arbeitsweltbezug in eine Berufswahlentscheidung münden zu lassen sowie ihre Ausbildungsplatzchancen zu erhöhen. Die erstellten Curricula werden nachhaltig in das Bildungsangebot und -system der Schulen übernommen (FeQua 18-20).
- » Aus verschiedenen Gründen gewinnen Gesundheitsprävention und Gesundheitskompetenz eine zunehmende Bedeutung für die dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmern/-innen. Daher hat die Bundesregierung 2008 mit der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) europäisches Arbeitssicherheitsrecht in nationales Recht umgesetzt. In diesem Rahmen wurde der Part für die praktische Umsetzung im Pflegesektor und in Kleinstbetrieben dem Land Bremen übertragen. Die Forschungseinheit erhielt auf Grund ihrer erfolgreichen bisherigen Projekte (FeQua 21, 22) im Arbeits- und Gesundheitsschutz (AGS) den Auftrag, modellhafte Lösungsansätze für beide Bereiche in Kooperation mit Unternehmen und den zuständigen institutionellen Akteuren des AGS zu entwickeln.

Vor allem im Pflegesektor gelten die Arbeitsbedingungen als physisch und psychisch extrem belastend. Die Konsequenzen sind hohe Krankheitsraten, eine sehr

hohe Fluktuation sowie eine geringe Verweildauer im Pflegeberuf. In Kombination mit dem demografischen Wandel steht der Pflegesektor vor einem massiven Fachkräftebedarf, der sich absehbar immer schwerer decken lässt. In Kooperation mit 41 ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen wurde vor diesem Hintergrund und unter aktiver Mitwirkung der Beschäftigten das Instrument der moderierten, mitarbeiterorientierten Gefährdungsbeurteilung an die je spezifischen Pflegesituationen angepasst. Parallel dazu wurden Qualifizierungsmodule zur berufsbezogenen Gesundheitskompetenz für die Beschäftigten entwickelt, so dass Ergonomie- und Präventionskompetenzen in die alltäglichen Pflegetätigkeiten integriert werden können. Erste Evaluationen zeigen, dass die Pflegetätigkeit mit weniger gesundheitlichen Belastungen verbunden ist, die Pflegekräfte eine höhere Arbeitszufriedenheit aufweisen und so ihre Arbeits- bzw. Beschäftigungsfähigkeit erhalten können (FeQua 23).

In angepasster Form wurde dieser Ansatz auch mit Kleinstbetrieben (bis 10 Mitarbeiter/-innen) umgesetzt. Hier finden sich überwiegend keine betriebliche AGS-Organisation und wenige AGS-Kompetenzen. Ergänzend wurde daher für diese Betriebsgrößenklasse eine multimediale Lernplattform zum AGS geschaffen, auf der alle relevanten Informationen gebündelt zu finden sind, „gute Beispiele“ aus anderen Unternehmen vorgestellt werden und Module zur Gesundheitskompetenz für Beschäftigte abgerufen werden können (FeQua 24).

## 2. Transfer, Methoden und Praxisrelevanz

Die Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb kombiniert wissenschaftliche Beiträge zur Förderung der Berufschancen und der Berufsplanung von Jugendlichen und Erwachsenen mit – auf dieser Grundlage erarbeiteten – konkreten Handlungsempfehlungen und -leitfäden, die für Bildungspolitik und -praxis entwickelt und zur Verfügung gestellt werden. Wissenschaftlich fundiert werden Fragestellungen und Ergebnisse u.a. durch Sekundäranalysen und Fachgespräche in bundesweite und europäische Netzwerke zur Qualifikationsforschung eingebracht. Neben Sekundäranalysen werden auch eigene empirische Untersuchungen im Feld durchgeführt, die ebenfalls als Grundlage der Transferaktivitäten dienen.

Mit ihren praktisch ausgerichteten Transferprojekten ist die Forschungseinheit nicht zuletzt selbst in die strukturelle und prozessuale Neugestaltung von Governance-Formen eingebunden und folgt damit zugleich dem Anspruch der Educational Governance-Forschung, „ihr Wissen um die Prozesse [...] auch in Gestaltungsvorschläge umzumünzen“ und den beteiligten Akteuren zur Verfügung zu stellen (Altrichter/Maag Merki 2010: 33; siehe auch Dederling 2010: 63 ff.). Ein Beitrag hierzu kann und soll dadurch geleistet werden, dass im kontinuierlichen Dialog und Erfahrungsaustausch mit den regionalen Akteuren des beruflichen Bildungssystems und in Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmerkammer Bremen Forschungsvorhaben und Analysen zu aktuellen Herausforderungen an der Schnittstelle von Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie Bildungspolitik durchgeführt werden. Ziel ist es vor allem, die Auswirkungen aktueller Entwicklungen auf die Funktionsfähigkeit des bestehenden beruflichen Bildungssystems zu bewerten.

Mit einem Betriebspanel und einem regionalspezifischen Expertenpool zu den Themenschwerpunkten Qualifikationsentwicklung, Gesundheitsprävention und lebensbegleitendes Lernen verfügt die Forschungseinheit über einschlägige Voraussetzungen für die Entwicklung und Umsetzung von betrieblichen und überbetrieblichen Problemlösungen in diesen Bereichen. Zudem ermöglicht ein umfangreiches Netz von institutionellen Kontakten und Kooperationen die enge Abstimmung mit Entscheidungsträgern im politischen Raum. Schließlich werden gemeinsam mit unterschiedlichen Akteuren im Rahmen des Forschungstransfers Konzepte und Strategien in Modellprojekten erprobt und evaluiert. Relevante Kooperationspartner sind neben der Arbeitnehmerkammer Bremen insbesondere das bremische Landesinstitut für Schulentwicklung, die Institutionen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, Berufsverbände, Verbände und Kammern, die Hochschule Bremen, der Fachbereich Pädagogik der Universität Bremen, die Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau (ZGF), das Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet sowie die Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen. Weiter ist die Forschungseinheit über ihre Projekt- bzw. Forschungsschwerpunkte in einschlägige Netzwerke eingebunden, und zwar auf regionaler Ebene (z.B. Netzwerk Berufsorientierung, Netzwerk Arbeit und Gesundheit, interkulturelles Gesundheitsnetzwerk, Runder Tisch Pflege, Arbeitskreis „Berufliche Perspektiven von Mädchen und Frauen“

der ZGF Bremen, Netzwerk für Gesundheit und Arbeit im Lande Bremen, DemografieNetzwerk Nordwest) wie auch in bundesweite Zusammenhänge (Initiative Neue Qualität der Arbeit, Expertenmonitor BIBB).

Die Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb kommuniziert ihre Ergebnisse darüber hinaus in bundesdeutschen (BMBF-Forschungsnetz zur Früherkennung von Qualifikationserfordernissen) und europäischen Netzwerken (European Network on Regional Labour Market Monitoring) und mit Instituten bzw. Fachbereichen ähnlicher Schwerpunktsetzung an den Universitäten Dortmund (Sozialforschungsstelle; Lehrstuhl für Berufspädagogik), Frankfurt (Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur) sowie Oldenburg (Institut für Regionalentwicklung; Arbeitsbereich Weiterbildung und Bildungsmanagement).

### 3. Forschungsprogramm 2012-2016

Die dargestellten Forschungsergebnisse markieren im Wesentlichen zwei aktuelle Herausforderungen für die berufliche Bildung und für die aktuellen sowie mittelfristigen inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte und Fragestellungen der Forschungseinheit:

- » Die wachsende Diskontinuität von Bildungs- und Erwerbsbiografien stellt das Gelingen von „Übergängen“ in Frage;
- » veränderte Erwerbsbedingungen und -biografien verlangen Schlüsselkompetenzen für nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit (Employability).

#### Wachsende Diskontinuität von Bildungs- und Erwerbsbiographien

Eine Reihe von gesellschaftlichen „Basistrends“ wie z.B. die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft und der Märkte, der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft sowie der demographische Wandel, führt zu erheblich wachsenden Anforderungen an die Beschäftigten hinsichtlich fachlicher Qualifikationen und sonstiger beruflicher Kompetenzen, Kreativität, Flexibilität und Mobilität (Holtrup/Warsewa 2008a). Damit werden die berufliche Bildung und ihr Institutionensystem vor erhebliche neue Herausforderungen gestellt:

Die Übergänge zwischen Schule und Ausbildung (1. Schwelle), Ausbildung und Berufstätigkeit (2. Schwelle) sowie innerhalb der Erwerbstätigkeit zwischen be-

ruflicher Weiterbildung und beruflichen Aufstiegsoptionen (3. Schwelle) gestalten sich für die Individuen zunehmend schwieriger. Eine Konsequenz auf der Seite der Beschäftigten bzw. der potenziellen Erwerbstätigen ist die Zunahme „gebrochener“ Erwerbsbiographien. Die Berufswegplanungen der Individuen treffen auf ungenügende gesellschafts- und bildungspolitische Voraussetzungen für ihre Realisierung.

#### Probleme beim Übergang Schule – Ausbildung

In die Kritik geraten ist insbesondere das so genannte „berufliche Übergangssystem“: Damit werden unterschiedlich strukturierte und gesteuerte Bildungsangebote bezeichnet, die für Jugendliche ohne Ausbildung die Berufsorientierung und Ausbildungsreife fördern, ein nachträgliches oder besseres Schulabschlusszeugnis ermöglichen, Ausbildungs- bzw. Qualifizierungsbausteine anbieten und so den Übergang in eine Berufsausbildung im Dualen System erleichtern sollen. Tatsächlich erweist sich der vermeintliche „Übergang“ für viele dieser Jugendlichen immer mehr als „Warteschleife“, in der sie als „Altbewerber/-innen“ in der Regel nicht systematisierte Bildungsmaßnahmen durchlaufen, ohne dass ihre Berufseinstiegschancen sich dabei verbessern.

Aus eigenen Arbeiten wie auch aus dem „Berufsbildungsbericht 2010“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung geht hervor, dass eine wachsende Zahl von Jugendlichen in diesem Übergangssystem weder einen Schulabschluss noch eine qualifizierte Ausbildung erreicht. Gefordert wird daher, das bisherige Übergangssystem und die damit verbundenen zahlreichen Programme, Fördermaßnahmen und Kampagnen auf ihre Effizienz zu überprüfen. Eine systematische Aufbereitung der Ergebnisse und Erfahrungen aus den unterschiedlichen Ansätzen der angebotenen „Übergänge“ steht noch am Anfang (BMBF 2010; Bertelsmann Stiftung 2010). Auch die Bremer Bildungspolitik steht derzeit in einer Diskussion um die Neugestaltung des beruflichen Übergangssystems: Mit den „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013“ wurde neben einer Reform (Dualisierung der Berufsorientierung) und „höheren Effizienz“ ein sukzessiver Abbau bzw. eine Begrenzung des Übergangssystems auf das notwendige Angebot beschlossen. Das Hauptproblem der Effizienz des Übergangssystems wird in der unzulänglichen Koordinierung des Übergangsmanagements und der unterschiedlichen Steu-

erungslogiken der beteiligten Institutionen identifiziert (Baethge 2008: 65). Eine Verbesserung der Effizienz des Übergangssystems erfordert insofern offenbar neue Governanceansätze auf der Ebene der Schnittstellen im Berufsbildungssystem sowie neue, zwischen den beteiligten Institutionen abgestimmte, curriculare Abläufe und Inhalte der Übergangsmaßnahmen (Forschungsfeld „Übergangssystem“).

Einschlägige Studien (BMBF 2010) und die bisherigen Projektergebnisse der Forschungseinheit (FeQua 18, 19) haben zudem gezeigt, dass Ansätze zur Verbesserung der Effizienz des Übergangssystems berücksichtigen müssen, auf welche Zielgruppe im Übergangssystem sie sich beziehen. So kam es im schulischen wie außerschulischen Übergangssystem zunehmend zu einer Vermischung zweier ganz unterschiedlicher Zielgruppen, die nach spezifischen Unterstützungsangeboten verlangen: Auf der einen Seite die „Marktbenachteiligten“, also die (weitgehend) „ausbildungsreifen“ Jugendlichen, auf der anderen Seite die „lernbenachteiligten und sozial benachteiligten“ Jugendlichen, denen ein erfolgreicher Einstieg in eine Ausbildung noch nicht zugetraut wird und die so die eigentliche Zielgruppe der Berufsausbildungsvorbereitung (BAV) nach dem Berufsbildungsgesetz bilden.

Angedachte Projektvorhaben der Forschungseinheit sollen Lösungsvorschläge zur Funktionsoptimierung des Übergangssystems erbringen. Dabei werden die in der Forschungseinheit etablierten Konzepte zur praxisorientierten Berufsorientierung und -vorbereitung in den (berufsbildenden) Schulen / Bildungsgängen zur Beförderung des Übergangs und zum lebensbegleitenden Lernen an der „ersten Schwelle“ weiter entwickelt. In diesem Zusammenhang steht eine Vorstudie zur Lernortkooperation von Schule und Betrieb (FeQua 20), die den vermuteten „Klebeffekt“ von betrieblichen Qualifizierungspraktika für den Übergang in Ausbildung untersucht. Darauf aufbauend soll ein Schul-Modellversuch für eine dualisierte Berufsvorbereitungsklasse, die den betrieblichen Einsatzort als Lernort mit dem Schulunterricht verzahnt, konzipiert und beim Bildungsressort initiiert werden.

## Effizienz des beruflich-betrieblichen Bildungssystems

Die Nachfrage des Arbeitsmarktes nach qualifizierten Fachkräften kann einerseits nicht zufrieden stellend bedient werden. Andererseits sind hohe Zahlen an Erwerbslosen und prekären Beschäftigungsverhältnissen

festzustellen. Angesichts dieser Tatsache wird von Bildungsverantwortlichen zunehmend die Frage nach der Effizienz des beruflich-betrieblichen Bildungssystems (Weiterbildung, geregelte Aufstiegsfortbildung, Nachqualifizierung als „3. Weg“ der Berufsausbildung) gestellt. Jugendliche und Erwachsene benötigen neue Bildungsstrukturen für eine Berufswegplanung in flexibilisierten Erwerbsstrukturen.

Die Leistungsfähigkeit des Systems der beruflichen Bildung erweist sich u. a. an der Durchlässigkeit ihrer Zugänge und der damit verbundenen Förderung des lebensbegleitenden Lernens. Dies verlangt, dass Abschlüsse stets auch neue Zugänge im Bildungssystem eröffnen und so Einstiege in bestehende Bildungseinrichtungen/-angebote ermöglichen. Leistungen und Leistungsnachweise eines Sektors wären demnach so zu gestalten, dass sie in anderen Sektoren Anerkennung finden und angerechnet werden; informell erworbene Kompetenzen sollten formell zertifiziert werden können. Eine verbesserte „Durchlässigkeit“ des Bildungssystems könnte dazu beitragen, dass es flexibler auf veränderte Bedarfslagen des Arbeitsmarktes reagieren kann, da aufwendige Lernschleifen vermieden, atypische Bildungsverläufe weniger riskant und Abbruchquoten im Bildungssystem verringert werden könnten.

Entwicklungen in einzelnen Branchen und Berufsfeldern verweisen allerdings auf einen Widerspruch zwischen dem Wachstum atypischer Beschäftigungsformen und Dequalifizierungstendenzen einerseits und dem bildungspolitischen Anspruch auf lebensbegleitendes Lernen, „Aufqualifizierung“ und „Akademisierung“ andererseits. Dies zeigt sich vor allem in den Wachstumsbranchen der personenbezogenen Dienstleistungen wie Pflege und Erziehung. In Reaktion auf den prognostizierten Fachkräftemangel werden neue Zugänge zur universitären Ausbildung eröffnet, die damit ganze Berufsfelder „nach oben“ hin aufwerten. Gleichzeitig findet unterhalb der Fachkräfteebene die Schaffung neuer, so genannter Assistentenberufe statt. Zu beiden Seiten hin besteht bislang jedoch keine gesicherte Evidenz, dass diese neuen Berufe auf einen entsprechenden Bedarf des Arbeitsmarktes treffen.

Zur Analyse der skizzierten Problemlagen wird die Forschungseinheit vor allem im Forschungsfeld „Qualifikationsforschung“ fundierte Beiträge leisten. Mittels Qualifikationsbedarfsanalysen werden nicht nur neue Qualifikationsanforderungen frühzeitig erkannt, um zeitnah in Bildungsgänge und -angebote auf allen Über-

gangsstufen (z. B. in Weiterbildung, Fortbildung, neue Berufe) implementiert zu werden. Sie können auch dazu dienen, Empfehlungen zur Ausgestaltung institutioneller Regelungen der Durchlässigkeit zu formulieren.

Mit den im Projekt EQUIB (FeQua 1) erprobten Instrumenten soll ferner überprüft werden, inwiefern die skizzierten Entwicklungen in den einzelnen Berufsfeldern zielführend für Arbeitnehmer/-innen und Betriebe sind. Über die Erfassung des tatsächlichen Qualifikationsbedarfs in diesen Berufsfeldern soll verstärkt der Frage nachgegangen werden, ob ein Matching zwischen den neuen, vor allem von der Politik konzipierten Berufen und den tatsächlichen betrieblichen Bedarfen und Anforderungen besteht. Darüber hinaus ist aber auch zu fragen, ob und inwiefern die neuen Strukturen des lebensbegleitenden Lernens, die sich in der Region zu etablieren beginnen, das Gelingen von Übergängen und Berufsbiografieplanungen sowie eine positive „Bildungsrendite“ für die Bildungsindividuen ermöglichen.

### Schlüsselkompetenzen für nachhaltige Employability

Zunehmende Leistungsanforderungen in der Arbeit, wachsende Unsicherheit und die zunehmende Verbreitung von „Brüchen“ in der Berufswegplanung sowie die Verlängerung der Phase der Erwerbstätigkeit (also zunehmendes Alter der Beschäftigten) verlangen neue berufliche Schlüsselkompetenzen vor allem im Bereich physischer und psychischer Gesundheits-Prävention. Diese Präventionskompetenzen stellen die zentrale Voraussetzung dafür dar, Arbeitsanforderungen bis ans Ende der Erwerbstätigenphase und/oder die diskontinuierlichen Erwerbsphasen bewältigen zu können (Kriegesmann et al. 2005)

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach den Inhalten dieser Präventionskompetenzen für verschiedene Berufsfelder, Qualifikations- und Hierarchiestufen in den Unternehmen. Arbeits- und Gesundheitsschutzwissen und -kompetenzen müssen zum einen in die Ausbildung und in die Lernphasen des lebensbegleitenden Lernens integriert werden (Verhaltensprävention). Zum anderen müssen Organisationsstrukturen in Unternehmen aber auch gesundheits-/präventionsorientiert gestaltet werden können (Verhältnisprävention). Insofern gehören Themenfelder des persönlichen und des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes als auch der Gesundheitsförderung zum Kanon der beruflichen Bildung (INQA 2008).

Zukünftige Forschungs- und Transferprojekte im Forschungsfeld „nachhaltige Employability“ sind daher gekennzeichnet durch folgende Eckpfeiler:

- » Fortentwicklung der schon in der Forschungseinheit erprobten und eingesetzten Konzepte und Modelle zur betrieblichen Gesundheitsförderung, zur Verbesserung der Präventionskompetenz und damit zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten;
- » Fortentwicklung der schon in der Forschungseinheit erprobten und eingesetzten Konzepte und Modelle zur Integration von Arbeits- und Gesundheitsschutz in betriebliche Management- und Organisationssysteme mit dem Fokus auf Mitarbeiterorientierung;
- » Modelle und Curricula, die Gesundheitskompetenz in berufliche Ausbildungsmodule integrieren;
- » Konzepte der Bewältigung des demographischen Wandels unter besonderer Berücksichtigung der Integration der älteren Arbeitnehmer/-innen in den Arbeitsmarkt.

Konkrete Anwendung findet das Konzept zur Integration von Gesundheitskompetenzen in berufliche Bildungsprozesse und betriebliche Organisationsentwicklungen in den zwei Sektoren Pflege und Kleinbetriebe. In Fortführung der Projekte im Pflegesektor (FeQua 22, 23) ist ein breiter, regionaler Transfer der Projektergebnisse in den Gesundheitssektor vorgesehen. Weitere konkrete Projektplanungen betreffen den Bereich des Erziehungsdienstes als neuen Sektor. Ähnlich wie der Pflegesektor ist dieser gekennzeichnet durch einen prognostizierten hohen Fachkräftemangel, eine bereits vorherrschende hohe Personalfuktuation sowie die Gesundheit der Beschäftigten hoch belastende Arbeitsbedingungen. Das laufende Projekt „AGS Erziehung“ (FeQua 25) stellt hierzu eine Vorstudie dar, indem es eine notwendige Bestandsaufnahme zum Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Kindertageseinrichtungen im Land Bremen vornimmt. Auf dieser Grundlage ist ein Projektvorhaben zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit des Betreuungs- und Erziehungspersonal in Kindertagesstätten geplant.

## 2.3 Forschungseinheit Stadt und Region

### 1. Schwerpunkte und Ergebnisse 2006-2011

Die Forschungseinheit Stadt und Region (FeS) hat sich im vorangegangenen Evaluationszeitraum mit Prozessen des lokalen und regionalen Strukturwandels und ihren sozialen Folgen auseinandergesetzt. Vor diesem Hintergrund standen im Berichtszeitraum jene Reorganisationen und Rekonfigurierungen regionaler und lokaler Governancestrukturen im Vordergrund, die als zentrale Voraussetzung „erfolgreicher“ Modernisierungs- und Integrationsprozesse gelten (Benz et al. 2007). Institutionelle Arrangements und politische Strukturen sind seit einigen Jahren erheblich unter Veränderungsdruck geraten (Heinelt/Vetter 2008): Steigende Ansprüche der Bürger/-innen an die Qualität ihres unmittelbaren Lebensumfeldes wie auch an die eigenen Gestaltungs- und Beteiligungschancen, die mit der Anzahl von Akteuren, Interessen und Beziehungen wachsende Komplexität öffentlicher und privater Aufgaben bei gleichzeitig zunehmenden Funktionsdefiziten von Arbeitsmärkten und sozialen Sicherungssystemen bilden auf lokaler bzw. regionaler Ebene besonders engmaschige Problem- und Akteurkonstellationen, denen überdies noch ein wachsender Mangel an Ressourcen (Geld, Ansehen, Legitimität, Personal, Kompetenzen, Wissen) auf der Seite der öffentlichen Akteure gegenübersteht (Hill 2005; Schuppert/Zürn 2008).

Ferner stellen unter aktuellen und zukünftigen Wettbewerbsbedingungen nicht mehr selbstverständlich und unumstritten die Einwohner/-innen und deren Bedürfnisse den alleinigen Maßstab für die Gestaltung der lokalen Verhältnisse dar. Insbesondere Großstädte müssen sich sowohl im Umfang als auch in der Qualität ihrer Infrastrukturen, Dienstleistungen und sonstigen Angebote auf wachsende zeitweilige Besucher- und Nutzergruppen (z.B. Arbeitspendler, Businesspeople, Studierende, Touristen, Sport-, Festival- und Kulturbesucher) einstellen und deren Nutzungsinteressen entgegenkommen. Hierdurch ergeben sich ebenfalls Anforderungen an die demokratische Legitimation neuartiger Governance-Formen der Stadtpolitik (Häußermann et al. 2008).

Die vielfachen Prozesse der Reorganisation und Rekonfigurierung von Steuerungs-, Regulierungs- und Koor-

dinierungsmechanismen reagieren auf diese strukturellen Probleme, indem sie auf die (Wieder)Herstellung ihrer Funktionsfähigkeit abzielen. Dabei erweitern bzw. vervielfältigen sich die traditionellen Akteurskonstellationen und Arenen der Interessenausgleichssetzung und es entstehen neue Formen und Muster lokaler und regionaler Governance (Kleinfeld et al. 2006). Unter welchen Bedingungen sich welche Formen herausbilden und ob sie tatsächlich funktionsfähigere institutionelle und organisatorische Strukturen darstellen oder möglicherweise auch ihrerseits neue Problem- und Konfliktlagen herbeiführen (Governance-Failure), wird in der Forschungseinheit in unterschiedlichen Handlungsfeldern und an verschiedenen Gegenständen untersucht.

### Soziale Stadtentwicklungspolitik

Alle staatlichen Ebenen nehmen für sich in Anspruch, politische Initiativen zur Bekämpfung von Armut und für soziale Integration zu ergreifen. Trotzdem wachsen die Unterschiede zwischen Armut, Wohlstand und Reichtum weiter und die soziale Segregation in den Städten nimmt zu. Durch Migrationsprozesse und den demographischen Wandel werden diese Trends noch verstärkt und selbst für Teile der Mittelschichten werden die wohlfahrtsstaatlichen Versprechen auf soziale Sicherheit zunehmend fragwürdiger. Diese Entwicklungen und ihre Folgen kumulieren insbesondere in den Städten. Als dezentrale Einheiten im staatlichen Mehrebenensystem konkurrieren speziell Großstädte zudem untereinander in einem Politik- und Leistungswettbewerb um Einwohner, Arbeitsplätze und Investoren. Dies bindet einen großen Anteil der mobilisierbaren Ressourcen (Hanesch 2011). Daher fragt die Forschungseinheit nach den Ressourcen, Akteurskonstellationen, Strategien und Handlungsspielräumen einer großstädtischen Stadtentwicklungspolitik, welche die herkömmlichen Muster lokalen Regierens im Sinne einer Urban bzw. Local Governance (Dahme/Wohlfahrt 2010) ergänzen oder gar ablösen könnte.

Dieser Fragestellung ging eine vergleichende Studie nach, welche die Entwicklung und Politik der fünfzehn größten deutschen Städte in ausgewählten, relevanten Handlungsfeldern mit Hilfe eines analytisch verstandenen Governance-Ansatzes (City-Governance-Konzept) untersuchte (FeS 1). Demnach werden die lokalen Handlungsspielräume dadurch mitbestimmt, wie sich die staatlichen Rahmenbedingungen verändern und

ob die Großstädte einem prekären, durchschnittlichen oder prosperierenden Pfad der sozioökonomischen Entwicklung zuzurechnen sind. Die Nutzung dieser Spielräume durch lokale Akteure hängt davon ab, welche politischen Strategien sie wählen und über welche Machtressourcen sie jeweils verfügen können (Prigge/Schwarzer 2006). Auf den Ergebnissen aufbauend wurden in zwei Großstädten vertiefende Studien zur lokalen Sozialpolitik durchgeführt (FeS 2). Im Fokus standen die Leistungsprofile der lokalen Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung, die Förderung von Kindern und Jugendlichen, sowie die Förderung von benachteiligten Stadtquartieren und von Migranten. Obwohl in beiden Städten die SPD traditionell über großen Einfluss verfügt und die sozio-ökonomischen Bedingungen sich ähneln, wiesen die Governancestrukturen neben einigen Übereinstimmungen auch erhebliche Unterschiede auf. So förderten beide Städte zwar die benachteiligten Stadt- bzw. Ortsteile, jedoch wies Bremen in der regionalen Arbeitsmarktpolitik im Vergleich zur Stadt und Region Hannover ein effektiveres Leistungsprofil auf. Demgegenüber waren die Angebote für Kinder und Jugendliche sowie das Budget des Sozialressorts in Bremen stärker durch die Auslagerung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben geprägt (Prigge/Schwarzer 2007). Zur Vertiefung dieser Befunde wurde das Handlungspotenzial einer „sozialen Stadtpolitik“ im Kontext des Mehrebenensystems in einer weiteren, ausführlichen Fallstudie bestimmt (FeS 6). Die Analyse der Begründung, Konzipierung und Implementierung auf der Stadt- und auf Stadtteilebene in Bremen hat gezeigt, dass die soziale Stadtpolitik unter den aktuellen Bedingungen als eine integrierte politische „Programmfamilie“ neu konzipiert wird. Sie umfasst die Politikfelder der Stadt- und Stadtteilentwicklung, der lokalen Sozialpolitik, der Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften und den Ausbau der lokalen Demokratie und Bürgerbeteiligung. Der „Erfolg“ der sozialen Stadtpolitik scheint neben der Umsetzung dieser Teilprogramme davon abhängig zu sein, ob es gelingt, die kleinräumige, stadtteilbezogene Entwicklung als gesamtstädtische Aufgabe bzw. neues Politikfeld zu etablieren. Dafür ist ein ressortübergreifendes integriertes Politikmanagement zu implementieren, das zudem mehr Beteiligungschancen für alle Bürger vor Ort bereithalten sollte (Prigge/von Ritttern 2010).

Integriertes Politikmanagement bedeutet nicht zuletzt die Kombination und Bündelung von Ressourcen aus unterschiedlichen Quellen und deren Konzentration auf bestimmte Orte bzw. Aufgaben. Im Rahmen einer

sozialen Stadtpolitik drückt sich dies in Handlungsansätzen aus, die z.B. in benachteiligten bzw. benachteiligenden Stadtteilen zur Verstärkung des sozialen Zusammenhalts der Bewohner/-innen beitragen sollen. Wichtige Aufgaben sozialer Integration nehmen in Bremen die sog. Quartierszentren wahr. Diese Einrichtungen bündeln soziale Leistungen und Angebote unterschiedlicher Themenbereiche in benachteiligten Wohnquartieren unter einem Dach, um einen niedrigschwelligen Zugang zu Hilfs- und Unterstützungsleistungen zu ermöglichen. Untersucht worden ist, wie diese Quartierszentren weiter entwickelt werden können (FeS 7; Prigge/Schröder 2010).

Ein wesentlicher Befund der Arbeiten in diesem Schwerpunkt besteht darin, dass die Verfolgung des Politikziels „Soziale Integration und gleiche Teilhabechancen“ unter den aktuellen Bedingungen neue bzw. veränderte institutionelle Arrangements und Governancestrukturen erfordert und teilweise auch hervorbringt. Da die herkömmliche städtische Sozialpolitik soziale Integration und gleiche Teilhabechancen bisher nicht in einem ausreichenden Maße gewährleisten konnte, wird in vielen Städten mit neuen Governancestrukturen und -formen experimentiert. Mit dem Begriff der „Sozialen Stadtentwicklungspolitik“ wird daher in einer governanceanalytischen Perspektive eine Form der Steuerung, Regulierung und Koordination gesellschaftlicher Prozesse auf lokaler Ebene bezeichnet, die

- » inhaltlich bewusst auf die Bekämpfung von Armut, die Reduzierung von Exklusion und Segregation abzielt;
- » politikfeldübergreifende Steuerungsformen entwickelt, um mehrere Politikfelder miteinander zu verknüpfen und so Ressourcen zu kombinieren bzw. zu konzentrieren und Kompetenzen und Kapazitäten zu bündeln;
- » bemüht ist, Maßnahmen und Strategien in eine konsistente Programmatik auf gesamtstädtischer Ebene einzufügen und gleichzeitig ihre räumliche Sensibilität und Wirkungsweise zu erhöhen;
- » sich angesichts der oft komplexen und unübersichtlichen Interessenkonstellationen, der großen Zahl von Akteuren, die häufig mit beträchtlicher Vetomacht ausgestattet sind, zunehmend verschiedener integrativer und kooperativer Formen der indirekten Steuerung bedient;
- » die internen Steuerungsmodi einzelner Politikfelder an die Anforderungen stärker abgestimmter und koordinierter Verfahrensweisen anpasst;

» auf kommunaler Ebene eine Diskurspolitik etabliert, die zunehmend auf Beteiligungsformen setzt, die nicht notwendig auf formaldemokratischer Legitimation basieren.

Soziale Stadtentwicklungspolitik erschöpft sich keineswegs in horizontaler Koordination und Integration von Akteuren und Politikfeldern auf der Ebene einer einzelnen Stadt. Sie hat zu berücksichtigen, dass im Mehrebenen-Sozialstaat von allen staatlichen Ebenen, d.h. der lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Ebene Steuerungsimpulse ausgehen bzw. ausgehen können. Übergeordnete Ebenen bedienen sich dabei auch der Methode der offenen Koordinierung, die auf direkte regulative und hierarchische Eingriffe verzichtet. Stattdessen sollen indirekte Steuerungseffekte über allgemeine Zielvorgaben sowie den Austausch von Benchmarks und Berichten erzielt werden. In ähnlicher Weise sollen Anreize, Wettbewerbe oder Netzwerke wirken (z.B. „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“, Bundesprogramme „Lernen vor Ort“ oder „Soziale Stadt“) (Prigge/von Ritttern 2010; Hanesch 2011).

## Entwicklung lokaler/kommunaler Bildungsnetzwerke

Eng mit den Forschungsarbeiten im Schwerpunkt „Soziale Stadtentwicklungspolitik“ verknüpft sind diejenigen Arbeiten, die sich mit der Funktionsweise des Bildungs- bzw. Schulwesens in Deutschland und insbesondere seiner Wirkungen auf Prozesse der sozialen Integration befassen. Unübersehbar ist, dass das deutsche Schulsystem seine Funktion nicht mehr zureichend erfüllt: Das Bildungsniveau der Absolvent/innen ist im internationalen Maßstab unzureichend und das Schulsystem wirkt als Mechanismus sozialer Selektion und Segregation (Häußermann 2002). Gleichzeitig wachsen die Anforderungen an die Integrationsleistung des Schulsystems: Familie, Arbeit oder Nachbarschaft, die ehemals als wirksame Mechanismen sozialer Integration funktioniert haben, können in vielen Fällen ihre integrativ-sozialisatorische Funktion nicht mehr erfüllen. Dadurch vergrößert sich der Druck auf die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, die mit dieser Aufgabe strukturell überfordert sind.

Eine der Herausforderungen besteht in der Entgrenzung des institutionellen Systems Schule. Beispiele in verschiedenen anderen Ländern zeigen, dass das

Schulsystem aktuellen Anforderungen und seiner gesellschaftlichen Funktion eher gerecht werden kann, wenn es nicht mehr nur als geschlossenes System der Wissensvermittlung funktioniert, sondern intentional an der bildungs- und integrationsförderlichen Verbesserung von Umweltbedingungen, lokalen Bildungsmilieus und Lebensverhältnissen mitwirkt. Eigene Studien in Großbritannien und den Niederlanden (FeS 9) deuten darauf hin, dass zur Steigerung von Bildungschancen und zur Verminderung von sozialer Segregation integrierte Handlungskonzepte sinnvoll sind, die eine enge Verknüpfung von Bildungseinrichtungen mit ihrem sozialen und räumlichen Umfeld herstellen (Baumheier/Warsewa 2009).

In einer anschließenden Vergleichsstudie in deutschen Städten haben sich diese Ergebnisse bestätigt (FeS 13). Demnach tragen Schulen mit ihren Kompetenzen und Kapazitäten zur Aufwertung von Stadtteilen bei. Ferner können sie das Bildungsverständnis und das soziale Kapital in den umgebenden Milieus verstärken und Eltern bei der Vereinbarkeit von Schule und Beruf unterstützen. Umgekehrt können die Öffnung für die Nachbarschaft und die Vernetzung mit anderen Institutionen und Akteuren die Schule von Überforderung entlasten und dazu beitragen, dass sie ihrem Bildungsauftrag wieder mehr als bisher gerecht werden kann. Insbesondere für Ganztagsschulen bietet sich so die Möglichkeit, im Stadtteil ein reichhaltiges und passgenaues Bildungs-, Beratungs-, Betreuungs- und Freizeitangebot bereit zu stellen, das sowohl die pädagogische Praxis in den Schulen als auch die sozialräumlichen Lern- und Lebensbedingungen für alle Stadtteilbewohner und Stadtteilbewohnerinnen verbessern kann. Voraussetzung dafür ist die Verknüpfung mit vor Ort vorfindbaren Projekten und Initiativen, wie z.B. dem Quartiersmanagement in sozial benachteiligten Stadtteilen (Baumheier et al. 2010).

Allerdings kann die kleinräumige horizontale Vernetzung auch zu unerwünschten Effekten führen: Die artikulationsgewandten Eltern in gut situierten Quartieren spielen eine wichtige Rolle als Anspruchsgruppe bei der Definition von Interessen und Erfordernissen im Umfeld der Schule, während in sozial benachteiligten Quartieren Eltern vor allem als zusätzliche Zielgruppe für pädagogische Maßnahmen angesehen werden. Demgemäß werden die erweiterten Möglichkeiten der Ganztagsschulen hier vorrangig für defizitorientierte Leistungen genutzt, während in den Schulen der besser gestellten Wohnviertel – nicht zuletzt auf Druck der

Eltern – sich ein stärkenorientiertes Angebot zusätzlicher kultureller, sportlicher und sonstiger Aktivitäten entwickelt. Um eine daraus resultierende Divergenz der einzelnen Standorte zu begrenzen, ist der Erhalt oder die Schaffung einer wirksamen Steuerungsfunktion auf gesamtstädtischer Ebene erforderlich (Baumheier et al. 2010).

Erkenntnisse aus den internationalen Entwicklungen wie auch die Untersuchung von Kooperationsbeziehungen deutscher Ganztagschulen zeigen somit die vielfältigen Probleme bei der institutionellen „Entgrenzung“ des Schulsystems auf: Neben zahlreichen Hindernissen auf der lokalen Ebene, d.h. für eine horizontale Vernetzung und Kooperation verschiedener Institutionen und Akteure, sind insbesondere die Differenzen zwischen einer politisch-administrativen „Institutionenlogik“ und einer persönlich-inhaltlichen „vor-Ort-Logik“ schwer zu überwinden. Erfolgreiche Kooperation und Vernetzung auf der Ebene des einzelnen Schulstandortes setzt daher neben der Herstellung geeigneter konkreter Standortbedingungen auf Quartiers- und Stadtteilebene auch ein funktionierendes Zusammenspiel in vertikalen Beziehungen mit den jeweils übergeordneten Kommunal- und Landesebenen voraus. Eine wichtige Brückenfunktion kommt dabei Koordinationsinstanzen wie Bildungs- und Familienbüros oder Quartiersmanagements zu, die nicht nur wesentlich zur Professionalisierung der horizontalen Koordination im Sozialraum oder Quartier beitragen, sondern auch „Übersetzer- und Makleraufgaben“ zwischen der vor-Ort-Ebene und der kommunalen Steuerungsebene übernehmen können (Baumheier et al. 2010).

## Krise der lokalen Demokratie und neue Beteiligungsformen

Mit den stadträumlichen und sozialen Folgen von Strukturwandelprozessen und den enormen Haushaltsproblemen verbinden sich auf der kommunalen Ebene nicht zuletzt grundlegende Veränderungen wichtiger Bestimmungsgrößen der politischen Willensbildungs- und Entscheidungsmechanismen. Mit wachsender Unübersichtlichkeit und Widersprüchlichkeit von Bedarfslagen und Interessenpositionen, der zunehmenden Zahl von organisierten und artikulationsfähigen Interessengruppen, der vielfältigen politischen Blockade-, Veto- und Koalitionsoptionen einerseits, der andererseits schrumpfenden Ressourcenbasis für traditionelles Regierungs- und Verwaltungshandeln (finanzielle Mittel, aber auch Wissen bzw. Informationen,

Ansehen und Legitimation) werden die Spielräume für verallgemeinerndes gesellschaftliches Handeln zusehends geringer. Da gleichzeitig aus diversen Gründen (Exklusionstendenzen, Funktionsdefizite der traditionellen Integrationsinstanzen Familie, Arbeit, Bildung, Nachbarschaft, temporäre Anwesenheit) bei vielen – und zahlenmäßig wachsenden – Bewohnergruppen eine Bindung an den konkreten Ort abnimmt oder gar nicht erst entsteht, droht eine fortschreitende Erosion der sozialen Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement, politische Partizipation und gemeinschaftliche Identifikation im lokalen Umfeld (Hambleton et al. 2002).

Dieser Problemzusammenhang, zeitweilig unter dem Begriff „Krise der lokalen Demokratie“ diskutiert, ist einer der stärksten Motoren für die Entwicklung neuer Governancestrukturen. Sie zielen darauf ab, zivilgesellschaftliche Beteiligung und dezentrale Entscheidungsmechanismen zu befördern und so zu einer Entlastung staatlicher Institutionen und zur Optimierung gesellschaftlicher Prozesse beizutragen. Dementsprechend ist zu beobachten, dass sich – teils intentional und geplant, teils naturwüchsig und unsystematisch – solche zusätzlichen Beteiligungs- und Entlastungsmechanismen für die Stadtpolitik etablieren oder dass mit solchen Mechanismen experimentiert wird.

Im Rahmen eines umfangreichen Beteiligungs- und Moderationsverfahrens hat die Forschungseinheit Stadt und Region in Bremen für acht Stadtteile einen Entwicklungs- und Orientierungsrahmen erarbeitet (FeS 18). Durch diese teilräumliche Konzeption wurde die integrative Stadtentwicklungsplanung Bremens präzisiert und auf die Ebene der Stadtteile übertragen. Gleichzeitig wurden aus den lokalen Strukturen und Zusammenhängen heraus Entwicklungslinien aufgezeigt und Prioritäten für Problemlösungen bestimmt. Umfangreiche Bestandsanalysen, Trendbeschreibungen sowie die Einbeziehung fach-, ortspolitischer und privater Planungen erbrachten programmatische Aussagen und Handlungsschwerpunkte, die mit allen beteiligten Akteuren abgestimmt waren. In einem Fall wurde die Entwicklung dieses innovativen, kleinräumigen Planungs- und Beteiligungsinstruments exemplarisch durch den Einsatz neuer Medien ergänzt und in seiner Wirkung analysiert (FeS 19). Diese aufwendigen lokalen Planungsprozesse waren unter Beteiligungs-, Akzeptanz- und Effektivitätsaspekten erfolgreich. Jedoch konnten ihre Ergebnisse keine nachhaltige politische Wirksamkeit und Verbindlichkeit bei den zentralen Ak-

teuren und Institutionen der Stadtpolitik entfalten. Die von dort im Grundsatz zunächst gewollte Entlastung von Politik und Verwaltung durch diese dezentralen Planungsprozesse scheiterte an einer zu großen Distanz zu den formalen Strukturen der traditionellen Stadtpolitik. Daher ließ sich das Instrument der unter großer Beteiligung der Bürger und lokaler Akteursgruppen entwickelten Stadtteilentwicklungskonzepte nicht als nachhaltige Erneuerung in der städtischen Planungskultur etablieren.

Durch die Einführung von „Urban Improvement Districts“ (UID; Sammelbegriff für Business Improvement oder Housing Improvement Districts, Eigentümer-Standort-Gemeinschaften) werden Partizipations- und kollektive Entscheidungsprozesse bezüglich politischer Inhalte und Ziele mit Beteiligungsprozessen bezüglich der Finanzierung von Aufgaben und Projekten kombiniert. Im Vergleich unterschiedlicher Fälle war festzustellen, dassUIDs sich in der Regel als eine Mischform aus privater Selbstorganisation und -verantwortung und staatlicher/kommunaler Flankierung und Unterstützung etablieren (FeS 17). Tatsächlich entwickelt sich vorrangig dort, wo wenig formalisierte Verfahrensvorgaben vorherrschen, eine ausgeprägte Arbeitsteilung zwischen den beteiligten Akteuren, welche die interne Verständigung und die Herstellung von Handlungsfähigkeit begünstigt. Gegenüber der kommunalen Politik und der Verwaltung wirkt dies deutlich als Entlastung von politischer Zurechenbarkeit und Verantwortung. Entlastung im Sinne der Einsparung finanzieller oder personeller Ressourcen ist dagegen nicht festzustellen, da sich in allen Fällen eine gewisse „Hintergrundsteuerung und -unterstützung“ durch die kommunalen Stellen als notwendig erweist. Das Legitimationsdefizit von Eigentümerentscheidungen scheint keine größeren Widerstände – etwa bei Mieter/-innen – hervorzurufen. Entgegen oftmals geäußerter Befürchtungen konnte auch nicht festgestellt werden, dass sich in diesen Prozessen die Partialinteressen der Immobilieneigentümer/-innen weitgehend durchsetzen. Aufgrund der Netzwerkbildung, die in allen Fällen zu beobachten ist, entwickeln sich hingegen zwischen den beteiligten Akteuren bzw. Interessen wirksame wechselseitige Kontroll- und Abstimmungsmechanismen.

## Demografischer Wandel als Herausforderung für lokale/kommunale Anpassungs- und Gestaltungsstrategien

In Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Bremen wurden für die Stadtgemeinde Bremen kleinräumige Trends des demografischen Wandels rückwirkend (1984 bis 2005) und prospektiv (Prognose 2006 bis 2020) dargestellt und analysiert. Mit diesem „Demografieatlas“ sind für alle Stadt- und Ortsteile Bremens sowohl grundlegende Daten als auch qualitative Interpretationsansätze bereitgestellt worden, die für die gesamtstädtische Flächennutzungsplanung und die Entwicklung der sozialen und technischen Infrastruktur auf Stadtteilebene benötigt werden (FeS 20). Zudem wurden die Tendenzen und Auswirkungen des demografischen Wandels für den Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen und die ihm angehörigen Kommunen bis zum Jahr 2030 analysiert. Deutlich wurde, dass mit verschiedenen Ausprägungen der Betroffenheit in einzelnen Gemeinden bzw. Teilregionen sehr unterschiedliche Herausforderungen und Handlungsnotwendigkeiten einhergehen (Douglas/Warsewa 2010). Jenseits einzelner Betroffenheiten wird die Notwendigkeit zusätzlicher kommunaler Investitionen anwachsen und es werden neue bzw. angepasste soziale Dienstleistungen und Bildungsangebote zu entwickeln sein. Auch wenn die Bevölkerungsentwicklung in manchen Bereichen zu Einsparungen und Entlastungen führen wird, werden die zusätzlichen Herausforderungen unter der Bedingung schrumpfender kommunaler Haushaltsspielräume zu bewältigen sein.

Vor diesem Hintergrund sollte nicht jede Kommune auf die Bewältigung sämtlicher Herausforderungen gleichzeitig abzielen. Der demographische Wandel ist somit auch ein Grund, die vielfach eingeleitete Kooperation und Arbeitsteilung zwischen den Gebietskörperschaften zu intensivieren. Langfristige kommunale Handlungsfähigkeit kann durch intensive Abstimmungsprozesse mit den Nachbargemeinden sowie dem gesamten regionalen Umfeld gewährleistet werden. Dies ist umso wichtiger, als die Vertiefung funktionaler Differenzierungen auch zu einer Verschärfung innerregionaler Konkurrenzen um Beschäftigte, Arbeitspendler und Wohnbevölkerung sowie um Arbeitsstätten, Dienstleistungsangebote und weitere kommunale Funktionen führen könnte.

Letzteres beschäftigte die Forschungseinheit Stadt und Region auch in einer explorativen Studie zum Zusam-

menhang von demografischem Wandel, Arbeitsmarkt und Bildungssystem (FeS 21). Auch hier war die Frage der kommunalen Handlungsfähigkeit von zentraler Bedeutung, zumal die Zuständigkeiten für die jeweiligen Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen stark vertikal gegliedert sind. Dennoch wird die Kombination von Ressourcen und die Etablierung neuer Governancestrukturen als angemessener und Erfolg versprechender Weg angesehen. Zunehmend wird daher versucht, Netzwerke aus Schulen, Verwaltungen, Unternehmen bzw. Interessengemeinschaften der Wirtschaft, Arbeitsagenturen und anderen Beteiligten zu bilden, die eine dauerhafte Sicherung von Finanzierungsleistungen ermöglichen und die Effizienz der angebotenen Leistungen für die Jugendlichen verbessern können. Die Funktionsfähigkeit derartiger lokaler oder regionaler Netzwerke wird dadurch verbessert, dass eine Koordinationsinstanz vorhanden ist, um die anderen Beteiligten von den notwendigen Organisations- und Koordinationsaufgaben zu entlasten. Diese Aufgabe fällt zumeist kommunalen Stellen zu, wie etwa der zuständigen Bildungsverwaltung oder der Wirtschaftsförderung.

In Abstimmung mit den übergeordneten Zuständigkeiten der Bezirks- bzw. Landesregierungen können transparente Qualitätskriterien für das Handeln der beteiligten Institutionen dazu beitragen, den aktuellen gesellschaftlichen Anforderungen an die Verzahnung von Schul- und Berufsbildung nachzukommen. Mithilfe von systematischen Evaluationen bzw. einem umfassenden Bildungsmonitoring lassen sich konkrete Einschätzungen von Handlungsbedarfen und Handlungsergebnissen auf kommunaler Ebene erlangen und als unterstützendes Instrument von Lokalpolitik nutzen.

### Lokale Kultur als Steuerungsmechanismus und Ressource im Strukturwandel

Weitere Arbeiten der Forschungseinheit befassten mit der besonderen Rolle, die lokale Kultur – hier verstanden als Ensemble gemeinsamer und geteilter Praktiken, Symbole und Bedeutungen, Sprachformen und Einstellungen, in denen sich kollektiv geteilte Erwartungen, Normen und Konventionen gleichermaßen ausdrücken – in Strukturwandelprozessen spielte und nach wie vor spielt. Während der 1980er/1990er Jahre waren in vielen europäischen Hafenstädten die Wirtschafts- und Sozialstrukturen starken Erosionstendenzen ausgesetzt und auch das regionale Institutionensystem hat seine Funktionen bei der Steuerung, Regulierung und Koordi-

nation wirtschaftlicher und sozialer Prozesse nur noch unvollständig erfüllt. In dieser – für Phasen tief greifenden Strukturwandels typischen – Situation übernimmt „lokale Kultur“ einen Teil jener gesellschaftlichen Funktionen, die von den Organisationen der Wirtschaft und des sozialen Lebens sowie den gesellschaftlichen Institutionen nicht mehr erfüllt werden. Lokale Kultur erweist sich in diesen Prozessen als stabiler und widerstandsfähiger Bestandteil der lokalen Strukturen und fungiert als gesellschaftlicher Reflektions- und Steuerungsmechanismus sowie als Ressource für konkrete materielle Erneuerungsprozesse (FeS 42).

Dies zeigt sich im Vergleich der Entwicklungen von Hafenstädten in allen Teilen Europas, die gerade wegen dieser besonderen Rolle von lokaler Kultur nicht nur einer einfachen Anpassung an äußere Einflüsse und globale Dynamiken folgen. Stattdessen stellt sich die Entwicklung der Hafenstädte in den vergangenen Dekaden als Ausdruck einer gewissen Autonomie und „Individualität“ dar, die sowohl ihre typischen Gemeinsamkeiten als auch die Differenz zu territorialen, bin-nenländischen Städten reproduziert (Warszewa 2010).

### Lokale und regionale Strategien der Anpassung an den Klimawandel

Die räumliche Anpassung an den Klimawandel ist seit wenigen Jahren ein neues Aufgabengebiet für die lokale und regionale Entwicklungspolitik sowie der Raumordnung. Im Vergleich zu den Vermeidungsaktivitäten des Klimaschutzes (Mitigation) steht die Entwicklung und Umsetzung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel (Adaptation) erst am Anfang.

Die Forschungseinheit beteiligte sich an verschiedenen Modellvorhaben des Bundes (u.a. Klima2, KLIMZUG, StadtKlimaExWoSt, Bioenergie-Regionen), um lokale und regionale Schutz- und Anpassungsstrategien sowie Governance-Ansätze zu analysieren, zu erarbeiten und umzusetzen. In den Projekten wurden übertragbare Strategien, Konzepte und Maßnahmen entwickelt und erprobt, um die Verwundbarkeit (Vulnerabilität) von Kommunen und Regionen gegenüber dem Klimawandel zu verringern und die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) zu erhöhen (FeS 36-40).

Bei der Entwicklung und Implementierung lokaler und regionaler Anpassungsstrategien wurden die verschiedenen Ziele und Interessen von Fachpolitiken und

Akteursgruppen sowie deren divergierende Nutzungsansprüche an den Raum einbezogen. Zur Stärkung kommunaler und regionaler Resilienz wurden solche querschnittsorientierten Prozesse initiiert, begleitet und evaluiert sowie die beteiligten Akteure beraten. Im Forschungsverbund mit weiteren Institutionen wurden Aufgaben der Organisation und Betreuung des Klimawandel-Governance-Prozesses sowie der Erarbeitung und Umsetzung integrierter Stadt- und Regionalentwicklungsprozesse übernommen. Neben der Motivierung und Sensibilisierung der Akteure ging es um den Aufbau von Netzwerken, der Stärkung kommunaler wie auch regionaler Handlungsfähigkeit sowie um die Erprobung von neuen Konzepten und Instrumenten.

## Regionalentwicklung/Regionalpolitik/ Regional Governance

Die beobachtbaren Veränderungen gesellschaftlicher Regulierungsstrukturen begünstigen die räumliche Reorganisation städtischer und regionaler Strukturen. Es bilden sich neue, ökonomisch-funktional orientierte Raumstrukturen heraus. Die Ausformung von neuen Raumstrukturen und -bezügen (z.B. von Metropolregionen und regionalen Netzwerken) setzt die territoriale Logik staatlichen Handelns mit ihren hierarchischen und sektororientierten Steuerungsstrukturen unter einen erheblichen Anpassungsdruck.

Im politischen Mehrebenensystem zeigt sich dies an Bestrebungen und Ansätzen, die regionale Handlungsebene aufzuwerten und die regionale Handlungsfähigkeit zu stärken. ‚Regionalisierung‘ und ‚Dezentralisierung‘ gelten daher als Strategien staatlicher Modernisierungspolitik. Während unter Dezentralisierung jedoch nur die Verlagerung von Aufgaben von oben nach unten verstanden wird, beinhaltet Regionalisierung auch eine neue Form von Politik, welche die Regionsebene nicht nur als politisch-administratives Gebilde, sondern auch als wirtschaftlichen und soziokulturellen Interaktionsraum anerkennt. Neue Akteure kommen ins Spiel und neue Steuerungsmechanismen finden Anwendung. Bei dezentralisierter Verwaltungsstruktur kann Regionalisierung auch der besseren Querschnittskoordination sektoraler Politik dienen. Primäres Merkmal ist nicht der organisierte Zusammenschluss, sondern vielmehr die Verdichtung und Konstituierung eines Handlungsraums für soziale, wirtschaftliche und politische Beziehungen. Der Begriff der ‚Regionsbildung‘ wirft dagegen die Frage auf, wie eine Vielzahl öffentlicher, wirtschaftlicher und sozialer Akteure sich „bottom-up“

zu übergreifendem Handeln im Rahmen einer definierten Region formieren können (Diller/Nischwitz 2009). In diesem Kontext hat die Forschungseinheit Stadt und Region an zahlreichen Vorhaben mitgewirkt (FeS 22, 24, 26-27, 30-31, 33, 36, 40-41). In Studien, Veröffentlichungen und Fachgremien wurden die politisch-rechtlichen Rahmensetzungen für eine regionale/ländliche Entwicklungspolitik analysiert und bewertet. Darüber hinaus sind konkrete Anforderungen an eine integrierte regionale Entwicklungspolitik und Handlungsempfehlungen für die Mehrebenenpolitik formuliert worden, die auf einem neuen Regulierungs- und Steuerungsverständnis beruhen. Im Mittelpunkt der Untersuchungen standen dabei neben strukturschwachen auch prosperierende ländliche und städtische Räume.

Neben der Aufbereitung von politisch-rechtlichen Rahmensetzungen war die Forschungseinheit in verschiedenen Regionen konkret an regionalen Entwicklungsprozessen beteiligt. Dies beinhaltete die strategische Beratung und Begleitung von regionalen Entwicklungsstrategien und -konzepten sowie deren Umsetzung (z.B. im Rahmen des EU-geförderten „LEADER“-Ansatzes). Bei der vergleichenden Analyse und Bewertung der komplexen Strukturen und Verfahren der Steuerung und Koordinierung auf regionaler Ebene wird Regional Governance als Orientierungsrahmen in einem empirisch-analytischen Begriffsverständnis verwendet.

## 2. Transfer, Methoden und Praxisrelevanz

Die Bearbeitung der dargelegten Themen erfolgt weitgehend in derjenigen Kombination von grundlagen- und anwendungsorientierten Vorhaben, die für die Arbeit des gesamten Instituts charakteristisch ist: Mit den größeren forschungsintensiven Studien, die insbesondere zu den Themen „soziale Stadtpolitik“ und „Entwicklung lokaler Bildungsnetzwerke“ durchgeführt und auch zur wissenschaftlichen Methodenentwicklung genutzt wurden (z.B. Anwendung und Weiterentwicklung von Methoden der qualitativen Netzwerkanalyse) wurden Forschungsergebnisse produziert, die durch zahlreiche Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und Vorträgen bei wissenschaftlichen Fachtagungen (z.B. im Rahmen des bundesweiten Forschungsnetzwerks Ganztagsschulen) verbreitet wurden.

Eng verzahnt damit konnten eigene Forschungsarbeiten und -ergebnisse aber auch in anwendungsorien-

tierten Vorhaben für Praktiker aus Politik, Wirtschaft, Verbänden, Verwaltung, Stiftungen und Schulen aufbereitet und auf vielfache Weise in lokale und regionale Entwicklungs- und Politikprozesse eingebracht werden. So hat die Forschungseinheit z.B. Gutachten für die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung und den Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V. erstellt und den Prozess der Entwicklung von Quartiersbildungszentren in Bremen durch Moderations- und Beratungsleistungen begleitet. Darüber hinaus wirken Mitglieder der Forschungseinheit in verschiedenen regionalen und überregionalen Gremien und Arbeitskreisen wie dem Programmbeirat „Lebenswelt Schule“ (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, Jacobs Foundation), einem Stadtstaatenverbund zur Schulentwicklung und einem bildungspolitischen Arbeitskreis Groningen-Oldenburg-Bremen mit.

Für mehrere Gebietskörperschaften und Regionalverbände (Stadt und Land Bremen; Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen, Metropolregion Bremen/Oldenburg, diverse einzelne Kommunen, Regionale 2010 Nordrhein-Westfalen) hat die Forschungseinheit durch die Entwicklung und Erarbeitung von z.B. Demografieatlas, Datenbanken oder Regionalmonitorings wichtige Informationsgrundlagen für lokale und regionale Gestaltungsprozesse bereitgestellt (FeS 29, 32, 34-35). Der politikrelevante Aufbau einer systematischen Wissensbasis war auch Ziel einer Studie, die konzeptionelle Vorarbeiten für den ersten offiziellen Bericht des Bremer Senats über die Verteilung von Armut und Reichtum im Land Bremen geleistet hat (Prigge/Schwarzer 2008). An dem Erstellungsprozess war das IAW in der Lenkungsgruppe des Bremer Sozialressorts vertreten (FeS 4).

Einen wesentlichen Beitrag zur Verbreitung der Forschungsergebnisse in der Region leisteten zudem zahlreiche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen und weiteren Kooperationspartnern, die regelmäßige Berichterstattung im IAW-Colloquium sowie häufige Medienberichte über die Arbeit der Forschungseinheit.

### 3. Forschungsprogramm 2012-2016

#### Wandel von Urban/Local Governance durch die (Re)Kombination von Ressourcen und Akteuren

Die durchgeführten Projekte deuten darauf hin, dass die Herstellung von (politischer) Handlungsfähigkeit auf der lokalen und regionalen Ebene vor neuen Herausforderungen steht und dies in vielfältigen Formen zu Reaktionen der lokalen Institutionen und Akteure führt. Gemeinsames Ziel dieser Reaktionen ist es, die kollektive Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit in lokalpolitischen Prozessen zu erhöhen. Hierzu sind Ressourcen und Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen (Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft) neu zu kombinieren.

Im Verlauf der 1990er Jahre hatte sich die Tendenz der Privatisierung und Vermarktlichung öffentlicher Leistungen weitgehend durchgesetzt, indem in vielen Handlungsfeldern die Steuerung von Prozessen, die Finanzierung von Projekten und die Erbringung von Leistungen in Arbeitsteilung mit privaten Investoren und Betreibern abgewickelt wurde. Die Skala der Umsetzungsformen reichte von vollständiger Privatisierung über verschiedene Grade des Outsourcing bis zur Kooperation mit privaten Trägern in öffentlich-privaten Partnerschaften mit unterschiedlichen Steuerungs- und Regulierungsmechanismen.

Seit einigen Jahren sind jedoch neue Kombinationen von Handlungslogiken und Ressourcen in unterschiedlichen Formen zu beobachten. Beispiele für derartige Prozesse sind die Formierung von kommunalen Bildungslandschaften, die beobachtbaren Ansätze für Bildungsnetzwerke zum Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt, die Bündelung von sozialen Dienstleistungen im Stadtteil aber auch die verschiedenen Formen von Urban Improvement Districts oder neue Planungskulturen. In allen Fällen handelt es sich um kooperative Arrangements, die Politik und Verwaltung dadurch entlasten sollen, dass Ressourcen und Akteure auch aus der Wirtschaft, von freien Trägern, Verbänden, privaten organisierten und unorganisierten Akteuren zur Finanzierung, Dauerhaftigkeit, Effektivität und Zugänglichkeit von öffentlichen Leistungen beitragen.

Überdies werden Wissen und Informationen zu einer Ressource, die nicht selbstverständlich verfügbar ist und daher oftmals zusätzlich mobilisiert werden muss. Wissenschaftliche Politikberatung und der Aufbau bzw.

die Nutzung von Expertensystemen (z.B. von Rating-Agenturen über Demoskopie und Beratungsleistungen aller Art bis zu Enquêterkommissionen) – gewinnen daher ebenso an Bedeutung wie professionelle Moderations-, Mediations- und Koordinationsleistungen. Damit verlieren Politik und Verwaltung in lokalen und regionalen Entwicklungen zunehmend ihre besondere Rolle als herausgehobene steuernde und regulierende Instanzen und nehmen auch hier eine neue, eher moderierende Rolle und Funktion ein.

Tatsächlich scheinen sich in solchen Prozessen Legitimation, Verantwortlichkeit für Entscheidungen und Zurechenbarkeit von Ergebnissen zu verlagern. Gleichzeitig wachsen aber die Erfordernisse der fachlichen Begleitung, Beratung, Koordination, Moderation und in manchen Fällen auch einer „Hintergrundsteuerung“, so dass zumindest kurz- und mittelfristig bei den involvierten Verwaltungen kaum personelle oder finanzielle Entlastungen entstehen. Insofern deuten die Befunde darauf hin, dass moderne Governanceformen tatsächlich die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Akteure in lokalpolitischen Prozessen erhöhen und dass damit auch eine gewisse Entlastung – damit aber auch ein Funktionswandel – des politischen Systems im engeren Sinne einhergeht, während Entlastungseffekte im Bereich der materiellen Ressourcen eher gering ausfallen.

Allerdings ist dieser Befund für Verflechtungen des politischen Mehrebenensystems weiter wissenschaftlich zu analysieren. Deutlich ist auch, dass sich Steuerungsformen und Politikstile unterschiedlich und ungleichzeitig entwickeln: hierarchische Regulierungsformen, Selbstorganisation und/oder kooperative Konfliktlösungen wirken nebeneinander, vermischen sich oder stehen in einem kontradiktorischen Verhältnis zu einander. Die Fortführung der Forschungsarbeiten in diesem Handlungsfeld wird sich daher mit den Bedingungen befassen, unter denen aus neuen institutionellen Arrangements und Akteurenkonstellationen auch neue Formen der Vernetzung und integrativen Politik entstehen. Hierzu sind folgende Fragestellungen zu verfolgen:

- » Unter welchen Bedingungen sind die jeweils beteiligten Akteure, Institutionen und Organisationen bereit, ihre Handlungslogiken zu modifizieren und aneinander anzupassen und welche Rückwirkungen auf ihre Struktur und Funktion lassen sich dabei feststellen (institutional change)?
- » Die wachsende Komplexität der Interessenabstimmungen und -auseinandersetzungen in solchen Gover-

nanceformen führt in vielen Fällen auch zum Scheitern. Inwiefern lassen sich systematische Bedingungen für ein „Governanceversagen“ identifizieren?

- » Während der tief greifenden Umbrüche der letzten Dekaden hat sich gezeigt, dass „lokale Kultur“ eine integrative Funktion erfüllt und als Orientierung und Ressource dient. „Kultur“ ist aber auch selbst Motor und Gegenstand von Differenzierungs- und Distinktionsprozessen. Inwiefern „lokale Kultur“ als Basis eines spezifisch lokalen „Eigensinns“ und lokaler Handlungsfähigkeit fungieren kann, wird in vergleichenden Studien weiter untersucht.

## Horizontale und vertikale Integration von Governancestrukturen im politischen Mehrebenensystem

Am Beispiel der sozialen Stadtpolitik lässt sich ebenso wie etwa im Bereich der Bildungs- und Ausbildungspolitik oder der regionalen Kooperation erkennen, dass herkömmliche institutionelle Arrangements und Akteurenkonstellationen den Herausforderungen der sozialen und räumlichen Differenzierung kaum mehr gerecht werden (können). Neben den Bemühungen um horizontale Koordination und Integration verschiedener Institutionen und Akteure sind auch Verschiebungen in einer vertikalen Dimension, d.h. zwischen den Hierarchieebenen des politischen Mehrebenensystems zu beobachten, die mit einer Reorganisation von Kompetenzzuschnitten und Politikmustern einhergehen können. Diese Reorganisation kann in der vertikalen Dimension in beide Richtungen erfolgen: Sowohl Verlagerungen von Organisations- und Entscheidungskompetenzen „nach unten“ (z.B. Schulautonomie, Aufwertung der Stadtteilpolitik und von Stadtteilforen, Einrichtung von Business Improvement Distrikten und ähnlichen kleinräumigen Politikformen, Stärkung der kommunalen Verantwortung im Schulwesen) als auch „nach oben“ (z.B. Kommunalverbünde, Metropolregionen) sind festzustellen. Als Anspruch bzw. Erwartung wird dabei formuliert, dass die Integration von Zielen, die Koordination von Vorgehensweisen und die Kombination von Ressourcen über mehrere Hierarchieebenen und über eine Mehrzahl von Akteuren und Organisationen hinweg wirksame(re) und effiziente(re) Steuerungs- und Regulierungsformen erbringen soll.

Die empirischen Befunde zeigen, dass eine derartige Entwicklung voraussetzungsvoll und nicht ohne Interessenkonflikte möglich ist. Die Verlagerung von Zuständigkei-

ten und Kompetenzen geht mit Konflikten zwischen den Hierarchieebenen und beteiligten Institutionen einher, so dass der Aufwand für Integration und Koordination in vielen Fällen den sachlichen Ertrag übersteigt. Ferner führen unterschiedliche Funktionslogiken zu Inkompatibilitäten zwischen Regulierungen und der Zuwachs an Eigenverantwortung und Selbstorganisation auf unteren Ebenen kann zu neuen Konkurrenzen und Differenzierungen führen, die auf übergeordneten Ebenen möglicherweise nicht ausgeglichen werden können.

Zu untersuchen ist, unter welchen Bedingungen sich welche Kombinationen unterschiedlicher Handlungslogiken, Akteursgruppen und Institutionen in den Prozessen der horizontalen und vertikalen Integration auf der lokalen und regionalen Ebene herausbilden und wie sie sich dort auswirken. Dieses soll in verschiedenen Vorhaben untersucht werden, die an frühere Studien der Forschungseinheit anknüpfen:

Unter dem Arbeitstitel „Metropolregionen als neue Ebene regionaler Integration“ soll den innerregionalen Folgen der Einrichtung von Metropolregionen nachgegangen werden. Die mit dem Konzept der Metropolregionen verbundene Zielvorstellung einer Stärkung der ökonomischen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit verändert die Rolle „der Region“ grundlegend. Die Stärkung der ökonomischen Entwicklungspotenziale setzt nämlich die Entfaltung einer regionalen Selbstregulierungs- und Handlungsfähigkeit sowie den Aufbau neuer Kooperations- und Organisationsformen voraus (Regional Governance). Ob und in welchem Umfang dies stattfindet, ist in den verschiedenen Metropolregionen bislang nicht abzusehen. Insofern richtet sich das Forschungsinteresse auf die institutionellen und organisatorischen Anpassungsprozesse innerhalb der Metropolregionen. Diese Prozesse werden vergleichend in unterschiedlichen Metropolregionen analysiert.

In einem bereits laufenden Projekt wird vergleichend untersucht, wie lokale Politik in Bremen, Dortmund und Nürnberg auf die zunehmende soziale Differenzierung und Desintegration in besonders benachteiligten Stadtteilen und Wohnquartieren reagiert und welche Strategien und Konzepte einer sozialen Spaltung begegnen sollen (FeS 8). Erforscht wird, wie weit die soziale Desintegration in diesen Städten vorangeschritten ist, inwieweit dort eine soziale Stadtentwicklungspolitik etabliert wurde und welche Konsequenzen sich exemplarisch für besonders benachteiligte Stadtteile ergeben. Fraglich ist, ob den Großstädten die Etablierung einer sozialen Stadtentwicklungspolitik gelingt, welche die neue Form einer horizon-

tal und vertikal integrierten „politischen Programmfamilie“ annimmt. Daher wird im Vergleich von Großstädten mit ähnlichen Ausgangsbedingungen geklärt, welche Governancestrukturen und -formen sich dabei entwickeln und wie diese sich in den Städten und auf der Stadtteilebene auswirken.

Den Tendenzen zu einer Regionalisierung der Bildungspolitik geht ein geplantes Vorhaben nach, das in Kooperation mit der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg und der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg entwickelt wird. In der Bildungspolitik ist aktuell eine Tendenz zur Verschiebung der Verantwortlichkeiten im Mehrebenensystem zu beobachten, insbesondere im Verhältnis zwischen Kommunen und Bundesländern. Eine Reihe von Kommunen bemüht sich um eine gewichtigere Rolle im Schulwesen, die über ihre traditionelle Funktion als „äußerer Schulträger“ hinausgeht. Bislang liegen jedoch nur wenige Erkenntnisse über die Verbreitung und Differenzierung dieser Prozesse vor. Ferner fehlen systematische Erkenntnisse über ihre Rückwirkungen auf die Funktion des deutschen Schulsystems. Daher werden Umfang und Verbreitung einer erweiterten bildungspolitischen Rolle der Kommunen ermittelt. Darauf aufbauend wird analysiert, welche Entwicklungspotenziale, Chancen und Risiken daraus für das deutsche Schulsystem folgen.

An Analysen der institutionellen Veränderungen im deutschen Schulsystem knüpft auch ein weiteres Vorhaben an. Im Unterschied zu anderen Aspekten einer verstärkten sozialräumlichen Orientierung hat sich die Einbindung von Eltern in die Schulaktivitäten bisher kaum verändert. Die aktuell beobachtbaren Entwicklungen laufen auf eine Vernetzung von Institutionen und organisierten privaten Akteuren hinaus. Dahinter zurück bleibt die Erschließung von Familien- und Elternbeziehungen sowie von systematischer Teilhabe und Mitsprache bei der Schulentwicklung durch Eltern und Quartier. Dies ist problematisch, weil die Passung zwischen den institutionellen Maßnahmen und Strategien und den jeweiligen Ausprägungen familiärer Bildungsstrategien erheblich zur Verteilung von Bildungschancen und -erfolg beiträgt. Daher soll in einer explorativen Studie untersucht werden, inwieweit sich schulische Strategien im Einklang mit den Einstellungen und Bildungsstrategien unterschiedlicher familiärer Bildungsmilieus entwickeln und welcher Beitrag zur Bewältigung von zunehmend heterogenen Bildungsvoraussetzungen daraus resultieren könnte.

## 2.4 Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen

### 1. Schwerpunkte und Ergebnisse 2006-2011

Bei der Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen (FeWiF) steht die theoretisch fundierte und empirisch abgesicherte Analyse sowie perspektivische Gestaltung der Steuerung des öffentlichen Sektors im Zentrum. Unter dem Oberbegriff Public Governance werden spezifische Forschungsschwerpunkte bearbeitet, in denen der öffentliche Sektor eine zentrale Rolle spielt. Nach wie vor ist der Staat unter den gesellschaftlichen Steuerungssystemen eine dominante Institution, aber zunehmend sind hier auch andere Steuerungsformen zu berücksichtigen: Hierarchie, Markt, Netzwerke oder Verhandlungssysteme. Bei der Dimensionierung des Staats und seiner Politik(en) werden die Besonderheiten gegenüber den einzelwirtschaftlich getriebenen Märkten sowie den an Bedeutung gewinnenden Non-Profit-Organisationen erfasst. Insofern sind die Theorien zur „Anatomie des Marktversagens“ ebenso wie zum systemischen Politikversagen zu berücksichtigen. Die daraus begründeten Staatsaufgaben konzentrieren sich auf die spezifisch ökonomischen Funktionen des öffentlichen Sektors. Die Antwort auf die Frage nach dem staatlichen Handeln im Verhältnis zu ökonomischer Dynamik erfolgt in drei Schwerpunkten:

» Die für das Wirtschaftssystem relevanten Aktivitäten des öffentlichen Sektors konzentrieren sich zum einen auf die ökonomisch begründeten Staatsfunktionen. In diesem Kontext sind insbesondere die Allokations-, Stabilisierungs- und Distributionspolitiken zu differenzieren (Scherf 2009; Fuest/Thöne 2009). Zum anderen ist auch die Analyse der Finanzierung öffentlicher Aufgaben im föderalen Bundesstaat hinzu zu ziehen. Insgesamt geht es im Kontext der systemischen Restriktionen des Steuerstaats um die Frage, inwieweit mit den Instrumenten der Finanzierung des „public sector“ kontraproduktive Belastungen bei der ökonomischen Wertschöpfung vermieden werden. Die empirische Untersuchung der allgemeinen Finanzpolitik konzentriert sich dabei auf die Rolle des Staates in der Gesamtwirtschaft und die wechselseitigen Interdependenzen. Unter den Bedingungen der europäischen Integration und der Globalisierung werden Handlungsmöglichkeiten

für staatlich steuernde Politik sowie deren Finanzierung untersucht.

» Bei der Analyse des öffentlichen Sektors wird die wichtige Rolle der industriellen Entwicklung in Regionen wenig berücksichtigt. Daher stellt sich die Aufgabe, die Entwicklungsdynamik der regionalen Wirtschaftsstrukturen und der industriellen Produktion im Zusammenspiel von internen Prozessen der industriellen Vernetzung und Clusterbildung mit staatlicher Politik zu analysieren. Dabei gilt es zwischen folgenden Ebenen zu unterscheiden: die Makroebene (gesamtwirtschaftliche Entwicklungsbedingungen Deutschlands und der EU), die Mesoebene (Branche / Region, beispielsweise die Metropolregion Bremen-Oldenburg) sowie die Mikroebene (Unternehmen, Betrieb). Gegenüber der gesamtwirtschaftlichen Analyse werden die Anforderungen an eine strukturell ausgerichtete Wirtschaftspolitik im Bereich der Regionalökonomie untersucht. Im Mittelpunkt stehen dabei der für die norddeutschen Länder bislang bestimmende maritime Sektor, seine Entwicklungsdynamik und die Rolle, welche die dabei relevanten Politiken auf unterschiedlichen Ebenen spielen. Wichtigste Produktionsbereiche sind hier die Werftenindustrie und deren Vernetzung insbesondere mit den Zulieferunternehmen, die Entwicklung der Hafenwirtschaft sowie die für die Werftindustrie und Häfen relevante Expansion der Produktion von Anlagen der Windenergie sowie die damit verbundenen logistischen Herausforderungen.

» Die Funktionsweise des Staates wird durch seine Binnendifferenzierung bestimmt. Dabei geht es um die Inter- und Intrabeziehungen zwischen dem Bund, den Ländern, den Kommunen und gesetzlichen Sozialversicherungssystemen (Blankart 2007, 2008). Auf der Ebene der Länder ist gegenüber den Flächenländern die besondere Situation der Stadtstaaten („Hauptstädte ohne Umland“) zu berücksichtigen. Innerhalb des gesamten föderalen Bundesstaates lassen sich am Beispiel des Landes Bremen die Begründung sowie die Realisierungsprobleme der Stadtstaaten spezifizieren (Heinemann 2009 a, b). Das föderale Finanzsystem Deutschlands wird daher mithilfe empirischer Methoden und in doppelter Hinsicht untersucht: Zum einen steht die Verteilung staatlicher Aufgaben zwischen den Gebietskörperschaften im Mittelpunkt. Hierbei wird auch die Rolle der Non-Profit-Organisationen berücksichtigt. Zum anderen wird aus der Analyse der Aufgabenverteilung

im Bundesstaat ein adäquates Finanzierungssystem abgeleitet. Dabei finden die in der Wissenschaft diskutierten alternativen Systeme des föderalen Finanzausgleichs Berücksichtigung.

Die allgemeine Analyse der Aufgabenverteilung und der Finanzierungsinstrumente des föderalen Systems im Bundesstaat wird schließlich auf die Rolle und die Entwicklung des Stadtstaats Bremen angewandt. Eine Reihe von Forschungsarbeiten konzentriert sich daher auf Ursachen und Folgen der Entwicklung der öffentlichen Haushalte im Land Bremen sowie Modelle zur künftigen Beibehaltung der Selbstständigkeit dieses Stadtstaats. Dabei wurden Erkenntnisse zur Frage nach der optimalen Größe von Bundesländern gewonnen. Da die Fragestellungen zur großräumigen Funktion des öffentlichen Sektors partiell unmittelbar in die spezifischeren Fragen zur Funktion und Wirkungsweise des föderalen Finanzsystems übergehen, werden sie in der folgenden Darstellung zusammengefasst.

## Forschungsschwerpunkt Regionalökonomie

In einem deduktiven Verfahren werden empirisch gewonnene Ergebnisse der Projekte theoretisch verortet, wobei nicht nur eine bestimmte Theorie zur Anwendung kommt, sondern Teilaspekte verschiedener Theoriestränge (u.a. Cluster-, Netzwerk-, Diversifizierungstheorien). Zu den spezifischen Merkmalen von Clustern werden im Allgemeinen

- » räumliche Konzentration,
- » flexible/räumliche Spezialisierung,
- » Wettbewerb und Kooperation,
- » Innovationen förderndes Wissen,
- » gemeinsame Identität und Vertrauen

gezählt (Porter 1990, 2003; Cumbers/MacKinnon 2004; Cairncross 2008). Strittig ist dabei, ob eine „kritische Masse“ existiert, ab der erst eine Clusterbildung ermöglicht wird. Während dies beispielsweise durch Floeting (2008) mit dem Argument verneint wird, dass Clusterbildung einen Prozess darstellt, schlägt Elsner (2000) den Begriff der aktiven Netzwerkbildung vor, um der Dynamik der Clusterbildung auch einen eigenen theoretischen Begriff zu geben. Netzwerke zeichnen sich demnach eher durch kooperations- denn durch konkurrenzorientierte und durch relativ stabile,

auf Absprachen und Vertrauen beruhende Beziehungen zwischen rechtlich selbständigen und gleichberechtigten Partnern aus (Sprenger/Svabik 2001). Im Gegensatz zu Clustern sind Netzwerke nicht zwingend räumlich eingegrenzt.

Eigene Forschungen im Berichtszeitraum bezogen sich auch auf die Frage, ob es räumliche und branchenmäßige Clusterbildungen gegeben hat, die dann zu einer „kritischen Masse“ geführt haben, welche ihrerseits eine Dynamik zur Vergrößerung oder Verstärkung des Clusters würde auslösen können. Durch die Arbeiten zu Entwicklungstendenzen in der Fischwirtschaft (FeWiF 1), zur Entwicklung des maritimen Netzwerks Bremerhaven (FeWiF 2), zu den Beschäftigungseffekten und Verflechtungsbeziehungen der Automobilindustrie in Bremen (FeWiF 4) sowie zum Schiffbau in Deutschland im Rahmen der seit 1992 jährlich durchgeführte Befragung der Betriebsräte aller deutscher Werften (FeWiF 19), konnte diese Frage jedoch noch nicht hinreichend beantwortet werden. Es zeigte sich, dass es hierzu zusätzlich einer empirischen Annäherung an die Frage nach industriepolitischen Strategien der beteiligten Akteure bedarf. Hierbei unterscheiden wir theoretisch zwischen Clustern als empirischem Phänomen und Clusterinitiativen – nicht nur von den beteiligten Wirtschaftsakteuren selbst, sondern auch vom Staat auf seinen unterschiedlichen Ebenen (Kommunen, Bundesländer, Bund und EU).

Industriepolitische Strategien beteiligter Akteure sind wesentlich beeinflusst durch die jeweiligen Ausprägungen von Marktwirtschaft. In der angelsächsischen Debatte existiert seit vielen Jahren eine Auseinandersetzung über die „Varieties of Capitalism“, die durch Bravermans Forschungen über die „Die Arbeit im modernen Produktionsprozess“ (1977) begonnen worden ist. Die sich daran anschließende „Labour Process Debate“ wurde zu Beginn unseres Jahrtausends durch den Beitrag von Hall/Soskice (2001) fortgeführt und zugleich generalisiert, indem die verschiedenen institutionellen Bedingungen des Kapitalismus miteinander verglichen werden. Bezugspunkte sind dabei die nationalen Volkswirtschaften, und hier spielt Deutschland in seinem traditionell etatistischen Ansatz (im Vergleich zum anglo-amerikanischen Typus) eine besondere Rolle. Bezogen auf die Industriepolitik bedeutet dies, dass die Bedingungen für auch extern gesteuerte (d.h. nicht ausschließlich dem freien Spiel der Kräfte überlassene) Bildung von Clustern vergleichsweise günstig eingeschätzt werden. Dieser Aspekt der „Varieties of Capita-

lism“, d.h. die Berücksichtigung der verschiedenen, auf Nationalstaaten (und jetzt auch auf Weltregionen wie etwa der EU) sich beziehenden Selbstverständnisse, Handlungsoptionen und letztlich Strategien von beteiligten und auch machtvollen Akteuren in ihren jeweils unterschiedlichen hierarchischen (einschließlich der Wertschöpfungsketten) Stellungen war eine zusätzliche Referenz in mehreren Projekten (FeWiF 3, 7, 8).

Erkenntnisse aus diesen empirischen Projekten bestärkten die Hypothese, dass sich starke Cluster durch große Innovationsfähigkeit, gepaart mit entwickelter staatlicher Industriepolitik auszeichnen, die auch Krisen überstehen – wie in China (und anders als in Europa) zunehmend der Schiffbau. Strategische Orientierungen spielen ebenso eine Rolle wie die Nachhaltigkeit dieser neu entstehenden Cluster/Industrien.

Eine zusätzliche Erkenntnis aus den empirisch angelegten Projekten der Forschungseinheit ist, dass der systemische Charakter des räumlich, institutionell, technologisch und wirtschaftsstrukturell eingebetteten Produktions- und Dienstleistungswettbewerbs eine weitere notwendige Bedingung für eine Clusterbildung darstellt. Die einzelnen Projekte im Berichtszeitraum orientierten sich theoretisch an den beschriebenen Clustertheorien und untersuchten vor dem Hintergrund gesamtwirtschaftlicher Analysen die Anforderungen an eine strukturell ausgerichtete Industriepolitik im Bereich der Regionalökonomie.

Das maritime Cluster in (Nord)Deutschland als eine hochgradig technologieintensive und innovationsorientierte Branchenagglomeration erfüllt gute Voraussetzungen, um den systemischen Charakter von Clusterbildungen empirisch zu überprüfen. Insbesondere Porter (1990) geht von der zentralen Annahme aus, dass internationale Wettbewerbsfähigkeit vor allem durch ein solch kompetitives und gleichzeitig unterstützendes Umfeld in räumlicher Nähe gestärkt werden kann. Damit liefert er gleichzeitig eine Erklärung für die Attraktivität bestimmter Standorte (in diesem Fall: Küstenregionen).

Ein Beispiel für die Prozesshaftigkeit der Clusterbildung mit all ihren in der Wirklichkeit abgebildeten Widersprüchlichkeiten ist die Entwicklung der nord-deutschen Hafenkooperation am Beispiel des Baus des Tiefwassercontainerterminals Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven. Dieser Strang der Prozesshaftigkeit von Clusterbildung wurde neben Anderem insbesondere durch ein Projekt über den Ausbau von

Short-Sea-Shipping und Feederverkehren im skandinavischen und russisch/baltischen Raum verfolgt (FeWiF 5). Kam die Idee der „Deutschen Bucht AG“ als Kooperation der drei an der Nordsee gelegenen Bundesländer angesichts der immer stärker werdenden Konkurrenz der holländischen und belgischen Nordseehäfen ursprünglich aus Hamburg (1997), so schied Hamburg 2001 nach der Wahl Wilhelmshavens als Standort des gemeinsamen Tiefwasserhafens aus diesem Clusterprozess aus – übrig blieben Bremen und Niedersachsen. Im Verlauf der ab 2008 einsetzenden globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hatte sich gezeigt, dass die Terminals in Bremerhaven und Hamburg nicht nur aufgrund der Krise erheblich an Ladungsvolumen verloren haben, sondern auch durch die Konkurrenz in Rotterdam (Container) und Zeebrügge (Autoumschlag). Der Beitrag der 2001 teilweise gescheiterten Hafenkooperation zu dieser schlechter gewordenen Konkurrenzsituation der deutschen Nordseehäfen lässt sich zwar nicht genau bestimmen. Jedoch hätte eine erfolgreiche Clusterbildung vermutlich nicht zu diesem Verlustausmaß geführt. Vor diesem ökonomischen Hintergrund zielt das von der EU finanzierte Projekt „Dryport“ auf eine Weiterentwicklung der Clusterkonzepte im oben beschriebenen Sinne (FeWiF 20).

## Forschungsschwerpunkt Finanzpolitik

In der Phase von 2006 bis 2011 war der Forschungsschwerpunkt personell unterbesetzt. Erst ab 2010 konnte eine Kooperation zwischen der Forschungsstelle Finanzpolitik an der Universität Bremen und dem IAW realisiert werden.

Im Zuge dieser Kooperation wurden folgende Forschungsprojekte bearbeitet:

- » Grundlage der Untersuchungen bildete eine Studie zum Reformbedarf des Systems des föderalen Finanzausgleichs. Untersuchungsziel war einerseits eine Effizienzbewertung des bestehenden Systems unter besonderer Berücksichtigung des Spannungsverhältnisses zwischen Transferleistungen gegenüber den Einflüssen auf die Anreizwirkung. Andererseits ging es um die Bewertung der vertikalen und horizontalen Elemente des Finanzausgleichs (FeWiF 10).
- » Im Schwerpunkt Stadtstaatenforschung wurden drei spezifische Instrumente im Finanzausgleichssystem

hinsichtlich ihrer Wirkung empirisch untersucht: die Einwohnerwertung und die für die „Kleinheit“ von Bundesländern zugestandenen Bundesergänzungszuweisungen „Kosten der politischen Führung“. Schließlich wurden die regionalökonomischen Wirkungen der derzeit geltenden Lohnsteuererlegung nach dem Wohnortprinzip sowie einer möglichen Rückverlagerung der Ertragshoheit auf die Gebietskörperschaften im Bereich des Arbeitsplatzes untersucht (FeWiF 11).

- » Auf der Basis einer Analyse des Steuersystems wurden aktuelle steuerpolitische Entscheidungen (insbesondere das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“) sowie Möglichkeiten einer finanzierbaren Steuerreform bewertet.

## 2. Transfer, Methoden und Praxisrelevanz

Grundsätzlich basieren die Arbeitsergebnisse der Forschungseinheit auf unterschiedlichen Arten von empirischen Analysen. Um die Probleme des „measurement without theory“ zu vermeiden, werden verschiedene, im Prozess der Erkenntnisgewinnung jedoch aufeinander bezogene theoretische Konzepte zur Fundierung der Arbeiten herangezogen. Makro-, meso- und mikroökonomische Theorien werden so miteinander verbunden. Im Bereich der Untersuchungen zur industriellen Entwicklung in Regionen und insbesondere zum regionalen Produktionsschwerpunkt maritimer Sektor werden neue Ansätze zur Erklärung von regionalökonomischen Clustern sowie Netzwerken ebenso eingesetzt wie die regionalgeografischen Theorien zur Clusterbildung und zur Entwicklung von Wachstumspolen. Im Forschungsschwerpunkt föderaler Finanzausgleich werden aktuelle Theorien zum „fiscal federalism“ problembezogen weiterentwickelt.

Dem spezifischen Auftrag des IAW folgend gilt auch für die Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen die Aufgabe, Erkenntnisse aus den Untersuchungen in den wissenschaftlichen Diskurs sowie in themenrelevante Praxisbereiche zu transferieren. Dabei wird auf die Nutzung einer produktiven Rückkoppelung Wert gelegt: Die durch den Transfer gewonnenen, weiterführenden Erkenntnisse werden im weiteren Forschungsprozess – etwa zur branchenbezogenen Regionalökonomie oder zur ökonomisch-ökologischen Entwicklung in der Metropolregion Bremen/Oldenburg – eingespeist.

Sowohl im Bereich der Finanzwissenschaften als auch im Bereich der maritimen Regionalökonomie wird die Expertise zunehmend nachgefragt und überregional in (wirtschafts)politischen Diskursen berücksichtigt. Dies wird an einer großen Zahl von Anfragen politischer Akteure für Stellungnahmen, Vorträge sowie Teilnahmen an Diskussionsrunden ebenso deutlich wie an der starken Medienpräsenz der Forschungseinheit zu diesen Themen. Da wirtschafts-, finanz- und regionalpolitische Fragestellungen von zentraler Bedeutung auch für die Organisationen der Arbeitnehmerschaft sind, spielen im Hinblick auf Transferaktivitäten der Kooperationspartner Arbeitskammer Bremen sowie Wirtschafts- und Gewerkschaftsverbände in dieser Forschungseinheit eine besondere Rolle. Diese Kooperationen drücken sich in zahlreichen unterschiedlichen Aktivitäten aus, die von gemeinsamen Untersuchungen (z.B. die jährliche Schiffbauumfrage des IAW in Zusammenarbeit mit der IG Metall) über konkrete Beratungsaktivitäten für Betriebs- und Personalräte bis zu gemeinsamen Stellungnahmen oder Veranstaltungsreihen (z.B. mit der Arbeitskammer Bremen oder dem DGB) reichen.

## 3. Forschungsprogramm 2012-2016

### Forschungsschwerpunkt Regionalökonomie

Im Mittelpunkt der nächsten fünf Jahre steht weiterhin der Strukturwandel des für die norddeutschen Länder relevanten maritimen Sektors – der zugleich auch ein regionalspezifisches Alleinstellungsmerkmal ist – im Zentrum. Die aus der vorherigen Projektgeneration gewonnenen theoretischen wie auch empirischen Erkenntnisse werden berücksichtigt. Allerdings wird ein veränderter empirischer Zuschnitt verfolgt. Wichtigste Produktionsbereiche sind die Werftenindustrie und deren Zulieferunternehmen im internationalen Vergleich und die Entwicklung der Hafenwirtschaft. Neu hinzu kommt die für die Werftindustrie und Häfen relevante Expansion der Produktion von Anlagen und deren Transport im Bereich der Nutzung von Offshore-Windenergie.

Zusammengefasst konnten einige wirtschaftstheoretische Erkenntnisse aus dem Berichtszeitraum 2006-2011 gewonnen werden. Demnach müssen sowohl die räumliche Komponente als auch die gemeinsame Identität und das Vertrauen als Grundpfeiler des bisherigen Clusterkonzeptes neu überdacht werden. Hier könnte

stärker das Konzept einer funktionalen Beziehung von Produktionsclustern greifen, wobei jedoch diese funktionalen Beziehungen nicht unmittelbar der amtlichen Statistik entnommen werden können. Insbesondere Clusterbildungen unter Einschluss komplexer Infrastruktur-, Logistik- und höherwertiger Dienstleistungsfunktionen erlangen – neben den reinen Produktionssystemen – eine immer größere Bedeutung. Sie sind dabei häufig „milieu-basiert“ (z.B. Küstennahe maritime Wirtschaft einerseits, Windenergie mit den großen im Ruhrgebiet und Südwestdeutschland beheimateten Energieversorgern andererseits) und werden von unabhängig voneinander entwickelten Technologien und Produkten angetrieben.

Die Herausforderung besteht u.a. darin (Krätke/Scheuplein 2001), Cluster sachlich und räumlich geeignet abzugrenzen. Aufgezeigt werden sollte auch die interne Verflechtung der Akteure, um insgesamt auch Vergleiche (regional und supra-regional) zu ermöglichen. Die Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen wird in ihren gegenwärtigen und zukünftigen Projekten insofern auch einen theoretischen Beitrag zur Weiterentwicklung der Clustertheorien erbringen, als die räumlichen und die mentalitäts-/milieubedingten Voraussetzungen dieser dynamischen Prozesse neu zu definieren sind.

Während der Bezug zu den skizzierten Clusteransätzen einen zentralen theoretischen Orientierungspunkt des regionalökonomischen Ansatzes darstellt (Mesoebene), soll darüber hinaus auch die Diskussion zu den unternehmensbezogenen Strategien der Diversifikation (Mikroebene) für die Forschungseinheit nutzbar gemacht werden. Diversifikation, verstanden als Ausweitung des Produktsortiments oder der Geschäftsbereiche eines Unternehmens, kann vielfältige Formen annehmen (Venzin et al. 2003). Sie ist dabei nicht ausschließlich eindimensional zu fassen, sondern muss auf mehrere Dimensionen ausgerichtet sein (Zanger 1995: 516). Zu den relevanten Dimensionen zählen z.B. Märkte (Regionen, Kundengruppen, Bedarfsgruppen), Objekte (Produkte, Leistungen, Technologien) und Ressourcen (Rohstoffe, Anlagen, Personal, Know How). Besonderes Augenmerk wird auf das Konzept der konzentrischen Diversifikation gelegt, dessen Ausgangspunkt die Kernfähigkeiten eines Unternehmens darstellen. Ziel dieser Diversifikationsstrategie ist es, neue Produkte auf neuen Märkten durch die Ausnutzung und den Ausbau von existierenden Kompetenzen zu entwickeln bzw. zu vermarkten. Entschei-

dend für den Erfolg dieses Vorgehens ist es, „dass die Fähigkeiten, auf denen die neuen Markt- und Produktentwicklungen aufbauen, wirklich das Potenzial haben, die existierenden Wettbewerber in Bedrängnis zu bringen“ (Venzin et al. 2003: 114).

Daraus abgeleitete Forschungshypothesen für den regionalökonomischen Schwerpunkt der Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen betreffen die „Entgrenzung“ von Unternehmen. Dabei geht es um die Netzwerkbildung durch scheinbar so gegenläufige Tendenzen wie „Outsourcing“ auf der Unternehmens- (= Mikro-)ebene, die dann aber auf der Cluster(= Mesoebene) wieder zusammenwirken („Insourcing“). Das kann sowohl entlang der Vertikalen (= Wertschöpfungskette/Supply Chain) als auch auf der Horizontalen (Netzwerkbildung von ähnlichen Unternehmen und dann deren Spezialisierung auf bestimmte Teilthemen/Schwerpunktbildung) erfolgen. Ein diesen Zusammenhang aufgreifendes Leitprojekt der Forschungseinheit ist die Potenzialanalyse von Offshore-Windenergieindustrie und Schiffbauindustrie (FeWiF 21). Dieses Projekt wird flankiert durch die auch im Zeitraum 2012-2016 geplanten, jährlich stattfindenden Panelstudien zu Schiffbau in Deutschland, die allerdings Zweifel an einigen Clusterkonzepten nähren. Aus diesem Grund wird zunächst nur die Werft-/Zulieferindustrie untersucht: Zwar befinden sich einerseits alle deutschen Werftenstandorte an der Küste und erfüllen damit das räumliche Erfordernis der Clusterbildung. Jedoch ist andererseits ein Großteil der Zulieferindustrie hauptsächlich in anderen als den fünf norddeutschen Küstenländern angesiedelt.

Ähnlich verhält es sich mit der Offshore-Windenergieindustrie, auch wenn der Trend zur Produktion von Komponenten hin zu Küstenstandorten in den letzten Jahren sehr stark gewachsen ist. Hinzu kommt bei der Offshore-Windenergieindustrie, dass hier zum Teil mit den großen Energieversorgungsunternehmen eine völlig neue Klientelstruktur geschaffen wurde, die bisher mit den maritimen Sektoren so gut wie keine Berührungspunkte hatte. Dabei interessiert nicht so sehr die Frage, wie durch marketingbezogene Strategien neue Märkte für bereits existierende Produkte erschlossen werden können. Vielmehr geht es darum, wie einerseits die Werften ihr Leistungsspektrum ausweiten und neue Produkte entwickeln sowie auf neuen Märkten erfolgreich einführen können und andererseits die „junge“ und stark expandierende Offshore-Windenergieindustrie Strukturen, Know How und qualifiziertes Personal der Werftenindustrie nutzen kann.

Hierbei beziehen wir uns auf die Theorie der Pfadabhängigkeit. Im Fall des genannten Projekts werden die Faktoren der Schiffbauindustrie identifiziert, die den Entwicklungsprozess eines neuen Pfades (hier der Offshore-Windenergie) begünstigt haben bzw. noch begünstigen. Mossig et al. (2010) nennen vier Faktoren zur Etablierung von neuen Entwicklungspfaden. Hierzu zählen aktuelle Marktbedingungen/-prognosen, langfristig stabile Eigenschaften einer Region (z.B. Lage am Meer), variable lokale Bedingungen (z.B. vorhandenes Humankapital oder Forschungseinrichtungen) sowie auslösende Ereignisse (z.B. einerseits die Verteuerung fossiler Energieträger und damit der Zwang zum Wechsel hin zu anderen Energieträgern oder andererseits die Überproduktion von Strom durch die zwischenzeitlich geplante, inzwischen aber wieder revidierte Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken als Investitionsbremse für Erneuerbare Energien). Diese Faktoren fließen in das Projekt ein, um Beiträge zu der angezielten Weiterentwicklung der Clustertheorien zu liefern. Die in diesem Projekt feststellbare „(Teil)Entgrenzung“ von Branchen, d.h. die Zusammenarbeit bisher getrennt agierender Branchen mit dem Ergebnis der Schaffung ganz neuer Sektoren könnte den Clustertheorien eine neue Richtung weisen.

Eine wichtige Verbindung des hier durch Nennung konkreter Projekte forschungspraktisch beschriebenen regionalökonomischen Ansatzes mit den Theorien von „Public Governance“ stellt im Projektzusammenhang die staatliche Industriepolitik dar, wie sie z.B. durch das Energieeinspeisegesetz mit seiner bewussten Förderung regenerativer Energien als gute Voraussetzung für eine strategische Zusammenarbeit zwischen Werft-/Zulieferindustrie und Offshore-Windenergieindustrie praktiziert wird. Dieser Governance-Aspekt ist auch eine theoretische Leitlinie des internationalen Projektes „Dryport – a modal shift in practice“ (FeWiF 20).

Eine weitere Leitlinie dieses Projektes der Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen bezieht sich auf die Hypothese eines „produktionsbezogenen Wegs in die Dienstleistungsgesellschaft“ (Castells 2006). Ausgehend von der These einer funktionalen Komplementarität von Wirtschaftsentwicklung und Stadtentwicklung in den Küstenregionen wird der Frage nachgegangen, ob die modernen Stadtentwicklungen in den nord-deutschen Hafenregionen als notwendige Unterstützung, Flankierung und Ergänzung der industriellen Umorientierung zu verstehen sind oder als Tertiarisie-

rungsprozess, der auf einen von industrieller Produktion wie Schiffbau und Offshore-Windenergieindustrie unabhängigen Dienstleistungspfad führt.

Insgesamt wird auch aus den empirischen Studien deutlich, dass forschungstheoretisch das Funktionssystem der Wirtschaft keinesfalls allein durch den Steuerungsmodus „Markt“ koordiniert wird. Die institutionenökonomischen Ansätze verweisen auf die Eingebettetheit ökonomischen Handelns von Unternehmen durch eine Vielfalt von rahmenden und komplexitätsreduzierenden Institutionen, die dem Anspruch folgen, für alle Wirtschaftsakteure gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Die Umsetzung dieses Anspruchs unterliegt jedoch historisch variablen Bedingungen und muss daher empirisch untersucht werden. Insbesondere diese (öffentliche) Governancefunktion zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen und damit auch zur Stärkung von Clustern spielt bei dem geplanten, noch nicht realisierten Projekt zur Hafenkooperation Hamburg/Bremen unter Einschluss des Jade-Weser-Ports in Wilhelmshaven als „German Bight Seaports“ eine große Rolle. Hierauf wird sich ein weiteres geplantes Vorhaben der Forschungseinheit für den Zeitraum 2012-2016 konzentrieren.

## Forschungsschwerpunkt Finanzpolitik

Im Schwerpunkt Finanzpolitik werden aufbauend auf den in 2006–2011 durchgeführten Forschungsvorhaben in der kommenden Berichtsperiode die folgenden Schwerpunkte bearbeitet

- » Eine umfassende Analyse des deutschen Steuersystems ist geplant. Im Zentrum steht die Frage nach der Gestaltung der Ertragshoheit. Vor allem durch das Institut der Gemeinschaftssteuern werden im Bundesstaat Fehlallokationen erzeugt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit vor allem vertikal verteilte Steuereinnahmen aufgelöst und die Steuern stärker den Ebenen der Gebietskörperschaften zugewiesen werden sollten. Untersucht wird, inwieweit dadurch die Allokations- und Distributionseffizienz gestärkt werden können.
- » Als Beitrag zur anstehenden Neuordnung des föderalen Finanzausgleichs, der ab 2020 zu erwarten ist, wird auf der Basis einer empirisch fundierten Bestandsanalyse der mögliche Reformbedarf abgeschätzt. Dabei steht die Optimierung zwischen Ausgleichsansprüchen („Einheitlichkeit der Lebensverhält-

nisse“) und der Stärkung von Anreizen in der Autonomie der einzelnen Gebietskörperschaften im Vordergrund. Dazu soll vor allem die stärkere Berücksichtigung der Wirtschafts- und damit der originären Finanzkraft bei der Verteilung im System des Finanzausgleichs berücksichtigt werden.

- » Eine Studie zur Finanzpolitik im Stadtstaat unter den Bedingungen der Verfassungsgerichtsurteile seit 1992 ist in der Vorbereitung. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, wie sich der Stadtstaat Bremen auf die jeweiligen Vorgaben eingestellt hat. Die Grundprinzipien der stadtstaatspezifischen Ausstattung mit Finanzen werden einer empirischen Analyse unterzogen. Ziel dieses Forschungsprojekts ist es, Anknüpfungspunkte für eine nachhaltige fiskalische Absicherung zu definieren. Dabei werden auch spezifische Governance-Probleme berücksichtigt. Überdies wird damit auch erstmals eine Geschichte der Finanzpolitik seit den Verfassungsgerichtsurteilen vorgelegt.

## 2.5 Dokumentationszentrum für Europäische Gewerkschaftspublikationen

Neben den vier Forschungseinheiten betreibt das Institut Arbeit und Wirtschaft das 1987 gegründete Dokumentationszentrum für Europäische Gewerkschaftspublikationen (DEG), das als Serviceeinheit unterschiedliche Funktionen wahrnimmt.

### Archiv der europäischen Gewerkschaftspresse

Eine der wichtigsten Aufgaben des DEG ist die systematische Erfassung, Sammlung und Archivierung der gesamten überregionalen Veröffentlichungen westeuropäischer Gewerkschaften. Gesammelt werden die Publikationen der jeweiligen nationalen Dachverbände und wichtiger Industrie-, Einzel- und Berufsgewerkschaften. Das DEG verfügt über Zeitungen und Zeitschriften, Geschäftsberichte, Protokolle und Berichte von Gewerkschaftskongressen, Schriftenreihen, Broschüren, Jahrbücher und Monographien zu gewerkschaftspolitisch relevanten Themen. Damit erschließt das Dokumentationszentrum europaweit den größten Bestand laufender Gewerkschaftszeitschriften (über 400) und mehr als 4.500 einschlägige Einzelveröffentlichungen. Das DEG verfügt ferner über komplette Bestände einzelner Zeitschriften. Diese Zeitschriften reichen zum Teil bis zum Neuaufbau der Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit zurück.

Ungefähr die Hälfte der Zeitschriften (bei den Einzelveröffentlichungen etwa zwei Drittel) stammt aus dem deutschsprachigen Raum. Die andere Hälfte verteilt sich auf die Länder England, Frankreich, Italien, Spanien, Niederlande, Luxemburg, Belgien, Schweden, Finnland, Norwegen, Island, Irland, Dänemark, Griechenland und Malta. Zusätzlich sammelt das DEG auch gewerkschaftsunabhängige Publikationen. Dazu zählen u.a. Veröffentlichungen der Arbeitgeberverbände, Periodika verschiedener Arbeitnehmerkammern und Veröffentlichungen internationaler Organisationen.

Das DEG bietet damit einen in Deutschland einmaligen Fachdienst für Bibliothekare und Bibliothekarinnen, die Dienstleistungen des DEG in Anspruch nehmen, um ihre eigenen Nutzerinnen und Nutzer bei deren Recherchen zu unterstützen. Aber auch Gewerkschaftsfunktionäre, Studierende und Wissenschaftler/-innen

sowie Journalistinnen und Journalisten recherchieren weltweit regelmäßig in der Datenbank DEGPOL.

## Datenbank zur europäischen Gewerkschaftspolitik

Für die Datenbank zur europäischen Gewerkschaftspolitik (DEGPOL) werden seit 1988 beständig zwischen 100 und 150 laufende deutsche, deutschsprachige und in Ausnahmen auch fremdsprachige Gewerkschaftszeitungen ausgewertet. Die relevantesten und gewerkschaftspolitisch aussagekräftigsten Beiträge aus diesen Zeitschriften werden in die Datenbank aufgenommen. Ausgewählte Zeitschriften werden komplett einbezogen, d. h. alle umfangreicheren Artikel dieser bedeutenden Periodika (z. Zt. 10 laufende Zeitschriften aus Österreich und Deutschland) finden Eingang in die Datenbank. Ebenfalls vollständig erschlossen werden alle im DEG vorhandenen Monographien, Sammelwerke und Broschüren. Zur Zeit der Berichtslegung (August 2011) umfasst die Datenbank knapp 30.000 Quellenhinweise.

Die Struktur und systematische Ordnung der Datenbank wird durch einen Thesaurus des internationalen Arbeitsamtes in Genf (ILO) gebildet. Der ILO-Thesaurus besteht aus fast 4.000 Deskriptoren (Schlagworte) aus den Bereichen Arbeit, Beschäftigung und Ausbildung und bildet die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse weltweit umfassend ab. Ursprünglich ist der Thesaurus in einer englischen, französischen und spanischen Fassung erschienen. Die Mitarbeiter/-innen des DEG haben den Thesaurus komplett ins Deutsche übersetzt. Ein Kooperationsvertrag zwischen dem Dokumentationszentrum und der ILO in Genf erlaubt es dem DEG, die maschinenlesbare Fassung des Thesaurus im Zusammenhang mit der Datenbank für Gewerkschaftspolitik zu benutzen und auch zu veräußern. Das Internationale Arbeitsamt hat seinerseits die deutsche Übersetzung noch einmal überarbeitet und veröffentlicht. Die DEG-Datenbank ist damit so gestaltet, dass mit englischen, französischen, spanischen oder deutschen Schlagworten nach Quellen gesucht werden kann.

## Neue Nutzungsmöglichkeiten der DEG-Datenbank DEGPOL im Internet

Seit einigen Jahren ist es möglich online in der Datenbank DEGPOL zu recherchieren. Dieser Service wird kostenlos angeboten und kann weltweit genutzt werden. Hinzu kommt, dass immer mehr gewerkschaftspolitisch orientierte Organisationen dazu übergehen,

ihre Veröffentlichungen, vor allem Zeitschriftenaufsätze, ebenfalls kostenlos und im Volltext im Internet zur Verfügung zu stellen. Darauf hat das DEG reagiert. Alle Zeitschriftenaufsätze, die in der DEGPOL nachgewiesen und gleichzeitig als Volltext vorhanden sind, wurden verlinkt. Somit ist es nicht nur möglich, sehr umfassend Quellenhinweise zu einem bestimmten Thema zu erhalten, sondern in der Regel auch sich die recherchierten Aufsätze ausdrucken zu lassen.

Zunehmend konzentriert sich die Arbeit des DEG darauf, vor allem diejenigen Veröffentlichungen für die Datenbank zu erfassen und zu erschließen, die ebenfalls im Volltext vorhanden sind. Selbstverständlich wird das DEG aber auch weiterhin alle gewerkschaftspolitisch wichtigen Aufsätze erfassen und erschließen, auch wenn es nicht möglich ist, direkt auf die Texte zuzugreifen. Diese neue Schwerpunktsetzung bei der Auswahl wirkt sich sehr positiv auf die Nutzung der Datenbank aus. Zurzeit wird zwischen 50- und 100-mal pro Tag auf die Datenbank DEGPOL zugegriffen.

## Kooperationspartner des DEG

Neben dem Internationalen Arbeitsamt gibt es eine enge Zusammenarbeit des Dokumentationszentrums mit dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI) in Brüssel, der Hans-Böckler-Stiftung (HBS), der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), dessen Unterstützung die wichtigste Voraussetzung für den kostenlosen Bezug aller europäischen Gewerkschaftszeitungen und -broschüren ist.

## Literatur

- Altrichter, Herbert; Heinrich, Martin (2007):** „Kategorien der Governance-Analyse und Transformationen der Systemsteuerung in Österreich“, in: Herbert Altrichter; Thomas Brüsemeister; Jochen Wissinger (Hg.), *Educational Governance. Handlungskoordination und Steuerung im Bildungssystem*. Wiesbaden: VS Verlag, 55-104.
- Altrichter, Herbert; Maag Merki, Katharina (2010):** „Steuerung der Entwicklung des Schulwesens“, in: Herbert Altrichter; Katharina Maag Merki (Hg.), *Handbuch Neue Steuerung im Schulsystem*. Wiesbaden: VS Verlag, 15-39.
- Baethge, Martin (2008):** „Das Übergangssystem. Struktur – Probleme – Gestaltungsperspektiven“, in: Hans Dieter Münk; Josef Rützel; Christian Schmidt (Hg.), *Labyrinth Übergangssystem*. Bonn: Pahl-Rugenstein, 53-67.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2009):** „Vernetzte Bildungslandschaften: Internationale Erfahrungen und Stand der deutschen Entwicklung“, in: Peter Bleckmann; Anja Durdel (Hg.): *Lokale Bildungslandschaften. Perspektiven für Ganztagschulen und Kommunen*. Wiesbaden: VS Verlag, 19-36.
- Baumheier, Ulrike; Fortmann, Claudia; Warsewa, Günter (2011):** *Schulen in lokalen Bildungs- und Integrationsnetzwerken*. Reihe Educational Governance. Wiesbaden: VS Verlag (im Erscheinen).
- Blankart, Charles B. (2007):** *Föderalismus in Deutschland und in Europa*. Baden-Baden: Nomos.
- Blankart, Charles B. (2008):** *Öffentliche Finanzen in der Demokratie*. München: Vahlen.
- Benz, Arthur; Lütz, Susanne; Schimank, Uwe; Simonis, Georg (Hg.) (2007):** *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Berger, Suzanne; Piore, Michael (1978):** *Der gesplittete Arbeitsmarkt: Probleme der Arbeitsmarktsegmentation*. Frankfurt/Main: Campus.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2010):** *Berufsausbildung 2015. Eine Entwicklungsperspektive für das duale System*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Bozeman, Barry (2003):** „Public Value Mapping of Science Outcomes: Theory and Methods“, in: CSPO / Rockefeller Foundation (eds.): *Knowledge Flows and Knowledge Collectives. Public Value Mapping for Scientific Research*. New York, 3-48.
- Braverman, Harry (1977):** *Die Arbeit im modernen Produktionsprozess*. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hg.):** *Berufsbildungsbericht 2010*. Bonn: BMBF.
- Cairncross, Frances (1998):** *The death of distance – how to communications revolution will change our lives*. Boston: Harvard Business Press.
- Castells, Manuel (2006):** *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaften*. Opladen: Leske + Budrich.
- Clasen, Jochen; Clegg, Daniel (eds.) (2011):** *Unemployment Protection Systems and Labour Market Change in Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Clement, Ute (2007):** „Educational Governance an der Schnittstelle sozialer Systeme – Das Beispiel der beruflichen Bildung“, in: Herbert Altrichter; Thomas Brüsemeister; Jochen Wissinger (Hg.), *Educational Governance*. Wiesbaden: VS Verlag, 207-230.
- Cumbers, Andy; MacKinnon, Danny (2004):** „Clusters in urban and regional development“, *Urban Studies* 41 (5/6): 959-969.
- Dahme, Heinz-J.; Wohlfahrt, Norbert (2010):** *Regiert das Lokale das Soziale? Die Kommunalisierung und Dezentralisierung sozialer Dienste als sozialpolitische Reformstrategie*. Hohengeren: Schneider.

- Dederer, Kathrin (2010):** „Entscheidungsfindung in der Bildungspolitik und Bildungsverwaltung“, in: Herbert Altrichter; Katharina Maag Merki (Hg.), *Handbuch Neue Steuerung im Schulsystem*. Wiesbaden: VS Verlag, 63-80.
- Diller, Christian; Nischwitz, Guido et al. (2009):** „Regionalisierung und Regionsbildung im Norden“, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), *ARL-Arbeitsmaterial Nr. 347*. Hannover: Verlag der ARL.
- Dingeldey, Irene (2010):** „Agenda 2010: Dualisierung der Arbeitsmarktpolitik“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48/2010, 18-25.
- Dingeldey, Irene (2011a):** „Fragmented Governance Continued: The German Case“, in: Rik van Berkel, Willibrord de Graaf, Tomáš Sirovatka (eds.), *The Governance of active Welfare States in Europe*. Houndmills/Basingstoke, Hampshire: Palgrave (forthcoming).
- Dingeldey, Irene (2011b):** „Germany: moving towards integration whilst maintaining segmentation“, in: Jochen Clasen; Daniel Clegg (eds.), *Unemployment Protection Systems and Labour Market Change in Europe*. Oxford: Oxford University Press (forthcoming).
- Dingeldey, Irene (2011c):** Varianten des aktivierenden Wohlfahrtsstaates. Eine vergleichende Analyse zum Wandel von Staatlichkeit und Governance in der Arbeitsmarktpolitik“. Bremen: Universität Bremen (Habilitationsschrift).
- Dombois, Rainer (2006a):** „Sozialklauseln in Freihandelsabkommen – ein wirksames Mittel internationaler Arbeitsregulierung?“ *Industrielle Beziehungen* 3/2006: 238-252.
- Dombois, Rainer (2006b):** „La regulación laboral internacional en los Tratados de Libre Comercio – el caso del Acuerdo de Cooperación Laboral de América del Norte entre México, Canadá y los Estados Unidos“, *Foro Internacional* 186: 741-762.
- Dombois, Rainer (2010):** „'Decent Work' durch Selbstverpflichtungen Transnationaler Unternehmen?“, in: Guido Becke et al. (Hg.), *'Decent Work': Arbeitspolitische Gestaltungsperspektive für eine globalisierte und flexibilisierte Arbeitswelt*, Wiesbaden: VS Verlag, 37-53.
- Dombois, Rainer (2011):** „Regulación internacional del trabajo a partir de los auto-compromisos de las empresas transnacionales?“ *Revista CS en Ciencias Sociales*. ICESI, Cali, Kolumbien (im Erscheinen).
- Dombois, Rainer; Holtrup, André; Mehliß, Peter; Peter, Lothar; Reihert, Claudia; Spitzley, Helmut; Voss, Jenna; Warszewa, Günter (2007):** *Gesellschaftliche Modernisierung und Regulierung von Arbeit*. IAW Forschungsbericht 13. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Douglas, Martyn; Warszewa, Günter (2010):** Demografie-Bericht. Auswirkungen und Handlungsempfehlungen zum demografischen Wandel im Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen. (<http://www.iaw.uni-bremen.de/ccm/content/mitteilungen/2010/demografiebericht-2010.de>).
- Dörre, Klaus (2008):** „Armut, Abstieg, Unsicherheit. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 33-34/2008: 3-6.
- Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd (2010):** „Übergänge zwischen Schule und Berufsausbildung“, in: Gerhard Bosch; Sirikit Krone; Dirk Langer (Hg.), *Das Berufsbildungssystem in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag, 133-164.
- Elsner, Wolfram (2000):** „An Industrial Policy Agenda 2000 and Beyond – Experience, Theory and Policy“, in: Wolfram Elsner, John Groenwegen (eds.), *Industrial Policy after 2000*. Boston, Dordrecht, London: Kluwer, 411-486.
- Floeting, Holger (2008):** „Clusterentwicklung in den deutschen Kommunen. Strategien der Wirtschafts-förderung“. Vortrag bei der Fachtagung *Perspektive: Region – Wirtschaftsent-wicklung zwischen Kooperation und Konkurrenz?*, Oldenburg, 29. September 2008.
- Fuest, Clemens; Thöne, Michael (2009):** *Reform des Finanzföderalismus in Deutschland*. Berlin: Stiftung Marktwirtschaft.

- Hall, Peter A.; Soskice, David (2001):** *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press.
- Hambleton, Robin; Stewart, Murray; Savitch, Hank V. (2002):** *Globalism and Local Democracy: Challenge and Change in Europe and North America*. New York: Palgrave Macmillan.
- Hanesch, Walter (2011):** *Die Zukunft der „Sozialen Stadt“. Strategien gegen soziale Spaltung und Armut in den Kommunen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Häußermann, Hartmut (2002):** „Global, lokal, sozial. Von der Unteilbarkeit der Stadt“, in: Jens-Uwe Walther (Hg.), *Soziale Stadt – Zwischenbilanzen*. Opladen: Leske + Budrich, 133-145.
- Häußermann, Hartmut; Läßle, Dieter; Siebel, Walter (2008):** *Stadtpolitik*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Heinelt, Hubert; Vetter, Angelika (2008):** *Lokale Politikforschung heute*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Heinemann, André W. (2009a):** „Fiskalische Aspekte bei Fusionen von Flächenländern mit Staatsarten“, *Wirtschaftsdienst* 89 (10): 674-683.
- Heinemann, André W. (2009b):** „Föderalismusreform II – Ergebnisse und weiterer Reformbedarf“, *Verwaltung & Management* 15 (3): 136-145.
- Heisig, Ulrich (2009):** „Wandel von Arbeitsperspektiven zwischen den Generationen“, in: Götz Richter (Hg.): *Generationen gemeinsam im Betrieb*. Bielefeld: Bertelsmann, 35-56.
- Heisig, Ulrich; Littek, Wolfgang; Prigge, Rolf (2000):** *Modernisierte Bürokratie. Eine empirische Untersuchung des Strukturwandels öffentlicher Dienstleistungsarbeit in drei Funktionsbereichen des bremischen Öffentlichen Dienstes*. Bremen: Universität Bremen.
- Hill, Hermann (2005):** „Urban Governance und Lokale Demokratie“, *Informationen zur Raumentwicklung* 9/10.2005: 567-577.
- Holtrup, André; Warssewa, Günter (2008a):** *Neue Governance-Formen in Wirtschaft, Arbeit und Stadt/Region*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 1/2008. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Holtrup, André; Warssewa, Günter (2008b):** *Der Wandel maritimer Strukturen*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 2/2008. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Holtrup, André (2009):** „Subjektives Erleben von Zeitarbeit“, in: Arbeitnehmerkammer Bremen (Hg.), *Zeitarbeit in Bremen*. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen, 141-211.
- Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) (2008):** *Lernen gehört zum Leben und Arbeiten – Lebenslanges Lernen zu Sicherheit und Gesundheit*. Dortmund: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.
- Kleinfeld, Ralf; Plamper, Harald; Huber, Andreas (2006):** *Regional Governance, Steuerung, Koordination und Kommunikation als neue Formen des Regierens*. Göttingen: V&R.
- Krätke, Stefan; Scheuplein Christoph (2001):** *Produktionscluster in Ostdeutschland*. Hamburg: VSA.
- Kriegesmann, Bernd; Kottmann, Marcus; Masurek, Lars; Nowak, Ursula (2005): *Kompetenz für eine nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit*. Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Fb 1038. Bremerhaven: Wirtschaftsverlag NW.
- Krüger, Helga; Levy, René (2000):** „Masterstatus, Familie und Geschlecht. Vergessene Verknüpfungslogiken zwischen Institutionen des Lebenslaufs“, *Berliner Journal für Soziologie* 10 (3): 379-402.
- Mossig, Ivo; Fornahl, Dirk; Schröder, Heike (2010):** „Heureka oder Phoenix aus der Asche: Der Entwicklungspfad der Offshore-Windenergie-Industrie in Nordwestdeutschland“, *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 54 (3/4): 222-237.

- Offe, Claus (1984):** „Sozialökonomie des Arbeitsmarktes: primäres und sekundäres Machtgefälle“, in: Claus Offe (Hg.), *Arbeitsgesellschaft. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven*. Frankfurt/Main, New York: Campus, 44-86.
- Palier, Bruno, Thelen, Kathleen (2010):** „Institutionalizing Dualism: Complementarities and Change in France and Germany“, *Politics & Society* 38 (1): 119-148.
- Porter, Michael E. (1990):** *The competitive advantages of nations*. New York: Free Press.
- Porter, Michael E. (2003):** „Locations, clusters and company strategy“, in: Gordon L. Clark; Merric S. Gertler; Maryann P. Feldman (eds.), *The Oxford Handbook of Economic Geography*. New York: Oxford University Press, 253-274.
- Prigge, Rolf; Schröder, Jendrik (2010):** *Quartierszentren in der Stadtgemeinde Bremen. Gutachten über die Ausgangslage, Weiterentwicklung und Förderung*. Bremen: Kellner Verlag.
- Prigge, Rolf; Schwarzer, Thomas (2006):** *Großstädte zwischen Hierarchie, Wettbewerb und Kooperation*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Prigge, Rolf; Schwarzer, Thomas (2007):** *Lokale Sozialpolitik in Bremen und Hannover*. Bremen: Kellner Verlag.
- Prigge, Rolf; Schwarzer, Thomas (2008):** „Sozial-, Armuts- und Reichtumsberichte. Bürokratische Pflicht, hilfreiche Frühwarnsysteme, sachliche Grundlage für öffentliche Debatten oder erforderliche Steuerungsinstrumente?“ Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen.
- Prigge, Rolf; von Ritttern, Roy (2010):** *Bremen kann sozialer werden! – Strategien und Regelungsstrukturen für eine soziale Stadtpolitik*. Bremen: Kellner Verlag.
- Rousseau, Denise (1995):** *Psychological contracts in organizations. Understanding written and unwritten agreements*. Thousand Oaks: Sage.
- Schein, Edgar (1970):** *Organizational Psychology*. Englewood Cliffs: Prentice Hall.
- Scherf, Wolfgang (2009):** *Öffentliche Finanzen*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Schuppert, Gunnar Folke; Zürn, Michael (Hg.) (2008):** *Governance in einer sich wandelnden Welt*. PVS-Sonderheft „Governance“. Baden-Baden: Nomos.
- Sprenger, Rolf-Ulrich; Svabik, Karin (2001):** *Regionale Netzwerke nach Funktionstypen*. Berlin: Verlag.
- Streeck, Wolfgang (1988):** *Status und Vertrag als Grundkategorien einer soziologischen Theorie industrieller Beziehungen*. WZB Discussion Papers 88-3. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Venzin, Markus; Rasner, Carsten; Mahnke, Volker (2003):** *Der Strategieprozess. Praxishandbuch zur Umsetzung im Unternehmen*. Frankfurt/Main: Campus.
- Vogel, Berthold (2008):** „Prekarität und Prekariat – Signalwörter neuer Ungleichheiten“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 33-34/2008: 12-18.
- Voss, Jenna; Warsewa, Günter (2006):** „Reflexive Arbeitsgestaltung – neue Grundlagen der Regulierung von Arbeit in der postindustriellen Gesellschaft“, *Soziale Welt* 57 (2): 131-155.
- Warsewa, Günter (2010):** „Lokale Kultur und die Neuerfindung der Hafenstadt“. *Raumordnung und Raumforschung* 68 (5): 373-387.
- Zanger, Cornelia (1995):** „Diversifikation“, in: Bruno Tietz; Richard Köhler; Joachim Zentes (Hg.), *Handwörterbuch des Marketing*, Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 515-530.
- Zürn, Michael (2007):** „Die Politisierung der Ökonomisierung?“, in: Karl Graf Ballestrem et al. (Hg.), *Politisches Denken – Jahrbuch 2006/2007*. Berlin: Duncker & Humblot, 295-314.








# Dokumentation

2006–2011



## 3.1 Laufende und abgeschlossene Projekte

### Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft (FeA)

Projektverbund:

Gesellschaftlicher Wandel und neue Regulierungsmuster der Arbeit

**Prof. Dr. Helmut Spitzley, Prof. Dr. Rainer Dombois, Dr. Günter Warsewa, Prof. Dr. Lothar Peter, Peter Mehliß, André Holtrup, Claudia Reihert, Jenna Voss**

**Drittmittelprojekt** Universität Bremen, Zentrale Forschungsförderung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (ZF)

**Beginn** 2002

**Abschluss** 2008

Im Rahmen des Forschungsverbunds wurden Veränderungen der Regulierung von Erwerbsarbeit untersucht, wie sie durch Globalisierung, Tertiärisierung, sozio-kulturellen Wandel und neue Organisationsformen der Arbeit angestoßen werden. Das Untersuchungsinteresse galt den Inhalten, Formen und Kontexten der Regulierung in ihren Wechselbeziehungen zu sich wandelnden institutionellen Arrangements, Akteurskonfigurationen, Wert- und Orientierungsmustern.

Dem Forschungsverbund gehörten vier aufeinander bezogene Projekte an:

- A.** Regulierung professioneller Dienstleistungsarbeit zwischen Individualvertrag und Kollektivvereinbarungen (Dombois/Reihert)
- B.** Arbeitszeiten und Arbeitsformen in High-Tech-Unternehmen der „New Economy“ (Spitzley/Mehliß)
- C.** Kollektivvereinbarung oder Selbstregulierung? Die subjektive Relevanz von Arbeitsregulierung (Peter/Holtrup)
- D.** Arbeitsverhältnisse und private Lebensführung. Neue Regulierungsansprüche und -praktiken (Warsewa/Voss)

In jeweils exemplarischen Bereichen gingen die Projekte des Verbunds, die im Folgenden näher dargestellt werden, gemeinsamen Leitfragen nach:

- » Welche Bedeutung haben und behalten traditionelle Regelungsformen von Arbeit und welche neuen Muster werden herausgebildet?
- » Wie wirkt sich die zunehmende Bedeutung und Differenzierung subjektiver Ansprüche von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Entwicklung neuer Formen der Arbeitsregulierung aus?

**Dombois, Rainer; Holtrup, André; Mehliß, Peter; Peter, Lothar; Reihert, Claudia; Spitzley, Helmut, Voss, Jenna; Warsewa, Günter (2007):** *Gesellschaftliche Modernisierung und Regulierung von Arbeit. Abschlussbericht des Projektverbunds „Gesellschaftlicher Wandel und neue Regulierungsmuster von Arbeit“*. IAW Forschungsbericht 13. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

## FeA 1

### Verbundprojekt A:

#### Regulierung professioneller Dienstleistungsarbeit zwischen Individualvertrag und Kollektivvereinbarung

**Prof. Dr. Rainer Dombois, Claudia Reihert**

**Drittmittelprojekt** Universität Bremen, Zentrale Forschungsförderung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (ZF)

**Beginn** 2002

**Abschluss** 2006

Das rasche Wachstum der sozialen Dienstleistungsarbeit wirft die Frage auf, wie Ansprüche und Interessenorientierungen einer Gruppe von hoch qualifizierten Beschäftigten, die stark subjektivierten, mit großem Autonomiespielraum versehene und kundenorientierte Arbeiten verrichten, mit herkömmlichen Regelungsmustern von Erwerbsarbeit vereinbar sind.

Das Projekt untersuchte die Ansprüche von Beschäftigten im Bereich „Soziale Arbeit“ an die Regulierung ihrer Arbeitsverhältnisse und an die Gestaltung der Arbeitsorganisation. Es ging von der Annahme aus, dass Ansprüche und Interessenorientierungen durch die spezifischen Anforderungen der Arbeit geprägt würden: Soziale Arbeit ist zugleich abhängige Erwerbsarbeit, Gefühls- und Interaktionsarbeit und semiprofessionalisierte Wissensarbeit – und jede dieser Dimensionen verbindet sich mit unterschiedlichen Anforderungen.

Im Mittelpunkt der Untersuchung standen die Kernberufe sozialer Arbeit. Befragt wurden Sozialpädagog/-innen sowie Sozialarbeiter/-innen, die zwar in ähnlichen Arbeitsbereichen – vor allem in der Jugendhilfe –, aber in unterschiedlichen institutionellen Zusammenhängen tätig waren, wie z. B. in der öffentlichen Verwaltung, in Wohlfahrtsverbänden oder bei Verbänden ungebundenen Trägern. Zusätzlich wurden Interviews mit Mitgliedern der Geschäftsleitungen und der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung geführt. Insgesamt wurden 42 leitfadengestützte Interviews durchgeführt.

Die Untersuchung zeigte, dass sich Regelungs- und Gestaltungsansprüche der Beschäftigten im Spannungsfeld der spezifischen, oft als widersprüchlich erfahrenen Anforderungen der Sozialen Arbeit herausbildeten. Wenn auch der Klientenbezug und die Anforderungen der Gefühls- und Interaktionsarbeit in hohem Maße das Selbstbild und die Ansprüche der Beschäftigten an die Arbeit und die Arbeitsverhältnisse prägten, so zeigten die Befunde der Untersuchung, dass die Beschäftigten widersprüchliche Anforderungen in unterschiedlicher Weise gewichteten und zu Kompromissen führten. Die Chancen, Anforderungen der Arbeit und Ansprüche in Einklang zu bringen, waren dabei in starkem Maße von den Organisationskontexten und den Lebenslagen abhängig.

**Dombois, Rainer; Holtrup, André; Mehli, Peter; Peter, Lothar; Reihert, Claudia; Spitzley, Helmut, Voss, Jenna; Warsawa, Günter (2007):** *Gesellschaftliche Modernisierung und Regulierung von Arbeit. Abschlussbericht des Projektverbunds „Gesellschaftlicher Wandel und neue Regulierungsmuster von Arbeit“*. IAW Forschungsbericht 13. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

## FeA 2

### Verbundprojekt B:

#### Arbeitszeiten und Arbeitsformen in High-Tech-Unternehmen der „New Economy“

**Prof. Dr. Helmut Spitzley, Peter Mehli**

**Kooperationspartner** Unternehmen der IT- und Biotechnologiewirtschaft

**Drittmittelprojekt** Universität Bremen, Zentrale Forschungsförderung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (ZF)

**Beginn** 2002

**Abschluss** 2007

Die meisten jungen Unternehmen der New Economy bilden einen besonders innovativen und dynamischen Bereich der Wirtschaft, der sich durch den Einsatz neuer Technologien, eine starke Dienstleistungsorientierung und einen hohen Anteil an Wissensarbeit auszeichnet. Die Unternehmen dieses Wirtschaftsbereiches nutzen nur selten traditionelle Formen der Arbeitsregulierung und gelten als Trendsetter für neue Organisations- und Regulierungsformen von Arbeit. Im Rahmen dieses empirisch angelegten Forschungsprojektes wurde am Beispiel von High-Tech-Unternehmen der IT- und Biotechnologiebranche der Wandel betrieblicher Arbeitsbeziehungen und die Herausbildung neuer Formen der Regulierung von Arbeit untersucht.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stand ein für die betrieblichen und gesellschaftlichen Veränderungen zentraler Regelungsinhalt: die Arbeitszeit. Gefragt wurde insbesondere nach dem Verhältnis von Arbeitszeitanforderungen der Unternehmen zu den Arbeitszeitwünschen von Mitarbeiter/-innen. Ziel der empirischen Untersuchung war es, herauszufinden ob und wie unterschiedliche Erwartungen und Interessen der beiden Seiten zu neuen Regulierungsmustern zusammengefügt werden (konnten). Die empirische Basis bildeten problemzentrierte Interviews in fünf mittelständischen und drei Großunternehmen mit Beschäftigten und Vertretern von Management und Betriebsrat.

Die vorliegenden Zwischenergebnisse haben gezeigt, dass sich auch in den relativ jungen Unternehmen Regulierungspraktiken herausgebildet haben, die ergänzend zu informellen Mustern formale Regelungen und Institutionen aufwiesen. Die Bildung eines Betriebsrats wurde dabei von vielen Beschäftigten als eine bedenkenswerte Option betrachtet. Der institutionalisierten Interes-

senvertretung konnte die Aufgabe übertragen werden, auftretende Risse in der Vertrauenskultur der Unternehmen zu bearbeiten und diese zu überbrücken. Die Regulierung der Arbeitszeit wurde in den Unternehmen unseres Samples zwar bislang nicht als das zentrale Konfliktfeld angesehen, dennoch waren im betrieblichen Umgang mit Zeitressourcen zahlreiche (ungelöste) individuelle, betriebliche und gesellschaftliche Konflikte und Konfliktpotentiale erkennbar.

**Mehlis, Peter (2008):** *Vom kreativen Chaos zur effizienten Organisation. Gestaltung und Regulierung hochqualifizierter Arbeit in IT- und Biotechnologieunternehmen.* Mering: Rainer Hampp.

## FeA 3

### Verbundprojekt C:

### Kollektivvereinbarung oder Selbstregulierung?

### Die subjektive Relevanz von Arbeitsregulierung

**Prof. Dr. Lothar Peter, André Holtrup**

**Drittmittelprojekt** Universität Bremen, Zentrale Forschungsförderung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (ZF)

**Beginn** 2002

**Abschluss** 2007

Vor dem Hintergrund einer veränderten Nutzung von Arbeitskraft, gesellschaftlicher Individualisierung, einer geringeren Bindungskraft von Flächentarifverträgen und einer damit einhergehenden „Verbetrieblichung“ der Regulierung von Arbeit fragte das Projekt nach den Ansprüchen der Beschäftigten an ihre Arbeit (z. B. Arbeitszeit, Vergütung, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Entfaltungsmöglichkeiten in der Arbeit, Karriere etc.) sowie nach der subjektiven Bewertung ihrer Arbeitssituation. Von besonderem Interesse war die Frage, von welchen Akteuren und in welchen institutionellen Formen die Beschäftigten ihre Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen im Spannungsfeld zwischen Selbstregulierung und Kollektivvereinbarung geregelt sehen wollten. Dabei ging es vor allem auch um den Stellenwert, den sie traditionellen Akteuren der industriellen Beziehungen (Betriebsräten und Gewerkschaften) zu dem Zeitpunkt noch beimaßen.

Die Befunde des Projekts beruhten auf insgesamt 47 qualitativen, leitfadengestützten Interviews mit betrieblichen Experten und mit Beschäftigten aus Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie sowie aus dem Bereich der Finanzdienstleistungen. Folgende Erkenntnisse konnten gewonnen werden:

- » Aufgrund der relativ günstigen Tarifkonditionen in den untersuchten Unternehmen traten die für die Arbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften zentralen Regulierungsthemen – Arbeitszeit und Vergütung – gegenüber Ansprüchen aus der „Subjektperspektive“, die auf Spielräume in der Arbeitsausführung, die Entfaltung und Weiterentwicklung beruflicher und persönlicher Kompetenzen etc. zielen, subjektiv in den Hintergrund.
- » Insgesamt haben Prozesse gesellschaftlicher Individualisierung nicht dazu geführt, dass die Beschäftigten eine gänzlich individuelle Regulierung ihrer Interessen bevorzugen würden.
- » Betriebsräte wurden als wichtige und legitime Akteure angesehen – jedoch weniger in ihrer Funktion als Stellvertreter bei der Behandlung und Lösung individueller Konflikte, sondern vielmehr als gesamtbetriebliche Ordnungsfaktoren.
- » Gewerkschaften wurden zwar als gesellschaftlich wichtig betrachtet, zogen aber bei den Befragten aufgrund ihrer politischen Strategien erhebliche Kritik auf sich.

**Holtrup, André (2006):** „Das Ende kollektiver Arbeitsbeziehungen?“, in: Stefan Moebius; Gerhard Schäfer (Hg.), *Soziologie als Gesellschaftskritik*. Hamburg: VSA, 226-243.

**Holtrup, André (2008):** *Individualisierung der Arbeitsbeziehungen? Ansprüche von Beschäftigten an Arbeit und Interessenvertretung.* München, Mering: Rainer Hampp.

## FeA 4

### Verbundprojekt D:

### Arbeitsverhältnisse und private Lebensführung – neue Regulierungsansprüche und -praktiken

**Dr. Günter Warsewa, Jenna Voss**

**Drittmittelprojekt** Universität Bremen, Zentrale Forschungsförderung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (ZF)

**Beginn** 2002

**Abschluss** 2008

Die Beziehung zwischen Arbeits- und privater Lebenssphäre wird heute durch gegenläufige Entwicklungstrends geprägt: Einerseits wachsen subjektive, auf das Privatleben bezogene Ansprüche der Beschäftigten und werden von ihnen zunehmend an die Unternehmen herangetragen. Andererseits eröffnet die betriebliche Restrukturierung vielfach erweiterte Spielräume und Handlungsoptionen für gesellschaftliche Anforderungen und subjektives Handeln. In manchen Bereichen entstehen sogar Notwendigkeiten einer engeren Verzahnung von Arbeits- und Lebenssphäre.

Ziel des Projekts war es zu untersuchen, in welcher Weise Ansprüche aus der Privatsphäre, die sich auf Familienbelange, soziales und ökologisches Engagement bezogen, in Unternehmen zum Gegenstand von Arbeitsregulierung wurden und wie sich dies auf die Regulierungspraxis in den Unternehmen ausgewirkt hat. Ob eine zunehmende gegenseitige Durchdringung von Arbeit und Privatleben in den Betrieben eine neue „reflexive Arbeitsgestaltung“ hervorbrachte, ob diese – insbesondere in hochqualifizierten Bereichen und Berufssegmenten – zu veränderten Mustern der Arbeitsregulierung führte und ob damit die herkömmlichen, kollektiven Formen der Arbeitsregulierung weiter erodierten, waren die Fragestellungen, denen das Projekt nachging.

Es wurde unterstellt, dass sich subjektive Spielräume, Regulierungsformen und -praktiken je nach Regulierungskontext, also in Abhängigkeit von Branche, Größe, Strukturen der Interessenvertretung und Unternehmenskultur unterschieden. Die empirische Untersuchung schloss 20 Expertengespräche sowie 55 Interviews mit Vertretern des Managements und der Interessenvertretung, mit selbständigen Kleinunternehmern und Beschäftigten aus insgesamt 15 Unternehmen ein.

Auf der Basis einer computergestützten Auswertung des Materials konnten subjektive Umsetzungsmuster von „privaten“ Ansprüchen und Typen der betrieblichen Regulierungspraxis herausgearbeitet werden. Die Ergebnisse wiesen darauf hin, dass sich mit der Verbreitung „reflexiver“ Muster der Arbeitsgestaltung auch neue, stärker individualisierte und differenzierte Formen der Arbeitsregulierung herausbildeten.

**Voss, Jenna; Warsewa, Günter (2006):** „Reflexive Arbeitsgestaltung – neue Grundlagen der Regulierung von Arbeit in der postindustrielle Gesellschaft“, *Soziale Welt* 57 (2): 131-155.

**Warsewa, Günter (2006):** „Kann der allseitig flexible Mensch sozialverträglich (gemacht) werden? in: Stefan Möbius, Gerhard Schäfer (Hg.), *Soziologie als Gesellschaftskritik*. Hamburg: VSA, 272-292.

**Voss, Jenna; Warsewa, Günter (2007):** Arbeit und private Lebensführung – neue Regulierungsansprüche und -praktiken?, in: Rainer Dombois et al. (Hg.), *Gesellschaftliche Modernisierung und Regulierung von Arbeit. Abschlussbericht des Projektverbunds „Gesellschaftlicher Wandel und neue Regulierungsmuster von Arbeit“*. IAW-Forschungsbericht 13. Institut Arbeit und Wirtschaft: Bremen, 75-94.

**Voss, Jenna (2008):** *Familiale, soziale und ökologische Ansprüche in der betrieblichen Praxis. Probleme, Organisation und Regulierung*. München, Mering: Rainer Hampp.

## FeA 5

### Varianten des aktivierenden Wohlfahrtsstaates:

### Governance der Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Großbritannien und Deutschland

**Dr. Irene Dingeldey**

**Eigenprojekt (Habilitation)**

**Beginn** 2005

**Abschluss** 2011

Jüngste sozialpolitische Reformen orientieren sich am normativen Konzept eines aktivierenden Wohlfahrtsstaats. Dieser beinhaltet nicht nur einen Wandel sozialpolitischer Zielvorstellungen, sondern auch eine Veränderung der Interventionsformen und Steuerungskonzepte. Das Projekt untersucht daher neben dem Wandel von „welfare“, auch den Wandel von „state“. Dabei wird gezeigt, dass mit dem Ziel der Arbeitsmarktaktivierung auch ein Ausbau sozialer Dienstleistungen, eine Erweiterung der Arbeitspflicht und/oder die Kürzung von Transferleistungen sowie die Stärkung finanzieller Erwerbsanreize verbunden ist. Damit einher geht die Herausbildung eines Gewährleistungsstaates, der durch die Zunahme staatlicher Regulierungs- und Koordinationsaufgaben sowie die Rücknahme staatlicher Erfüllungsverantwortung gekennzeichnet ist.

Die sich entlang bestehender Regimedifferenzen herausbildenden Varianten der Aktivierungspolitik werden anhand der Ausgestaltung des Spannungsverhältnisses von Kommodifizierung und Dekommodifizierung charakterisiert. Ein zentrales Ergebnis besteht darin, die Varianten nicht allein über Pfadabhängigkeit zu erklären, sondern auf die in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Formen der Governance der Entscheidungsfindung zu fokussieren und die mit diesen einhergehende, jeweils selektive Reformfähigkeit nachzuweisen.

**Dingeldey, Irene (2008):** „Governance und Sozialpolitik: Der aktivierende Wohlfahrtsstaat als Gewährleistungsstaat“, in: Gunnar F. Schuppert, Michael Zürn (Hg.), PVS Sonderheft 41/2008: *Governance in einer sich wandelnden Welt*. Wiesbaden: VS Verlag, 313-329.

**Dingeldey, Irene; Rothgang, Heinz (ed.) (2009):** *Governance of Welfare State Reform: A Cross National and Cross Sectoral Comparison of Policy and Politics*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.

**Dingeldey, Irene (2009):** „Changing Forms of Governance as Welfare State Restructuring. Activating Labour Market Policies in Denmark, the UK and Germany“, in: Irene Dingeldey, Heinz Rothgang (eds.), *Governance of Welfare State Reform. A Cross National and Cross Sectoral Comparison of Policy and Politics*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, 69-93.

## FeA 6

### Governance des Einkommensmix: Geringfügige Beschäftigung plus ALG II-Bezug

**Dr. Irene Dingeldey, Constanze Jäger**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen; Hans-Böckler-Stiftung

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2010

Das Projekt beleuchtete die Governance des Einkommensmix aus Erwerbseinkommen im Rahmen geringfügiger Beschäftigung und Transfereinkommen in Form von Arbeitslosengeld II (ALG II) näher. Dabei wurde überprüft, inwiefern sich die Kombination von Minijob und ALG II Bezug als Risikolage für spezifische Gruppen verfestigt hat.

Es wurden Leitfadeninterviews mit ALG II-Beziehern und Fallmanagern der Bremer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) geführt, um die konkrete Beschäftigungssituation der so genannten Aufstocker sowie Interessen- und Motivlage die Annahme, Vermittlung, respektive Vergabe von Minijobs in Verbindung mit ALG II Bezug in Bremen zu analysieren. Ferner wurde anhand quantitativer Analysen des sozio-ökonomischen Panels (SOEP) sowie des Panels Arbeitsmarkt und soziale Sicherung (PASS) am Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) in Längsschnittanalysen der Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsverlauf untersucht. Ermittelt wurde dabei auch die Verfestigung der entsprechenden Risikolagen. Ziel war es, spezifische Typen der Inanspruchnahme wie auch Übergänge in Beschäftigung zu identifizieren.

Das Projekt wurde im Herbst 2010 mit einem Workshop in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen und einem Projektbericht abgeschlossen.

**Dingeldey, Irene; Sopp, Peter; Wagner, Alexandra (2012):** „Governance des Einkommensmix: Geringfügige Beschäftigung plus ALG II-Bezug“, *WSI-Mittelungen* 1/2012 (im Erscheinen).

## FeA 7

### Governance der arbeitsmarktpolitischen Beschäftigungsförderung im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II): Ein Stadtstaatenvergleich

**Dr. Jörg Sommer, Alexander Matysik**

**Kooperationspartner** Arbeitnehmerkammer Bremen, Referat für Arbeitsmarktpolitik (Peer Rosenthal)

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2011

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie die Arbeitsmarktpolitik sind in der öffentlichen Wahrnehmung ein bundespolitisches Thema und in erster Linie eine „Domäne des Nationalstaats“. In der tatsächlichen Bearbeitung des gesellschaftlichen Problems verfestigter (Langzeit)Arbeitslosigkeit entfaltet aber nicht nur der Bundesgesetzgeber seine Wirkung. Es spielt darüber hinaus neben den Rechtsvorschriften und Förderprogrammen der Europäischen Union (EU) und der Bundesländer insbesondere die lokale Ebene eine wichtige Rolle: So wurden auf lokaler Ebene durch die Kommunen bereits seit den späten 1970er Jahren in breitesten Variationen eigene Instrumentarien und Ansätze zur Abmilderung der mit der (Langzeit)Arbeitslosigkeit einhergehenden Problemlagen entwickelt. Die Bedeutung und die Vielfalt lokaler Interventionsstrategien sind auch durch die Einführung des Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) zum 1. Januar 2005 nicht reduziert worden, wenngleich zum einen bundeseinheitliche Regelungen sowie zum anderen völlig neue Governancestrukturen implementiert worden sind. Letztendlich haben sich in den letzten drei Dekaden auf lokaler Ebene markante Varianzen hinsichtlich der Zielzuschreibungen sowie der Governance der arbeitsmarktpolitischen Beschäftigungsförderung herausgebildet, wobei sich letzteres sowohl in den das Handeln regelnden Strukturen als auch im Prozess der Regelungen widerspiegelt.

Vor diesem Hintergrund wird in dem Projekt die Governance der arbeitsmarktpolitischen Beschäftigungsförderung im Stadtstaatenvergleich seit Einführung des SGB II beschrieben und analysiert. Hintergrund ist der Befund, dass sich angesichts identischer europäischer und bundesgesetzlicher Vorgaben die Zielsetzungen der arbeitsmarktpolitischen Beschäftigungsförderung teilweise deutlich unterscheiden sowie auch die verschiedenen Instrumente der arbeitsmarktpolitischen Beschäftigungsförderung anteilig deutlich unterschiedlich genutzt werden.

Die zentrale Frage lautet, ob diese Unterschiede lediglich die Besonderheiten des lokalen Arbeitsmarktes widerspiegeln oder ob sich diese Varianzen auch durch die Eigenschaften des Politiknetzwerkes lokale Arbeitsmarktpolitik und die jeweiligen Akteurskonstellationen erklären lassen? Im Rahmen von drei qualitativen Fallstudien (Berlin, Bremen, Hamburg) soll u. a. herausgearbeitet werden, inwieweit die Akteure der lokalen Politikarenen die Ziele der arbeitsmarktpolitischen Beschäftigungsförderung beeinflusst haben. Auf dieser analytischen Basis sollen Handlungsempfehlungen für eine verbesserte Steuerung arbeitsmarktpolitischer Beschäftigungsförderung entwickelt werden, die insoweit normativ geprägt sein werden, als dass sie auf eine Stärkung der sozialversicherungspflichtigen Varianten fokussieren.

**Rosenthal, Peer; Sommer, Jörg; Matysik, Alexander (2011):** „Zukunft öffentlich geförderter Beschäftigung in Bremen“. Positionspapier der Arbeitnehmerkammer Bremen. Juli 2011.

**Rosenthal, Peer; Sommer, Jörg; Matysik, Alexander (2011):** *Inpflichtnehmende Reziprozität in der deutschen Arbeitsmarktpolitik und ihre Instrumente: Das Beispiel öffentlich geförderter Beschäftigung*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft (im Erscheinen).

## FeA 8

### Vergleich bestehender Konzepte für öffentlich geförderte Beschäftigung

**Dr. Jörg Sommer, Alexander Matysik**

**Kooperationspartner** Arbeitnehmerkammer Bremen, Referat für Arbeitsmarktpolitik (Peer Rosenthal)

**Drittmittelprojekt** Friedrich Ebert Stiftung

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2011

In der „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (SGB II) stehen sowohl Instrumente für sozialversicherungspflichtige Förderungen als auch für Sozialrechtsverhältnisse zur Verfügung. In der Umsetzung findet analog zur früheren Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern hauptsächlich die sozialrechtliche Förderung durch das Instrument der Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante (AGH MAE) Berücksichtigung. Im Zuge einer anhaltenden kritischen Reflexion dieses Instruments und einer Diskussion um adäquate Integrationsstrategien insbesondere für als arbeitsmarktfremd eingestufte Leistungsbezieher wurden wieder verstärkt längerfristige sozialversicherungspflichtige Förderungen thematisiert und teilweise sehr differenzierte Konzepte vorgelegt. Diese unterscheiden sich jedoch partiell erheblich hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung wie auch in der Hierarchisierung der mit arbeitsmarktpolitischen Beschäftigungsförderung theoretisch zu erreichender Zielstellungen (Beschäftigungsfähigkeit, Arbeitsmarktintegration, Marktersatz, Strukturwirksamkeit sowie Zielgruppeninklusion). Eine vergleichende Untersuchung bestehender Konzepte liegt aber bislang nicht vor.

Aus diesem Grund wurden in einer Expertise bestehende Konzepte für öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung systematisch aufbereitet und zur Diskussion gestellt. Im Kern geht es dabei um die Frage, ob und inwiefern ein „sozialer Arbeitsmarkt“ bzw. ein „öffentlich geförderter Beschäftigungssektor“ organisiert werden könnte, um dauerhaft sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit all ihren Rechten und Pflichten zu etablieren.

**Matysik, Alexander; Rosenthal, Peer; Sommer, Jörg (2011):** *Öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland. Aktuelle Instrumente, Programme und Konzepte*. WISO Diskurs. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.

**Matysik, Alexander; Rosenthal, Peer; Sommer, Jörg (2011):** *Öffentlich geförderte Beschäftigung. Plädoyer für eine konzeptionelle Neuausrichtung*. WISO direkt. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.

## FeA 9

### Geförderte Selbstständigkeit aus Arbeitslosigkeit in Deutschland: Ausgangslage – subjektive Wahrnehmung – Perspektiven

**Dr. Jörg Sommer, Alexander Matysik**

**Kooperationspartner** Arbeitnehmerkammer Bremen, Referat für Arbeitsmarktpolitik (Peer Rosenthal)

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2011

**Abschluss** 2011

Die Arbeitswelt befindet sich in einem fundamentalen Wandel. Während das „Normalarbeitsverhältnis“ an Bedeutung verliert, finden prekäre und risikoreiche Beschäftigungsformen immer weiter Verbreitung. Hierzu sind auch Unternehmens- und Existenzgründungen zu zählen, die in den letzten Jahren ebenfalls einen massiven Bedeutungszuwachs erfahren haben. Zwar gelten Unternehmensgründungen auch als Jobmotor, die den strukturellen Wirtschaftswandel sowie das Wirtschaftswachstum in einer Region fördern. Allerdings erfolgen mittlerweile rund 50% aller Vollerwerbsgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus, wobei in den letzten Jahren auch die Gründungen von Solo-Selbstständigen und „unfreiwillig Selbstständigen“ überproportional angestiegen sind. Gründungswillige Arbeitslose werden von der Bundesagentur für Arbeit mit dem Gründungszuschuss oder durch die Grundsicherungsträger mit dem Einstiegsgeld finanziell gefördert. Die Wirkungen dieser Gründungsförderungsinstrumente sind zwar relativ gut erforscht, aber über das situative Bewusstsein und die Motivationslagen der Geförderten ist wenig bekannt.

Vor diesem Hintergrund geht das Projekt der Frage nach, wie geförderte Selbstständige ihre derzeitige Arbeits- und Lebenssituation sowie ihre soziale Absicherung subjektiv wahrnehmen. Auf Basis einer empirischen Erhebung sollen im Verlauf des Projekts spezifische Problemlagen identifiziert und entsprechende Reformbedarfe formuliert werden.

## FeA 10

### Was kommt nach dem Familienlohn? Probleme und Möglichkeiten der Regulierung von Einkommensrisiken bei Normalarbeitnehmer/-innen

**Prof. Dr. Karin Gottschall (ZeS), Dr. Irene Dingeldey, Ina Berninger, Tim Schröder (ZeS), Jessica Hotze**

**Kooperationspartner** Zentrum für Sozialpolitik, Abt. Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat

**Drittmittelprojekt** Hans-Böckler-Stiftung; Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2011

**Abschluss** 2013

Das Projekt greift die Debatte um die ‚gefährdete soziale Mitte‘ auf und analysiert die Entwicklung des „Familienlohns“ in verschiedenen Branchen. Ziel ist es, die Armutsgefährdung von Normalarbeitnehmer/-innen sowie deren Ursachen aufzuzeigen, aber auch Kompensationsstrategien im Rahmen der Sozialpolitik oder durch die Familien zu analysieren, z.B. in Form der Orientierung am ‚adult worker model‘.

Das Konstrukt des Familienlohns galt als ein Bestandteil des Normalarbeitsverhältnisses, ursprünglich gültig für männliche Facharbeiter in industriellen Kernsektoren. Die mit der Veränderung der Tarifpolitik und -struktur einhergehende Entwicklung der Bruttolöhne stellt das Erzielen eines Familienlohns zunehmend in Frage. Ob sozialstaatliche Transfers bzw. Steuern in Anlehnung an das männliche Ernährermodell dies „kompensieren“ können oder aber Dienstleistungsangebote zur Stärkung des Zweiverdienermodells mit Blick auf die Armutsvermeidung sinnvoller sind, ist als offen anzusehen.

Da die Prekarisierung bestimmter Berufsgruppen im Dienstleistungssektor vielfach mit gewandelten Familienformen, d.h. Alleinerziehende, kumuliert, wird anhand des Vergleichs von Einkommen nach Branchen (Metallverarbeitung u. Automobil, Banken u. Versicherungen bzw. Gesundheit und Pflege) dargelegt, ob eine doppelte Geschlechtsspezifität der Armutsgefährdung für Frauen in Dienstleistungsbranchen entsteht.

Im Rahmen des Gesamtprojekts wird eine Regionalstudie für das Land Bremen erstellt, die durch die Arbeitnehmerkammer Bremen finanziert wird.

## FeA 11

### „Familie“ als Grund für Bedürftigkeit. Motive und Handlungsstrategien in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II mit Erwerbstätigen und Kindern

**Dr. Irene Dingeldey, Anne Schröter**

Zentrale Forschungsförderung f\_U 70dUvf\_X Uvd hZd\_dTYRdZTVV\_? RTYhfTYdVd iK7/ Uvc F\_ZVdZae3dV^ V\_

**Beginn** 2011

**Abschluss** 2014

Der Leistungsbezug nach SGB II ist nicht immer nur an den Verlust des Arbeitsplatzes gekoppelt. Zunehmend ergibt sich ein Bedarf an Hilfe aufgrund eines zu geringen Erwerbseinkommens. Reicht das erzielte Erwerbseinkommen nicht aus, um den Bedarf aller Haushaltsmitglieder zu decken, so gilt die entsprechende Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II insgesamt als hilfebedürftig. Im Besonderen Alleinerziehende, aber auch Paare mit Kindern, sind daher trotz einer Erwerbstätigkeit zunehmend auf Transferleistungen angewiesen. Der Rechtskontext für betroffene Familien ist äußerst komplex, da z. T. konkurrierende Regelungen des Sozial-, Arbeits-, sowie des Unterhaltsrechtes Anwendung finden, welche vielfältige und durchaus widersprüchliche Anreize und Zwänge beinhalten.

Im Rahmen qualitativer Untersuchungen wird im Projekt analysiert, wie betroffene Personen den Rechtskontext wahrnehmen, und welche Handlungsstrategien die erwerbsfähigen Mitglieder der Familie verfolgen. So stellt sich unter anderem die Frage, inwiefern die Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft die Überwindung der Hilfebedürftigkeit oder aber alternativ die Stabilisierung der aktuellen Situation anstreben. Ziel des Projektes ist es, sowohl unterschiedliche Typen von Handlungsstrategien zu identifizieren als auch die dafür ausschlaggebenden Einflussfaktoren näher zu bestimmen.

Ebenso kann mit Hilfe der qualitativen Herangehensweise dargestellt werden, welchen Einfluss das Zusammenwirken der verschiedenen Einkommensquellen, die unterschiedlichen relevanten Rechtskontexte und die damit verbundenen Erwerbspflichten und -anreize auf die Gestaltung von Erwerbsbiographien und die familiäre Lebensführung ausüben.

Aufgrund der Fokussierung auf die Handlungsstrategien einzelner Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften ist das Projekt als eine wissenschaftliche Untersuchung von subjektiven Problemsichten zu verstehen. Als Grundlage der Analyse werden ca. 30 problemzentrierte Interviews mit Einzelpersonen verschiedener Bedarfsgemeinschaften (z.B. Alleinerziehende, Zweieltern- oder Stieffamilien) geführt. Zur Bestimmung verschiedener Fallgruppen als auch zur Objektivierung der individuellen Erfahrungen der Leistungsempfänger sind zudem Experteninterviews mit Fallmanager/-innen der Grundsicherungsträger und unabhängigen Berater/-innen geplant.

## FeA 12

### Vereinbarkeit von Beruf und Familie

**Prof. Dr. Helmut Spitzley, Dr. Irene Dingeldey, Tanja M. Brinkmann, Rena Fehre, Patrick Frede, Gretel Lutschkowski, Kerstin Purnhagen**

**Drittmittelprojekt** Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; bremer und bremerhavener arbeit gmbh (bba); Europäischer Sozialfonds (ESF); Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)

**Beginn** 2004

**Abschluss** laufend

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist vor dem Hintergrund von Entwicklungen des Arbeitsmarktes, der Veränderungen der Demographie, von (tradierten, aber in Frage gestellten) geschlechtsspezifischen Rollenzuweisungen und ungenutzten wirtschaftlichen Ressourcen ein zentrales gesellschaftspolitisches Gestaltungsfeld. Das Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie zielt auf kulturelle Veränderungen und Gestaltungsmöglichkeiten in Unternehmen und eine Verbesserung der betrieblichen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Geschäftsführung und wissenschaftliche Begleitung des Verbundprojekts sind im IAW angesiedelt.

Das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat in den vergangenen Jahren in der Politik, in der Gesellschaft und in einer wachsenden Anzahl von Unternehmen wesentlich an Bedeutung gewonnen. Das Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie qualifiziert, berät, informiert, vernetzt seit 2004 Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit und hat Unternehmen rund um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie beforscht. Entstanden ist daraus ein Netzwerk von über 80 Unternehmen und Institutionen, davon haben 44 (Stand Mai 2011) das Zertifikat des Audits Beruf und Familie bzw. das Audit familiengerechte Hochschule erhalten.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein Themenfeld, das vielfältige Aspekte bzw. konkrete Maßnahmen für Unternehmen und Institutionen beinhaltet. Es ist verbunden mit Stichwörtern wie beispielsweise: Arbeitszeit, Arbeitsort/Telearbeit, Service für Familie (Kinderferienbetreuung), Wiedereinstiegsprogramme (nach Elternzeit/Krankheit), Unterstützung der Pflege von Angehörigen, Gleichstellung von Männern und Frauen, demographischer Wandel, betriebswirtschaftlicher Nutzen. Grundlage der Projektarbeit ist ein ganzheitlicher Ansatz, bei dem Führungskräfte, Personalverantwortliche sowie Interessenvertretungen und Beschäftigte in allen Handlungsfeldern beraten werden. Das Ergebnis kommt Arbeitsgeber/-innen und Arbeitnehmer/-innen gleichermaßen zu Gute. Die wissenschaftliche Begleitforschung hat qualitativ den Umsetzungsprozess

familienbewusster Personalpolitik und die Wirkung auf die Beschäftigten untersucht. In einer quantitativen Studie wurde durch das Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie erhoben, welchen Bedarf kleinere und mittlere Unternehmen im Bereich Vereinbarkeit von Beruf und privaten Aufgaben haben. Alle Forschungsergebnisse werden kontinuierlich dem Netzwerk zurückgespiegelt, um neue Gestaltungsoptionen zu eröffnen.

Das Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie entstand 2004 durch das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteur/-innen im Kontext der „Initiative familienfreundliche Stadt“. Es ist eingebunden in das Bremer Bündnis für Familie, das als projektübergreifende politische Strategie agiert. Das Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie kooperiert strategisch mit der Arbeitnehmerkammer, der Handels- und Handwerkskammer (HK, HWK) Bremen sowie der Industrie- und Handelskammer (IHK) Bremerhaven, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Bremen, dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt der Bremischen Evangelischen Kirche (KDA), der Deutschen Kinderschutzbund (familiennetz bremen) und der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) zusammen.

**Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena; Steinrücke, Margareta (2007):** „Auf dem Weg zum familienfreundlichen Betrieb. Gute Praxis aus Bremerhaven und Bremen“, in: Institut Arbeit und Wirtschaft (Hg.), *Auf dem Weg zum familienfreundlichen Betrieb*. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft, 1-51.

**Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena (2009):** „Familienbewusste Arbeitsbedingungen – (K)ein Thema für Betriebs- und Personalräte?“ *WSI-Mitteilungen* 6/2009: 324-330.

**Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena (2009):** „Auf dem Weg zum familienbewussten Unternehmen – ein hindernisreicher Lernprozess“, *ARBEIT* 18 (3): 173-185.

## FeA 13

### Die VW-Betriebsräte-Affäre

**Prof. Dr. Rainer Dombois**

**Eigenprojekt**

**Beginn** 2008

**Abschluss** 2009

In dem Projekt wurden die strukturellen Hintergründe der VW-Betriebsräteaffäre erfasst und Folgerungen für die deutsche Mitbestimmungsforschung gezogen; die empirische Grundlage bildeten neben Sekundärdaten Interviews mit ehemaligen Betriebsräten.

In der Analyse wird die Betriebsratsaffäre bei VW auf die besondere Form des Co-Managements bei VW, den spezifischen Bedingungen des Unternehmens und einer spezifischen Personenkonstellation zurückgeführt. Die zugrunde liegende Machtstruktur deutet jedoch über den besonderen Fall VW hinaus auf allgemeine, strukturell angelegte Risiken des Co-Management hin: Der außerordentliche Einfluss des Betriebsrats im Co-Management rührt aus einer Konzentration von Machtressourcen her, welche die Spitzenvertreter des Gremiums, zusätzlich zu den betrieblichen Mitbestimmungsrechten, aus ihren zentralen Rollen in verschiedenen Arenen – Aufsichtsrat, Gewerkschaft, Politik – beziehen, bündeln und nutzen können. Starkes Co-Management ermöglicht den kompromisshaften Ausgleich von Unternehmens- und Beschäftigteninteressen; es hat aber Hierarchisierung und Machtkonzentration der Interessenvertretung zur Kehrseite und birgt hohe Risiken der Intransparenz und der Einschränkung von Partizipation – Aspekte, die in Mitbestimmungsdiskurs und -forschung kaum thematisiert werden, ja sogar tabuisiert zu sein scheinen.

**Dombois, Rainer (2009):** „Die VW-Affäre – Lehrstück über die Risiken deutschen Co-Managements?“, *Industrielle Beziehungen* 16 (3): 207-231.

**Dombois, Rainer (2009):** Die VW-Affäre und ihre Lehren für die deutsche Mitbestimmungsforschung (Langfassung). (<http://www.iaw.uni-bremen.de/downloads/Dombois-VW-Langfassung.pdf>).

## FeA 14

### Zeitarbeit in Bremen – Subjektives Erleben von Zeitarbeit

**Dr. André Holtrup**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2008

**Abschluss** 2009

Die Zahl der in Zeitarbeit beschäftigten Menschen, hat sich allein von 2003 bis 2007 mehr als verdoppelt. Diese Entwicklung ist mit ihren sozial- und arbeitspolitischen Folgen höchst umstritten. Die eine Seite sieht in ihr einen erfolgreichen Jobmotor, der erforderliche Flexibilität für Unternehmen bereitstellt und ökonomische Wettbewerbsfähigkeit fördert. Die andere Seite betont hingegen, dass es sich um eine prekäre Beschäftigungsform handle, die durch Unsicherheit und Schlechterstellung gegenüber Normalbeschäftigung charakterisiert sei. In der teilweise hitzig geführten öffentlichen Debatte um das Für und Wi-

der der Beschäftigungsform Zeitarbeit bleiben jedoch die Menschen, die in ihr beschäftigt sind, zumeist im Hintergrund. Sie werden allenfalls gelegentlich mit ihren Einzelschicksalen als Kronzeugen für die eine oder andere Position ins Feld geführt. Die Fragen aber, wie Zeitarbeitnehmer selbst ihre Situation erleben, deuten und bewerten, welche Erfahrungen sie machen, welche Perspektiven sie entwickeln, wo „der Schuh drückt“, aber auch welche positiven Aspekte sie sehen, bleiben in der Regel unterbelichtet.

Ziel dieses Projekts war es, Zeitarbeitnehmer mit ihrem subjektiven Erleben in den Mittelpunkt zu rücken und sie auch selbst zu Wort kommen zu lassen. Ihre Erfahrungen, die sie in der Zeitarbeit sammeln konnten, standen hier ebenso im Fokus wie die Deutungen und Bewertungen ihrer Arbeitssituation und Beschäftigungsbedingungen. Hieraus sollten Rückschlüsse und Gestaltungshinweise für eine Weiterentwicklung der Beschäftigungsform Zeitarbeit abgeleitet werden, in der die Ansprüche und Interessen der Menschen, die in Zeitarbeit beschäftigt waren, stärker akzentuiert wurden.

**Holtrup, André (2009):** „Subjektives Erleben von Zeitarbeit“, in: Arbeitnehmerkammer Bremen (Hg.), *Zeitarbeit in Bremen*. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen, 141-211.

## FeA 15

### Krisenbewältigung und betriebliche Arbeitsbeziehungen

**Dr. André Holtrup, Arne Klöpper**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2011

Die seit Ende 2008 auch in der Realwirtschaft beobachtete Finanz- und Wirtschaftskrise ist derzeit eines der ganz zentralen Themen in der politischen und öffentlichen Debatte. Ausmaß und Dauer dieser Krise sind bisher ebenso wenig absehbar wie ihre langfristigen Folgen. Unklar ist nicht nur, ob und in wie weit sich das Verhältnis von Staat und Wirtschaft (etwa in Form einer stärkeren Regulierung) verändern wird, sondern auch, wie auf betrieblicher Ebene mit der Krisensituation umgegangen wird, welche Strategien und Handlungsansätze verfolgt werden und wie sich die Beziehungskonstellationen zwischen den beteiligten Akteuren (Management, Betriebsrat, Belegschaften etc.) verändern. Aktuelle wissenschaftliche Befunde zur Krisenbewältigung liegen – abgesehen von empirischen Daten und Prognosen zur ökonomischen Entwicklung und daraus abgeleiteten Szenarien – noch nicht vor.

Vor diesem Hintergrund sollen in dem Projekt auf der Grundlage von Betriebsfallstudien in zwei ausgewählten Branchen (Automobilindustrie und Logistik) Krisenentwicklung und Strategien der Krisenbewältigung auf betrieblicher Ebene untersucht werden. Hierbei wird unter Nutzung eines Multi-Arenen-Ansatzes ein zentraler Fokus auf das betriebsrätliche Handeln und die Veränderung betrieblicher Arbeitsbeziehungen in der und durch die Krise gelegt. Mit der Realanalyse betrieblicher Austauschbeziehungen werden Veränderungen von Regulierungs-, Steuerungs- und Koordinierungsformen erforscht, die einen integralen Bestandteil der Forschungsperspektive „Governance von Arbeit“ darstellen.

**Klöpper, Arne; Holtrup André (2011):** *Ambivalenzen betrieblicher Krisenbewältigung*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 10/2011. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

## FeA 16

### Fachkräftemangel in Bremen

**Dr. André Holtrup, Arne Klöpper**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2011

**Abschluss** 2012

Das Projekt rückt ein intensiv und kontrovers diskutiertes Thema in den Mittelpunkt. Es wird untersucht, ob und inwieweit die Modernisierung von Arbeitsprozessen und steigende Qualifikationsanforderungen einerseits und demografisch bedingte Veränderungen bei den Erwerbspersonen andererseits dazu führen (werden), dass in Bremen der Bedarf an Fachkräften nicht mehr ausreichend gedeckt werden kann. Es wird davon ausgegangen, dass ein möglicher Fachkräftemangel sehr heterogene Ursachen haben kann und ein breites Spektrum differenzierter Antworten erfordert. Die öffentliche Diskussion wird diesen Differenzierungsanforderungen selten gerecht, weil in ihr von den unterschiedlichen Akteuren Fachkräftemangel immer auch als ein politisches Schlagwort instrumentalisiert wird, um die Veränderung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an den jeweiligen Interessenpolitischen Präferenzen auszurichten. Angesichts dieser politischen Brisanz der Debatte um den Fachkräftemangel ist es Ziel dieses Projektes, eine kritische Bestandsaufnahme vorliegender Befunde und Daten für Bremen durchzuführen. Im Rahmen einer qualitativen Studie werden zum einen die unterschiedlichen Diagnosen und Handlungsstrategien relevanter bremischer Akteure rekonstruiert und systematisiert. Zum anderen werden in drei ausgewählten Branchen oder Tätigkeitsfeldern auf den Fachkräftemangel bezogene Erwartungen, Aushandlungsprozesse, Gestaltungsansätze und Maßnahmen exemplarisch analysiert.

## FeA 17

### Innovation und Kompetenz für die Region Bremen und Bremerhaven (LernNetzWerk Bremen)

**Dr. Ulrich Heisig, Claudia Fortmann**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen; Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

**Beginn** 2005

**Abschluss** 2006

Das LernNetzwerk Bremen bestand aus einer Reihe kleiner Netzwerke und von Projekten, die sich mit „Lernen im Betrieb“ und „Lernender Stadt“ befassen haben. Das Lernportal Bremen diente als Dienstleistungsangebot für Bildungsanbieter und Weiterbildner, die dort ihr Angebot einstellen und für sich werben können. Als Kunden wurden lerninteressierte Bürger gewonnen, die das Lernportal zur Orientierung und Buchung von Bildungsveranstaltungen nutzen konnten.

Das LernNetzwerk wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit dem Ziel gefördert, zur Etablierung langfristig wirkender, stabiler Beziehungen zwischen den beteiligten Netzwerkpartnern beizutragen. Außerdem sollten neue Produkte und Dienstleistungen entstehen, die sich am Markt platzieren oder eine öffentliche Förderung rechtfertigen bzw. nach sich ziehen können.

Die Evaluation des LernNetzwerks Bremen schloss die wissenschaftliche Begleitung und die Bewertung der Aktivitäten der Netzwerkpartner ein. Im Rahmen einer Prozessbegleitung wurden offene Interviews mit den Netzwerkakteuren geführt. Zusätzlich arbeitete das Evaluationsteam in Projektgruppen mit und beteiligte sich an Netzwerktreffen. In einer zweiten Evaluationsphase, die bis zum Auslaufen der Förderung reichte, wurden die vom LernNetzwerk erreichten Ergebnisse und Kooperationsstrukturen dargestellt und bewertet. Die Ergebnisse der Evaluation wurden in einem abschließenden Evaluationsbericht dokumentiert.

**Heisig, Ulrich; Fortmann, Claudia; Richter, Götz (2007):** „Das Lernnetzwerk Bremen. Abschließender Evaluationsbericht“. LernNetzwerk Bremen. März 2007.

## FeA 18

### Gute Arbeit in der Wissensgesellschaft

**Prof. Dr. Helmut Spitzley, Dr. Ulrich Heisig, Christiane Erdmann**

**Kooperationspartner** Arbeitnehmerkammer Bremen; Unternehmen aus den Bereichen Gesundheit, Fahrzeugbau, Grundstoffindustrie und Medien

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2006

**Abschluss** 2006

Unter dem Eindruck hoher Erwerbslosigkeit hat sich die wissenschaftliche, politische und öffentliche Diskussion lange Zeit auf die Frage der Schaffung und des Erhalts von Arbeitsplätzen konzentriert. Diese rein quantitative Sichtweise vernachlässigt die Tatsache, dass die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit moderner Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften weitgehend davon abhängt, dass die Qualifikationen und Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angemessen genutzt werden. Dies gilt insbesondere für den Bereich hoch qualifizierter Tätigkeiten, die Handlungs- und Gestaltungsspielräume bieten und beinhalten müssen.

Angesichts eines sich in vielen Bereichen trotz weiterhin generell hoher Arbeitslosigkeit abzeichnenden Fachkräftemangels in wichtigen Kernsektoren hat sich das Forschungsprojekt mit dem Wandel der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsqualität in ausgewählten wissensbasierten Berufen befassen. Ein wesentliches Ziel war es herauszufinden, was Beschäftigte in wissensintensiven Berufen unter guter Arbeit verstehen und inwieweit sie ihre persönlichen Vorstellungen von guter Arbeit verwirklichen können.

Die empirische Untersuchung wurde in vier Betrieben durchgeführt, die unterschiedlichen (Wirtschafts-) Sektoren angehören und sehr unterschiedliche Traditionen und Arbeitskulturen repräsentieren. Unter ihnen befanden sich zwei traditionelle, industrielle Großbetriebe (Stahlwerk und Automobilwerk), ein mittelständisches, noch recht junges Raumfahrtunternehmen und ein mittelgroßes Krankenhaus. Befragt wurden insgesamt 76 hoch qualifizierte Beschäftigte, wobei der Schwerpunkt bei Pflegekräften (teilweise mit Leitungsfunktion) und fertigungsnahen und planenden Tätigkeiten in den Industriebetrieben lag, bei denen der Akademikeranteil insgesamt recht hoch war.

Zentrales Ergebnis war, dass die meisten Beschäftigten ihre Ansprüche an Arbeit durchaus realisiert sehen und selbst Einfluss darauf nehmen konnten. Allerdings wurde ihnen zunehmend ein noch größeres Maß an Flexibilität und Veränderungsbereitschaft abverlangt, was überwiegend durch sich zunehmend schneller verändernde ökonomische Rahmenbedingungen verursacht wurde. Infolge einer insgesamt abnehmenden Beschäftigungssicherheit auch in den wissensbasierten Bereichen, nahmen insbesondere die Bedeutung der Arbeitsqualität und des Ansehens des aktuellen Arbeitgebers zu, da beide Aspekte über die Beschäftigungsfähigkeit und die Chancen am internen und externen Arbeitsmarkt entschieden.

Die Untersuchungsergebnisse wurden im Rahmen von betriebsinternen Präsentationen und auf verschiedenen Veranstaltungen der Arbeitnehmerkammer vorgestellt und mit betrieblichen Experten diskutiert und anschließend publiziert.

**Heisig, Ulrich (2009):** „Wandel von Arbeitsperspektiven zwischen den Generationen“, in: Götz Richter (Hg.), *Generationen gemeinsam im Betrieb. Individuelle Flexibilisierung durch anspruchsvolle Regulierung*. Bielefeld: Bertelsmann, 35-56.

## FeA 19

### Arbeit, Qualität und Innovation

**Dr. Ulrich Heisig, Irina Zaitchenko**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2009

**Abschluss** 2009

In diesem Projekt wurde eine Aufarbeitung vorliegender (theoretischer) Ansätze zur Erklärung von Innovationsprozessen vorgenommen, um daraus forschungsrelevante Fragestellungen abzuleiten. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Zusammenhang zwischen Arbeitsqualität und Innovationsfähigkeit von Unternehmen und (National-)Staaten. Ausgegangen wurde von der Annahme, dass der angenommene Zusammenhang für die Gruppe der an Innovationsprozessen beteiligten Wissensarbeiter bestand. Für diese waren spezifische Arbeitsbedingungen notwendig, wenn ihre Arbeit zu Innovationen führen sollten. Allerdings unterlag das Innovationsgeschehen selbst gegenwärtig einem durch einen Bedeutungszuwachs und Formwandel von Innovation verursachtem Wandel. Sie fand immer weniger exklusiv in den Forschungsabteilungen großer Unternehmen als vielmehr in regional, national und transnational verteilten Netzwerken statt, die darauf zielten, das für Innovationen notwendige verteilte Wissen zu bündeln und gleichzeitig die prinzipielle Unsicherheit von Innovationen kalkulierbar zu machen und die Risiken zu teilen.

Ausgehend von der Standortdebatte der 1990er Jahre, in der die mangelnde Innovationsfähigkeit Deutschlands behauptet wurde, wurde versucht, das deutsche Innovationssystem in seinen Spezifika zu beschreiben und seine Leistungsfähigkeit und seine Defizite in einem internationalen Vergleich zu verorten. Anknüpfungspunkte bildeten dabei der „Varieties of Capitalism“-Ansatz und die Debatten um nationale Innovationssysteme und die damit verbundenen Leistungsprofile sowie die dadurch angelegte Pfadabhängigkeit bei Veränderungen.

Mittels der analytischen Unterscheidung zwischen radikaler und inkrementeller Innovation wurde herausgearbeitet, dass das deutsche Produktions- und Innovationsmodell aufgrund seiner institutionellen Ausformung im Rahmen eine koordinierten Marktökonomie vergleichsweise gute Voraussetzungen für inkrementelle Innovationen bietet. Auf der anderen Seite behinderten die an Langfristigkeit und Stabilität ausgerichteten Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen radikale Innovationen. Als wichtiger Faktor, der radikale Innovationen auf der personalen Ebene erschwerte, erwiesen sich die in Deutschland vergleichsweise langfristige Bindung insbesondere des hoch qualifizierten Personals. Dies führte dazu, dass hoch qualifizierte Mitarbeiter mit Innovationserfahrungen auf dem Arbeitsmarkt in zu geringem Umfang zur Verfügung standen. Es wurde aber auch gezeigt, dass radikale Innovationen durchaus möglich wären, wenn das vorhandene Institutionengefüge durch intelligente Strategien umgangen würde. Zudem gab es Anzeichen für einen institutionellen Wandel der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, die eine Flexibilisierung des Personaleinsatzes und einen stärkeren Austausch ermöglichten. Ebenso gab es Hinweise darauf, dass die ehemals stabilen nationalen Innovationssysteme gegenwärtig einem Wandel unterlagen, der durch eine Veränderung des Innovationsgeschehens in Folge der Globalisierung und Transnationalisierung der Innovationsprozesse hervorgerufen wurde.

**Heisig, Ulrich (2011):** „Vom nationalen Innovationssystem zur globalisierten Innovation“. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft (im Erscheinen).

## FeA 20

### Generationenspezifische Arbeitsorientierungen

**Dr. Götz Richter, Rainer Zoll**

**Drittmittelprojekt** Europäische Union (6. Forschungsrahmenprogramm)

**Beginn** 2006

**Abschluss** 2008

In dem internationalen Forschungsprojekt „SPReW – Generational approach to the social patterns of relation to work“ haben Forscher/-innen aus den Ländern Belgien, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, Portugal sowie Vertreter/-innen des französischen Arbeitsministeriums und des Europäischen Gewerkschaftsbundes zusammengearbeitet. Das allgemeine Projektziel bestand in der Analyse der intergenerationalen Beziehungen in der Arbeitswelt und den damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Feldern. Im Mittelpunkt stand die Beschreibung von Faktoren, die für die Entstehung von Solidarität oder Spannungen zwischen den Generationen verantwortlich sind. Es war beabsichtigt, ein besseres Verständnis der Bedeutungen und Erwartungen zu erarbeiten, die unterschiedliche Generationen mit Erwerbsarbeit verbinden.

Hierzu wurden in sechs Ländern qualitative und quantitative empirische Informationen gesammelt und ausgewertet. Der empirische Ansatz konzentrierte sich auf vier stark verbundene Felder:

- » die Arbeitswelt: Verbindung mit Prekarität, Verbindung mit Mobilität, Eingangspfade und Karrierepfade auf dem Arbeitsmarkt, Wissensübertragung, Wahrnehmung von organisatorischen und technologischen Veränderungen,
- » intergenerationale Beziehungen in Familie und Lebenswelt: Faktoren der Solidarität und Spannungen zwischen Generationen (bei der Arbeit und in der Lebenswelt),
- » das Feld von Familie und Lebensstilen: Familienbildung, Geburtenziffern, Arbeits-/Familiensaldo,
- » das Feld sozialer Kohäsion: Inklusion, Exklusion, soziales Kapital und Netzwerke.

Zur empirischen Analyse gehörte die Untersuchung von good practices in den Bereichen Jugendpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Politik des Älterwerdens der Gesellschaft. Das Projekt verglich verschiedene Jugendpolitiken und Politiken intergenerationalen Beziehungen auf nationaler und europäischer Ebene. Auf dieser Grundlage wurden Empfehlungen für eine bessere Steuerung des Älterwerdens der Gesellschaft und die intergenerationalen Beziehungen formuliert. Die Empfehlungen wurden auf sechs Dialogwerkstätten auf nationaler Ebene in jedem der Teilnehmerländer sowie auf der europäischen Ebene erörtert. Zu den Dialogwerkstätten wurden Verantwortliche aus Politik, Verwaltung und Verbänden sowie weitere relevante Akteure eingeladen.

**Richter Götz (Hg.) (2009):** *Generationen gemeinsam im Betrieb. Individuelle Flexibilität durch anspruchsvolle Regulierungen.* Bielefeld: Bertelsmann.

## FeA 21

### Evaluation und Optimierung institutioneller Praktiken zur Beratung und Förderung von Existenzgründerinnen (Op-tExist)

**Dr. Günter Warsewa, Dr. Christiane Schnell, Dr. Jenna Voss**

**Drittmittelprojekt** Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

**Beginn** 2006

**Abschluss** 2009

OptExist war ein vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMBF) gefördertes bundesweites Kooperationsprojekt, das sich die Evaluation von Beratungsangeboten und Förderungsinstrumenten für Existenzgründerinnen zur Aufgabe gemacht hat und zu ihrer weiteren Optimierung beitragen soll. Ausgangspunkt war das Existenzgründungsgeschehen in der Bundesrepublik, das in den vergangenen Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen hat. Doch obwohl die Infrastruktur für Existenzgründungen ausgebaut und verfeinert wurde, konnte das Gründungspotential vor allem von Frauen bislang noch nicht hinreichend ausgeschöpft und entfaltet werden. Daher standen die allgemeinen und spezifischen Förderungs- und Beratungsleistungen, die öffentliche und private Träger Gründerinnen zur Verfügung stellen, im Zentrum des Vorhabens. Zwei Aspekte standen dabei im Vordergrund: Zum einen das Gründungspotential von Frauen, das bislang noch nicht hinreichend ausgeschöpft und entfaltet werden konnte. Zum anderen, die allgemeinen und spezifischen Förderungs- und Beratungsleistungen, mit denen öffentliche und private Träger Gründerinnen unterstützen. OptExist fragte danach, ob und wie weit die Bedarfe der Gründerinnen durch entsprechende Angebote abgedeckt wurden, welche Erfahrungen in verschiedenen Einrichtungen in der bisherigen Praxis gemacht wurden und wo es Verbesserungsmöglichkeiten geben konnte. Ziel der Untersuchung war es, gendergerechte Bewertungskriterien zu entwickeln und im Sinne einer „best-practice“ handhabbare Ansätze und Modelle zur Optimierung der Förderungs- und Beratungsleistungen aufzuzeigen.

Das Spektrum von Branchen, Berufsfeldern, Motiven und Formen, in denen Gründungen stattfinden, ist breit. Um dieser Vielfalt Rechnung zu tragen, wurden im Rahmen der Untersuchung bereits bekannte Schwerpunktbereiche von Frauengründungen untersucht, die vornehmlich im Dienstleistungsbereich lagen. Weiterhin wurde aber auch der Frage nachgegangen, welche Chancen und Barrieren für Frauen speziell im produzierenden Gewerbe bestehen, in dem Unternehmerinnen bislang deutlich schwächer vertreten sind. Dabei bezog OptExist typische Charakteristika weiblicher Berufsbiographien und Lebensführung ebenso wie erwerbsstrukturelle Bedingungen und psychosoziale Faktoren explizit in die Betrachtung mit ein.

OptExist wurde von Forschungsinstitutionen aus München, Hamburg und Bremen durchgeführt und vom IAW federführend koordiniert. Betrachtet wurden die jeweiligen lokalen und regionalen Beratungsinfrastrukturen sowie die des Landes Sachsen-Anhalt. Um die konkreten Bedingungen und Konstellationen tatsächlich erfassen, adäquate Bewertungsmaßstäbe sowie praxisnahe Umsetzungsvorschläge entwickeln zu können, wurde das Projekt in enger Zusammenarbeit mit den Praxispartner/-innen – wie z.B. Beratungsstellen, Arbeitsagenturen, Kammern, Wirtschaftsbehörden und Banken – durchgeführt. Die Arbeit von OptExist wurde dabei von einem Beirat von einschlägigen Expert/-innen aus Wirtschaft und Politik begleitet.

Weitere Informationen zum Projekt unter [www.optexist.uni-bremen.de](http://www.optexist.uni-bremen.de)

**Voss, Jenna (2009):** „Genderaspekte in der institutionellen Gründungsberatung. Ressourcen, Strategien, Prozesse und Steuerung. Ein Handbuch zur gendersensiblen Beratungspraxis“. Institut Arbeit und Wirtschaft.

**Cholotta, Katrin; Drobic, Sonja; Knirsch, Sarah; Kropp, Cordula; Schnell, Christiane; Sträter, Detlev; Vogl, Gerlinde; Voss, Jenna; Warsewa, Günter (2009):** *Evaluation und Optimierung von institutionellen Angeboten zur Beratung und Förderung von Existenzgründerinnen.* Abschlussbericht des BMBF-Projektes „OptExist“. (<http://www.optexist.uni-bremen.de>).

**Warsewa, Günter (Hg.) (2010):** *Evaluation und Optimierung institutioneller Praktiken der Beratung und Förderung von Existenzgründerinnen*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 5/2010. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

**Schnell, Christiane; Warsewa, Günter (2010):** „Institutionelle Praktiken der Existenzgründungsförderung als Untersuchungsgegenstand“, in: Günter Warsewa (Hg.), *Evaluation und Optimierung institutioneller Praktiken der Beratung und Förderung von Existenzgründerinnen*. Schriftenreihe Institut für Arbeit und Wirtschaft, Bremen 5/2010. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft, 5-16.

## FeA 22

### Bedingungen und Perspektiven der Arbeitszeitpolitik in Deutschland

**Prof. Dr. Helmut Spitzley**

**Kooperationspartner** Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (DGZPol), Hattinger Kreis in der Hans-Böckler-Stiftung

**Eigenprojekt**

**Beginn** 2004

**Abschluss** 2009

Die Länge der für die materielle Reproduktion erfordernden Zeit gilt als Indikator für gesellschaftlichen Wohlstand und Fortschritt. Gewerkschaften und politischen Bewegungen ist es im Laufe von Jahrzehnten gelungen, die „Normalarbeitszeit“ schrittweise abzusenken. Diese Entwicklung stagnierte seit Mitte der 90er Jahre und wurde zudem überlagert durch komplexe Prozesse der Arbeitszeitflexibilisierung. Neue Muster der Arbeits(zeit)regulierung (insbesondere Arbeitszeitkonten, Zielvereinbarungen und Vertrauensarbeitszeit) wurden entwickelt und markierten einen Übergang von einer quantitativen zu einer stärker qualitativen Betrachtung von Arbeitszeiten. Zudem wurde von politischer und unternehmerischer Seite das Leitbild der kürzeren Arbeitszeiten in Frage gestellt und stattdessen eine Verlängerung der Arbeitszeit gefordert und teilweise auch durchgesetzt.

In diesem theoretisch ausgerichteten Forschungsprojekt wurde die Frage untersucht, welche ökonomischen und politischen Veränderungen diesen Paradigmenwechsel bewirken bzw. unterstützt haben. Dabei stand ein systematischer Vergleich der Argumentationsmuster verschiedener Akteursgruppen für die gegensätzlichen arbeitszeitpolitischen Strategien im Vordergrund.

Die Komplexität der Thematik machte es erforderlich, nicht nur betriebs- und volkswirtschaftliche, sondern auch gesundheits-, geschlechter- und familienpolitische Argumente zu berücksichtigen. Neue problemadäquate Arbeitszeitpolitiken hatten – so die hierauf aufbauende These – die Komplexität des Themas aufzunehmen und waren als akteurs-übergreifende Mehr-Ebenen-Politik zu konzipieren.

## FeA 23

### Beitrag zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“

**Prof. Dr. Helmut Spitzley, Dr. André Holtrup**

**Drittmittelprojekt** Unterauftrag für das Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie GmbH

**Beginn** 2007

**Abschluss** 2008

„Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“, erschienen als Buch im Herbst 2008, reicht weit über eine Bilanzierung der Problemlagen Umwelt, Globalisierung und Gerechtigkeit hinaus. Unter Federführung des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie nutzt die Studie aktuelle quantitative Befunde und weitergehende qualitative Analysen, um in einen Nachhaltigkeitsdiskurs mit der Gesellschaft zu treten. Dazu werden gesellschaftliche Leitbilder entwickelt, in deren Mittelpunkt Ökologie, Fairness und naturverträgliches Wirtschaften stehen. Im Weiteren wird der wirtschafts- und gesellschaftspolitische Rahmen für einen Kurswechsel in Deutschland und Europa umrissen und an der globalen Verantwortung gespiegelt. Eine Vielzahl von plastischen Beispielen trägt im Sinne von Zeitfenstern dazu bei, diesen Kurswechsel vorstell- und anwendbar zu machen.

Im IAW wurde in Zusammenarbeit mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie das Kapitel „Arbeit fair teilen: Auf dem Weg zur Tätigkeitsgesellschaft“ erstellt. Es konnte gezeigt werden, dass das beschäftigungspolitische Leitbild einer „Kurzen Vollzeit für alle“ einen relevanten Beitrag dafür leisten könnte, die seit Jahrzehnten anhaltende Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit auf eine ökologisch verträgliche Weise zu beenden. Solidarische Arbeitsumverteilung wird als eine Handlungsalternative zu ökonomischen Wachstumszwängen und der damit verbundenen stetigen Steigerung des Ressourcenverbrauchs vorgestellt. Mit Blick auf Wirtschaftswachstum, Produktivitätssteigerung und zunehmender Erwerbsbeteiligung zeigen Modellrechnungen, dass wöchentliche Arbeitszeiten von etwa 28-32 Stunden als verallgemeinerungsfähige Zielgröße für eine „Kurze Vollzeit“ ausreichen würden, um eine Vollbeschäftigung neuen Typs zu erzielen. Darüber hinaus wird dafür plädiert, im Rahmen einer innovativen Tätigkeitspolitik neben der Erwerbsarbeit auch Sorgearbeit, Eigenarbeit und Gemeinwohlarbeit als das „Ganze der Arbeit“ (Biesecker 2000) stärker in den Blick zu nehmen.

Weitere Informationen zur Gesamtstudie unter [www.zukunftsfähiges-deutschland.de](http://www.zukunftsfähiges-deutschland.de)

**Holtrup, André; Spitzley, Helmut, 2008:** „Arbeit fair teilen: Auf dem Weg zur Tätigkeitsgesellschaft“, Brot für die Welt, BUND, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hg.), *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 427-454.

## FeA 24

### Beitrag zur Studie „Zukunftsfähiges Hamburg“

<b>Dr. André Holtrup</b>	
<b>Kooperationspartner</b>	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH (Michael Kopatz)
<b>Drittmittelprojekt</b>	Unterauftrag für das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH
<b>Beginn</b>	2009
<b>Abschluss</b>	2010

Der Zukunftsrat Hamburg, der BUND Hamburg, das Eine-Welt-Netzwerk, der EED, das Diakonische Werk Hamburg und die Nordelbische Kirche haben das Wuppertal Institut mit der Erstellung der Studie „Zukunftsfähiges Hamburg“ beauftragt. Diese soll den Versuch unternehmen, die Erkenntnisse der 2008 erschienen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ für Hamburg zu konkretisieren und die anstehende Debatte um eine Nachhaltigkeitsstrategie für Hamburg zu bereichern.

Der in dem damaligen umfangreichen Werk geforderte notwendige, tief greifende Kurswechsel kann nicht nur national und zwischenstaatlich auf den Weg gebracht werden. Vielmehr werden allgemeine Entwicklungskonzepte, wird die Grundlinie der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ erst vor Ort, in Städten und Gemeinden in der Umsetzung real und erfahrbar. Konkret wird hier auch, dass allzu oft Interessen der zukünftigen Generationen übergangen werden, um die Bedürfnisse der Gegenwärtigen zu befriedigen. Zusätzliche Start- und Landebahnen, Straßenneubau, Flächenversiegelung, Wohnungsneubau, Gewerbeparks und fossile Kraftwerke werden allerorten realisiert. Maßnahmen werden für gewöhnlich mit Wachstums- und Arbeitsplatzargumenten durchgesetzt. Die Hamburg-Studie setzt sich mit diesen Problemen bezogen auf die Hansestadt auseinander.

Das IAW hat unter Federführung des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie an der Erstellung des Kapitels „Arbeit“ mitgewirkt. Es wurden Handlungs- und Umsetzungsoptionen für die Stadt Hamburg konkretisiert, um das Konzept der „kurzen Vollzeit für alle“ zu realisieren.

**Kopatz, Michael; Holtrup, André (2010):** „Arbeiten“, in: BUND Hamburg; Diakonie Hamburg; Zukunftsrat Hamburg (Hg.), *Zukunftsfähiges Hamburg. Zeit zum Handeln*. München/Hamburg: Dölling und Galitz Verlag, 73-114

## FeA 25

### Hoch qualifizierte Beschäftigung zwischen Angleichung und Vielfalt: Eine vergleichende empirische Untersuchung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsorganisation von Entwicklungsingenieuren in deutschen und britischen Betrieben eines multinationalen Unternehmens (Promotionsvorhaben)

<b>Rasmus Gutscheid, Betreuer: Prof. Dr. Rainer Dombois</b>	
<b>Drittmittelprojekt</b>	Promotionsstipendium der Universität Bremen
<b>Beginn</b>	2005
<b>Abschluss</b>	2008

Multinationale Konzerne stehen im Zuge ihrer Internationalisierungsprozesse vor widersprüchlichen Anforderungen: einerseits grenzüberschreitende Organisationsmuster und Kontrollstrategien zu entwickeln, welche die Integration des Konzernverbunds sichern; andererseits unterschiedliche nationale Traditionen und institutionelle Zusammenhänge der ‚host countries‘ zu berücksichtigen, in die ihre Niederlassungen eingebettet sind.

Das Forschungsvorhaben untersuchte vergleichend die Formen der Regulierung und Organisation von hochqualifizierter Entwicklungsarbeit in Niederlassungen eines multinationalen High-Tech-Unternehmens. Ziel war es, Aufschluss über mögliche Konvergenz- und Divergenztendenzen in den Arbeitsbedingungen und der Arbeitsorganisation und daraus erwachsende Konflikte im Arbeitsalltag der Wissensarbeiter zu erhalten.

Das Projekt ging von der Annahme aus, dass die Arbeit in lokalen Zusammenhängen und die transnationale Zusammenarbeit der strategisch bedeutsamen Gruppe von Entwicklungsingenieuren innerhalb eines konfliktreichen Spannungsfeldes aus rivalisierenden transnationalen und lokalen Anforderungen gestaltet wurden: Während die Organisation transnationaler Forschungs- und Entwicklungsarbeit hohe Kontroll- und Steuerungsanforderungen stellte, wurden zugleich die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsorganisation in den Niederlassungen durch national spezifische Arbeitsbeziehungen und Bildungs- und Professionalisierungstraditionen beeinflusst oder geprägt. Als most distant cases wurden Betriebe eines Konzerns in Deutschland und Großbritannien – Ländern mit sehr unterschiedlichen institutionellen Regelungssystemen – ausgewählt.

Auf Grundlage qualitativer Interviews mit Industrial-Relations-Experten, betrieblichen Experten und Entwicklungsingenieuren sollten Länderfallstudien erarbeitet und einer vergleichenden Analyse unterzogen werden.

**Gutschmidt, Rasmus (2010):** *Zwischen Kooperation und Konflikt – transnationale Wissensarbeit in einem transnationalen Unternehmen der Luftfahrtindustrie : Organisationsmuster, Arbeitsbedingungen und Kooperationsformen deutscher und britischer Flugzeugingenieure unter dem Einfluss lokaler und unternehmensspezifischer Gestaltungsanforderungen*. Elektronische Dissertation. Bremen: Universität Bremen (<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:46-diss000118569>).

## FeA 26

### Comparative Workplace Labour Relations in Europe

**Prof. Dr. Rainer Dombois, Christiane Erdmann, Michael Wagner**

**Kooperationspartner** Lehr-/Forschungsprojekt im Rahmen des European Master in Labour Studies Network in Kooperation mit University of Warwick; London School of Economics; Università degli Studi di Firenze; Università degli Studi di Milano; Instituto Superior de Ciencias do Trabalho e da Empresa, Lisboa; Universität Trier

**Drittmittelprojekt** Europäische Kommission (Sokrates)

**Beginn** 2004

**Abschluss** 2006

Die Universität Bremen ist mit dem internationalen Master-Studiengang „European Labour Studies“ Mitglied in dem „European Master in Labour Studies Network“ von 12 Universitäten, die ihre Studienprogramme koordinieren, regelmäßig Studierende und Lehrende austauschen und ein gemeinsames Master-Zertifikat verleihen.

Das von der Universität Bremen koordinierte Projekt zielte auf die Entwicklung und Implementation eines Lehr- und Forschungs-Moduls in sieben Universitäten des Netzwerks. Im Rahmen einer gemeinsamen Konzeption wurden die betrieblichen Arbeitsbeziehungen – ein zentraler Bereich von Labour Studies – exemplarisch am Beispiel des Bankensektors jeweils national und vergleichend untersucht. Der vergleichende Ansatz diente dazu, nationale Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Arbeitsinstitutionen und -politiken in Europa zu analysieren und zu verstehen. Für die lokale und transnationale Kommunikation und Kooperation zwischen Studierenden und Lehrenden der Partneruniversitäten wird die e-Learning-Plattform „First Class“ genutzt.

An der Pilotphase 2004/2005 beteiligten sich die Universitäten Bremen, Mailand und Warwick. Nach einer Auswertung der Piloterfahrungen und einer Revision des Modul-Konzepts beteiligten sich im zweiten Jahr 2005/2006 auch die Universitäten Firenze, Lisboa, London School of Economics und Trier.

## FeA 27

### Entwicklung von Forschungsprojekten I

**Prof. Dr. Rainer Dombois**

**Drittmittelprojekt** Deutscher Akademischer Austausch Dienst (DAAD), DIES-Programm

**Beginn** 2007

**Abschluss** 2008

In dem Projekt wurden konzeptionelle und methodische Grundlagen der Entwicklung von Forschungsprojekten und Prinzipien der Mittelacquisition und der Evaluation vermittelt und praktisch nutzbar gemacht. Die Teilnehmer/-innen, Professor/-innen aus Universitäten Kolumbiens und Boliviens, brachten eigene Projektskizzen ein und entwickelten sie in und zwischen zwei Seminaren weiter. Die jeweils einwöchigen Seminare fanden in Bogotá im September 2007 und im März 2008 in Medellín statt. Zu dem interdisziplinären Projektteam gehörten zwei weitere Wissenschaftler der Universität Bremen.

## FeA 28

### Entwicklung von Forschungsprojekten II

**Prof. Dr. Rainer Dombois**

**Drittmittelprojekt** Deutscher Akademischer Austausch Dienst (DAAD), DIES-Programm

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2011

Das Projekt diente dazu, konzeptionelle und methodische Grundlagen der Entwicklung von Forschungsprojekten sowie Prinzipien der Mittelacquisition und der Evaluation zu vermitteln und praktisch nutzbar zu machen. Die Teilnehmer/-innen, Professor/-innen aus Universitäten Zentralamerikas und der Andenländer, brachten eigene Projektskizzen ein und entwickelten sie in und zwischen zwei Seminaren weiter. Die jeweils einwöchigen Seminare fanden in Bogotá im September 2010 und im März 2011 statt. Zu dem interdisziplinären Projektteam gehörten drei weitere Wissenschaftler der Universitäten Bremen und Osnabrück sowie der Universidad de Costa Rica.

## FeA 29

### Projektentwicklung für sozialwissenschaftliche Fragestellungen

**Prof. Dr. Rainer Dombois**

**Eigenprojekt**

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2011

Im Wintersemester 2010/2011 wurde ein Workshop mit jüngeren Wissenschaftler/-innen des IAW und anderer sozialwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen aus Bremen durchgeführt. Der Workshop hatte das Ziel, Nachwuchswissenschaftler/-innen konzeptionelle und methodische Hilfen bei der Entwicklung eigener Forschungsprojekte zu geben. An sechs halbtägigen Veranstaltungen wurden Prinzipien der Konstruktion von Forschungsprojekten und -anträgen, Erfahrungen mit der Mittelakquisition sowie Prinzipien des Projektmanagement vermittelt. Die Teilnehmer/-innen stellten eigene Projektskizzen vor und zur Diskussion und entwickelten sie während des Workshops weiter. Als Dozenten wirkten an dem Workshop erfahrene Wissenschaftler/-innen des IAW und aus anderen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen mit.

## FeA 30

### Dialogue on Innovative Higher Education Strategies

**Prof. Dr. Rainer Dombois**

**Drittmittelprojekt** Deutscher Akademischer Austausch Dienst (DAAD)

**Beginn** 2007

**Abschluss** 2011

In den Jahren 2007 und 2008 sowie 2010 und 2011 wurden in Kolumbien jeweils einwöchige Workshops zur Entwicklung von Forschungsvorhaben durchgeführt.

Die Teilnehmer/-innen – jüngere Professor/-innen aus Kolumbien, Ecuador und Bolivien sowie aus Zentralamerika – erwarben in zwei aufeinander aufbauenden Workshops konzeptionelle, methodische und organisatorische Kenntnisse und Fertigkeiten der Entwicklung und Durchführung von Forschungsvorhaben und nutzten diese für die Ausarbeitung und Präzisierung ihrer eigenen Vorhaben. Sie brachten bereits eigene Forschungsideen in den ersten Workshop ein, wo sie Grundprinzipien der Entwicklung von Forschungsvorhaben und der Mittelakquise kennenlernten und auf ihre Vorhaben anwendeten. In der etwa halbjährigen Phase zwischen den beiden Workshops arbeiteten die Teilnehmer ihre Projektskizzen weiter aus. Der zweite Workshop diente dann der Diskussion, der weiteren Präzisierung und Ausarbeitung der individuellen Vorhaben: Die Teilnehmer lernten Verfahren der Evaluation kennen und anzuwenden und wurden in technische Fertigkeiten der Antragstellung und der Präsentation sowie des Projektmanagement und in ethische Fragen der Forschung eingeführt. Im Anschluss an den zweiten Workshop wurde 2011 erstmals ein Multiplikatorenseminar angehängt, in dem Konzeptionen für lokale Veranstaltungen zur Projektentwicklung erarbeitet wurden.

Die Seminarkonzeption wurde im Auftrag des DAAD ausgearbeitet und als Leitfaden in spanischer Sprache veröffentlicht. Als Dozenten nahmen seitens der Universität Bremen auch die Professoren Waldemar Bauer, Jörn Bleck-Neuhaus sowie Michael Gessler teil.

**Bauer, Waldemar; Bleck-Neuhaus, Jörn; Dombois, Rainer (2010):** „Desarrollo de proyectos de investigación. Guía para un seminario“. Bonn, Bremen: Deutscher Akademischer Austauschdienst, Universität Bremen.

## FeA 31

### Politikberatung als (neue) Form rentenpolitischer Governance

**Dr. Jörg Sommer, Dr. Diana Wehlau (Universität Bremen)**

**Eigenprojekt** Unterstützt durch das Forschungsnetzwerk Alterssicherung (FNA) der Deutschen Rentenversicherung Bund

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2010

Die politischen Systeme in den industrialisierten Demokratien haben in den letzten Jahren einen massiven Wandel ihrer Regierungs- und Steuerungsfähigkeit erfahren, der im politikwissenschaftlichen Diskurs mit dem Begriff der „neuen Governance-Strukturen“ beschrieben wird: An die Stelle eines hierarchisch-dirigistischen Politikstils tritt ein eher horizontal-informeller Modus öffentlicher Politikgestaltung. Eine Erscheinungsform dieser Entwicklungen ist die zunehmende Ausdifferenzierung der politischen Akteursvielfalt, die sich auch in einer Intensivierung der Politikberatung widerspiegelt. Auch bei sozialpolitischen Reformen, speziell im Bereich der Alterssicherung, scheint Politikberatung sukzessive an Bedeutung gewonnen zu haben. Allerdings liegen nur vereinzelte Informationen darüber vor, welche Akteure bzw. Akteursgruppen auf dem „Politikberatungsmarkt“ im Allgemeinen sowie im Politikfeld Alterssicherung im Besonderen aktiv waren bzw. noch immer sind.

Vor diesem Hintergrund konzentrierte sich dieses Projekt auf die Frage, welche Politikberatungsorganisationen als Akteure der „rentenpolitischen Governance“ charakterisiert werden können. Die zentrale Zielsetzung bestand in der Identifizierung, Beschreibung und Systematisierung der Politikberatungsorganisationen der Bundesrepublik Deutschland im Politikfeld Alterssicherung. Auf Basis einer empirischen Erhebung wurde eine Bestandsaufnahme der Beratungslandschaft in der deutschen Rentenpolitik erarbeitet und in einer Datenbank aufbereitet. Die Ergebnisse zum Status Quo der rentenpolitischen Politikberatung bildeten die Grundlagen für ein geplantes Forschungsprojekt, in dem die Struktur und die Problemlösungsfähigkeit der rentenpolitischen Governance in Deutschland analysiert werden soll.

**Wehlau, Diana; Sommer, Jörg (2010):** „Politikberatung in der deutschen Rentenpolitik. Bestandsaufnahme und Systematisierung“. Abschlussbericht zum Forschungsbericht im Auftrag des Forschungsnetzwerk Alterssicherung der Deutschen Rentenversicherung Bund. November 2010.

**Sommer, Jörg; Sommer, Wehlau, Diana (2010):** *Governance der Politikberatung in der deutschen Rentenpolitik*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 8/2010. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

## FeA 32

### Bremer Zukunftsgespräche

<b>Dr. André Holtrup</b>	
<b>62XV_projekt</b>	Universität Bremen
<b>Beginn</b>	2009
<b>Abschluss</b>	offen

Die „Bremer Zukunftsgespräche“ schaffen ein Forum, das den Austausch und die Kooperation zwischen Wissenschaft und Bürgermeister/Rathaus fördert. Durch sie soll das wissenschaftliche Potential am Ort stärker in die Diskussion über die Entwicklung der Stadt und des Stadtstaats Bremen einbezogen werden. Die Arbeit des Beratungsgremiums soll sowohl dazu dienen, soziale, wirtschaftliche, technische und ökologische Herausforderungen besser zu antizipieren und angemessen auf sie reagieren zu können, als auch Gestaltungsansätze und Handlungsstrategien zu entwickeln, um die Chancen des Wandels aktiv aufzugreifen. Beim IAW ist die Organisation und Geschäftsführung des Gremiums angesiedelt.

# Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb (FeQua)

## FeQua 1

Ermittlung von Qualifikationsbedarfen durch das „Regionale Monitoring-System Qualifikationsentwicklung“ im Lande Bremen (EQUIB)

**Gerlinde Hammer, Dr. Erich Wachtveitl, Ulf Benedix, Jutta Knuth, Hubertus Schick, Dr. Günter Gebauer**

**Drittmittelprojekt** Europäischer Sozialfonds (ESF), Landesprogramm „Bremen in T.I.M.E“; Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen; Arbeitnehmerkammer Bremen (bis 2008)

**Beginn** 2005

**Abschluss** laufend

**EQUIB ermittelte zwischen 1990 und 2008 kontinuierlich betriebliche Qualifikationstrends in der Region.**

Zwischen 2000 und 2008 wurde das „Regionale Monitoring-System Qualifikationsentwicklung“ (RMQ) konzipiert, aufgebaut und zuletzt mit einem Betriebspanel von 200 Betrieben sowie einem begleitenden Pool aus über 150 Expert/-innen kontinuierlich durchgeführt. Neben Qualifikationstrendanalysen wurden aktuelle branchenübergreifende Fragestellungen bearbeitet. Ab 2005 wurde das RMQ in Bezug auf die Ermittlung der Ausbildungspotenziale der relevanten regionalen Branchen erweitert. Methodisch basiert das Instrument RMQ auf einer qualitativ begründeten Auswahl der teilnehmenden Panelbetriebe sowie auf themenzentrierten Expertengesprächen, unterstützt durch einen qualitativen Gesprächsleitfaden, der offene Fragestellungen mit einer mindmap-basierten Darstellung des Kontextes kombiniert.

Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen aus den regelmäßig durchgeführten betrieblichen Expertengesprächen zu Qualifizierungstrends, Ausbildungspotenzialanalysen und branchenübergreifenden aktuellen Fragestellungen (z.B. demographischer Wandel, Nachhaltigkeit) wurden seit 2000 in insgesamt 17 Monitoring-Berichten veröffentlicht. Ferner wurden weitere Arbeitspapiere zu speziellen Fragestellungen (z.B. Standortfaktor Qualifikation: Perspektiven in der Metropolregion Bremen-Oldenburg) erarbeitet.

Als ESF-gefördertes Projekt ist EQUIB im Jahr 2008 ausgelaufen. EQUIB wird darüber hinaus als bewährtes wissenschaftliches Dienstleistungsangebot für die Region aufrecht erhalten. Auf Basis der regionalen Verankerung im Netzwerk der Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik im Land Bremen sowie der vom Projekt EQUIB erarbeiteten methodischen Konzepte und Instrumente werden weiterhin auf regionale Anfrage und nach Bedarf themenspezifische Aufträge und Projekte bearbeitet. Hierbei handelt es sich um folgende:

1. Power - Pushing Offshore Windenergy Regions: Teilprojekt:QBA - Qualifikationsbedarfsanalyse im Sektor Windenergie/ Offshore
2. Ausbildungspotenzialanalysen für das Handwerk sowie für die Freien Berufe im Land Bremen
3. Zur Situation der Altbewerber/-innen im Land Bremen
4. Erhebung betrieblicher Nachqualifizierungsbedarfe (BNN 1)
5. Analyse der Qualifizierungsangebote im Land Bremen und ableitende Handlungsempfehlungen für die Nachqualifizierung (BNN 2)
6. Betriebliche Einstellungsgründe bzw. -hemmnisse für behinderte Menschen und Akzeptanz der Instrumentarien zu deren Integration in den ersten Arbeitsmarkt im Land Bremen

Weitere Informationen zum Projekt unter [www.equib.de](http://www.equib.de)

**Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2007):** „Monitoring-Bericht 2007/2: Demographischer Wandel und altersgerechte Personalpolitik“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2007.

**Benedix, Ulf; Gebauer, Günter; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta (2008):** „Monitoring-Bericht 2008/1: Robotik im Land Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juni 2008.

**Hammer, Gerlinde; Benedix, Ulf (2010):** „Erfahrungsbericht aus dem Bremer Projekt EQUIB“, in: Uwe Kröcher; Herbert Schwab; Wiebke Tute (Hg.), *Weiterbildung in Unternehmen zwischen Anspruch und Wirklichkeit*. Trends aus Niedersachsen und Bremen. Oldenburg: BIS-Verlag, 139-150.

## FeQua 2

### Pushing Offshore Windenergy Regions. Teilprojekt: QBA - Qualifikationsbedarfsanalyse im Sektor Windenergie/Offshore

**Gerlinde Hammer, Dr. Rolf Röhrig**

**Drittmittelprojekt** Europäische Union, Interegg III B North Sea Program; Landesmittel Bremen

**Beginn** 2004

**Abschluss** 2007

Das Projekt Pushing Offshore Windenergy Regions (POWER) war ein transnationales Projekt im Interegg III B North Sea Program der Europäischen Union, das den Ausbau der Windenergieindustrie in Europa fördert.

Das Land Bremen war Partner dieser transnationalen Kooperation. Die europäischen Nationen haben sich mit der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls auf eine substanzielle Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen verpflichtet. Die Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere der Windenergie, spielt dabei eine zentrale Rolle. Die Onshore-Windenergienutzung ist im Vollzuge dieser Politik an natürliche Grenzen gestoßen. Windhöfliche Flächen an Land sind in den meisten europäischen Ländern erschöpft, ein weiterer Ausbau dieser umweltfreundlichen Energiegewinnung ist nur auf See möglich. Offshore-Windparks sind in vielen Ländern bereits ans Netz gegangen. Eine beachtliche Anzahl von Offshore-Großprojekten für die deutsche Nord- und Ostsee befindet sich im Stadium der Planung und Genehmigung.

Das Projekt EQUIB hatte im Rahmen des Projektes POWER die Aufgabe übernommen, den Qualifikationsbedarf der Offshore-Industrie in den fünf europäischen Partnerländern Belgien, Dänemark, Großbritannien, Niederlande und Deutschland zu ermitteln.

**Projektumsetzung:** Als Instrument der Untersuchung dienten Experteninterviews mit Repräsentanten und Fachkräften der Offshore-Windenergiebranche aus allen Bereichen der Supply Chain Offshore-Windenergie, angefangen von Planungs- und Entwicklungsgesellschaften über Produzenten von Turbinen und Turmfundamenten bis hin zu Service- und Reparaturunternehmen. Neben Global Players, die Windfarmen planen und finanzieren, spielten auch Klein- und Mittelunternehmen in der grenzüberschreitenden Kooperation eine bedeutende Rolle.

Führungskräfte aus dem Management, technische und betriebswirtschaftliche Fachkräfte sowie Facharbeiter aus allen relevanten Bereichen wurden in Experteninterviews auf Grundlage eines vorab verschickten Leitfadens zum aktuellen Qualifikationsprofil der Unternehmen sowie zu neuen Qualifikationsanforderungen befragt, die sich aus dem Ausbau der Offshore-Industrie ableiten lassen.

Insbesondere Defizite und Hindernisse in der transnationalen Zusammenarbeit im Offshore-Markt wurden dabei in den Blick genommen. Berufsbilder, Qualifikationen und rechtliche Standards decken sich nicht notwendig und können bei einer grenzüberschreitenden Kooperation zu Problemen führen.

Als Produkt lieferte EQUIB eine Studie zum Offshore-Markt in den genannten fünf Ländern, die nicht nur die aktuellen Herausforderungen für die Branche aus Sicht der Experten sowie die politischen nationalen Rahmenbedingungen darstellt und analysiert, sondern auf dieser Grundlage den Qualifikationsbedarf der Offshore-Windenergieindustrie detailliert darlegt und erläutert.

**Hammer, Gerlinde; Röhrig, Rolf (2005):** „Qualification Requirement Analysis offshore Wind Energy Industry. Final Report.“ Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2005.

## FeQua 3

### Analyse der Ausbildungs(platz)potenziale im Handwerk des Landes Bremen

**Gerlinde Hammer, Dr. Erich Wachtveitl, Brigitte Fietz**

**Kooperationspartner** Projekt EXAM-Plus des Bildungszentrums der Wirtschaft im Unterwesergebiet (BWU) e.V.

**Drittmittelprojekt** Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Programm STARegio; Europäischer Sozialfonds; Auftrag des Projektes Externes Ausbildungs-Management PLUS des Bildungszentrums der Wirtschaft im Unterwesergebiet e.V., Bremen

**Beginn** 2005

**Abschluss** 2006

Das BWU-Projekt „Externes Ausbildungs-Management PLUS“ (EXAM-Plus) hatte die Aufgabe, im Handwerk des Landes Bremen zusätzliche Ausbildungsplätze zu akquirieren. Zielgruppe von EXAM-Plus waren Betriebe im Zuständigkeitsbereich der Handwerkskammer Bremen sowie der Kammern der freien Berufe, die in den letzten drei Jahren nicht ausgebildet haben sowie Betriebe aus dem gleichen Zuständigkeitsbereich, die bereit waren, in Berufen auszubilden, in denen sie bis jetzt noch nicht ausgebildet hatten.

Die Aufgabe des IAW bestand darin, diese Akquise zielgerichtet durch Ausbildungspotenzialanalysen im Bereich des Handwerkes des Landes Bremen zu unterstützen. Das Projekt APA-Handwerk ging von 3 Untersuchungsfeldern bzw. 3 Feldzugängen zur Identifizierung von Ausbildungspotenzialen aus:

### **Zugang: Ausbildungsberufe**

**These:** Neue und neugeordnete Berufe entsprechen dem Bedarf der Wirtschaft nach modernisierten Ausbildungsgängen, bilden die Grundlage für betriebliche Ausbildungsmotivation und stellen deshalb Ausbildungspotenziale dar

**Begründung:** Eines der zentralen betrieblichen Ausbildungsmotive ist die Sicherung des betrieblichen Facharbeiterbedarfs. Daraus entstehen zwei betriebliche Ansprüche an Ordnungspolitik:

- » Die von der Ausbildung vermittelten allgemeinen, also berufs- und branchentypischen betriebsübergreifenden Kompetenzen müssen den aktuellen Anforderungen entsprechen, also beispielsweise dem raschen Tempo der technischen Entwicklung oder den aktuellen Marktanforderungen angemessene Fertigkeiten vermitteln, um einen aufgabengerechten Einsatz der ausgebildeten Fachkraft im Unternehmen zu ermöglichen.
- » Die Ausbildung soll Freiräume bzw. Flexibilität ermöglichen, um eine Ausbildung zu gewährleisten, die sich möglichst eng an den betriebsspezifischen Anforderungen orientiert.
- » Auf diese Anforderungen reagiert die Ordnungspolitik mit einer kontinuierlichen, möglichst zeitnahen Überarbeitung der bestehenden Berufsbilder, und, wenn erforderlich, mit der Schaffung neuer Berufe.

### **Zugang: Betriebe**

**These:** Bestimmte Typen von Betrieben eröffnen höhere Chancen auf die Evozierung von Ausbildungspotenzialen, respektive die Rekrutierung von Ausbildungsplätzen, da hier ungedeckte Bedarfe an Auszubildenden vermutet werden dürfen.

**Begründung:** Neuere Studien, Statistiken und Bundesinitiativen versprechen Potenziale bei folgenden Betriebstypen: Unternehmensgründungen, Unternehmen mit Migrationshintergrund, Betriebe mit sog. Bewerbermangel.

### **Zugang: Handwerke/Gewerbe**

**These:** Besonderheiten und Entwicklungen in einzelnen Handwerken/Gewerbegruppen in Bremen könnten einen Hinweis auf Segmente erbringen, die im Unterschied zu anderen spezielle Ausbildungspotenziale aufweisen.

In diesem Arbeitsschwerpunkt ging es um die Erfassung und Auswertung statistischer Daten, die bei der Handwerkskammer, den Arbeitsagenturen und dem Landesamt für Statistik vorliegen und ev. für Sonderauswertungen genutzt werden können. Erfasst wurden hier Entwicklungslinien für ausgewählte Gewerbegruppen, die als innovativ und wachstumsorientiert gelten.

Bei dieser Ausbildungspotenzialanalyse wurde mit einem Methodenmix aus quantitativen und qualitativen Instrumenten gearbeitet. Für quantitative Erhebungen und Auswertungen wurde auf im Land Bremen verfügbare Daten und Quellen zurückgegriffen. Zur Beantwortung qualitativer Fragestellungen wurden leitfadenzentrierte Expertengespräche mit den Zuständigen bei Kammer, Innungen, der Arbeitsagentur etc. geführt.

**Fietz, Brigitte; Hammer, Gerlinde; Wachtveitl, Erich (2006):** „Projekt ExAM-Plus. Externes Ausbildungs-Management Ausbildungspotenziale im Handwerk in Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. März 2006.

## **FeQua 4**

### **Analyse der Ausbildungs(platz)potenziale bei den Kammern der Freien Berufe im Land Bremen**

**Gerlinde Hammer, Susanne Kretzer**

<b>Kooperationspartner</b>	Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet (BWU) e.V., Projekt Zentraler Ausbildungs-Service PLUS im JOBSTARTER-Programm
<b>Drittmittelprojekt</b>	Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF); Europäische Union, Europäischer Sozialfonds (ESF); Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)
<b>Beginn</b>	2007
<b>Abschluss</b>	2007

Die Ausbildungsquoten in den Unternehmen der Freien Berufe gelten als steigerungsfähig. Das Projekt analysierte die aktuelle Ausbildungssituation in den Freien Berufen hinsichtlich der Ausbildungspotenziale in den diversen Praxen, Kanzleien und Unternehmen. Durch die Verknüpfung quantitativer und qualitativer Forschungsmethoden sollten insbesondere die individuellen Hemmnisse der potenziellen Ausbildungsbetriebe für die Initiierung eigener Ausbildung aufgedeckt und die Wirkung der gesellschaftlichen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen auf die Ausbildungsmotivation der Unternehmen erforscht werden.

Die Erkenntnisse der APA dienten als Grundlage für die Entwicklung und als Unterstützung vorhandener Instrumentarien, die die Ausbildungsmotivation der Betriebe erhöhen und somit die zusätzliche Rekrutierung von Ausbildungsplätzen ermöglichen. Die konkrete Umsetzung der Forschungsergebnisse erfolgte durch das Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet e.V. in dem Projekt Zentraler Ausbildungsservice PLUS.

**Projektumsetzung:** Neben der Bewertung statistischer Aussagen, die Rückschlüsse und Wirkungen auf die Ausbildungssituation in den Freien Berufen vermuten ließen, bildeten Expertengespräche den Schwerpunkt der Forschungstätigkeit. Neben den entsprechenden Kammern und ausgewählten Unternehmen wurden weitere Akteure der Gestaltung von Ausbildung in den Freien Berufen in den Forschungsprozess einbezogen. Das Expertenwissen wurde in themenzentrierten, leitfadengestützten Interviews erschlossen. Die zu erörternden Fragestellungen zielten einerseits auf die Erfassung der Hemmnisse für Ausbildung, sei es aus individuellen betrieblichen Gründen oder als Wirkung rechtlicher und formaler Bestimmungen, die sich als Ausbildungsbarriere geltend machten. Andererseits waren von den Unternehmen gewünschte mögliche Unterstützungsstrukturen – zu schaffende Bedingungen für vermehrte Ausbildungsaktivitäten – Gegenstand der Expertengespräche. Das BIBB bewertete diese Ausbildungsplatzanalyse als Best-Practice-Modell und stellte sie auf der Internet-Seite des JOBSTARTER-Programms zum Download ein.

**Hammer, Gerlinde; Kretzer, Susanne (2007):** Ausbildungspotenzialanalyse für ausgewählte Freie Berufe und den Garten- und Landschaftsbau (<http://www.iaw.uni-bremen.de/downloads/Ausbildungspotenzialanalyse2008.pdf>).

## FeQua 5

### Zur Situation der Altbewerber/-innen im Land Bremen

**Gerlinde Hammer, Jutta Knuth**  
**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen  
**Beginn** 2008  
**Abschluss** 2008

Im Auftrag der Arbeitnehmerkammer führte EQUIB im Jahr 2008 eine Untersuchung zur Situation der Altbewerber/-innen im Lande Bremen durch.

**Ausgangslage:** Der Anteil der Altbewerber/-innen an den Ausbildungsplatzbewerbern/-innen ist in den letzten Jahren in Deutschland kontinuierlich gestiegen. 2006 hatten erstmals mehr als 50% der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerber/-innen um einen Berufsausbildungsplatz die Schule bereits im Vorjahr bzw. schon früher verlassen. Im Land Bremen ist die Quote der Ausbildungsplatzbewerber/-innen, die die Schule schon in Vorjahren verlassen haben, mit 63% in der Stadt Bremen und 54% in Bremerhaven aller Bewerber/-innen für Berufsausbildungsplätze besonders hoch. Studien zufolge haben es Altbewerber/-innen auf dem Ausbildungsstellenmarkt besonders schwer, einen Ausbildungsplatz zu finden. Sie befinden sich häufiger in einer außerbetrieblichen Ausbildung, sie jobben öfter als sonstige Bewerber/-innen und sind vermehrt von Arbeitslosigkeit betroffen. Besonders prekär ist die Situation für Jugendliche, die sich vor mehr als zwei Jahren schon einmal um einen Ausbildungsplatz bemüht haben, und für diejenigen, die sich im so genannten „Übergangssystem“ befinden.

Das Projekt hatte das Ziel, die Lage der „Altbewerber/-innen“ im Land Bremen durch Analyse vorliegender Quellen „transparent“ und so als Hintergrund für bildungspolitische Empfehlungen nutzbar zu machen. Ergebnisse dieses Berichts gingen in den Armutsbericht 2008 der Arbeitnehmerkammer Bremen mit dem Schwerpunkt „Jugendliche zwischen Schule und Beruf“ ein.

**Projektumsetzung:** Als Datenquellen für die Ermittlung der Anzahl der jungen Menschen, die sich als Altbewerber/-innen um einen (betrieblichen) Ausbildungsplatz bewerben, standen die BA/BIBB-Bewerberbefragung 2006, die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit sowie aktuelle Daten (Stand: 01.07.2008) der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, herausgegeben von den Agenturen für Arbeit Bremen und Bremerhaven zur Verfügung.

Der erstellte Bericht enthielt Daten zur Anzahl der Altbewerber/-innen im Lande Bremen und ihrem Verbleib bzw. der Verweildauer im Übergangssystem. Darüber hinaus gab er Auskunft über die Perspektiven der Altbewerber/-innen im Übergangssystem im Land Bremen.

**Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta (2008):** „Zur Situation der Altbewerber/-innen im Land Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. August 2008.

## FeQua 6

### Erhebung betrieblicher Nachqualifizierungsbedarfe

**Gerlinde Hammer, Ulf Benedix, Jutta Knuth**  
**Drittmittelprojekt** Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Programm „Perspektive Berufsabschluss“ im Auftrag des Bremer Netzwerk Nachqualifizierung (BNN)  
**Beginn** 2008  
**Abschluss** 2009

**Ausgangslage:** An- und ungelernte Beschäftigte stellen zunehmend ein wichtiges Qualifikationspotenzial zur Deckung des Fachkräftebedarfs der regionalen Wirtschaft dar. Insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wird die kontinuierliche Weiterentwicklung der Qualifikationen der Beschäftigten über das Arbeitsleben hinweg zu einer zentralen Voraussetzung für die Deckung des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften. Eine vorausschauende Personalpolitik muss daher auch die

An- und Ungelernten in den Blick nehmen. Auch aus Arbeitnehmer/-innenperspektive ist es wünschenswert, dass An- und Ungelernte die während ihres Beschäftigungsverhältnisses erworbenen Qualifikationen in einer allgemein akzeptierten Form dokumentieren können, damit sie im Fall eines Arbeitsplatzverlustes aktuelle marktgängige Qualifikationen nachweisen und so ihre Aussichten auf eine rasche Wiederaufnahme einer Beschäftigung erhöhen können. Eine (berufsabschlusserorientierte) Nachqualifizierung (NQ) erscheint unter dieser Perspektive als „Königsweg“.

Das Projekt zielte auf die Erfassung betrieblicher Potenziale in Bremer Betrieben für die Nachqualifizierung An- und Ungelernter.

**Projektumsetzung/Methode:** Um die Frage der Nachqualifizierung von An- und Ungelernten in den Kontext der betrieblichen Personalentwicklungsplanung stellen zu können, war ein qualitatives Vorgehen unumgänglich. Das bestehende EQUIB-Instrumentarium (Regionales Monitoring-System, kurz RMQ) wurde daher zu einem Auskunftsmittel über betriebliche Nachqualifizierungsbedarfe und -potenziale in der Region weiterentwickelt.

**Die Durchführung schloss folgende Schritte ein:**

1. Bestandsaufnahme: Auswertung von Sekundärdaten, Übersicht über den Forschungsstand.
2. Gespräche mit überbetrieblichen Experten/Expertinnen („Experten-Pool“ des RMQ) in drei Funktionen: Absicherung der Branchenauswahl/Definition von Schwerpunkten, Unterstützung bei der Betriebsauswahl/Empfehlung zusätzlicher Betriebe und Beratung für die Konzeption des Befragungsleitfadens.
3. Expertenbefragung in Betrieben, die in der Region bereits erfolgreich Nachqualifizierung als Weg der Personalbedarfsdeckung eingesetzt haben, um Erfolgsbedingungen, Hemmnisse und Erfahrungen aus diesen Betrieben aufzuarbeiten.
4. Leitfadenerstellung, Durchführung der Befragung und Auswertung.
5. Transfer: Der Ergebnisbericht wurde veröffentlicht und auf einem BNN-Workshop vorgestellt und diskutiert.

**Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta (2009):** „Betriebliche Expertenbefragung zur Nutzung abschlusserorientierter Nachqualifizierung für die Deckung der Regionalen Fachkräfteverbands Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft / Arbeitnehmerkammer Bremen / Bremer Netzwerk Nachqualifizierung. Februar 2009 ([http://bnn-bremen.de/images/pdf/090407\\_berichtiaw.pdf](http://bnn-bremen.de/images/pdf/090407_berichtiaw.pdf)).

## FeQua 7

### Analyse der Qualifizierungsangebote im Land Bremen und ableitende Handlungsempfehlungen für die Nachqualifizierung

**Gerlinde Hammer, Dr. Günter Gebauer, Bernd Feldmann**

**Drittmittelprojekt** Europäischer Sozialfonds (ESF); Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Programm „Perspektive Berufsabschluss“ im Auftrag des Bremer Netzwerk Nachqualifizierung (BNN)

**Beginn** 2009

**Abschluss** 2010

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels bleiben die Unternehmen – auch in der Krise – darauf angewiesen, die brachliegenden Potenziale in den Belegschaften auszuschöpfen, wobei die Nachqualifizierung zur Deckung des Fachkräftebedarfs ein wichtiger Weg ist. Diese ist auch aus Arbeitnehmer/-innenperspektive besonders wünschenswert, damit An- und Ungelernte die während ihres Beschäftigungsverhältnisses erworbenen Qualifikationen in einer allgemein akzeptierten Form (anerkannte Teilqualifikationen in einem Berufsfeld) dokumentieren können, um so im Fall eines Arbeitsplatzverlustes aktuelle marktgängige Qualifikationen nachweisen und so ihre Aussichten auf eine rasche Wiederaufnahme einer Beschäftigung erhöhen können. Dieser Bedarf ist auf ein adäquates Angebot angewiesen.

**Zielsetzung:** Im Anschluss an die „Ermittlung betrieblicher Qualifizierungsbedarfe zur Deckung des regionalen Fachkräftebedarfs“ im Jahr 2008 (FeQua 6) – die bereits wichtige Kriterien für die betrieblichen Bedarfe lieferte – wurden die Angebote zur modularen Nachqualifizierung in der Region untersucht und dafür Handlungsempfehlungen erstellt.

Für die Projektdurchführung wurde eine Bestandsaufnahme der beruflichen Qualifizierungsangebote von Bildungsträgern in der Region zur Identifizierung von relevanten, für die Nachqualifizierung passenden, Angeboten im Land Bremen durchgeführt. Die hierfür relevanten Bildungseinrichtungen, die sich zu gleichen Teilen aus dem Kreis der anerkannten Bildungsträger und der Bildungs- und Beschäftigungsträger, die von der Bundesagentur für Arbeit und ARGE geförderte Maßnahmen durchführen, zusammensetzten, wurden (in Abstimmung mit dem BNN) identifiziert und das Panel für eine qualitative Befragung festgelegt. Für die Befragung wurde ein qualitativer Gesprächsleitfaden entwickelt. Das Angebot wurde zum einen bezogen auf Schwachstellen analysiert (Zugänglichkeit für alle Zielgruppen der Nachqualifizierung, Angebotsdefizite, Zertifizierung). Zum anderen wurden Schnittstellen bezogen auf eine Modularisierung des Angebots ermittelt, um Bildungsketten für An- und Ungelernte konzipieren zu können.

Ferner wurde auf Basis einer Dokumenten-/Datenauswertung aller Qualifizierungsangebote in der Region Bremen eine detaillierte Übersicht aktueller, potenzieller abschlusserorientierter Nachqualifizierungsangebote für den Beratungsauftrag des BNN erstellt.

Die Ergebnisse wurden als schriftliche Auswertung der Befragung zu den Angeboten der arbeitsmarktpolitischen Dienst-

leister mit daraus abgeleiteten Handlungsoptionen zur Unterstützung der Arbeit des Bremer Netzwerks Nachqualifizierung vorgelegt.

**Hammer, Gerlinde; Gebauer, Günter; Feldmann, Bernd (2010):** „Qualifizierungsangebote im Land Bremen und Handlungsempfehlungen für die abschlussorientierte Nachqualifizierung“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juli 2010

## FeQua 8

### Betriebliche Einstellungsgründe bzw. -hemmnisse für behinderte Menschen und Akzeptanz der Instrumentarien zu deren Integration in den ersten Arbeitsmarkt im Land Bremen

**Gerlinde Hammer, Brigitte Fietz, Dr. Günter Gebauer**

**Drittmittelprojekt** Integrations- und Versorgungsamt Bremen

**Beginn** 2009

**Abschluss** 2010

Behinderte Menschen haben ein Recht auf selbstbestimmte und umfassende Teilhabe sowie auf Gleichstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Dennoch haben schwerbehinderte Menschen oft besondere Hürden zu überwinden haben, um einen Arbeitsplatz zu finden. Die Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben ist ein allgemein anerkanntes und daher grundlegendes Ziel der Sozialgesetzgebung (SGB IX). Private und öffentliche Arbeitgeber/-innen mit mindestens 20 Arbeitsplätzen sind verpflichtet, auf wenigstens 5% der Arbeitsplätze schwerbehinderte Mitarbeiter/-innen zu beschäftigen. Bei Nichterfüllung muss die „Ausgleichsabgabe“ entrichtet werden. Es gibt Arbeitgeber/-innen in unterschiedlichen Branchen, die die staatliche Beschäftigungspflicht erfüllen und das Förderangebot im Wissen darum nutzen, dass schwerbehinderte Menschen - am richtigen Arbeitsplatz eingesetzt – verlässliche und leistungsfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind. Es gibt jedoch nach wie vor Unternehmen, die dieser Pflicht nicht nachkommen. Die Folge ist, dass die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben nach wie vor unbefriedigend ist.

Deshalb hatte das Versorgungsamt / Integrationsamt Bremen den Auftrag für eine wissenschaftlichen Studie erteilt, die Eckpunkte für Beschäftigungschancen bzw. -hemmnisse in den Unternehmen ermitteln sollte, um aufgrund dieser Expertise Beratung, Unterstützung und Öffentlichkeitsarbeit besser mit den betrieblichen Anforderungen und Sichtweisen abstimmen zu können. Als Ergebnis wurden praxisorientierte Handlungsempfehlungen vorgelegt, die dazu beitragen sollen, die Angebote zu optimieren und damit die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen in Bremen und Bremerhaven zu verbessern.

Die Datengewinnung der Studie erfolgte mit qualitativen Forschungsvorgehen. Mit Leitfaden gestützten Interviews wurden im Land Bremen drei Expertenbefragungen durchgeführt. Begonnen wurde mit einer Befragung überbetrieblicher Expertinnen und Experten aus Institutionen, deren Auftrag die Beratung und Betreuung dieser Zielgruppe ist. In diese Befragungswelle wurden zusätzlich Vertreter/-innen von Betriebsrat und Schwerbehindertenvertretung aus Unternehmen im Land Bremen einbezogen, um Beschäftigungsprobleme aus Sicht der schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit zu reflektieren. Diese Befragung zielte darauf, Erfahrungswissen sowie Einschätzungen für die Schwerpunktsetzung der Untersuchungsthemen und die Entwicklung der Gesprächsleitfäden für die beiden Betriebsbefragungen nutzbar machen. Es folgten zwei Betriebsbefragungen im privatwirtschaftlichen Sektor; die erste wurde in sog. Good-Practice-Betrieben, d.h. mit Personalverantwortlichen aus Betrieben, die ihrer Beschäftigungspflicht nachkommen, durchgeführt. Hier konnten Erkenntnisse über die positiven Gründe, die diese Betriebe veranlasst, schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen, gewonnen werden. Diese Erkenntnisse flossen in die Schwerpunktsetzung des Leitfadens für die zweite Betriebsbefragung ein. Die zweite Befragung wendete sich an Betriebe, die ihrer Beschäftigungspflicht nicht nachkommen, oder die aufgrund negativer Erfahrungen von einer Beschäftigung wieder Abstand genommen haben. Hier konnten Erkenntnisse darüber gewonnen werden, warum die Gründe für eine Beschäftigung schwerbehinderter Menschen der Best-Practice-Betriebe in diesen Betrieben nicht zum Tragen kommen bzw. welche Einstellungshemmnisse geltend gemacht werden.

**Fietz, Brigitte; Gebauer, Günter; Hammer, Gerlinde (2011):** „Die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Einstellungsgründe und Einstellungshemmnisse – Akzeptanz der Instrumente zur Integration“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2011.

**Fietz, Brigitte; Hammer, Gerlinde (2011):** „Die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Einstellungsgründe und Einstellungshemmnisse – Akzeptanz der Instrumente zur Integration. Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung in Unternehmen des Landes Bremen“, *Behindertenrecht* 50 (5): im Erscheinen.

## FeQua 9

Integrationsmanagement im Handwerk/Entwicklung von Instrumenten für ein Diversity-/Integrationsmanagement innerhalb der EQUAL Entwicklungspartnerschaft „Vielfalt im Arbeitsleben“ (ProViel)

**Gerlinde Hammer, Dr. Brigitte Beer, Dr. Erich Wachtveitl**

**Kooperationspartner** Berufsbildungszentrum (BFZ) der Handwerkskammer Bremen

**Drittmittelprojekt** gefördert im Programm EQUAL mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales; Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen; Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2005

**Abschluss** 2007

Im Fokus der Entwicklungspartnerschaft stand die Verbreiterung des Mainstream-Themas „Diversity“ als Thema der Organisations- und Personalentwicklung in Unternehmen. Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) verpflichtet u. a. Unternehmen zur Gleichbehandlung aller Mitarbeiter/-innen, gleich welchen Geschlechts, welcher Herkunft, welcher Religion, etc.

Das Teilprojekt „Instrumente für Integrations-/ Diversity-Management“ erarbeitet in enger Kooperation mit dem BFZ der Handwerkskammer Bremen eine Strategie zur Verankerung von Integrations-/ Diversity-Management in Handwerksbetrieben der Region. Elemente dieser Strategie waren die

- » Sensibilisierung der Handwerksbetriebe für Integrations-/ Diversity-Management
- » Verbesserung der Kompetenzen von Ausbildungs- und Führungskräften in KMU
- » Kompetenzentwicklung der Träger und Trägerinnen der beruflichen Weiterbildung
- » Kompetenzentwicklung der Migranten und Migrantinnen im Hinblick auf betriebliche Integration

**Die Arbeitsschwerpunkte des Projektes bezogen sich auf 4 Arbeitsfelder:**

- » Arbeitsfeld 1: Betriebliche Bedarfsanalysen zum Integrations-/ Diversity-Management
- » Arbeitsfeld 2: Diversifizierung von AEVO
- » Arbeitsfeld 3: Unterrichtsmaterialien zum Diversity-Management für AEVO- Meisterkurse
- » Arbeitsfeld 4: Trainingskonzept für die Implementierung des Integrations-/ Diversity-Managements in kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

In Kooperation mit dem Berufsbildungszentrum wurde eine Workshopkonzeption entwickelt und erprobt, die Personalverantwortliche in KMU dabei unterstützt, Integrations-/Diversity-Management in ihre Unternehmen zu implementieren.

**Beer, Brigitte; Hammer Gerlinde (2007):** „Handreichung zur Verankerung der „Charta der Vielfalt“ im Handwerk“. Institut Arbeit und Wirtschaft. November 2007

**Beer, Brigitte; Wachtveitl, Erich (2007):** „Leitfaden: Migrationssensible Kompetenzwahrnehmung und Kompetenzentwicklung für die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung im Handwerk“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2007

**Hammer, Gerlinde; Krebs, Reiner (2007):** „Integration Interkultureller Kompetenz in die Meisterausbildung im Handwerk: Konzeptionelle Inhalte, Impulsreferate, Präsentation, Unterrichtseinheiten Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2007.

## FeQua 10

Verbundprojekt: Women Exist – Unternehmens- und Existenzgründungskompetenzen für junge Frauen nach der Berufsausbildung; TV 2: Förderung genderbasierter Gestaltungspotenziale betrieblicher Lernumfelder

**Dr. Charlotte Dorn, Dr. Lothar Dorn**

**Kooperationspartner** Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet e.V. (BWU), Ursula Rettke

**Drittmittelprojekt** Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF); Europäischer Sozialfonds (ESF), Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2004

**Abschluss** 2008

Bremen und insbesondere die durch Strukturschwäche und hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnete Region Bremerhaven haben einen besonderen Bedarf an innovativen und wachstumsorientierten Existenzgründungen. Sie sind Träger des wirtschaftlichen Strukturwandels und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Das Projekt entwickelte in Kooperation mit dem Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet e.V. (BWU), und unter Schirmherrschaft des Verbandes deutscher Unternehmerinnen (VdU) Berlin, der bundesweiten Gründerinnenagentur (bga) Stuttgart sowie der Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau (ZGF) Bremen ein Qualifizierungs- und Beratungskonzept speziell für die Zielgruppe von Existenzgründerinnen.

Das Qualifizierungs- und Beratungskonzept wurde zugeschnitten auf die spezifischen Bedarfe aufstiegsorientierter junger Frauen

» die sich beruflich weiterentwickeln und ihre Karriere vorausschauend planen wollen

» oder in einer Existenzgründung eine mögliche Perspektive für ihre berufliche Entwicklung sehen.

In der Entwicklungspartnerschaft mit zahlreichen Beratungseinrichtungen und Unternehmen in Bremen und Bremerhaven (u. a.: Garbe Wirtschaftsberatung GmbH, Moskito Kommunikation + Design, DIALOG public relations, Lenderoth Glas + Technik, Hohnholz + Hohnholz, in(corporate GmbH, DaimlerChrysler AG Werk Bremen, Telekom AG), wurde ein internetbasiertes multimediales Lernsystem für selbst gesteuerte Lernprozesse entwickelt, das jungen Frauen beim Erwerb unternehmerischer Qualifikationen und Kompetenzen (Intrapreneurship) und Existenzgründungs-Qualifikationen und -Kompetenzen (Entrepreneurship) unterstützt. Integraler Bestandteil des Lernsystems sind betriebliche Trainings.

Als Endprodukt wurde im Projekt „Ein Lern- und Informationssystem für Frauen, die nach oben wollen“ entwickelt. Das Lernsystem steht als DVD mit booklet allen Interessierten sowie bundesweiten Existenzberatungsunternehmen/Institutionen zur Verfügung und wird bis heute nachgefragt.

Weitere Informationen zum Projekt unter [www.womenexist.de](http://www.womenexist.de)

**Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula (2007):** „WomenExist. Ein Lern- und Informationssystem für Frauen, die nach oben wollen. DVD und Booklet“. Institut Arbeit und Wirtschaft. November 2007

**Dorn, Lothar; Rettke, Ursula (2008):** „Kompetenzprofil Woman Entrepreneurship - Neubestimmungen für die Entrepreneurship- und Existenzgründungsforschung“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2008.

**Dorn, Charlotte; Rettke, Ursula (2008):** „Reader zur Fachtagung: Frauen in Führung und an die Spitze. Unternehmerische Kompetenzen für Karriere und Existenzgründung“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Mai 2008.

## FeQua 11

### Bremer Betriebe Online I: E-Learning in der beruflichen Bildung (BBO)

**Dr. Charlotte Dorn, Ernst Schubert**

**Kooperationspartner** Hochschule Bremen; Schulzentrum des Sekundarbereichs II Technisches Bildungszentrum Mitte (TBZ); Elektroinnung Bremen

**Drittmittelprojekt** Europäischer Sozialfonds (ESF), Landesprogramm „Bremen in T.I.M.E.“; Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen

**Projekträger** Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Bremen

**Beginn** 2004

**Abschluss** 2006

Der Erwerb und der kontinuierliche Ausbau von Wissen werden für Unternehmen und ihre Beschäftigten zu den entscheidenden Wettbewerbsfaktoren. Im Prozess des Lebenslangen Lernens wird es für den Einzelnen immer wichtiger, sein berufliches Fachwissen und seine Kompetenzen permanent zu aktualisieren und ständig zu erweitern bzw. an die jeweiligen Aufgabenstellungen anzupassen. Angesichts von zunehmendem Fachkräftemangel und einer ungünstigen demographischen Entwicklung ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Gestaltung des unternehmensinternen Wandels die ständige Verfügbarkeit der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Bereitschaft zum Lebenslangen Lernen. Umso dringlicher ist es, dass sich Qualifizierungsangebote im E-Learning konsequent an den Bedarfen und Lernvoraussetzungen der Lernenden sowie an der Lernumgebung und den damit verbundenen zeitlichen und technischen Rahmenbedingungen der Unternehmen und ihrer Beschäftigten orientieren.

Vor diesem Hintergrund entwickelte das Projekt „Bremer Betriebe Online – E-Learning in der beruflichen Bildung (BBO)“ ein E-Learning-Angebot für Auszubildende sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kleiner und mittelständischer Bremer Unternehmen der Metall- und Elektrobranche.

Im Rahmen des Projekts wurden für die schulische und betriebliche Erstausbildung modellhaft Qualifizierungen konzipiert, durchgeführt und evaluiert und dabei die E-Learning-Anteile in die bestehenden konventionellen Ausbildungsangebote integriert.

Dabei erfolgte die zielgruppenorientierte Gestaltung der Lernangebote im schulischen Bereich auf Basis der Ausbildungsverordnungen und der zu ermittelnden Qualifikationsbedarfe und Lernvoraussetzungen der Auszubildenden, im betrieblichen Kontext auf Basis von Qualifikationsbedarfsanalysen bei regionalen KMU aus der Metall- und Elektrobranche, die die individuellen Lernvoraussetzungen und beruflichen Kontexte der betrieblich Beschäftigten berücksichtigten.

Endprodukt des Projektes war eine Lernplattform, die als Online-Lernsystem mit tutorieller Unterstützung die technische Infrastruktur für die E-Learning-Qualifizierungsphasen zur Verfügung stellte. Das IAW unterstützte den Projektträger bei der Entwicklung des methodisch-didaktischen Konzepts für die telemediale Lernumgebung und in Fragen des Gender Mainstreaming.

Weitere Informationen zum Projekt und zur Lernplattform unter [www.tbz-bremen.de](http://www.tbz-bremen.de)

## FeQua 12

### Bremer Betriebe Online II: E-Learning in der beruflichen Bildung (BBO II)

**Dr. Charlotte Dorn, Ernst Schubert**

**Kooperationspartner** Hochschule Bremen, Schulzentrum des Sekundarbereichs II Technisches Bildungszentrum Mitte – TBZ, ElektroInnung Bremen

**Drittmittelprojekt** Europäischer Sozialfonds (ESF), Landesprogramm „Bremen in T.I.M.E.“; Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; Senator für Bildung und Wissenschaft

**Projektträger** Senatorin für Bildung und Wissenschaft

**Beginn** 2006

**Abschluss** 2007

Der Erwerb und der kontinuierliche Ausbau von Wissen werden für Unternehmen und ihre Beschäftigten zu den entscheidenden Wettbewerbsfaktoren. Im Prozess des lebenslangen Lernens wird es für den Einzelnen immer wichtiger, sein berufliches Fachwissen und seine Kompetenzen permanent zu aktualisieren und ständig zu erweitern bzw. an die jeweiligen Aufgabenstellungen anzupassen. Angesichts von zunehmendem Fachkräftemangel und einer ungünstigen demographischen Entwicklung ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Gestaltung des unternehmensinternen Wandels die ständige Verfügbarkeit der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Bereitschaft zum lebenslangen Lernen. Umso dringlicher ist es, dass sich Qualifizierungsangebote im E-Learning konsequent an den Bedarfen und Lernvoraussetzungen der Lernenden sowie an der Lernumgebung und den damit verbundenen zeitlichen und technischen Rahmenbedingungen der Unternehmen und ihrer Beschäftigten orientieren.

Ziel des Projekts Bremer Betriebe Online war es, durch die Integration von E-Learning in die Ausbildung in Berufen der Metall- und Elektrobranche zu einer Erhöhung der Ausbildungsqualität beizutragen. Das Projekt richtete sich an Auszubildende und an das schulische und betriebliche Lehr- und Ausbildungspersonal aus der Branche Metall-/ Elektrotechnik. Bei den Auszubildenden handelte es sich um angehende Industriemechaniker/-innen und Mechatroniker/-innen an der Beruflichen Schule Technisches Bildungszentrum Mitte. Die zweite Zielgruppe umfasste betriebliche Ausbilderinnen und Ausbilder aus regionalen KMU sowie Berufsschullehrerinnen und -lehrer aus den Fachbereichen Steuerungs- und Automatisierungstechnik.

Die Zielsetzung wurde durch einen zweigleisigen Ansatz bezüglich der Zielgruppen realisiert: Bei den Auszubildenden wurden qualitätssteigernde Effekte erreicht, die sich unmittelbar in den Resultaten der Abschlussprüfungen niederschlugen. In der Zielgruppe „betriebliches Ausbildungspersonal“ hingegen wurden insbesondere durch ihre Multiplikatorenfunktion mittelbare Effekte mit nachhaltiger Wirkung auf die betriebliche Bildungsinfrastruktur angestrebt.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt lag in der Neuentwicklung zusätzlicher elektronischer Lernmaterialien im Bereich Robotik und in der Modifikation der vorhandenen Lernmodule zu den Themen SPS, Pneumatik und Elektropneumatik. Die Lernmaterialien wurden in Form multimedialer Module nach Fertigstellung in die Online-Lernplattform integriert

Das IAW unterstützte den Projektträger bei der Entwicklung des methodisch-didaktischen Konzepts für die telemediale Lernumgebung und in Fragen des Gender Mainstreaming und führte die prozessbegleitende Evaluation durch.

Weitere Informationen zum Projekt und der Lernplattform unter [www.tbz-bremen.de](http://www.tbz-bremen.de)

## FeQua 13

### Innovatives Lernen in der Automatisierungstechnik (ILA)

**Gerlinde Hammer, Andreas Friemer**

**Kooperationspartner** Senatorin für Bildung und Wissenschaft (Trägerschaft); Hochschule Bremen, Koordinierungsstelle für Weiterbildung

**Drittmittelprojekt** Europäischer Sozialfonds (ESF); Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen; Landesprogramm „Ausbildung und Jugend mit Zukunft“, Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Bremen

**Beginn** 2009

**Abschluss** 2012

Ziel des Modellvorhabens ILA ist die Implementierung von höherwertigen automatisierungstechnischen Inhalten in Bildungsgänge an beruflichen Schulen. Durchgeführt wird es am Schulzentrum des Sekundarbereichs II –Technisches Bildungszentrum Mitte.

Das Projekt entwickelt und erprobt berufsübergreifende Qualifizierungsbausteine mit der Schwerpunktsetzung auf Robotik. Dabei werden in enger Zusammenarbeit mit Betrieben technologische Inhalte und neue Qualifikationsanforderungen ermittelt. So wird gewährleistet, dass sich die Entwicklung der Module an den mit dem Robotereinsatz verbundenen neuen Arbeitsplatzanforderungen orientiert. Die Qualifizierungsinhalte werden modular strukturiert, so dass die Bausteine flexibel in die unterschiedlichen Ausbildungsgänge der Metall- und Elektroberufe integriert und perspektivisch auch für betriebliche Weiterbildung genutzt werden können.

Die Module vermitteln übergreifende Techniken und Strategien, um grundlegende Fachkenntnisse in arbeitsplatzbezogene Lösungsstrategien zu übersetzen. Ziel dieses Ansatzes ist eine verbesserte Umsetzung des erworbenen Wissens, mit der ergänzend zur Fachausbildung eine Kompetenzerweiterung mit dem Schwerpunkt Anwendungstransfer erreicht werden soll.

Zielgruppen des Projekts sind Auszubildende in industriellen und handwerklichen Metall- und Elektroberufen in ihrer Funktion als zukünftige betriebliche Fachkräfte und das schulische und betriebliche Lehr- und Ausbildungspersonal.

Um den Zielgruppen in Schule und Betrieb einen zeitnahen und bedarfsbezogenen Zugriff zu gewährleisten, stehen die Lerninhalte auf einer Internetplattform als multimediale eLearning-Module zur Verfügung.

Diese Entwicklung der eLearning-Module steht im Fokus des Projektparts des IAW.

Weitere Informationen zum Projekt und seinen Produkten unter [www.ila.bbo-tbz-bremen.de](http://www.ila.bbo-tbz-bremen.de)

## FeQua 14

### Servicetechniken in der Luft- und Raumfahrt (LuRa)

**Gerlinde Hammer, Andreas Friemer**

**Kooperationspartner** Senatorin für Bildung und Wissenschaft (Trägerschaft); Hochschule Bremen, Koordinierungsstelle für Weiterbildung

**Drittmittelprojekt** Europäischer Sozialfonds (ESF); Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremer Landesprogramm „Fachkräfteinitiative“, Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Bremen

**Beginn** 2011

**Abschluss** 2012

Der Standort Bremen hat eine überregionale Bedeutung in der europäischen Luftfahrtindustrie mit exzellenten Wachstumsprognosen im Flugzeugbau und damit einhergehend für Serviceleistungen in den Bereichen Instandhaltung und Wartung luftfahrttechnischer Systeme. Allerdings sind auf dem lokalen Arbeitsmarkt die hierfür erforderlichen Personalressourcen, insbesondere im Bereich von autorisierten Servicefachkräften, nicht vorhanden.

Durch den Aufbau eines modularen Zertifizierungsangebots trägt das Projekt zur Behebung dieses Fachkräftemangels und damit zur Stärkung des innovativen Luft- und Raumfahrtclusters im Land Bremen bei. Die geplanten Qualifizierungen beziehen sich auf sogenannte CAT X-Zertifizierungen, die nach Vorgaben der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) Voraussetzung für die eigenständige Tätigkeit in hochkomplexen Servicebereichen sind. Durchgeführt wird das Projekt am Schulzentrum des Sekundarbereichs II – Technisches Bildungszentrum Mitte –, das als EASA zugelassener Ausbildungsbetrieb Zertifizierungen vornehmen darf.

Zielgruppen der Qualifizierungsangebote sind Auszubildende und ausgebildete Fluggerätemechaniker/-innen sowie betrieblich Beschäftigte in sogenannten förderlichen Berufen bei Service-Dienstleistern in der regionalen Luft- und Raumfahrtbranche, die sich nach einem vom Luftfahrtbundesamt geregelten „Bonuspunktesystem“ bereits erworbenen Qualifikationen für die Lizenzanerkennung anrechnen lassen können.

Wesentliches Instrument zur Umsetzung des Projektansatzes ist die Methode Blended Learning, in der konventionelle (Präsenzseminare) und neue telematische Lernformen (Online-Module) miteinander kombiniert werden. Methodisch-didaktischer Ansatzpunkt ist hier die Einbindung moderner Methoden der Wissensvermittlung, die die wesentliche Grundlage für die Entwicklung der inzwischen in allen Berufen immer stärker geforderte Medien- und Kommunikationskompetenz bilden und damit als Basis für die Herausbildung von Selbstlernkompetenz fungieren. Die Qualifizierungen werden in einem hybriden Lernarrangement durchgeführt. Es wird jedoch angestrebt, einen möglichst großen Teil der erforderlichen Zertifizierungsinhalte als eLearning-Module zu digitalisieren, um die Präsenzanteile insbesondere für die betrieblichen Zielgruppen maßgeblich zu reduzieren.

Das Qualifizierungsangebot soll nach Auslaufen der Förderung als qualitativ hochwertiges Standardangebot in die regionale Infrastruktur der beruflichen Weiterbildung integriert werden. Die Lerninhalte werden dann auf einer Internetplattform als multimediale eLearning-Module zur Verfügung gestellt. Eine Internetseite für das Projekt und seine Angebote wird zurzeit aufgebaut.

## FeQua 15

### Selbstlernkompetenzen für benachteiligte Jugendliche in der beruflichen Bildung – Lehr- und Lernberatung für Lehrkräfte und Schüler/-innen (Lern wieder!)

**Gerlinde Hammer, Änne Hildebrandt, Pieter Hagen-Torn, Eugen Nordloh, Dr. Norbert Hübner, Barbara Hummel, Susanne Kretzer**

**Kooperationspartner** Senatorin für Bildung und Wissenschaft Bremen sowie Beruflichen Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen im Bereich der Benachteiligtenförderung

**Drittmittelprojekt** Europäischer Sozialfonds (ESF); Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen; Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Bremen; Magistrat Bremerhaven; Arbeitnehmerkammer Bremen; Unfallkasse Bremen

**Beginn** 2005

**Abschluss** 2008

Insbesondere für benachteiligte Problemgruppen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes stellt die Motivation und Fähigkeit, sich immer wieder neu zu orientieren und die eigenen Qualifikationen selbstständig weiter zu entwickeln, eine unverzichtbare Schlüsselqualifikation dar. Sie wird für diese Zielgruppen zu einem Kriterium der Integration ins Beschäftigungssystem. Ohne eine positive Einstellung zum Lernen und Kompetenzen, um eigeninitiativ und selbst gesteuert Lernprozesse zu vollführen, wird insbesondere dieser Adressatenkreis, der neben sachlichen Defiziten in der Regel aufgrund negativer Schul- und Lernerfahrungen Motivations- und Lernblockaden aufweist, den Anforderungen des lebenslangen Lernens nicht gerecht werden können. Es ist daher Aufgabe der beruflichen Benachteiligtenförderung, Selbstlernkompetenz zu vermitteln auch für die Zeit, in der mit der Lernpflicht die Einbindung der Schüler und Schülerinnen in Lerninstitutionen erlischt. Hierfür sind auch neue Kompetenzen beim Lehrpersonal erforderlich. Insofern richtete sich das Projekt an Schüler und Schülerinnen sowie an Lehrende.

Das Projekt „Lern wieder!“ zielte auf die Entwicklung und Unterstützung der schulischen sowie außerschulischen Förderung von Selbstlernkompetenz benachteiligter Jugendlicher.

Aufbauend auf den Erfahrungen des BLK-Modellversuchs LeiLa (<http://www.iaw.uni-bremen.de/leila>) wurden im Projekt „Lern wieder!“:

- » Lehrkräfte und Ausbilder und Ausbilderinnen aus fünf beruflichen Schulen und einer außerschulischen Einrichtung vermittelt begleitender Lehr- und Lernberatung qualifiziert;
- » gemeinsam lernbiographische Kompetenzanalysen mit den Jugendlichen durchgeführt;
- » auf dieser Grundlage zielgruppenadäquate, insbesondere für Mädchen und junge Frauen geeignete (mediengestützte) Lernprojekte (Projekte zum Lernen) entwickelt, an den Schulen umgesetzt sowie die Lerneffekte begleitend analysiert;
- » die Ergebnisse der Lernprojekte im Sinne der Qualitätssicherung evaluiert und dokumentiert;
- » und diese Ergebnisse in Form von Transferleistungen für andere Schulen sowie durch modulare Fortbildungsangebote an weitere Lehrende in Aus- und Weiterbildungseinrichtungen verallgemeinert und verstetigt;
- » Lern wieder! hatte in einem regionalen Netzwerk zur Benachteiligtenförderung im Land Bremen mitgearbeitet.

Weitere Informationen zum Projekt unter [www.iaw.uni-bremen.de/netzwerk-lebenslanges-lernen](http://www.iaw.uni-bremen.de/netzwerk-lebenslanges-lernen)

**Hagen-Torn, Pieter; Hildebrandt, Änne; Hummel, Babara; Nordloh, Eugen (2007):** „Leitfaden zur Planung, Umsetzung, Evaluation und Dokumentation von Lernprojekten zur Förderung des lebenslangen Lernens“. ESF-Projekt „Lern wieder!“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2007.

**Hagen-Torn, Pieter; Hildebrandt, Änne; Hammer, Gerlinde; von Flatow, Sybille (2007):** „Lernprojekte mit Ernstcharakter Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2007.

**Hammer, Gerlinde (Hg.) (2008):** *Markt der Lernprojekte. Jugendliche agieren kompetent.* Tagungsdokumentation. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

## FeQua 16

### Selbstwirksamkeit durch Selbststeuerung und kooperatives Lernen für benachteiligte Jugendliche in der Berufsausbildung und ihr pädagogisches Personal (BLK-Modellversuch SESEKO)

**Gerlinde Hammer, Elisabeth Rupprecht, Dr. Erich Wachtveitl, Dr. Norbert Hübner**

**Kooperationspartner** Senatorin für Bildung und Wissenschaft und Beruflichen Schulen

**Drittmittelprojekt** Gefördert im Modellversuchsprogramm „skola“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF); Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Bremen; Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2005

**Abschluss** 2007

Auftrag des BLK-Modellversuchs SESEKO war die Verbesserung der Ausbildungs-, Berufs- und Beschäftigungsfähigkeit in den Passagen beruflicher Bildung

- » durch Verbesserung der Qualität der Bildungsgänge
- » durch neue, für das moderne Arbeitsleben erforderliche Kompetenzen des lebenslangen Lernens
- » insbesondere für bildungsbenachteiligte Jugendliche
- » um deren Ausgrenzung aus Arbeit und Gesellschaft entgegen zu wirken.

Unter Selbstwirksamkeit wird die subjektive Überzeugung verstanden, schwierige Aufgaben (oder Lebensprobleme) aufgrund eigener Kompetenzen bewältigen zu können (A. Bandura). Diese Selbstwirksamkeitserwartung wird von positiven Erfahrungen gespeist. Benachteiligte Jugendliche verfügen aber nur begrenzt über dieses positive Bewusstsein der eigenen Effizienz. Sie haben in vielen Fällen kontinuierliche Erfahrungen des Scheiterns in Lern- und sonstigen Lebenszusammenhängen gemacht. Sie haben sich als selbstunwirksam erlebt. Benachteiligte Jugendliche bedürfen also eines Lern- und Erlebensumfeldes, das die Spirale negativer Wirkungserfahrungen unterbricht und neue positive Wirkungseffekte erfahrbar macht. Das Projektziel war deshalb die Entwicklung von Selbstwirksamkeit durch Förderung von

- » Interesse, Lernfreude/motiviertem Lernen
- » Kooperativem Lernen, Konflikt- und Diskussionsfähigkeit
- » Selbstbestimmung und Selbstregulation.

Hierfür bedurfte es der Kompetenzentwicklung von Lernenden, Lehrenden und des Lern- und Arbeitsfeldes Schule. Aufbauend auf den Erfahrungen des BLK-Modell-Versuchs Leila (<http://www.iaw.uni-bremen.de/leila>) wurden sog. Lernprojekten (u.a. auf Basis neuer Medien) entwickelt und erprobt mit der Zielsetzung mittels innovativer Lehr-/Lerninhalte methodisch-didaktischer Strategien zu befördern.

Prozessbegleitende Evaluationen, ständige synergetische Rückkopplung zwischen den beteiligten Berufsschulen, Veranstaltungen und Workshops sowie der Dialog mit regionalen und überregionalen Expertinnen und Experten der Berufsbildung dienten der Qualitätssicherung der Projektarbeit und der regionalen sowie überregionalen Verbreitung der Projektergebnisse.

Um den Transfer in die Region zu verstärken, beteiligte sich SESEKO am „Netzwerk lebenslangen Lernens in der Integrationsförderung des Landes Bremen“ und konzipierte Fortbildungen zu den Themen des BLK-Modellversuches SE-SEKO.

Weitere Informationen zum Projekt unter [www.seseko.de](http://www.seseko.de)

**Hammer, Gerlinde; Hübner, Norbert; Kostov, Iskra Heja (2007):** „Wie lernt man, zusammenzuarbeiten?“. Institut Arbeit und Wirtschaft. August 2007.

**Hammer, Gerlinde; Hübner, Norbert (2008):** „Reflexionsmethoden in Lernprojekten für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf“. in: Ilona Diesner, Dieter Euler, Günter Pätzold, Bernadette Thomas, Julia von der Burg (Hg), *Selbstgesteuertes und kooperatives Lernen. Good-Practice-Beispiele aus dem Modellversuchsprogramm SKOLA*. Paderborn: Eusl-Verlagsgesellschaft mbH, 117-126.

**Hammer, Gerlinde; Hübner Norbert (2008):** „Abschlussbericht zum BLK-Modellversuch SESEKO –Selbstwirksamkeit durch Selbststeuerung und kooperatives Lernen für benachteiligte Jugendliche in der Berufsbildung und ihr pädagogisches Personal“. Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Freie Hansestadt Bremen. Dezember 2008.

## FeQua 17

### Personalfortbildung für die Förderung lebenslangen Lernens in der beruflichen Integrationsförderung (LELE)

**Gerlinde Hammer, Dr. Brigitte Fietz, Pieter Hagen-Torn, Änne Hildebrandt, Dr. Rolf Röhrig**

**Drittmittelprojekt** Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Bremen; Landesmittel Bremen

**Beginn** 2005

**Abschluss** 2007

Den Kern dieses Netzwerks bildeten drei Projekte zum lebenslangen Lernen für (bildungs)benachteiligte Jugendliche und ihr Lehrpersonal; das Projekt „LELE“ hatte die Leitung.

- » das ESF-Projekt „Lern wieder!“ (Selbstlernkompetenzen für benachteiligte Jugendliche in der beruflichen Bildung – Lehr- und Lernberatung für Lehrkräfte und Schüler und Schülerinnen),
- » der BLK-Modellversuch „SESEKO“ (Selbstwirksamkeit durch Selbststeuerung und kooperatives Lernen für benachteiligte Jugendliche in der Berufsbildung und ihr pädagogisches Personal), sowie
- » das Projekt „LELE“ (Personalfortbildung für die Förderung lebenslangen Lernens in der beruflichen Integrationsförderung), gefördert von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft des Landes Bremen.

Bildungsbenachteiligte Jugendliche sind zumeist die „Verlierer“ im Bildungssystem. Deshalb sollten gerade sie über Kompetenzen zum „lebenslangen Lernen“ verfügen, um überhaupt Chancen innerhalb des Ausbildungs- und Berufssystems wahrnehmen zu können.

Gemeinsame Zielsetzung der im Netzwerk zusammengefassten Projekte war es, die Lernbereitschaft und Lernkompetenz bildungsbenachteiligter Jugendlicher und junger Erwachsener, insbesondere von Mädchen und jungen Frauen, in beruflichen Bildungsprozessen zu fördern und sie in Stand zu setzen, auch jenseits institutioneller Berufsbildungsangebote selbständig und kontinuierlich (weiter) zu lernen. Für die Vermittlung dieser Kompetenzen an bildungsbenachteiligte Jugendliche bedurfte es neuer methodisch-didaktischer Strategien zur Förderung der Fähigkeit zu selbst organisiertem Lernen in der schulischen und außerschulischen beruflichen Integrationsförderung. Zur Einlösung dieser Zielsetzung waren deshalb auch neuartige Kompetenzen beim Lehr- und Ausbildungspersonal erforderlich. Die Projekte „LERN WIEDER!“, „SESEKO“ und „LELE“ richteten sich daher mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung sowohl an die Jugendlichen selbst als auch an ihr Lehr- und Ausbildungspersonal.

Die Vernetzung der Projekte und ihrer Partner und Partnerinnen schaffte Synergien mit dem Resultat, dass ein Fortbildungsprogramm zum „lebenslangen Lernen“ für schulisches und außerschulisches Lehr- und Ausbildungspersonal in der beruflichen Integrationsförderung des Landes Bremen angeboten werden konnte. Die thematischen Schwerpunkte beruhten auf bei den am Netzwerk beteiligten Einrichtungen und auf den bei dem dort tätigen Lehr- und Ausbildungspersonal durchgeführten Bedarfserhebungen zu den Kompetenzfeldern des lebenslangen Lernens sowie der entsprechenden Methodik und Didaktik. Dieses Programm war modular aufgebaut und sah fallweise Basis- und Aufbaumodule vor. Die Module bildeten in sich abgeschlossene Lerneinheiten, die frei kombinierbar waren. Das Fortbildungsprogramm kombinierte Präsenzveranstaltungen mit Selbstlerneinheiten und legte Wert auf eine gemeinsame Auswertung der Umsetzung in der Ausbildungs- und Unterrichtspraxis (Evaluation).

Weitere Informationen zum Projekt und zu dem Fortbildungsprogramm unter [www.iaw.uni-bremen.de/netzwerk-lebenslanges-lernen](http://www.iaw.uni-bremen.de/netzwerk-lebenslanges-lernen)

## FeQua 18

### Arbeits- und Berufsorientierung für die Zukunft – Lernort Praktikum (ABO für die Zukunft)

**Gerlinde Hammer, Eugen Nordloh, Susanne Kretzer, Änne Hildebrandt**

**Kooperationspartner** Senatorin für Bildung und Wissenschaft Bremen; Schulbehörde/Magistrat Bremerhaven und 15 allgemeinbildenden und beruflichen Schulen des Landes Bremen

**Drittmittelprojekt** Europäischer Sozialfonds (ESF); Landesprogramm „Ausbildung und Jugend mit Zukunft“; Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Bremen, Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen; Magistrat Bremerhaven; Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2008

**Abschluss** 2011

Das Land Bremen hat beschlossen, eine verstärkte Praxis-/Berufsorientierung vor der 1. Schwelle, dem Übergang in eine Ausbildung, vor allem in den beiden Abschlussklassen der Sekundarstufe I mit dem Abschluss der (erweiterten) Berufsbildungsreife zu „verordnen“; aber auch in den diversen schulischen Maßnahmen der Ausbildungs-/Berufsvorbereitung in den Berufsschulen wird verstärkter Wert auf Betriebspraktika gelegt.

Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist die hohe Zahl von Jugendlichen, die ohne Bildungsabschluss die Schule verlassen, die sich in berufsvorbereitenden Maßnahmen befinden und denen trotzdem der Übergang nicht gelingen will; zu viele Jugendliche befinden sich zu lange im sog. beruflichen Übergangssystem.

**Zielsetzung:** Im Fokus der Verbesserung der Situation hinsichtlich Ausbildungs-/Berufsbildungsreife dieser Zielgruppe steht das sog. Praxislernen in betrieblichen Praktika; die übrigen Fächer/Schulstunden sind unter dieser Zielsetzung des Praxislernens neu zu reflektieren. Diese Maßnahmen der Berufsorientierung in Werkstätten wie auch Schülerbetriebspraktika sind auch jetzt gängige Bildungspraxis. Diese Instrumente der Praxisphase sollen einen weit höheren Stellenwert erhalten und auf Verbesserungspotenziale und Durchführungsstandards hin reflektiert werden. Ziel ist die Beförderung der Ausbildungsreife und der „richtigen“ (subjektiv/Eignung und objektiv/Anforderungsniveau) Berufswahlentscheidung. Der Anspruch besteht darin, ein nach Arbeitsschritten/Arbeitspaketen systematisiertes und in der Schulpraxis erprobtes und qualitativ ausgewertetes „Modell“ eines Betriebspraktikums vorzulegen. Welche Richtung die Schulentwicklung auch in den nächsten Jahren einschlagen wird – das erarbeitete „Modell“ des Betriebspraktikums sollte darin seinen Platz beanspruchen können.

**Projektumsetzung:** Entwickelt wird – in Kooperation mit 15 Schulen im Land Bremen – ein „Baukastensystem“ mit Unterrichtsprojekten und -materialien für die Vorbereitung (Phase 1), Durchführung (Phase 2) und Auswertung (Phase 3) des betrieblichen Schüler/-innen-Praktikums. Berufliche Orientierung Handlungskompetenzen (eingeschlossen Selbstlernkompetenzen, Reflexionsmethoden, Sozialverhalten) zu vermitteln ist methodisch-didaktische Richtlinie. Als Ergebnis/Produkt wird ein „Baukastensystem“ mit den entsprechenden Instrumenten (z.B. Tests, Fragebögen, Beurteilungsraster, Checklisten, Leitfäden zur Gestaltung von Lernaufgaben, etc.) vorliegen, die die praktische Umsetzungsarbeit der Lehrkräfte unterstützen. Parallel zu dieser schulpraktischen Entwicklungsarbeit werden Fortbildungen für das Lehrpersonals im Übergangssystem angeboten.

Weitere Informationen zum Projekt unter [www.abo-beruf.de](http://www.abo-beruf.de)

**Hammer, Gerlinde; Hildebrandt, Änne; Nordloh, Eugen; Kretzer, Susanne (2011):** „Handbuch zum Schüler/-innen-Betriebspraktikum in der Berufsvorbereitung. Zehn Unterrichtseinheiten mit „Ernstcharakter“ zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des Betriebspraktikums. Eine Veröffentlichung des Projektes ABO“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Oktober 2011.

## FeQua 19

### Optimierung der Maßnahmen zur Berufsausbildungsvorbereitung durch Qualifizierungsbausteine (Opti-Qua)

**Gerlinde Hammer, Ulf Benedix, Jörn Fischer, Annelen Ackermann, Bernd Feldmann**

**Kooperationspartner** Senatorin für Bildung und Wissenschaft Bremen, Schulbehörde/Magistrat Bremerhaven und 5 beruflichen Schulen des Landes Bremen

**Drittmittelprojekt** Europäischer Sozialfonds (ESF); Landesprogramm „Ausbildung und Jugend mit Zukunft“; Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Bremen; Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen; Magistrat Bremerhaven; Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2009

**Abschluss** 2011

Es besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber, dass strukturelle Verbesserungen im sog. beruflichen Übergangssystem dringend erforderlich sind. Denn statt Übergänge in Ausbildung zu ermöglichen, erweisen sich die Maßnahmen zur Berufsausbildungsvorbereitung allzu oft als Warteschleife: Rund zwei Drittel der Jugendlichen mit Haupt- oder ohne Schulabschluss bleiben nach zweieinhalb Jahren ohne Ausbildungsplatz. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind dabei besonders benachteiligt.

Qualifizierungsbausteine gelten als vielversprechender Ansatz, um Transparenz und Berufsorientierung der Maßnahmen zu erhöhen und damit die Anschlussfähigkeit zu verbessern. So soll auch eine bessere Verzahnung zwischen schulischen und außerschulischen Maßnahmen in der Berufsausbildungsvorbereitung erreicht werden.

Schwerpunkt des Projekts Opti-Qua ist es, die berufsbildenden Schulen im Land Bremen bei der Entwicklung und Umsetzung von Qualifizierungsbausteinen/Lernbausteinen in der Berufsausbildungsvorbereitung wissenschaftlich zu beraten und bei der Verschriftlichung zu unterstützen. In den drei Berufsfeldern – Metall-/Elektroberufe, kaufmännische Berufe und Hauswirtschaft/Ernährung – ist die Entwicklung der Lernbausteine angesiedelt.

Diese Zielsetzung wird in folgenden Schritten umgesetzt:

- » Bestandsaufnahme in der schulischen und außerschulischen Berufs(ausbildungs)vorbereitung. In Werkstattgesprächen werden entlang eines qualitativer Leitfadens Einsatz, Erfahrungen mit und Potenzial von Qualifizierungsbausteinen in den Maßnahmen und Bildungsgängen ermittelt.
- » Die auf dieser Grundlage für die Mitarbeit gewonnenen Schulvorhaben entwickeln für die geplanten Bausteine einen curricularen Umsetzungsvorschlag, der sich auf das je spezifische Berufsfeld der Schule in den Berufsfachklassen bezieht. Dabei bietet das Projekt Beratung und wissenschaftliche Unterstützungsleistungen an. In den Schulvorhaben for-

mulierten konkreten Unterstützungsbedarfe werden aufgegriffen und in spezifische Qualifizierungspakete für die Lehrkräfte umgesetzt.

» Die entwickelten Bausteine werden erprobt, dokumentiert und bewertet. Damit die Ergebnisse nachhaltig Eingang in die Bildungspraxis im Land Bremen finden, werden drei Transferpfade verfolgt:

1. In Fortbildungen werden die Ergebnisse weiteren Lehrkräften als Multiplikatoren/Multiplikatorinnen vermittelt.
2. In Transferworkshops werden die Ergebnisse mit den Kooperationspartnern/-partnerinnen, den beteiligten Schulen und der interessierten Öffentlichkeit diskutiert.
3. Die Projektarbeit und ihre Ergebnisse werden auf der Projekthomepage laufend dokumentiert.

Weitere Informationen zum Projekt unter [www.opti-qua.de](http://www.opti-qua.de)

**Hammer, Gerlinde; Benedix, Ulf (2009):** „Bericht über die Ergebnisse der Bestandsaufnahme: Qualifizierungsbausteine in berufs(ausbildungs)vorbereitenden Bildungsgängen und Maßnahmen“. Publikation Projekt Opti-Qua. Institut Arbeit und Wirtschaft. Oktober 2009.

**Hammer, Gerlinde; Benedix, Ulf (2011):** „Lernbausteine zur Optimierung der schulischen Berufsausbildungsvorbereitung. Bericht über eine praxisorientierte Entscheidungsfindung in der Auseinandersetzung mit Qualifizierungsbausteinen: Berufsbildungs-politische Diskussionen, Begleitforschung, eigene Bestandsaufnahmen, Schlussfolgerungen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juli 2011.

**Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde (2011):** „Dokumentation von Lernbausteinen in der Berufsvorbereitung für die Berufsfelder Elektro-/Metall, Hauswirtschaft und Kaufmann/-frau. Abschlussbericht des Projektes Opti-Qua“. Institut Arbeit und Wirtschaft. November 2011.

## FeQua 20

Lernortkooperation zwischen Schule und Betrieb: Qualifizierungspraktika mit Lernbausteinen für den erfolgreichen Übergang von der Schule in Ausbildung (LOK)

**Gerlinde Hammer, Marzio M. Novello**

**Drittmittelprojekt:** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn:** 2011

**Abschluss:** 2011

Einschlägige Übergangsstudien belegen, dass Effizienzverbesserungen im Übergangssystem zwischen Schule und Ausbildung/Arbeit herbeigeführt werden müssen. Statt „Übergänge“ sind hier aber oft „Warteschleifen“ vorzufinden. Auch in Bremen wird die berufsbildungspolitische Debatte darum geführt, welche Schritte im regionalen Übergangssystem hierzu Ziel führend sind und vordringlich ergriffen werden sollen. Dabei bildet die Gestaltung der Berufsausbildungsvorbereitenden schulischen Bildungsgänge ein wichtiges Handlungsfeld, wobei der Übergang in eine Ausbildung das primäre Ziel sein soll. Dies wird auch durch die „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013“ bekräftigt.

Die Schnittstelle Betrieb/Schule stellt in der Diskussion um effiziente Übergangs-Instrumente eine zentrale Aktionsfläche dar, die einer besonderen Gestaltung bedarf. Praxisphasen haben erst dann eine nachhaltige Wirkung im Rahmen der schulischen Berufsorientierung, wenn sie betriebliche Anforderungen und individuelle Potenziale zu einander führen können. Begleitete Betriebspraktika erweisen sich als das Strukturelement, das am eindeutigsten „Anschlussfähigkeit“ verbürgt, indem es einen sog. „Klebeffekt“ entfaltet: Der Betrieb übernimmt immer öfter Jugendliche in Ausbildung, wenn er sie im Rahmen eines Praktikums kennen gelernt hat.

Erfahrungen mit Qualifizierungsbausteinen in der Benachteiligtenförderung legen nahe, die qualifizierenden Praktika für benachteiligte Jugendliche im Zusammenspiel von Betrieb und Träger/Schulen so zu organisieren, dass von der realen betrieblichen Situation ausgehend Praktikumsfelder definiert und darauf bezogen passende Qualifizierungsziele und -pläne entwickelt werden, die gemeinsam von Schule und Betrieb umgesetzt werden können. Es gilt somit, formale und inhaltliche Strukturierungsprinzipien für Qualifizierungspraktika für Jugendliche in Maßnahmen der Ausbildungsvorbereitung zu definieren.

In diesem Projekt wird ein wissenschaftlich fundiertes Handlungsmodell zur Umsetzung dieser Lernortkooperation erarbeitet. In diesem Modell wird formal und inhaltlich die Lernortkooperation mittels Lernprojekten/Lernbausteinen vorstrukturiert. Dabei bilden Lernbausteine/Lernprojekte das Betrieb und Schule verzahnende Element, das

- » aufbauend auf dem in der realen Betriebspraxis möglichen Praktikumseinsatz standardisierte Praktikumsfelder identifiziert,
- » grundlegende praktische Anforderungen des Berufsfelds vermittelt,
- » in die berufsfeldbezogene Fachpraxis einführt und
- » die Aufnahme einer Ausbildung hemmenden Defizite (Kulturtechniken, soziale und personale Kompetenzen) aufarbeitet.

Da ein solches Modell nur in Kooperation mit den entsprechenden Akteuren, den bildungspolitischen, schulischen und betrieblichen Verantwortlichen realisiert werden kann, soll dieser „Effizienzvorschlag für das Übergangssystem“ abschließend mit entsprechende Institutionen und Personen in einem Werkstattgespräch diskutiert werden. Als relevante Akteure kommen hierfür Vertreter/-innen der Schulbehörde, von berufsbildenden Schulen, von Kammern, Verbänden, Gewerkschaften und Betrieben aus interessierten Wirtschaftszweigen in Frage.

## FeQua 21

### StartFit – Prozessoptimierung, Prävention und Gesundheitshandeln in Existenzgründungs-Unternehmen

**Dr. Charlotte Dorn, Dr. Lothar Dorn, Brigitte Fietz, Dr. Erich Wachtveitl**

**Kooperationspartner** Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet e.V. (BWU)

**Drittmittelprojekt** Europäischer Sozialfond, Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen; Bremer Investitionsgesellschaft –BIG Bremen; Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2006

**Abschluss** 2008

Bremen und insbesondere die durch Strukturschwäche und hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnete Region Bremerhaven haben einen besonderen Bedarf an innovativen und wachstumsorientierten Existenzgründungen. Sie sind Träger des wirtschaftlichen Strukturwandels und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

In den Existenzgründungsunternehmen haben in der Gründungs- und Aufbauphase vor allem wirtschaftliche Fragen Priorität. Den jungen Unternehmern und Unternehmerinnen wird ein hohes Maß an Kreativität und Arbeitseinsatz abverlangt – ein Kraftakt, der häufig auf Kosten ihrer Belastungsfähigkeit und Gesundheit und der ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter realisiert wird. Für die Sicherung eines nachhaltigen Unternehmenserfolges ist es jedoch notwendig, eine Balance herzustellen zwischen den Belastungsfaktoren und den damit verbundenen Gesundheitsgefährdungen, die in einzelnen Branchen und Gründungsbereichen sehr unterschiedlich sein können: Wie bleiben Unternehmer, Unternehmerin und ihre Beschäftigten trotz hoher Anforderungen und Stress gesund und leistungsfähig? Welche Pflichten haben die neuen Unternehmerpersönlichkeiten gegenüber ihren Beschäftigten?

Bundesweite Untersuchungen zeigten, dass Informationsstand und Wissen zu Fragen der Arbeitsgestaltung und zum Gesundheitsschutz bei Existenzgründerinnen und -gründern ebenso wie bei Beraterinnen und Beratern ausgesprochen gering sind. Hier setzte das Projekt an: Vermittelt über den Erfahrungsaustausch zwischen jungen Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen und unter Einbezug der Erfahrungen von Expertinnen und Experten zu Problemen von Arbeitssicherheit und Gesundheitshandeln, war es das Ziel von StartFit, ein branchenübergreifendes Netzwerk von und für Gründerinnen und Gründer aufzubauen.

Das Projekt StartFit zeigte, dass intelligente Konzepte von Prävention und Gesundheitshandeln nicht nur Krankheitsstände senken helfen, sondern zugleich entscheidende Beiträge leisten können für Prozessoptimierungen, für verbesserte Kooperationsbezüge und Kommunikationsprozesse innerhalb des Unternehmens und nach außen, für Zeiteinsparungen und für eine höhere Produkt- und Dienstleistungsqualität.

Das Projekt unterstützt junge Unternehmerinnen und Unternehmer bei der Einrichtung und Optimierung von Arbeitsumgebung, Arbeitsmitteln, Arbeitsorganisation und bei der Realisierung eines präventionsorientierten, gesundheitsfördernden Arbeitsverhaltens.

Gemeinsam mit den beteiligten Unternehmen wurden modellhaft Erprobungen in vier Schwerpunkten durchgeführt:

- » Hilfestellung und Beratung bei der Realisierung/Optimierung von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz im Unternehmen entsprechend der rechtlichen Regelungen
- » Coaching im Bereich Personalführung
- » Coaching im Bereich Kundenakquise
- » Beratung zu Fragen der Arbeitsplatzergonomie und der Verhaltensprävention

Im Rahmen des Projekts wurde ein „StartInfo“ veröffentlicht - Gesund und sicher ein Unternehmen gründen - Informationen, Erfahrungen, Beispiele aus der Gründungs- und Unternehmenspraxis mit 5 Informationsheften und einer DVD mit Links und Filmszenen aus der Unternehmenspraxis. Dieses Paket wurde Betrieben und Existenzgründer/-innen aus der Region sowie den bundesweiten Existenzgründungsberatungsstellen zur Verfügung gestellt und wird bis heute nachgefragt.

Weitere Informationen zum Projekt unter [www.startfit-online.de](http://www.startfit-online.de)

**Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; Fietz, Brigitte (2008):** „StartPlan - Informationen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer in Bremerhaven“. Institut Arbeit und Wirtschaft. April 2008.

**Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; Fietz, Brigitte (2009):** „StartBox – Was sollten Sie bei der Existenzgründung zum Thema Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz wissen? 14 Fragen und Antworten“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2009.

**Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; Fietz, Brigitte (2009):** „StartInfo: Gesund und sicher ein Unternehmen gründen – Informationen, Erfahrungen, Beispiele aus der Gründungs- und Unternehmenspraxis“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2009.

## FeQua 22

### Zukunft planen: Verbesserung von Kommunikation, Kooperation und Qualifikation bei Partnern und Partnerinnen der Altenpflege (KoKoQ)

**Gerlinde Hammer, Gunthild Kuhr, Dr. Norbert Schöll, Dr. Norbert Hübner**

**Drittmittelprojekt** Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Landesprogramm „Arbeit und Technik“; Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen; Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2005

**Abschluss** 2008

Pflegeeinrichtungen standen in den 90er Jahren vor großen neuen Herausforderungen: Es galt – vor dem Hintergrund umfangreicher Qualitätsprüfungen der medizinischen Dienste der Krankenversicherung – die Qualität der Dienstleistungserbringung zu sichern und sie kontinuierlich zu verbessern; es galt und gilt weiterhin, kostenbewusst („effektiv“ und „effizient“) zu arbeiten; es galt und gilt weiterhin, einrichtungsintern Vorgehensweisen von Prozesslenkung und Prozessgestaltung sowie der Qualitätssicherung der Dienstleistungserbringung (alles nach PQsG) und des Gesundheitsschutzes der Mitarbeitenden zu erbringen.

Das Ziel von KoKoQ war, den Zusammenhang von Qualität der Dienstleistung und Qualität des präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutzes mit den Bedingungen ihrer Erbringung (Arbeitsumfeld, Arbeitsorganisation, Arbeitssicherheit) organisatorisch in den Pflegeunternehmen zu verankern: Als „gute Praxis“ von Unternehmensführung.

Das Projekt verfolgte einen ganzheitlichen, integrativen Qualitäts-/Arbeits- und Gesundheitsschutzansatz, der eine kontinuierliche Verbesserung von Arbeitsumgebung, Arbeitsmitteln, Arbeitsorganisation sowie eines gesundheitsförderlichen Arbeitsverhaltens vorsah. Darüber hinaus wurden die Beschäftigten eingebunden in den Prozess der Gefährdungsbeurteilung. Sie haben gelernt, Schwachstellen und kritische Situationen im Vorfeld zu identifizieren mit dem Ziel, ihnen erfolgreich zu begegnen und damit nicht nur möglichst störungsfreie Abläufe zu gewährleisten, sondern auch ein hohes Maß physischen und psychischen Wohlbefindens bei der Arbeit zu realisieren. Dafür wurden im Unternehmen die organisatorischen und kommunikativen Voraussetzungen geschaffen oder verbessert und der Aufbau eines „Integrativen Management-Systems“, das qualitative Aspekte der Dienstleistungserbringung (Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität) verbindet mit den Grundsätzen und Zielen eines präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutzes, befördert. Dies erfolgte durch überbetriebliche Seminare zu ausgewählten Bereichen „Guter Praxis“; durch Beratung und Unterstützung „vor Ort“ (Coaching) für die betrieblichen Partner/-innen im Projektverbund (seit Beginn 2005) sowie für weitere Einrichtungen im Lande Bremen (ab 2006). Im letzten Projektjahr 2008 wurde ein zusätzlicher Themenschwerpunkt mit aufgenommen: „Interkulturelle Öffnung in der Alten- und Krankenpflege“, einschließlich einer Fachtagung zum Thema.

Weitere Informationen zum Projekt unter [www.pflege-projekt.de](http://www.pflege-projekt.de)

**Hammer, Gerlinde; Schöll, Norbert (2008):** „Präventiv geplanter und gut organisierter Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Ein Leitfaden für Pflegeeinrichtungen. Publikation Projekt KoKoQ. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2008.

**Hammer, Gerlinde; Hübner, Norbert; Schöll, Norbert (2008):** „Interkulturelle Öffnung – Ein Leitfaden für Pflegeeinrichtungen“. Publikation Projekt KoKoQ. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2008.

**Beer Brigitte; Hammer, Gerlinde; Kuhr, Gundi (2008):** „Integration von Diversity in die Altenpflege. Ein Leitfaden für Pflegeeinrichtungen. Publikation Projekt KoKoQ“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2008.

## FeQua 23

### Innovative Strategien und Handlungsanleitungen für einen wohlorganisierten, präventiven und beteiligungsorientiert umgesetzten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen des Landes Bremen (ProAktiv!)

**Gerlinde Hammer, Gunthild Kuhr, Wiebecke Novello, Dr. Norbert Hübner, Nina Seibicke, Anita Stickdorn**

**Kooperationspartner** Pflegeeinrichtungen des Landes Bremen, Hochschule Bremen, Altenpflegeschule der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen

**Drittmittelprojekt** Europäischer Fond für regionale Entwicklung (EFRE); Landesinitiative Arbeits- und Gesundheitsschutz; Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen; Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2009

**Abschluss** 2011

Aufgrund der demographischen Entwicklung ist in den nächsten Jahren mit einer steigenden Nachfrage nach Leistungen im Pflegebereich zu rechnen. Den Einrichtungen droht ein Fachkräftemangel, der durch die besonders gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen im Pflegesektor und die entsprechend hohe Fluktuation noch verstärkt wird. Aus diesem Grund strebt das Projekt ProAktiv! neue Wege zu einem systematischen, ziel- und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz (AGS) an.

Im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) soll das Projekt dazu beitragen, den Forschungstransfer zwischen arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen und betrieblicher Praxis zu leisten um die Umsetzung eines präventiven und beteiligungsorientierten AGS in Pflegeunternehmen zu verbessern. Im Laufe des Projekts werden mit den Betrieben vier Handlungsanleitungen zur Umsetzung der GDA-Ziele (Verminderung von Muskel-Skeletterkrankungen, Haut- und Infektionskrankungen unter Berücksichtigung psychischer Fehlbelastungen) im Rahmen eines systematischen AGS erarbeitet, sowie in Zusammenarbeit mit der Hochschule Bremen und der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen AGS-Module für die Aus- und Weiterbildung von Pflegekräften entwickelt und erprobt. Diese Materialien und Module sollen für eine Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Pflegeeinrichtungen des Landes Bremen und darüber hinaus eingesetzt werden. Die Projektumsetzung erfolgt in 3 Phasen:

- » Phase 1: Aufbau eines AGS-Systems in 11 Modellbetrieben (Qualifizierung); Entwicklung von Ausbildungsmodulen mit Altenpflegeschool und Hochschule;
- » Phase 2: Kontinuierliche Arbeit mit dem AGS-System in 11 Modellbetrieben (Coaching), Übertrag der Erkenntnisse aus den Modellbetrieben auf weitere Transferbetriebe, Erprobung und Evaluation der Ausbildungsmodulen;
- » Phase 3: Integration des AGS-Systems in die Organisationsentwicklung in 11 Modellbetrieben (Supervision), Transfer in weitere Pflegebetriebe;

Darüber hinaus findet ein projektbegleitender Forschungstransfer in die Region statt, und zwar durch die Erarbeitung der 4 Handlungsanleitungen, Verbreitung der Projekthalte über Netzwerke (IGN, Runder Tisch Pflege Bremen), sowie durch fachliche Beratung durch und Austausch mit dem Projektkonsortium.

Weitere Informationen zum Projekt unter [www.pflege-projekt.de](http://www.pflege-projekt.de)

**Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2010):** „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen – Handlungsanleitung 1: Der Einstieg – Ist-Analyse, Zielplanung und Organisationsentwicklung“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Oktober 2010.

**Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011):** „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen – Handlungsanleitung 2: Die moderierte Gefährdungsbeurteilung - Schwerpunkt Muskel-Skelett-Erkrankungen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Mai 2011.

**Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011):** „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen – Handlungsanleitung 3: Die moderierte Gefährdungsbeurteilung - Schwerpunkt Hauterkrankungen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juli 2011.

## FeQua 24

### Betriebliches Gesundheitsnetz: Prävention und Partizipation im Arbeits- und Gesundheitsschutz für Kleinbetriebe in der Region (BeginnRegio)

**Dr. Charlotte Dorn, Gerlinde Hammer, Manfred König**

**Kooperationspartner** Klein- und Kleinstbetriebe in Bremen und Bremerhaven

**Drittmittelprojekt** Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE); Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen; Landesinitiative Arbeits- und Gesundheitsschutz; Arbeitnehmerkammer Bremen

**Projektträger** Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet e.V. (BWU)

**Beginn** 2009

**Abschluss** 2011

Die gesundheitlichen Belastungen und Gefährdungen in den Betrieben steigen – bedingt vor allem durch zunehmenden Leistungsdruck, neue Beschäftigungsformen, permanente technologische und arbeitsorganisatorische Veränderungen. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) kommt zu dem Ergebnis, dass die Kosten arbeitsbedingter Erkrankungen jährlich 28 Milliarden Euro betragen. Dabei verursachen Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems die meisten Arbeitsunfähigkeitstage (26,5%) und sind ein häufiger Grund für Frühverrentungen. Eine immer größere Rolle bei Arbeitsunfähigkeitsfällen und Frühverrentungen spielen – mit prognostizierter Steigerung – psychische Erkrankungen. Die Krankheitskosten für das einzelne Unternehmen variieren zwischen rund 2 und 20% der Personalkosten – mit steigender Tendenz.

Angesichts der steigenden Gesundheitskosten wurde auf Bundesebene die sog. Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie (GDA) ins Leben gerufen, die alle Bundesländer auffordert, „Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten (...) durch einen präventiven und systemorientierten betrieblichen Arbeitsschutz, ergänzt durch Maßnahmen einer betrieblichen Gesundheitsförderung zu erhalten, zu verbessern und zu fördern“. Für das Land Bremen steht dabei u.a. im Mittelpunkt, Modelle für das kleinbetriebliche, präventionsorientierte Gesundheitshandeln zu erproben, die in der Lage sind, die krankheitsbedingten Kosten infolge von Muskel- und Skeletterkrankungen, Hauterkrankungen, psychischen Fehlbelastungen und Arbeitsunfällen zu senken.

Dabei ergeben sich aus der kleinbetrieblichen Situationsvielfalt heraus Anforderungen an das betriebliche Arbeitsschutz- und Präventionshandeln, die jeweils betriebspezifisch zu erfassen und zu gestalten sind. Ergänzend dazu muss das Bewusstsein in den Unternehmen gefördert werden, dass ein optimiertes betriebliches Gesundheitshandeln nicht allein „top down“ ver-

ordnet werden kann. Partizipation ist notwendig, soll gewährleistet sein, dass Arbeitsschutz und Prävention von den Beschäftigten akzeptiert und gelebt werden.

Das Projekt BeginnRegio zielt auf den Aufbau eines betrieblichen Gesundheitsnetzes für Kleinbetriebe in der Region. Dieses betriebliche Gesundheitsnetz soll Klein- und Kleinstbetriebe darin unterstützen, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten präventiv, betriebsgerecht und beteiligungsorientiert umzusetzen und zu verbessern. BeginnRegio setzt folgende Schwerpunkte:

- » Prävention
- » Partizipation
- » Gezielte Berücksichtigung, Beratung und Qualifizierung der Zielgruppen Frauen und Migranten/-innen
- » Entwicklung von Handreichungen (CD-ROM, DVD und Printbroschüre)
- » Aufbau eines regionalen Beratungsnetzwerkes „Betriebliche Gesundheit“.

Weitere Informationen zum Projekt und zum Info-Portal AGS für Kleinbetriebe unter [www.beginnregio.de](http://www.beginnregio.de)

**Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; König, Manfred (2010):** „Gesundheitsbewusstsein und Kompetenzprofil ‚Arbeitssicherheit und Prävention in kleinen und kleinsten Unternehmen‘. Auswertung einer qualitativen Befragung“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2010.

**Dorn, Charlotte; König, Manfred; Rettke, Ursula; Scheckerka, Hartmut (2010):** „Recherche zu „Migration und Gesundheit“. Ergebnisse und Defizite der Gesundheitsforschung. Datenlage im Land Bremen. Ansätze zur interkulturellen Öffnung im Land Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2010.

## FeQua 25

### Bestandsaufnahme zum Arbeits- und Gesundheitsschutz im Bereich des Erziehungsdienstes (AGS Erziehung)

**Gerlinde Hammer, Irena Medjedovic, Dr. Ester Almstadt**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2011

**Abschluss** 2011

Im Unterschied zu vielen anderen Berufen ist die Berufsgruppe der Erzieher/-innen unter dem Aspekt der gesundheitlichen Belastungen in Deutschland erst in den letzten Jahren (arbeits-) wissenschaftlich untersucht worden. Diesen Studien zufolge sind Erzieher/-innen in ihrem Arbeitsalltag physischen und psychischen Belastungen mit erheblichen Auswirkungen auf Leistungsfähigkeit und Gesundheit ausgesetzt, mit der Folge, dass viele Beschäftigte frühzeitig krank und frustriert aus ihrem Beruf aussteigen. Die Attraktivität des Berufsbildes – eine Voraussetzung für die Berufswahlentscheidung junger Menschen – ist deswegen gering.

Gleichzeitig wird der frühkindlichen Pädagogik gesellschaftlich und politisch ein höherer Stellenwert eingeräumt: Zum einen steigen die Anforderungen an die pädagogische Arbeit (Stichworte: frühkindliche Förderung und Vorschulerziehung) und es ist mit zunehmenden gesundheitlichen Belastungen zu rechnen. Zum anderen zeichnet sich ein gravierender Fachkräftemangel ab (Stichwort: U3-Ausbau und Demografie).

Umso mehr stellen sich die Fragen: Wie können bereits beschäftigte Fachkräfte in ihrem Beruf gehalten werden? Und wie kann die Attraktivität des Berufsbildes für „Neueinsteiger/-innen“ gesteigert werden?

Im Zentrum des Projekts steht eine zunächst notwendige Bestandsaufnahme der Situation im Bereich der Kindertageseinrichtungen (KITA) im Land Bremen. In Form von wissenschaftlichen Recherchen, Sekundäranalysen, Experten- und Werkstattgesprächen werden folgende Dimensionen bearbeitet:

- » Betriebs- und Beschäftigtenstruktur bestehender KITAs im Land Bremen,
- » Stand der Umsetzung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in den bremischen KITAs,
- » bestehende Best-Practice-Ansätze zum Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung für Erzieher/-innen und KITAs,
- » Qualifizierungsbestandteile in der Erzieher/-innen- und Frühpädagogik-Ausbildung zum Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Das Projekt wird mit einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Arbeitnehmerkammer Bremen abgeschlossen, bei der die Projektergebnisse mit Vertreter/-innen verantwortlicher Institutionen diskutiert und Schlüsse für die Gesundheitsförderung als Bestandteil der Sicherung „nachhaltiger Employability“ im KITA-Bereich gezogen werden.

# Forschungseinheit Stadt und Region (FeS)

## FeS 1

### Strategien, Management und Mitbestimmung der Modernisierung deutscher Großstädte

**Rolf Prigge, Okka Alberts, Hartmut Schekerka, Thomas Schwarzer**

**Drittmittelprojekt** Hans-Böckler-Stiftung; Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di); Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2003

**Abschluss** 2006

In diesem Forschungsprojekt wurden die veränderten Bedingungen und Strategien der Modernisierung in den 15 größten deutschen Städten im Zeitraum ab 1990 bis 2000 (und später) untersucht. Die Untersuchung der Steuerung und Mitbestimmung großstädtischer Modernisierung erfolgte mit den zentralen Variablen der lokalen Reformpolitik, der staatlichen Rahmenbedingungen und der sozioökonomische Entwicklung in den Großstädten. Das Erkenntnisinteresse zielte auf die Governancestrukturen des deutschen Großstädtensystems und der großstädtischen Modernisierungspolitik. Von Interesse war zudem, welche Wechselwirkungen sich zwischen den veränderten staatlichen Rahmenbedingungen, der sozioökonomischen Entwicklung in den Stadtregionen und der jeweiligen Modernisierungspolitik der einzelnen Großstädte ergeben.

Für die Untersuchung der Regelungsstrukturen, ihrer Akteurkonstellationen und Handlungsmuster wurde der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus erweitert und mit Ansätzen der Stadt- und Regionalsoziologie zu einem „City-Governance-Konzept“ verbunden. Die institutionelle Analyse der staatlichen Rahmenbedingungen wurde auf die Vernetzung der Großstädte, die Steuerung der Gemeindefinanzen und die Governancestruktur großstädtischer Entwicklung konzentriert. Die sozioökonomische Entwicklung der Großstädte wurde mit insgesamt 27 Indikatoren zur Entwicklung der Bevölkerung, der lokalen Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen, der sozialen Integration und der kommunalen Haushaltsstrukturen in einer Längsschnittanalyse (1990, 1995, 2000) untersucht. Mit Hilfe einer Clusteranalyse konnten verschiedene Typen der großstädtischen Entwicklung identifiziert ermittelt werden. Die Untersuchungen zur großstädtischen Modernisierungspolitik wurden mit Hilfe von Dokumentenerhebungen und Experteninterviews in den Politikfeldern der Stadtentwicklung, der urbanen Demokratie, der Verwaltungsmodernisierung und der Arbeitsbeziehungen durchgeführt.

**Prigge, Rolf; Schwarzer, Thomas (2006):** *Großstädte zwischen Hierarchie, Wettbewerb und Kooperation*. Wiesbaden: VS Verlag.

## FeS 2

### Lokale Sozialpolitik in Hannover und Bremen

**Rolf Prigge, Thomas Schwarzer**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen; Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; Sozialdezernate der Stadt Hannover und Region Hannover

**Beginn** 2005

**Abschluss** 2007

Die Rückkehr der sozialen Unsicherheit zeigt sich besonders in den Großstädten. Die Umbrüche der Arbeitsmärkte und Wirtschaftsstrukturen, die Privatisierung sozialer Risiken und neue soziale Ungleichheiten stellen wachsende Anforderungen an die lokale Sozialpolitik. Zusätzlich ergeben sich aus bundespolitischen Reformprojekten (z.B. „Hartz IV“, „Soziale Stadt“, „nachhaltige Familienpolitik“) neue Problemlagen und Aufgaben. Mit der Studie sollte das komplexe Politikfeld der lokalen Sozialpolitik im Kontext der Entwicklung des deutschen Sozialstaates neu „vermessen“ werden. Im Mittelpunkt des Projektes stand die Frage, welche Handlungsspielräume den Großstädten im Bereich der lokalen Sozialpolitik verbleiben und mit welchen Strategien sie diese ausfüllen.

In dem Projekt wurden in den beiden Großstädten Hannover und Bremen die Strategien und Leistungsprofile der lokalen Sozialpolitik erhoben und vergleichend analysiert. Geklärt werden sollte, wie die beiden sozialdemokratisch regierten Städte ihre lokale Sozialpolitik neu legitimieren, das Management ihrer sozialen Dienste restrukturieren und die Leistungen zu steuern versuchen. Nach einer kurzen Darstellung der historischen, institutionellen und politischen Bedingungen in beiden Städten wird in dem Forschungsbericht die wirtschaftliche und soziale Entwicklung mit Hilfe von Kennzahlen beleuchtet. Sodann folgt unter Berücksichtigung bundespolitischer Regelungen ein Überblick über aktuelle Entwicklungen und Leistungsprofile in der lokalen Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung, bei der Förderung von Kindern, Jugendlichen und Senioren, von benachteiligten Stadtquartieren und von Migranten. Den Abschluss der Studie bildet ein systematischer Vergleich der Rahmenbedingungen, Steuerungskonzepte und Leistungsprofile beider Städte im Bereich der lokalen Sozialpolitik. Aus dem Vergleich zwischen beiden Städten ergeben sich aufschlussreiche Hinweise darüber, über welche Handlungsmöglichkeiten Großstädte in der lokalen Sozialpolitik wirklich verfügen, wie sie diese praktisch nutzen und von welchen konkreten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen die jeweilige Vorgehensweise abhängig ist.

**Prigge, Rolf; Schwarzer, Thomas (2007):** *Lokale Sozialpolitik in Bremen und Hannover*. Ein Bericht über die vergleichende Analyse der Steuerung und Leistungen großstädtischer Sozialpolitik. Bremen: Kellner Verlag.

## FeS 3

### Steuerungsmix und Mitbestimmungschancen in deutschen Großstädten. Die Machtressourcen von Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung

**Rolf Prigge, Thomas Schwarzer**

**Drittmittelprojekt** Hans-Böckler-Stiftung; Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

**Beginn** 2006

**Abschluss** 2006

Das Ziel dieses Projektes bestand darin zu klären, welche Einflusschancen und Machtressourcen durch ein Zusammenspiel der politischen Bürgerbeteiligung und der betrieblichen Mitbestimmung in der großstädtischen Politikarena mobilisiert werden können. Gefragt wurde danach, inwieweit sich Themenbereiche und Aktionsfelder der Bürgerbeteiligung und der betrieblichen Interessenvertretung überschneiden und inwieweit eine Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren möglich und sinnvoll erscheint. Das Großstädte-Projekt lieferte für diese Annahme vielfältige empirische Befunde (z.B. bei der Privatisierung öffentlicher Aufgaben)

Am Ende der mit diesem Projekt vorgenommenen vertiefenden Untersuchung ergab sich ein differenziertes Bild: Der zunehmende Einfluss der Oberbürgermeister und ihrer Vorentscheiderstrukturen in den Großstädten begrenzt sowohl die Partizipationschancen der Personalräte wie auch die der Bürger und ihrer Initiativen in starkem Maße. Die Ausrichtung der Stadtpolitik und die wirtschaftliche und soziale Lage der Stadt sind weitere Variablen, die Inhalte und Radius der personalrätlichen Interessenvertretung beeinflussen. In institutioneller Hinsicht scheinen die Personalräte durch Aufbau- und Restrukturierungsprobleme ihrer Interessenvertretungsarbeit geschwächt. Nur wo die Personalräte noch über Zugänge zu den zentralen stadtpolitischen Akteuren verfügen, die politische Öffentlichkeit suchen und mit den Gewerkschaften sowie Bürgergruppen kooperieren, erzielt ihre Interessenvertretung eine größere Durchsetzungskraft und Breitenwirkung. Dabei ist interessant, dass in einigen Großstädten die Muster traditioneller gewerkschaftlich orientierter Interessenvertretung noch zu funktionieren scheinen.

Erstaunlich ist aber, wie wenig bisher immer noch zwischen den Akteuren der betrieblichen Interessenvertretung des kommunalen Sektors und den organisierten Initiativen der Bürger in dem Feld der Großstadtpolitik wirklich kooperiert wird. Gemeinsame Kampagnen wie z.B. Bündnisse gegen den Sozialabbau oder Kampagnen gegen den Ausverkauf öffentlichen Vermögens sind insoweit derzeit noch rühmliche Ausnahmen. Dass sich möglicherweise durch eine aktive Beteiligung an den Netzwerken großstädtischer Politik die Mitbestimmungschancen erweitern und die Durchsetzungskraft der betrieblichen Interessenvertretung verbessern lässt, scheint sich als Chance für Personalräte noch nicht überall herumgesprochen zu haben.

**Schwarzer, Thomas; Prigge, Rolf (2006):** „Veränderte Akteurkonstellationen und demokratische Legitimation großstädtischer Politik – Eine Chance für Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung?“ Bremen: Universität Bremen.

**Prigge, Rolf; Schwarzer, Rolf (2006):** „Mitbestimmen in der Stadt, Ein Veranstaltungskonzept zur Bilanzierung städtischer Entwicklung und Politik und für die Wahrnehmung von Mitbestimmungschancen“. Bremen: Universität Bremen.

## FeS 4

### Sozial-, Armuts- und Reichtumsberichte: Bürokratische Pflicht, hilfreiche Frühwarnsysteme, sachliche Grundlage für öffentliche Debatten oder erforderliche Steuerungsinstrumente

**Rolf Prigge, Thomas Schwarzer**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2007

**Abschluss** 2008

In Deutschland hat es nahezu zwanzig Jahre gedauert bis die Themen Armut, soziale Ungleichheit und Ausgrenzung zum Gegenstand regelmäßiger Sozialberichterstattung wurden. Die Initiative zur Berichterstattung über Sozial-, Armuts- oder Lebenslagen ging von den Kommunen aus. Unter dem Einfluss der EU erlangten Themen wie Armut, Exklusion oder Ausgrenzung in den deutschen Sozialwissenschaften und in der politischen Öffentlichkeit der 1990er Jahre allmählich einen höheren Stellenwert. Die rotgrüne Bundesregierung machte dann Themen wie Armut, prekäre Soziallagen und benachteiligte Stadtquartiere zum Gegenstand ihrer Politik. Anstöße dazu gaben u.a. der gemeinsame Bericht von der Hans-Böckler-Stiftung, dem DGB und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband über „Armut und Ungleichheit in Deutschland“ (Hanesch u.a. 2000) sowie der Bericht über Kinderarmut von der Arbeiterwohlfahrt und dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (AWO/ISS 2000). Im Jahr 2001 veröffentlichte dann auch die Bundesregierung den ersten Armuts- und Reichtumsbericht, dem im Jahr 2005 ein zweiter und im Jahre 2008 ein dritter Bericht folgte. Mit dieser Konjunktur von Armuts- und Sozialberichten, die auch in entsprechenden Aktivitäten der Länder ihren Ausdruck fand, war eine Weiterentwicklung der methodischen und inhaltlichen Berichtsansätze verbunden.

In Bremen hat die Arbeitnehmerkammer seit dem Jahr 2002 mit ihren themenzentrierten Armutsberichten Pionierarbeit geleistet. Hier gab es keine offizielle Armuts- und Reichtumsberichterstattung, bis der 2007 gewählte rotgrüne Senat diese Aufgabe in Angriff

nahm. Die Studie gibt einen Überblick über die konzeptionellen Grundlagen der Sozial- und Armutsberichterstattung, beschreibt die praktischen Ansätze auf den verschiedenen staatlichen Ebenen und gibt Empfehlungen für den Aufbau einer Armuts- und Reichtumsberichterstattung im Stadtstaat Bremen. Mit der Studie wurden konzeptionelle Vorarbeiten für den ersten Bremer Armuts- und Reichtumsbericht geleistet.

**Prigge, Rolf; Schwarzer, Thomas (2008):** „Sozial-, Armuts- und Reichtumsberichte, Bürokratische Pflicht, hilfreiche Frühwarnsysteme, sachliche Grundlage für öffentliche Debatten oder erforderliche Steuerungsinstrumente?“ Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen.

## FeS 5

### Politikberatung für den ersten Armuts- und Reichtumsbericht des Bremer Senats über Lebenslagen im Land Bremen

**Rolf Prigge, Matthias Kirk, Thomas Schwarzer**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen; Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

**Beginn** 2008

**Abschluss** 2009

Nach der Bürgerschaftswahl wurde im Jahre 2007, nachdem Bremen zwölf Jahre von einer Großen Koalition worden war, von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen der neue rotgrüne Senat gewählt. In der Vereinbarung über die Regierungszusammenarbeit ist festgehalten, dass der neue Bremer Senat einen ersten Armuts- und Reichtumsbericht für das Land Bremen erstellt und dass dieser veröffentlicht wird.

Der Bericht erfüllt mehrere Funktionen für eine soziale Stadtpolitik:

- » Er informiert über das Ausmaß sozialer Differenzierung und schafft eine gewisse Transparenz, was die Spannbreite und die Verteilung von Armut und Reichtum, von Teilhabechancen und Beteiligung am städtischen Leben angeht. Der wirkliche Reichtum wird aber mit den Mitteln der heutigen Statistik nur sehr eingeschränkt erfasst, weil relevante Daten zu den höheren Einkommen und zum Vermögen noch fehlen.
- » Der Bericht ermöglicht eine öffentliche Debatte über die soziale Spaltung in der Stadt und regt die politische Debatte darüber an, wie diese soziale Spaltung zu überwinden ist.
- » Der Bericht dient dazu, eine gemeinsame Datenbasis für das Handeln der Senatsressorts zu schaffen, damit diese ihre Ressortpolitik besser untereinander und im Hinblick auf die integrative Steuerung und sozialintegrative Wirkung ihrer Politik koordinieren können.
- » Der Bericht ist zum weiteren eine unerlässliche Voraussetzung dafür, dass die einzelnen Ressortpolitiken in sozialräumlicher Hinsicht, d.h. in ihrer Wirkung auf die spezifischen Lebensverhältnisse in den Ortsteilen und Wohnquartieren besser abgeschätzt und optimaler ausgerichtet werden können.

Das Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität war in der Lenkungsgruppe der Senatorin für Soziales vertreten und hat an Teilbereichen des Berichts mitgewirkt.

**Schwarzer, Thomas; Kirk Matthias (2008):** „Armut und Wohlstand in den Ortsteilen Bremens“. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

**Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (2009):** Lebenslagen im Land Bremen – Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Bremen, Juni 2009.

## FeS 6

### Perspektiven der Bremer Sozialpolitik – Neue Governancestrukturen sozialer Stadtentwicklung

**Rolf Prigge, Thomas Schwarzer, Roy von Rittern**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2008

**Abschluss** 2010

Die großen Städte konkurrieren untereinander mit ihren Standort- und Lebensbedingungen um Einwohner, Arbeitsplätze und Investoren. Diese Städtekonkurrenz hat die sozialräumliche Polarisierung zwischen den Städten eher verschärft. Eine Folge davon ist, dass die Unterschiede zwischen Armut, Wohlstand und Reichtum kumulieren und die soziale Segregation zunimmt. Alle staatlichen Ebenen (EU, Bundespolitik, Länder und Kommunen) nehmen zwar für sich in Anspruch, dass sie politische Initiativen zur Bekämpfung der Armut und für soziale Integration ergreifen. Trotzdem breitet sich die Kinderarmut aus und Teile der Mittelschichten laufen Gefahr, in armutsgefährdete Lebenslagen abzurutschen. Menschen mit einem Migrationshintergrund werden noch zu wenig integriert. Frauen werden Teilhabechancen verwehrt, weil die Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch nicht gesichert erscheint.

Der im Jahre 2007 neu gebildete rotgrüne Senat des Landes und der Stadtgemeinde Bremen hat verstärkte Anstrengungen zur sozialen Integration in den beiden Städten des Landes angekündigt. Intendiert ist ein politischer Strategiewechsel, durch den die lokale und regionale Sozialpolitik eine stärkere Bedeutung in der Politik des Stadtstaates erhalten soll. Vor diesem Hintergrund wurde in dem Forschungsprojekt geklärt

- » welche Anforderungen sich durch veränderte Lebensweisen und soziale Problemlagen in der Bremer Stadtgesellschaft, insbesondere in den Stadtteilen und unterschiedlichen Quartieren, für die lokale und regionale Sozialpolitik ergeben;
- » vor welchen politisch-administrativen Steuerungsproblemen die neue rotgrüne Regierungskoalition im Bereich der lokalen und regionalen Sozialpolitik auf Grund der Besonderheiten des Stadtstaates Bremen, des Politikwettbewerbs der Großstädte und durch Interventionen höherer staatlicher Ebenen steht und wie diese bewältigt werden können;
- » mit welchen Problemen bei der Umsetzung der lokalen Sozialpolitik in den Stadtteilen zu rechnen ist und wie eine stärkere soziale Integration in den Stadtteilen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Sozialstrukturen und bestehenden Akteurkonstellationen aus gewählten Stadtteilvertretungen, Bürgerinitiativen sowie öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Akteuren bewirkt werden kann.

Die Studie untersucht, über welche Handlungsspielräume eine deutsche Großstadt im heutigen Mehrebenen-Sozialstaat verfügt, wenn sie sich diesen Herausforderungen stellt. Am Beispiel Bremens wird gezeigt, dass dafür ein Politikwechsel zu einer sozialen Stadtpolitik erforderlich ist. Eine soziale Stadtpolitik sollte heute als „Programmfamilie“ mindestens die Politikpfade der Stadt- und Stadtteilentwicklung, der lokalen Sozialpolitik, der Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften und des Ausbaus der lokalen Demokratie und Bürgerbeteiligung wirksam verknüpfen. Begründet wird in dem Forschungsbericht, warum der Erfolg der sozialen Stadtpolitik entscheidend von der sozialen Stadtteilentwicklung, einem integrierten Politikmanagement und gleichen Teilhabe- und Verwirklichungschancen für alle Bürger abhängig zu sein scheint.

Zwischenergebnisse des Projektes wurden auf der Fachtagung „Von kommunaler Sozialpolitik zur sozialen Stadtpolitik“ im Dezember 2010 vorgestellt und mit der Vertreter/-innen des Senats und der Parteien, aus der Politikwissenschaft und der Stadtsoziologie sowie lokalen Akteuren diskutiert.

**Prigge, Rolf; von Ritttern, Roy (2010):** *Bremen kann sozialer werden! – Strategien und Regelungsstrukturen für eine soziale Stadtpolitik.* Bremen: Kellner Verlag.

## FeS 7

### Soziale Integration durch Gebiets- und Quartierszentren: Erstellung eines Gutachtens über die Weiterentwicklung und Förderung von Gebiets- und Quartierszentren in Bremen

**Rolf Prigge, Jendrik Schröder**

**Drittmittelprojekt** Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2010

Gebietszentren unterschiedlichen Typs übernehmen vor allem in den so genannten benachteiligten Ortsteilen der Stadtgemeinde Bremen wichtige Aufgaben sozialer Integration und haben sich dabei als wirksame Instrumente zur Förderung des sozialen Zusammenhalts in der städtischen Gesellschaft erwiesen. Unter Berücksichtigung der Analysen des ersten Armuts- und Reichtumsberichts des Bremer Senats und des aktuellen Stadtmonitoring sowie von politischen Beschlusslagen im Senat, der Bremischen Bürgerschaft und in der Deputation für Soziales ist eine Weiterentwicklung und verstärkte Förderung von Gebietszentren im Bereich der Stadtgemeinde Bremen erforderlich. Im Rahmen der Studie wurden folgende Arbeitspakete bearbeitet:

- » Die vorliegenden Daten über die soziale Segregation in der Stadt liefern Anhaltspunkte für die Annahme, dass in einigen benachteiligten Ortsteilen bzw. Wohnquartieren der Bedarf für weitere Gebietszentren besteht (Bedarfsanalyse).
- » Die in der Stadtgemeinde Bremen bestehenden Gebietszentren/Quartierszentren weisen unterschiedliche Aufgaben- und Leistungsprofile sowie Trägerstrukturen auf. Auf Grund dieser Typenvielfalt differieren auch die Akteurskonstellationen, mit denen die Gebietszentren in die Stadt- und Ortsteile sowie in die Politik der Senatsressorts eingebunden sind. Erforderlich ist daher eine Übersicht über die Typenvielfalt und die unterschiedlichen Leistungsprofile der bestehenden Gebietszentren. Auf dieser Grundlage wären dann Empfehlungen und Entscheidungen darüber möglich, welcher Typ von Gebietszentrum für welche Bedarfssituation in Betracht käme (Analyse der Typenvielfalt und Leistungsprofile).
- » Für die Weiterentwicklung und die Implementierung von neuen Gebietszentren ist im Bereich der Stadtgemeinde Bremen eine Gesamtkonzeption erforderlich. Notwendig ist dazu eine Analyse der möglichen Förder- und Entwicklungsinstrumente, mit denen die bedarfsgerechte und in sozialräumlicher Hinsicht angemessene Verteilung von Gebietszentren auf die benachteiligten Ortsteile der Stadtgemeinde Bremen erreicht werden könnte, um auf diese Weise soziale Integrationsprozesse in der Stadt wirksam zu unterstützen (Gesamtkonzept zur Förderung von Gebietszentren).

**Prigge, Rolf; Schröder, Jendrik (2010):** *Quartierszentren in der Stadtgemeinde Bremen – Gutachten über die Ausgangslage, Weiterentwicklung und Förderung.* Bremen: Kellner Verlag.

## FeS 8

### Stadtteilstrategien gegen Armut und Benachteiligung

**Rolf Prigge, René Böhme**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2011

**Abschluss** 2012

Ausgangspunkt für die Untersuchung ist der Befund, dass sich durch die verstärkte soziale Polarisierung in den Großstädten armutsgefährdete Lebenslagen in bestimmten Stadtteilen und Quartieren weiter verfestigen. Die Berichterstattung des Bundes über Armut und Reichtum, die kommunale Sozialberichterstattung und die sozialräumliche Analyse von Lebenslagen in den Großstädten haben das Bewusstsein der politischen Öffentlichkeit dafür gestärkt, dass „Städtestrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ (Arbeitskammer Wien 2002) möglich und notwendig sind. Der Deutsche Städtetag fordert die großen Kommunen auf, sich im Interesse sozialer Integration und gleicher Bildungschancen zu engagieren und kommunale Bildungslandschaften zu entwickeln. Erwartet werden muss daher, dass die Stadtpolitik auf diesen Entwicklungsbedarf reagiert und die Großstädte beginnen neue sozial integrierte Strategien gegen Armut und Benachteiligung und für gleiche Teilhabe- und Verwirklichungschancen in der Stadt und in den Stadtteilen zu entwickeln und umzusetzen.

Dies wird aber nur möglich sein, wenn sich ein neuer Typus der sozialen Stadtpolitik behauptet, der die politischen Pfade der Stadt- und Stadtteilentwicklung, der Kindeswohlsicherung und Kindertagesbetreuung sowie der Schulentwicklung und Bürgerbeteiligung auf gesamtstädtischer Ebene und in den Stadtteilen verknüpft. Die Voraussetzung für den neuen Politiktypus der sozialen Stadtpolitik müssen durch integrative und sozialräumliche Governancereformen der Stadtpolitik und der kommunalen Institutionen geschaffen werden. Dabei könnte sich die Durchsetzung gerechterer Bildungschancen (wobei Bildung verstanden wird als umfassende Entwicklung der Persönlichkeit) als eine Schlüsselstrategie für die Schaffung gleicher Teilhabe- und Verwirklichungschancen (Sen 1999 und 2000) aller Kinder und Jugendlichen erweisen.

Empirisch untersucht werden soll daher in den Großstädten Bremen, Dortmund und Nürnberg, inwieweit sich dieser neue Politiktypus („Programmfamilie“) der sozialen Stadtpolitik auf gesamtstädtischer Ebene etabliert, welche Ausprägungen er annimmt und mit welchen Strategien er welche Politikpfade zu integrieren vermag. Angenommen wird, dass dabei die sozialintegrativen Strategien und Programme gegen Armut und Benachteiligung in den Stadtteilen und Wohnquartieren eine zentrale Rolle erhalten. In den Untersuchungsstädten sollen daher die Strategien, Profile und Akteurkonstellationen der sozialen Stadtpolitik erhoben und vergleichend analysiert werden und außerdem ergänzende Fallstudien in jeweils einem benachteiligten Stadt- bzw. Ortsteil durchgeführt werden.

## FeS 9

### Modern School

**Dr. Günter Warsewa, Dr. Ulrike Baumheier**

**Drittmittelprojekt** Europäische Union (Interreg IIIc); Hanse Passage

**Beginn** 2006

**Abschluss** 2008

In dem Projekt wurden unter Beteiligung von Städten aus Großbritannien, Lettland, den Niederlanden und Bremen Reformmodelle für öffentliche Schulen analysiert und verglichen, die auf die Einrichtung von stadtteilorientierten „community knowledge centres“ abzielen. Die unterschiedlichen Konzepte und Vorgehensweisen in den beteiligten Partnerstädten bei der Etablierung solcher Bildungsknoten im Stadtteil wurden bei zwei internationalen Konferenzen im Jahre 2006 vorgestellt, diskutiert und im Hinblick auf Optimierungsmöglichkeiten ausgewertet.

**Baumheier, Ulrike, Warsewa, Günter (Hg.) (2007):** *Learning in Neighbourhoods. Good practices and recommendations* (CD-Rom), Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

**Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2007):** „Integrierte Bildungslandschaften. Internationale Erfahrungen und Stand der deutschen Diskussion“, in: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hg.), *Bildungslandschaften in gemeinschaftlicher Verantwortung gestalten*. Berlin: DKJS, 77-96.

## FeS 10

### Lernen in Nachbarschaften

**Dr. Günter Warsewa, Dr. Ulrike Baumheier**

**Drittmittelprojekt** Senatorin für Bildung und Wissenschaft; Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales

**Beginn** 2007

**Abschluss** 2007

Zur Verbesserung der Lebenssituation und Steigerung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen besonders aus sozial benachteiligten Familien kann die stadtteilbezogene Vernetzung von Schulen mit Kinderbetreuung, Jugendhilfe und weiteren Beratungs- und Förderangeboten einen wichtigen Beitrag leisten. Im Rahmen der Umsetzung des Bremer Bürger-schaftsbeschlusses „Jugendhilfe und Schule zusammenführen“ haben der Senator für Bildung und Wissenschaft und der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales das IAW mit einer Pilotstudie zur Vorbereitung eines Modellprojekts „Quartiersbildungszentren“ beauftragt. Der Auftrag umfasste die Entwicklung von Auswahlkriterien für mögliche Standorte und die Konzeptentwicklung und -abstimmung mit den beteiligten Ressorts und den Akteuren vor Ort. Im Februar 2008 haben die Deputationen für Bildung, Soziales und Bau der Einrichtung eines ersten Quartiersbildungszentrums im Huchtinger WiN/ Soziale-Stadt-Gebiet Robinsbalje zugestimmt.

## FeS 11

### Quartiersbildungszentrum Blockdiek

**Dr. Günter Warsewa, Dr. Ulrike Baumheier, Claudia Fortmann**

**Drittmittelprojekt** Senatorin für Bildung und Wissenschaft; Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales

**Beginn** 2009

**Abschluss** 2009

Im Rahmen der Entwicklung und Einrichtung von Quartiersbildungszentren als Modellvorhaben in Bremen wurde das IAW mit der Konzeptentwicklung eines Quartiersbildungszentrums im Bremer Stadtteil Blockdiek beauftragt. Teil des Auftrages waren u.a. die Durchführung eines Stadtteilsworkshops sowie die Moderation und Gestaltung des Einrichtungsprozesses.

## FeS 12

### Neue Ansätze integrativer städtischer Sozialpolitik – exemplarisch dargestellt am Modell Quartierszentren

**Dr. Ulrike Baumheier, Thomas Schwarzer**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2009

**Abschluss** 2009

In vielen Ortsteilen Bremens wurden Projekte und Planungen zur Vernetzung lokaler Sozial- und Bildungseinrichtungen gefördert, neue Familienzentren benannt oder Quartiersbildungszentren geplant. Angestrebt wurden dadurch zum einen eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Stadt- oder Ortsteil und die Aufhebung von Anonymität. Zum anderen ist in Zeiten öffentlicher Sparzwänge die Bündelung von Ressourcen und die Nutzung von Synergien häufig die einzig mögliche Strategie zur Ausweitung und Qualitätssteigerung von Angeboten. Nicht immer transparent war dabei jedoch erstens, inwieweit die verschiedenen Ansätze – die unter der Federführung verschiedener Ressorts entwickelt wurden – miteinander abgestimmt waren. Zweitens musste geklärt werden, welchen „Mehrwert“ diese Ansätze für Quartiersbewohner/-innen und für die im Quartier engagierten Institutionen bringen konnten. In der Pilotstudie standen folgende Fragestellungen im Mittelpunkt:

- » Welche Ansätze zur Stadtteilvernetzung werden von den verschiedenen Fachpolitiken gefördert, welche Zielsetzungen werden damit verfolgt und nach welchen Kriterien werden Standorte und Vorhaben ausgewählt?
- » Wie arbeiten die verschiedenen Fachpolitiken und Verwaltungsressorts (Bildung, Soziales, Gesundheit, Kultur, Stadtentwicklung/Bau, Arbeitsförderung) zusammen? Welche Hemmnisse (Überlastungen, Personalressourcen) bestehen gegebenenfalls für einen integrierten Ansatz?
- » Welche Wissensstände (internationale Forschung/Modellprojekte) und Erfahrungen (in anderen Großstädten/in Bremen) gibt es aktuell zum Thema der Förderung des sozialen Zusammenhalts durch lokale Vernetzung allgemein sowie speziell durch Quartierszentren? Welcher „Mehrwert“ ist mit diesen Konzepten verbunden, welche Voraussetzungen (finanziell, personell) sind erforderlich und inwiefern sind damit verbundene Hoffnungen in Richtung „empowerment“ realistisch?

**Baumheier, Ulrike; Schwarzer, Thomas (2009):** *Neue Ansätze der Vernetzung durch Quartierszentren in Bremen*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 4/2009. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

## FeS 13

### Stadtteilbezogene Vernetzung von Ganztagsschulen

**Dr. Günter Warsewa, Dr. Ulrike Baumheier, Claudia Fortmann**

**Drittmittelprojekt** Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

**Beginn** 2008

**Abschluss** 2010

Eine wirksame Strategie zur Steigerung von Bildungschancen und zur Verminderung von sozialer Segregation erfordert integrierte Handlungskonzepte, die eine enge inhaltliche und soziale Verknüpfung von Bildungseinrichtungen mit ihrem räumlichen Umfeld herstellen. Obwohl die Ganztagsschulentwicklung eine sozialräumliche Vernetzung begünstigt, scheinen Intensität, Dauerhaftigkeit und damit auch Wirksamkeit von Kooperationen in Deutschland bislang in der Regel unterhalb eines optimalen Niveaus zu liegen. Für eine gezielte Unterstützung lokaler Bildungslandschaften benötigen Länderressorts und Schulträger vertiefte Kenntnisse über Einfluss- und Erfolgsfaktoren, die auf die Art und die Intensität der sozialräumlichen Einbindung von Schulen sowie auf die Qualität der Kooperation mit außerschulischen Partnern im Stadtteil einwirken.

Vor diesem Hintergrund hat das vom BMBF geförderte Forschungsprojekt im Rahmen der IZBB-Begleitforschung die Auswirkungen der Ganztagsschulentwicklung auf die Vernetzung mit dem Stadtteil untersucht. Ausgangspunkt war dabei die Fragestellung, welche Bedingungen, Einfluss- und Erfolgsfaktoren auf die Art und Intensität der sozialräumlichen Einbindung von Schulen sowie auf die Qualität der Kooperationen einwirken. In sechs Fallstudien in unterschiedlich strukturierten Quartieren in Bremen und zwei nordrheinwestfälischen Großstädten wurden mit Methoden der qualitativen Sozialforschung (z.B. Dokumentenanalysen, Interviews mit Expert/-innen, Fokusgruppen, qualitative Netzwerkanalyse) die Steuerungs-, Regulierungs- und Funktionsbedingungen der Schulentwicklung auf den Ebenen des Bundeslandes, der Stadt bzw. des Schulträgers und der konkreten Praxis „vor Ort“ identifiziert und ihrem Zusammenwirken analysiert.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich die Ganztagsschulentwicklung tendenziell positiv auf sozialräumliche Vernetzungsprozesse auswirkt und dass das Verhältnis von Schulen zu ihrer sozialen und räumlichen Umgebung für alle Beteiligten ein beträchtliches Potenzial birgt, welches derzeit jedoch noch nicht vollständig ausgeschöpft wird. Dies ist sowohl auf Übergangsprobleme zurückzuführen, die vor allem aus der starken Belastung der schulischen Akteure bei der Umstellung vom Halbtags- auf den Ganztagsbetrieb resultieren, als auch auf Strukturprobleme, die sich aus grundlegenden Prinzipien und Organisationsmerkmalen des Bildungs- und Jugendhilfesystems bzw. des gewählten Ganztagsmodells (offen vs. gebunden) ergeben. Allerdings lassen sich auch konkrete Ansatzpunkte zur Überwindung struktureller Kooperationsprobleme erkennen: Neben einer Professionalisierung der horizontalen Kooperation im Stadtteil verbessern sich die Chancen für eine erfolgversprechende Weiterentwicklung von Ganztagsschulen durch eine kohärente vertikale Kooperation von Stadtteilakteuren mit den übergeordneten Ebenen der politisch-administrativen Akteure und Angebotsträger. Kommune und Land können dazu durch neue institutionelle Arrangements wie staatlich-kommunale Bildungsnetzwerke, integrierte, sozialräumlich orientierte Konzepte und ressortübergreifende Strukturen für Beratung, Fortbildung und Stadtteilkoordination beitragen.

**Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter:** „Lernen in Nachbarschaften. Erfahrungen mit lokalen Bildungsnetzwerken in Großbritannien und den Niederlanden“, *Die Deutsche Schule* 2008 (3): 324-333.

**Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2009):** „Vernetzte Bildungslandschaften: Internationale Erfahrungen und Stand der deutschen Entwicklung“, in: Peter Bleckmann; Anja Durdal (Hg.), *Lokale Bildungslandschaften. Perspektiven für Ganztagschulen und Kommunen*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 19-36.

**Baumheier, Ulrike; Fortmann, Claudia; Warsewa, Günter (2010):** *Schulen in lokalen Bildungs- und Integrationsnetzwerken*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 7/2011. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

## FeS 14

### Schulabgänger/-innen Befragung zu Ausbildungs- und Berufsplänen

**Dr. Günter Warsewa, Roxana Leu**

**Drittmittelprojekt** Magistrat der Seestadt Bremerhaven; Europäischer Sozialfonds (ESF)

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2011

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierten Programms „Lernen vor Ort“ werden im Auftrag des Magistrats der Seestadt Bremerhaven, Schulabgänger und Schulabgängerinnen zu ihren jetzigen Ausbildungs- und Berufsplänen befragt. Durchgeführt wird eine Vollerhebung unter den Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen aus den Bremerhavener Schulzentren der Sekundarstufe I, der Gesamtschulen und Förderzentren mit Wohnort in Bremerhaven (insgesamt ca. 750 Schülerinnen und Schüler).

Durch diese Befragung soll die Datengrundlage hinsichtlich des Übergangs von den allgemeinbildenden Schulen zur weiteren schulischen, beruflichen und universitären (Aus-)Bildung verbessert werden. Hierzu werden konkret Erhebungen zu den (Aus-)Bildungszielen von Schulabgänger/-innen (Untersuchungsbaustein I) und zu deren tatsächlichem Verbleib (Untersu-

chungsbaustein II) durchgeführt und ausgewertet. Im ersten Untersuchungsbaustein wurden im Mai 2011 alle Absolventen und Absolventinnen der Schulzentren der Sekundarstufe I, der Gesamt- und Förderschulen schriftlich befragt (außer Gymnasialklassen). Hierbei sollen individuellen Bildungs- und Berufsziele dieser Jugendlichen und die Nutzung von Berufsorientierungsangeboten gewonnen sowie Hinweise für Handlungsansätze und Steuerungsmöglichkeiten identifiziert werden. Im zweiten Untersuchungsbaustein werden im Oktober/November 2011 dieselben Absolventen und Absolventinnen postalisch erneut befragt, um Aufschluss über ihren tatsächlichen Verbleib zu erhalten.

Ziel der Gesamtstudie ist es, einen umfassenden Überblick über die individuellen Bildungs- und Berufsziele, die Nutzung von Berufsorientierungsangeboten und den Entscheidungsprozess der Jugendlichen zu gewinnen. Dadurch können eventuelle Hürden und Probleme beim Einstieg in das Berufsleben erkannt werden. Damit wird die Studie zur Erweiterung oder Verbesserung der bestehenden Informations- und Förderangebote in Bremerhaven gezielt beitragen.

## FeS 15

### Exzellenz im Brennpunkt

**Dr. Ulrike Baumheier**

**Drittmittelprojekt** Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS); Serviceagentur Ganztägig Lernen Bremen

**Beginn** 2007

**Abschluss** 2008

Die Bremer Serviceagentur Ganztägig Lernen hatte beabsichtigt, in Kooperation mit beteiligten Institutionen und Personen(gruppen), ein Projekt integrierter Bildungsplanung auf der Grundlage partizipativer Verfahren in einem sozial benachteiligten Bremer Quartier umsetzen. Ausgangspunkt war dabei die Annahme, dass sich – insbesondere in sozial benachteiligten Quartieren – die Bildungschancen von Kindern durch (1.) eine integrierte Bildungsplanung aller Institutionen, die die Bildungskarriere der Kinder beeinflussen und (2.) die intensivere Einbindung von Eltern und Nachbarschaften in die lokalen Bildungsprozesse, nachhaltig verbessern lassen. Zur Vorbereitung dieses Projekts wurde das IAW mit einer Expertise beauftragt, in dem Anforderungen an Inhalte und Strukturen aus wissenschaftlicher Sicht präzisiert, die Umsetzungs- und Finanzierungsoptionen geprüft und relevante Entwicklungs- und Umsetzungspartner identifiziert werden sollten.

**Baumheier, Ulrike (2008):** „Expertise zum Projektvorhaben ‚Exzellenz im Brennpunkt‘ im Auftrag der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, Bremer Serviceagentur Ganztägig Lernen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2008.

## FeS 16

### Integrationskonzepte in Bildungslandschaften

**Dr. Günter Warsewa, Claudia Fortmann, Roy von Rittern**

**Drittmittelprojekt** Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS)

**Beginn** 2009

**Abschluss** 2010

Obwohl zunehmende Heterogenität in vielfacher Hinsicht mittlerweile in der deutschen Gesellschaft als Normalität verstanden werden muss, sind insbesondere Mitbürger/-innen mit Migrationshintergrund nach wie vor von zahlreichen Negativtendenzen betroffen: Geringere Bildungsabschlüsse, erhöhte Eingliederungsprobleme in den Arbeitsmarkt, sozialräumliche Segregation, Sprachverständnisprobleme und mangelnde Verständigungsbereitschaft über kulturelle und religiöse Differenzen, gehören dabei zu den Hauptproblemen, die insgesamt die gesellschaftliche Integration und Inklusion der betreffenden Bevölkerungsgruppen behindern.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung von Bildungslandschaften u.a. an die Erwartung gebunden, diese Probleme aufzugreifen und Strategien im Umgang mit Ausgrenzung und Heterogenität zu entwickeln. Im Auftrag der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) wurden mit Hilfe einer Literaturstudie entwickelte und angewandte Handlungsstrategien von Bildungslandschaften im Umgang mit Migration und Heterogenität aufgearbeitet, beschrieben und entsprechende Empfehlungen abgeleitet.

**Fortmann, Claudia; von Rittern, Roy; Warsewa, Günter (2011):** Zum Umgang mit Diversität und Heterogenität in Bildungslandschaften. Eine Expertise im Auftrag der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 9/2011. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

## FeS 17

### „Urban Improvement Districts“ und lokale Bürgeretats als Instrument lokaler Governance

**Dr. Günter Warsewa, Susanne Wendland**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2011

Durchgeführt wird eine explorative Studie, welche die Einführung so genannter „Urban Improvement Districts“ (vorl. Sammelbegriff für „Housing Improvement Districts“, Eigentümer-Standort-Gemeinschaften, „Innovationsquartiere“, „lokale Bürgeretats“) analysiert und erste Erfahrungen mit diesem in Deutschland neuen Instrument partizipativer Stadtgestaltung bilanziert. Angelehnt an das Konzept der „Business Improvement Districts“ geht es dabei darum, in kleinräumig eingegrenzten Stadtgebieten eine regulierte Möglichkeit zu schaffen, um Bürger, Wohnungseigentümer und weitere Akteure politisch und finanziell an der Entwicklung ihres Quartiers zu beteiligen. Insofern geht dieses Instrument deutlich über die herkömmlichen Beteiligungsangebote in der kommunalpolitischen Praxis hinaus. Drei der bislang in Deutschland realisierten bzw. in der Einführung befindlichen Beispiele werden in dem Projekt vergleichend untersucht. Die Fallbeispiele wurden so ausgewählt, dass die Ergebnisse auch relevante Hinweise für die entsprechenden Diskussions- und Entwicklungsprozesse in Bremen liefern können.

## FeS 18

### Stadtteilkonzepte

**Dr. Günter Warsewa, Dorothea Drinda, Matthias Kirk**

**Drittmittelprojekt** Senator für Bau, Umwelt, Verkehr und Europa

**Beginn** 2002

**Abschluss** 2008

Mit dem Ziel, den Strukturwandel in den Stadtteilen Bremens und die Weiterentwicklung der urbanen Lebensräume zu gestalten, wurde gemeinsam mit den jeweils relevanten Akteuren mittels eines umfangreichen Beteiligungs- und Moderationsverfahrens ein auf zehn Jahre angelegter Entwicklungs- und Orientierungsrahmen für acht Stadtteile erarbeitet. Durch diese teilräumliche Konzeption wurde zum einen die integrative Stadtentwicklungsplanung Bremens präzisiert und auf die Ebene der Stadtteile übertragen. Gleichzeitig wurden aus den lokalen Strukturen und Zusammenhängen heraus Entwicklungslinien aufgezeigt und Prioritäten für Problemlösungen bestimmt. Umfangreiche Bestandsanalysen, Trendbeschreibungen sowie die Einbeziehung fach-, ortspolitischer und privater Planungen erbrachten programmatische Aussagen und Handlungsschwerpunkte, die mit allen beteiligten Akteuren abgestimmt waren. Die so entwickelten Planungen erstreckten sich auf die stadtteilentwicklungspolitisch relevanten Funktionsbereiche wie Wohnen, Zentren- und Gewerbestrukturen, Soziale Infrastruktur, Verkehr sowie Grün- und Freiraumentwicklung. Erarbeitet wurden Stadtteilkonzepte für die Stadtteile Woltmershausen, Horn-Lehe, Neustadt, Osterholz, Blumenthal, Findorff, Huchting und Obervieland. Im Stadtteil Huchting wurden im Rahmen eines Pilotprojektes exemplarisch die Möglichkeiten eines ergänzenden Einsatzes neuer Medien bei Planungs- und Beteiligungsprozessen erforscht (siehe FeS 19).

**Drinda, Dorothea; Kirk, Matthias; Warsewa, Günter (2006):** *Stadtteilkonzept Horn-Lehe*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.

**Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2006):** *Stadtteilkonzept Osterholz*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.

**Drinda, Dorothea; Kirk, Matthias; Warsewa, Günter (2007):** *Stadtteilkonzept Blumenthal*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.

**Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2007):** *Stadtteilkonzept Findorff*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.

**Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2008):** *Stadtteilkonzept Obervieland*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.

**Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2008):** *Stadtteilkonzept Huchting*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.

## FeS 19

### Medienmix in der lokalen Demokratie

**Dr. Günter Warsewa, Matthias Kirk, Dorothea Drinda**

**Drittmittelprojekt** Hans-Böckler-Stiftung

**Beginn** 2005

**Abschluss** 2006

Im Rahmen der Erarbeitung des Stadtteilkonzeptes Huchting (siehe FeS 18) wurden in einer Kooperation zwischen dem IAW und dem Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH (ifib) exemplarisch die Möglichkeiten des Einsatzes von IuK-Technologien bei komplexen Planungs- und Beteiligungsprozessen erforscht, in die eine Vielzahl von Institutionen und Personen aus der öffentlichen Verwaltung, Interessenvertretungen sowie der Stadtteilpolitik einbezogen waren. Das IAW übernahm die Aufgabe der Integration des Forschungsansatzes in den Erarbeitungsprozess der Stadtteilkonzepte, arbeitete an der Konzeption der Website mit, lieferte internetgerechte Inhalte für die Website und verfasste einen regelmäßigen Newsletter für Beteiligte und Interessenten. Im Zuge dessen wurden auch webbasierte räumliche Visualisierungsansätze erprobt.

Weitere Informationen zum Projekt unter <http://www.stadtteilkonzept-huchting.de>

**Kubicek, Herbert; Lipka, Barbara; Westholm; Hilmar (2009):** *Medienmix in der Bürgerbeteiligung. Die Integration von On-line-Elementen in Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene.* Berlin: Edition Sigma.

## FeS 20

### Demographischer Wandel in der Region Bremen

**Dr. Günter Warsewa, Martyn Douglas, Matthias Kirk, Jan Lendner, Stephan Jung**

**Drittmittelprojekt** Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa; Kommunalverbund Niedersachsen Bremen e.V.

**Beginn** 2007

**Abschluss** 2010

In Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Bremen sowie dem Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa wurden in zwei Teilprojekten die kleinräumigen Trends (d.h. auf Ortsteilebene) des demografischen Wandels in Bremen rückwirkend (1984 bis 2005) und prospektiv (Prognose 2006 bis 2020) dargestellt und analysiert. Damit sind sowohl grundlegende Daten als auch qualitative Interpretationsansätze bereitgestellt worden, die in der gesamtstädtischen Planung von Flächennutzungen, sozialen und technischen Infrastrukturen ebenso wie bei der Entwicklungsplanung auf Stadtteilebene berücksichtigt werden mussten.

Auf der Grundlage von ergänzten Prognosewerten wurden überdies die Tendenzen und Auswirkungen des demografischen Wandels auf der Ebene des Kommunalverbunds Niedersachsen/Bremen sowie der ihm angehörigen Kommunen bis zum Jahr 2030 dargestellt. Mit verschiedenen Graden und Ausprägungen der Betroffenheit in einzelnen Gemeinden bzw. Teilregionen gehen unterschiedliche Herausforderungen und Handlungsnotwendigkeiten einher: Acht Gebietskörperschaften (inkl. Bremen) werden - zumindest bis 2030 - in allen betrachteten Dimensionen nur moderate Auswirkungen verzeichnen; für ebenfalls acht Kommunen werden die Folgen des demografischen Wandels etwa auf dem Niveau des Durchschnitts für den Kommunalverbund liegen, wobei sich aber durchweg in mindestens einer der Wirkungsdimensionen ein deutlicher Handlungsbedarf abzeichnet. Schließlich wird sich eine große Gruppe (13 Kommunen) in mehrfacher Hinsicht mit beträchtlichen Auswirkungen des demografischen Wandels auseinandersetzen müssen. Auf dieser Grundlage wurden Handlungsbedarfe in vier zentralen Handlungsfeldern identifiziert: Wirtschaft und Arbeit, Bauen und Wohnen, Bildung und Kultur sowie Infrastrukturen und Finanzen.

**Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa (Hg.) (2007):** *Bremen im demographischen Wandel. 1984 bis 2005.* Bremen: Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa.

**Warsewa, Günter; Drescher, Karsten; Kirk, Matthias; Lendner, Jan; Schroeder, Annette; Söffler, Detlev (2008):** *Bremen im demographischen Wandel. Modellrechnung 2006 bis 2020.* Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa (Hg.). Bremen: Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa.

**Douglas, Martyn; Warsewa, Günter (2010):** Demografie-Bericht. Auswirkungen und Handlungsempfehlungen zum demografischen Wandel im Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen (<http://www.iaw.uni-bremen.de/ccm/content/mitteilungen/2010/demografiebericht-2010.de>).

## FeS 21

### Demographischer Wandel, Arbeitsmarkt und Bildung

**Dr. Günter Warsewa, Dr. Ulrike Baumheier, Claudia Fortmann**

**Drittmittelprojekt** Europäische Union; Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V.

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2011

Die Effizienz von Arbeitsmärkten und eine hohe Beschäftigungsrate sind Schlüsselbedingungen für Wirtschaftswachstum und sozialen Zusammenhalt wie auch Kernelemente der Lissabon-Strategie der EU. In den nächsten Jahren wird beides zunehmend durch den demografischen Wandel beeinflusst werden. Auf der einen Seite wird das Durchschnittsalter der Arbeitskräfte steigen, auf der anderen Seite kann es zu einer Diskrepanz zwischen der Nachfrage- und Angebotsseite auf sektoralen und regionalen Arbeitsmärkten kommen. Einer der wichtigsten Ansätze zum Umgang mit diesen Herausforderungen ist die Verbesserung der regionalen Bildungssysteme.

Vor diesem Hintergrund erstellte das Institut Arbeit und Wirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V. eine Studie zum Zusammenhang von demografischem Wandel, Arbeitsmarkt und Bildungssystem. Die Studie wird durch den Kommunalverbund im Rahmen des INTERREG-Projekts DC-NOISE (Demographic Change: New Opportunities in Shrinking Europe) gefördert.

Das Ziel dieser Studie ist die Entwicklung von Empfehlungen zur Bewältigung von Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt, die sich für die Regionen aus dem demografischen Wandel und Defiziten des Bildungssystems ergeben. Hierfür wurden gute Praktiken der Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen oder sozialen Organisationen in den Mitgliedskommunen des Kommunalverbunds identifiziert, die zur Verbesserung von individueller Beschäftigungsfähigkeit, zur Förderung sozialer Kompetenzen und zur Erleichterung von berufsbiographischen Übergängen beitragen. Zu diesem Zweck wurden 10 qualitative Fallstudien (Dokumentenanalysen, Interviews mit kommunalen Entscheidungsträger/-innen sowie Vertreter/-innen von Schulen, Unternehmen und sozialen Organisationen) durchgeführt, die einen Überblick über unterschiedliche Ansätze aus der Praxis sowie Erfolgs- oder Misslingensbedingungen vermitteln.

In einem „Good Practice Guide“ wurden die ausgewählten Praxisbeispiele anschaulich aufbereitet und Empfehlungen für kommunale und regionale Entscheidungsträger formuliert. Ein Transfer der Ergebnisse erfolgt darüber hinaus im Rahmen regionaler Themenworkshops und eines internationalen Erfahrungsaustauschs mit Partnerregionen des DC-NOISE-Projekts.

**Baumheier, Ulrike; Fortmann, Claudia:** *Schule und Arbeitsmarkt – Kooperationsbeispiele und Handlungsmöglichkeiten für Kommunen.* Delmenhorst: Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V.

## FeS 22

### Handlungsoptionen der Stadtentwicklung im Spannungsfeld von Globalisierung und regionaler Wertschöpfung: Vernetzung metropolitaner Städte und Regionen untereinander und/oder mit dem Umland

**Dr. Günter Warsewa, Dr. Guido Nischwitz, Martyn Douglas, Matthias Diller**

**Drittmittelprojekt** Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) im Rahmen des Forschungsprogramms Stadtverkehr (FoPS) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2011

Die wirtschaftliche wie auch die wissenschaftliche Bedeutung des Forschungsvorhabens ergibt sich aus der zentralen verkehrs- und raumordnungspolitischen Herausforderung, integrierte umwelt-, klimafreundliche und stadtverträgliche Konzepte zu entwickeln, die die Mobilität und die Lebensqualität der Menschen möglichst wenig beeinträchtigen; gleichzeitig jedoch den ökonomischen Erfordernissen Rechnung tragen. Mit den metropolitanen Gateway-Funktionen als Ausgangspunkt der Analyse kann das Vorhaben eine bisherige Lücke im Stand der Forschung und des wissenschaftlichen Diskurses ausfüllen. Vor diesem Problemhintergrund soll untersucht werden, wie Stadtentwicklung sowie Verkehrs- und Logistiksysteme zu integriertem Handeln „zusammen kommen“, um die wachsenden Güter- und Warenströme stadtverträglich(er) (einschließlich ihrer regionalen Verflechtungsräume) abwickeln zu können. Das Gesamtziel besteht darin, Hinweise für eine integrierte Verkehrspolitik zu entwickeln, die auf eine gesamtgesellschaftliche Perspektive abzielt und daher systematisch mit den relevanten Politikfeldern verknüpft ist. Dies wird durch folgende Teilziele realisiert:

- » die Analyse von Rahmenbedingungen, welche den globalen Güter- und Warenfluss determinieren;
- » die Identifizierung unterschiedlicher Bedingungskonstellationen für die Entwicklung der Gateway-Funktion der Metropolregionen sowie deren Beziehungen zu anderen Raumtypen;

- » die Beschreibung verkehrlicher Vor- und Nachteile und Konfliktpotentiale für Städte als „Gateway“ bzw. „Hub“ in ihren jeweiligen regionalen Zusammenhängen;
- » die Identifizierung der veränderten Verkehrs- und Infrastrukturanforderungen in diesen Stadtregionen;
- » das Aufzeigen von Handlungsoptionen und -anforderungen für öffentliche und private Entscheidungsträger zur zukunfts-tauglichen Raum- bzw. Stadtentwicklung sowie
- » die Ableitung von Vorschlägen für Politik, Planung und Wirtschaft entsprechend den Intentionen des Masterplans Güterverkehr und Logistik.

Der komplexen Zielstellung entspricht ein mehrstufiges Vorgehen, das quantitative und qualitative Methoden kombiniert. Im Mittelpunkt des empirischen Teils steht die datengestützte Analyse der Gateway-Funktion der Metropolregionen und ihrer räumlichen Verflechtungen. Die Prognose der Aufkommensentwicklung an den „Gateways“ und „Hubs“ erfolgt mittels vorliegender Datengrundlagen und zielt auf die Entwicklung einer logistikbezogenen Raumtypologie, mit der sich den verschiedenen Raumtypen unterschiedliche logistische Funktionen (z.B. „überregionale Drehscheibe“, „metropolitaner Ergänzungsraum“, „dynamischer Wachstumsträgerraum außerhalb der Metropolregion“ oder „Transitraum“) zuordnen lassen. In ausgewählten Fallstudienregionen werden daraufhin typische Merkmals- und Problemkonstellationen vertieft analysiert. Auf dieser Basis werden abschließend Handlungsoptionen und -anforderungen für öffentliche und private Akteure entwickelt sowie Vorschläge für Politik, Planung und Wirtschaft entsprechend den Intentionen des Masterplans Güterverkehr und Logistik abgeleitet.

## FeS 23

### Aktualisierung der Verkehrsprognose für die Region Bremen – Teilprojekt: Strukturdaten Wirtschaftsentwicklung

**Dr. Günter Warsewa, Alexander Matysik**

**Drittmittelprojekt** Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) in Kooperation mit dem Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

**Beginn** 2011

**Abschluss** 2011

Im Rahmen einer Aktualisierung der Verkehrsprognose für den Raum Bremen für das Jahr 2025 bzw. 2030 ist eine Überarbeitung und Aktualisierung des bisherigen Strukturdatenmodells erforderlich. Das Teilprojekt zur Ermittlung von prognoserelevanten Erwerbstätigenzahlen auf Kreisebene sowie von Prognoseeckdaten für die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen in den Wirtschaftssektoren wird vom IAW durchgeführt.

## FeS 24

### Gentechnikfreie Regionen in Deutschland – Beratung, Weiterbildung, Koordination, Analyse

**Dr. Guido Nischwitz**

**Drittmittelprojekt** Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU); Bundesamt für Naturschutz (BfN)

**Beginn** 2004

**Abschluss** 2006

Der Einsatz der Gentechnik in der Land- und Ernährungswirtschaft ist seit Mitte der neunziger Jahre von den globalen Agrochemie-Unternehmen nachdrücklich forciert worden. Während insbesondere in Nord- und Südamerika seit 1996 gentechnisch veränderte Organismen (GVO) großflächig angebaut wurden, blieb es in der EU und Deutschland bislang bei wenigen Freisetzungen. In der EU bestand zwischen 1998 und Mai 2004 ein Defacto-Moratorium für die Neuzulassung von GVO. Mit dem Inkrafttreten verschiedener Rechtsvorschriften zur „Agro-Gentechnik“ hat die Europäische Kommission dieses Moratorium beendet und den Weg zur Zulassung und zum Anbau von GVO in Europa frei gemacht.

Der Einsatz der Agro-Gentechnik stellt für die Landwirtschaft, den Verbraucher- und Naturschutz eine besondere Herausforderung dar. Befürchtet werden gesundheitliche Risiken, unkontrollierte Auskreuzungen, irreversible Veränderungen im Naturhaushalt und eine Beeinträchtigung der biologischen Vielfalt. Vor diesem Hintergrund spricht sich eine überwältigende Mehrheit an Landwirten, Lebensmittelherstellern und Verbrauchern gegen die Anwendung der Agro-Gentechnik aus.

Als eine wichtige und zentrale Maßnahme hat sich die freiwillige Ausweisung von Gentechnikfreien Regionen (GFR) durch Landwirte herausgestellt. Für den Schutz der Biodiversität und einer gentechnikfreien Ernährung ist es essentiell, dass flächendeckend und großräumig eine gentechnikfreie Flächennutzung gewährleistet wird. Innerhalb eines Jahres (2004) haben sich in Deutschland über 12.000 Landwirte zu mehr als 60 GFR zusammengeschlossen.

Inzwischen existiert in Deutschland ein sehr heterogenes Spektrum an GFR, die sich hinsichtlich ihrer Zielsetzung, räumlichen Größe, Organisation und Entwicklung deutlich voneinander unterscheiden. Allerdings besteht in den meisten Agrarregionen noch ein erheblicher Informations- und Unterstützungsbedarf zur geforderten Koexistenz, sowie zur Umsetzung

von GFR. Gleichzeitig stellen sich in bestehenden GFR bereits Fragen nach der räumlichen, inhaltlichen, ökonomischen und organisatorischen Tragfähigkeit und Konsolidierung und damit nach ihrer Perspektive.

Das vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) geförderte FuE-Vorhaben „Gentechnikfreie Regionen in Deutschland“ sollte einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen Initiierung und Verstetigung von GFR leisten. Darüber hinaus wurden Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen zur weiteren Gestaltung der politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene erwartet.

Das Vorhaben wurde vom BUND, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und dem IAW gemeinsam bearbeitet. Die Projektleitung und wissenschaftliche Begleitung lag beim IAW. Das IAW übernahm die Aufgabe, zentrale Elemente der GFR zu erfassen, zu analysieren und zu bewerten. Ein besonderes Augenmerk richtete sich auf folgende Bereiche:

- » Akteurs- und Netzwerkanalyse
- » regionale Steuerungsformen
- » Regionalökonomische/ sozioökonomische Analyse der Aufwendungen zur Umsetzung einer GFR
- » Bewertung der politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen und Formulierung von Handlungsempfehlungen zur Anpassung.

Darüber hinaus wurden bundesweit Regionalforen zur Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch organisiert.

**Nischwitz, Guido (2007):** „Gentechnikfreie Regionen in Deutschland“, in: AgrarBündnis e.V. (Hg.), *Kritischer Agrarbericht* 2007. Hamm: 166-172.

**Nischwitz, Guido et al. (2007):** Gentechnikfreie Regionen in Deutschland. Beratung, Weiterbildung, Koordination, Analyse. IAW, BUND ([http://www.gentechnikfreie-regionen.de/fileadmin/content/download\\_allg/Abschlussbericht\\_2006.pdf](http://www.gentechnikfreie-regionen.de/fileadmin/content/download_allg/Abschlussbericht_2006.pdf)).

## FeS 25

### Gentechnikfreie Milchviehwirtschaft in Deutschland

**Dr. Guido Nischwitz**

**Drittmittelprojekt** Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Beginn** 2006

**Abschluss** 2006

Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion um die Einführung der Agro-Gentechnik stehen die Freisetzung und der kommerzielle Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in Deutschland und Europa. Darüber hinaus prägt die gesellschaftspolitische Debatte die in regelmäßigen Abständen auftretenden Lebensmittelskandale um gentechnisch verunreinigte Nahrungsmittel.

Die tierische Erzeugung und die Weiterverarbeitungsprodukte geraten über diese öffentliche Fokussierung auf den Anbau von GVO etwas in den Hintergrund. So beschäftigen sich beispielsweise nur wenige „Gentechnikfreien Regionen“ in Deutschland neben dem Ausschluss von GVO-Pflanz- und Saatgut auch mit der Umsetzung einer GVO-freien Fütterung ihrer Nutztiere. Den Landwirten wird seitens der Genossenschaften, dem Landhandel, Futtermittelherstellern und berufständischen Vertretern suggeriert, dass dies nicht notwendig und umsetzbar sei. Der Verbraucher kann an der Ladentheke nicht unterscheiden, ob die tierischen Produkte (Milch, Fleisch, Eier) aus einer Erzeugung stammen, die GV-Futtermittel (insbesondere GV-Sojaschrot) einsetzt. Die EU-Rahmensetzung sieht hierfür keine (Negativ-) Kennzeichnung vor und eine positive Auslobung einer sog. „Gentechnikfreiheit“ findet nach deutschem Recht (NLV) praktisch nicht statt.

Die Kurzstudie konzentrierte sich auf die Erfassung und Aufbereitung von Erfahrungen in Deutschland bei der Umsetzung eines Angebotes von Milch mit der Auslobung „ohne Gentechnik“. Welche Erfahrungen wurden gemacht, welche Ansätze, Restriktionen und Widerstände gibt es, aber auch auf welche erfolgreichen Ansätze lässt sich aufbauen? Dies schloss die Analyse zentraler Aspekte und Stufen in der Milcherzeugung und -vermarktung mit ein: Rechtliche Rahmensetzung, Futtermittelmarkt, Molkereiwirtschaft und Lebensmittel-Einzelhandeln. Wesentliche Ergebnisse wurden in Schlussfolgerungen zusammengefasst und mündeten in der Formulierung von Handlungsempfehlungen sowohl für die Marktbeteiligten als auch für die Politik.

Die Kurzstudie stützte sich zum einen auf eine umfassende Literatur- und Internetauswertung. Zum anderen wurden leitfadengestützte Interviews mit Akteuren aus Landwirtschaft, Verbänden, Molkereiwirtschaft und Regionalinitiativen geführt.

**Nischwitz, Guido (2009):** Berücksichtigung von sozioökonomischen Kriterien bei der Zulassung von GVO in der EU. - Vorschläge zur Erfassung von sozioökonomischen Faktoren in Deutschland. Bremen ([http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/gentechnik/zulassung\\_sozio\\_\\_konomie\\_gt\\_2009.pdf](http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/gentechnik/zulassung_sozio__konomie_gt_2009.pdf)).

## FeS 26

### Gesamtvorhaben: Metropolregion als neue Ebene regionaler Handlungs- und Leistungsfähigkeit

**Dr. Guido Nischwitz, Dr. Günter Warsewa, Prof. Dr. Ingo Mose (Universität Oldenburg)**

**Drittmittelprojekt** Universität Bremen; Universität Oldenburg

**Beginn** 2007

**Abschluss** 2008

Das Forschungsvorhaben der Universitäten Oldenburg und Bremen untersuchte die innerregionalen Folgen der Konstruktion und Weiterentwicklung von Metropolregionen. Ausgangspunkt war die Annahme, dass die mit dem Konzept der Metropolregionen verbundene Zielvorstellung einer Stärkung der ökonomischen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit deren Rolle als institutionelle Handlungsebene grundlegend verändert hat, weil die Stärkung der ökonomischen Entwicklungspotenziale die Entfaltung einer regionalen Selbstregulierungs- und Handlungsfähigkeit sowie den Aufbau neuer Kooperations- und Organisationsformen voraussetzte (Regional Governance).

In Ergänzung und Erweiterung einer bislang dominanten ökonomisch-funktionalen Perspektive auf die Metropolregionen richtete sich das Forschungsinteresse auf die Wechselwirkungen zwischen den institutionellen und organisatorischen Anpassungsprozessen in den Metropolregionen sowie den Entwicklungsprozessen zur Ausbildung bzw. Verstärkung der Metropolfunktionen. Diese Prozesse wurden in vergleichender Perspektive in drei deutschen Fallstudien untersucht. Hierbei zeigte sich, dass die „kleinen“ Metropolregionen Bremen-Oldenburg, Nürnberg und Rhein-Neckar aufgrund ihrer polyzentrischen Raumstruktur und einer vergleichsweise geringen Dichte an Metropolfunktionen verstärkt auf Prozesse der intraregionalen Integration und Institutionalisierung sowie auf eine Stärkung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angewiesen sind.

## FeS 27

### Regionalisierung und Regionsbildung im Norden

**Dr. Guido Nischwitz**

**Kooperationspartner** Universität Gießen (Prof. Dr. Christian Diller) et al.

**Eigenprojekt der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL; Landesarbeitsgemeinschaft Nordwest)**

**Beginn** 2007

**Abschluss** 2009

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL; LAG Nordwest) bearbeitete ein eigenes Forschungsvorhaben zum Thema Regionalisierung und Regionsbildung im Norden.

Die Debatte um regionale Handlungsebenen in Deutschland konzentrierte sich in den letzten Jahren seitens Raumordnung und Landesplanung sehr stark auf die Metropolregionen; seitens der Wirtschaftspolitik rückten clusterorientierte Förderansätze in den Vordergrund.

Regionsbildungsprozesse der mittleren Ebene – im Maßstab oberhalb der Landkreis- und unterhalb der Landesebene –, die in den 90er Jahren intensiv diskutiert worden waren, schienen demgegenüber in den letzten Jahren etwas an Aufmerksamkeit verloren zu haben, abgesehen von den Debatten um Veränderungen administrativer Einheiten (Abschaffung der Regierungsbezirke in Niedersachsen, Verwaltungszusammenschlüsse in Schleswig-Holstein).

Nachdem die Impulse zur Aufwertung der Metropolregionen auch im Norden sichtbare Ergebnisse erbracht haben (Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg, Bremen-Odenburg im Nordwesten, Neustrukturierung der Metropolregion Hamburg), die auch von der ARL intensiv erforscht wurden, sollten den „Regionen der mittleren Ebene“ (Ebene oberhalb der Landkreise/Kreise) wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Im Blickpunkt des ARL-Forschungsvorhabens standen Regionalisierungs- und Regionsbildungsprozesse der mittleren Ebene in den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Während dabei der Begriff „Regionalisierung“ eher aus der staatlichen top-down Perspektive formuliert war, nahm der Begriff „Regionsbildung“ eher die Perspektive der Regionen ein. Es ging in der Untersuchung darum, vergleichend nachzuzeichnen, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede sich zum einen in den Regionalisierungsansätzen der beiden nordwestdeutschen Flächenländer zeigten, zum anderen darum, die Stände der Regionsbildungsprozesse in insgesamt vier Regionen gegenüberzustellen (in Niedersachsen die Region Göttingen und die Region Emsland, in Schleswig Holstein die KERN-Region und die Region Nord).

**Diller, Christian; Nischwitz, Guido et al. (2009):** „Regionalisierung und Regionsbildung im Norden“, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), ARL-Arbeitsmaterial Nr. 347. Hannover: Verlag der ARL.

**Nischwitz, Guido (2006):** „Modellregion Südniedersachsen – Regionale Entwicklungsstrategien im Praxistest. Ein Erfolg versprechender regionaler Entwicklungsansatz?“, in: Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum; ARL (Hg.), *Leitlinien der niedersächsischen Landesentwicklungspolitik*. Hannover: 19-25.

## FeS 28

### Konzeptstudie für ein Regionalmonitoring für die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten

**Dr. Guido Nischwitz, Martyn Douglas**

**Drittmittelprojekt** Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa; Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e.V.

**Beginn** 2008

**Abschluss** 2009

Die Metropolregion (MPR) Bremen-Oldenburg im Nordwesten beabsichtigt analog zu vielen anderen deutschen und europäischen Metropolregionen den Aufbau eines kontinuierlichen Regionalmonitorings.

Die MPR Bremen-Oldenburg verband mit dem Aufbau des Regionalmonitorings verschiedene Zielsetzungen, die die Auswahl der zu berücksichtigenden Handlungsbereiche und Indikatoren maßgeblich beeinflussen:

- » Präsentation der MPR nach außen
- » Analyse-Werkzeug für die MPR
- » Dienstleistung für die Steuerung der MPR und ihrer Handlungsfelder
- » Öffentliche Bereitstellung von Informationen

Zusammengefasst zielte die Aufgabe auf die Entwicklung eines übersichtlichen und fundierten Indikatorensets (inkl. Benchmarks), das zum einen die Leistungsfähigkeit sowie Entwicklungspfade und -potenziale der Metropolregion Bremen-Oldenburg erfassen sollte. Zum anderen diente es als Basis zur Analyse und Bewertung der regionalen und teilsräumlichen Entwicklung und um aufbereitete Daten und Informationen zur Außendarstellung, Entscheidungsunterstützung und Öffentlichkeitsarbeit nutzen zu können.

**Die Erarbeitung des Regionalmonitorings stützte sich auf drei ergänzende Ableitungssysteme.**

In einem ersten Arbeitsschritt wurden die vorhandenen Ansätze und Materialien zur Selbstdarstellung und besonders die Monitoringssysteme aller deutschen Metropolregionen analysiert und bewertet. In einem weiteren Schritt wurden die bestehenden analytischen Betrachtungen der MPR sowie Messkonzepte zu den Funktionen und Indikatoren der deutschen Metropolregionen mit einbezogen (z.B. zu den drei Metropolfunktionen: Entscheidungs- und Kontrollfunktion; Innovations- und Wettbewerbsfunktion; Gateway-Funktion). Der Vorschlag zur Umsetzung des Regionalmonitorings und zur Auswahl eines geeigneten Indikatorensets orientierte sich schließlich an den konkreten Zielen, Handlungsfeldern und Entwicklungspfaden der MPR Bremen-Oldenburg und den Anforderungen an ihre Analyse.

Die Verknüpfung der Ergebnisse der drei Analyseschritte mündete in einem konsistenten und belastbaren Vorschlag zur Umsetzung des Regionalmonitorings in der MPR Bremen-Oldenburg.

Das Regionalmonitoring der Metropolregion Bremen-Oldenburg ist seit dem Sommer 2009 online verfügbar und bietet Nutzern fragestellungsgeleitete Abfragen von Daten und Kennwerten in 13 unterschiedlichen Handlungsfeldern mit rd. 120 Indikatoren).

Weitere Informationen zum Projekt unter [www.frischkoepfe.de](http://www.frischkoepfe.de)

## FeS 29

### Weiterentwicklung des Regionalmonitorings der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten

**Dr. Guido Nischwitz, Martyn Douglas**

**Drittmittelprojekt** Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa; Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e.V.

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2010

Die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten hat im Jahr 2009 mit dem Aufbau eines kontinuierlichen Regionalmonitorings begonnen. Die konzeptionellen und inhaltlichen Vorarbeiten hierfür hat das IAW in einem Vorhaben im Jahr 2008 erarbeitet. Die erarbeiteten Themenfelder umfassten dabei u.a. Wirtschaftsleistung, Finanzen, Arbeit und Soziales sowie Bevölkerung und Demografie. Im Auftrag der Metropolregion Bremen-Oldenburg und der Stadt Bremen wurden vom IAW in diesem Forschungsvorhaben drei Fragestellungen im Bereich des bestehenden Regionalmonitorings bearbeitet.

**Erfassung und Aufbereitung der Nutzerperspektive auf das bestehende Regionalmonitoring**

Ziel war es, von den Nutzern des Regionalmonitorings die Wahrnehmungen, Erfahrungen, Vorteile und Probleme in der Online-Nutzung des Regionalmonitorings („Instant Atlas“) zu erfassen und aufzubereiten. Dabei ging es um das Handling sowie um die Art und Qualität der präsentierten Daten und Informationen.

### Ergänzung und Erweiterung des bestehenden Indikatorensets

Grundsätzlich sollte ein regionales Monitoring als Analyse-Tool für regionale Akteure folgenden Nutzungsansprüchen gerecht werden. Ziel dieser Fragestellung war die Weiterentwicklung des bestehenden Indikatorensets im Hinblick auf unterschiedliche Nutzungsansprüche. Darüber hinaus sollten sowohl regionsspezifische als auch interregionale Zielwerte, Entwicklungspotenziale, Trends sowie Steuerungs- und Handlungskapazitäten abgebildet und analysiert werden:

### Erarbeitung eines Konzepts für eine bundesweite Fachtagung zu Systemen der Raubeobachtung und des Regionalmonitorings

Im Rahmen des Workshops sollten die unterschiedlichen regionalen und bundesweiten Erfahrungen mit regionalen Datenmodellierungen ausgetauscht und akteurspezifische Nutzungsansprüche an ein regionales Monitoring identifiziert werden. Mit Blick auf ein gemeinsames Messkonzept sollten soziale, ökonomische und ökologische Fragestellungen berücksichtigt und gleichzeitig Zielwerte („Benchmarking“) und Entwicklungspotenziale („Performance Measurement“) sichtbar bzw. messbar gemacht werden.

Weitere Informationen zum Projekt unter [www.frischkoepe.de](http://www.frischkoepe.de)

## FeS 30

### Vorbereitung und Durchführung einer bundesweiten Fachtagung zu regionalen Messkonzepten in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten

**Dr. Guido Nischwitz, Martyn Douglas**

**Drittmittelprojekt** Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e.V.

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2011

Die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten hat das IAW mit der Vorbereitung und Durchführung und Auswertung einer bundesweiten Fachtagung beauftragt, bei der regionale Raubeobachtungssysteme (Regionalmonitoring) im Fokus standen. Die Tagung hat zudem die Möglichkeit geboten, Ansatzpunkte für eine engere Abstimmung und ggf. einer Vereinheitlichung von Monitoringsystemen zu erörtern.

Die Fachtagung zielte dabei auf den Austausch und auf die Diskussion von Messkonzepten zu metropolitanen Funktionen sowie zu regionalen Monitoring- und Raubeobachtungssystemen ab. Es sollten die unterschiedlichen regionalen und bundesweiten Erfahrungen mit regionalen Datenmodellierungen ausgetauscht und akteurspezifische Nutzungsansprüche an ein regionales Monitoring identifiziert werden. Neben der Berücksichtigung von sozialen, ökonomischen und ökologischen Fragestellungen ging es auch um die Einbeziehung von Zielwerten („Benchmarking“) und Entwicklungspotenzialen („Performance Measurement“).

Angesichts der zurzeit geringen interregionalen Vergleichsmöglichkeiten durch vergleichbare Datenmodellierungen anderer Metropolregionen hat die Fachtagung die Möglichkeit eröffnet, ein gemeinsames Konzept zu diskutieren oder bestehende Konzepte für interregionale Vergleichsmöglichkeiten weiterzuentwickeln. Die Fachtagung war als zweitägige Veranstaltung konzipiert. Auf dem Programm standen vier Schwerpunkte:

- » Vorstellung von Messkonzepten der regionalen Datenaufbereitung und metropolitanen Funktionen
- » Nutzen und Ansprüche an ein Regionalmonitoring
- » Regionalmonitoring in der Praxis
- » Ansatzpunkte für eine weitere Zusammenarbeit

Als Teilnehmer waren in erster Linie Fach-Vertreter aus den einzelnen Metropolregionen, dem Initiativkreises Europäischer Metropolregionen in Deutschland (IKM) sowie des BBSR/BMVBS angesprochen.

**Nischwitz, Guido; Douglas, Martyn; Buhr, Lorina; Knutz, Thade (2011):** „Analyse von raumbezogenen Messkonzepten“. Arbeitspapier 1 der Fachtagung. Bremen (unveröffentlicht).

**Nischwitz, Guido; Douglas, Martyn; Knutz, Thade (2011):** „Bestandsaufnahme regionaler Raubeobachtungs- und Monitoringsysteme in deutschen Metropolregionen“. Arbeitspapier 2 der Fachtagung. Bremen (unveröffentlicht).

## FeS 31

### Beratung der LEADER-Anträge (Regionale Entwicklungskonzepte) der Regionen „Börderegio“, „Moorexpress/Stader Geest“ und „Wesermünde-Nord“

**Dr. Guido Nischwitz**

**Drittmittelprojekt** Grontmij GFL GmbH Bremen; Kommunen der Leader-Regionen

**Beginn** 2007

**Abschluss** 2007

Das Institut Arbeit und Wirtschaft wurde von der Grontmij GFL GmbH und von Kommunen aus drei niedersächsischen Regionen mit der strategischen Beratung und inhaltlichen Begleitung bei der Erstellung von Regionalen Entwicklungskonzepten im Bewerbungsverfahren um LEADER-Mittel der EU beauftragt.

Bei LEADER (dt.: Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft) handelt es sich um ein Konzept der EU zur Erarbeitung und Umsetzung gebietsbezogener, integrierter Entwicklungsstrategien durch lokale öffentlich-private Partnerschaften unter Beteiligung der Bürgerschaft (bottom-up). Nachdem LEADER seit 1991 erfolgreich modellhaft innovative Entwicklungsansätze und Projekte im ländlichen Raum unterstützt hatte, ist die ehemalige europäische Gemeinschaftsinitiative in der aktuellen Programmplanungsperiode (2007-2013) in die sog. „Mainstream-Förderung“ des ELER (Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) übernommen worden. Als Schwerpunkt 4 ist die LEADER-Strategie auch wichtiger Bestandteil des niedersächsischen PROFIL-Programms (Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007-2013).

Für den Schwerpunkt Leader wurden die folgenden Unterziele aufgestellt:

- » Unterstützung einer eigenständigen, nachhaltigen Regionalentwicklung
- » Entfaltung endogener Entwicklungspotenziale
- » Stärkung regionaler Kompetenz und Selbstorganisationsfähigkeit

Die Umsetzung der Programmaßnahmen erfolgte im Rahmen von regionalen Entwicklungskonzepten. Das IAW war maßgeblich an der erfolgreichen Erstellung der regionalen Entwicklungskonzepten und Bewerbungen im niedersächsischen LEADER Auswahlverfahren beteiligt.

**Nischwitz, Guido (2007):** „Möglichkeiten und Grenzen der Ausgestaltung einer integrierten regionalen Entwicklungspolitik für ländliche Räume“, in: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.), *Regionale Entwicklungspolitik zwischen Zentrenorientierung und Ausgleich*. Hannover: NIW, 97-131

**Grontmij GmbH; BTE; IAW, (2007):** Regionales Entwicklungskonzept (REK) Moorexpress – Stader Geest. Bremen. (<http://www.ilek-moorexpress-stader-geest.de/v1/uploads/REKMoorexpressStaderGeest.pdf>)

**Grontmij GmbH; BTE; IAW, (2007):** Regionales Entwicklungskonzept (REK) Wesermünde-Nord. ([Http://www.ilek-wesermuende-nord.de/uploads/REK%20Endfassung.pdf](http://www.ilek-wesermuende-nord.de/uploads/REK%20Endfassung.pdf))

## FeS 32

### Fördermitteldatenbank: grün, Kulturlandschaftsnetzwerk

**Dr. Guido Nischwitz**

**Drittmittelprojekt** Regionale Agentur 2010 Köln/Bonn

**Beginn** 2007

**Abschluss** 2010

Die REGIONALE 2010 setzt als Strukturprogramm des Landes NRW für die Region Köln/Bonn einen besonderen Fokus auf die Entwicklung ihrer heterogenen und attraktiven Kulturlandschaft. Im „Arbeitsbereich :grün“ ist es im Rahmen eines bottom-up-Prozesses gelungen, das breite Spektrum an Leitbildern, Ideen, Aktivitäten, Kompetenzen und Akteuren strategisch zusammenzuführen. Mit der Bildung eines Kulturlandschaftsnetzwerks und eines dynamisch angelegten „masterplans :grün“ wurden bereits wesentliche inhaltlichen und prozessbezogenen Grundlagen für eine langfristige regionale Abstimmung und Kooperation geschaffen.

Maßnahmen und Projekte in den Bereichen Umwelt, Natur, Landschaft und Wasser erfordern vergleichsweise lange Planungs-, Entwicklungs- und Umsetzungszeiträume. Sie sind dabei mehrheitlich auf eine kontinuierliche Unterstützung und Begleitung angewiesen. Angesichts der zeitlichen Begrenzung der REGIONALE 2010 haben sich die regionalen Akteure frühzeitig mit Ansatzpunkten für eine langfristige und tragfähige Sicherung des Masterplans und der Projekte beschäftigt.

Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Akquise von Fördermitteln im europäischen, bundesdeutschen und nordrhein-westfälischen Kontext gerichtet, weil die Region Köln/Bonn bis dato nur in einem geringen Maße in den vielfältigen europäischen und bundesdeutschen Fördergebietskulissen (z.B. der regionalen Strukturpolitik und ländlichen Entwicklungspolitik) eingebettet war.

Das IAW wurde im Frühjahr 2007 von der Regionale 2010 Agentur GmbH beauftragt, eine internetgestützte Fördermitteldatenbank für den Maßnahmenbereich Natur und Landschaft des Kulturlandschaftsnetzwerks der Region Köln/Bonn zu erarbeiten. Die Datenbank bietet einen vollständigen Überblick über die Fördermöglichkeiten seitens EU, Bund, NRW, Stiftungen und sonstigen Fördergebern in den Bereichen Umwelt, Wasser, Naturschutz und den damit eng verbundenen medienübergreifenden Handlungsfeldern (z.B. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Freizeit/Erholung). Hierfür wurden insgesamt zwölf Handlungsfelder bearbeitet. Die Stärke und der Mehrwert der Datenbank lagen im Vergleich zu bestehenden Angeboten in der regionalen Fokussierung der Informationen, der breiten und integrativen Berücksichtigung benachbarter Handlungsfelder, Förderbereiche und Fördergeber sowie der Präsentation von Beispielen und zahlreichen zusätzlichen Informationen (Leitfäden, Broschüren etc.).

Um eine möglichst aktuelle Version der Fördermitteldatenbank zu gewährleisten, aktualisiert das IAW im Auftrag der REGIONALE 2010 Agentur seit Anfang 2008 die db :grün.

Weitere Informationen zur Fördermitteldatenbank unter: [http://www.regionale2010.de/de/projekte\\_neu/gruen/foerdermittel/](http://www.regionale2010.de/de/projekte_neu/gruen/foerdermittel/)

## FeS 33

### Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik der Förderperiode 2007-2013 in den norddeutschen Flächenländern

**Dr. Guido Nischwitz**

**Kooperationspartner** Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (Prof. Dr. Hans-Ulrich Jung)

**Eigenprojekt** Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL; Landesarbeitsgemeinschaft Nordwest)

**Beginn** 2008

**Abschluss** 2011

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL; LAG Nordwest) bearbeitet ein eigenes Forschungsvorhaben zum Thema „Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik der Förderperiode 2007-2013 in den norddeutschen Flächenländern“.

Die siedlungsstrukturellen Ausgangsbedingungen sowie die Strukturen und Entwicklungstrends von Bevölkerung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt in den nordwestdeutschen Küstenländern mit den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie den Flächenländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen weisen ein breites Spektrum auf und bedingen sehr unterschiedliche Handlungsbedarfe und -möglichkeiten der regionalen Struktur- und Entwicklungspolitik, die auch in der aktuellen Förderperiode der EU-Strukturpolitik deutlich werden. Gleichwohl gibt es übergreifende und gemeinsame Herausforderungen und Interessen des norddeutschen Raumes, die für ein in Grundzügen abgestimmtes Vorgehen sprechen.

Vor diesem Hintergrund führt die Arbeitsgruppe der ARL LAG Nordwest eine vergleichende Analyse der Ausgestaltung der regionalen Strukturpolitik im Rahmen der EU Strukturfonds-Förderperiode 2007-2013 in den vier beteiligten nordwestdeutschen Bundesländern durch.

Bei der Analyse der Programme geht es sowohl um die grundlegenden Strategien und Ziele als auch um die konkrete Ausgestaltung und die Schwerpunkte der Teilprogramme und Maßnahmenswerpunkte sowie nicht zuletzt um die eingesetzten spezifischen Instrumente. Von besonderem Interesse sind dabei die Ableitung der Schwerpunktbildung in den beteiligten Ländern durch spezifische Analysen der Betrachtungen der Stärken und Schwächen bzw. der Chancen und Risiken (SWOT) oder aber auch durch (regional) politische Prioritätensetzungen. Bei den einzelnen Förderinstrumenten reicht die Bandbreite dabei von der klassischen einzelbetrieblichen Förderung und Eigenkapital stützenden Ansätzen über die Infrastrukturförderung bis hin zur Förderung von Wertschöpfungsketten, Kompetenzzentren und Netzwerken/Clustern. Einbezogen werden neben den Schwerpunktsetzungen auch Umsetzungsfragen, die naturgemäß in Flächenländern anders zu stellen sind als in den Stadtstaaten. Besonderes Interesse finden Verfahren zur Auswahl von Projekten und Vorhaben. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Umsetzungsaufwand sowohl für die Projektträger als auch für die Projekt bewilligenden Stellen.

Insgesamt soll der Vergleich der regionalpolitischen Ansätze in den norddeutschen Küstenländern nicht nur die spezifischen Programm- und Umsetzungsstrukturen in den einzelnen norddeutschen Küstenländer beleuchten, sondern auch zur Herausarbeitung gemeinsamer Interessen und Handlungsnotwendigkeiten sowie -ansätze dienen. Parallel zur laufenden Strukturfonds-Förderperiode soll auch die Diskussion zur Weiterführung der Förderung nach 2013 aufgenommen werden. Es wird erwartet, dass sich vor dem Hintergrund der obigen Analyseergebnisse die besonderen Interessen der norddeutschen Küstenländer herausarbeiten lassen.

## FeS 34

### Regionaler Förderlotse Köln/Bonn - Fördermitteldatenbank für Projekte im Bereich Struktur-, Investitions- und Innovationsförderung in der Region Köln/Bonn

<b>Dr. Guido Nischwitz</b>	
<b>Drittmittelprojekt</b>	Region Köln/Bonn e.V.
<b>Beginn</b>	2008
<b>Abschluss</b>	2010

Die Region Köln/Bonn gehört in Deutschland und Europa zu den sich dynamisch entwickelnden Wirtschafts- und Lebensräumen. Sie ist die Heimat von mehr als drei Millionen Menschen und rund 150.000 Unternehmen. Angesichts der hohen Dichte und Ausübung metropolitaner Funktionen gehört sie auch ohne eine offizielle Anerkennung seitens der Bundesregierung zu den führenden Metropolregionen in Deutschland und Europa.

Im Zuge der aktuellen EU-Programmplanungsperiode (2007-2013) und der Neuausrichtung der Struktur- und Kohäsionspolitik wurde von der Region Köln/Bonn e.V. das Beratungs- und Servicebüro COMPASS gegründet. COMPASS soll die wirtschaftlich aktiven Akteure der Region bei der Stärkung der wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unterstützen, um die vorhandenen Entwicklungspotenziale und Innovationskapazitäten erfolgreich zu erschließen. Eine Kernaufgabe liegt in der Leistung von Orientierungshilfen sowie von Beratungs- und Informationsangeboten, um den Partizipationsgrad der Region an Förderprogrammen der verschiedenen Fördergeber zu erhöhen. Neben marktführenden Großunternehmen in zentralen Branchen (u.a. Automotive, Chemie, Logistik) prägt die Region ein Branchenmix an KMU, die nur begrenzt über Kenntnisse und Erfahrungen im Fördermittelgeschäft und über ausreichende Ressourcen zur Durchführung eigener Recherche von Fördermitteln verfügen.

An dieser Stelle setzen die Arbeit von COMPASS und der Bedarf an einer auf die regionalen Bedürfnisse und Strukturen zugeschnittenen Fördermitteldatenbank im Bereich Struktur-, Investitions- und Innovationsförderung an. Das Augenmerk richtet sich somit auf die professionelle Aufbereitung und Präsentation des relevanten Spektrums an Fördermitteln im europäischen, bundesdeutschen und nordrhein-westfälischen Kontext.

Das IAW wurde im Frühjahr 2008 durch den Verein Region Köln/Bonn beauftragt, eine internetgestützte Fördermitteldatenbank für Projekte im Bereich Struktur-, Investitions- und Innovationsförderung zu erarbeiten.

Um eine möglichst aktuelle Version der Fördermitteldatenbank zu gewährleisten, aktualisiert das IAW im Auftrag der Region Köln/Bonn seit Anfang 2009 die db :regionaler Förderlotse.

Weitere Informationen zur Fördermitteldatenbank unter <http://www.region-koeln-bonn.de/de/compass/foerdermitteldatenbank/index.html>

## FeS 35

### Basisrecherche im Bereich kommunaler Förderprogramme für die Region Köln/Bonn (db :kommunale)

<b>Dr. Guido Nischwitz, Martyn Douglas</b>	
<b>Drittmittelprojekt</b>	Region Köln/Bonn e.V.
<b>Beginn</b>	2011
<b>Abschluss</b>	2011

Die Region Köln/Bonn gehört in Deutschland und in Europa zu den sich besonders dynamisch entwickelnden Wirtschafts- und Lebensräumen, die angesichts der hohen Dichte an metropolitanen Funktionen eine führende Position innerhalb der europäischen Metropolregionen einnimmt.

Die Region verfügt über wichtige gemeinsame Einrichtungen, um die regionale Handlungs- und Leistungsfähigkeit nach innen und nach außen in zentralen Bereichen zu sichern und weiter zu entwickeln. Hierzu gehören u.a. der Verein Region Köln Bonn e.V., die REGIONALE 2010 Agentur, die Standortmarketing Köln/Bonn GmbH, sowie die Regionalagenturen Köln und Bonn-Rhein/Sieg und der Landschaftsverband Rheinland.

Eine besondere Rolle kommt dem Region Köln/Bonn e.V. zu. Dieser Verein fördert seit knapp Jahren fördert mit einer Vielzahl an Aktivitäten sowohl die regionsinterne Kooperation und Vernetzung als auch die Positionierung und Profilierung im inter-regionalen Wettbewerb.

Zur Unterstützung dieser Aufgaben hat der Verein zusammen mit der REGIONALE 2010 Agentur in den letzten Jahren durch das IAW zwei internetgestützte Fördermitteldatenbank (db) erstellen und pflegen lassen:

- » db :wirtschaft & wissenschaft (Struktur-, Investitions- und Innovationsförderung)
- » db :grün (Natur, Kulturlandschaft, Klima, Umwelt, Kultur).

Die bestehenden Datenbanken sollen 2011 um ein Angebot von Förderprogrammen kommunaler Handlungsfelder und Förderbereiche ergänzt werden. Ziel ist die Bündelung der bisherigen Themenfelder sowie die Ergänzung um wesentliche kommunale Handlungsbereiche wie Städtebau, Verkehr und Demografie. Zu diesem Zweck soll durch das IAW eine eigene Förderdatenbank aufgebaut werden (db :kommunale).

Die db :kommunale richtet sich sowohl an Vertreter aus der kommunalen Fachverwaltung und Politik als auch an lokal-regional aktive Akteure, die Initiativen, Verbände und sonstige Institutionen vertreten. Für die neue Förderdatenbank werden insgesamt zehn Themenfelder bzw. Förderbereiche bearbeitet.

## FeS 36

### Relevanz der Klimapolitik in Stadt- und Regionalentwicklungsprozessen in Deutschland; BMBF-Vorhaben Klimazwei

**Dr. Guido Nischwitz, Stephan Jung, Anna Lason**

**Drittmittelprojekt** Sustainability Center Bremen (SCB); Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

**Beginn** 2007

**Abschluss** 2007

Der gesellschaftliche und politische Stellenwert des Klimaschutzes und -wandels hat sich in Deutschland in den letzten Jahren grundlegend verändert. Im politischen und gesellschaftlichen Mehrebenensystem (global, EU, Bund, Länder, Region/Kommunen) ist ein tief greifender und dauerhafter Bedeutungszuwachs der Klimapolitik zu erkennen. Die damit verbundene Initiierung von Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung des Klimawandels (Mitigation) sowie zur Anpassung an dessen Folgen (Adaptation) ist nicht nur eine nationale und globale Aufgabe. Insbesondere auf der lokal-regionalen Ebene in Deutschland erlebt die Klimapolitik eine dynamische Aufwertung.

Die vorliegende Expertise „Relevanz der Klimapolitik in Stadt- und Regionalentwicklungsprozessen in Deutschland“ wurde im Rahmen eines vom BMBF geförderten Vorhabens „Klimawandel Unterweser“ erstellt ([www.klimawandel-unterweser.de](http://www.klimawandel-unterweser.de)). Die Untersuchung setzte zunächst auf eine umfassende Identifizierung aller klimapolitischer Maßnahmen, mit einem besonderen Fokus auf lokal-regionale Anpassungsmaßnahmen (Bestandsaufnahme). Gleichzeitig wurde analysiert, inwieweit dabei integrative Ansätze innerhalb der verfolgten Klimapolitik vorliegen und ob eine Einbindung in eine gesamtstädtische und -regionalen Entwicklungspolitik erfolgte.

Die zu beobachtenden und erwartenden Folgen und Wirkungen des Klimawandels sind allerdings auf der lokal-regionalen Ebene sehr unterschiedlich ausgefallen. Die Vulnerabilität und Ausprägung des Wandels war stark von der spezifischen Ausgangslage der Kommunen und Regionen abhängig (z.B. geographische Lage, klimatische und naturräumliche Rahmenbedingungen). Die unterschiedlichen Bereiche und Branchen unterlagen beispielsweise an der Küste und im Alpenraum oder in städtischen Metropolen und ländlichen Räumen sehr differenzierten Auswirkungen und Anpassungserfordernissen. Gleichzeitig verfügten Kommunen und Regionen aufgrund ihrer sozioökonomischen Ausgangssituationen (z.B. wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Ausstattung mit Humankapital und regionaler Kooperations- und Governance-Kultur) über sehr differenzierte Fähigkeiten und Potenziale, um auf die Anforderungen des Klimawandels zu reagieren. Dabei kam sicherlich den lokal-regionalen Gebietskörperschaften eine bedeutende Rolle zu, die sie in ihren verschiedenen Funktionen als Verbraucher und Vorbild, Regulierer und Planer, Versorger und Anbieter sowie als Berater und Promotoren ausüben konnten. Von besonderer Relevanz war aber die Beteiligung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft, um auf Grundlage eines breiten lokal-regionalen Verständnisses Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen initiieren und umsetzen zu können.

Die im November 2007 veröffentlichte Expertise konzentrierte sich auf die Erfassung und Analyse von aktuellen klimapolitischen Ansätzen (Mitigation und Adaptation) auf der lokal-regionalen Ebene, um hieraus übertragbare Beispiele insbesondere für die Untersuchungsregion (Region Unterweser) herausfiltern zu können. Neben einer Gesamtübersicht der aktuellen klimapolitischen Ansätze und Umsetzungsaktivitäten in Deutschland stand die Erfassung und Analyse der Zielsetzungen, Handlungsfelder, Organisationsformen, Maßnahmen und Instrumente sowie deren Einbindung in eine integrierte lokalregionalen Entwicklungsstrategie im Vordergrund der Untersuchung.

**Nischwitz, Guido (2007):** „Relevanz der Klimapolitik in Stadt- und Regionalentwicklungsprozessen in Deutschland“. Werkstattbericht 2/2007 des Sustainability Center Bremen (SCB). Bremen.

## FeS 37

### Umweltsoziologie und Risikokommunikation.

### Expertise im Rahmen des BMBF-Projektes „Klimawandel Unterweser“

**Dr. Günter Warsewa**

**Drittmittelprojekt** Sustainability Center Bremen (SCB); Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

**Beginn** 2007

**Abschluss** 2007

Risiken zu vermindern oder zu vermeiden und an die riskanten Folgen des Klimawandels anzupassen sind große Herausforderungen. Um diese zu bewältigen, wurden gemeinsam mit verschiedenen Akteuren der Unterweserregion Handlungskonzepte entwickelt.

Ein besonderes Augenmerk wurde auf denjenigen Ausschnitt von Handlungsbedingungen gelegt, der die jeweiligen Wahrnehmungen, Deutungen und Bewertungen des Klimawandels insgesamt wie auch einzelner damit verbundener Risiken umfasst. Die daraus sich bildenden subjektiven Deutungsmuster oder Alltagstheorien zum Klimawandel basierten keineswegs allein auf Wissen, Informationen und Erfahrungen zur Sache, sondern bilden immer eine Vielzahl von – teils konvergierenden, teils divergierenden – Bedingungen und Einflüssen ab. Sowohl für individuelle als auch für kollektive Akteure gilt, dass derartige Muster aus Wahrnehmungen, Deutungen und Bewertungen eine große Rolle für das Verhalten in Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen wie auch für mögliche Modifikationen von Handlungsweisen spielen. Nicht zuletzt dies ist ein wichtiger Grund dafür, dass gerade bei komplexen Umweltthemen häufig ein schwer vermittelbares Nebeneinander, teilweise sogar wechselseitiges Unverständnis zwischen Laien und fachlich informierten Expert/-innen existiert.

Insofern ist es für akteurs-, handlungs- und praxisorientierte Entwicklungsprozesse von großer Bedeutung, diesen Zusammenhang bewusst zu machen und die jeweiligen Alltagstheorien, ihre Struktur und ihre Bedingungen mit jenem Expertenwissen zu konfrontieren, das sich in wissenschaftlichen Risikoanalysen und Risikobewertungen ausdrückt. In der Expertise wurde deshalb auf dem Stand der vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse erörtert, wie die Vermittlung subjektiver Alltagstheorien zum Klimawandel mit wissenschaftlichen Konzepten von Risikoanalyse und -bewertung zu leisten sei und als fundierte Grundlage für die Thematisierung und Bearbeitung bestimmter Risiken in einem entsprechenden Arbeits- und Entwicklungsprozess dienen könne.

**Warsewa, Günter (2007):** „Umweltsoziologie und Risikokommunikation. Expertise im Rahmen des BMBF-Projektes Klimawandel Unterweser“. Sustainability Center Bremen (Hg.). SCB Werkstattberichte 3/2007. Bremen.

## FeS 38

### Sondierungsstudie EFEU – Moornutzung und Klimaschutz

<b>Dr. Guido Nischwitz</b>	
<b>Drittmittelprojekt</b>	Grontmij GFL GmbH Bremen
<b>Beginn</b>	2007
<b>Abschluss</b>	2007

Die Gemeinde Goldenstedt verfolgte mit der Projektidee EFEU (Europäisches Forum für Entwicklung und Umweltbildung) das Ziel, ein international ausgerichtetes Bildungsvorhaben durchzuführen. Im Mittelpunkt der Überlegungen stand zunächst ein bildungsorientiertes Veranstaltungsprojekt u.a. zur Förderung des ökologischen Tourismus. In Kooperation mit europäischen Partnern wurden z.B. ein Jugendaustausch, ein europäisches Symposium oder einer Reihe von Sommer- oder Winter-Akademien organisiert.

Zusammen mit dem ILEK-Regionalmanagement wurde seitens der Gemeinde Goldenstedt im Herbst 2007 ein neuer Anlauf unternommen, die EFEU-Projektidee zu konkretisieren und auf ihre Machbarkeit zu untersuchen. Angesichts der hohen landschaftsräumlichen Bedeutung des Goldenstedter Moores einigte man sich auf eine inhaltliche Fokussierung auf den Themenkomplex Moor. Mit dem „Naturschutz- und Informationszentrum (NIZ Goldenstedt)“, dem sog. „Haus im Moor“ stehen hierfür sowohl das fachliche Know-how als auch ein Tagungsort zur Verfügung, betraut

Das IAW wurde 2007 mit der Erstellung einer „Sondierungsstudie EFEU Moornutzung und Klimaschutz“ beauftragt, die im Kern die Bearbeitung von drei zentralen Fragestellungen beinhaltet:

- » Welche inhaltliche Schwerpunkt- und Themenstellung im Bereich Moor bietet sich insbesondere für das NIZ zur Weiterentwicklung an, um sich auf nationaler und internationaler Ebene als Kompetenzzentrum und Wissenstransferstelle erfolgreich positionieren zu können? Bietet die Fokussierung auf das Thema „Moornutzung und Klimaschutz“ ein tragfähiges inhaltliches Programm?
- » Welche Form der Angebotspräsentation, welche programmatischen und organisatorischen Voraussetzungen sind erforderlich, um konkurrenzfähige Leistungen zum Wissenstransfer und Lernen, zur Vernetzung und Bildung anbieten zu können? Ist die Erarbeitung einer Veranstaltungskonzeption ausreichend oder erfordert die anvisierte überregionale Positionierung eine umfassendere konzeptionelle Ausarbeitung?
- » Welche staatlichen und nichtstaatlichen Förderprogramme bieten Ansatzmöglichkeiten für einen Antrag auf Finanzierung der Projektidee?

**Nischwitz, Guido (2008):** „Sondierungsstudie EFEU (Europäisches Forum für Entwicklung und Umweltbildung) Moornutzung und Klimaschutz“. Bremen (unveröffentlicht).

## FeS 39

### Prozessbegleitende Evaluation nordwest2050 (KLIMZUG)

**Dr. Guido Nischwitz**

**Drittmittelprojekt** Sustainability Center Bremen (SCB); Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

**Beginn** 2009

**Abschluss** 2010

Das Forschungsprojekt nordwest2050 hat das Ziel, gemeinsam mit Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zwischen 2009 und 2014 einen langfristigen Fahrplan zur Klimaanpassung für die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten zu entwickeln – die so genannte „Roadmap of Change“. Nordwest2050 ist eines von insgesamt sieben geförderten Projekten des BMBF-Programms „Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten (KLIMZUG)“.

Im Rahmen des Vorhabens war eine externe prozessbegleitende Unterstützung vorgesehen, die die Module „Entwicklung einer transdisziplinären Forschungskultur“, „Evaluation“ und „Monitoring“ beinhaltet. Das IAW sollte im Forschungsprojekt nordwest2050 bis zum Abbruch-Meilenstein ausgesuchte Elemente einer externen, prozessbegleitenden Evaluation bearbeiten.

Mit diesem Begleitinstrument sollte sowohl die interne Akteurs- und Netzwerkstruktur des Vorhabens nordwest2050, als auch das regionale Umfeld (äußere Netzwerk) erfasst, analysiert und bewertet werden. Die damit einhergehende Unterstützung eines kontinuierlichen internen Kommunikations-, Reflexions- und Lernprozesses zielte auf eine Stärkung der projektbezogenen Handlungs- und Steuerungsfähigkeit. Es war Aufgabe dieser Evaluationsschritte, prozessuale und inhaltliche Hemmnisse, Risiken, Konflikte und Defizite herauszuarbeiten und sich aktiv an der Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen zu ihrer Lösung zu beteiligen. Des Weiteren waren Erfolgsfaktoren, Chancen, Potenziale und good practice zu ermitteln.

Zwei zentrale Arbeitsbereiche standen im Mittelpunkt der Aufgabestellung:

- » Akteurs- und Netzwerkanalyse – als begleitendes Evaluationsinstrument zur Erfassung, Analyse und Steuerung des Nordwest 2050 Netzwerks
- » Kontinuierlicher Kommunikations- und Rückkopplungsprozess – als ein aktives Interventionsinstrument mit Moderations- und Kommunikationsaufgaben

Die Ergebnisse (z.B. die Analyse und Visualisierung der Akteurs- und Netzwerkstruktur, Erfassung von Konfliktlagen) und Handlungsempfehlungen wurden den zuständigen Gremien (z.B. Steuerungskreis, Projektkoordination) sowie der Geschäftsführung beim SCB regelmäßig persönlich und/oder in Form von schriftlichen Berichten vorgestellt.

## FeS 40

### Regionales Entwicklungskonzept und Prozessbegleitende Evaluation der Bioenergie-Region Südoldenburg

**Dr. Guido Nischwitz**

**Drittmittelprojekt** agrar+ernährungsforum Oldenburger Münsterland e.V.; Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

**Beginn** 2008

**Abschluss** 2012

Mit dem bundesweiten Wettbewerb „Bioenergie-Regionen“ fördert das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) seit 2009 25 Regionen in Deutschland, die die Bioenergie als Chance für sich erkennen. Ziel der Förderung ist es, dauerhafte Netzwerke aufzubauen, die innovative Ideen zur Produktion, Verarbeitung und Nutzung von Bioenergie entwickeln und umsetzen. Außerdem sollen Interessenkonflikte entschärft bzw. abgebaut und durch die Entwicklung kommunikativer Strukturen ein Wissenstransfer ermöglicht werden. Dazu stellt das BMELV im Zeitraum von 2009 bis 2012 jeweils bis zu 400.000 Euro für die Umsetzung der erstellten Regionalentwicklungskonzepte zur Verfügung.

Das agrar+ernährungsforum Oldenburger Münsterland hat erfolgreich am Wettbewerb Bioenergie-Regionen des BMELV teilgenommen. Hierbei wurde es von der Grontmij/GFL GmbH, dem IAW und der Hochschule Vechta unterstützt. In dem 2008 gemeinsam erarbeiteten Regionalen Entwicklungskonzept (REK) wurden für das Vorhaben in Südoldenburg (Landkreise Cuxhaven und Vechta) fünf Kernziele formuliert:

- » Verstärkte Nutzung der Biomassepotenziale landwirtschaftlicher Nebenprodukte zur Steigerung der Wertschöpfung
- » Verringerung oder Lösung der regionalen Nährstoffproblematik
- » Verbesserung der Akzeptanz für Bioenergieerzeugung und Veredlungswirtschaft
- » Lösung regionaler Imagedefizite
- » Lösung lokal-regionaler Konflikte.

Das agrar+ernährungsforum Oldenburger Münsterland hat das IAW 2009 mit einer prozess- und projektbegleitenden Evaluation des Vorhabens beauftragt. Bei der Evaluation handelt es sich um einen kontinuierlichen Kommunikations-, Bewertungs- und Rückkopplungsprozess. Die Evaluation besteht aus drei Elementen:

- » Projektevaluation (Umsetzungsmonitoring);
- » Prozessevaluation (Ergebnismonitoring);
- » Selbstbewertung zur Prozesssteuerung.

**agrar+ernährungsforum Oldenburger Münsterland (2008):** Regionales Entwicklungskonzept Bioenergie-Region Süddoldenburg. Eine Region veredelt Energie. ([http://www.bioenergie-suedoldenburg.de/images/stories/Download/rek\\_ber\\_bericht\\_ff.pdf](http://www.bioenergie-suedoldenburg.de/images/stories/Download/rek_ber_bericht_ff.pdf))

## FeS 41

### Lokale Forschungsassistenz StadtKlimaExWoSt Syke

**Dr. Guido Nischwitz**

**Kooperationspartner** Fachbüro eco, Bremen

**Drittmittelprojekt** Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS);  
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2012

Als eine von neun Städten in Deutschland wurde die Stadt Syke im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) „Urbane Strategien zum Klimawandel – Kommunale Strategien und Potenziale“ vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) für die Durchführung eines Modellvorhabens ausgewählt. Gegenstand dieses Modellvorhabens ist die Verknüpfung einer nachhaltigen Stadtentwicklung mit den Strategien zum Klimaschutz (Mitigation) und zur Anpassung an den Klimawandel (Adaptation).

Die Teilnahme am ExWoSt-Modellvorhaben versteht die Stadt Syke als Chance und Herausforderung, seine kommunale Klimapolitik in den nächsten Jahren auf ein neues innovatives und integratives Fundament zu stellen. Die Stadt Syke wird in Zukunft ihre Stadtentwicklungspolitik noch stärker als bisher auf einen integrativen und nachhaltigen Ansatz ausrichten. Langfristiges Ziel ist es, die Anfälligkeit (Vulnerabilität) der Stadt Syke und seiner Bürgerinnen und Bürger sowie des Naturraums gegenüber dem Klimawandel zu verringern und die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) zu erhöhen.

Die Syker Anpassungsstrategie wird sich zunächst auf die Bearbeitung von vier Handlungsfeldern konzentrieren, die im Rahmen einer ersten Betroffenheitsanalyse (im Spätherbst 2009) erarbeitet wurden. Dies sind die Bereiche Wasserwirtschaft; Land- und Forstwirtschaft; Grün- und Freiflächenplanung sowie Naherholung/Tourismus. Hinzu kommen zwei Querschnittsthemen bzw. -bereiche: Kommunikation und Marketing (einschl. Bildung/Wissenstransfer) sowie Regionale Kooperation und Integration.

Darüber hinaus soll durch eine intensive regionale Einbindung das Syker Vorhaben auch einen Pilot- und Modellcharakter für die Kommunen in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten entfalten und eng mit dem KLIM-ZUG-Vorhaben nordwest2050 kooperieren. Das IAW wurde von der Stadt Syke beauftragt, das Projekt als lokale Forschungsassistenz zu begleiten. Die Aufgaben des IAW umfassen dabei u.a.:

- » Mitwirkung bei der Erarbeitung des kommunalen Arbeitsprogramms und Aktionsplans
- » Mitwirkung bei der Analyse und dem Aufbau lokaler und regionaler Akteursnetzwerke
- » Organisation und Betreuung eines Klimawandel-Governance-Prozesses
- » Unterstützung bei der Auswahl und Umsetzung formeller und informeller Stadtentwicklungsinstrumente

Die Bearbeitung des Modellvorhabens erfolgt in einer engen Abstimmung mit der Projektleitung der Stadt Syke und dem Bremer Fachbüro eco. Ecolo wird in erster Linie für die Betreuung der lokalen Aktivitäten zuständig sein (u.a. Kommunikations- und Marketingstrategie, Expertisen/Studien, Klima-Tische). Das IAW wird als lokale Forschungsassistenz u.a. die Federführung bei der Abstimmung mit der Landes- und Bundesebene (Geschäftsführung, überlokale Forschungsassistenz, BMVBS/BBSR) sowie zur Erbringung der Leistungen für die Bundesebene übernehmen (Berichtslegung, Veranstaltungen).

**Nischwitz, Guido (2010):** „Syke. Verantwortlich Handeln im Klimawandel!“, in: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.), *StadtKlima Kommunale Strategien und Potenziale zum Klimawandel* (ExWoSt-Informationen 39/1). Berlin: BMVBS, 28-29.

Dr. Günter Warsewa

Eigenprojekt

Beginn 2007

Abschluss 2012

Im Anschluss an die vergleichenden Studien in dem EU-Interreg IIIc-Projekt „New Economic Prosperity for Port Cities“ gehen die laufenden Arbeiten in diesem Eigenprojekt den Wechselwirkungen von lokaler Wirtschafts- und Sozialstruktur, lokalem Institutionensystem und lokaler Kultur in Hafenstädten während der anhaltenden Strukturwandel- und Globalisierungsprozesse seit den 1980er Jahren nach. Insbesondere wird danach gefragt, inwieweit die Erneuerungs- und Modernisierungspfade, die in den europäischen Hafenstädten seit den 1980er Jahren zu beobachten sind, sich auf globale (v. a. ökonomische) Anpassungszwänge oder auf lokale Bedingungen (v.a. lokale Tradition und Kultur) zurückführen lassen. Begründet wird die These, dass Elemente und Ausprägungen einer typischen lokalen, eben „hafenstädtischen“ Kultur sich als stabiler und stabilisierender Faktor der regionalen Entwicklung, als Steuerungsmechanismus und Ressource darstellen, die einem Eigensinn des Ortes gegenüber den globalen Anpassungszwängen Geltung verschaffen. Die „Neuerfindung der Hafenstadt“ stellt sich im Verlauf des aktuellen Strukturwandels mithin als Ausdruck einer gewissen Autonomie und „Individualität“ dar, die sowohl Gemeinsamkeiten zwischen den Hafenstädten als auch deren Differenz zu den territorialen, binnenländischen Städten reproduziert.

**Warsewa, Günter (2006):** *The Transformation of European Port Cities – Final Report on the New EPOC Port City Audit*. IAW-Forschungsbericht 11. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

**Holtrup, André; Warsewa, Günter (2008):** *Der Wandel maritimer Strukturen*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 2/2008. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

**Warsewa, Günter (2009):** „Managing growth and expansion under increasing restrictions – the case of the ports at Bremerhaven“, in: Instytut Morski w Gdansk (eds.), *Future Use of the Polish Maritime Areas for Economic and Ecological Purposes*. Gdansk, 109-118.

**Warsewa, Günter (2010):** „Die Überseestadt als Ort der Wissensgesellschaft“, in: GfG / Gruppe für Gestaltung GmbH, text + pr (Hg.), *Heimathafen*. Bremen: Schünemann Verlag, 22-23

**Warsewa, Günter (2010):** „Lokale Kultur und die Neuerfindung der Hafenstadt“. *Raumordnung und Raumforschung* 68 (5): 373-387.

**Warsewa, Günter (2011):** „Adaptation and Individuality - the Re-Invention of the Port-City“, in: Simo Häyrynen, Jopi Nyman (eds.), *Recurrence, survival or transformation. Comparing cultural challenges and possibilities of former single-industry communities*. Newcastle: Cambridge Scholars Publishing (im Erscheinen).

## FeWiF 1

### Entwicklungstendenzen in der Fischwirtschaft: Chancen und Risiken für den Standort Cuxhaven

**Wiebke Lang, Julia Rippe**

**Drittmittelprojekt** Agentur für Wirtschaftsförderung Cuxhaven; DGB Elbe-Weser; NiedersachsenPorts

**Beginn** 2005

**Abschluss** 2006

Trotz rückläufiger Beschäftigungszahlen bildet die Fischwirtschaft einen der wichtigsten Arbeitgeber in der Stadt Cuxhaven. Der Standort gerät jedoch durch die Konkurrenz zu osteuropäischen Standorten zunehmend unter Druck. Aber auch in Nachbarregionen, wie etwa in Bremerhaven, werden verstärkt Anstrengungen unternommen, die Lebensmittel- und Fischwirtschaft als Cluster auszubauen und attraktivere Standortbedingungen zu schaffen.

Um die Chancen und Risiken des Standortes Cuxhaven abzuschätzen, wurde eine Branchenanalyse durchgeführt. Schwerpunkte der Analyse bildeten zum einen die Einschätzungen und Erwartungen der fischwirtschaftlichen Akteure vor Ort. Zum anderen wurden grundlegende Entwicklungstendenzen (Rohstoffversorgung, Produkte, Märkte) der Fischindustrie und ein Vergleich von Kostenstrukturen insbesondere mit osteuropäischen Standorten vorgenommen. Als zentrale Ergebnisse der Untersuchung wurden die relativen Standortvor- und -nachteile herausgearbeitet. Standortnachteile stellen vor allem die höheren Löhne am Standort Cuxhaven dar. Allerdings zeigte die Analyse auch, dass sowohl die Bedeutung der Lohnkosten für die gesamten Produktionskosten als auch die Möglichkeiten diese durch Standortverlagerungen nach Osteuropa zu senken überschätzt werden. Darüber hinaus bilden Energiekosten und Steuerbelastung einen Nachteil am Standort Cuxhaven.

Standortvorteile kann Cuxhaven mit seinen niedrigen Miet- und Grundstückskosten aufweisen ebenso wie mit der Qualifikation und Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Im Vergleich mit Osteuropa ist die Ausstattung mit Verkehrsinfrastruktur sowie Verfügbarkeit und Dichte von Zuliefernetzwerken ebenfalls herauszuheben.

Unter Berücksichtigung der lokalen Einflussmöglichkeiten und den Einschätzungen und Anforderungen der lokalen Akteure wurden Handlungsempfehlungen formuliert. Dazu gehören Maßnahmen zur Stabilisierung und Senkung von Energiekosten und zur Senkung von Rohwarenkosten durch einen Einkaufsverbund, aber auch Maßnahmen zum Ausbau der vor Ort vorhandenen Kompetenzen, wie die Direktvermarktung regionaler Lebensmittelprodukte oder den Ausbau des Standortes zum Dienstleistungszentrum für Lebensmittellogistik.

**Lang, Wiebke; Rippe, Julia (2006):** *Entwicklungstendenzen in der Fischwirtschaft. Chancen und Risiken für den Standort Cuxhaven.* IAW Forschungsbericht 10. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

## FeWiF 2

### Maritimes Netzwerk Bremerhaven. Arbeitsplatzvolumen, Beschäftigungseffekte, Zukunftsperspektiven

**Dr. Jochen Tholen, Wiebke Lang, Julia Rippe**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2005

**Abschluss** 2006

Die traditionell dominierenden Branchen des maritimen Sektors Häfen, Schiffbau und Fischindustrie unterliegen einem starken Strukturwandel. Ihre nach wie vor starke Verankerung in der Region macht es notwendig, von hier aus Ansatzpunkte für den wirtschaftsstrukturellen Umbau zu bestimmen. Es galt also, die traditionellen maritimen Kompetenzen der Region Bremerhaven mit Bereichen zu verknüpfen, die ihrerseits stimulierende Auswirkungen auf die erstgenannten maritimen Bereiche haben.

Bisher weitgehend unbekannt waren:

- » die Zulieferketten innerhalb der einzelnen Branchen des maritimen Netzwerkes Bremerhaven
- » die Verflechtungen zwischen einzelnen Branchen des maritimen Netzwerkes Bremerhaven
- » die Verflechtungen mit den umliegenden Regionen (Kreise Cuxhaven, Wesermarsch, Osterholz und die Stadt Bremen).

Ziel dieses Projektes war es, eine gesicherte Datenlage über Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale der Unternehmen des maritimen Sektors, dem Ausmaß und Potenzial der Verflechtungsstrukturen sowie der infrastrukturellen und institutionellen Bedingungen zu schaffen. Dies war die Voraussetzung zur Ermittlung der Potenziale für eine eigenständige, sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung Bremerhavens.

Die maritime Wirtschaft Bremerhavens gliedert sich in folgende Wirtschaftsbereiche:

- » Hafenwirtschaft
- » Schiffbau
- » Fisch-/Lebensmittelwirtschaft
- » Blaue Biotechnologie
- » Offshore Windenergie
- » Maritime Wissenschaft
- » Tourismus

Die Analyse von Situation, Entwicklungsperspektiven und regionaler Verflechtung erfolgte zunächst durch Expertengespräche mit maßgeblichen Akteuren der maritimen Wirtschaft. Darüber hinaus wurden die Endproduzenten der maritimen Wirtschaftsbereiche sowie die Unternehmen der Zuliefer- und maritimen Dienstleistungswirtschaft identifiziert. Mit Hilfe einer schriftlichen Unternehmensbefragung wurden nicht nur Grunddaten wie Umsatz und Beschäftigung erhoben. Auch die vertikalen und horizontalen Beziehungen der Unternehmen des maritimen Netzwerkes Bremerhaven wurden im Rahmen des Projektes erfasst.

Diese qualitativen und quantitativen empirischen Untersuchungen machten es möglich, zum einen Arbeitsplatz- und Beschäftigungseffekte der einzelnen Wertschöpfungsketten abzubilden. Zum anderen wurde eine matrixartige Darstellung der Verbindungen zwischen den einzelnen Branchen des maritimen Netzwerkes Bremerhaven erstellt. Die Ermittlung der wechselseitigen Beziehungen zwischen „traditionellen“ und „zukunftsorientierten“ Branchen des maritimen Netzwerkes Bremerhaven diente dazu, brachliegende Wertschöpfungspotenziale und Synergieeffekte zu identifizieren.

**Rippe, Julia, Salot, Marion; Tholen, Jochen (2007):** „Maritimes Netzwerk Bremerhaven“. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen.

## FeWiF 3

### EU-EMF China Research Project – shipbuilding, steel, automotive

**Dr. Jochen Tholen, Thorsten Ludwig**

**Drittmittelprojekt** Europäische Union; Europäischer Metallgewerkschaftsbund (EMB)

**Beginn** 2006

**Abschluss** 2007

China's recent emergence onto the world economic scene is shaking up long-established hierarchies and raised the question of the future of its relations with the world's major economic areas, including Europe. If one sector of the economy has been at the heart of China's breakthrough, it's manufacturing industry. This is not because China has become industrialised in recent years, but rather mainly because it has transformed its industry over that period by competing on external markets.

The aim was to arrive at a common assessment of China's economic future and its consequences for Europe based on the situation in three metal sectors chosen as examples, namely the steel industry, shipbuilding, and automotive. That assessment served as a basis for describing and evaluating the importance of the factors enabling Chinese industry to be globally competitive.

Finally, this research endeavoured to pinpoint the relevant issues and establish ways of internationally regulating the growth of China's metal industries, making them compatible with international standards regarding sustainable development and social responsibility. Trade union organisations had been fully involved in this research.

**Garibaldo, Francesco; Morvannou, Philippe; Tholen, Jochen (eds.) (2008):** *Is China a Risk or an Opportunity for Europe? An Assessment of the Automobile, Steel and Shipbuilding Sectors*. Frankfurt/Main: Peter Lang.

## FeWiF 4

### Beschäftigungseffekte und Verflechtungsbeziehungen der Automobilindustrie in Bremen

**Dr. Jochen Tholen, Julia Rippe**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen; Hans-Böckler-Stiftung; IG Metall

**Beginn** 2007

**Abschluss** 2008

Die Automobilindustrie spielt in Bremen mit dem Standort von Daimler Chrysler eine herausgehobene Rolle für die Beschäftigungssituation der Stadt. Allein das Werk selbst beschäftigte im Jahr 13.405 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das waren über 20 % der Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes der Stadt. Darüber hinaus befinden sich in der Region Bremen zahlreiche Zulieferunternehmen, die z. T. erheblich von den Aufträgen des Daimler-Chrysler Werkes abhängig sind. Allerdings ist auch die wirtschaftliche Lage des Automobilherstellers in nicht unerheblichem Maße von seinen Zulieferern abhängig. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hat der Trend zum Outsourcing in der Automobilindustrie nochmals deutlich zugenommen.

Die Region Bremen weist dabei im Vergleich mit Regionen in Süddeutschland keine bemerkenswerte Ausstattung mit Automobilzulieferern auf. Das Land Bremen stellt nur 0,6 % der Automobilzulieferindustrie in Deutschland. Für die regionale Wirtschaft von Bedeutung ist jedoch, welcher Anteil der Wertschöpfung hier produziert wird. Die zukünftige Entwicklung der Wertschöpfung im Zulieferbereich gründet dabei auf drei Pfeilern: Dem Mengenwachstum auf den Automobilmärkten vor allem in Osteuropa und Asien, dem Wertzuwachs durch höherwertige Fahrzeugausstattung und der weiteren Reduktion von Fertigungs- und Entwicklungstiefen bei den Automobilherstellern.

Dabei sind jedoch nicht nur die Wertschöpfungsanteile von Bedeutung, die in der Stadt Bremen erzielt werden können, sondern im gesamten wirtschaftlichen Verflechtungsraum. Dieser erstreckt sich über den Unterweserraum und umfasst neben Bremen und Bremerhaven ebenfalls die Kreise Cuxhaven, Wesermarsch, Osterholz, Verden, Diepholz und die Stadt Delmenhorst. Diese Abgrenzung entspricht den Raumordnungsregionen Bremen, Bremen-Umland und Bremerhaven.

Im Interesse des Projektes stand nicht nur die Quantifizierung der Vorleistungsbeziehungen in der Region anhand von Beschäftigungseffekten und Wertschöpfungsanteilen. Es wurde auch eine qualitative Identifizierung der Art und Ausprägung der Vorleistungsbezüge vorgenommen. Nur so konnte eine Abschätzung erfolgen, wie die regionale Wirtschaft vom allgemeinen Wachstum der Zulieferindustrie profitieren kann. Zentrales Ziel des Projektes war es, Handlungsempfehlungen zu formulieren, um Wertschöpfungsanteile in der Region zu halten und zu erhöhen, sowie Synergie- und Effizienzpotentiale der regionalen Prozessketten zu erschließen.

**Rippe, Julia; Tholen, Jochen (2008):** „Beschäftigung und Verflechtungsbeziehungen der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer in der Metropolregion Bremen-Oldenburg“. Abschlussbericht. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen.

## FeWiF 5

### Der Ausbau von Short-Sea-Shipping und Feederverkehren im skandinavischen und russisch/ baltischen Raum unter besonderer Berücksichtigung des geplanten Jade-Weser-Ports in Wilhelmshaven und der Bremischen Häfen

**Dr. Jochen Tholen, Julia Rippe**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2008

**Abschluss** 2008

Im Mittelpunkt des Projekts stand der Ausbau der Feederverkehre und Short-Sea-Shipping von den norddeutschen Häfen in den skandinavischen und russisch/baltischen Raum. Der geplante Tiefwasserhafen Wilhelmshaven JadeWeserPort diente dabei als Ausgangspunkt der geplanten Untersuchung. Darüber hinaus wurden die deutschen Nordseehäfen Hamburg und Bremen/Bremerhaven einbezogen.

Vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Aufschwungs insbesondere in Russland und den baltischen Staaten bis zu Beginn der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, der zunehmenden Wettbewerbsintensität zwischen den Seehäfen sowie des steigenden Welthandels und der zunehmenden Containerisierung (auch mit Schiffen mit mehr als 10.000 TEU) bis zu Beginn der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wurden in dem Projekt folgende Zielsetzungen verfolgt:

- » Untersuchung möglicher Verkehrsverlagerungspotenziale von landgebundenen Verkehr auf den Seeverkehr;
- » Identifizierung des Ausbaus der Feederverkehre und der Möglichkeiten der Short-Sea-Verkehre im Ostseeraum, insbesondere in Russland, in den Baltischen Staaten und in Skandinavien, mit dem Bezug zu den norddeutschen Seehäfen mit dem Schwerpunkt des geplanten Tiefseehafen JadeWeserPort Wilhelmshaven;

- » Ermittlung der Beschäftigungseffekte und Wertschöpfungspotenziale im Bereich der maritimen Wirtschaft, die mit dem Bau des JadeWeserPorts in der gesamten Region erzeugt werden können;
- » Identifizierung von insbesondere durch Feeder Verkehre und Short Sea Shipping mit dem Ostseeraum generierte Arbeitsplatzeffekte nicht nur im Landkreis Friesland (Wilhelmshaven), sondern auch in Bremerhaven/Bremen und Hamburg. Vor- ausgesetzt wird dabei eine hohe Intensität der Zusammenarbeit zwischen den genannten Häfen.
- » Aktuelle Darstellung des Wettbewerbsumfeldes der deutschen Nordseehäfen unter der Berücksichtigung des geplanten Tiefseehafens Wilhelmshaven und der Bremischen sowie Hamburger Häfen.
- » Ableiten der Möglichkeiten für Kooperationen der deutschen Nordseehäfen untereinander, aber auch mit konkurrierenden westeuropäischen und Mittelmeerhäfen.

#### **Es konnten folgende Ergebnisse herausgearbeitet werden:**

- » Mit der zunehmenden Schiffsgröße (Containerschiffe mit mehr als 10.000 TEU) steigt die Nachfrage nach größeren Häfen. Hafenerweiterungen ziehen dann wieder Kapazitätserweiterungen der Hinterlandverbindungen nach sich.
- » Für den Ausbau von Short-Sea-Shipping und Feederverkehre im skandinavischen und russisch/baltischen Raum spielen die Bremischen Häfen, der Hamburger Hafen und auch der geplante Tiefseehafen Wilhelmshaven eine große Rolle.
- » Die durch den Ausbau von auf den Tiefseewasserhafen Wilhelmshaven ausgerichteten Feederverkehre und Short-Sea-Shipping und die intensivierte Zusammenarbeit zwischen den drei großen Nordseehäfen (Hamburg, Bremerhaven/Bremen und dann ab 2011 Wilhelmshaven) könnten Arbeitsplätze in den genannten Regionen generieren.

Julia Rippe, Jochen Tholen (o.J.): Der Ausbau von Short-Sea-Shipping und Feederverkehren zwischen den Häfen der Nordsee (unter besonderer Berücksichtigung der Bremischen Häfen und des geplanten Tiefwasserhafens JadeWeserPorts am Standort Wilhelmshaven) und der östlichen Ostsee (Stadthäfen St. Petersburg, Vyborg, Kronstadt und Ust-Luga, Riga, Klaipeda, Kaliningrad und Baltijsk, Danzig und Gdingen). Abschlussbericht (<http://www.iaw.uni-bremen.de/downloads/ProjektendberichtFeeder-ShortSeaShippingOstseeraum.pdf>).

## **FeWiF 6**

### **Veränderung der Seeverkehre und Einfluss auf hafennahe Stadtquartiere – unter besonderer Berücksichtigung des Bundeslandes Bremen**

**Dr. Jochen Tholen, Dr. Günter Warsewa, Manuel Kühn**

**Drittmittelprojekt** Arbeitnehmerkammer Bremen

**Beginn** 2009

**Abschluss** 2009

Gegenstand des Projektes war die Untersuchung landseitiger Folgewirkungen der enormen Umschlagszuwächse, die in den größeren Seehäfen aufgrund der Zunahme von Seetransporten bis Ende 2008 zu verzeichnen waren. In den Häfen und in ihrer räumlichen Umgebung verursachten expansive Flächenbedarfe, Ausbauten der Verkehrsinfrastruktur, erweiterte Sicherheits- und Verwaltungsanforderungen etc. einen „Wachstumsstress“ der umso schwieriger zu bewältigen schien, als vielfache siedlungsstrukturelle, ökologische, strukturpolitische Entwicklungen einer „einfachen“ Ausbaustrategie fast überall in Häfen entgegenstanden. Die Bewältigung der schwierigen Interessenkonflikte, Nutzungskonkurrenzen etc. erwies und erweist sich nach wie vor als ein anspruchsvolles Governance-Problem.

Die vorgesehene Studie sollte – zunächst und in der Hauptsache bezogen auf eine Fallstudie „Bremen“ – derartige Bewältigungsstrategien analysieren und in einem weiteren Schritt ein größeres international vergleichendes Projekt zu diesem Thema vorbereiten. Da aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise ab Mitte 2008 der erwähnte „Wachstumsstress“ in den Häfen wegfiel, entfiel auch die aktuelle Dringlichkeit in der Bearbeitung des Themas. Gleichwohl bleibt die Bearbeitung und Bewältigung von Hafenentwicklung als regionales Governance-Problem eine Frage von zentraler Bedeutung für alle europäischen Hafenstädte bzw. -regionen. Aufgrund dieser Entwicklung wurde das Projekt in Absprache mit der Arbeitnehmerkammer Bremen modifiziert:

- » Statt der zunächst vorgesehenen zwei wiss. Mitarbeiter/-innen wurde nur noch ein Mitarbeiter beschäftigt und die ursprüngliche Laufzeit des Projekts kostenneutral verlängert.
- » Die weiteren und vor allem Bremen bezogenen Arbeiten nahmen die am IAW durchgeführten Studien zur Entwicklung der Bremerhavener Wirtschaftsstruktur wieder auf.
- » Die Projektarbeiten konzentrierten sich von Beginn an auf die Entwicklung eines größeren internationalen Vergleichsprojektes. Hierfür konnten zusätzliche Bundesmittel eingeworben werden.

**Im Zuge dieser Modifizierungen konnten folgende Ergebnisse erzielt werden:**

- » das im Interreg IVB Nordseeprogramm und vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung geförderte Projekt „Dryport“, bei dem es wiederum um Entlastungsstrategien für Häfen geht,
- » das von der Hans-Böckler-Stiftung, Otto-Brenner-Stiftung und IG-Metall geförderte Projekt zur Potentialanalyse des Schiffbaus durch die Offshore-Windkraftindustrie,
- » die vielbeachtete jährliche IAW-Panelstudie zur Situation des deutschen Schiffbaus, die seit 2009 durch den wissenschaftlichen Mitarbeiter unterstützt wird.

## FeWiF 7

### Schiffbau in Europa – Struktur, Beschäftigung und Perspektiven

**Dr. Jochen Tholen, Thorsten Ludwig**

**Drittmittelprojekt** Hans-Böckler-Stiftung; Otto-Brenner-Stiftung; Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft (RWK) e.V.

**Beginn** 2003

**Abschluss** 2007

Im Zentrum des angewandten Forschungs- und Beratungsprojektes stand die Analyse der maritimen Wirtschaft mit dem Schwerpunkt Schiffbau in Europa. Vor dem Hintergrund der ökonomischen und politischen Globalisierung, der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) sowie der wachsenden Konkurrenz durch (süd)ostasiatische Schiffbaunationen wurden deren Auswirkungen auf die Schiffbaustandorte in Deutschland und Europa untersucht.

Im Rahmen einer Totalerhebung sämtlicher Werften innerhalb der EU einschließlich der neuen Mitgliedsländer sowie Ländern der dann folgenden EU-Erweiterungsrunde (Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Montenegro) wurden grundlegende Daten zu den Bereichen Beschäftigung, Arbeitszeiten, Arbeitsorganisation, Lohn, Qualifikation, Kooperationen, Arbeitsbeziehungen, Besitzverhältnisse und Zukunftsperspektiven erhoben.

Diese erstmalig in dieser Breite für den europäischen Schiffbau ermittelten Resultate bildeten gleichzeitig die Basis für den Aufbau eines maritimen Archivs, das auch in digitalisierter Form zur Verfügung gestellt wird.

Aufbauend auf den Ergebnissen der Totalerhebung wurden mittels vertiefender Expertengespräche auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene (Management, Interessenvertretungen, Verbände, Gewerkschaften, EU-Kommission, nationale Regierungen) die Perspektiven für die Schaffung eines europäischen Schiffbauraumes untersucht.

Die EU-Wirtschaft ist in hohem Maße abhängig vom Seehandel; der Schiffbau in der EU ist bedeutender Partner und Faktor für den Seeverkehr (Übersee-, Küsten- und Binnenschifffahrt). Die EU besitzt das größte Auftragsvolumen im Seeverkehr weltweit. Heute befördern die Schiffe rund 70 % des Umfangs (über 90 Prozent für den Güterfernverkehr) und 41 % des Wertes aller Waren, die zwischen der EU und der übrigen Welt gehandelt werden (EUROSTAT 1999). Über zwei Milliarden Tonnen Transitwaren passieren jedes Jahr europäische Häfen.

Schifffahrt und Schiffbau sind Kernelemente des maritimen Verbundes/Sektors. Unter industriepolitischen Gesichtspunkten stellt der maritime Sektor eines der zentralen Zukunftsfelder des 21. Jahrhunderts dar. Schon heute sind die maritimen Wirtschaftszweige im hohen Maße technologieintensiv. Schlüsseltechnologien aus der Elektronik, Informatik, Logistik sowie der Antriebs- und Werkstofftechnik kommen im Schiffbau, der Schifffahrt und im Hafenumschlag zum Einsatz.

Heute bilden rund 110.000 hochqualifizierte Schiffbaubeschäftigte das Rückgrat einer leistungsfähigen Industrie, die weit über die Küstenregionen Europas hinausstrahlt. Zulieferer ganzer Systemkomponenten, die mit ihren Produkten am Weltmarkt operieren, sind auf die heimische Schiffbauindustrie ebenso angewiesen wie Logistikunternehmen, die sich weiterentwickeln wollen. Die direkte und indirekte Beschäftigung im europäischen Schiffbau und bei den Zulieferern liegt bei 350.000 Arbeitnehmern.

**Tholen, Jochen; Ludwig, Thorsten Ludwig (2007):** „Schiffbau in Europa – Europäische Kooperation als Antwort auf die Globalisierung?“, *WSI-Mitteilungen* 1/2007: 17-22.

**Thorsten Ludwig, Jochen Tholen (2007):** „Schiffbau in Europa in globaler Konkurrenz – Struktur, Beschäftigung und Perspektiven“. OBS-Arbeitsheft 51. Otto Brenner Stiftung.

**Ludwig, Thorsten; Tholen, Jochen (2008):** *Schiffbau in Europa*. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

## FeWiF 8

### Schiffbau in Europa 2008 – Auslastung, Beschäftigung, Fachkräfteentwicklung, Arbeitsbedingungen (Panelstudie)

**Dr. Jochen Tholen, Florian Smets**

**Drittmittelprojekt** Hans-Böckler-Stiftung; Otto-Brenner-Stiftung; Community of European Shipyards' Associations (CESA)

**Beginn** 2007

**Abschluss** 2008

Das Vorhaben war ein Forschungs-, Transfer- und Beratungsprojekt und fußte auf der Studie „Schiffbau in Deutschland und Europa“ (2003-2007). Das Projektes konzentrierte sich auf die „Human Resource“, deren Bedeutung für die europäische Schiffbauindustrie im Rahmen des globalen Wettbewerbs nicht hoch genug eingeschätzt werden konnte.

Vorrangig erfolgte eine Totalbefragung aller ca. 240 europäischen Werften (Handels- und Marineschiffneubau, Reparatur), und zwar auf den Feldern Beschäftigung, Ausbildung, Qualifikation, Arbeitszeiten, Einkommen, Rekrutierung von Nachwuchs, Image und Umsetzung von Leadership 2015. Diese Themen hatten sich während der Untersuchung 2003-2007 als besonders sensible Bereiche herausgestellt, die erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten aufwiesen. Durch den Abgleich der Daten von Anfang 2008 mit jenen aus dem Jahr 2004 bestand die Möglichkeit, die Zeit zu Beginn des Schiffbaubooms zu vergleichen mit einem Zeitraum vier Jahre danach. Anders ausgedrückt: Hatte die europäische Werftindustrie die vier Jahre des Booms dazu nützen können, wesentliche Kernfaktoren ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit (u.a. Beschäftigung, Qualifikation, Nachwuchsförderung, Arbeitszeiten, Einkommen, Attraktivität, Image) auszubauen?

**Tholen, Jochen, Smets, Florian, Ludwig, Thorsten (2008):** „Europas Schiffbau auf dem Weg zur Konsolidierung“, in: F. Scholler; Martin Witt (Hg.). *Jahrbuch für Geschlossene Fonds*. Berlin: 211-217.

**Ludwig, Thorsten; Smets, Florian; Tholen, Jochen (2009):** „Umsteuern in der Krise. Herausforderungen für den deutschen Schiffbau“, in: Nord/LB Regionalwirtschaft, RegioPol (Hg.), *Maritimes Cluster*. Hannover, 43-51.

**Ludwig, Thorsten; Smets, Florian; Tholen, Jochen (2009):** *Shipbuilding in Europe/Schiffbau in Europa. Längsschnittstudie 2008*. Frankfurt/Main: OBS Working Paper/Arbeitsheft 59.

## FeWiF 9

### Die räumliche Bindung von Wissen und ihre Bedeutung für die regionale Wettbewerbsfähigkeit

**Prof. Dr. Rudolf Hickel, Wiebke Lang**

**Eigenprojekt** Promotion

**Beginn** 2002

**Abschluss** 2006

Das Projekt wurde im Rahmen des Dissertationsvorhabens von Wiebke Lang am Institut Arbeit und Wirtschaft bearbeitet. Untersucht wurden die räumliche Einbettung von Innovationsprozessen und darauf aufbauend Antworten auf den Zusammenhang von Raum, Wissensentstehung und Innovationsprozess gegeben. Es wurde herausgearbeitet, unter welchen strukturellen Voraussetzungen die räumliche Bindung von Wissen und Wissensspillover stärker oder schwächer ausfällt. Daraus wurden Rückschlüsse auf die Fähigkeit von Regionen gezogen, eigenständig Verantwortung für die Sicherung und Steigerung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung zu übernehmen.

Wie die Literatur über Innovationsprozesse und ihre räumliche Einbettung zeigt, stellt regionale Innovationspolitik eine zentrale wirtschaftspolitische Strategie dar. Die Region wird als adäquater Handlungsraum interpretiert, weil der interaktive Charakter der Innovationsprozesse und die Spillover Eigenschaften von Wissen als zentraler Ressource für Innovationen räumliche Nähe als strategischen Vorteil erscheinen lassen. Zudem diene dieser Zusammenhang als Begründung, um von Regionen eine stärkere Eigenverantwortung für ihre wirtschaftliche Entwicklung einzufordern. Nicht mehr nur Unternehmen stehen im Wettbewerb, sondern die Regionen werden zu wirtschaftlichen Akteuren und der „Wettbewerb der Regionen“ betont.

Unbestritten ist, dass Wissen und Innovationen maßgeblich zur wirtschaftlichen Entwicklung und damit zur Steigerung des Lebensstandards beitragen. Maßgeblich dafür verantwortlich sind Produktivitätssteigerungen, die durch Innovationen ermöglicht werden. Im Hinblick auf Räume, seien es Staaten, Regionen oder Städte, wird Produktivität als Äquivalent zur Wettbewerbsfähigkeit betrachtet. Daraus resultierte die Frage, welche Rolle Wissen für die regionale Wettbewerbsfähigkeit spielt. Um diese Frage zu beantworten wurde geklärt, inwiefern Wissen einen räumlich gebundenen Produktionsfaktor darstellt.

**Lang, Wiebke (2007):** *Die räumliche Bindung von Wissen und ihre Bedeutung für regionale Wettbewerbsfähigkeit*. Frankfurt/Main: Peter Lang.

## FeWiF 10

### Sanieren und Investieren: Bilanzen zu den ökonomischen und fiskalischen Effekten der Sanierungspolitik des Landes Bremen

Prof. Dr. Rudolf Hickel, Wiebke Lang

Eigenprojekt

Beginn 2002

Abschluss 2007

Seit 1994 erhält das Bundesland Bremen Bundesergänzungszuweisungen als Hilfen zur Überwindung seiner extremen Haushaltsnotlage. Der so gewonnene fiskalische Spielraum wurde viele Jahre maßgeblich zur Stärkung der Wirtschaftskraft genutzt. Denn als Ursache der prekären Haushaltlage des Landes wurde die tiefgreifende Krise zentraler Branchen der bremischen Wirtschaftsstruktur und der schleppende Aufbau einer modernen, risikodiversifizierten und zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur gesehen. Das seit 1994 in Kraft getretene Modell der Sanierung basiert auf drei Säulen: Finanzhilfen durch den Bund in Form einer jährlichen Teilentschuldung zwischen 1994 und 2004; Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben als „Eigenbeitrag“ zur Sanierung; Nutzung des Finanzierungsspielraumes zur Umsetzung forcierter öffentlicher Investitionen. Diese Investitionsoffensive diente dem Ziel, den Wandel zu einer modernen Wirtschaftsstruktur aufzubauen. Damit sollen auch ansonsten bedrohte Arbeitsplätze gesichert und neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Im Rahmen des Projektes wurden kontinuierlich Analysen und Stellungnahmen zur Investitionspolitik ausgearbeitet. Dabei wurden die Ziele Verbesserung der Finanzkraft, Umbau der Wirtschaftsstruktur zur Stärkung der Wirtschaftskraft, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Verstärkung der Innovationskraft und Verbesserung der urbanen Qualität berücksichtigt.

**Hickel, Rudolf (2006):** „Die Zukunft des Stadtstaates Bremen in und mit der Region“, in: Günter Dannemann; Stefan Luft (Hg.), *Die Zukunft der Stadtstaaten. Extreme Haushaltsnotlagen und begründete Sanierungsleistungen*. Bremen: Kellner: 93-118.

## FeWiF 11

### Stadtstaat Bremen: Funktionale Begründung und fiskalische Absicherung der „Hauptstadt ohne Umland“

Prof. Dr. André W. Heinemann, Anja Link

Drittmittelprojekt Arbeitnehmerkammer Bremen

Beginn 2010

Abschluss 2013

Die Stadtstaaten mit ihrer Verbindung von staatlicher Aufgabenwahrnehmung und kommunaler Leistungserbringung stellen eine Besonderheit im bundesdeutschen Föderalismus dar. Zwar kennt das Grundgesetz nur Länder, gleichwohl gibt es mittlerweile eine umfassende Verfassungsrechtsprechung zu den stadtstaatlichen Besonderheiten, welche allerdings durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Jahre 2006 relativiert wurde. Unter Berücksichtigung ihrer strukturellen Eigenart und Andersartigkeit gegenüber Flächenländern müssen sich Stadtstaaten gleichermaßen den Herausforderungen auf Länder- und Gemeindeebene stellen. Insofern sind bei der Analyse der Stellung der Stadtstaaten im bundesdeutschen Finanzausgleichssystem sowie der Rückwirkungen von Reformvorhaben innerhalb der Bund-Länder-Finanzbeziehungen stets die Auswirkungen auf die Länderebene sowie gleichzeitig auf die kommunale Ebene zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund werden in diesem Projekt einzelne steuer- und finanzpolitische Reformdiskussionen und ihre Auswirkungen auf die Fähigkeit zur Finanzierung von Aufgaben in Stadtstaaten und insbesondere im Stadtstaat Bremen untersucht. Anhand von Sensitivitätsanalysen lassen sich fiskalische Effekte verschiedener Reformvorhaben analysieren. Dabei sollen gegenwärtige Finanzierungsinstrumente z.B. zur Internalisierung der von Stadtstaaten ausgehenden räumlichen Externalitäten sowie Alternativen aus ökonomischen Effizienzgesichtspunkten untersucht werden. Gleichzeitig wird aber auch der grundsätzliche Hinweis auf „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in die Analyse mit einbezogen, weshalb sich daraus neben allokativen Aspekten auch Rückschlüsse auf distributive Faktoren hinsichtlich einer angemessenen Finanzierung des Stadtstaates Bremen ergeben. Dabei werden Erkenntnisse aus der „Neuen ökonomischen Geographie“ auf die Finanzierungsproblematik von Stadtstaaten angewendet.

**Heinemann, André W. (2009):** „Fiskalische Aspekte bei Fusionen von Flächenländern mit Stadtstaaten“, *Wirtschaftsdienst* 89 (10): 674-683.

**Heinemann, André W. (2009):** „Föderalismusreform II – Ergebnisse und weiterer Reformbedarf“, *Verwaltung & Management* 15 (3): 136-145.

**Link, Anja (2010):** „Das ‚Sparpaket‘ der Bundesregierung“. Stellungnahme für die Arbeitnehmerkammer Bremen. Juni 2010.

## FeWiF 12

### Trade Unions in post-socialist society: overcoming the state socialist legacy?

**Dr. Jochen Tholen, Mitarbeiter/-in in Moskau**

**Kooperationspartner** University of Warwick, UK (Prof. Simon Clarke); University of Lyublyana, Slovenia; ISITO Moscow, Russia; Moldova State University, Moldova; Siar-Bishkek, Kyrgystan; Al Farabi State University Almaty, Kazakhstan; Academy of Sciences Belarus, Belarus

**Drittmittelprojekt** Europäische Kommission (INTAS)

**Beginn** 2004

**Abschluss** 2007

The principal objective of the research programme was to develop a comparative analysis of the development of trade unionism in post-socialist society. The study of trade unionism in post-socialist countries had developed very unevenly. A few countries, particularly Russia, Poland, Hungary, Bulgaria and Slovenia, have been well researched, while studies of other countries, particularly those of the CIS, are fewer and more superficial. Many commentators refer to the state-socialist legacy as an explanatory factor in national studies, but without specifying in precisely what does this legacy consist, or the extent to which it is a constraint, something that can only be achieved through comparative study. However, there has been very little comparative analysis of trade unionism in the post-socialist countries, partly because of the limited research base, partly because much research has sought to capture national specificities, and partly because attention in Eastern Europe has become focused on the question of EU accession. Nevertheless, the degree of divergence of experiences over the past fifteen years made it even more important to identify and to evaluate the opportunities and constraints provided by the common legacy of the state-socialist past.

The second objective was to develop the capacity for critical research on trade unionism in the NIS countries and to enhance our knowledge and understanding of trade union development in those countries. The Russian and INTAS teams brought together some of the leading specialists on trade unionism in the post-socialist countries who provided theoretical, substantive and methodological support for scientists in other CIS countries seeking to develop a critical scientific understanding of the limitations and possibilities of trade union development in their own countries.

The third, practical, objective was to provide a basis on which trade unions across the post-socialist countries can learn from each other in developing structures and practices appropriate to their new socio-economic environments. Trade unions have varied a great deal from one country to another in the ways in which they have adapted to their new circumstances, but none have been very successful in providing effective channels for interest representation and conflict resolution. This relative failure is as important for those countries which will remain outside the EU as it is for those about to enter. The scientists involved in the research programme had close relationships with national and international trade union and labour organisations. The research programme had been elaborated in consultation with the ETUI and the Central and East European Committee of the International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU) and the results of the research were disseminated through those frameworks, as well as through national trade union channels. In relation to the issue of EU enlargement, this research programme interacted with two parallel projects involving the Warwick and Bremen teams studying the adaptation of East European trade unions to EU accession.

**Tholen, Jochen (2007):** *Labour Relations in Central Europe: The Impact of Multinationals' Money*. Aldershot: Ashgate.

## FeWiF 13

### Integrated and United? A Quest for a Citizenship in an „Ever Closed Europe“

**Dr. Jochen Tholen**

**Kooperationspartner** University of Siena, Italy (Maurizio Cotta); University of Jena (Heinrich Best)

**Drittmittelprojekt** Europäische Union (6th Framework/Research area 7: New Forms of citizenship and cultural identities/ Topics. European Citizenship and multiple identities)

**Beginn** 2004

**Abschluss** 2008

The major aim of the project was to study the changes in the scope, nature and characteristics of citizenship presently undergoing as an effect of the process of deepening and enlargement of the European Union. The research was focussing on how integration and disintegration processes at both the national and European level are affecting three major dimensions of citizenship: identity, membership and practice of good governance. These three dimensions of citizenship reflect themselves in three normative principles of democratic government, which ground the legitimacy and democratic quality of government, at any level:

- » Identity and citizenship (criteria to be applied to the constituency – there needs to be some sort of demos to start with in order to be able to establish a government of the people)
- » Representation and accountability (criteria to be applied to the – outcome of the – electoral process in order to determine the degree to which government in fact exercised by the people), and

» Scope and standards of good governance (criteria to be applied to government performance in the sense of actual policy making – i.e. government for the people).

Analysis of mass survey data revealed the extent to which popular conceptions of European identity were determined, inter alia, by personal characteristics such as ethnicity, gender, religion and education; by patterns of media consumption and foreign travel; by perceptions of the performance of EU institutions; and by „filtering cues“ such as partisan identification. Aggregate responses from directly comparable elite surveys have been included in the mass-level models thus devised in order to assess the extent to which citizenship conceptions of national elites affect (or fail to affect) mass perceptions. Analogous models of elite perceptions were developed with aggregate mass-level responses and used in order to assess how far the citizenship conceptions of political elites in different countries are constrained or informed by the views of their respective national mass publics.

**Higley, John; Burton, Michael (eds.) (2006):** *Elite Foundation of Liberal Democracies*. Lanham Maryland: Rowman & Littlefield Publishers Inc.

## FeWiF 14

### Strategische Eliten und EU-Erweiterung - sechs wissenschaftliche Tagungen

**Dr. Jochen Tholen**

**Kooperationspartner** University of Cambridge, UK (David Lane); Corvinus University Budapest, Hungary (György Lengyel); Czech Academy of Sciences, Institute of Sociology in Prague, Czech Republic (Lumir Gatnar); University of Graz, Austria (Max Haller); University of Ljubljana, Slovenia (Tone Kramberger); Polish Academy of Sciences, Institute of Sociology in Warsaw, Poland (Włodzimierz Weselowski); University of Charkov, Ukraine (Olga Kutsenko)

**Drittmittelprojekt** British Academy of Sciences, Hans-Boeckler Foundation Germany, Soros Foundation, University of Bremen

**Beginn** 2004

**Abschluss** 2008

Political stability, democratic consolidation and further progression of social and economic reforms in Central and Eastern Europe (CEU) are conditions of successful European integration. They depend vitally on the structure and orientations of the contemporary elites, which have played crucial intermediating roles in structuring policies towards European enlargement. The conferences focussed on their characteristics, orientations and actions with regard to enlargement; their expectations and reactions; and implications for policy. An objective of the workshops was to clarify alternative political strategies that might be pursued to further elite integration in the various countries or, alternatively, the possibility of the development of political linkages with other states (members of the former Soviet Union and Muslim societies) and conceivable systemic conflict both within and between member states and those excluded. There were six conferences:

- » Cohesion and Division of Economic Elites in Central and Eastern Europe (2004, Budapest)
- » Interdependencies between Eastern and Western Economic and Political Elites in the Process of EU Enlargement (2005, Bremen)
- » Popular Opposition to, and Support for, Different Types of Integration in the European Union among the new member States of Central and Eastern Europe (2006, Prague)
- » Reactions by, and the Prospects for, East European States Currently Left Out (2006, Kiev)
- » Migration and People Movement (2007, Vienna)
- » The European Union: Elite Consensus and Division between „old“ and „new“ Europe (2007, Cambridge/UK).

From all of these six conference books have been published. From the conference No. 1 (Corvinus University Budapest) and conference No. 2 (University of Bremen) the following has been published:

**Lane, David; Lengyel, György; Tholen, Jochen (eds.) (2007):** *Restructuring of the Economic Elites after State Socialism. Recruitment, Institutions and Attitudes*. Stuttgart: ibidem.

## FeWiF 15

### Zwangsarbeit auf der Norddeutschen Hütte: Die Entwicklung der Zwangsarbeit und die Durchsetzung nationalsozialistischer Herrschaft am Beispiel eines Industriebetriebes in Bremen 1933-1945

**Dr. Jochen Tholen, Eike Hemmer, Robert Milbradt**

**Drittmittelprojekt** Hans-Böckler-Stiftung

**Beginn** 2005

**Abschluss** 2006

Gegenstand der Studie waren die verschiedenen Phasen des Einsatzes von Zwangsarbeitern auf der Norddeutschen Hütte in Bremen.

Dabei wurde am Beispiel dieses mittelgroßen Betriebes der Eisen- und Stahlindustrie untersucht,

- » wie die Zusammensetzung der Belegschaft sich während der Umstellung auf Rüstungsproduktion und in den einzelnen Etappen der Kriegsführung änderte und die Annahme überprüft werden, dass gegen Ende des Krieges die Stammbeflegschaft weniger als 50% aller Arbeiter ausmachte
- » wie diese Veränderungen sich auf den Erhalt eines Kerns von bewussten und politisch links eingestellten Arbeitern auswirkten
- » welche verschiedenen Kategorien von Zwangsarbeitern, denen auch eine verschiedene rechtliche Stellung und Behandlung entsprach, bestimmt werden können. Herkunft, Rekrutierung, Lebensumstände der Zwangsarbeiter und ihre Unterwerfung unter das betriebliche Repressionssystem sollen für die einzelnen Gruppen untersucht werden.
- » Überprüft wurde weiter die Hypothese, dass die Betriebsführung nicht nur den Produktionsprozess dirigierte – während die Zwangs- und Unterdrückungsinstrumente nur von außen in den Betrieb hineinwirkten –, sondern dass die betriebliche Hierarchie in Verbindung mit den staatlichen Gewaltinstanzen (Justiz, Gestapo) selbst als Teil des nationalsozialistischen Machtsystems agierte.

**Hemmer, Eike; Milbradt, Robert:** *Bei „Bummeln“ drohte Gestapohaft. Zwangsarbeit auf der Norddeutschen Hütte während der NS Herrschaft.* Bremen: Edition Temmen.

## FeWiF 16

### Education, labour markets and human resource management in Central Asia (Uzbekistan, Kyrgyzstan, Kazakhstan)

**Dr. Jochen Tholen, Mitarbeiter/-innen in Usbekistan, Kasachstan und Kirgisistan**

**Kooperationspartner** Liverpool University, UK (Prof. Ken Roberts); Bishkek Socinformbureau, Kyrgyzstan (Dr. Aikanysh Abylgazieva); Samarkand State University, Uzbekistan (Prof. Shahriyor Safarov); Kazakhstani Association of Social Workers, Kazakhstan (Dr. Lyazat Kozhamkulova)

**Drittmittelprojekt** Europäische Kommission (INTAS)

**Beginn** 2005

**Abschluss** 2008

Two INTAS and three NIS teams investigated the character of the mismatches between the education systems and labour requirements that are responsible for the persistence of high levels of youth unemployment and under-employment throughout the new market economies.

The research interrogated three hypotheses: weak labour demand, wrong skills, and „partial Americanisation“ which, if true, will have led to education currently operating according to different principles than the main labour market actors.

The project based in specimen regions of three NIS: Almaty (Kazakhstan), Bishkek (Kyrgyzstan) and Samarkand (Uzbekistan), and involved interviews with representatives of balanced selections of 20 firms per region, and questionnaire surveys of the young (aged up to 30) employees in these firms. The findings had immediate applications via education policies and labour market interventions in each of the participating NIS, and was also be of wider interest throughout CIS and enlarged EU, as now seems likely, standard remedies for youth unemployment are based on false diagnosis of the character of the breakdown in education-labour market relationships in the new (and in some of the older) market economies.

**Roberts, Ken; Tholen, Jochen et al. (2007):** „Planned transitions from education into employment in a managed post-communist market economy: A case study in Samarkand“, *Journal of Education and Work* 20 (5): 437-451.

**Roberts, Ken; Tholen, Jochen et al. (2007):** „Sources of and Solutions to Youth Unemployment and Employment Problems in the New Market Economies: Evidence from Central Asia“, *Journal of Central Asian and Caucasian Studies* 2 (4): 103-130.

**Dr. Jochen Tholen, Mitarbeiter/-innen in Georgien, Armenien und Aserbaidjan**

**Kooperationspartner** University of Liverpool, UK (Ken Roberts); Eurasian Foundation in Baku, Azerbaijan (Latif Kengerlinsky); Tbilisi State University, Georgia (Levan Tarknishvili); Ministry of Finances and Economy-Economic Research Institute in Yerevan, Armenia (Heghine Manasyan)

**Drittmittelprojekt** Europäische Kommission (INTAS)

**Beginn** 2006

**Abschluss** 2009

This project based on interviews with 800 25-34 year olds, representative of their age group in each of Baku, Tbilisi and Yerevan. The respondents had been drawn from an earlier (2004) survey of 1500 representative households in each city, from which considerable information was already available about the composition of the households and their sources and levels of income.

The 800 interviews for this project gathered detailed records of the respondents' experiences since age 16 in education, the labour market, housing and family relationships. The interviews also explored the circumstances and decisionmaking involved in all status transitions along each of the above career lines (in education, the labour market, housing, and family relationships).

The evidence collected, and the SPSS data set that resulted, had been suited to an innovative combination of analytical techniques – event analysis, and multiple sequential analysis. Major youth life career patterns had been identified and related to household characteristics as well as the individual characteristics of the respondents.

By setting young people's life stage decisionmaking in the actors' family and household contexts, the research addressed questions and issues raised by but unanswered in earlier studies of young people in the NIS.

**He Manasyan, Heghine; Pollok, Gary; Roberts, Ken; Tholen, Jochen (2008):** „School-to Work Transitions after two Decades of Post-communist Transitions: What's New?“, *Eurasian Journal of Business and Economics* 1 (2): 103-129.

**Roberts, Ken; Kamruzzaman, Palash; Tholen, Jochen (2009):** „Young people's education to work transitions and inter-generational social mobility in Central Asia“, *Young. Nordic Journal of Youth Research* 17 (1): 59-80.

**Roberts, Ken; Pollock, Gary; Tholen, Jochen et al. (2009):** „Young adults' family and housing life-stage transitions during post-communist transition in the South Caucasus“, *Journal of Youth Studies* 12 (2): 151-166.

**Roberts, Ken; Pollock, Gary; Tholen, Jochen; Tarknishvili, Levan (2009):** „Youth leisure careers during post-communist transitions in the South Caucasus“, *Leisure Studies* 28 (3): 261-277.

**Tholen, Jochen (2011):** „Transition to Adulthood in Rural Villages during the transition from Communism in the South Caucasus“, in: Carmen Leccardi et al. (eds.), 1989: *Young People and Social Change after the Fall of the Berlin Wall*. Strasbourg: Council of Europe (forthcoming).

**Dr. Jochen Tholen, Dr. Alexandra Wangler, N.N.**

**Drittmittelprojekt** Large Scale Integrated Project im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU, SSH-2010-5.1.1  
Democracy and the Shadows of Totalitarianism and Populisms: the Europea Experience

**Beginn** 2011

**Abschluss** 2015

The project explores how young people's social participation is shaped by the shadows (past, present and future) of totalitarianism and populism in Europe. Conceptually, it goes beyond the comparison of discrete national 'political cultures' or reified classifications of political heritage ('postcommunist'/'liberal democratic'); it is premised rather on the pan-European nature of a range of radical and populist political and philosophical traditions and the cyclical rather than novel nature of the popularity they currently enjoy. Empirically, MYPLACE employs a combination of survey, interview and ethnographic research instruments to provide new, pan-European data that not only measure levels of participation but capture the meanings young people attach to it. Analytically, through its specific focus on 'youth' and the historical and cultural contextualization of young people's social participation, MYPLACE replaces the routine, and often abstract, iteration of the reasons for young people's 'disengagement' from politics with an empirically rich mapping of young people's understandings of the civic and political space that they inhabit. In policy terms, MYPLACE identifies the obstacles to, and facilitators of, young people's reclamation of the European political arena as a place for them.

The project explores the unity and diversity in young people's social participation in contemporary Europe in the context of their interpretations of their own regional and national histories as well as their perceptions of other national and common European histories. Its starting point is the recognition of the presence of two important common factors shaping that participation: a shared political space in which extreme, radical or populist parties are increasingly present; and a lack of prior 'immunisation' against their appeal due to the absence of first hand exposure to variants of authoritarian, fascist or national socialist regimes. MYPLACE maps and measures young people's actual political and civic engagement in this shared context. It does so through the investigation of the role of one intervening variable; the diverse political heritages of young people in participating countries and regions. In selecting the sites of study, the project does not claim to capture all possible experiences across Europe; an impossible task since political heritage not only varies from country to country but is highly differentiated regionally too. Nor does it focus on historically classic cases of 'fascist heritage' (e.g. Italy) or contemporary 'hot spots' of the new right (e.g. Austria, the Netherlands). Rather, MYPLACE has targeted countries for participation with the aim of generating a genuinely pan-European crosssection of experience for analysis. This includes: post-communist legacies, within which are included the 'authentic' Bolshevik heritage (Russian Federation), the (more or less) nationalist resistance to Soviet rule (Georgia, Estonia, Latvia), Central and East European variants of communism and the experience of both fascist/authoritarian and communist political heritage (Croatia, eastern Germany, Hungary, Slovakia); and western European political histories that include periods of fascist (Spain, Portugal, Greece) or national socialist (Germany) rule and those in which, in contrast, radical or extreme politics have remained on the fringe or semi-incorporated into mainstream political agendas (UK, Finland, Denmark). MYPLACE will start from and be guided by existing academic literature exploring the nuances of these complex and multilayered histories. The project's primary focus, however, will be to understand the role these diverse political heritages play in young people's current civic and political engagement today and in the future.

This project comprises 16 partners in 12 European countries. The project on Western Germany is organized by the University of Bremen (Jochen Tholen).

## FeWiF 19

### Schiffbau in Deutschland – jährliche Befragung der Betriebsräte deutscher Werften

**Dr. Jochen Tholen, Thorsten Ludwig, Manuel Kühn**

**Drittmittelprojekt** Institut Arbeit und Wirtschaft; IG Metall Bezirk Küste

**Beginn** 1992

**Abschluss** laufend

Seit 1992 führt die Universität Bremen in Kooperation mit der IG Metall Bezirk Küste (Hamburg) jährlich eine Befragung aller Betriebsräte der deutschen Seeschiffswerften durch (Totalerhebung). Im Zentrum der Befragung stehen dabei die Beschäftigungssituation und -entwicklung der Werften, die Arbeitszeiten, die Auslastung und die Auftragslage. Zusätzlich zu den jedes Jahr wieder abgefragten Daten werden (von Jahr zu Jahr unterschiedlich) die Betriebsräte zu spezifischen Themen der Schiffbauindustrie befragt.

Darüber hinaus werden Entwicklungen der weltweiten Schiffbauindustrie analysiert und die in Deutschland platzierten Neubaufträge im Berichtszeitraum (jeweils vom 1. September bis zum 30. August) ausgewertet. Im September 2011 wird bereits die 20. Befragung durchgeführt. Die Umfrage umfasst insgesamt 40 deutsche Werften bzw. Schiffbauunternehmen, in die Gesamtheit aller Werftarbeitnehmer der deutschen Seeschiffbauwerften beschäftigt sind. Die Ergebnisse der Umfrage werden jeweils im Rahmen der AG Schiffbau der IG Metall Bezirk Küste im Herbst eines jeden Jahres präsentiert und als IAW-Schriftenreihe publiziert.

**Ludwig, Thorsten ; Tholen, Jochen; Kühn, Manuel (2009):** *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 3/2009. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

**Kühn, Manuel; Ludwig, Thorsten; Tholen, Jochen (2010):** *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau 2010*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 6/2010. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

## FeWiF 20

### Dryport – a modal shift in practise

**Dr. Günter Warsewa, Dr. Jochen Tholen, Manuel Kühn**

**Drittmittelprojekt** Europäische Union; Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMBVBS)

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2012

Das Projekt Dryport beschäftigt sich mit der Einrichtung und Anbindung von Hinterlandhäfen („Dryports“), die als Erweiterung von Seehäfen zu deren Entlastung dienen oder als Logistikknoten aufgebaut werden. Im Gesamtprojekt sollen folgende Projektziele umgesetzt werden:

- » Entwicklung von effektiven, intermodalen Frachttransportknoten im Hinterland von Seehäfen
- » Möglichkeiten der Umleitung von Warenströmen von Strasse auf Schiene oder Binnenwasserstraßen
- » Integration von Dryports in Logistikketten und Güterverkehrsnetze
- » Untersuchung unterschiedlicher Modelle von Dryports in Hinsicht auf Standortbedingungen, Entwicklung, Planung und Betrieb.

Insgesamt sind rund zwanzig Partner (staatliche Stellen, Verbände, private Unternehmen und universitäre Einrichtungen aus Nordseeregionen in fünf Ländern (Belgien, Deutschland, Großbritannien, Niederlande, Schweden) in dem Projekt integriert, wobei die beteiligten Regionen jeweils unterschiedliche Bedingungskonstellationen für die Entwicklung von „Dryports“ repräsentieren.

Das Institut Arbeit und Wirtschaft ist seit Sommer 2010 als Partner am Dryport-Projekt beteiligt. Die Projektarbeiten werden mit Unterstützung von bzw. in Kooperation mit European Networks and Cooperation (ENC), Eurogate, Bremenports, dem Senator für Wirtschaft und Häfen in Bremen, dem Bundesministerium für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) durchgeführt.

Weitere Informationen zum Projekt unter [www.dryport.org](http://www.dryport.org)

## FeWiF 21

### Potenzialanalyse des deutschen Schiffbaus unter besonderer Berücksichtigung der Offshore-Windkraft

**Dr. Jochen Tholen, Roy von Rittern, Holger Seidel**

**Kooperationspartner** Agentur für Struktur- und Personalentwicklung GmbH (Thorsten Ludwig)

**Drittmittelprojekt** Hans-Böckler-Stiftung; Otto Brenner Stiftung; IG Metall

**Beginn** 2010

**Abschluss** 2012

Werften und ihre Zulieferer sind seit langem Produzenten hochkomplexer maritimer Systeme, die Schlüsseltechnologien aus den Bereichen Elektronik, Informatik, Logistik sowie Antriebs- und Werkstofftechnik auf einem hohen Qualifikationsniveau verarbeiten und anwenden. Der geplante Ausbau der Energiegewinnung durch Offshore-Windkraftanlagen bietet diesen Unternehmen neue Zukunftsmärkte, von deren Erschließung unter anderem auch der Erhalt der Schiffbaukapazitäten und damit der Erhalt der daran geknüpften Arbeitsplätze abhängig ist. Die Werften verfügen größtenteils über geeignete Infra- und Produktionsstrukturen oder sie halten zumindest wandelbare Kernkompetenzen vor, die für die neuen Bedarfe und die Fertigstellung entsprechender Produkte fruchtbar gemacht werden können. Darüber hinaus wird für die Instandhaltung der Offshore-Anlagen ein erheblicher Wartungsaufwand entstehen, so dass auch die Bereiche Service und Instandhaltung für die Werftindustrie relevante Marktsegmente darstellen können. Damit ist die Offshore-Windkraft für die industrie-, struktur- und beschäftigungspolitische Entwicklung besonders in Norddeutschland von großer Bedeutung. Impulse für die Sicherung und den nachhaltigen Ausbau der Beschäftigung auf Werften und der maritimen Zulieferindustrie lassen sich aber nur durch ein pro-aktives Handeln von Industrie und Politik realisieren.

Vor diesem Hintergrund analysiert das Projekt die möglichen Potenziale von Werften und ihren maritimen Zulieferern in Bezug auf realisierbare Kooperationsmöglichkeiten sowie neuer Märkte mit dem Bereich der Offshore-Windkraft. Dafür sollen die regionalen Möglichkeiten der Werften und der maritimen Zulieferindustrie zur Bildung von maritimen Clustern untersucht werden.

## 3.2 Veranstaltungen

### 2006

13. Januar 2006 *Digitale Fotografie und Bildbearbeitung.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Eugen Nordloh).
- 13./21. Jan. 2006 *Förderung der Kulturtechnik Rechnen: Schülerfehler, Fehlerkennung, Förderstrategien und Auswertung der Unterrichtspraxis.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
- 24./25. Januar 2006 *Methodological Questions and Results of Benchmarking.* Koordinationstreffen des EU-Projekts New EPOC in Kooperation mit der EU-Vertretung von Bremen. Brüssel (Günter Warsewa).
28. Januar 2006 *Förderung der Kulturtechnik Schreiben: Individuelle Förderstrategien.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
4. Februar 2006 *Einsatz von digitaler Fotografie und Bildbearbeitung in Unterrichtsprojekten.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Eugen Nordloh).
10. Februar 2006 *Bildschirmergonomie: Arbeitsplatzanalysen, Einführung, belastungsmindernde Übungen.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen in Kooperation mit dem TBS der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen/Bremerhaven (Eugen Nordloh).
- 10./24. Febr. 2006 *Förderung der Kulturtechnik Rechnen: Schülerfehler, Fehlerkennung, Förderstrategien und Auswertung der Unterrichtspraxis.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
- 17./ 18. Febr. 2006 *Differences and Cohesion of CEE Elites.* Internationale Konferenz in Kooperation mit der British Academy, der Czech Academy of Sciences und der Friedrich Ebert Stiftung. Prag (Jochen Tholen).
23. Februar 2006 *Verfahren zur Kompetenzfeststellung.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
2. März 2006 *Incoming-Tourismus in Bremen und Bremerhaven – zwei Destinationen in der Metropolregion Nordwest.* Bremen (Gerlinde Hammer; Hubertus Schick).
- 2./3. März 2006 *Verfahren zur Kompetenzfeststellung.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
- 10./11. März 2006 *Konferenz der Länder übergreifenden Gentechnikfreien Regionen – Deutschland, Österreich, Schweiz, Friaul, Slowenien,* in Kooperation mit Bodensee Akademie; Bund für Umwelt und Naturschutz; Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. Bregenz, Schweiz (Guido Nischwitz).
13. März 2006 *Beruf und Angehörigenpflege in Deutschland. Thematischer Überblick.* Jour Fixe. Bremen (Patrick Frede; Helmut Spitzley; Rena Fehre; Tanja M. Brinkmann; Margarete Lutschkowski).
14. März 2006 *Elternzeit – Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung.* Jour Fixe in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Patrick Frede; Helmut Spitzley).
17. März 2006 *Bildschirmergonomie: Arbeitsplatzanalysen, Einführung, belastungsmindernde Übungen.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen in Kooperation mit dem TBS der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen/Bremerhaven (Eugen Nordloh).
20. März 2006 *Interne Unternehmenskommunikation im Kontext 'Beruf und Familie': Erfolgsfaktoren und Anregungen für die betriebliche Praxis.* Jour Fixe. Bremen (Patrick Frede; Helmut Spitzley; Rena Fehre; Tanja M. Brinkmann; Margarete Lutschkowski).
- 23./24. März 2006 *Modern School.* Internationale Projekttagung des EU-Projekts Modern School in Kooperation mit der Gemeinde Groningen. Groningen, Niederlande (Günter Warsewa; Ulrike Baumheier).

29. März 2006 *Mit qualifiziertem Personal in die Zukunft: Personalentwicklung für zukünftige Anforderungen.* Workshop in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen; BAB; hkk. Bremen (Gundi Kuhr; Norbert Schöll).
5. April 2006 *Entwicklungstendenzen in der Fischwirtschaft: Chancen und Risiken für den Standort Cuxhaven.* Vorstellung des Gutachtens in Kooperation mit dem DGB Elbe Weser, der Wirtschaftsförderung Cuxhaven, Niedersachsen Ports. Cuxhaven (Wiebke Lang; Julia Rippe).
24. April 2006 *Förderung der Medienkompetenz: Medienangebote für den Unterricht, Mediendidaktik, Good-Practice-Beispiele.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremerhaven (Gerlinde Hammer).
3. Mai 2006 *Pflege im Gespräch.* Workshop in Kooperation mit der AOK; hkk; bgw; bpa; MDK; Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales; KVHB; ver.di. Bremen (Gundi Kuhr; Norbert Schöll).
4. Mai 2006 *Gute Arbeit. Utopie oder Standortfaktor?* Fachtagung in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Ulrich Heisig; Helmut Spitzley; Christiane Erdmann).
- 6./13. Mai 2006 *Förderung der Kulturtechnik Lesen: Fehlerdiagnostik, Individuelle Förderstrategien, Auswertung der Unterrichtspraxis.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
- 8./29. Mai 2006 *Förderung von Sozial- und Methodenkompetenz.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
- 10./29.-31. Mai 2006 *Förderung der Medienkompetenz: Medienangebote für den Unterricht, Mediendidaktik, Good-Practice-Beispiele.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremerhaven (Gerlinde Hammer).
- 6.-9. Juni 2006 *Zukunftsfähig, innovativ und naturverträglich – „Gentechnikfreie Regionen in Deutschland“. Welche regionalen Ansätze sind erfolgreich?* Veranstaltung im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz, Vilm. Insel Vilm (Guido Nischwitz)
7. Juni 2006 *Neue Impulse für eine familienbewusste Unternehmensführung – Vorschläge aus dem 7. Familienbericht der Bundesregierung.* Jour Fixe. Bremen (Patrick Frede; Helmut Spitzley).
- 7./8. Juni 2006 *Renewing the Economic Prosperity of Port Cities.* Abschlusskongress des EU Projekts New EPOC in Kooperation mit den EU-Vertretungen von Bremen, Asturias, South East England. Brüssel (Günter Warszewa).
8. Juni 2006 *Förderung der Kulturtechnik Lesen: Fehlerdiagnostik, Individuelle Förderstrategien, Auswertung der Unterrichtspraxis.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
- 8./9. Juni 2006 *Kulturtechnik Rechnen I-IV.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
- 19./20. Juni 2006 *Shipbuilding in Europe between Co-operation and Competition.* Internationale Konferenz in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Papenburg (Jochen Tholen).
29. Juni 2006 *Förderung von Sozial- und Methodenkompetenz.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
3. Juli 2006 *Start up Veranstaltung des Projekts „StartFit“.* Kick-off mit Betrieben und Expertinnen und Experten des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Kooperation mit dem Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet; Gewerbeaufsicht Bremerhaven; Arbeitsförderungs-zentrum AFZ Bremerhaven. Bremerhaven (Charlotte Dorn; Brigitte Fietz).
7. September 2006 *Väter im Aufwind – Väter ein Gewinn für Unternehmen.* Jour Fixe. Bremen (Patrick Frede; Helmut Spitzley).
7. September 2006 *Gender-Mainstreaming in der Schule.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
- 21.-23. Sept. 2006 *New Modes of Welfare Governance in Comparative Perspective.* Stream auf der Espanet Conference mit PD Dr. Martin Seeleib-Kaiser, University of Oxford. Bremen (Irene Dingeldey).
26. September 2006 *Gesund bleiben im Beruf.* Workshop in Kooperation mit AOK; hkk; bgw; Arbeitnehmerkammer Bremen; Klinikum Bremen-Mitte; GEBERA; Bremer Heimstiftung; BAB. Bremen (Gundi Kuhr; Norbert Schöll).

- 26.-29. Sept. 2006 *Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung: Wandel von Sozialpolitik – Wandel von Governance?* Initiierung und Organisation der ad hoc Gruppe im Rahmen des DVPW Kongresses in Kooperation mit Prof. Dr. Annette Henninger; Universität Marburg, Münster (Irene Dingeldey).
27. September 2006 *Selbstwirksamkeit fördern durch Vermittlung von Erfolgserfahrungen.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer; Norbert Hübner).
- 29./30. Sept. 2006 *Kulturtechnik Rechnen I – IV.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer)
- 5./6. Oktober 2006 *Modern School.* Internationale Projekttagung (EU-Projekt Modern School) in Kooperation mit East Riding of Yorkshire Council. Beverley, Großbritannien (Günter Warssewa; Ulrike Baumheier).
- 6./13. Oktober 2006 *Einblicke in die Arbeit im Modellversuch SESEKO.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen; Teams der beteiligten Schulen und Einrichtungen. Bremerhaven (Gerlinde Hammer; Norbert Hübner).
11. Oktober 2006 *Pflege im Gespräch.* Workshop in Kooperation mit AOK; hkk; bgw; bpa; MDK; Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales; KVHB; ver.di. Bremen (Gundi Kuhr; Norbert Schöll).
25. November 2006 *Digitale Fotografie und Bildbearbeitung.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Eugen Nordloh).
4. Dezember 2006 *Mit Lernprojekten selbstorganisiertes und kooperatives Lernen fördern – Einblicke in die Arbeit im Modellversuch SESEKO* (Selbstwirksamkeit durch Selbststeuerung und kooperatives Lernen für benachteiligte Jugendliche in der Berufsausbildung und ihr pädagogisches Personal). Werkstattgespräch. Bremen (Gerlinde Hammer; Norbert Hübner).
7. Dezember 2006 *Learning in Neighbourhoods – Opening School to the Neighbourhood.* Internationale Abschlusskonferenz des EU-Projekts „Modern School“. Bremen (Günter Warssewa; Ulrike Baumheier).
- 2007**
6. Februar 2007 *Quartiersbildungszentrum Robinsbalje.* Workshop in Kooperation mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft; Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales. Bremen (Günter Warssewa; Ulrike Baumheier).
- 9./10./17. Febr. 2007 *Kulturtechnik Schreiben I-III.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
12. Februar 2007 *Gute Arbeit – aber wie? Gestaltungsansätze für betriebliche Interessenvertretungen.* Gemeinsame Fachtagung in Kooperation mit der Universität Oldenburg, Kooperationsstelle Hochschule/Gewerkschaften. Oldenburg (Ulrich Heisig; Helmut Spitzley; Christiane Erdmann).
14. Februar 2007 *Zeitmanagement.* Workshop in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Gundi Kuhr; Norbert Schöll).
- 9./10./17. März 2007 *Kulturtechnik Lesen I-III.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
22. März 2007 *Die Fisch- und Lebensmittelwirtschaft in Bremerhaven - Perspektiven zur Entwicklung der Standortkompetenz.* Fachgespräch in Kooperation mit der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH. Bremerhaven (Gerlinde Hammer; Hubertus Schick).
10. April 2007 *Vorstellung des Buches „Kassensturz“.* IAW-Colloquium mit Rudolf Hickel. Bremen.
- 16./18. April 2007 *Medienkompetenz I- IV* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
- 7./9. Mai 2005 *Medienkompetenz I- IV* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
9. Mai 2007 *Frauen in Führung und an die Spitze. Unternehmerische Kompetenzen für Karriere und Existenzgründung.* Colloquium. Bremen (Charlotte Dorn; Lothar Dorn).
9. Mai 2007 *Arbeits- und Gesundheitsschutz für ExistenzgründerInnen.* Colloquium. Bremen (Charlotte Dorn; Brigitte Fietz).

9. Mai 2007 *Pflege im Gespräch.* Workshop in Kooperation mit der AOK; hkk; bgw; bpa; MDK; Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales; KVHB; ver.di; Gesundheitsamt Bremen. Bremen (Gundi Kuhr; Norbert Schöll).
14. Mai 2007 *Rechendefizite und ihre Behebung.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremerhaven (Gerlinde Hammer).
15. Mai 2007 *Kurze Vollzeit für alle – Beschäftigungs-, gesundheits- und geschlechterpolitische Argumente für eine neue Arbeits(zeit)politik.* IAW-Colloquium mit Helmut Spitzley. Bremen.
1. Juni 2007 *Gesundheitsgerechte Bildschirmnutzung – Umsetzung in Schule und Unterricht.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen; TBS der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
6. Juni 2007 *Präventiver Arbeits- und Gesundheitsschutz.* Informationsveranstaltung in Kooperation mit dem LAK Bremen; Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales; Runder Tisch Hannover. Bremen (Gundi Kuhr; Norbert Schöll).
7. Juni 2007 *Selbstevaluation von Unterrichtsgestaltung und Lernerfolgen.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremerhaven (Gerlinde Hammer).
8. Juni 2007 *Selbstevaluation von Unterrichtsgestaltung und Lernerfolgen.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer).
12. Juni 2007 *Wann werden Bremen und Hannover familiengerecht?* IAW-Colloquium mit Thomas Schwarzer. Bremen.
15. Juni 2007 *Gesundheitsgerechte Bildschirmnutzung – Umsetzung in Schule und Unterricht.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen in Kooperation mit dem TBS der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremerhaven (Gerlinde Hammer).
16. Juni 2007 *Digitale Fotografie und Bildbearbeitung.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Eugen Nordloh)
21. Juni 2007 *Mobiles Arbeiten.* Jour Fixe. Bremen (Patrick Frede; Helmut Spitzley; Rena Fehre; Tanja M. Brinkmann; Margarete Lutschkowski).
29. Juni 2007 *Markt der Lernprojekte.* Fachtagung in Kooperation mit Seseko; Landesinstitut für Schule Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer; Änne Hildebrand; Norbert Hübner; Barbara Hummel; Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
10. Juli 2007 *Hat der europäische Schiffsbau noch eine Zukunft?* IAW-Colloquium mit Thorsten Ludwig; Jochen Tholen. Bremen.
11. September 2007 *Mindestlöhne in der Kontroverse.* IAW-Colloquium mit Rudolf Hickel. Bremen.
9. Oktober 2007 *Familienbewusste Personalpolitik in Bremer Unternehmen. Ergebnisse einer qualitativen Studie aus der Perspektive von Unternehmensleitungen und Interessenvertretungen.* IAW-Colloquium mit Tanja M. Brinkmann und Rena Fehre. Bremen.
16. Oktober 2007 *Kultursensible Pflege: ein Zukunftsfeld für Pflegeeinrichtungen?* Fachtagung in Kooperation mit dem Gesundheitsamt Bremen. Bremen (Gundi Kuhr; Norbert Schöll).
- 9.-11. Nov. 2007 *Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung.* Panel bei der Sektionstagung Vergleichende Politikwissenschaft zum Thema „Stand und Zukunft der vergleichenden Politikforschung“ in Kooperation mit Prof. Dr. Annette Henninger, Universität Marburg. Delmenhorst (Irene Dingeldey).
13. November 2007 *Die Regulierung der Kulturberufe in Deutschland. Befunde und Implikationen zum Wandel der Arbeitsgesellschaft.* IAW-Colloquium mit Christiane Schnell. Bremen.
26. November 2007 *Frauen in Führung und an die Spitze. Unternehmerische Kompetenzen für Karriere und Existenzgründung.* Fachtagung in Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW); Deutsche Luft- und Raumfahrt (DLR); Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet e.V. (BWU); Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Charlotte Dorn; Lothar Dorn).
28. November 2007 *Gute Arbeit als Chance – (k)ein Luxusthema?* Gemeinsame Fachtagung mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Ulrich Heisig; Helmut Spitzley; Christiane Erdmann).

28. November 2007 *Werkstattgespräch.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen; Teams der beteiligten Einrichtungen; „Lern wieder!“-Team; Netzwerk-Team. Bremerhaven (Gerlinde Hammer).
11. Dezember 2007 *Gute Arbeit durch betriebliche Gesundheitsförderung von Frauen und Männern.* IAW-Colloquium mit Charlotte Dorn, Lothar Dorn, Brigitte Fietz und Gundi Kuhr. Bremen.
- 2008**
30. Januar 2008 *Gründungsveranstaltung „Runder Tisch Pflege Bremen“.* Workshop in Kooperation mit der Steuergruppe und institutionellen Partner/-innen KoKoQ. Bremen (Gundi Kuhr; Norbert Schöll).
12. Februar 2008 *Alternsgerechte Personalpolitik – eine Antwort auf den demographischen Wandel. Ergebnisse aus dem neuen Monitoring-Bericht des Projektes EQUIB.* IAW-Colloquium mit Ulf Benedix und Gerlinde Hammer. Bremen.
22. Februar 2008 *Methodenprobleme der vergleichenden Stadtforschung.* Regionale Fachtagung in Kooperation mit dem Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa. Bremen (Günter Warsewa).
26. Februar 2008 *Demographischer Wandel und altersgerechte Personalpolitik.* Fachgespräch in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Ulf Benedix; Gerlinde Hammer).
26. Februar 2008 *Arbeit flexibel und familienfreundlich gestalten. Risiken und Chancen.* Jour Fixe. Bremen (Patrick Frede; Helmut Spitzley; Rena Fehre; Tanja M. Brinkmann; Margarete Lutschowski).
4. März 2008 *Vietnam auf dem Weg zur Industrienation – Arbeitsbeziehungen und Arbeitsbedingungen unter Veränderungsdruck.* IAW-Colloquium mit Thorsten Ludwig und Jochen Tholen. Bremen.
- 28./29. März 2008 *Rechnen & Rechenprobleme I + II.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
8. April 2008 *Gute Arbeit – Ansätze zur theoretischen Begründung eines normativen Konzepts.* IAW-Colloquium mit Christiane Erdmann und Ulrich Heisig. Bremen.
- 8./16. April 2008 *Digitale Bildbearbeitung.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
- 11./12. April 2008 *Rechnen & Rechenprobleme I + II.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
25. April 2008 *Interkulturelle Kompetenz und interkulturelle Bildung in der Schule I + II.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen in Kooperation mit dem Inbas. Bremen (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
13. Mai 2008 *Strukturbruch oder Pfadabhängigkeit: Die europäischen Hafenstädte erfinden sich neu.* IAW-Colloquium mit Günter Warsewa. Bremen.
23. Mai 2008 *Sicherheit beim Online-Arbeiten.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
29. Mai 2008 *Arbeiten mit Powerpoint.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
30. Mai 2008 *Unterrichtsvorbereitung und -durchführung mit dem www.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen. Bremen (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
10. Juni 2008 *Kinder- und Bildungsarmut – aus der Perspektive Bremer Stadtteile.* IAW-Colloquium mit Thomas Schwarzer. Bremen.
11. Juni 2008 *Interkulturelle Begegnungen in der ambulanten und stationären Pflege.* Workshop in Kooperation mit Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen. Bremen (Gundi Kuhr; Norbert Hübner).
18. Juni 2008 *Einführung eines lernförderlichen Bildungsarrangements im Beruorientierungskurs „Ernährung und Hauswirtschaft“ an den Gewerblichen Lehranstalten in Bremerhaven.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land

- Bremen; Schulteam der GLA Bremerhaven. Bremerhaven (Gerlinde Hammer; Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
20. Juni 2008 *Evaluation und Optimierung institutioneller Praktiken zur Beratung und Förderung von Existenzgründerinnen.* Beiratstreffen und Präsentationsworkshop des Projekts OptExist in Kooperation mit der Handelskammer Bremen. Bremen (Christiane Schnell; Jenna Voss; Günter Warsewa).
26. Juni 2008 *Lernen in Nachbarschaften – Netzwerke von Schule und Stadtteilinstitutionen.* Auftaktveranstaltung zum Forschungsprojekt „Stadtteilbezogene Vernetzung von Ganztagschulen“. Bremen, Blockdiek (Ulrike Baumheier; Claudia Fortmann).
2. Juli 2008 *Fortschritte und Hindernisse der familienbewussten Personalpolitik: Erfolgreicher Wiedereinstieg nach der Elternzeit, das neue Elterngeld, professionelles Wiedereinstiegsmanagement und die betriebsnahe Kindertagespflege.* Jour Fixe in Kooperation mit der Handelskammer Bremen. Bremen (Patrick Frede; Helmut Spitzley; Rena Fehre; Tanja M. Brinkmann; Margarete Lutschkowski).
8. Juli 2008 *Generationen gemeinsam im Betrieb – Wunsch und Wirklichkeit. Ergebnisse des internationalen Forschungsprojekts SPReW.* IAW-Colloquium mit Götz Richter. Bremen.
21. August 2008 *Lernen in Nachbarschaften – Netzwerke von Schule und Stadtteilinstitutionen.* Auftaktveranstaltung zum Forschungsprojekt „Stadtteilbezogene Vernetzung von Ganztagschulen“. Essen, Werden (Ulrike Baumheier; Claudia Fortmann).
22. August 2008 *Lernen in Nachbarschaften – Netzwerke von Schule und Stadtteilinstitutionen.* Auftaktveranstaltung zum Forschungsprojekt „Stadtteilbezogene Vernetzung von Ganztagschulen“. Dortmund, Borsigplatz (Ulrike Baumheier; Claudia Fortmann).
25. August 2008 *Lernen in Nachbarschaften – Netzwerke von Schule und Stadtteilinstitutionen.* Auftaktveranstaltung zum Forschungsprojekt „Stadtteilbezogene Vernetzung von Ganztagschulen“. Essen, Nordviertel (Ulrike Baumheier; Claudia Fortmann).
29. August 2008 *Informationen zum Förderprogramm betrieblich unterstützte Kinderbetreuung.* Themenzirkel „Betriebliche Kinderbetreuung“. Bremen (Tanja M. Brinkmann).
2. September 2008 *Lernen in Nachbarschaften – Netzwerke von Schule und Stadtteilinstitutionen.* Auftaktveranstaltung zum Forschungsprojekt „Stadtteilbezogene Vernetzung von Ganztagschulen“. Bremen (Ulrike Baumheier; Claudia Fortmann).
- 4./5. Sept. 2008 *Die nächste große Transformation? Marktschaffende Politik: Ursachen, Dynamiken und Ergebnisse.* Gemeinsame Tagung Ad-hoc Gruppe „Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung“, zusammen mit der Sektion Politik und Ökonomie der DVPW, in Kooperation mit PD. Dr. Martin Höpner; Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Köln (Irene Dingeldey).
5. September 2008 *Interkulturelle Kompetenz und interkulturelle Bildung in der Schule I + II.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen in Kooperation mit dem Inbas. Bremen (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
9. September 2008 *Epochale Trends: Mehr individuelle Selbstentfaltung oder wachsende Abhängigkeit? Anforderungen an die gesellschaftliche Gestaltung von Teilhabechancen.* IAW-Colloquium mit Rudolf Hickel, Helmut Spitzley und Günter Warsewa. Bremen.
- 15./22. Sept. 2008 *Arbeit an der besonderen betrieblichen Lernaufgabe: Einführung in digitale Fotografie und PPP, Grundlagen der Präsentation von Lernprojekten I + II.* Fortbildungsreihe Lebenslanges Lernen (LLL) in der beruflichen Integrationsförderung im Land Bremen; LFI Bremerhaven. Bremerhaven (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
23. September 2008 *Interne Unternehmenskommunikation – Problemfelder und Ziele.* Themenzirkel „Unternehmenskommunikation“. Bremen (Tanja M. Brinkmann).
1. Oktober 2008 *Regionaler Ergebnis- und Transferworkshop zum Projekt OptExist in Bremen.* Fachtagung in Kooperation mit der Handelskammer Bremen. Bremen (Jenna Voss).
14. Oktober 2008 *Der europäische Schiffbau in globaler Konkurrenz – Ergebnisse der Studie „Survey on European Shipbuilding Industry – Panel Study 2008“.* IAW-Colloquium mit Florian Smets, Bremen.
21. Oktober 2008 *Auftakt zur Thematik „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“.* Themenzirkel „Beruf und Pflege gestalten“. Bremen (Rena Fehre).

11. November 2008 *Automobil(zuliefer) Industrie in der Metropolregion Bremen-Oldenburg: Ein schlafender Riese?* IAW-Colloquium mit Jochen Tholen und Julia Rippe, Bremen.
11. November 2008 *Prävention von Nadelstichverletzungen – Risiken und Präventionsmaßnahmen.* Workshop in Kooperation mit diversen Unternehmen, die sichere Systeme herstellen. Bremen (Gundi Kuhr; Norbert Schöll).
26. November 2008 *Unternehmensindividuelles Kommunikationsmedienportfolio und Effektivität und Effizienz der genutzten Kommunikationsmedien.* Themenzirkel „Unternehmenskommunikation“. Bremen (Tanja M. Brinkmann).
5. Dezember 2008 *Vernetzung von Bildungseinrichtungen im Stadtteil.* Expertenworkshop. Bremen (Günter Warsewa; Ulrike Baumheier; Claudia Fortmann ).
9. Dezember 2008 *Lernen in Nachbarschaften. Kooperationen von Ganztagschulen mit dem Stadtteil in Bremen und NRW.* IAW-Colloquium mit Ulrike Baumheier und Claudia Fortmann, Bremen.
- 2009**
14. Januar 2009 *Ein Baukasten für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung schulischer Praktika.* Workshop in Kooperation mit Projektschulen aus Bremen; Bildungsbehörde Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer; Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
14. Januar 2009 *Regionaler Ergebnis- und Transferworkshop zum Projekt OptExist in Sachsen-Anhalt.* Fachtagung in Kooperation mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt. Magdeburg (Christiane Schnell).
15. Januar 2009 *Ein Baukasten für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung schulischer Praktika.* Workshop in Kooperation mit Projektschulen aus Bremerhaven; Schulamt Bremerhaven. Bremerhaven (Gerlinde Hammer; Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
19. Januar 2009 *Lernen in Nachbarschaften – Netzwerke von Schule und Stadtteilinstitutionen.* Auftaktveranstaltung zum Forschungsprojekt „Stadtteilbezogene Vernetzung von Ganztagschulen“. Dortmund, Husen (Ulrike Baumheier; Claudia Fortmann).
23. Januar 2009 *Aktivierung, Beteiligung und Feedback von Mitarbeiter/-innen.* Themenzirkel „Unternehmenskommunikation“. Bremen (Tanja M. Brinkmann).
27. Januar 2009 *Im Würgegriff der Finanzmarktkrise: Ursachen und Folgen für Bremen.* IAW-Colloquium mit Rudolf Hickel. Bremen.
28. Januar 2009 *Bilanz des AuT Projekts KoKoQ.* Workshop in Kooperation mit Expertenkonsortium: Institutionelle Partner/-innen. Bremen (Gundi Kuhr; Norbert Hübner; Norbert Schöll).
10. Februar 2009 *Metropolregionen als neue Ebene regionaler handlungs- und Leistungsfähigkeit.* IAW-Colloquium mit Günter Warsewa und Guido Nischwitz. Bremen.
10. Februar 2009 *Familienbewusste Personalpolitik in Bremerhavener und Bremer Unternehmen. Ergebnisse einer qualitativen Studie aus der Perspektive von Unternehmensleitungen und Interessenvertretungen.* Colloquium. Bremen (Tanja M. Brinkmann).
13. Februar 2009 *Kleiner Einsatz – großer Gewinn. Kostengünstige aber effektive Angebote zur Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben.* Jour Fixe in Kooperation mit Radio Bremen. Bremen (Helmut Spitzley; Tanja M. Brinkmann; Rena Fehre).
19. Februar 2009 *Quartierbildungszentrum Blockdiek.* Workshop in Kooperation mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft; Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales. Bremen (Günter Warsewa; Ulrike Baumheier).
10. März 2009 *VW-Betriebsräteaffäre – Ein Lehrstück für deutsches Co-Management.* IAW-Colloquium mit Rainer Dombois. Bremen.
12. März 2009 *Vier Jahre Hartz IV: Praxis und Veränderungsbedarfe.* Gemeinsame Fachtagung in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Jörg Sommer).
13. März 2009 *Kommunikative Gewinnung von Führungskräften für die Vereinbarkeitsproblematik.* Themenzirkel „Unternehmenskommunikation“. Bremen (Tanja M. Brinkmann).
17. März 2009 *Auswirkungen der gemeinsamen deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) auf das Land Bremen.* Workshop in Kooperation mit der Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales; Landesgewerbeaufsicht; Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Gundi Kuhr; Nina Seibicke).
18. März 2009 *ExpertInnenworkshop. Workshop Richtig gründen.* In Kooperation mit Expert/-innen aus Bremen und Bremerhaven. Bremen (Charlotte Dorn; Manfred König).

18. März 2009 *Sie brauchen einen Betriebsarzt – was haben Sie davon?* Workshop in Kooperation mit dem Runden Tisch Pflege; Betriebsärzte des Landes Bremen. Bremen (Gundi Kuhr; Nina Seibicke).
19. März 2009 *Kollegiale Beratung für Interessenvertretungen.* Forum Interessenvertretung in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Rena Fehre; Tanja M. Brinkmann).
- 20./21. März 2009 *Interessens- und Neigungsfindung als Voraussetzung für das Betriebspraktikum und Praxislernen.* Fortbildungsreihe des ESF-Projekts ABO für die Zukunft in Kooperation mit dem Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (Inbas). Bremen (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
26. März 2009 *Praxisbeispiele von Unternehmen aus Bremen und Bremerhaven.* Themenzirkel „Beruf und Pflege gestalten“. Bremen (Rena Fehre).
30. März 2009 *Bedarfe und verschiedene Möglichkeiten der betrieblichen Kinderbetreuung.* Themenzirkel „Betriebliche Kinderbetreuung“. Bremen (Rena Fehre).
7. April 2009 *Armut, Wohlstand und Reichtum in Bremen – Politikberatung durch Sozialberichterstattung.* IAW-Colloquium mit Rolf Prigge. Bremen.
- 24./25. April 2009 *Kompetenzfeststellung und -entwicklung in der Berufsorientierung.* Fortbildungsreihe des ESF-Projekts ABO für die Zukunft in Kooperation mit dem Inbas. Bremen (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
29. April 2009 *Auf dem Weg zum familienfreundlichen Betrieb.* Forum Interessenvertretung in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Irene Dingeldey; Rena Fehre; Kerstin Purnhagen).
29. April 2009 *Starker Rücken – starke Nerven – starke Pflege.* Workshop in Kooperation mit der Gudehus-Unternehmensberatung für gesunde Arbeit. Bremen (Gundi Kuhr; Nina Seibicke).
12. Mai 2009 *Mehr oder weniger Staat? Zur Governance der Arbeitsmarktpolitik im Ländervergleich.* IAW-Colloquium mit Irene Dingeldey. Bremen.
15. Mai 2009 *Informationsflut, Kommunikationsstrategien und Kommunikationsziele.* Themenzirkel „Unternehmenskommunikation“. Bremen (Kerstin Purnhagen).
3. Juni 2009 *Vernetzung von Unternehmen, die an betrieblicher Kinderbetreuung interessiert sind.* Themenzirkel „Betriebliche Kinderbetreuung“. Bremen (Kerstin Purnhagen).
9. Juni 2009 *Möglichkeiten lokaler Arbeitsmarktpolitik in Zeiten von „Hartz IV“.* IAW-Colloquium mit Jörg Sommer und Peer Rosenthal (Arbeitnehmerkammer Bremen). Bremen.
15. Juni 2009 *Konstituierende Sitzung des Konsortiums.* Workshop *Wie können Pflegeunternehmen von einem gut organisierten Arbeits- und Gesundheitsschutz überzeugt werden?* In Kooperation mit dem Konsortium ProAktiv! *Wie lassen sich Arbeitsschutzsysteme in Pflegeeinrichtungen implementieren?* Bremen (Gundi Kuhr; Nina Seibicke; Norbert Hübner; Gerlinde Hammer).
18. Juni 2009 *Gute Pflege – wie schaffe ich das, wenn der Schmerz ins Kreuz geht?* Workshop in Kooperation mit dem Runden Tisch Pflege; Berufsgenossenschaft Gesundheit und Wohlfahrtspflege (BGW) Hamburg. Bremen (Gundi Kuhr; Nina Seibicke).
27. Juli 2009 *Betriebliches Gesundheitsnetz: Prävention und Partizipation im Arbeits- und Gesundheitsschutz für Kleinbetriebe in der Region.* Workshop in Kooperation mit Betrieben aus Bremen; Bremen (Charlotte Dorn; Manfred König).
17. August 2009 *Praxisorientierte Gestaltung einer bedarfsgerechten Mitarbeiter/-innenbefragung.* Jour Fixe in Kooperation mit dem Magistrat Bremerhaven. Bremen (Rena Fehre; Kerstin Purnhagen).
1. September 2009 *Qualifizierungsbausteine in der Berufsausbildungsvorbereitung: Ergebnisse der Bestandsaufnahme.* Transferworkshop in Kooperation mit Senatorin für Bildung und Wissenschaft; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Bremen (Ulf Benedix; Gerlinde Hammer).
- 4./5. September 2009 *Fortbildung zum „hamet2“.* Fortbildungsreihe des ESF-Projekts ABO für die Zukunft in Kooperation mit Landesinstitut für Schule (LIS) Bremen; Lehrerfortbildungsinstitut (LFI) Bremerhaven. Bremen (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
8. September 2009 *Betriebliche Bedarfe für abschlussorientierte Nachqualifizierung – Befragungsergebnisse und Handlungsempfehlungen.* IAW-Colloquium mit Gerlinde Hammer und Ulf Benedix, Bremen.

8. September 2009 *Nachqualifizierungsbedarfe: Nutzung abschlussorientierter Nachqualifizierung für die Deckung des regionalen Fachkräftebedarfs.* Colloquium in Kooperation mit dem Bremer Netzwerk Nachqualifizierung; Inbas; Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Ulf Benedix; Gerlinde Hammer).
17. September 2009 *Auswahlverfahren der Betriebe.* Fortbildungsreihe des ESF-Projekts ABO für die Zukunft in Kooperation mit Arbeitgeberverband Handwerk e.V.; Kreishandwerkerschaft Bremen. Bremen (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
24. September 2009 *The Wind of Change: Klimawandel in der Sozialpolitik.* Panel auf dem 24. wissenschaftlichen Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) „Politik im Klimawandel. Keine Macht für gerechte Lösungen?“ (Irene Dingeldey, zus. mit Prof. Dr. Annette Henninger, Universität Marburg).
29. September 2009 *Kinderferienbetreuung.* Themenzirkel „Betriebliche Kinderbetreuung“. Bremen (Kerstin Purnhagen).
1. Oktober 2009 *Schulforschung und Beratung des bremischen Bildungsressorts.* Vernetzungstreffen zur Förderung des wissenschaftlichen Austauschs. Bremen (Günter Warsewa).
7. Oktober 2009 *ExpertInnenworkshop.* Workshop in Kooperation mit Expert/-Innen aus Bremen und Bremerhaven; BWU. Bremerhaven (Charlotte Dorn; Manfred König).
8. Oktober 2009 *Leistungen der Pflegestützpunkte sowie Seminarkonzepte für Unternehmen.* Themenzirkel „Beruf und Pflege gestalten“. Bremen (Rena Fehre).
14. Oktober 2009 *Auftaktveranstaltung zur Initiierung eines Netzwerkes von engagierten familienbewussten Unternehmerinnen und Unternehmern.* Führungskräfte Netzwerk in Kooperation mit der Handelskammer Bremen. Bremen (Irene Dingeldey; Kerstin Purnhagen; Rena Fehre).
14. Oktober 2009 *Betriebliches Gesundheitsnetz: Prävention und Partizipation im Arbeits- und Gesundheitsschutz für Kleinbetriebe in der Region.* Workshop in Kooperation mit Betrieben aus Bremerhaven; BWU. Bremerhaven (Charlotte Dorn; Manfred König).
16. Oktober 2009 *Auf dem Weg zum familienfreundlichen Betrieb.* Forum Interessenvertretung in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Rena Fehre; Kerstin Purnhagen).
20. Oktober 2009 *Für eine „neue“ Stadtpolitik des Sozialen – Zur notwendigen Renaissance sozialer Stadtentwicklung und Restrukturierung sozialer Stadtpolitik.* IAW-Colloquium mit Rolf Prigge. Bremen.
22. Oktober 2009 *Interkulturelle Aspekte des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.* Workshop in Kooperation mit dem Konsortium ProAktiv! Bremen (Gerlinde Hammer; Gundi Kuhr; Nina Seibicke; Norbert Hübner).
10. November 2009 *Arbeits- und Gesundheitsschutz im Pflegesektor: Innovative Strategien und Handlungsanleitungen.* IAW-Colloquium mit Gerlinde Hammer und Nina Seibicke. Bremen.
12. November 2009 *Sicher und gesund im Betriebspraktikum – Unfall- und Gesundheitsschutz im Praktikum.* Fortbildungsreihe des ESF-Projekts ABO für die Zukunft in Kooperation mit der Unfallkasse der Freien Hansestadt Bremen; LFI Bremerhaven. Bremerhaven (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
17. November 2009 *Indikatoren zur Überprüfung der Ziele der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie.* Workshop in Kooperation mit dem Konsortium ProAktiv! Bremen (Gerlinde Hammer; Gundi Kuhr; Nina Seibicke; Norbert Hübner).
18. November 2009 *Gute Pflege ohne Burn-Out – Prävention am Arbeitsplatz.* Workshop in Kooperation mit Runder Tisch Pflege; Klinikum Bremen-Ost. Bremen (Gundi Kuhr; Nina Seibicke).
19. November 2009 *Kollegiale Beratung für Interessenvertretungen.* Forum Interessenvertretung in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Rena Fehre; Tanja M. Brinkmann).
- 1./2. Dezember 2009 *ProAktiv: Erste Schritte im Transfer.* Transferworkshop. Bremen (Nina Seibicke; Gundi Kuhr).
8. Dezember 2009 *Standortdebatte und Innovationsdynamiken: Überlegungen zur neuen Qualität des Wettbewerbs.* IAW-Colloquium mit Ulrich Heisig und Irina Zaitchenko. Bremen.
10. Dezember 2009 *Von kommunaler Sozialpolitik zur Sozialen Stadtpolitik.* Gemeinsame Fachtagung in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Rolf Prigge).

11. Dezember 2009 *Betreuung von Betriebspraktika: Krisenintervention im Konfliktfall.* Fortbildungsreihe des ESF-Projekts ABO für die Zukunft in Kooperation mit dem Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Bremen (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
- 2010**
12. Januar 2010 *Ganztagschulen als Teil von Bildungslandschaften – Empirische Ergebnisse aus Bremen und NRW.* IAW-Colloquium mit Ulrike Baumheier und Claudia Fortmann. Bremen.
21. Januar 2010 *Der Berufparcours – Jugendliche erproben berufsbezogene Aufgaben in der Schule.* Fortbildungsreihe des ESF-Projekts ABO für die Zukunft in Kooperation mit den Netzwerkpartnern Lehrerfortbildungsinstitut (LFI) Bremerhaven; Wilhelm-Raabe-Schule Bremerhaven. Bremerhaven (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
2. Februar 2010 *Modulentwicklung Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Ausbildung an Hochschulen, Weiterbildungseinrichtungen und Fachschule für Altenpflege.* Workshop in Kooperation mit dem Konsortium ProAktiv! Bremen (Gerlinde Hammer; Norbert Hübner; Gundi Kuhr; Nina Seibicke).
3. Februar 2010 *Lernen in Nachbarschaften – Kooperation von Ganztagschulen mit dem Stadtteil.* Abschlussveranstaltung zur Vorstellung der Ergebnisse des Forschungsprojekts „Stadtteilbezogene Vernetzung von Ganztagschulen“ in Kooperation mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Bremen (Ulrike Baumheier; Claudia Fortmann).
9. Februar 2010 *Subjektives Erleben von Zeitarbeit: Aktuelle Befunde und Gestaltungsperspektiven.* IAW-Colloquium mit André Holtrup. Bremen.
10. Februar 2010 *Auswahlverfahren im kaufmännischen und gewerblichen Bereich.* Fortbildungsreihe des ESF-Projekts ABO für die Zukunft in Kooperation mit Netzwerkpartner LFI Bremerhaven; Wirtschaftsuniore BHV. Bremerhaven (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
10. Februar 2010 *Lernen in Nachbarschaften – Kooperation von Ganztagschulen mit dem Stadtteil.* Abschlussveranstaltung zur Vorstellung der Ergebnisse des Forschungsprojekts „Stadtteilbezogene Vernetzung von Ganztagschulen“ in Kooperation mit dem Familienprojekt Dortmund. Dortmund (Ulrike Baumheier; Claudia Fortmann).
4. März 2010 *Kompetenzen fördern in der schulischen Berufsorientierung.* Fortbildungsreihe des ESF-Projekts ABO für die Zukunft in Kooperation mit Netzwerkpartner LIS Bremen; Arbeitnehmerkammer Bremen; Behörde Schule und Berufsbildung Hamburg. Bremen (Gerlinde Hammer; Eugen Nordloh).
9. März 2010 *Regionalflughäfen als zweiseitige Märkte – Theorie und wirtschaftspolitische Implikationen für Staatshilfen am Beispiel der „Charleroi-Entscheidung“.* IAW-Colloquium mit André W. Heinemann, Bremen.
13. April 2010 *Qualifizierungsbausteine für die schulische Berufsvorbereitung: Ein Beitrag zur Verbesserung des Übergangssystems.* IAW-Colloquium mit Annelen Ackermann, Ulf Benedix und Gerlinde Hammer. Bremen.
13. April 2010 *Ein neuer Blick auf die Pflege.* Eröffnung einer Fotoausstellung mit anschließendem Vortrag. Bremen (Gundi Kuhr).
15. April 2010 *Auf dem Weg zum familienfreundlichen Betrieb.* Informationsveranstaltung. Bremen (Kerstin Purnhagen).
28. April 2010 *Pflegende Mitarbeiter/-innen: motivieren und unterstützen – das Tabu brechen: Niedrigschwellige Angebote für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege entwickeln und umsetzen.* Themenzirkel „Beruf und Pflege gestalten“. Bremen (Rena Fehre).
28. April 2010 *Alle ziehen an einem Strang – die moderierte Gefährdungsbeurteilung.* Workshop in Kooperation mit Runder Tisch Pflege; Gesundheit-Nord; Klinikum Bremen-Mitte. Bremen (Gundi Kuhr; Nina Seibicke).
29. April 2010 *Vielfalt in der Berufsorientierung: Chancen durch interkulturelle, außerschulisch erworbene Kompetenzen und interkulturelle Elternarbeit.* Fortbildungsreihe des ESF-Projekts ABO für die Zukunft in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen; BQM Hamburg. Bremen (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
11. Mai 2010 *Geringfügige Beschäftigung plus ALG II- Bezug: Verfestigung von Risiko- und Armutslagen bei „Aufstockern“?* IAW-Colloquium mit Irene Dingeldey und Constanze Jäger. Bremen.
18. Mai 2010 *Bedeutung von Pflegebedürftigkeit.* Workshop in Kooperation mit Runder Tisch Pflege; Zentrum für Sozialpolitik. Bremen (Nina Seibicke).

19. Mai 2010 *Gelebte Unternehmenskultur*. Jour Fixe in Kooperation mit der Sparkasse Bremen. Bremen (Irene Dingeldey; Rena Fehre; Kerstin Purnhagen).
19. Mai 2010 *Sozialkompetenzen fördern*. Fortbildungsreihe des ESF-Projekts ABO für die Zukunft in Kooperation mit Lehrkräften des SZ Blumenthal. Bremen (Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
26. Mai 2010 *Gewalt in der Pflegebeziehung – eine gemeinsame Spurensuche*. Workshop in Kooperation mit dem Bremer Forum gegen Gewalt in Pflege und Betreuung. Bremen (Gundi Kuhr; Nina Seibicke).
8. Juni 2010 *Was folgt aus der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise?* IAW-Colloquium in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Irene Dingeldey; Günter Warsewa; Rudolf Hickel).
8. Juni 2010 *Arbeiten bis 67?! - Zur gesundheitlichen Situation älterer Beschäftigter in der Pflege*. Workshop in Kooperation mit Runder Tisch Pflege; Forschungsbüro für Arbeit, Gesundheit und Biografie. Bremen (Nina Seibicke).
18. Juni 2010 *Werkstattgespräch*. Projektpräsentation in Kooperation mit Netzwerkpartner/-innen. Bremen (Gerlinde Hammer; Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
19. August 2010 *Schülerpraktika in handwerklichen Berufen: Gute Gelingensbedingungen schaffen – ein Dialog zwischen Schule und Handwerk*. Fortbildungsreihe des ESF-Projekts ABO für die Zukunft in Kooperation mit Netzwerkpartner „Handwerk“; Arbeitgeberverband Handwerk Bremen e.V. Bremen (Gerlinde Hammer; Änne Hildebrandt; Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
26. August 2010 *Geschlechtergleichstellung in Arbeit, Wirtschaft und sozialer Sicherung*. Gemeinsame Fachtagung in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Irene Dingeldey).
26. August 2010 2. Transferworkshop Opti-Qua: Präsentation der ausbildungsvorbereitenden Qualifizierungsbausteine. Workshop in Kooperation mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Bremen (Annellen Ackermann; Ulf Benedix; Bernd Feldmann; Gerlinde Hammer).
31. August 2010 *Pflegesensible Arbeitszeitmodelle sowie Neuerungen in der Pflegeversicherung*. Themenzirkel „Beruf und Pflege gestalten“. Bremen (Rena Fehre).
2. September 2010 *Präsentation des „Baukastens Betriebliches Praktikum“*. Werkstattgespräch in Kooperation mit kooperierenden Lehrkräften; Ausbilder und Sozialpädagogen des Projektes; Netzwerkpartner: LIS; Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Bremen (Gerlinde Hammer; Änne Hildebrandt; Susanne Kretzer; Eugen Nordloh).
8. September 2010 *Randzeiten- und Notfallbetreuung*. Themenzirkel „Betriebliche Kinderbetreuung“. Bremen (Kerstin Purnhagen).
14. September 2010 *Eigensinn und Anpassung: Die Neuerfindung der Hafenstadt*. IAW-Colloquium mit Günter Warsewa. Bremen.
16. September 2010 *Familienfreundlichkeit und demografischer Wandel – Ein innovatives Gesamtkonzept für eine lebensphasenorientierte Personalpolitik*. Jour Fixe in Kooperation mit Kraft Foods Deutschland. Bremen (Kerstin Purnhagen; Rena Fehre).
- 20.-22. Sept. 2010 *Bringing the Welfare State Back? Sozialpolitik in der Wirtschafts- und Finanzkrise*. Arbeitskreis Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung für die Tagung der Sektion: Vergleichenden Politikwissenschaft, in Kooperation mit Dr. Christian Lammert, Universität Frankfurt; Dr. Sascha Munich, Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung Köln. Duisburg (Irene Dingeldey).
9. November 2010 *Beschäftigungsförderung im Stadtstaatenvergleich: Ausgangslagen, Zielsetzungen, Akteurskonstellationen*. IAW-Colloquium mit Alexander Matysik, Peer Rosenthal und Jörg Sommer, Bremen.
29. November 2010 *Ist die Arbeitslosenversicherung noch zeitgemäß? Tendenzen der Absicherung bei Arbeitslosigkeit in Europa*. Transferworkshop in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Europäisches Expertennetzwerk Recwowe. Nürnberg (Irene Dingeldey).
30. November 2010 *Arbeitsschutz als Mitarbeiter/-innen-Bindung*. Projektpräsentation des Projektes ProAktiv! beim bpa - Bund privater Anbieter sozialer Dienste Bremen (Nina Seibicke; Wiebecke Novello; Anita Stickdorn).

9. Dezember 2010 *Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung.* Gemeinsame Diskussionsveranstaltung in Kooperation mit dem DGB (Arbeitskreis Hochschulpolitik); Akademie für Arbeit und Politik (aap); AStA der Universität Bremen. Bremen (Jörg Sommer).
14. Dezember 2010 *Krisenbewältigung und betriebliche Arbeitsbeziehungen: Entwicklungslinien und Konsequenzen.* IAW-Colloquium mit André Holtrup und Arne Klöpfer. Bremen.
- 2011**
11. Januar 2011 *Urban Improvement Districts als Instrument lokaler Governance.* IAW-Colloquium mit Susanne Wendland, René Böhme und Günter Warsewa. Bremen.
8. Februar 2011 *Der Strukturwandel in Nordwestdeutschland am Beispiel der Entstehung des Offshore-Windenergie-Clusters.* Gastvortrag von Prof. Dr. Ivo Mossig (Institut für Geographie) und Dr. Dirk Fornahl (Fachbereich Wirtschaftswissenschaft) im IAW-Colloquium. Bremen.
- 11./12. Februar 2011 *Lernentwicklungsgespräche führen.* Fortbildungsreihe des ESF-Projekts Opti-Qua in Kooperation mit dem Netzwerk SELKO/KomLern Hamburg. Bremerhaven (Annelen Ackermann).
14. Februar 2011 *Workshop der norddeutschen Verbände des KDA* (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt). Bremen (Günter Warsewa).
18. Februar 2011 *Handlungsoptionen der Stadtentwicklung im Spannungsfeld von Globalisierung und regionaler Wertschöpfung.* 1. Beiratssitzung des FOPS-Vorhabens. Bremen (Martyn Douglas; Guido Nischwitz; Michèle Rämö; Günter Warsewa).
- 4./5. März 2011 *Lernentwicklungsgespräche führen.* Fortbildungsreihe des ESF-Projekts Opti-Qua in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schulpraxis (LIS) Bremen; Netzwerk SELKO/KomLern Hamburg. Bremen (Annelen Ackermann; Ulf Benedix).
8. März 2011 *Local Buzz and Global Pipelines: Veränderte Innovationsdynamik in einer globalisierten Welt.* IAW-Colloquium mit Ulrich Heisig. Bremen.
15. März 2011 *Prekarität ist überall: Arbeitslose – Rentner – Geringqualifizierte.* Gemeinsame Diskussionsveranstaltung der Universität und der Arbeitnehmerkammer Bremen in Kooperation mit dem IAW. Bremen (Irene Dingeldey).
18. März 2011 *Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik der Förderperiode 2007-2013 in den norddeutschen Ländern.* ARL-Workshop. Hannover (Guido Nischwitz).
8. April 2011 *Bildungsrenditen vs. Bildungsverfall: Welche Prozesse der Dequalifizierung und Qualifizierung erfahren Berufe in der Wissensgesellschaft?* Workshop in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Jörg Sommer; Günter Warsewa).
11. April 2011 *Von der Industriearbeit in die Dienstleistungsgesellschaft.* Workshop in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Jörg Sommer; Günter Warsewa).
12. April 2011 *Der Euro im Dialog mit der DM: Ausbau oder Demontage des Europäischen Währungssystems?* IAW-Colloquium mit Rudolf Hickel. Bremen.
13. April 2011 *Wie kommen Jugendliche sicher ins Berufsleben? Modelle und Erfahrungen bei der Gestaltung lokaler „Übergangssysteme“.* Fachvortrag mit Diskussion in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer; Christiane Koch, Arbeitnehmerkammer Bremen).
14. April 2011 *Wandel der Arbeitsgesellschaft: Fehlende Parallelität von Biografie- und Berufsleben.* Workshop in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Jörg Sommer; Günter Warsewa).
5. Mai 2011 *Vereinsgründung des Bremer Verbundprojekts Beruf und Familie.* Informationsveranstaltung für interessierte Unternehmen und Institutionen. Bremen (Kerstin Purnhagen; Rena Fehre).
10. Mai 2011 *Kinderbetreuung und die Erwerbstätigkeit von Müttern mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen.* IAW-Colloquium mit Ina Berninger. Bremen.
13. Mai 2011 *Moderner Arbeitsschutz – Beispiele aus der Betriebspraxis.* Seminar in Kooperation mit dem Studiengang Public Health der Hochschule Bremen. Bremen (Nina Seibicke; Wiebecke Novello).
- 26./27. Mai 2011 *Regionalmonitoring und regionale Messkonzepte.* Fachtagung in Kooperation mit der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e.V. Bremen (Guido Nischwitz).

7. Juni 2011 *Workshop des DGB und der regionalen Einzelgewerkschaften.* Bremen (Günter Warsewa, Jörg Sommer).
14. Juni 2011 *Ist die Klage der Geberländer gerechtfertigt? Hintergründe und Perspektiven einer Reform des Länderfinanzausgleichs aus Sicht des Stadtstaates Bremen.* IAW-Colloquium mit André W. Heinemann und Anja Link. Bremen.
16. Juni 2011 *Strukturieren mit Lernbausteinen in der Berufsfachschule für Technik (Metall-/Elektroberufsfeld).* Fortbildungsreihe des ESF-Projekts Opti-Qua in Kooperation mit dem Schulzentrum des Sekundarbereichs II, Technisches Bildungszentrum TBZ. Bremen (Bernd Feldmann; Gerlinde Hammer).
31. August 2011 *Berufspraktisches Wissen in der Handelsschule: Ein kaufmännisches Softwaremodul als Lernbaustein.* Fortbildungsreihe des ESF-Projekts Opti-Qua in Kooperation mit dem Schulzentrum Bördestraße. Bremen (Ulf Bendix; Gerlinde Hammer).
13. September 2011 *Arbeits- und Gesundheitsschutzkompetenzen: Ein Beitrag zu nachhaltiger Employability für Beschäftigte im Pflegesektor. Ergebnisse aus dem Projekt ProAktiv!* IAW-Colloquium mit Nina Seibicke und Anita Stickdorn. Bremen.
15. September 2011 *Kompetenzrasterbasierte Lernbausteine in der Berufsausbildungsvorbereitung/Bereich Hauswirtschaft.* Fortbildungsreihe des ESF-Projekts Opti-Qua in Kooperation mit dem Schulzentrum des Sekundarbereichs II Blumenthal und den Lehranstalten für Sozialpädagogik und Hauswirtschaft im Schulzentrum Geschwister Scholl, Bremerhaven. Bremen/Bremerhaven (Ulf Benedix; Gerlinde Hammer).
6. Oktober 2011 *Gelingensbedingungen für qualifizierende und berufsorientierende Schüler/-innen-Praktika in Unternehmen.* Werkstattgespräch des Projektes Arbeits- und Berufsorientierung für die Zukunft. Lernort Praktikum (ABO) in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schulpraxis (LIS) Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer; Änne Hildebrandt; Eugen Nordloh; Susanne Kretzer).
11. Oktober 2011 *Erziehung – (k)ein Kinderspiel: Bestandsaufnahme und Handlungsbedarfe zum Arbeits- und Gesundheitsschutz in Bremer Kindertageseinrichtungen.* IAW-Colloquium mit Esther Altmstadt und Irena Medjedovic. Bremen.
3. November 2011 *Lernbausteine als strukturierendes Element von ausbildungsvorbereitenden Bildungsgängen im Übergangssystem.* Transferworkshop des Projektes Opti-Qua in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Ulf Benedix; Gerlinde Hammer).
8. November 2011 *Verteilte Innovationsprozesse in multinationalen Unternehmen.* Gastvortrag von Prof. Dr. Martin Heidenreich und Sinje Späth (Universität Oldenburg) im IAW-Colloquium. Bremen.
17. November 2011 *Gute Praxis im Arbeits- und Gesundheitsschutz – Unternehmen im Dialog mit Akteuren.* Abschlussveranstaltung der Projekte BeginnRegio und ProAktiv! in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen (Gerlinde Hammer; Manfred König; Norbert Hübner; Wiebecke Novello; Nina Seibicke; Anita Stickdorn).
13. Dezember 2011 *Das berufliche Übergangssystem in der Diskussion: Ausbildungsbausteine, Qualifizierungsbausteine, Lernbausteine – Instrumente für eine zielgruppenorientierte Reform des Übergangssystems?* IAW-Colloquium mit Ulf Benedix und Gerlinde Hammer. Bremen.

## 3.3 Wissenschaftliche Vorträge und Transfer

### Annellen Ackermann

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Qualifizierungsbausteine für die schulische Berufsvorbereitung: Ein Beitrag zur Verbesserung des Übergangssystems*. Bremen, 13. April 2010 (zus. mit Ulf Benedix und Gerlinde Hammer).

### Esther Almstadt

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Erziehung – (k)ein Kinderspiel: Bestandsaufnahme und Handlungsbedarfe zum Arbeits- und Gesundheitsschutz in Bremer Kindertageseinrichtungen*. Bremen, 11. Oktober 2011 (zus. mit Irena Medjedovic).

### Ulrike Baumheier

Technische Universität Hamburg Harburg; Universität Hamburg: Academic Research and Everyday Life – Paths of Mediating Social Science Research into (SpaceTime) Everyday Practice. Vortrag: *The Revitalization of the Central Stephani Quarter in Bremen through the Relocation of the Regional Broadcasting Company*. Hamburg, 10. Februar 2006.

Institut Arbeit und Wirtschaft; Gemeinde Groningen: Modern School. Vortrag: *Opening School to the Neighbourhood: Approaches from Bremen*. Bremen, 23. März 2006 (zus. mit Annette Rüggeberg).

Institut Arbeit und Wirtschaft: Learning in Neighbourhoods Opening School to the Neighbourhood. Vortrag: *Results of the Modern School-Project: Recommendations for a better integration of child and family-related services*. Bremen, 7. Dezember 2006.

Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH: International Political Forum e-Democracy. Vortrag: *Stephaniviertel: a Bremen district changes its face towards a modern media quarter. The participation process*. Bremen, 12. Januar 2007.

Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft. Bildungspolitischer Fachtag. Vortrag: *Lernen in Nachbarschaften: Der Umbau von Schulen zu Quartiersbildungszentren*. Bremen, 9. März 2007 (zus. mit Günter Warsewa).

HafenCity Universität Hamburg; Universität Hamburg: Alltagsorganisation und Zeitkonflikte in der „postfordistischen“ Stadt. Vortrag: *Choice-Work-Verfahren und realexperimentelle Interventionen*. Hamburg, 27. April 2007.

Deutsche Kinder und Jugendstiftung: Ganztagsschulen in integrierten Bildungslandschaften. Vortrag: *Integrierte Bildungslandschaften: Internationale Erfahrungen und Stand der deutschen Diskussion*. Berlin, 11. Mai 2007 (zus. mit Günter Warsewa).

Ganztagsschulverband GGT e.V., Landesverband Bremen: Jahreshauptversammlung. Vortrag: *Lernen in Nachbarschaften*. Bremen, 14. Februar 2008 (zus. mit Günter Warsewa).

Deutsches Institut für Urbanistik: Kommunale Bildungslandschaft – Wunsch oder Wirklichkeit? Vortrag: *Schulen in lokalen Bildungsnetzwerken: Ein Beitrag zu sozialer Integration durch Bildung?* Berlin, 22./23. September 2008.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Lernen in Nachbarschaften. Kooperationen von Ganztagschulen mit dem Stadtteil in Bremen und NRW*. Bremen, 9. Dezember 2008 (zus. mit Claudia Fortmann).

Arbeitnehmerkammer Bremen: Quartiersvernetzung und Quartierszentren. Vortrag: *Neue Ansätze der Vernetzung durch Quartierszentren in Bremen*. Bremen, 24. September 2009 (zus. mit Thomas Schwarzer).

Heinrich-Böll-Stiftung: Chancen für Eltern – Chancen für Kinder. Vortrag: *Wie wird die Schule zum Mittelpunkt eines Netzwerks? Modellprojekt Vensterschool*. Berlin, 15. Oktober 2009 (zus. mit Anita Schnieders).

Landesjugendamt Westfalen; Serviceagentur Ganztägig Lernen Nordrhein-Westfalen: Neue Wege in der Bildungsförderung von Kindern und Jugendlichen. Vortrag: *Kommunale Bildungslandschaften als Untersuchungsgegenstand: Forschungsergebnisse und Evaluationsansätze*. Münster, 1. Dezember 2009.

Institut Arbeit und Wirtschaft; Arbeitnehmerkammer Bremen: Von kommunaler Sozialpolitik zu sozialer Stadtpolitik. Vortrag: *Neue Bildungslandschaften: Konzept und Praxis von Quartiers(bildungs)zentren*. Bremen, 10. Dezember 2009.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Ganztagsschulen als Teil von Bildungslandschaften. Empirische Ergebnisse aus Bremen und NRW*. Bremen, 12. Januar 2010 (zus. mit Claudia Fortmann).

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Serviceagentur Ganztägig Lernen Sachsen-Anhalt: Das Einmaleins der Ganztagschule (Ringvorlesung). Vortrag: *Ganztagschule kommunal verantworten Bildungspolitische Perspektiven und internationale Beispiele*. Halle, 26. Januar 2010 (zus. mit Günter Warsewa).

Institut des Rauhen Hauses für Soziale Praxis: Regionalforum Kommunale Bildungslandschaften. Vortrag: *Quartiersbildungszentren in Bremen*. Hamburg, 13. April 2010 (zus. mit Christel Hempe-Wankerl)

Universität Potsdam; Universität Halle-Wittenberg; Universität Oldenburg; BMBF: Professionsentwicklung und Kooperation an Ganztagschulen Bilanztagung im Rahmen der Begleitforschung zum IZBB. Vortrag: *Stadtteilbezogene Vernetzung von Ganztagschulen*. Potsdam, 4. Juni 2010 (zus. mit Claudia Fortmann).

Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V.: Demografischer Wandel, Arbeitsmarkt und Bildung – Verbesserung der Berufsorientierung in der Sekundarstufe I. Vortrag: *Verbesserung von Berufsorientierung durch Kooperation von Schulen, Unternehmen und sozialen Organisationen Gelingensbedingungen und gute Beispiele*. Bremen, 2. November 2010 (zus. mit Ulrike Baumheier).

### Ulf Benedix

Institut Technik und Bildung (ITB Bremen): Hochschultage 2006 – Forum 21. Vortrag: *Ausbildungspotenziale in der Logistik*. Bremen, 15. März 2006.

Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH: Entwicklung eines Fachkräftemonitorings für Brandenburg. Vortrag: *Branchenspezifische Qualifikations- und Ausbildungspotenzialanalysen*. Potsdam, 10. Mai 2006.

Bündnis für Arbeit und Ausbildung in Bremen und Bremerhaven: Plenum des Bündnisses. Vortrag: Einsatz des RMQ zur Analyse regionaler Ausbildungspotenziale und Ausbildungspotenzialanalyse in Transport-Umschlag-Lagerei/Logistik. Bremerhaven, 16. Mai 2006 (zus. mit Gerlinde Hammer).

BAG; WIR Bremen Nord: Wachstumsbranche Logistik, Motor am Arbeitsmarkt, Chancen für Bremen Nord und die Region. Referat: *Ergebnisse aus der Ausbildungspotenzialanalyse 2005*. Bremen, 18. Juli 2006 (zus. mit Hubertus Schick).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: Alternsgerechte Personalpolitik – eine Antwort auf den demographischen Wandel. Ergebnisse aus dem neuen Monitoring-Bericht des Projektes EQUIB. Bremen, 12. Februar 2008 (zus. mit Gerlinde Hammer)..

Arbeitnehmerkammer Bremen: Demographischer Wandel und alternsgerechte Personalpolitik. Fachgespräch: *Ergebnisse des RMQ 2007/2*. Bremen, 26. Februar 2008 (zus. mit Gerlinde Hammer).

Arbeitnehmerkammer Bremen: Fachkräfte von morgen – Betriebliche Qualifikationsanforderungen und -bedarfe. Vortrag: *Betriebliche Expertenbefragung zur Nutzung abschlussorientierter Nachqualifizierung für die Deckung des regionalen Fachkräftebedarfs*. Bremen, 5. Mai 2009 (zus. mit Gerlinde Hammer).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Betriebliche Bedarfe für abschlussorientierte Nachqualifizierung – Befragungsergebnisse und Handlungsempfehlungen*. Bremen, 8. September 2009 (zus. mit Gerlinde Hammer).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Qualifizierungsbausteine für die schulische Berufsvorbereitung: Ein Beitrag zur Verbesserung des Übergangssystems*. Bremen, 13. April 2010 (zus. mit Annelen Ackermann und Gerlinde Hammer).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Das berufliche Übergangssystem in der Diskussion: Ausbildungsbausteine, Qualifizierungsbausteine, Lernbausteine – Instrumente für eine zielgruppenorientierte Reform des Übergangssystems?* Bremen. 13. Dezember 2011 (zus. mit Gerlinde Hammer).

### Ina Berninger

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Workshop Lebensformen in Krisenzeiten. Vortrag: *Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Partnerschaftsqualität und der aktuelle Kinderwunsch*. Mainz, 18./19. März 2010 (zus. mit Bernd Weiß und Michael Wagner).

Deutschen Gesellschaft für Soziologie: Frühjahrstagung der Sektionen Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse und Familiensoziologie. (Re-)produktion von Ungleichheit durch Arbeit und Familie – Veränderungen in den 20 Jahren seit der Wende. Vortrag: *Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Partnerschaftsqualität und der aktuelle Kinderwunsch*. Rostock, 15./16. April 2010 (zus. mit Bernd Weiß und Michael Wagner).

Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES): MZES-Kolloquium (Soziologie). Vortrag: *Der Einfluss von Familienpolitik auf Müttererwerbstätigkeit und Fertilität in Europa*. Mannheim, 23. November 2010.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. *Kinderbetreuung und die Erwerbstätigkeit von Müttern mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen*. Bremen, 10. Mai 2011.

Stockholm University: SUDA Demographic Colloquium Series. Vortrag: *Family Policies, Women's Income, and Child-bearing: Evidence from Denmark and Finland*. Stockholm, 12. Mai 2011.

#### **Tanja M. Brinkmann**

Volkshochschule Bremerhaven: Frauerversammlung Magistrat. Vortrag: *Das Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie: Vernetzen – informieren – beraten – forschen*. Bremerhaven, 8. März 2007.

Universität Oldenburg: Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Vortrag: *Das Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie: Vernetzen – informieren – beraten – forschen*. Universität, 3. Mai 2007.

Verbundprojekt Beruf und Familie; Arbeitnehmerkammer Bremen; DGB Bremen: Familienbewusste Arbeitsbedingungen – Handlungsmöglichkeiten von Betriebs- und Personalräten sowie von Frauen- und Genderbeauftragten. Vortrag: *Interessenvertretungen als Akteur/-innen familienbewusster Personalpolitik – Ergebnisse einer Befragung in 10 auditierten Unternehmen*. Bremen, 23. Mai 2007 (zus. mit Patrick Frede und Rena Fehre).

Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie: Vortrag: *Erfolgsfaktoren und Hindernisse bei der Umsetzung familienbewusster Personalpolitik*. Bremen, 21. September 2007 (zus. mit Rena Fehre).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Familienbewusste Personalpolitik in Bremer Unternehmen. Ergebnisse einer qualitativen Studie aus der Perspektive von Unternehmensleitungen und Interessenvertretungen*. Bremen, 9. Oktober 2007 (zus. mit Rena Fehre).

Agentur für Arbeit Bremen: Elternzeit – Rechte, Pflichten und berufliche Möglichkeiten. Vortrag: *Frauen-Berufs-Messe*. Bremen, 8. November 2007 (zus. mit Rena Fehre).

Lernoffensive zur Entwicklung mittelständischer Wertschöpfungsverbünde: Lernoffensive zur Entwicklung mittelständischer Wertschöpfungsverbünde (LOEWE). Vortrag: *Lassen sich hocheffektive Wirtschaftsprozesse und Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Einklang bringen?* Hannover, 6. Dezember 2007.

Deutscher Gewerkschaftsbund: Fachforum für Betriebsräte: Handicap Familie? Der Betriebsrat gestaltet eine familienbewusste Arbeitswelt. Vortrag: *Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben – (k)ein Thema für Betriebs- und Personalräte?* Hamburg, 29. April 2008.

Gleichstellungsbüro Krefeld: Vortrag: Möglichkeiten und Grenzen der familienbewussten Personalpolitik in regionalen Verbänden. Krefeld, 28. August 2008.

Arbeitnehmerkammer Bremen: „Teilzeitarbeit – Vollzeitmann“. Teilzeitarbeit und Karriere. Vortrag: *Teilzeit im Aufwind – Neue Arbeitszeitmodelle in der betrieblichen Praxis*. Bremen, 16. November 2009.

#### **Irene Dingeldey**

Wissenschaftszentrum Berlin: Autorentagung. Vortrag: *Governance und Sozialpolitik: Der aktivierende Wohlfahrtsstaat als Gewährleistungsstaat*. Berlin, 8./9. Februar 2007.

19th annual meeting of SASE: Changing Political Economies: Macro Trends and Micro Experiments. Vortrag: *Changing forms of Governance as Welfare State Restructuring*. Kopenhagen, Dänemark, 29. Juni 2007.

Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft, Sektion Vergleichende Politikwissenschaft: Stand und Zukunft der vergleichenden Politikforschung. Vortrag: *Wandel des Wohlfahrtsstaates als Wandel von Governance*. Delmenhorst, 9.-11. November 2007.

Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung: 'Activation' Policies on the Fringes of Society: a Challenge for European Welfare States. Vortrag: *Activating Policies as Welfare State Restructuring. A Comparative View on Changing Forms of Governance*. Nürnberg, 15.-16. Mai 2008.

Reconciling Work and Welfare in Europe (RECOWE): 2nd annual integration week. Vortrag: *Activating Policies as Welfare State Restructuring. A Comparative View on Changing Forms of Governance*. Oslo, 10.-14. Juni 2008.

Bremische Zentralstelle zur Gleichberechtigung der Frauen; Arbeitnehmerkammer Bremen: Programmierte Frauenarmut? Armutsrisiken von Frauen im Lebensverlauf. Problemanalysen und Lösungsstrategien. Vortrag: *Kinder als Armutsrisiko: Die Exklusion der Mütter vom Arbeitsmarkt*. Bremen, 17. Juni 2008.

Arbeitnehmerkammer Bremen: Vier Jahre Hartz IV. Vortrag: *Hartz IV im internationalen Vergleich*. Bremen, 12. März 2009.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Mehr oder weniger Staat? Zur Governance der Arbeitsmarktpolitik im Ländervergleich*. Bremen, 12. Mai 2009.

Jean Monnet Centre for Europeanisation and Transnational Regulations; Universität Oldenburg: Europäische Beschäftigungsentwicklung in der Wirtschaftskrise (Ringvorlesung). Vortrag: *Varianten der Aktivierungspolitik in Züge der Wirtschaftszyklen*. Oldenburg, 11. November 2009.

Friedrich Ebert Stiftung, Büro Mainz: Vortrag: *Befähigung oder Arbeitszwang? Der deutsche Reformpfad im internationalen Vergleich*. Mainz, 19. November 2009.

Universität Oldenburg: Arbeitsgesellschaft vor neuen Horizonten? Erwerbsarbeit, Lebenswelt und Geschlechterbeziehungen als (politisch-)ethische Herausforderung (Ringvorlesung). Vortrag: *Geschlechtergerechtigkeit politisch gestalten? Handlungsmöglichkeiten im Strukturwandel von Erwerbsarbeit und soziale Sicherung*. Oldenburg, 3. Februar 2010.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: Geringfügige Beschäftigung plus ALG II-Bezug: Verfestigung von Risiko- und Armutslagen bei „Aufstockern“? Bremen, 11. Mai 2010 (zus. mit Constanze Jäger).

Institut Arbeit und Wirtschaft, Arbeitnehmerkammer Bremen: IAW-Colloquium. Fachgespräch: *Was folgt aus der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise?* Bremen, 8. Juni 2010 (zus. mit Günter Warsewa und Rudolf Hickel).

Arbeitnehmerkammer Bremen: Arbeitsmarkt und Frauen. Vortrag: *Erwerbstätigkeit und ergänzender ALG II-Bezug*. Bremen, 26. August 2010 (zus. mit Constanze Jäger).

ESPAnet: Social Policy and the Global Crisis: Consequences and Responses. Vortrag: *Old and new Divisions of Social Rights and Citizenship in Germany, Stream 6.1. The Crisis and Social Citizenship*. Budapest, 2.-4. September 2010.

SPD-Landesvorstand Bremen: Projekt Regierungsprogramm 2011-2015. Impulsreferat: *Einführung eines Mindeststundenlohns von 8,50 Euro – Anforderungen und Erfahrungen*. Bremen, 13. November 2010.

Bundesagentur für Arbeit: RECOWE Dissemination Workshop. Vortrag: *Gendered Employment Patterns*. Nürnberg, 29. November 2010.

Hans-Böckler-Stiftung: Autorenworkshop des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts zum Schwerpunktthema „Minijobs“. Vortrag: *Governance des Einkommensmix: Geringfügige Beschäftigung plus ALG II Bezug*. Düsseldorf, 26. Januar 2011. (zus. mit Peter Sopp).

Universität Bremen; Arbeitnehmerkammer Bremen: Kooperationsveranstaltung „Prekarität ist überall“. Vortrag: *ALG II Bezug und Prekarität mit und ohne Beschäftigung*. Bremen, 15. März 2011.

Universität Hamburg, Centre for Globalisation and Governance; Deutsche Forschungsgemeinschaft; Netzwerk RECOWE: International Expert Conference. Reforming Activation: A New turn in Policy? Vortrag: *The Impact on Gender Differences in Social Citizenship*. Hamburg, 25. März 2011.

SASE Annual Conference: Network 'Rethinking the Welfare State'. Vortrag: *Varieties of Activating Welfare States. Revising Esping-Andersen's Categories to Typologize Welfare Capitalism*. Madrid, 24. Juni 2011.

## Rainer Dombois

Diözese Stuttgart: Weingartener Lateinamerika-Gespräche 2006. Vortrag: *Arbeitsbeziehungen zwischen Markt und Staat*. Weingarten, 13. Januar 2006.

Universität Jena, Fachbereich Soziologie: Vortrag: *Auf dem Wege zur Globalisierung sozialer Rechte?* Jena, 2. Februar 2006.

Global Labour University: Global Challenges for Labour. Vortrag: *Transnational social regulation in the NAFTA – a problem of institutional design?* Kassel, 6. April 2006.

Universität Bielefeld, Fachbereich Soziologie. Vortrag: *Towards a Globalization of social rights? The Governance of trans- and international labour regulation*. Bielefeld, 14. Juni 2006.

Universidad Autónoma Barcelona: Vortrag: *El sindicalismo en camino de extinción? Afiliación sindical en Europa. Barcelona*, 11. März 2007.

Asociación Latinoamericana de Sociología del Trabajo: V. Lateinamerikanischer Kongress für Arbeitssoziologie. Vortrag: *Los sindicatos – residuos de la sociedad industrial ? El papel de los sindicatos en los países Europeos*. Montevideo, 17. April 2007.

Universität Nürnberg, Fachbereich Soziologie: Vortrag: *Perspektiven von Gewerkschaften in Lateinamerika*. Nürnberg, 20. Dezember 2007.

Universidad Autónoma: Vortrag: *Responsabilidad Social Empresarial – un nuevo modo de regulación laboral internacional?* Barcelona, 10. März 2008.

Universidad ICESI: Vortrag: *Responsabilidad Social Empresarial – un medio de la regulación laboral internacional?* Cali, Kolumbien, 18. April 2008.

Escuela Sindical Nacional. Vortrag: *La regulación laboral en los Tratados de Libre Comercio de los Estados Unidos*. Medellín, Kolumbien, 11. Mai 2008.

Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWent) GmbH: Vortrag: *Ende der Ausbeutung? Verantwortungsvolle Unternehmensführung in Entwicklungsländern*. Bad Honnef, 11. November 2008.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Die VW-Affäre – Lehrstück über deutsches Co-Management*. Bremen, 10. März 2009.

International Working Party on Labour Market Segmentation: 30th Conference of the International Working Party on Labour Market Segmentation. Vortrag: *Precarious employment and welfare regimes in Latin America*. Tampere, Finnland, 4. September 2009.

Consejo Superior Universitario Centroamericano: Fomento de la Gestión de Proyectos de Investigación. Vortrag: *Manual para capacitadores*. Guatemala, 17. März 2010.

Asociación Latinoamericana de Sociología del Trabajo: VI. Lateinamerikanischer Kongress für Arbeitssoziologie. Vortrag: *El trabajo en America Latina visto desde Europa*. Mexico D.F., 20. April 2010.

Volkswagen AG, Betriebsratsspitze und Arbeitsdirektor: Vortrag: *Der VW-Skandal*. Wolfsburg, 20. Oktober 2010.

### Charlotte Dorn

Universität Münster: Evaluation multimedialer Lernsysteme (Ringvorlesung). Vortrag: *Ergebnisse WomenExist*. Münster, 30. November / 1. Dezember 2006 (zus. mit Lothar Dorn).

Bundesministerium für Bildung und Forschung; Deutsche Luft- und Raumfahrt: Evaluation multimedialer Lernsysteme. Referat: *Ergebnisse WomenExist*. Bonn, 18. Januar 2007 (zus. mit Lothar Dorn).

Universität Münster: Berufliche Chancen junger Frauen nach Ausbildung (Ringvorlesung). Vortrag: *Ergebnisse WomenExist*. Münster, 11./12. Mai 2007 (zus. mit Lothar Dorn).

Start up euregio: Entwicklung multimedialer Lernsysteme. Referat: *Ergebnisse WomenExist*. Löbau, Österreich, 16. Mai 2007 (zus. mit Lothar Dorn).

Bundesministerium für Bildung und Forschung; Deutsche Luft- und Raumfahrt: Power für Gründerinnen. Präsentation: *Ergebnisse WomenExist*. Bonn, 18./19. Juni 2007 (zus. mit Lothar Dorn).

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales: E-Learning meets company. Präsentation: *Ergebnisse WomenExist*. Bremen, 10. Oktober 2007 (zus. mit Lothar Dorn).

Bundesministerium für Bildung und Forschung; Deutsche Luft- und Raumfahrt: Werkstattgespräch Bundesagentur für Arbeit, Stab für Chancengleichheit. Präsentation: *Ergebnisse WomenExist*. Nürnberg, 25. Oktober 2007 (zus. mit Lothar Dorn).

Fachhochschule Münster, Institut für Lehrerbildung: Präventiver Arbeits- und Gesundheitsschutz; Verhaltens- und Verhältnisprävention. Referat: *Ergebnisse StartFit*. Münster, 21. November 2007 (zus. mit Brigitte Fietz).

Institut Arbeit und Wirtschaft: Messe und Präsentation StartFit. Präsentation: *Ergebnisse StartFit*. Bremen, 26. November 2007 (zus. mit Brigitte Fietz).

bfi Wien: Werkstattgespräch. Präsentation: *Ergebnisse WomenExist*. Wien, Österreich, 29./30. November 2007 (zus. mit Lothar Dorn).

ZGF Bremerhaven, AK für berufliche Bildung von Frauen und Mädchen: Messe und Präsentation StartFit. Präsentation: *Ergebnisse StartFit*. Bremerhaven, 3. Dezember 2007 (zus. mit Brigitte Fietz).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Gute Arbeit durch betriebliche Gesundheitsförderung von Frauen und Männern*. (zus. mit Charlotte Dorn, Lothar Dorn, Brigitte Fietz und Gundi Kuhr). Bremen, 11. Dezember 2007.

Unternehmerinnenverband: Werkstattgespräch VdU. Präsentation: *Ergebnisse WomenExist*. Berlin, 16. Januar 2008 (zus. mit Lothar Dorn).

Unternehmerinnen Messe: Messe und Präsentation StartFit. Präsentation: *Ergebnisse StartFit*. Langen (Nds.), 19. Januar 2008 (zus. mit Brigitte Fietz).

bga; bundesagentur gründerinnen: Erfolgsrezepte für erfolgreiches Selbstmarketing. Präsentation: *Ergebnisse WomenExist*. Stuttgart, 23. Januar 2008 (zus. mit Lothar Dorn).

Unternehmerinnenverband: Werkstattgespräch VdU. Präsentation: *Ergebnisse WomenExist*. Bremen, 23. Januar 2008 (zus. mit Lothar Dorn).

Gründer- und Unternehmertreff der Wirtschaftsjunoren: StartFit. Präsentation: *Ergebnisse StartFit*. Bremerhaven, 2. April 2008 (zus. mit Brigitte Fietz).

START-Messe: Messe und Präsentation StartFit. Präsentation: *Ergebnisse StartFit*. Bremen, 11./12. April 2008 (zus. mit Brigitte Fietz und Lothar Dorn).

IHK Bremerhaven; Senator für Wirtschaft: Gesundheit im Unternehmen - Ein Kapital für Sie und Ihre Mitarbeiter/-innen. Präsentation: *Ergebnisse StartFit*. Bremerhaven, 13. November 2008 (zus. mit Brigitte Fietz und Ursula Rettke, BWU).

AFZ; VHS; ZIB: Gründung mit Zündung. Referat: *Ergebnisse StartFit*. Bremerhaven, 30. November 2008 (zus. mit Brigitte Fietz).

Bremerhavener Arbeit GmbH: EU-Projekttreffen. Vortrag: *Organisierter Arbeits- und Gesundheitsschutz in Klein- und Kleinstbetrieben*. Bremerhaven, 23. Juni 2009 (zus. mit Ursula Rettke, BWU).

ver.di Bremen: Gute Arbeit in Krisenzeiten. Referat: *Organisierter Arbeits- und Gesundheitsschutz in Klein- und Kleinstbetrieben*. Bremen, 9. Dezember 2009 (zus. mit Manfred König und Ursula Rettke, BWU).

### **Lothar Dorn**

Universität Münster: Evaluation multimedialer Lernsysteme (Ringvorlesung). Vortrag: *Ergebnisse WomenExist*. Münster, 30.11./01.12.2006 (zus. mit Charlotte Dorn).

Universität Münster: Berufliche Chancen junger Frauen nach Ausbildung (Ringvorlesung). Vortrag: *Ergebnisse WomenExist*. Münster, 11./12. Mai 2007 (zus. mit Charlotte Dorn).

Start up euregio: Entwicklung multimedialer Lernsysteme. Referat: *Ergebnisse WomenExist*. Löbau, Österreich, 16. Mai 2007 (zus. mit Charlotte Dorn).

Bundesministerium für Bildung und Forschung; Deutsche Luft- und Raumfahrt: Power für Gründerinnen. Präsentation: *Ergebnisse WomenExist*. Bonn, 18./19. Juni 2007 (zus. mit Charlotte Dorn).

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales: E-Learning meets company. Präsentation: *Ergebnisse WomenExist*. Bremen, 10. Oktober 2007 (zus. mit Charlotte Dorn).

Bundesministerium für Bildung und Forschung; Deutsche Luft- und Raumfahrt: Werkstattgespräch Bundesagentur für Arbeit, Stab für Chancengleichheit. Präsentation: *Ergebnisse WomenExist*. Nürnberg, 25. Oktober 2007 (zus. mit Charlotte Dorn).

bfi Wien: Werkstattgespräch. Präsentation: *Ergebnisse WomenExist*. Wien, Österreich, 29./30. November 2007 (zus. mit Charlotte Dorn).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Gute Arbeit durch betriebliche Gesundheitsförderung von Frauen und Männern*. (zus. mit Charlotte Dorn, Brigitte Fietz und Gundi Kuhr). Bremen, 11. Dezember 2007.

Unternehmerinnenverband: Werkstattgespräch VdU. Präsentation: *Ergebnisse WomenExist*. Berlin, 16. Januar 2008 (zus. mit Charlotte Dorn).

bga; bundesagentur gründerinnen: Tagung: Erfolgsrezepte f. erfolgreiches Selbstmarketing. Präsentation: *Ergebnisse WomenExist*. Stuttgart, 23. Januar 2008 (zus. mit Charlotte Dorn).

Unternehmerinnenverband: Werkstattgespräch VdU. Präsentation: *Ergebnisse WomenExist*. Bremen, 23. Januar 2008 (zus. mit Charlotte Dorn).

START-Messe: Messe und Präsentation StartFit. Präsentation: *Ergebnisse StartFit*. Bremen, 11./12. April 2008 (zus. mit Brigitte Fietz und Charlotte Dorn).

### **Martyn Douglas**

Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen: 20. Sitzung des AK Planung. Vortrag: *Auswirkungen und Handlungsempfehlungen zum Demografischen Wandel im Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen*. Osterholz-Scharmbeck, 4. November 2010.

Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten; Institut Arbeit und Wirtschaft: Fachtagung zu regionalen Messkonzepten (Regionalmonitoring). Vortrag: Was kann ein Regionalmonitoring leisten? Nutzen und Ansprüche an ein Regionalmonitoring. Bremen, 27. Mai 2011.

### **Christiane Erdmann**

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Gute Arbeit – Ansätze zur theoretischen Begründung eines normativen Konzepts*. Bremen, 8. April 2008 (zus. mit Ulrich Heisig).

### **Rena Fehre**

Verbundprojekt Beruf und Familie; Arbeitnehmerkammer Bremen; DGB Bremen: Familienbewusste Arbeitsbedingungen – Handlungsmöglichkeiten von Betriebs- und Personalräten sowie von Frauen- und Genderbeauftragten. Vortrag: *Interessenvertretungen als Akteur/-innen familienbewusster Personalpolitik – Ergebnisse einer Befragung in 10 auditierten Unternehmen*. Bremen, 23. Mai 2007 (zus. mit Patrick Frede und Tanja M. Brinkmann).

ID 55, für alle, die anders alt werden wollen: Neue Chancen für die Generation 50plus. Vortrag: *Das Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie: Vernetzen – informieren – beraten – forschen*. Bochum, 15. September 2007.

Haus der Wissenschaft: Symposium „wagen und winnen“ – Aufbruch zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Vortrag: *Erfolgsfaktoren und Hindernisse bei der Umsetzung familienbewusster Personalpolitik*. Bremen, 21. September 2007 (zus. mit Tanja M. Brinkmann).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: Familienbewusste Personalpolitik in Bremer Unternehmen. Ergebnisse einer qualitativen Studie aus der Perspektive von Unternehmensleitungen und Interessenvertretungen. Bremen, 9. Oktober 2007 (zus. mit Tanja M. Brinkmann).

Universität Oldenburg: Frauenveranstaltung. Vortrag: *Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen*. Oldenburg, 20. Oktober 2007.

Agentur für Arbeit Bremen: Teilzeit – Möglichkeiten, Modelle und Umsetzungshilfen für Arbeitnehmer/-innen. Vortrag: *Frauen-Berufs-Messe*. Bremen, 8. November 2007 (zus. mit Tanja M. Brinkmann).

Worklife Koordinierungsstelle Familie und Beruf: Fachtagung „Die Balance von Familie und Arbeitswelt. Innovative Personalstrategien gegen den Fachkräftemangel. Vortrag: *Erfolgsfaktoren familienfreundlicher Personalentwicklung*. Hamburg, 5. November 2008.

Bremer Rathaus: Internationaler Frauentag. Vortrag: *Das Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie: informieren – beraten – vernetzen*. Bremen, 8. März 2009 (zus. mit Anne Schröter).

Arbeitnehmerkammer Bremen: „Teilzeitarbeit – Vollzeitmann“. Teilzeitarbeit und Karriere. Vortrag: *Teilzeit im Aufwind – Neue Arbeitszeitmodelle in der betrieblichen Praxis*. Bremen, 16. November 2009.

WfG Bremen: Zukunftsmarkt Gesundheit. Vortrag: *Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. Hintergründe und Praxiserfahrungen*. Bremen, 2. Dezember 2009.

verdi Bundesvorstand: Gute Arbeit in Krisenzeiten? Vortrag: *Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Erfahrungen und Gute Praxis*. Berlin, 9. Dezember 2009.

Messe Bremen: FORUM.MESSE | VORSORGE.PFLEGE.BEGLEITUNG | ABSCHIED.TRAUER: Vortrag: *Zerreißprobe Pflege. Pflege und Beruf vereinbaren, wie geht das?* Bremen, 7. Mai 2010 (zus. mit Carola Bury, Arbeitnehmerkammer).

### **Brigitte Fietz**

Fachhochschule Münster, Institut für Lehrerbildung: Präventiver Arbeits- und Gesundheitsschutz; Verhaltens- und Verhältnisprävention. Referat: *Ergebnisse StartFit*. Münster, 21. November 2007 (zus. mit Charlotte Dorn).

Institut Arbeit und Wirtschaft: Messe und Präsentation StartFit. Präsentation: *Ergebnisse StartFit*. Bremen, 26. November 2007 (zus. mit Charlotte Dorn).

ZGF Bremerhaven, AK für berufliche Bildung von Frauen und Mädchen: Messe und Präsentation StartFit. Präsentation: *Ergebnisse StartFit*. Bremerhaven, 3. Dezember 2007 (zus. mit Charlotte Dorn).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Gute Arbeit durch betriebliche Gesundheitsförderung von Frauen und Männern*. Bremen, 11. Dezember 2007 (zus. mit Charlotte Dorn, Lothar Dorn und Gundi Kuhr).

Unternehmerinnen Messe: Messe und Präsentation StartFit. Präsentation: *Ergebnisse StartFit*. Langen (Nds.), 19. Januar 2008 (zus. mit Charlotte Dorn).

Gründer- und Unternehmertreff der Wirtschaftsjunoren: Messe und Präsentation StartFit. Präsentation: *Ergebnisse StartFit*. Bremerhaven, 2. April 2008 (zus. mit Charlotte Dorn).

START-Messe: Messe und Präsentation StartFit. Präsentation: *Ergebnisse StartFit*. Bremen, 11./12. April 2008 (zus. mit Charlotte Dorn und Lothar Dorn).

IHK Bremerhaven; Senator für Wirtschaft Bremen: Gesundheit im Unternehmen – Ein Kapital für Sie und Ihre Mitarbeiter/-innen. Präsentation: *Ergebnisse StartFit*. Bremerhaven, 13. November 2008 (zus. mit Charlotte Dorn und Ursula Rettke, BWU).

AFZ; VHS; ZIB: Gründung mit Zündung. Referat: *Ergebnisse StartFit*. Bremerhaven, 30. November 2008 (zus. mit Charlotte Dorn).

Versorgungs-/Integrationsamt Bremen; Institut Arbeit und Wirtschaft: Teilhabe schwerbehinderter Menschen am allgemeinen Arbeitsmarkt, Einstellungsgründe und -hemmnisse in Unternehmen im Land Bremen. Referat: *Studie „Betriebliche Einstellungsgründe bzw. -hemmnisse für behinderte Menschen und Akzeptanz der Instrumentarien zu deren Integration in den ersten Arbeitsmarkt im Lande Bremen“*. Bremen, 21. September 2010 (zus. mit Günter Gebauer und Gerlinde Hammer).

### **Claudia Fortmann**

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Lernen in Nachbarschaften. Kooperationen von Ganztagschulen mit dem Stadtteil*. Bremen, 9. Dezember 2008 (zus. mit Ulrike Baumheier).

TU Dortmund, Institut für Schulentwicklungsforschung: 7. Tagung des Forschungsnetzwerks Ganztagschule. Vortrag: *Stadtteilbezogene Vernetzung von Ganztagschulen*. Dortmund, 3. Juli 2009.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Ganztagschulen als Teil von Bildungslandschaften. Empirische Ergebnisse aus Bremen und NRW*. Bremen, 12. Januar 2010 (zus. mit Ulrike Baumheier).

Universität Potsdam; Universität Halle-Wittenberg; Universität Oldenburg; BMBF: Professionsentwicklung und Kooperation an Ganztagschulen Bilanztagung im Rahmen der Begleitforschung zum IZBB. Vortrag: *Stadtteilbezogene Vernetzung von Ganztagschulen*. Potsdam, 4. Juni 2010 (zus. mit Ulrike Baumheier).

Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V.: Demografischer Wandel, Arbeitsmarkt und Bildung – Verbesserung der Berufsorientierung in der Sekundarstufe I. Vortrag: *Verbesserung von Berufsorientierung durch Kooperation von Schulen, Unternehmen und sozialen Organisationen Gelingensbedingungen und gute Beispiele*. Bremen, 2. November 2010 (zus. mit Ulrike Baumheier).

### **Patrick Frede**

Verbundprojekt Beruf und Familie; Arbeitnehmerkammer Bremen; DGB Bremen: Familienbewusste Arbeitsbedingungen – Handlungsmöglichkeiten von Betriebs- und Personalräten sowie von Frauen- und Genderbeauftragten. Vortrag: *Interessenvertretungen als Akteur/-innen familienbewusster Personalpolitik – Ergebnisse einer Befragung in zehn auditierten Unternehmen*. Bremen, 23. Mai 2007 (zus. mit Tanja M. Brinkmann und Rena Fehre).

### **Günter Gebauer**

Bremer Netzwerk Nachqualifizierung (BNN); Arbeitnehmerkammer Bremen. Referat: *Ergebnisse der Angebotserhebung zu modularen Nachqualifizierungsangeboten im Lande Bremen*. Bremen, 20. Januar 2010 (zus. mit Gerlinde Hammer).

Versorgungs-/Integrationsamt Bremen; Institut Arbeit und Wirtschaft: Teilhabe schwerbehinderter Menschen am allgemeinen Arbeitsmarkt, Einstellungsgründe und -hemmnisse in Unternehmen im Land Bremen. Referat: *Betriebliche Einstellungsgründe bzw. -hemmnisse für behinderte Menschen und Akzeptanz der Instrumentarien zu deren Integration in den ersten Arbeitsmarkt im Lande Bremen*. Bremen, 21. September 2010 (zus. mit Gerlinde Hammer und Brigitte Fietz).

### **Gerlinde Hammer**

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr: Steuerungsgruppe Windenergie. Vortrag: *Präsentation der POWER-Studie: Qualifikationsbedarf Offshore-Windenergie*. Bremen, 24. Januar 2006 (zus. mit Rolf Röhrig).

Bündnis für Arbeit und Ausbildung in Bremen und Bremerhaven: Plenum des Bündnisses. Vortrag: *Einsatz des RMQ zur Analyse regionaler Ausbildungspotenziale und Ausbildungspotenzialanalyse in Transport-Umschlag-Lagerei/Logistik*. Bremerhaven, 16. Mai 2006 (zus. mit Ulf Benedix).

Messe Hamburg: Messe: WindEnergie. Präsentation: *POWER-Studie: Qualifikationsbedarf Offshore-Windenergie*. Hamburg, 16.-19. Mai 2006 (zus. mit Rolf Röhrig).

Arbeitnehmerkammer Bremen: Metropolregion Bremen-Oldenburg. Präsentation: *Standortfaktor Qualifikation: Perspektiven in der Metropolregion Bremen-Oldenburg*. Bremen, 2. August 2006 (zus. mit Hubertus Schick).

Hochschule Bremen: Berufe in Freizeit, Tourismus und Gesundheit. Referat: *Regionale Analyse der Anforderungsprofile im Tourismus*. Bremen, 17. November 2006 (zus. mit Hubertus Schick).

FBG Bremerhaven: Die Fisch- und Lebensmittelwirtschaft in Bremerhaven – Perspektiven zur Entwicklung der Standortkompetenz. Fachgespräch: *Ergebnisse des RMQ 2006/2*. Bremerhaven, 22. März 2007 (zus. mit Hubertus Schick).

Institut für Wissenstransfer und wissenschaftliche Weiterbildung: Knowhow-Transfer im Schwerpunkt Robotik für Unternehmen im Land Bremen. Referat: *Ergebnisse aus EQUIB-Untersuchungen*. Bremen, 12. Juli 2007.

Institut Technik und Bildung (ITB Bremen): Ausbildungspotenziale in Bremen. Referat: *Erhebungsmethoden für betriebliche Ausbildungspotenziale*. Bremen, 26. Juli 2007.

BIBB; BMBF-Programm Jobstarter: 6. Werkstattgespräch: Branchen- und Ausbildungsplatz-potenzialanalysen im BMBF-Programm Jobstarter. Referat: *Ausbildungspotenzialanalyse zu ausgewählten freien Berufen und Gartenbau*. Hamburg, 1./2. August 2007 (zus. mit Susanne Kretzer).

Programmträger BLK-MV SKOLA: Vierte SKOLA Fachtagung. Referat: *Kompetenzfeststellungsverfahren in Lernprojekten für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf*. Dresden, 19./20. September 2007 (zus. mit Norbert Hübner).

Programmträger BLK-MV SKOLA: SKOLA Abschlusstagung. Vortrag: *Selbstwirksamkeit durch Selbststeuerung und kooperatives Lernen*. Dortmund, 20./21. November 2007 (zus. mit Norbert Hübner).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Alternsgerechte Personalpolitik – eine Antwort auf den demographischen Wandel. Ergebnisse aus dem neuen Monitoring-Bericht des Projektes EQUIB* (zus. mit Ulf Benedix). Bremen, 12. Februar 2008.

Arbeitnehmerkammer Bremen: Demographischer Wandel und alternsgerechte Personalpolitik. Fachgespräch: *Ergebnisse des RMQ 2007/2*. Bremen, 26. Februar 2008 (zus. mit Ulf Benedix).

Arbeitnehmerkammer Bremen: Fachkräfte von morgen - Betriebliche Qualifikationsanforderungen und -bedarfe. Referat: *Ergebnisse des Berichts: Betriebliche Expertenbefragung zur Nutzung abschlussorientierter Nachqualifizierung für die Deckung des reg. Fachkräftebedarfs*. Bremen, 5. Mai 2009 (zus. mit Ulf Benedix).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Betriebliche Bedarfe für abschlussorientierte Nachqualifizierung – Befragungsergebnisse und Handlungsempfehlungen*. Bremen, 8. September 2009 (zus. mit Ulf Benedix).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Arbeits- und Gesundheitsschutz im Pflegesektor: Innovative Strategien und Handlungsanleitungen*. Bremen, 10. November 2009 (zus. mit Nina Seibicke).

Bremer Netzwerk Nachqualifizierung (BNN); Arbeitnehmerkammer Bremen. Vortrag: *Ergebnisse der Angebotserhebung zu modularen Nachqualifizierungsangeboten im Lande Bremen*. Bremen, 20. Januar 2010 (zus. mit Günter Gebauer).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Qualifizierungsbausteine für die schulische Berufsvorbereitung: Ein Beitrag zur Verbesserung des Übergangssystems*. Bremen, 13. April 2010 (zus. mit Annelen Ackermann und Ulf Benedix).

Versorgungs-/Integrationsamt Bremen; Institut Arbeit und Wirtschaft: Teilhabe schwerbehinderter Menschen am allgemeinen Arbeitsmarkt, Einstellungsgründe und -hemmnisse in Unternehmen im Land Bremen. Referat: *Studie „Betriebliche Einstellungsgründe bzw. -hemmnisse für behinderte Menschen und Akzeptanz der Instrumentarien zu deren Integration in den ersten Arbeitsmarkt im Lande Bremen“*. Bremen, 21. September 2010 (zus. mit Günter Gebauer und Brigitte Fietz).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Das berufliche Übergangssystem in der Diskussion: Ausbildungsbausteine, Qualifizierungsbausteine, Lernbausteine – Instrumente für eine zielgruppenorientierte Reform des Übergangssystems?* Bremen. 13. Dezember 2011 (zus. mit Ulf Benedix).

#### **André W. Heinemann**

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Regionalflughäfen als zweiseitige Märkte – Theorie und wirtschaftspolitische Implikationen für Staatshilfen am Beispiel der „Charleroi-Entscheidung“*. Bremen, 9. März 2010.

Universität Bremen, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft. Podiumsdiskussion: *Die Zukunft der Eurozone*. Bremen, 2. Juni 2010.

Universität Bremen, Akademischer Senat: Vortrag: *Haushaltskonsolidierung in Bremen – Rahmenbedingungen und Implikationen für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Bremen*. Bremen, 16. Juni 2010.

15th International Conference of Hong Kong Society for Transportation Studies: Vortrag: *The Theory of “Two-sided Markets” and its Implications for Financing Seaport Infrastructure: The Case of Germany*. 9.-12. Dezember 2010.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Ist die Klage der Geberländer gerechtfertigt? Hintergründe und Perspektiven einer Reform des Länderfinanzausgleich aus Sicht des Stadtstaats Bremens*. Bremen, 14. Juni 2011 (zus. mit Anja Link).

Volkshochschule Bremen: SamstagsUni. Vortrag: *Ein Finanzausgleich für Europa? - Lehren aus der Griechenland-Krise und Anforderungen an ein zukünftiges Finanzierungssystem der EU*. Bremen, 25. Juni 2011.

Singapore Economic Review Conference (SERC): Vortrag: *Fiscal Strength, Fiscal Weakness and tax Autonomy of Area States and City States in the Federal System of Germany*. Singapur, 4.-6. August 2011 (zus. mit Andreas Knorr).

## Ulrich Heisig

Arbeitnehmerkammer Bremen. Fachtagung: Gute Arbeit. Utopie oder Standortfaktor? Vortrag: „Gute Arbeit“ *zahlt sich aus! Erfahrungen in Bremer Unternehmen*. Bremen, 4. Mai 2006 (zus. mit Christiane Erdmann und Helmut Spitzley).

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg: Gute Arbeit – aber wie? Vortrag: *Gute Arbeit ist ...? Antworten aus der Gesundheitswirtschaft, der Automobil- und Stahlindustrie*. Oldenburg, 12. Februar 2007 (zus. mit Christiane Erdmann).

Arbeitnehmerkammer Bremen: Gute Arbeit als Chance – (k)ein Luxusthema? Vortrag: *Gute Arbeit – Erwartungen von Beschäftigten in bremischen Unternehmen*. Bremen, 28. November 2007 (zus. mit Christiane Erdmann und Helmut Spitzley).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Gute Arbeit – Ansätze zur theoretischen Begründung eines normativen Konzepts*. Bremen, 8. April 2008 (zus. mit Christiane Erdmann).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Standortdebatte und Innovationsdynamiken: Überlegungen zur neuen Qualität des Wettbewerbs*. Bremen, 8. Dezember 2009 (zus. mit Irina Zaitchenko).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Local Buzz and global pipelines: Veränderte Innovationsdynamik in einer globalisierten Welt*. Bremen, 8. März 2011.

## Rudolf Hickel

Bundesfraktion DIE LINKE: Eine neue soziale Idee wagen – Alternativen zur Politik der Großen Koalition (Anhörung). Kurzstatement: *Konjunkturentwicklung*. Berlin, 9. Januar 2006.

SWR-Fernsehen: Quergefragt. Fernsehsendung: *Unternehmensgewinne auf Kosten der Arbeiter*. 1. Februar 2006.

n-tv: 2+4. Fernsehsendung: *Streik im öffentlichen Dienst*. Berlin, 13. Februar 2006.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Die EU-Dienstleistungsrichtlinie – Sozialer Ausverkauf oder sinnvolle Liberalisierung*. Berlin, 13. Februar 2006.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Chaos und Streik wegen 18 Minuten? Die Machtprobe Politik und Gewerkschaft*. Köln, 19. Februar 2006.

NDR-Hörfunk: Redezeit. Radiosendung: *100 Tage Große Koalition*. 28. Februar 2006 (zus. mit Joachim Krause; Michael Weidemann).

Nürnberger Gespräche: Vortrag: *Der Kombilohn – Holzweg oder Königsweg*. Nürnberg, 9. März 2006.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Streik und kein Ende – Machtkampf im öffentlichen Dienst*. Berlin, 22. März 2006 (zus. mit Ulrich Konstantin; Hagen Lesch; Wolfgang Denia).

Sparkassen und Giroverband: 6. Sparkassenforum Deutscher Mittelstand. Diskussion: *Neue Märkte – neue Chancen*. Berlin, 29. März 2006 (zus. Michael Hüther).

swb: Leuchttürme. Vortrag: *Zukunft des Stadtstaates Bremen*. Bremen, 18. April 2006.

Arbeitsloseninitiative Wedel (Hamburg): Vortrag: *Zukunft der Arbeit*. Wedel, 20. April 2006.

Deutscher Gewerkschaftsbund: Kundgebung. Rede: *Tag der Arbeit*. Braunschweig, 1. Mai 2006.

Rotary-Club Achim: Vortrag: *Globalisierung der Wirtschaft*. Achim (Schloss Etelsen), 5. Mai 2006.

Europäische Akademie: Diskussion: *Zukunft der Deutschen Bahn AG*. Berlin, 31. Mai 2006.

Deutscher Bundestag, Finanzausschuss: Anhörung: *Steuerentlastungsgesetz 2007*. Berlin, 1. Juni 2006.

N24: Studio Friedman. Fernsehsendung: *Wie gut sind die Reformen der Großen Koalition*. 29. Juni 2006 (zus. mit Reinhard Göhner).

Bundesfraktion DIE LINKE: *Eckpunkte einer Bürgerversicherung*. Warnemünde, 3. Juli 2006.

SWR: SWR 2-Forum. Radiosendung: *Gewinne und Arbeitsplätze*. 18. Juli 2006.

Deutschlandradio Kultur: Radiofeuilleton – im Gespräch. Radiosendung: *Arbeitslos mit 50, Rente mit 67 – Der Aberwitz der Beschäftigungspolitik*. 29. Juli 2006 (zus. mit Dirk Uwe Krüger).

Initiative Vermögensteuer. Koreferat: *Ökonomische und verteilungspolitische Gründe für eine Vermögenssteuer*. München, 3. September 2006 (zus. mit Georg Kronawitter; Lorenz Jarass).

Stadtbibliothek Bremen: Buchvorstellung: *Kassensturz*. Bremen, 11. September 2006 (zus. mit Direktorin der Stadtbibliothek; Jens Böhrnsen).

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Sommerschule. Vortrag: *Alternative Finanz- und Steuerpolitik*. Bielefeld-Sennestadt, 19. September 2006.

30. Konferenz der Sportminister: Vortrag: *Vereinssport und Wirtschaft*. Bremen, 20. September 2006.

Hessischer Rundfunk: Diskussion: *Weg mit dem Staat! Alle Macht den Bürgern*. 7. Oktober 2006 (zus. mit Paul Kirchhof).

IG Metall; Friedrich-Ebert-Stiftung: 6. Internationalen Arbeitstagung der IG Metall und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Vortrag: *Visionen für ein ökonomisch effizientes und soziales Europa*. Dresden, 12. Oktober 2006.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Löhne wie in China – Hat Deutschland noch eine Chance?* Berlin, 17. Oktober 2006 (zus. mit Gabor Steingart; Anton F. Börner; Oskar Lafontaine).

Akademie für politische Bildung: Dem Raubtier auf die Zähne gefühlt: Turbokapitalismus versus Soziale Marktwirtschaft. Vortrag: *Merkmale und Entwicklungstendenzen des Turbokapitalismus*. 20. Oktober 2006.

Deutschlandfunk. Diskussion: *Der neue deutsche Aufschwung – Stabiles Wachstum oder Zwischenloch?* 1. November 2006.

Akademie für politische Bildung: Globalisierung und Arbeitsmärkte. Vortrag: *Globalisierung und Arbeitsmärkte aus der Sicht der Globalisierungskritik*. Tutzing, 18. November 2006.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Was kann Schwarz-Rot noch reißen? Ein Jahr Große Koalition*. Köln, 19. November 2006.

Kulturbrauerei: 50-Jahr-Feier der Blätter für deutsche und internationale Politik. Vortrag: *Von der sozialen Marktwirtschaft zum Turbokapitalismus*. Berlin, 24. November 2006.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: Streitgespräch: *Streitfall Mindestlohn*. Berlin, 29. November 2006 (zus. mit Klaus F. Zimmermann).

Jacob Universität Bremen: Wissenschafts-Pressekonferenz. Diskussion: *Über die teilweise (fragile) Finanzierung privater Hochschulen in Deutschland*. Bremen, 4. Dezember 2006 (zus. mit Joachim Treusch).

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Fette Gewinne – magere Löhne*. Köln, 4. Februar 2007.

BLG Logistics: Vortrag: *Politik und Wirtschaft – Plädoyer für eine neue Ordnungspolitik*. Bremen, 16. Februar 2007.

IG Metall: Bezirkskonferenz der IG Metall. Diskussion: *Stärkung der Binnennachfrage und internationale Wettbewerbsfähigkeit: Herausforderungen für Tarifpolitik und Arbeitsmarktpolitik*. Hannover, 3. März 2007 (zus. mit Berthold Huber; Martin Kannegiesser, Norbert Walter).

Deutsche Oper Berlin: Dimension. Gespräch: *Wer hat heute die Macht*. Berlin, 4. März 2007 (zus. mit Claudia Roth).

Kulturkirche St. Stephani: Quantenschaum 2007 – Das wohltemperierte System: Ein ungewöhnlicher Dialog zwischen Wissenschaft und Kunst. Buchvorstellung: *Kassensturz*. Bremen, 8. März 2007.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Buchvorstellung: *Kassensturz*. Bremen, 10. April 2007.

Volkshochschule Bremen: Samstagsuni. Vortrag: *Zukunft des Stadtstaats Bremen: Gestalten statt demontieren*. Bremen, 14. April 2007.

n-tv: Späth am Abend. Fernsehsendung: *Arm trotz Arbeit – brauchen wir einen Mindestlohn*. 18. April 2007 (zus. mit Lothar Späth, Volker Kauder, Renate Künast).

Deutscher Bundestag, Finanzausschuss. Anhörung: *Entwurf zur Unternehmensteuerreform*. Berlin, 25. April 2007.

Deutscher Bundestag, Finanzausschuss. Anhörung: *Abgeltungssteuer*. Berlin, 7. Mai 2007.

Hessischer Rundfunk: hr2-kontrovers. Radiosendung: *Zurück auf Staat: Ist die Privatisierung am Ende*. 19. Mai 2007.

Institut für Sozialwissenschaft der Universität Kiel: Sozialer Staat, soziale Gesellschaft – alte und neue Herausforderungen der Sozialpolitik. Vortrag: *Arbeitsmarktpolitik – Perspektiven für mehr Beschäftigung*. Kiel, 29. Mai 2007.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *G8-Heiligendamm: Gipfel der Ungerechtigkeit?* Berlin, 31. Mai 2007.

Hanse-Kogge: Evangelischer Kirchentag. Diskussion: *Gewinner und Verlierer der Globalisierung*. Köln, 7. Juni 2007 (zus. mit Gabor Steingart).

Evangelischer Kirchentag. Vortrag: *Unternehmen schaffen Arbeitsplätze*. Köln, 8. Juni 2007.

Hochschule Görlitz: Vortrag: *Sozioökonomische Zukunft Deutschlands – Instrumente einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik*. Görlitz, 20. Juni 2007.

Nordwestradio: Diskussion: *Bremer Wirtschaftspolitik*. 28. Juni 2007 (zus. mit Matthias Fonger).

Theaterhaus Stuttgart: Neuer Montagskreis. Vortrag: *Es gibt sie – die Alternative. Eine arbeitsorientierte deutsche Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen der Globalisierung*. Stuttgart, 2. Juli 2007.

SWR 1: Leute. Fernsehsendung: *Abstecher in das Dickicht der Ökonomie*. 3. Juli 2007.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Die große Angst vor dem Crash – Gefahr für den Aufschwung*. Köln, 19. August 2007 (zus. mit Elisabeth Niejahr, Sergej Lochthofen, Roland Tichy).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Mindestlöhne in den wissenschaftlichen Kontroversen*. Bremen, 11. September 2007.

IG Metall; Friedrich-Ebert-Stiftung: Tagung der IG Metall und Friedrich-Ebert-Stiftung. Vortrag: *Globalisierung und die Integration der EU*. Bautzen, 20. September 2007 (zus. mit Vertretern osteuropäischer Gewerkschaften).

Arbeitnehmerkammer Bremen: Zeit ist Geld – Ökonomische Grundlagen von Arbeitszeitverkürzungen. Vortrag: *Gesamtwirtschaftliche Gründe für Arbeitszeitverkürzung*. Bremen, 24. September 2007.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Die Koalition und die Agenda 2010 – Reformmüde*. Berlin, 9. Oktober 2007 (zus. mit Laurenz Meyer; Otmar Schreiner).

Industrieclub Bremen: Vortrag: *100 Tage Rot-Grün in Bremen*. Bremen, 10. Oktober 2007.

Gewerkschaft Transnet: Mitbestimmungskonferenz 2007. Vortrag: *Pro Unternehmensmitbestimmung*. Berlin, 19. Oktober 2007 (zus. mit Margret Suckale; Kurt Biedenkopf; Werner Müller).

Friedrich-Ebert-Stiftung: Moderner Staat. Vortrag: *Finanzmärkte – Entwicklung, Risiken, Regulierungen*. Berlin, 30. Oktober 2007 (zus. mit Hans Eichel).

PHOENIX: Unter den Linden. Fernsehsendung: *GDL, DGB, IG Metall – Gefährden Gewerkschaften die Konjunktur*. Berlin, 5. November 2007 (zus. mit Martin Kannengießer).

Friedrich-Ebert-Stiftung: Bad Liebenzeller Dialog. Vortrag: *Globalisierung gestalten – Chancen und Risiken*. Calw, 10. November 2007.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Preisschock an der Zapfsäule*. Köln, 11. November 2007.

Handelskammer Bremen: Diskussion: *Das Gutachten zur Reform des Föderalismus von Prof. Dr. Kitterer*. Bremen, 16. November 2007.

Haus des Reichs: Diskussion: *Der gute Abend – wir können auch anders!* Bremen, 16. November 2007 (zus. mit Karoline Linnert).

Gesamtpersonalrat Bremen: Vortrag: *Relevanz privatwirtschaftlichen Controllings für den öffentlichen Sektor*. Bremen, 6. Dezember 2007.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Millionengehälter und Mindestlöhne*. Köln, 16. Dezember 2007.

Bremer Theater: Gespräch mit dem Ensemble der Heiligen Johanne der Schlachthöfe über den modernen Kapitalismus. Bremen, 7. Januar 2008.

Handwerkskammer Düsseldorf: Neujahrsempfang. Diskussion: *Herausforderungen an die sozial-ökologische Marktwirtschaft*. Düsseldorf, 10. Januar 2008.

Universität Hamburg: Vortrag: *Kassensturz*. Hamburg, 16. Januar 2008.

BILD Bremen. Diskussion: *Zukunft des Stadtstaats Bremen*. Bremen, 19. Januar 2008 (zus. mit Jens Böhrnsen).

IG Metall: Neujahrsempfang. Vortrag: *Rolle der Lohnpolitik und des Tarifvertragssystems*. Regensburg, 25. Januar 2008.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Unsichere Zeiten – Rückt Deutschland jetzt nach links?* Köln, 27. Januar 2008.

Berufsbildende Schule Syke: Berufsinfobörse. Vortrag: *Ökonomischer Strukturwandel und politische Herausforderungen*. Syke, 6. Februar 2008.

Deutscher Bundestag, Finanzausschuss: Anhörung: *Reform des Erbschafts- und Bewertungsgesetzes*. Berlin, 5. März 2008.

Universität Flensburg, KOWA: Vortrag: *Globalisierung des Wirtschaftens: Triebkräfte und Folgen*. Flensburg, 11. März 2008.

Karl-Marx-Haus; Friedrich-Ebert-Stiftung: 125. Todestag von Karl Marx. Diskussion: *Was bleibt? Karl Marx heute*. Trier, 14. März 2008.

Radio Berlin-Brandenburg: Klipp und klar. Diskussion: *Erst Hungerlöhne, dann Minirente – Die Angst vor dem sozialen Abstieg*. Potsdam, 18. März 2008.

IGM Salzgitter: Salzgitter Forum der IGM Salzgitter. Vortrag: *Leih- bzw. Zeitarbeit – Ursachen, ökonomische Wirkungen, Regulierungsbedarf*. Salzgitter, 11. April 2008.

Stuttgarter Rathaus: Frühjahrsempfang der Personalvertretungen der Landeshauptstadt Stuttgart 2008. Vortrag: *Vorherrschende Wirtschaftspolitik und Alternativen*. Stuttgart, 16. April 2008.

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle: Sozialethiker Tagung. Vortrag: *Wem gehört der Gewinn?* Mönchengladbach, 25. April 2008.

Weserkurier: 25 Jahre Sonntagskurier. Vortrag: *Jenseits der Bankenkrise*. 26. April 2008 (zus. mit Nils Stollberg).

ARD: Anne Will. Fernsehsendung: *Arme ärmer – Reiche reicher*. 27. April 2008.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Preise hoch – Abgaben runter: Sind Steuersenkungen die Lösung?* Köln, 18. Mai 2008.

PHOENIX: Unter den Linden. Fernsehsendung: *Steuern senken oder Haushalt konsolidieren – Was hält den Aufschwung am Leben.* Berlin, 19. Mai 2008.

DGB Sachsen: Zur aktuellen weltweiten Finanz- und Bankenkrise und deren Auswirkungen auf Sachsen am Beispiel der Sachsen LB. Vortrag: *Die politischen Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise.* 29. Mai 2008.

Beirat der Bundesvereinigung für Logistik: Vortrag: *Globalisierung und Wirtschaftspolitik.* 30. Mai 2008.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Von Monstern und Heuschrecken – Wie gefährlich sind die Finanzmärkte.* Berlin, 19. Juni 2008.

Bündnis90/Die Grünen: Grünen-Kongress. Perspektiven Grüner Regierungsarbeit für Bremen und Bremerhaven. Vortrag: *Demokratie und Wirtschaft.* 21. Juni 2008.

Volksbank Ganderkesee-Hude e.V.: Vortrag: *Wird die Wirtschaft von den internationalen Finanzmärkten bedroht?* 30. Juni 2008.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Inflation – die große Angst – Ist der Aufschwung schon vorbei?* Köln, 6. Juli 2008.

Bayrisches Fernsehen: Münchner Runde. Diskussion: *Mehr Netto vom Brutto – Aber wie?* 12. August 2008.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Diskussion: *Epochale Trends: Mehr individuelle Selbstentfaltung oder wachsende Abhängigkeit? Anforderungen an die gesellschaftliche Gestaltung von Teilhabechancen.* Bremen, 9. September 2008 (zus. mit Helmut Spitzley und Günter Warsawa).

WDR: Hart aber fair. Fernsehsendung: *Finanzmärkte im Absturz.* Köln, 17. September 2008.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Bankenkrise – Wo ist unser Geld noch sicher?* Köln, 21. September 2008.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Zu kurz gedacht? Die Tarifforderungen der Gewerkschaften.* Berlin, 23. September 2008.

Arbeitnehmerkammer Bremen: Vortrag: *Finanzmarktkrise – Ursachen, Instrumente, Folgen für Arbeitsplätze und Renten.* Bremen, 1. Oktober 2008.

ARD: Menschen bei Maischberger. Fernsehsendung: *Finanzmarktkrise – Verlierer, Gewinner.* Berlin, 7. Oktober 2008.

IG Metall: Tarifpolitische Konferenz der IG Metall – Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt Vortrag: *Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen der Tarifrunde 2008.* 9. Oktober 2008.

EON: Vortrag: *Wirtschaftliche Effizienz und Wirtschaftsethik.* 10. Oktober 2008.

IG Metall; Friedrich-Ebert-Stiftung: Internationale Arbeitstagung. Vortrag: *International agierende Konzerne im Spannungsfeld zwischen Gewinnmaximierung und Wirtschaftsethik.* 15. Oktober 2008.

IG Metall: Große Tarifkommission der IG Metall in NRW. Vortrag: *Tarifpolitik unter dem Druck der Finanzmarktkrise und des Abschwungs.* 16. Oktober 2008.

Radio Berlin-Brandenburg: Klipp und klar. Diskussion: *Aufschwung ade – sind unsere Jobs noch sicher?* 21. Oktober 2008.

DGB Region Frankfurt-Rhein-Main: Diskussion: *Lehrstunde in Kapitalismus: Finanzmärkte gefährden die Weltwirtschaft.* 23. Oktober 2008.

SPD Lilienthal: Vortrag: *Turbulenzen auf den Finanzmärkten.* Lilienthal, 5. November 2008.

Hamburger Börse: Festakt 450 Jahre Hamburger Börse. Diskussion: *450 Jahre Hamburger Börse.* Hamburg, 7. November 2008 (zus. mit Norbert Walter).

Bayrisches Fernsehen: Münchner Runde. Fernsehsendung: *Was tun gegen den Abschwung?* 11. November 2008.

PHOENIX: Unter den Linden. Fernsehsendung: *Die Wirtschaft auf Talfahrt – Was hilft aus der Krise?* Berlin, 17. November 2008.

Friedrich-Ebert-Stiftung: Vortrag: *Neue Spielregeln für den Kapitalismus.* Hannover, 18. November 2008.

verdi Bezirk Niedersachsen: Delegiertenversammlung. Vortrag: *Ziele und Instrumente einer alternativen Wirtschaftspolitik.* Hannover, 21. November 2008.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Banken, Opel und was kommt, wer zahlt die Zeche?* Köln, 23. November 2008.

DGB; Evangelische Kirche: Nordforum. Vortrag: *Ideen für eine gerechte Arbeitsgesellschaft.* Hamburg, 27. November 2008.

DGB Hamburg: Vortrag: *Ist die Bankenkrise eine Gefahr für die Arbeitsplätze?* Hamburg, 2. Dezember 2008.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Wirtschaftskrise als Chance.* Berlin, 4. Dezember 2008.

Friedensratschlag 2008. Vortrag: *Turbokapitalismus – Vom Terror der Finanzmärkte.* Kassel, 6. Dezember 2008.

WDR: Dellings-Woche. Talk: *Wirtschaftskrise und wirtschaftspolitische Konzepte*. Köln, 10. Dezember 2008.

Sparkasse Rhein-Nahe: Vortrag und Diskussion: *Zum Neuen Jahresgutachten des Rats der fünf Weisen*. Bingen, 11. Dezember 2008 (zus. mit Beatrice Weder die Mauro).

NDR: Menschen und Schlagzeilen. Fernsehsendung: *Leiharbeit*. Hamburg, 7. Januar 2009.

ARD: Menschen bei Maischberger. Fernsehsendung: *Deutschland im Abschwung – Wie tief können wir stürzen*. 13. Januar 2009.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Durchdacht oder planlos? Das zweite Konjunkturprogramm*. 14. Januar 2009.

DGB Bayern: Vortrag: *Perspektiven für Arbeit in der bayerischen Automobil- und Zulieferindustrie*. 20. Januar 2009.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Im Würgegriff der Finanzmarktkrise: Ursachen und Folgen für Bremen*. Bremen, 27. Januar 2009.

ASG: ASG-Forum. Diskussion: *Die Reform der sozialen Marktwirtschaft*. Düsseldorf, 6. Februar 2009.

Volkshochschule Bremen: Redezeit am Mittag. Vortrag: *Andere Zeiten – neue Dynamiken*. Bremen, 7. Februar 2009.

DVZ: Symposium der Deutschen Verkehrs- Zeitung. Vortrag: *Die Finanzkrise – Was ist wirklich passiert und so kann es nicht weitergehen?* Frankfurt am Main, 12. Februar 2009.

n-tv: *Das Duell*. 24. Februar 2009 (zus. mit Klaus Zimmermann).

Ev. Bildungszentrum Bad Bederkesa: Forumsgespräche 2009 – eine Region im Dialog. Vortrag: *Den Kapitalismus zivilisieren? Die politischen Konsequenzen der Finanzmarktkrise*. Bad Bederkesa, 5. März 2009.

Hans-Böckler-Stiftung: Seminar zur Finanzmarktkrise. Koreferat: *Ursachen und Folgen der Finanzmarktkrise*. Berlin, 17. März 2009.

Frauenbüro Weyhe: Vortrag: *Raus aus der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise – Plädoyer für eine humane und ökologische Wirtschaft*. Weyhe, 23. März 2009.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Düstere Aussichten – Deutschland vor dem schwersten Jahr*. Köln, 26. April 2009.

Rathaushalle Bremen: Diskussion: *Zum achtzigsten Geburtstages von Hans Koschnick*. Bremen, 28. April 2009.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Deutschland in der Krise: Wie schlimm wird es wirklich?* Berlin, 29. April 2009.

Deutscher Gewerkschaftsbund Bremerhaven: Kundgebung. Rede: *Tag der Arbeit*. Bremerhaven, 1. Mai 2009.

Technologiepark Universität Bremen e.V.: Mitgliederversammlung der Interessengemeinschaft. Vortrag: *Finanzkrise: Chancen und Risiken*. Bremen, 14. Mai 2009.

DGB Berlin: Kapitalismuskongress. Schlussforum: *Neue Wege der Gerechtigkeit*. Berlin, 15. Mai 2009.

Bayrisches Fernsehen: Münchner Runde. Fernsehsendung: *Staatsknete für die Großen – Wer hilft uns?* 19. Mai 2009.

Evangelische Kirche: 32. Evangelischer Kirchentag. Diskussion: *Zukunft statt Zocken*. 21. Mai 2009.

Evangelische Kirche: 32. Evangelischer Kirchentag. *Auf dem Roten Sofa der Kirchenpresse*. 22. Mai 2009.

Gymnasium Horn-Bremen: 32. Evangelischer Kirchentag. *High-Noon-Talk*. Bremen, 22. Mai 2009.

Evangelische Kirche: 32. Evangelischer Kirchentag. Diskussion: *Wer hat die Macht im Staat – Zwischen Protest und Lobby*. 23. Mai 2009.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Opel, Karstadt und Co. – Staatshilfen für Unternehmen?* Berlin, 27. Mai 2009.

4. Konferenz zu Finanzdienstleistungen. Vortrag: *Wie sollen Banken das Vertrauen zurückgewinnen?* Hamburg, 30. Mai 2009.

Netzwerk Recherche e. V.: Jahreskonferenz 2009. Laudatio auf den Träger des Preises geschlossene Auster für erfolgreiche Informationsblockierung. Hamburg, 6. Juni 2009.

DGB Bremen, Arbeit und Leben: Wirtschaftskonferenz. Vortrag: *Regionale Wirtschaftspolitik im Zeichen der Krise*. Bremen, 8. Juni 2009.

Universität Hamburg: CGG Lecture Series. Vortrag: *Die Finanzmarktkrise: Ursachen, Folgen, Perspektiven*. Hamburg, 10. Juni 2009.

Regierungspräsidenten von Düsseldorf: 7. Sommergespräche. Koreferat *Regulierung der Finanzmärkte*. Düsseldorf, 21. Juni 2009.

Pacific Star Europe: Investmentforum. Vortrag: *Ist der Kapitalismus lernfähig?* 24. Juni 2009.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Steuerchaos und Staatsverschuldung – Was kommt nach der Wahl?* Köln, 28. Juni 2009.

Friedrich-Ebert-Stiftung: Diskussion: *Neue Spielregeln für den Kapitalismus?* Salzgitter, 07. Juli 2009.

PHOENIX: Kommentierung des G 8 Gipfels in L' Aquila 1. Italien, 9./10. Juli 2009.

Bayrisches Fernsehen: Münchner Runde. Fernsehsendung: *Angesicht der Krise: Wie ungerecht geht es bei uns zu?* 21. Juli 2009.

Carl-Friedrich von Weizsäcker-Gesellschaft: Jahresversammlung 2009. Vortrag: *Ist der Kapitalismus lernfähig?* Benediktboiren, 5. September 2009.

Universität Bremen: Jahresessen des Alumni - Netzwerk. Vortrag: *Nach dem ökonomischen Absturz – Wie geht es weiter?* Bremen, 21. September 2009.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Zukunft des Arbeitsmarktes*. Berlin, 22. September 2009.

5. Personalkongress der Krankenhäuser 2009. Vortrag: *Wirtschaft und Politik in Krisenzeiten*. Berlin, 28. September 2009.

Deutschlandfunk: Kontrovers. Radiosendung: *Steuersenkungen, Mindestlohn, Kündigungsschutz – Was traut sich die schwarz-gelbe Koalition?* 5. Oktober 2009.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Etikettenschwindel? Die schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik*. Berlin, 29. Oktober 2009.

Deutschlandradio: Journal am Vormittag (Länderzeit). Radiosendung: *Hoffnung auf bessere Zeiten – Was folgt dem Krisenjahr?* 30. Oktober 2009.

Friedrich-Ebert-Stiftung: Bad Liebenzeller Forum. Vortrag: *Nach dem ökonomischen Absturz – Wie geht es weiter?* Bad Liebenzell, 7. November 2009.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Der subventionierte Arbeitsmarkt – Kollaps ohne Steuergelder?* Berlin, 23. November 2009.

Stadtwerke Nürnberg: 50 Jahre Stadtwerke Nürnberg. Vortrag: *Jenseits des Marktfundamentalismus*. Nürnberg, 11. Dezember 2009.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Das war 2009 – Was erwartet uns 2010*. Berlin, 17. Dezember 2009.

Samtgemeinde Thedinghausen: Neujahrsempfang. Vortrag: *Nach dem ökonomischen Absturz – Für eine zukunftsfähige Wirtschaft*. Thedinghausen, 14. Januar 2010.

Universität Iserlohn: Iserlohrner Winteruniversität. Vortrag: *Mehr Staat – Mehr Markt: Die Philosophie zur angemessenen Steuerung der Wirtschaft*. Iserlohn, 25. Januar 2010.

Gemeinde Wallenhorst: Treffpunkt Wirtschaft 2010. Vortrag: *Perspektiven für den Mittelstand – die Rolle der Banken bei der Finanzierung*. Wallenhorst, 27. Januar 2010.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Wenn Arbeit nicht zum Leben reicht – Sozialstaat in der Schieflage*. Köln, 31. Januar 2010.

NDR, NDR-Info: Redezeit. Radiosendung: *100 Tage schwarz-gelbe Regierung*. 3. Februar 2010.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Griechenland in der Krise – Zukunft des Eurolandes*. Berlin, 10. Februar 2010.

Interessenverband Deutscher Zeitunternehmen, Landesverband Bremen: Vortrag: *Nach dem ökonomischen Absturz – Aufschwung in Sicht?* Bremen, 10. Februar 2010.

Radio Berlin-Brandenburg: Klipp und klar. Diskussion: *Mehr Hartz IV*. 16. Februar 2010.

attac; Memorandum-Gruppe; EuroMemo-Group; Rosa-Luxemburg-Stiftung; ver.di et al.: Kapitalismuskritik heute – Das Forschungswerk von Jörg Huffs Schmid. Vortrag: *Der wissenschaftliche Beitrag Jörg Huffs Schmidts zur Politischen Ökonomie*. Berlin, 20. Februar 2010.

Deutsche Steuergewerkschaft, Landesverband Hamburg: Vortrag: *Steuerpolitik in Deutschland*. Hamburg, 25. Februar 2010.

Radio Bremen: Fernsehsendung 3 nach 9. *Folgen der Hartz IV-Gesetzgebung*. Bremen, 26. Februar 2010.

Bundesagentur für Arbeit-Agentur Hanau: Jahresempfang. Vortrag: *Zur wirtschaftlichen und arbeitsmarktspezifischen Entwicklung Deutschlands*. Hanau, 9. März 2010.

WDR-Funkhaus: Gespräch: *Griechenland in der Krise – Risiken für das Euroland*. Köln, 11. März 2010.

Sozial-kulturelles Zentrum Reutlingen: Vortrag: *Ist der Kapitalismus nach Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise lernfähig?* Reutlingen, 16. März 2010.

n-tv: Das Duell. Fernsehsendung: *Wirtschafts- und Finanzmarktkrise*. 27. April 2010.

Deutscher Gewerkschaftsbund: Kundgebung. Rede: *Tag der Arbeit*. Nürnberg, 1. Mai 2010.

ARD: Hart aber fair. Fernsehsendung: *Hurra, wir retten den Euro – und wer rettet uns?* 5. Mai 2010.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Finanzmärkte am Abgrund – Wer bremst die Zocker?* Berlin, 12. Mai 2010.

PHOENIX: Unter den Linden. Fernsehsendung: *Jetzt geht's ans Eingemachte – sparen wir uns kaputt?* Berlin, 7. Juni 2010.

Institut Arbeit und Wirtschaft; Arbeitnehmerkammer Bremen: IAW-Colloquium. Diskussion: *Was folgt aus der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise?* Bremen, 8. Juni 2010 (zus. mit Irene Dingeldey und Günter Warszewa).

Deutscher Bundestag, Finanzausschuss: Anhörung: *Bekämpfung von Steueroasen, Stärkung von Steuerehrlichkeit.* Berlin, 7. Juli 2010.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Kommt der Aufschwung wirklich?* Köln, 1. August 2010.

Bayrisches Fernsehen: Münchner Runde. Fernsehsendung: *Expansive Lohnpolitik.* 3. August 2010.

Langfelder Sommerakademie: Vortrag: *Wirtschafts- und Finanzmarktkrise: Wie geht es weiter?* Langenfeld, 19. August 2010.

Deutscher Bundestag, Finanzausschuss: Anhörung: *Gesetz zur Regelung der Restrukturierung von Banken sowie eines Bankenfonds.* Berlin, 6. Oktober 2010.

Bayrisches Fernsehen: Münchner Runde. Fernsehsendung: *Kommt mit dem Aufschwung auch mehr Lohn?* 9. Oktober 2010.

Akademie der Wissenschaft Hamburg: Vortrag: *Cross-Reading – Textlektüren zwischen Literatur und Wirtschaft.* Hamburg, 29. Oktober 2010.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Sprudelnde Steuern, knauseriger Staat – Wie gerecht ist der Aufschwung?* Köln, 7. November 2010.

Stadt Neuss: Neusser Wirtschaftstreff. Vortrag: *Sinn und Unsinn von Wirtschaftsprognosen.* Neuss, 9. November 2010.

Evangelische Akademie Tutzing: Streitgespräch: *Zukunft des Eurosystems.* Tutzing, 13. November 2010 (zus. mit Wilhelm Hankel)

IG Metall Berlin: Stahlkonferenz. Vortrag: *Zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.* Berlin, 18. November 2010.

PHOENIX: Berliner PHOENIX Runde. Fernsehsendung: *Irland in Not – Ist der Euro noch zu retten?* Berlin, 23. November 2010.

Handelskammer Düsseldorf: Röpke - Symposion. Vortrag: *Verantwortung in Kapitalgesellschaften.* Düsseldorf, 1. Dezember 2010.

Hanse-Wissenschaftskolleg: Freunde der Universität Delmenhorst. Vortrag: *Nach der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise – Wie geht es weiter?* Delmenhorst, 14. Dezember 2010.

Volkshochschule Freiburg: Theater-Matinee. Vortrag: *Finanzmarktgetriebener Kapitalismus – Folgen für die Gesellschaft.* Freiburg, 9. Januar 2011.

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg: Colloquium. Vortrag: *Nach der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise – Wie geht es weiter?* Freiburg, 10. Januar 2011.

ARD: Presseclub. Fernsehsendung: *Boomende Wirtschaft, stagnierende Löhne – Wann kommt der Aufschwung bei den Bürgern an?* Köln, 23. Januar 2011.

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin: Diskussion: *Die Märkte im Griff – im Griff der Märkte.* Berlin, 27. Januar 2011.

Technische Universität Dresden: Vortrag: *Von der sozialen zur neoliberalen Wirtschaft?* Dresden, 31. Januar 2011.

PHOENIX: Forum der Wirtschaft. *Wirtschaftsboom in Deutschland – Jetzt mehr Netto für Brutto.* 15. Februar 2011 (zus. u.a. mit Rainer Brüderle).

Nordwestzeitung Oldenburg: Diskussion: *Ist der Euro noch zu retten?* Oldenburg, 22. Februar 2011.

Europa-Union; EuropaPunktBremen: Diskussion: *Krise des Euro – Krise der EU? Oder: Beim Geld hört die Freundschaft auf. Wie solidarisch ist Europa?* Bremen, 22. März 2011 (zus. mit Reinhard Loske, Fabian Zuleeg, Stephan-Andreas Kaulvers).

Akademie für Politische Bildung Tutzing: Globale Wirtschaftskrisen. Die Politik als getriebene oder gestaltende Kraft. Streitgespräch: *Gestaltungschancen der Politik in Zeiten internationaler und globaler Krisen.* Tutzing, 27. März 2011 (zus. mit Theo Waigel; Roland Tichy).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Der Euro im Dialog mit der DM: Ausbau oder Demontage des Europäischen Währungssystems?* Bremen, 12. April 2011.

Deutscher Gewerkschaftsbund: Kundgebung. Rede: *Tag der Arbeit.* Düsseldorf, 1. Mai 2011.

masch: Memorandum 2011 – Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Bremen, 9. Mai 2011 (zus. mit Mechthild Schrooten)

1. Berliner Unternehmertag der DZ Equity Partner: Paneldiskussion. Vortrag: *Deutschlands Wettbewerbsfaktoren auf dem Prüfstand*. Berlin, 12. Mai 2011.

### **Änne Hildebrandt**

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband: Am besten die Kinder blieben klein.....oder? Referat: *Lebenslanges Lernen mit benachteiligten Jugendlichen*. Erfurt, 2. März 2006.

Arbeitnehmerkammer Bremen: Perspektiven von Anfang an: Arbeit und Gesundheit im demografischen Wandel. Vortrag: *Auszubildende: gesund + lernbereit + grenzenlos verfügbar. Lernprojekte in der Integrationsförderung benachteiligter Jugendlicher*. Bremen, 13. Juni 2007.

### **André Holtrup**

Landesakademie Comburg: Konversionen – 20 Jahre nach der friedlichen Revolution. Fachgespräch: *Der Wandel der Arbeitsbeziehungen – die Bedeutung des Arbeitsplatzes*. Schwäbisch-Hall, 8. September 2009.

IG Metall Bremen, Arbeitskreis Menschen in Zeitarbeit. Vortrag: *Zeitarbeit in der subjektiven Wahrnehmung*. Bremen, 29. September 2009.

Gesamtbetriebsrat EADS-Astrium; Betriebsräteversammlung. Vortrag: *Interessen und Interessenvertretung heute – aus der Perspektive von Beschäftigten*. Trauen, 15. Oktober 2009.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Subjektives Erleben von Zeitarbeit*. Bremen, 9. Februar 2010.

Bündnis90/Die Grünen: Weg vom Wachstum? Fachgespräch: *Arbeit gibt es genug?* Berlin, 12. Juni 2010.

Arbeit und Leben Bremen: Situation und Entwicklungen in der Automobilindustrie (Bildungsurlaub für türkischstämmige Beschäftigte). Vortrag: *Standortbestimmung der Automobilindustrie. Krisengebeutelt? Zukunftsfähig?* Bremen, 28. September 2010 (zus. mit Jenny Hahs und Arne Klöpfer).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Krisenbewältigung und betriebliche Arbeitsbeziehungen: Entwicklungslinien und Konsequenzen*. Bremen, 14. Dezember 2010 (zus. mit Arne Klöpfer).

IG Metall Bremen, Arbeitskreis Just in Time: Sitzung. Vortrag: *Krise – vorbei und vergessen? Konsequenzen für Betriebsrat und Gewerkschaft*. Bremen, 23. März 2011 (zus. mit Arne Klöpfer).

### **Norbert Hübner**

Programmträger BLK-MV SKOLA: SKOLA-Fachtagung. Referat: *Präsentation des Modellversuchs SESEKO*. Bremen, 6./7. November 2006.

SKOLA Modellversuche JoA, LunA, Sebi@bvj, Seseko: Selbst gesteuertes Lernen mit Schülerinnen und Schülern in der Berufsvorbereitung. Referat: *Selbst gesteuertes Lernen benötigt Reflexion!* Hamburg, 19./20. April 2007.

Programmträger BLK-MV SKOLA: Vierte SKOLA Fachtagung. Referat: *Kompetenzfeststellungsverfahren in Lernprojekten für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf*. Dresden, 19./20. September 2007 (zus. mit Gerlinde Hammer).

Programmträger BLK-MV SKOLA: SKOLA Abschlusstagung. Vortrag: *Selbstwirksamkeit durch Selbststeuerung und kooperatives Lernen*. Dortmund, 20./21. November 2007 (zus. mit Gerlinde Hammer).

Arbeitnehmerkammer Bremen: „Das kann ich auch alleine!“ Informelles und selbst bestimmtes Lernen junger Menschen. Referat: *„Wie lernt man, wie man lernt?“ Selbstgesteuertes und kooperatives Lernen in Schulprojekten*. Bremen, 29. November 2007.

Allgemeine Berufsschule Bremen: Workshop im Rahmen der Präsenztage. Referat: *Modellversuch SESEKO – Erfahrungen mit Kompetenzfeststellungsverfahren und Vorstellung der SESEKO-Lernprojekte*. Bremen, 15. Februar 2008 (zus. mit Susanne Schröder).

Universität Erlangen-Nürnberg: 15. Hochschultage Berufliche Bildung. Vortrag: *Reflexionsmethoden in kooperativen Lernprozessen für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf*. Nürnberg, 13. März 2008 (zus. mit Susanne Schröder).

Runder Tisch Pflege Bremen: Nadelstichverletzungen in der Pflege – Risiken und Präventionsmaßnahmen. Fachgespräch: *Erfahrungsaustausch am Runden Tisch*. Bremen, 11. November 2008 (zus. mit Gundi Kuhr).

DGB Bremen: Arbeitsschutzkonferenz. Referat: *Arbeitsgruppe Gefährdungsbeurteilung*. Bremen, 4. März 2009.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Region Bremen-Elbe-Weser: DGB Arbeitsschutzkonferenz. Vortrag: *Die moderierte Gefährdungsbeurteilung*. Bremen, 29. März 2011 (zus. mit Nina Seibicke).

### Constanze Jäger

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Geringfügige Beschäftigung plus ALG II-Bezug: Verfestigung von Risiko- und Armutslagen bei „Aufstockern“?* Bremen, 11. Mai 2010 (zus. mit Irene Dingeldey).

Arbeitnehmerkammer Bremen; Institut Arbeit und Wirtschaft: Arbeitsmarkt und Frauen. Vortrag: *Erwerbstätigkeit und ergänzender ALG II-Bezug*. Bremen, 26. August 2010 (zus. mit Irene Dingeldey).

### Arne Klöpper

Hans-Böckler-Stiftung, Hattinger Kreis: Zukunftsperspektiven des Hattinger Kreises. Vortrag: *Mitgliederorganisationen im Wandel. Strategien zur Mitgliedergewinnung in lernenden Organisationen*. Wremen, 15. September 2006.

Hans-Böckler-Stiftung, Hattinger Kreis: Distanz und Nähe - Bedingungen gewerkschaftlicher Interessenvertretung vor Ort. Vortrag: *Der Wandel von Gewerkschaften als lernenden Mitgliederorganisationen*. Düsseldorf, 1. März 2007.

Universität Kassel; Hans-Böckler-Stiftung; IG Metall: Politik zur Erneuerung der Gewerkschaften. Vortrag: *Lernen Gewerkschaften*. Kassel, 1. September 2008.

Hans-Böckler-Stiftung: Prekarisierung und Promotion – Versuch der Verortung in einem gesellschaftlichen Prozess (Promovierendenkonferenz). Fachgespräch: *Privatisierung und Individualisierung von Reproduktionsarbeit*. Springe, 29. September - 2. Oktober 2008.

Hans-Böckler-Stiftung: Reflexionen zu Wissen, Produktion und Subjektivität (Promovierendentagung). Präsentation: *Wissenschaft zwischen Erkenntnis und Arbeit. ArbeitnehmerInnenorientierte Forschung im Spannungsfeld von Gewerkschaften, Politik und Ideologie und Unabhängigkeit*. Springe, 13.-16. Mai 2008.

Hans-Böckler-Stiftung: Populäre Kultur - Kultur des Popularen. Zum Verhältnis von Wissenschaft, Kulturindustrie und „Mehrheitsgesellschaft“ (Promovierendentagung). Fachgespräch: *Von der Kundgebung zum Event? Politisches Merchandising und Marketing als Mittel der Zielgruppenorientierung und Mitgliederbindung?*. Springe, 27.-30. April 2009.

Arbeit und Leben Bremen: Situation und Entwicklungen in der Automobilindustrie (Bildungsurlaub für türkischstämmige Beschäftigte). Vortrag: *Standortbestimmung der Automobilindustrie. Krisengebeutelt? Zukunftsfähig?* Bremen, 28. September 2010 (zus. mit Jenny Hahs und André Holtrup).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Krisenbewältigung und betriebliche Arbeitsbeziehungen: Entwicklungslinien und Konsequenzen*. Bremen, 14. Dezember 2010 (zus. mit André Holtrup).

IG Metall Bremen, Arbeitskreis Just in Time: Sitzung. Vortrag: *Krise – vorbei und vergessen? Konsequenzen für Betriebsrat und Gewerkschaft*. Bremen, 23. März 2011 (zus. mit André Holtrup).

### Manfred König

ver.di Bremen: Gute Arbeit in Krisenzeiten. Referat: *Organisierter Arbeits- und Gesundheitsschutz in Klein- und Kleinstbetrieben, Projektvorstellung BeginnRegio*. Bremen, 9. Dezember 2009 (zus. mit Charlotte Dorn und Ursula Rettke, BWU).

Landesarbeitskreis für Arbeitsschutz der Freien Hansestadt Bremen LASI: Sitzung. Referat: *Organisierter Arbeits- und Gesundheitsschutz in Klein- und Kleinstbetrieben, Projektvorstellung BeginnRegio*. Bremen, 10. März 2010 (zus. mit Ursula Rettke, BWU).

### Susanne Kretzer

BIBB; BMBF-Programm Jobstarter: 6. Werkstattgespräch: Branchen- und Ausbildungsplatzpotenzialanalysen im BMBF-Programm Jobstarter. Referat: *Ausbildungspotenzialanalyse zu ausgewählten freien Berufen und Gartenbau*. Hamburg, 1./2. August 2007 (zus. mit Gerlinde Hammer).

### Manuel Kühn

IG Metall Bezirk Küste: Jahrestagung Arbeitsgemeinschaft Schiffbau. Vortrag: *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau. Ergebnisse der 18. Betriebsrätebefragung*. Hamburg, 27. September 2009 (zus. mit Jochen Tholen und Thorsten Ludwig).

IG Metall Bezirk Küste: Jahrestagung Arbeitsgemeinschaft Schiffbau. Vortrag: *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau. Ergebnisse der 19. Betriebsrätebefragung*. Hamburg, 14. September 2010 (zus. mit Jochen Tholen und Thorsten Ludwig).

## Gundi Kuhr

Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW): bgwform 2007. Referat: *Projekt KoKoQ*. Hamburg, 4. September 2007 (zus. mit Norbert Schöll).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Gute Arbeit durch betriebliche Gesundheitsförderung von Frauen und Männern*. Bremen, 11. Dezember 2007 (zus. mit Charlotte Dorn, Lothar Dorn und Brigitte Fietz).

Runder Tisch Pflege Bremen: Nadelstichverletzungen in der Pflege – Risiken und Präventionsmaßnahmen. Fachgespräch: *Erfahrungsaustausch am Runden Tisch*. Bremen, 11. November 2008 (zus. mit Manfred Kuhr).

Unfallkasse Bremen: SiBe-Fortbildung. Vortrag: *Organisierter Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Pflege*. Bremen, 19. November 2009.

Landesarbeitskreis für Arbeitsschutz der Freien Hansestadt Bremen LASI: Sitzung. Referat: *Präventionskompetenz und -kultur in Pflegeeinrichtungen des Landes Bremen - Ein Beitrag zur GDA*. Bremen, 10. März 2010 (zus. mit Nina Seibicke).

## Anja Link

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Ist die Klage der Geberländer gerechtfertigt? Hintergründe und Perspektiven einer Reform des Länderfinanzausgleichs aus Sicht des Stadtstaats Bremen*. Bremen, 14. Juni 2011 (zus. mit André W. Heinemann).

## Thorsten Ludwig

Institut Arbeit und Wirtschaft: Shipbuilding in Europe. Vortrag: *Cooperation as a chance for European Shipbuilding*. Papenburg, 19. Juni 2006 (zus. mit Jochen Tholen).

IG Metall Bezirk Küste: Jahrestagung Arbeitsgemeinschaft Schiffbau. Vortrag: *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau. Ergebnisse der 15. Betriebsrätebefragung*. Hamburg, 24. September 2006 (zus. mit Jochen Tholen).

Europäischer Metallgewerkschaftsbund: Annual Meeting – EMF Sector Committee Shipbuilding. Vortrag: *Employment and Orderbook of the European Yards*. Malta, 12./13. Oktober 2006 (zus. mit Jochen Tholen).

Verband Geschlossene Fonds: Jahrestagung. Vortrag: *Perspektiven für den deutschen Schiffbau der Markt und die Auftragslage*. Bad Homburg, 18. Oktober 2006 (zus. mit Jochen Tholen).

Europäischer Metallarbeiterbünd; China Conference. Vortrag: *Shipbuilding in China – between competition and cooperation*. Brüssel, 6. November 2006 (zus. mit Jochen Tholen).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Hat der europäische Schiffsbau noch eine Zukunft?* Bremen, 10. Juli 2007 (zus. mit Jochen Tholen).

IG Metall Bezirk Küste: Jahrestagung Arbeitsgemeinschaft Schiffbau. Vortrag: *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau. Ergebnisse der 16. Betriebsrätebefragung*. Hamburg, 21. September 2007 (zus. mit Jochen Tholen).

Europäischer Metallgewerkschaftsbund: Annual Meeting - EMF Sector Committee Shipbuilding. Vortrag: *Employment, Orderbook, Situation and Political Developments in European Shipbuilding Countries*. Trogir, Kroatien, 28. September 2007 (zus. mit Jochen Tholen).

Verband Geschlossene Fonds: Jahrestagung. Vortrag: *Europas Schiffbau auf dem Weg zur Konsolidierung*. Bad Homburg, 18. November 2007 (zus. mit Jochen Tholen).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Vietnam auf dem Weg zur Industrienation – Arbeitsbeziehungen und Arbeitsbedingungen unter Veränderungsdruck*. Bremen, 4. März 2008 (zus. mit Jochen Tholen).

Community of European Shipyards' Associations-CESA; Europäischer Metallgewerkschaftsbund: European Shipyard Week. Vortrag: *The European Shipbuilding industry in competition with East Asia*. Brüssel, 2. April 2008 (zus. mit Jochen Tholen und Florian Smets).

IG Metall Bezirk Küste: Jahrestagung Arbeitsgemeinschaft Schiffbau. Vortrag: *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau. Ergebnisse der 17. Betriebsrätebefragung*. Hamburg, 28. September 2008 (zus. mit Jochen Tholen und Florian Smets).

Europäischer Metallgewerkschaftsbund: EMF Sector Committee Shipbuilding. Vortrag: *The situation of the Shipbuilding Sector in the European Countries*. Istanbul, Türkei, 8.-10. Oktober 2008 (zus. mit Jochen Tholen).

Europäischer Metallgewerkschaftsbund: Annual Meeting - EMF Sector Committee Shipbuilding. Vortrag: *Sectoral Developments: Results from the 2009 EMF shipyard survey*. Berlin, 25./26. Juni 2009 (zus. mit Jochen Tholen).

IG Metall Bezirk Küste: Jahrestagung Arbeitsgemeinschaft Schiffbau. Vortrag: *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau. Ergebnisse der 18. Betriebsrätebefragung*. Hamburg, 27. September 2009 (zus. mit Jochen Tholen; Manuel Kühn).

Europäischer Metallgewerkschaftsbund: Annual Meeting – EMF Sector Committee Shipbuilding. Vortrag: *Sectoral Developments of the European Yards: Employment and Developments*. Vigo, Spanien, 20./21. Mai 2010 (zus. mit Jochen Tholen).

IG Metall Bezirk Küste: Jahrestagung Arbeitsgemeinschaft Schiffbau. Vortrag: *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau. Ergebnisse der 19. Betriebsrätebefragung*. Hamburg, 14. September 2010 (zus. mit Jochen Tholen und Manuel Kühn).

#### **Barbara Lueg**

German Aviation Research Society: Aviation and the Environment. Vortrag: *Airport Noise Abatement as an International Coordination Problem – The Case of Zurich Airport*. Köln, 28. November 2007.

#### **Alexander Matysik**

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Beschäftigungsförderung im Stadtstaatenvergleich: Ausgangslagen, Zielsetzungen, Akteurskonstellationen*. Bremen, 9. November 2010 (zus. mit Jörg Sommer; Peer Rosenthal, Arbeitnehmerkammer).

Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V.: Arbeitsmarktpolitik und öffentlich geförderte Arbeit in Hamburg – was wird daraus? Fachgespräch: *Öffentlich geförderte Beschäftigung im SGB II – Ein Stadtvergleich*. Hamburg, 15. Dezember 2010 (zus. mit Peer Rosenthal, Arbeitnehmerkammer).

#### **Irena Medjedovic**

FU Berlin, Institut für Qualitative Forschung: 2. Berliner Methodentreffen Qualitative Forschung. Workshop: Sekundäranalyse qualitativer Daten. Berlin, 14.-15. Juli 2006 (zus. mit Andreas Witzel).

FU Berlin, Institut für Qualitative Forschung: 3. Berliner Methodentreffen Qualitative Forschung. Workshop: Sekundäranalyse qualitativer Daten. Berlin, 29.-30. Juni 2007 (zus. mit Andreas Witzel).

FU Berlin, Institut für Qualitative Forschung: 4. Berliner Methodentreffen Qualitative Forschung. Workshop: Sekundäranalyse qualitativer Daten. Berlin, 4.-5. Juli 2008 (zus. mit Andreas Witzel).

Universität Bremen, Archiv für Lebenslaufforschung; UK Data Archive; Timescapes Qualitative Longitudinal Study and Archive: Qualitative Longitudinal Research and Qualitative Resources in Europe – Mapping the Field and Exploring Strategies for Development. Moderation: Workshop Group 2 of the Afternoon Session *Sharing Practices and Exploring Strategies for Development*. Bremen, 24. April 2009.

Deutsche Gesellschaft für Psychologie: 47. Kongress. Vortrag: *Qualitative Sekundäranalyse. Zum Potenzial einer neuen Forschungsstrategie*. Bremen, 26.-30. September 2010.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Erziehung – (k)ein Kinderspiel: Bestandsaufnahme und Handlungsbedarfe zum Arbeits- und Gesundheitsschutz in Bremer Kindertageseinrichtungen*. Bremen, 11. Oktober 2011 (zus. mit Esther Altmstadt).

#### **Peter Mehliß**

Deutscher Gewerkschaftsbund u. a.: dieMit (Mitbestimmungsmesse). Vortrag: *Interessenvertretung von Hochqualifizierten im IT-Bereich*. Bremen, 12. Oktober 2006.

#### **Guido Nischwitz**

Bodensee Akademie; Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland; Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.; Institut Arbeit und Wirtschaft: Konferenz der Länder übergreifenden Gentechnikfreien Regionen – Deutschland, Österreich, Schweiz, Friaul, Slowenien. Vortrag: *Stand der Gentechnikfreien Regionen in Deutschland und Anforderungen an die Politik*. Bregenz, 9.-11. März 2006.

Bundesamt für Naturschutz, Vilm; Institut Arbeit und Wirtschaft: Zukunftsfähig, innovativ und naturverträglich – „Gentechnikfreie Regionen in Deutschland“ Welche regionalen Ansätze sind erfolgreich? Vortrag: *Erfolgsbedingungen von GFR. Einführung, Kosten und Finanzierung von GFR*. Insel Vilm, 6.-9. Mai 2006.

Arbeitsgemeinschaft Biosphärenreservate: 36. Sitzung der AG Biosphärenreservate. Vortrag: *Gentechnikfreie Regionen als Herausforderung für die Biosphärenreservate*. Insel Neuwerk, 21. September 2006.

Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN im Deutschen Bundestag: Fraktionssitzung zur Gentechnik. Vortrag: *Gentechnikfreie Erzeugung schützen! Gentechnikfreie Regionen und wirtschaftliche Aspekte*. Berlin, 7. Oktober 2006.

Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Regionale Entwicklungspolitik zwischen Zentrenorientierung und Ausgleich. Vortrag: *Möglichkeiten und Grenzen der Ausgestaltung einer integrierten Entwicklungspolitik für strukturschwache und benachteiligte Regionen*. Hannover, 13. November 2006.

Institut Arbeit und Wirtschaft: Fachgespräch zu Metropolregionen. Vortrag: *Konstruierte Räume als Antwort auf ökonomische Herausforderungen. Metropolregionen als neue Ebene regionaler Handlungs- und Regulierungsfähigkeit*. Bremen, 20. Februar 2007.

REGIONALE 2010 Agentur Köln/Bonn: Förderstrategien im Kulturlandschaftsnetzwerk der Region Köln/Bonn. Vortrag: *Fördermitteldatenbank für das Kulturlandschaftsnetzwerk der Region Köln/Bonn – Struktur und Anwendung*. Altenberg, 8./9. Mai 2007.

Stadt Sehnde: Lokale Aktionsgemeinschaft der Börderegion. Vortrag: *LEADER Börderegion. Regionales Entwicklungskonzept*. Sehnde, 5. September 2007.

Stadt Bremervörde: Lokale Aktionsgemeinschaft Moorexpress – Stader Geest. Vortrag: *LEADER Moorexpress – Stader Geest. Regionale Entwicklungsstrategie*. Bremervörde, 11. September 2007.

Stadt Langen: Lokale Aktionsgemeinschaft Wesermünde-Nord. Vortrag: *LEADER Wesermünde-Nord. Regionales Entwicklungskonzept*. Langen, 13. September 2007.

REGIONALE 2010 Agentur Köln/Bonn: Kulturlandschaft REGIONALE Köln/Bonn. Vortrag: *Förderfibel – Fördermitteldatenbank für das Kulturlandschaftsnetzwerk der Region Köln/Bonn. Struktur, Umsetzung, Anwendung*. Köln, 19. November 2007.

Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Workshop ARL LAG Nordwest. Vortrag: *Regionsbildungsprozesse im Norden*. Hamburg, 16. Mai 2008.

Regionalverband Südniedersachsen: Regionalentwicklung des Regionalverbandes Südniedersachsen. Vortrag: *Stand des Regionsbildungsprozesses in der Region Göttingen*. Göttingen, 2. Juni 2008.

REGIONALE 2010 Agentur Köln/Bonn: grün und kulturelles Erbe der Regionale 2010. Vortrag: *Die Förderdatenbank Kulturlandschaftsnetzwerk*. Königswinter, 8. Juni 2008.

Region Köln/Bonn e.V.: 5. EFRE-Kooperationsrunde, Region Köln/Bonn e.V. Vortrag: *Fördermitteldatenbank: Regionaler Förderlotse Wirtschaft, Innovation, Forschung*. Köln, 16. Oktober 2008.

agrarnährungsforum Oldenburger Münsterland: Regionalkonferenz Bioenergie-Region. Vortrag: *Das Regionale Entwicklungskonzept „Bioenergie Region Süldoldenburg“*. Emstek, 18. November 2008.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Die Metropolregionen als neue Ebene regionaler Leistungs- und Handlungsfähigkeit*. Bremen, 10. Februar 2009 (zus. mit Günter Warszewa).

Akademie für Raumforschung und Landesplanung; Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung; Johann Heinrich von Thünen-Institut: Regionale Entwicklungspolitik in strukturschwachen ländlichen Räumen. Vortrag: *Thesen zur regionalen Entwicklungspolitik in strukturschwachen ländlichen Räumen*. Goslar, 8. Mai 2009.

Region Köln/Bonn e.V.; REGIONALE 2010 Agentur Köln/Bonn: Region Köln/Bonn für Wirtschaftsförderer. Präsentation: *Regionaler Förderlotse – Wirtschaft, Innovation, Forschung*. Bergisch-Gladbach, 27. Mai 2009.

Naturschutzbund (NABU) Deutschland: Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der GVO-Debatte. Vortrag: *Vorschläge zur Erfassung Sozioökonomischer Kriterien bei der Zulassung von GVO in der EU*. Berlin, 4. November 2009.

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen; Zentrum für ländliche Entwicklung des Landes NRW; Evangelische Akademie Villingst: Regionen mit Aussicht. Herausforderungen und Perspektiven ländlicher Räume. Vortrag: *Politik für die ländlichen Räume. Herausforderungen, Bilanz und Perspektiven*. Schwerte, 1. März 2010.

Stadt Syke: Kick off des StadtklimaExWest-Vorhabens. Vortrag: *Verantwortlich Handeln im Klimawandel. Urbane Strategien zum Klimawandel. Das Modellvorhaben Syke*. Syke, 9. März 2010.

Metropolregion Bremen-Oldenburg; nordwest 2050: Plenum des KLIMZUG-Vorhabens nordwest2050. Vortrag: *Urbane Strategien zum Klimawandel – das Modellvorhaben Stadt Syke*. Delmenhorst, 7. September 2010.

Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr: 16. Thüringer Regionalplanertagung: Regionalentwicklung in ländlichen Räumen. Vortrag: *Regionalentwicklung in ländlichen Räumen – Herausforderungen, Entwicklungsansätze, Perspektiven – Die Bundesebene*. Schmalkalden, 30. September 2010.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung; Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Querschnittsworkshop StadtklimaExWest. Vortrag: *Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure (Governance) – Modellvorhaben Stadt Syke*. Jena, 25. Oktober 2010.

Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Nordwest. Vortrag: *Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik der Förderperiode 2007-2013 in den norddeutschen Bundesländern. Ein vergleichender Überblick*. Delmenhorst, 5. November 2010.

Evangelische Akademie Loccum; Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung; NBank; Nord/LB: Die Zukunft der regionalen Strukturpolitik. Vortrag: *Wo steht die regionale Strukturpolitik ... im ländlichen Raum?* Loccum, 18. November 2010.

Institut Arbeit und Wirtschaft; Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt: Sitzung des KDA Weser/Elbe. Vortrag: *Metropolregionen (eine neue Ebene regionaler Leistungs- und Handlungsfähigkeit?)* Bremen, 14. Februar 2011.

Akademie für Raumforschung und Landesplanung, ARL: Workshop der ARL LAG Nordwest. Vortrag: *Zusammenfassende Analyse der EU-Strukturpolitik in den norddeutschen Bundesländern (2007-2013)*. Hannover, 18. Februar 2011.

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS): REGION SEIN; REGION WERDEN. Formate, Instrumente und Organisationen von Regionen. Vortrag: *Formate in der ländlichen Entwicklungspolitik. LEADER, REGIONEN AKTIV, ILE ....* Bensberg, 24. Februar 2011.

Deutsche Gesellschaft für Evaluation: Ak Strukturpolitik; Frühjahrsworkshop 2011. Regionale Entwicklung durch Kooperation und Netzwerke? Regionale und lokale Entwicklungskonzepte und -prozesse und ihre Evaluation. Vortrag: *Regionale Entwicklung durch Kooperation und Netzwerke? Eine theoretische Sicht*. Coesfeld, 5. Mai 2011.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR); Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS): 2. Querschnittsworkshop StadtKlimaExWost. Vortrag: *Mit dem Klimawandel handeln! – Modellvorhaben Stadt Syke*. Regensburg, 18. Mai 2011.

Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten; Institut Arbeit und Wirtschaft: Fachtagung zu regionalen Messkonzepten (Regionalmonitoring). Vortrag: *Bestandsaufnahme regionaler Raumbereicherungs- und Monitoringsysteme in Deutschland*. Bremen, 27. Mai 2011.

#### **Eugen Nordloh**

Magistrat Bremerhaven: Blockfortbildung für Lehrkräfte in der Berufsorientierung. Vortrag: *Kriterien einer gelungenen Betriebspraktikumsvorbereitung*. Bremerhaven, 9. Mai 2011.

Magistrat Bremerhaven: Kontaktlehrrertreffen Bremerhaven. Vortrag: *Vorstellung des „Baukastens für das Betriebspraktikum“ – Standards und Umsetzungsschritte*. Bremerhaven, 22. September 2011.

#### **Wiebecke Novello-von Bescherer**

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; BGW (Berufsgenossenschaft): Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Pflege – Rückengesundheit und Psyche. Vortrag: *Die moderierte Gefährdungsbeurteilung*. Bremen, 5. April 2011 (zus. mit Nina Seibicke).

Zentrum für Migranten und interkulturelle Studien e.V.: Weiterbildung der Seniorenbegleiter/-innen des ZIS Bremen e.V. Vortrag: *Anforderungen von Senioren und Seniorinnen mit Migrationshintergrund an Pflegeunternehmen*. Bremen, 23. Mai 2011 (zus. mit Anita Stickdom).

Betriebsärztlicher Dienst Bremen: Netzbildung Betriebsärzte und ProAktiv! Vortrag: *Aufbau einer Präventionskultur in Pflegeunternehmen*. Bremen, 1. Juli 2011 (zus. mit Anita Stickdom).

Arbeitskreis Bremerhavener Pflegekräfte: 1. Sitzung „Pflegekräfte stehen auf“. Vortrag: *Den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zum Leben bringen*. Bremerhaven, 4. Juli 2011 (zus. mit Anita Stickdom).

Bremer Heimstiftung: Sitzung des Gesamtbetriebsrats. Vortrag: *Die moderierte Gefährdungsbeurteilung*. Bremen, 29. Juli 2011 (zus. mit Anita Stickdom).

#### **Lothar Peter**

Universität Bremen: Abschiedsvorlesung: *Über die Notwendigkeit gesellschaftskritischer Soziologie*. Bremen, 10. Februar 2006.

Philipps-Universität Marburg: Zum 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth. Vortrag: *Wolfgang Abendroth heute – kann man von ihm noch etwas lernen?* Marburg, 2. Mai 2006.

Philipps-Universität Marburg: Vortrag: *Konsens oder Dissens? Reflexionen über die Frankfurter und Marburger Schule*. Marburg, 14. Juni 2006.

Rosa-Luxemburg-Stiftung: Deutsch-französisches Kolloquium. Vortrag: *Wissenschaftliche Autonomie und gesellschaftliche Parteilichkeit – Pierre Bourdieu als engagierter Intellektueller*. Berlin, 26. Januar 2007.

DIE LINKE. Bremen: Vortrag: *Ökonomisierung und Vermarktlichung der Wissenschaft*. Bremen, 20. April 2007.

Bildungsinitiative SALZ: Vortrag: *Neoliberale Hegemonie in Frankreich – wie wurde Sarkozys Sieg möglich*. Bremen, 19. Juni 2007.

Universität Konstanz: Vortrag: *Kapitalismus und Soziologie*. Konstanz, 6. Juli 2007.

Villa Ichon (MASCH): Vortrag: *Intellektuelle und der Mythos Europas (Über die Rolle von Jürgen Habermas, Ulrich Beck und Anthony Giddens)*. Bremen, 6. März 2008.

Villa Ichon (MASCH): Marx in der Perspektive des 21. Jahrhunderts. *Streitgespräch mit dem Historiker Dr. Karl Heinz Roth*. Bremen, 25. November 2008.

Friedrich-Schiller-Universität Jena: Vortrag: *Kapitalismuskritik in der neueren Soziologie*. Jena, 8. Juli 2009.

Villa Ichon (MASCH): Vortrag: *Was machen wir mit dem Klassenbegriff?* Bremen, 10. Dezember 2009.

ASTA der Universität Bremen: Vortrag: *Zur Geschichte der Uni Bremen*. Bremen, 10. Mai 2010.

Friedrich-Schiller-Universität Jena: Wege aus der Krise. Vortrag: *Soziologie und Kritik*. Jena, 3. Juni 2010.

Villa Ichon (MASCH): Vortrag: *Gibt es noch einen Fortschritt in Geschichte und Gesellschaft?* Bremen, 10. Juni 2010.

Humboldt-Universität Berlin: Internationale Durkheim-Tagung: Dialectics of Society versus "Conscience Collective". Adorno's Criticism of Durkheim. Berlin, 18. Juni 2010.

Karl-Franzens-Universität Graz: Vortrag: *Kapitalismuskritik in der neueren Soziologie*. Graz, 21. Juni 2010.

TH Aachen: Vortrag: *Leben wir noch in einer Klassengesellschaft?* Aachen, 23. November 2010.

Associazione Delle Talpe/ Rosa Luxemburg-Stiftung Bremen: Vortrag: *Was tun mit dem Klassenbegriff?* 18. Januar 2011.

#### **Rolf Prigge**

Leiter/-innen der Bremischen Ortsämter: Entwicklungsperspektiven der Beiräte und Ortsämter in Bremen. Vortrag: *Bremische Beiräte und Ortsämter im Kontext von Sanierungspolitik und Großstädtevergleich*. Bremen, 12. Juni 2006.

Universität Leipzig, Kooperationsstelle Wissenschaft/Arbeitswelt: Perspektiven der Kommunalpolitik. Vortrag: *Zwischen Finanznot und Privatisierungsdruck – Welche Handlungsalternativen haben Kommunen?* Leipzig, 16. November 2006.

Universität Hamburg, Centre for Globalisation and Governance: Governance and the Local Social Policy. Vortrag: *Governancestructures of Local Social Policies in German Cities – Hannover and Bremen*. Hamburg, 3. März 2007.

Bundestagsfraktion der Partei Die Linke: Kommunalpolitische Bundeskonferenz. Vortrag: *Die Krise der Stadtpolitik – Demokratie, Daseinsvorsorge und politische Steuerung*. Bremen, 28. April 2007.

DGB-Regionsvorstand Bremen: Restrukturierung der kommunalen Kliniken. Vortrag: *Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) – Private Public Partnership (PPP)*. Bremen, 21. Mai 2007.

Universität Kassel: Gewinnen, Verlieren oder Transformieren – Die europäischen Stadtregionen in Bewegung. Vortrag: *Deutsche Großstädte zwischen Hierarchie, Wettbewerb und Kooperation*. Bremen, 21. September 2007.

Universität Leipzig: Stadtbau und lokale Politik. Vortrag: *Neue Governancestrukturen und die (notwendige) Renaissance sozialer Stadtentwicklungspolitik*. Leipzig, 6. Dezember 2008.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Armut, Wohlstand und Reichtum in Bremen – Politikberatung durch Sozialberichterstattung*. Bremen, 7. April 2009.

SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft: Förderung des sozialen Zusammenhalts. Vortrag: *Sozial Unterschiede zwischen den Bremer Stadtteilen und soziale Stadtpolitik*. Bremen, 5. März 2009.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Für eine „neue“ Stadtpolitik des Sozialen – Zur notwendigen Renaissance sozialer Stadtentwicklung und Restrukturierung sozialer Stadtpolitik*. Bremen, 20. Oktober 2009.

Arbeitskammer Wien: Armut und Armutsprävention in großen Städten. Vortrag: *Für eine neue Stadtpolitik des Sozialen – zur notwendigen Renaissance sozialer Stadtentwicklung*. Wien, Österreich, 21. Oktober 2010.

Kongress für kritische Wissenschaft: Momentum09: Momentum09: Leitthema Freiheit, Track 6: Wohnen, Urbanisierung, Raumplanung. Vortrag: *Tendenzen sozialer Segregation und die notwendige Renaissance und Restrukturierung sozialer Stadt(entwicklungs)politik*. Hallstatt, Österreich, 23. Oktober 2010.

### **Kerstin Purnhagen**

GUT (Gründer- und Unternehmertreff) der Wirtschaftsjunioren Bremerhaven: GUT (Gründer- und Unternehmertreff) der Wirtschaftsjunioren Bremerhaven. Vortrag: *Erfolgsfaktor familienfreundliche Personalpolitik – Attraktivität als Arbeitgeber bringt Vorteile im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte*. Bremerhaven, 1. Juli 2009.

Agenturen für Arbeit in Niedersachsen und Bremen: Tagung der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt aus den Agenturen für Arbeit in Niedersachsen und Bremen. Vortrag: *Vereinbarkeit von Beruf und Familie*. Bremen, 21. Oktober 2009.

Agentur für Arbeit Bremen, FrauenBerufsMarkt der Bundesagentur für Arbeit: Vereinbarkeit von Beruf und Familie Erfahrungen und Gute Praxis. Vortrag: *Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Erfahrungen und Gute Praxis*. Bremen, 12. November 2009.

forum inova der bremer arbeit GmbH: Auf dem Weg zum familienfreundlichen Unternehmen. Vortrag: *Auf dem Weg zum familienfreundlichen Unternehmen*. Bremen, 2. Dezember 2009.

### **Götz Richter**

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Generationen gemeinsam im Betrieb – Wunsch und Wirklichkeit. Ergebnisse des internationalen Forschungsprojekts SPRe*. Bremen, 8. Juli 2008.

### **Julia Rippe**

Arbeitnehmerkammer Bremen: Automobilindustrie in der Metropolregion Bremen-Oldenburg. Vortrag: *Beschäftigung und Verflechtungsbedingungen in der Metropolregion Bremen-Oldenburg*. Bremen, 16. April 2008 (zus. mit Jochen Tholen).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Automobil(zuliefer) Industrie in der Metropolregion Bremen-Oldenburg: Ein schlafender Riese*. Bremen, 11. November 2008 (zus. mit Jochen Tholen).

### **Rolf Röhrling**

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr: Steuerungsgruppe Windenergie. Vortrag: *Präsentation der POWER-Studie: Qualifikationsbedarf Offshore-Windenergie*. Bremen, 24. Januar 2006 (zus. mit Gerlinde Hammer).

Messe Hamburg: Messe: WindEnergie. Präsentation: *POWER-Studie: Qualifikationsbedarf Offshore-Windenergie*. Hamburg, 16.-19. Mai 2006 (zus. mit Gerlinde Hammer).

### **Elisabeth Rupprecht**

Universität Bremen: 14. Hochschultage Berufliche Bildung. Vortrag: *Selbstgesteuertes Lernen – ein Konzept (auch) für die Benachteiligtenförderung?* Bremen, 16. März 2006 (zus. mit Susanne Schröder).

### **Hubertus Schick**

BAG; WIR Bremen Nord: Wachstumsbranche Logistik, Motor am Arbeitsmarkt, Chancen für Bremen Nord und die Region. Referat: *Ergebnisse aus der Ausbildungspotenzialanalyse 2005*. Bremen, 18. Juli 2006 (zus. mit Ulf Benedix).

Arbeitnehmerkammer Bremen: Metropolregion Bremen-Oldenburg. Präsentation: *Standortfaktor Qualifikation: Perspektiven in der Metropolregion Bremen-Oldenburg*. Bremen, 2. August 2006 (zus. mit Gerlinde Hammer).

Hochschule Bremen: Berufe in Freizeit, Tourismus und Gesundheit. Referat: *Regionale Analyse der Anforderungsprofile im Tourismus*. Bremen, 17. November 2006 (zus. mit Gerlinde Hammer).

FBG Bremerhaven: Die Fisch- und Lebensmittelwirtschaft in Bremerhaven – Perspektiven zur Entwicklung der Standortkompetenz. Fachgespräch: *Ergebnisse des RMQ 2006/2*. Bremerhaven, 22. März 2007 (zus. mit Gerlinde Hammer).

AFZ Bremen: Aufwind bewegt was. Menschen - Meinungen - Märkte. Fachgespräch: *Ergebnisse der Auswertung des Projekts „Aufwind 50+“*. Bremerhaven, 7. Dezember 2007.

### **Christiane Schnell**

4th ESA Interim Workshop Research Network Sociology of Professions: Professions, globalization and the European project – Shifting spheres of opportunity. Vortrag: *From „cultural professions“ to „media work“? The impact of the European project on the regulation of cultural professions in Germany*. Bremen, 29. März - 1. April 2006.

World Congress of the International Sociological Association, Research Committee Sociology of Professional Group: The quality of social existence in a globalising world. Vortrag: *Towards a „post-modern“ type of professionalism? Changing concepts of professionalism in cultural professions in Germany*. Durban, Südafrika, 23.-29. Juli 2006.

ESA Research Network Sociology of Culture; Cultural Policy Research Centre Re-Creatief Vlaanderen: Changing cultures: European perspectives. Vortrag: *Between national culture and the global market – cultural professions as a post-modern type of experts*. Ghent, Belgien, 15.-17. November 2006.

Hanse-Wissenschaftskolleg: The „govermediality“ of work, welfare, and the life course in a knowledgesociety. Vortrag: *Connecting professionalism and self-governance. About the regulation of cultural professions in Germany*. Delmenhorst, 7./8. Dezember 2006.

Universität Bremen: Ortswechsel – Fragen und Ergebnisse aus der Geschlechterforschung. Vortrag: *Neu(be)gründung?* Bremen, 16. Januar 2007.

Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Sektion Arbeits- und Industriesoziologie in Kooperation mit der Sektion Kulturosoziologie: Frühjahrstagung. Vortrag: *Vom Paradiesvogel im Industriegebiet zum Proletariat der Informationsgesellschaft? Zur Regulierung und Ökonomisierung im Feld der Kulturberufe*. Koblenz-Landau, 23./24. März 2007.

4th Interim Conference of the ESA Research Network Sociology of the Arts: Vortrag: *Sustainability of the arts in a post-modern world. The impossibilities and needs of professionalism*. Lüneburg und Hamburg, 28. März -1. April 2007.

Universität Jena: Die soziale Frage zu am Beginn des 21. Jahrhunderts – Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Vortrag: *Solidarität trotz Individualisierung? Befunde aus dem Feld der Kulturberufe*. Jena, 3./4. Mai 2007.

University of East London: Cultural studies now. Vortrag: *Framing cultural professions as post-modern experts – How cultural studies contribute to sociology of work and professions*. Großbritannien, 19.-22. Juli 2007.

8th Annual Conference of the European Sociological Association, Research Network Sociology of Professions: Conflict, citizenship and civil society. Vortrag: *Cultural professions and the moderation of social transitions*. Glasgow, UK, 3.-6. September 2007.

8th Annual Conference of the European Sociological Association, Research Network Sociology of Professions: Conflict, citizenship and civil society. Vortrag: *The interplay of state and market in the cultural economy in Germany*. Glasgow, UK, 3.-6. September 2007.

Sozialforschungsstelle Dortmund: Preis der Freiheit. Selbständige und Freie zwischen Selbstvermarktung, Professionalisierung und Solidarisierung. Vortrag: *Zwischen Privilegierung und Prekarisierung – Eigenverantwortung, soziale Absicherung und kollegiale Allianzen im Berufsalltag von Freien und Selbständigen*. Dortmund, 9. Oktober 2007.

Unternehmerinnentag Magdeburg: Podiumsdiskussion: *Künstlerinnen als Unternehmerinnen*. Magdeburg, 26. Oktober 2007.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Die Regulierung der Kulturberufe in Deutschland. Befunde und Implikationen zum Wandel der Arbeitsgesellschaft*. Bremen, 13. November 2007.

Arbeitnehmerkammer Bremen: Prekarisierung der Lebens- und Arbeitswelt. Betroffenheit, Bewältigung und Gegenstrategien. Vortrag: *Frauenarbeit und Prekarität – alte Nachteile und neue Qualitäten*. Bremen, 22. November 2007.

University of London: The creative industries and intellectual property. Vortrag: *The concept of intellectual property in Germany – between culture production and creative industries*. London, 22./23. Mai 2008.

Universität Aarhus: Transforming professional boundaries – A „new“ professionalism in the making? Vortrag: *Understanding professionalization under conditions of dependency. Lessons from the journalistic field*. Aarhus, Dänemark, 5.-7. Juni 2008.

Handelskammer Bremen: 1. Meilenstein-Workshop des BMBF Projekts OptExist. Vortrag: *Die Berücksichtigung von Geschlecht im Rahmen der Gründungsförderung in Deutschland. Befunde im Bundesländervergleich*. Bremen, 20. Juni 2008.

38th world-congress of the ISS: Sociological approaches of cultural labour and creative work. Vortrag: *Art, work and the so called creative economy. New variations and dynamics of a very old problem. A German perspective*. Budapest, Ungarn, 26.-30. Juni 2008.

Universität Hamburg: Kulturtheorien als politische Praxis – Identitätspolitik, Positionierungen, Repräsentationen. Gender, Migration und Arbeit im Dialogfeld von Theorie und Praxis. Fachgespräch: *Aktuelle sozialwissenschaftliche Befunde und Erklärungen zum Wandel von Arbeit*. Hamburg, 5. Juli 2008.

EU-project: Social entrepreneurs as Lead Users of Service Innovation. Vortrag: *Social entrepreneurs and innovation from a sociological perspective*. Brüssel, Belgien, 10. Juli 2008.

First ISA Forum of Sociology, Sociological Research and Public Debate: Vortrag: Individual professionalization – about the interplay of biography, life experience and professional identities in the field of cultural work. Barcelona, Spanien, 5.-8. September 2008.

Investitionsbank Sachsen-Anhalt: 1. regionaler Transfer-Workshop: Präsentation: *Befunde der Länderstudie Sachsen-Anhalt im Rahmen des BMBF-Forschungsprojekts OptExist*. Magdeburg, 20. November 2008.

Investitionsbank Sachsen-Anhalt: 2. regionaler OptExist Transferworkshops. Präsentation: *Gendersensibilität in der Gründungsförderung Sachsen-Anhalts. Optimierungsansätze und Perspektiven*. Magdeburg, 14. Januar 2009.

9th ESA Conference: Research Stream „Arts Management: Sociological Inquiries“. Paper: *Arts Management in the perspective of sociology of professions*. Lissabon, Portugal, 2.-5. September 2009.

34. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie: Vortrag: *Verunsicherte Professionalität? Statussicherheiten in den Professionen*. Jena, 6.-10. Oktober 2010.

### Norbert Schöll

ver.di: dieMit (Mitbestimmungsmesse). Referat: *Gefährdungsbeurteilungen MA-orientiert*. Bremen, 13. Oktober 2006.

ver.di: dieMit (Mitbestimmungsmesse). Referat: *Präsentation Projekt KoKoQ*. Bremen, 13. November 2006.

Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW): bgwform 2007. Referat: *Projekt KoKoQ*. Hamburg, 4. September 2007 (zus. mit Gundi Kuhr).

### Susanne Schröder

Universität Bremen: 14. Hochschultage Berufliche Bildung. Vortrag: *Selbstgesteuertes Lernen – ein Konzept (auch) für die Benachteiligtenförderung?* Bremen, 16. März 2006 (zus. mit Elisabeth Rupprecht).

Allgemeine Berufsschule Bremen: Workshop im Rahmen der Präsenztage. Referat: *Modellversuch SESEKO – Erfahrungen mit Kompetenzfeststellungsverfahren und Vorstellung der SESEKO-Lernprojekte*. Bremen, 15. Februar 2008 (zus. mit Norbert Hübner).

Universität Erlangen-Nürnberg: 15. Hochschultage Berufliche Bildung. Vortrag: *Reflexionsmethoden in kooperativen Lernprozessen für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf*. Nürnberg, 13. März 2008 (zus. mit Norbert Hübner).

### Anne Schröter

Bremer Rathaus: Internationaler Frauentag. Vortrag: *Das Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie: informieren – beraten – vernetzen*. Bremen, 8. März 2009 (zus. mit Rena Fehre).

### Thomas Schwarzer

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Wann werden Bremen und Hannover familiengerecht?* Bremen, 12. Juni 2007.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Kinder- und Bildungsarmut – aus der Perspektive Bremer Stadtteile*. Bremen, 10. Juni 2008.

Arbeitnehmerkammer Bremen: Quartiersvernetzung und Quartierszentren. Vortrag: *Neue Ansätze der Vernetzung durch Quartierszentren in Bremen*. Bremen, 24. September 2009 (zus. mit Ulrike Baumheier).

### Nina Seibicke

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Arbeits- und Gesundheitsschutz im Pflegesektor: Innovative Strategien und Handlungsanleitungen*. Bremen, 10. November 2009 (zus. mit Gerlinde Hammer).

ver.di Bremen: Gute Arbeit in Krisenzeiten. Referat: *Gute Arbeit in der Pflege: Projektvorstellung Proaktiv*. Bremen, 9. Dezember 2009.

Landesarbeitskreis für Arbeitsschutz der Freien Hansestadt Bremen LASI: Sitzung. Referat: *Präventionskompetenz und -kultur in Pflegeeinrichtungen des Landes Bremen – Ein Beitrag zur GDA*. Bremen, 10. März 2010 (zus. mit Gundi Kuhr).

Runder Tisch Pflege Bremen: Runder Tisch Pflege Bremen. Referat: *Alle ziehen an einem Strang – die moderierte Gefährdungsbeurteilung*. Bremen, 28. März 2010.

Interkulturelles Gesundheitsnetzwerk (IGN) Bremen: IGN Plenum. Vortrag: *Interkulturelle Aspekte des Arbeits- und Gesundheitsschutzes (AGS)*. Bremen, 23. November 2010.

Arbeitnehmerkammer Bremen: Neue Formen der betrieblichen Gefährdungsbeurteilung – psychische Belastung am Arbeitsplatz. Vortrag: *Die moderierte Gefährdungsbeurteilung*. Bremen, 21. Februar 2011.

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales: Landesarbeitskreis Gesundheit. Vortrag: *Projekt ProAktiv! Ergebnisvorstellung und Ausblick*. Bremen, 18. März 2011 (zus. mit Anita Stickdorn).

Deutscher Gewerkschaftsbund, Region Bremen-Elbe-Weser: DGB Arbeitsschutzkonferenz. Vortrag: *Die moderierte Gefährdungsbeurteilung*. Bremen, 29. März 2011 (zus. mit Norbert Hübner).

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; BGW (Berufsgenossenschaft): Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Pflege – Rückengesundheit und Psyche. Vortrag: *Die moderierte Gefährdungsbeurteilung*. Bremen, 5. April 2011 (zus. mit Wiebecke Novello-von Bescherer).

Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA): Thematischer Initiativkreis ‚Gesund pflegen‘. Vortrag: *Präventiver Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeunternehmen*. Hannover, 22. Juni 2011.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Arbeits- und Gesundheitsschutzkompetenzen: Ein Beitrag zu nachhaltiger Employability für Beschäftigte im Pflegesektor. Ergebnisse aus dem Projekt ProAktiv*. Bremen, 13. September 2011 (zus. mit Anita Stickdorn).

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin: A+A 2011 – internationale Arbeitsschutzmesse Düsseldorf. Vortrag: *Nachhaltige Employability durch neue Strategien im Arbeitsschutz*. Düsseldorf, 18. Oktober 2011.

### Florian Smets

Community of European Shipyards' Associations-CESA; Europäischer Metallgewerkschaftsbund: European Shipyard Week. Vortrag: *The European Shipbuilding industry in competition with East Asia*. Brüssel, 2. April 2008 (zus. mit Jochen Tholen und Thorsten Ludwig).

IG Metall Bezirk Küste: Jahrestagung Arbeitsgemeinschaft Schiffbau. Vortrag: *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau. Ergebnisse der 17. Betriebsrätebefragung*. Hamburg, 28. September 2008 (zus. mit Thorsten Ludwig und Jochen Tholen).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Der europäische Schiffbau in globaler Konkurrenz – Ergebnisse der Studie „Survey on European Shipbuilding Industry – Panel Study 2008“*. Bremen, 14. Oktober 2008.

### Jörg Sommer

Leibniz Universität Hannover, Institut für Politische Wissenschaften: IPW-Colloquium. Vortrag: *Das Politikfeld Alterssicherung im europäischen Mehrebenensystem – Nationale Domäne vs. supranationale Einflüsse*. Hannover, 25. Juni 2007.

Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik: Promotionscolloquium. Vortrag: *Das Politikfeld Alterssicherung im europäischen Mehrebenensystem – Handlungsspielräume und Einflussmöglichkeiten der Europäischen Kommission bei der „Europäisierung“ der Alterssicherung in der historischen Entwicklung*. Bremen, 9. Juli 2007.

Universität Bremen: Berufsfelder für Politologen – Absolventen berichten. Ringvorlesung: *Parlamentarismus*. Bremen, 16. Dezember 2008.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Möglichkeiten lokaler Arbeitsmarktpolitik in Zeiten von Hartz IV*. Bremen, 9. Juni 2009 (zus. mit Peer Rosenthal, Arbeitnehmerkammer).

Hochschule Bremen; Arbeitnehmerkammer Bremen; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung: Sozialmacht Europa? Kommentar: *Alterssicherungspolitik zwischen nationalen Eigenheiten und Europäisierung*. Bremen, 6. November 2009.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung: Öffentlich geförderte Beschäftigung – Integrationspolitik für Langzeitarbeitslose. Vortrag: *Öffentlich geförderte Beschäftigung im Stadtstaatenvergleich: Zwischenergebnisse aus einem Forschungsprojekt*. Berlin, 29. September 2010 (zus. mit Peer Rosenthal, Arbeitnehmerkammer).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Beschäftigungsförderung im Stadtstaatenvergleich: Ausgangslagen, Zielsetzungen, Akteurskonstellationen*. Bremen, 9. November 2010 (zus. mit Alexander Matysik; Peer Rosenthal, Arbeitnehmerkammer).

Deutsche Rentenversicherung, Forschungsnetzwerk Alterssicherung: Präsentation des Abschlussberichts. Vortrag: *Politikberatung in der deutschen Rentenpolitik. Bestandsaufnahme und Systematisierung*. Berlin, 12. November 2010 (zus. mit Diana Wehlau, Universität Bremen).

Arbeitnehmerkammer Bremen; DGB Bremen, Arbeitskreis Hochschulpolitik: Überreformiert, unterfinanziert und prekariert? Entwicklung Bremischer Hochschulen und ihrer wissenschaftlichen Beschäftigten. Input: *Hochschulförderung*. Bremen, 2. Februar 2011.

## Helmut Spitzley

Arbeitnehmerkammer Bremen: Vortrag: *Krise der Arbeitsgesellschaft. Solidarische Arbeitsteilung als Lösungsansatz?* Bremen, 9. November 2006.

Forum für soziale Gerechtigkeit in Europa: 7. Jahrestagung. Vortrag: *Arbeiten ohne Ende?* Osnabrück, 17. November 2006.

Universität Oldenburg: Fachtagung: Antworten aus der Gesundheitswirtschaft, der Automobil- und Stahlindustrie. Vortrag: *Gute Arbeit ist...?* Oldenburg, 12. Februar 2007.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Kurze Vollzeit für alle – Beschäftigungs-, gesundheits- und geschlechterpolitische Argumente für eine neue Arbeits(zeit)politik.* Bremen, 15. Mai 2007.

Arbeitnehmerkammer Bremen, Hochschule Bremen: Vortrag: *Zeit ist Geld. Ökonomische, ökologische und soziale Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung.* Bremen, 13. Dezember 2007.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Diskussion: *Epochale Trends: Mehr individuelle Selbstentfaltung oder wachsende Abhängigkeit? Anforderungen an die gesellschaftliche Gestaltung von Teilhabechancen.* Bremen, 9. September 2008 (zus. mit Rudolf Hickel und Günter Warsewa).

## Anita Stickdorn

Barmer Ersatzkasse: Impuls-Tage Gesundheit. Vortrag: *Starker Rücken, starke Nerven – Ergonomie am Arbeitsplatz.* Bremen, 2./3. März 2011.

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales: Landesarbeitskreis Gesundheit. Vortrag: *Projekt ProAktiv! Ergebnisvorstellung und Ausblick.* Bremen, 18. März 2011 (zus. mit Nina Seibicke).

Zentrum für Migranten und interkulturelle Studien e.V.: Weiterbildung der Seniorenbegleiter/-innen des ZIS Bremen e.V. Vortrag: *Anforderungen von Senioren und Seniorinnen mit Migrationshintergrund an Pflegeunternehmen.* Bremen, 23. Mai 2011 (zus. mit Wiebecke Novello-von Bescherer).

Betriebsärztlicher Dienst Bremen: Netzwerkbildung Betriebsärzte und ProAktiv! Vortrag: *Aufbau einer Präventionskultur in Pflegeunternehmen.* Bremen, 1. Juli 2011 (zus. mit Wiebecke Novello-von Bescherer).

Arbeitskreis Bremerhavener Pflegekräfte: 1. Sitzung „Pflegekräfte stehen auf“. Vortrag: *Den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zum Leben bringen.* Bremerhaven, 4. Juli 2011 (zus. mit Wiebecke Novello-von Bescherer).

Bremer Heimstiftung: Sitzung des Gesamtbetriebsrats. Vortrag: *Die moderierte Gefährdungsbeurteilung.* Bremen, 29. Juli 2011 (zus. mit Wiebecke Novello-von Bescherer).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Arbeits- und Gesundheitsschutzkompetenzen: Ein Beitrag zu nachhaltiger Employability für Beschäftigte im Pflegesektor. Ergebnisse aus dem Projekt ProAktiv.* Bremen, 13. September 2011 (zus. mit Nina Seibicke).

## Jochen Tholen

Academy of Sciences: Elites and EU Enlargement. Vortrag: *Farewell to the Intelligentsia: Political Transformation and Changing forms of the Lifestyle of Young People in the former Communist countries of Eastern Europe.* Prag, Czech Republic, 17./18. Februar 2006.

ICFTU: Trade Unions in transition. Vortrag: *The Impact of Foreign Direct Investment of Western based companies on Labour Relations in the new EU member States.* Moskau, 3. April 2006.

Global Labour University: Global Challenges for Labour. Vortrag: *Labour Relations in Eastern and Western European Countries: Interdependencies.* Kassel, 5. April 2006.

Arbeitsministerium Polen; Friedrich Ebert Stiftung Warschau: Einfluss der Privatisierung auf die Arbeitsbeziehungen. Vortrag: *Deutsche Unternehmen und Gestaltung der Arbeitsbeziehungen in Polen.* Warschau, Polen, 16. Mai 2006.

Institut Arbeit und Wirtschaft: Shipbuilding in Europe. Vortrag: *Cooperation as a chance for European Shipbuilding.* Papenburg, 19. Juni 2006 (zus. mit Thorsten Ludwig).

Friedrich Ebert Stiftung; Hans-Böckler-Stiftung; SAMF e.V.: Zwei Jahre EU-Osterweiterung: Eine erste Bestandsaufnahme. Vortrag: *Zusammenarbeit in der deutsch-tschechischen Grenzregion.* Amberg, 23. Juni 2006.

International Sociological Association: World Congress. Vortrag: *The Impact of West European Direct Investments on Human Resource Management in Central & Eastern European Countries.* Durban, South Africa, 23.-29. Juli 2006.

IG Metall Bezirk Küste: Jahrestagung Arbeitsgemeinschaft Schiffbau. Vortrag: *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau. Ergebnisse der 15. Betriebsrätebefragung.* Hamburg, 24. September 2006 (zus. mit Thorsten Ludwig).

Academy of Sciences: Strategic Elites and EU Enlargement: Reactions by, and the Prospects for, East European States currently left out. Vortrag: *Post-Soviet Management: Evidence from Kazakhstan*. Kiev, Ukraine, 6./7. Oktober 2006.

SSA Conference: Annual Meeting. Vortrag: *European Shipbuilding: Cooperation or Competition?*. London, 11.-12. Oktober 2006.

Europäischer Metallgewerkschaftsbund: Annual Meeting – EMF Sector Committee Shipbuilding. Vortrag: *Employment and Orderbook of the European Yards*. Malta, 12./13. Oktober 2006 (zus. mit Thorsten Ludwig).

Verband Geschlossene Fonds: Jahrestagung. Vortrag: *Perspektiven für den deutschen Schiffbau der Markt und die Auftragslage*. Bad Homburg, 18. Oktober 2006 (zus. mit Thorsten Ludwig).

Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF e.V.): Arbeitsmarkt und Arbeitsbeziehungen in Mittel-/Osteuropa. Vortrag: *Arbeitsbeziehungen in den EU Beitrittsländern*. Frankfurt/Main, 24. Oktober 2006.

Europäischer Metallarbeiterbund; China Conference. Vortrag: *Shipbuilding in China – between competition and cooperation*. Brüssel, 6. November 2006 (zus. mit Thorsten Ludwig).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Hat der europäische Schiffsbau noch eine Zukunft?* Bremen, 10. Juli 2007 (zus. mit Thorsten Ludwig).

IG Metall Bezirk Küste: Jahrestagung Arbeitsgemeinschaft Schiffbau. Vortrag: *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau. Ergebnisse der 16. Betriebsrätebefragung*. Hamburg, 21. September 2007 (zus. mit Thorsten Ludwig).

IWW WG Shipbuilding Association: Annual Meeting. Vortrag: *European Shipbuilding*. Odense, Dänemark, 26. September 2007.

Europäischer Metallgewerkschaftsbund: Annual Meeting - EMF Sector Committee Shipbuilding. Vortrag: *Employment, Orderbook, Situation and Political Developments in European Shipbuilding Countries*. Trogir, Kroatien, 28. September 2007 (zus. mit Thorsten Ludwig).

Baltic Shipbuilders' Meeting: Annual Meeting. Vortrag: *European Shipbuilding - in the eve of East Asian Competition*. Turku, Finnland, 7./8. November 2007.

Verband Geschlossene Fonds: Jahrestagung. Vortrag: *Europas Schiffbau auf dem Weg zur Konsolidierung*. Bad Homburg, 18. November 2007 (zus. mit Thorsten Ludwig).

Europäische Kommission; Generaldirektion Beschäftigung: Tagung des Sozialdialogausschusses Schiffbau. Vortrag: *The European Shipbuilding Industry*. Brüssel, 13. Februar 2008.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Vietnam auf dem Weg zur Industrieration - Arbeitsbeziehungen und Arbeitsbedingungen unter Veränderungsdruck*. Bremen, 4. März 2008 (zus. mit Thorsten Ludwig).

University of Cambridge: European Union and World Politics; Consensus and Division. Vortrag: *Differences and Similarities of Elites in Europe and Russia*. Cambridge, UK, 28./29. März 2008.

Community of European Shipyards' Associations-CESA; Europäischer Metallgewerkschaftsbund: European Shipyard Week. Vortrag: *The European Shipbuilding industry in competition with East Asia*. Brüssel, 2. April 2008 (zus. mit Thorsten Ludwig und Florian Smets).

Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft-RKW; EANPC: Market demands and the role of Labour in the 21st century. Vortrag: *Working conditions in the shipbuilding industries*. Hamburg, 10./11. April 2008.

Arbeitnehmerkammer Bremen: Automobilindustrie in der Metropolregion Bremen-Oldenburg. Vortrag: *Beschäftigung und Verflechtungsbedingungen in der Metropolregion Bremen-Oldenburg*. Bremen, 16. April 2008 (zus. mit Julia Rippe).

Association of Sociologists of Kazakhstan: The Civil society and Social Progress in XXI century. Vortrag: *Sources of and Solutions to Youth Unemployment and Employment Problems in the New Market Economies: Evidence from Central Asia*. Almaty, Kasachstan, 22.-26. April 2008.

Hans-Böckler-Stiftung: European workplace Participation Forum. Vortrag: *Managers and Management: The Impact of Western Foreign Direct Investment in the new EU Member States*. Rom, 25. September 2008.

IG Metall Bezirk Küste: Jahrestagung Arbeitsgemeinschaft Schiffbau. Vortrag: *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau. Ergebnisse der 17. Betriebsrätebefragung*. Hamburg, 28. September 2008 (zus. mit Thorsten Ludwig und Florian Smets).

Europäischer Metallgewerkschaftsbund: EMF Sector Committee Shipbuilding. Vortrag: *The situation of the Shipbuilding Sector in the European Countries*. Istanbul, Türkei, 8.-10. Oktober 2008 (zus. mit Thorsten Ludwig).

University of Trento: Globalisation and Local Development. Vortrag: *Managers and Management: The Impact of Western Foreign direct Investment in the new EU Member States*. Trento, Italien, 9.-11. Oktober 2008.

International Institute of Sociology: 3rd International Conference on Sociology. Vortrag: *Young Adult's Family and Housing Life-Stage Transitions during Post-Communist Transitions in the South Caucasus*. Athen, Griechenland, 11.-14. Mai 2009.

International Institute of Sociology: 39th World Congress. Vortrag: *Human Resource Management in Central Asia*. Yerevan, Armenien, 11.-14. Juni 2009.

Europäischer Metallgewerkschaftsbund: Annual Meeting - EMF Sector Committee Shipbuilding. Vortrag: *Sectoral Developments: Results from the 2009 EMF shipyard survey*. Berlin, 25./26. Juni 2009 (zus. mit Thorsten Ludwig).

IG Metall Bezirk Küste: Jahrestagung Arbeitsgemeinschaft Schiffbau. Vortrag: *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau. Ergebnisse der 18. Betriebsrätebefragung*. Hamburg, 27. September 2009 (zus. mit Thorsten Ludwig und Manuel Kühn).

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium: *Automobil(zuliefer) Industrie in der Metropolregion Bremen-Oldenburg: Ein schlafender Riese*. Bremen, 11. November 2008 (zus. mit Julia Rippe).

Evangelische Akademie Loccum: In schwerer See? Maritime Wirtschaft und regionale Strukturpolitik in Krisenzeiten. Vortrag: *Werftenindustrie in der Krise*. Loccum, 18./19. November 2009.

International Sociological Association: Young People and Social Change after the Fall of the Berlin Wall. Vortrag: *Transitions to Adulthood in Rural Villages during the Transition from Communism in the South Caucasus*. Budapest, Ungarn, 20. November 2009.

IIW WG Shipbuilding Association: Annual Meeting. Vortrag: *Shipbuilding in Europe*. Vigo, 1./2. Dezember 2009.

Europäischer Metallgewerkschaftsbund: Annual Meeting – EMF Sector Committee Shipbuilding. Vortrag: *Sectoral Developments of the European Yards: Employment and Developments*. Vigo, Spanien, 20./21. Mai 2010 (zus. mit Thorsten Ludwig).

International Sociological Association: World Congress. Vortrag: *Europe and its Leisure*. Göteborg, Schweden, 11.-17. Juli 2010.

IG Metall Bezirk Küste: Jahrestagung Arbeitsgemeinschaft Schiffbau. Vortrag: *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau. Ergebnisse der 19. Betriebsrätebefragung*. Hamburg, 14. September 2010 (zus. mit Thorsten Ludwig und Manuel Kühn).

Bremische Evangelische Kirche: Vortrag: *Schiffbau - Vergangenheit und Zukunft*. Bremen, 9. Dezember 2010.

#### Jenna Voss

Koordinierungsrunde des Netzwerks B.E.G.IN.: Vortrag: *Existenzgründungsförderung für Frauen in Bremen*. Bremen, 28. September 2007.

Handelskammer Bremen: Fachtagung „Institutionelle Beratung und Förderung von Gründerinnen“. Vortrag: *Individuelle Bewertung der Gründungsangebote. Ländervergleichende Analyse*. Bremen, 20. Juni 2008.

Handelskammer Bremen: Transferworkshops „Institutionelle Beratung und Förderung von Existenzgründerinnen im Land Bremen“. Vortrag: *Gendersensibilität in der bremischen Gründungsberatung und Förderung*. Bremen, 1. Oktober 2008.

#### Alexandra Wangler

European Sociological Association (ESA): Youth and Generation. Vortrag: *The Dynamics of National Identity Formation of the Ukrainian Minority in Poland – Youth after Communism*. Lissabon, 2.-5. September 2009.

Central European University: Biography and Identity – Dilemmas and Opportunities. Vortrag: *Mapping the Meaning of Home of the Third Generation*. Budapest, 6.-9. Mai 2010.

UCL School of Slavonic and East European Studies: Diasporas and Cosmopolitanism in Central and Eastern Europe. Vortrag: *Ukrainian Youth in Poland: Between National and European Identity*. London, 18.-19. September 2010.

#### Günter Warszewa

Institut Arbeit und Wirtschaft: Koordinationstreffen im EU-Projekt New EPOC. Vortrag: *Methodological Questions and Results of Benchmarking*. Brüssel, 24.-25. Januar 2006.

European Urban Research Association (EURA): Cities in City Regions. Vortrag: *The Transformation of European Port Cities*. Warschau, 11.-14. Mai 2006.

Bund Deutscher Landschaftsarchitekten: Landschaftsarchitekten gestalten Strukturwandel. Vortrag: *Sozialverträgliche Planung für die Wissensgesellschaft*. Bremen, 30. Mai 2006.

Matysik, Alexander; Rosenthal, Peer; Sommer, Jörg (2011): *Öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland. Aktuelle Instrumente, Programme und Konzepte*. WISO Diskurs. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.

EU-Vertretungen von Bremen, Asturias, SouthEast England: Renewing the Economic Prosperity of Port Cities. Vortrag: *Analysis of New EPOC Port Cities – Strengths and Challenges*. Brüssel, Belgien, 7.-8. Juni 2006.

International Association Cities and Ports: 10th Cities and Ports International Conference. Vortrag: *Social Inclusion and Change of Identity in the Process of Transformation of European Port Cities*. Sydney, Australien, 5.-9. November 2006.

New EPOC Baltic Sea Workshop: Port City Planning Tools. Vortrag: *The New EPOC Experience – How to Learn from Each Other*. Tallinn, 22.-23. Januar 2007.

Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft: Bildungspolitische Fachtag. Vortrag: *Lernen in Nachbarschaften: Der Umbau von Schulen zu Quartiersbildungszentren*. Bremen, 9. März 2007 (zus. mit Ulrike Baumheier).

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung: Ganztagsschulen in integrierten Bildungslandschaften. Vortrag: *Integrierte Bildungslandschaften: Internationale Erfahrungen und Stand der deutschen Diskussion*. Berlin, 11. Mai 2007 (zus. mit Ulrike Baumheier).

New EPOC Mediterranean Workshop: Port City Planning Tools. Vortrag: Results of the NEW EPOC Project: Implementing a Waterfront Development Strategy and Exploiting the Web-Based Toolset. Malta, 31. Mai - 1. Juni 2007.

Bund Deutscher Baumeister (bdb): Jahrestagung. Vortrag: *Zukunft der Stadt – Demographischer Wandel und Erneuerung*. Bremen, 18. Oktober 2007.

Ganztagsschulverband GGT e.V., Landesverband Bremen: Jahreshauptversammlung. Vortrag: *Lernen in Nachbarschaften*. Bremen, 14. Februar 2008 (zus. mit Ulrike Baumheier).

quartiers akademie gröpelingen: Vortrag: *Integrierte Bildungslandschaften*. Bremen, 30. April 2008.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Strukturbruch oder Pfadabhängigkeit – Die europäischen Hafenstädte erfinden sich neu*. Bremen, 13. Mai 2008.

Senator für Bildung und Wissenschaft: Vortrag: *Quartiersbildungszentren – Stadtteilnetzwerke für Bildung und soziale Integration*. Bremen, 11. Juni 2008.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Epochale Trends. Mehr individuelle Selbstentfaltung oder wachsende Abhängigkeit? Anforderungen an die gesellschaftliche Gestaltung von Teilhabechancen*. Bremen, 9. September 2008 (zus. mit Rudolf Hickel und Helmut Spitzley).

Polnisches Generalkonsulat; Land Bremen: Deutsch-Polnisches Symposium Revitalisierung postindustrieller Areale. Vortrag: *Die Erneuerung von Hafenstädten – Internationale Entwicklungen und Erfahrungen*. Bremen, 8. Oktober 2008.

European Sociological Association (ESA); Instituto Universitario di Architettura di Venezia (IUAV): Arts, Culture and the Public Sphere. Vortrag: *The Role of Culture in the Process of Transformation of European Port Cities*. Venedig, Italien, 4.-8. November 2008.

Jacobs Foundation und Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS): Fachgespräch: *Bildung in lokaler Verantwortung*. Berlin, 18. November 2008.

Ganztagsschulverbandes GGT e.V.: Bundeskongress. Vortrag: *Die Entwicklung von Ganztagsschulen zu vernetzten Quartiersbildungszentren*. Hannover, 21. November 2008.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Metropolregionen als neue Ebene regionaler Leistungs- und Handlungsfähigkeit*. Bremen, 10. Februar 2009 (zus. mit Guido Nischwitz).

Universität Oldenburg, Zentrum für nachhaltige Raumentwicklung: Dt.-österreich. Colloquium zu städtischen Revitalisierungsprojekten. Vortrag: *Waterfront-Projekte: Die neue Stadt der Wissensgesellschaft?* Bremen, 6. März 2009.

Universität Oldenburg, Zentrum für nachhaltige Raumentwicklung: Colloquium zur nachhaltigen Raumentwicklung. Vortrag: *Die Neuerfindung der Hafenstädte – lokale Kultur und Identität im Strukturwandel*. Oldenburg, 18. Mai 2009.

TU Dortmund, Institut für Schulentwicklungsforschung: 7. Tagung des Forschungsnetzwerks Ganztagsschule. Vortrag: *Stadtteilbezogene Vernetzung von Ganztagsschulen*. Dortmund, 3. Juli 2009.

Projekt koopstadt im Rahmen der Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik des BMVBS: Vortrag: *Bremer Quartiersbildungszentren – Experiment aus Erfahrung*. Bremen, 16. November 2009.

Ministerium für regionale Entwicklung Polens; Meeresforschungsinstitut Gdansk: Future use of the Polish Maritime Areas for economic and ecological purposes. Vortrag: *Managing growth and expansion under increasing restrictions*. Gdynia, 21./22. Oktober 2009.

Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw e.V.): Urbane Landschaften. Vortrag: *Handlungsstrategien für neue Netzwerke*. Hamburg, 24./25. November 2009.

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung; Service-Agentur „Ganztagig lernen“ Sachsen-Anhalt; Zentrum für Schul- und Bildungsforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Das Einmaleins der Ganztagschule (Ringvorlesung). Vortrag: *Ganztagschule kommunal verantworten – Bildungspolitische Perspektive und internationale Erfahrungen*. Halle, 26. Januar 2010.

Deutscher Städtetag: Sitzung des Ausschusses für Frauen- und Gleichstellungsangelegenheiten. Vortrag: *Optimierung der institutionellen Förderung von Existenzgründerinnen*. Schwerin, 16. April 2010.

Heinrich-Böll-Stiftung: Glück und Krise. Vortrag: *Soziale Ungleichheit und individuelle Zufriedenheit*. Bremen, 30. April 2010.

Institut Arbeit und Wirtschaft; Arbeitnehmerkammer Bremen; IAW-Colloquium. Fachgespräch: *Was folgt aus der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise?* Bremen, 8. Juni 2010 (zus. mit Irene Dingeldey und Rudolf Hickel).

International Committee for the History of Technology; International Committee for the Conservation of the Industrial Heritage; International Association of the Labour Museums: Reusing the Industrial Past. Vortrag: *Local Cultures and the Re-Invention of Port-Cities*. Tampere, 10.-15. August 2010.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Eigensinn und Anpassung: Die Neuerfindung der Hafenstadt*. Bremen, 14. September 2010.

European Urban Research Association (EURA): Understanding City Dynamics. Vortrag: *Local Culture and the Re-Invention of the Port-City*. Darmstadt, 24.-26. September 2010.

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Urban Improvement Districts als Instrument lokaler Governance*. Bremen, 11. Januar 2011 (zus. mit Susanne Wendland und René Böhme).

Fraktion „Die Linke“: Maritime Fachkonferenz. Einführungsvortrag: *Der Wandel maritimer Strukturen*. Bremerhaven, 7. Mai 2011.

Interreg IVB North Sea Region Programme: Jährliche Konferenz. Vortrag: *Function and development of dryports in Europe*. Brügge, 21.-23. Juni 2011.

Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V.: Fachtag „Demographie und Bildung“. Vortrag: *Schulen und Arbeitsmarkt – gute Beispiele für ein gelingendes Übergangsmanagement*. Osterholz-Scharmbeck, 27. Juni 2011.

Jahrestagung der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter der norddeutschen Handwerkskammern und des Landesarbeitskreises Handwerk und Kirchen. Vortrag: *Die Entwicklung von Metropolregionen in Deutschland*. Bremen, 19.-21. August 2011.

#### **Susanne Wendland**

Institut Arbeit und Wirtschaft: IAW-Colloquium. Vortrag: *Urban Improvement Districts als Instrument lokaler Governance*. Bremen, 11. Januar 2011 (zus. mit Günter Warsewa und René Böhme).

## 3.4 Veröffentlichungen

### Ulrike Baumheier

- Baumheier, Ulrike (2006): „Schools as Community Centres for Lifelong Learning“, in: *Strategies of Lifelong Learning: Access and Implementation in Practice. A Handbook for regional educators*. Wrocław: Wydawnictwo Naukowe, 95-99.
- Baumheier, Ulrike (2006): „Schulen als Bildungsknotenpunkt im Stadtteil. Das Beispiel der Fensterschulen in Groningen“, in: Krimhild Strenger, Nadia Fritsche (Hg.), *Partner in der Schule*. Berlin: DKJS, 21-26.
- Baumheier, Ulrike (2007): *Lernen in Nachbarschaften. Erfahrungen und Empfehlungen aus vier europäischen Regionen*. Forschungsbericht Institut Arbeit und Wirtschaft 14. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Baumheier, Ulrike, Warsewa, Günter (Hg.) (2007): *Learning in Neighbourhoods. Good practices and recommendations* (CD-Rom), Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Warsewa, Günter; Baumheier, Ulrike (2007): „Stadtgestaltung durch Zeitpolitik in Bremen“, *Zeitpolitisches Magazin* 5 (10): 6-7.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2007): „Integrierte Bildungslandschaften. Internationale Erfahrungen und Stand der deutschen Diskussion“, in: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hg.), *Bildungslandschaften in gemeinschaftlicher Verantwortung gestalten*. Berlin: DKJS, 77-96.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2008): „Lernen in Nachbarschaften. Erfahrungen mit lokalen Bildungsnetzwerken in Großbritannien und den Niederlanden“. *Die Deutsche Schule* (3): 324-333.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2008): „Lokale Bildungsnetzwerke in Bremen. Soziale Integration durch Bildung?“ *Mittendrin am Rande* (21): 4-5.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2008): „Schulen in lokalen Bildungsnetzwerken. Ein Beitrag zu sozialer Integration durch Bildung?“ *Die Ganztagsschule* 48 (4): Download unter [www.ganztagsschulverband.de/gsv/page/files/zeitschrift/schulen\\_in\\_lokalen\\_bildungsnetzwerken.pdf](http://www.ganztagsschulverband.de/gsv/page/files/zeitschrift/schulen_in_lokalen_bildungsnetzwerken.pdf).
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2008): „Lernen in Nachbarschaften“, in: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hg.), *Über den Schulhof hinaus... – Bildungschancen gemeinsam verwirklichen*. Berlin: DKJS, 10-13.
- Baumheier, Ulrike (2008): „Expertise zum Projektvorhaben ‚Exzellenz im Brennpunkt‘ im Auftrag der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, Bremer Serviceagentur Ganztägig Lernen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2008.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2009): „Bessere Chancen durch vernetzte Systeme?“, *Infodienst. Das Magazin für kulturelle Bildung* (93): 34-35.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2009): „Vernetzte Bildungslandschaften: Internationale Erfahrungen und Stand der deutschen Entwicklung. Ganztagsschulen vor Ort gestalten“, in: Peter Bleckmann, Anja Durdel (Hg.), *Lokale Bildungslandschaften. Perspektiven für Ganztagsschulen und Kommunen*. Wiesbaden: VS Verlag, 19-36.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2009): „Vernetzte Bildungslandschaften“. *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* (3): 122-125.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2009): „Schulen in städtischen Bildungs- und Integrationsnetzwerken“. *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften* 48 (1): 63-76.
- Baumheier, Ulrike; Schwarzer, Thomas (2009): *Neue Ansätze der Vernetzung durch Quartierszentren in Bremen. Expertise im Auftrag der Arbeitnehmerkammer Bremen*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 4/2009. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2010): „Lokale Bildungslandschaften – Stadtteilnetzwerke für Bildung und soziale Integration“, *Sozialraum.de* (Online-Journal).
- Mückenberger, Ulrich; Baumheier, Ulrike (2010): „Medienquartier – Kulturdistrikt – Wohnviertel? Das Bremer Stephaniviertel auf Identitätssuche“, in: Dieter Läßle, Ulrich Mückenberger, Jürgen Oßenbrügge (Hg.), *Zeiten und Räume der Stadt. Theorie und Praxis*. Opladen: Barbara Budrich, 109-130.
- Vogelpohl, Anne; Baumheier, Ulrike (2010): „Realexperimente als Katalysatoren für Quartiersprozesse: Eine resümierende Evaluation“, in: Dieter Läßle, Ulrich Mückenberger, Jürgen Oßenbrügge (Hg.), *Zeiten und Räume der Stadt. Theorie und Praxis*. Opladen: Barbara Budrich, 183-202.
- Baumheier, Ulrike; Fortmann, Claudia; Warsewa, Günter (2010): „Schulen in lokalen Bildungs- und Integrationsnetzwerken. Schlussbericht“. Institut Arbeit und Wirtschaft. September 2010.
- Baumheier, Ulrike; Fortmann, Claudia; Warsewa, Günter (2010): *Schulen in lokalen Bildungs- und Integrationsnetzwerken*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 7/2011. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Baumheier, Ulrike; Fortmann, Claudia (2011): „Ganztagsschulen in Bildungs- und Integrationsnetzwerken im Stadtteil“, in: Karsten Speck, Thomas Olk, Oliver Böhm-Kasper, Heinz-Jürgen Stolz, Christine Wiezorek (Hg.), *Multiprofessionelle Teams an Ganztagsschulen*. Weinheim: Juventa (im Erscheinen).
- Baumheier, Ulrike; Fortmann, Claudia: *Schule und Arbeitsmarkt – Kooperationsbeispiele und Handlungsmöglichkeiten für Kommunen*. Delmenhorst: Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V.
- Baumheier, Ulrike; Fortmann, Claudia; Warsewa, Günter (2011): *Schulen in lokalen Bildungs- und Integrationsnetzwerken*. Wiesbaden: VS Verlag (im Erscheinen).

## Brigitte Beer

- Beer, Brigitte; Mellenthin, Ulrich; Niemeier, Tuku (2006): „Dokumentation zum Fachseminar Interkulturelle Kompetenz im Berufsförderungszentrum der Handwerkskammer Bremen. Institut Arbeit und Wirtschaft. Bremen. April 2006.
- Beer, Brigitte; Niemeier, Tuku: „Bildungskonferenz des Handwerks 2006“. Tagungs-Dokumentation: Stuttgart, 10.-11. Oktober 2006.
- Beer, Brigitte; Hammer, Gerlinde (2006): „Interkulturelle Kommunikations- und Konfliktbearbeitungsstrategien“. Institut Arbeit und Wirtschaft, Arbeitnehmerkammer Bremen. November 2006.
- Beer, Brigitte; Hammer, Gerlinde (2006): „Interkulturelles Kompetenz- und Konflikttraining – Unterrichtsmaterialien Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. November 2006.
- Hammer, Gerlinde; Beer, Brigitte; Schick, Hubertus (2006): „Evaluation der regionalen Entwicklungspartnerschaft „Betriebe in / und Region“. Abschlussbericht“. Institut Arbeit und Wirtschaft. November 2006.
- Hammer, Gerlinde; Beer, Brigitte (2006): „Managing Diversity in der beruflichen Bildung. Bedarf und Bedürfnisse, Strategien und Optimierungsmöglichkeiten aus der Perspektive der Ausbilderinnen und Ausbilder des BFZ / Handwerkskammer Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft, Arbeitnehmerkammer Bremen. März 2006.
- Hammer, Gerlinde; Beer, Brigitte; Niemeier, Tuku (2006): „Managing Diversity in der beruflichen Bildung. Bedarf und Bedürfnisse, Strategien und Optimierungsmöglichkeiten aus der Perspektive der Ausbilderinnen und Ausbilder des BFZ / Handwerkskammer Bremen (Bildungskonferenz 2006)“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Mai 2006.
- Beer, Brigitte; Wachtveitl, Erich (2007): „Leitfaden: Migrationssensible Kompetenzwahrnehmung und Kompetenzentwicklung für die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung im Handwerk“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2007.
- Beer, Brigitte; Hammer Gerlinde (2007): „Handreichung zur Verankerung der „Charta der Vielfalt“ im Handwerk“. Institut Arbeit und Wirtschaft. November 2007.
- Hammer, Gerlinde; Beer, Brigitte (2007): „Workshop-Konzept zur Verankerung der „Charta der Vielfalt“ im Handwerk Bremen“ (<http://www.iaw.uni-bremen.de/downloads/EQUAL-Workshopkonzept2008.pdf>).
- Beer, Brigitte; Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen - Hintergrundinformation zur Handlungsanleitung 1: Der Einstieg – Ist-Analyse, Zielplanung und Organisationsentwicklung“ für Multiplikator/-innen im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2011.
- Beer, Brigitte; Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen - Hintergrundinformationen zu Handlungsanleitung 2: Die moderierte Gefährdungsbeurteilung – Schwerpunkt Muskel-Skelett-Erkrankungen für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juni 2011.
- Beer, Brigitte; Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen – Hintergrundinformationen zu Handlungsanleitung 3: Die moderierte Gefährdungsbeurteilung – Schwerpunkt Hauterkrankungen für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juli 2011.

## Ulf Benedix

- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2006): „Monitoring-Bericht 2005/2: Einsatz des RMQ zur Analyse regionaler Ausbildungspotenziale, Ausbildungspotenzialanalyse: Transport-Umschlag-Lagerei/Logistik“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2006.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2006): „EQUIB-Sonderuntersuchung: Neue Lehr- und Lernformen in der Aus- und Weiterbildung: Bestandsaufnahme der E-Learning-Angebote in der beruflichen Qualifizierung im Lande Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. März 2006.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2006): „Monitoring-Bericht 2006/1: Bauhauptgewerbe – Qualifikationstrends, Ausbildungspotenzialanalyse“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juni 2006.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2006): „Standortfaktor Qualifikation: Perspektiven in der Metropolregion Bremen-Oldenburg“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juni 2006.
- Benedix, Ulf (2006): „Branchenspezifische Qualifikations- und Ausbildungspotenzialanalysen“, in: *Entwicklung eines Fachkräftemonitorings für Brandenburg. Dokumentation des Workshops vom 10.5.2006 im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg*. Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH ([http://www.lasa-brandenburg.de/fileadmin/user\\_upload/MAIN-dateien/veranstaltungen/Doku\\_Fachkr\\_ftemonitoring.pdf](http://www.lasa-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/MAIN-dateien/veranstaltungen/Doku_Fachkr_ftemonitoring.pdf)).
- Benedix, Ulf (2007): „Ausbildungspotenziale in der Logistik in der Region Bremen“, in: Benedikt Peppinghaus, Verena Springer (Hg.), *Logistikqualifikationen. Trends und Berufsprofile*. Bielefeld: Bertelsmann, 65-70.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2006): „Monitoring-Bericht 2006/2: Die Fisch- und Lebensmittelwirtschaft in Bremerhaven“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Oktober 2006.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2007): „Monitoring-Bericht 2006/3: Metall- und Elektroindustrie - Elektrotechnik-Handwerk - Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik-Handwerk“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2007.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2007): „Monitoring-Bericht 2007/1: Die regionale Lebensmittelwirtschaft“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juli 2007.

- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2007): „Monitoring-Bericht 2007/2: Demographischer Wandel und alternsgerechte Personalpolitik“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2007.
- Benedix, Ulf; Gebauer, Günter; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta (2008): „Monitoring-Bericht 2008/1: Robotik im Land Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juni 2008.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta (2009): Betriebliche Expertenbefragung zur Nutzung abschlussorientierter Nachqualifizierung für die Deckung der Regionalen Fachkräfteverbands Bremen. Institut Arbeit und Wirtschaft, Arbeitnehmerkammer Bremen, Bremer Netzwerk Nachqualifizierung. Februar 2009. Zugriff über: [http://bnn-bremen.de/images/pdf/090407\\_berichtiaw.pdf](http://bnn-bremen.de/images/pdf/090407_berichtiaw.pdf) (Zugriff am 2. März 2011).
- Hammer, Gerlinde; Benedix, Ulf (2009): „Bericht über die Ergebnisse der Bestandsaufnahme: Qualifizierungsbausteine in berufs(ausbildungs)vorbereitenden Bildungsgängen und Maßnahmen“. Publikation Projekt OPTI-QUA. Institut Arbeit und Wirtschaft. Oktober 2009.
- Hammer, Gerlinde; Benedix, Ulf (2010): „Erfahrungsbericht aus dem Bremer Projekt EQUIB“, in: Kröcher Uwe; Schwab Herbert; Tute Wiebke (Hg.), *Weiterbildung in Unternehmen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Trends aus Niedersachsen und Bremen*. BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität: Oldenburg, 139-150.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde (2010): „Erfahrungsbericht aus dem Projekt EQUIB“, in: Ute Kröcher, Herbert Schwab, Wiebke Tute (Hg.), *Weiterbildung in Unternehmen zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Trends aus Niedersachsen und Bremen*. Oldenburg: BIS-Verlag, 139-150.
- Hammer, Gerlinde; Benedix, Ulf (2011): „Lernbausteine zur Optimierung der schulischen Berufsausbildungsvorbereitung. Bericht über eine praxisorientierte Entscheidungsfindung in der Auseinandersetzung mit Qualifizierungsbausteinen: Berufsbildungspolitische Diskussionen, Begleitforschung, eigene Bestandsaufnahmen, Schlussfolgerungen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juli 2011.

### Ina Berninger

- Berninger, Ina (2009): „Welche familienpolitischen Maßnahmen fördern die Arbeitsmarktpartizipation von Müttern?“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 61 (3): 355-385.
- Berninger, Ina; Weiß, Bernd; Wagner, Michael (2011): „On the links between employment, partnership quality and the intention to have a first child: The case of West Germany“, *Demographic Research* 24: 579-610.

### Tanja M. Brinkmann

- Brinkmann, Tanja M. (2007): „Wie sich Beruf und Familie vereinbaren lassen“, *Handwerk in Bremen* 7-8/2007: 45.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena; Steinrücke, Margareta (2007): „Auf dem Weg zum familienfreundlichen Betrieb. Gute Praxis aus Bremerhaven und Bremen“, in: *Auf dem Weg zum familienfreundlichen Betrieb*. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft, 1-51.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena (2008): „Mit Familie. Wissenschaftlerinnen untersuchen, was die Erfolgsfaktoren familienbewusster Personalpolitik sind“, *Personal* 6/2008: 28-29.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena; Frede, Patrick; Spitzley, Helmut (2008): „Innovatives Personalmanagement – Elemente einer familienbewussten Unternehmenspolitik“, *Gute Arbeit* 20(11): 28-30.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena (2009): „Auf dem Weg zum familienbewussten Unternehmen – ein hindernisreicher Lernprozess“, *ARBEIT* 18(3): 173-185.
- Brinkmann, Tanja M. (2009): „Familie und Beruf – Herausforderungen für die Zukunft“, *Handwerk in Bremen* 2/2009: 36.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena (2009): „Teilzeitarbeit – Vollzeitmann ‚Teilzeiterwerbstätigkeit von Männern‘. Teilzeitarbeit-Vollzeitmann“, Arbeitnehmerkammer Bremen (Hg.), *Portraits von Männern in Teilzeit*. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen, 6-11.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena (2009): „Ausweg aus der Armut von Alleinerziehenden“, *Spielräume* 44-45/2009: 29-31.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena (2009): „Familienbewusste Arbeitsbedingungen – (K)ein Thema für Betriebs- und Personalräte?“ *WSI-Mitteilungen* 6/2009: 324-330.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena (2009): „Wie kann Vereinbarkeit gelingen? Unternehmenskultur als zentraler Erfolgsfaktor“, *DGB Info-Brief Frau geht vor* 1/2009: 18-19.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena; Steinrücke, Margareta; Richter, Götz (2009): „Teilzeitarbeit - Vollzeitmann. Portraits von Männern in Teilzeit“, in Initiative Neue Qualität der Arbeit (Hg.), *Teilzeitarbeit – Vollzeitmann. Portraits von Männern in Teilzeit*. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen, 3-63.
- Brinkmann, Tanja M. (2009): „Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben aus der betrieblichen Generationenperspektive – Chancen einer Lebensphasenorientierten Personalpolitik, in: Götz Richter (Hg.), *Generationen gemeinsam im Betrieb. Individuelle Flexibilität durch anspruchsvolle Regulierungen*. Bielefeld: Bertelsmann, 95-108.

## Irene Dingeldey

- Dingeldey, Irene (2006): „Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 8-9/2006: 3-9.
- Dingeldey, Irene (2006): „'Holistic Governance' oder die Notwendigkeit reflexiver Gestaltung von Familien- und Arbeitsmarktpolitik. Zur differentiellen Entwicklung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Dänemark, Großbritannien und der Bundesrepublik“, in: Hans Bertram, Helga Krüger, Katharina Spieß (Hg.), *Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung*. Opladen: Barbara Budrich, 359-383.
- Dingeldey, Irene (2007): „Between Workfare and Enablement – The Different Paths to Transformation of the Welfare State: A Comparative Analysis of Activating Labour Market Policies“, *European Journal of Political Research* 46 (6): 823-851.
- Dingeldey, Irene (2007): „Wohlfahrtsstaatlicher Wandel zwischen 'Arbeitszwang und Befähigung'. Eine vergleichende Analyse aktivierender Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, Dänemark und Großbritannien“, *Berliner Journal für Soziologie* 17 (2): 189-209.
- Wendt, Claus, Dingeldey, Irene, Martens, Kerstin, Starke, Peter, Zimmermann, Jochen (2007): „Der Wandel des Interventionsstaates“. TranStateWorking Papers Nr. 50, Series of the CRC 597 Transformations of the State, Bremen.
- Dingeldey, Irene (2008): „Governance und Sozialpolitik: Der aktivierende Wohlfahrtsstaat als Gewährleistungsstaat“, in: Gunnar F. Schuppert, Michael Zürn (Hg.), *PVS Sonderheft 41/2008: Governance in einer sich wandelnden Welt*. Wiesbaden: VS Verlag, 313-329.
- Dingeldey, Irene; Rothgang, Heinz (ed.) (2009): *Governance of Welfare State Reform: A Cross National and Cross Sectoral Comparison of Policy and Politics*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.
- Dingeldey, Irene (2009): „Kinder als Armutsrisiko für Mütter? Kinderbetreuung und familienbezogene Transfers im Ländervergleich“. ZGF (Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau), Programmierte Frauenarmut? Armutsrisiken von Frauen im Lebensverlauf: Problemanalysen und Lösungsstrategien ([http://www.frauen.bremen.de/sixcms/media.php/13/doku\\_frauenarmut\\_2008\\_web.pdf](http://www.frauen.bremen.de/sixcms/media.php/13/doku_frauenarmut_2008_web.pdf)).
- Dingeldey, Irene; Rothgang, Heinz (2009): „Governance and Comparative Welfare State Research“, in: Irene Dingeldey, Heinz Rothgang (eds.), *Governance of Welfare State Reform. A Cross National and Cross Sectoral Comparison of Policy and Politics*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, 1-21.
- Dingeldey, Irene; Rothgang, Heinz (2009): „Conclusion: The Governance of Welfare State Reform“, in: Irene Dingeldey, Heinz Rothgang (eds.), *Governance of Welfare State Reform. A Cross National and Cross Sectoral Comparison of Policy and Politics*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, 238-250.
- Dingeldey, Irene (2009): „Changing Forms of Governance as Welfare State Restructuring. Activating Labour Market Policies in Denmark, the UK and Germany“, in: Irene Dingeldey, Heinz Rothgang (eds.), *Governance of Welfare State Reform. A Cross National and Cross Sectoral Comparison of Policy and Politics*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, 69-93.
- Dingeldey, Irene (2009): Activating Labour Market Policies and the Restructuring of 'Welfare' and 'State'. A comparative View on Changing Forms of Governance. ZeS-Arbeitspapier 1/2009, Bremen: Zentrum für Sozialpolitik.
- Dingeldey, Irene (2010): „Agenda 2010: Dualisierung der Arbeitsmarktpolitik“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 45/2010: 18-32.
- Dingeldey, Irene (2010): „Activating Labour Market Policy in a 'Bismarckian' Welfare State – Old and New Divisions of Social Rights and Citizenship in Germany“, in: Anne Neville (ed.), *Human Rights and Social Policy: A Comparative Analysis of Values and Citizenship in OECD Countries*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, 65-83.
- Dingeldey, Irene (2011): „Varianten des aktivierenden Wohlfahrtsstaates. Eine vergleichende Analyse zum Wandel von Staatlichkeit und Governance in der Arbeitsmarktpolitik“. Bremen: Universität Bremen (Habilitationsschrift).
- Dingeldey, Irene (2011): „Fragmented Governance Continued: The German Case“, in: Rik van Berkel, Willibrord de Graaf, Tomáš Sirovatka (eds.), *The Governance of Welfare States in Europe*. Houndmills/Basingstoke, Hampshire: Palgrave (forthcoming).
- Dingeldey, Irene (2011): „Germany: moving towards integration whilst maintaining segmentation“, in: Jochen Clasen; Daniel Clegg (eds.): *Unemployment Protection Systems and Labour Market Change in Europe*. Oxford: Oxford University Press (forthcoming).
- Dingeldey, Irene; Sopp, Peter; Wagner, Alexandra (2012): „Governance des Einkommensmix: Geringfügige Beschäftigung plus ALG II-Bezug“, *WSI-Mittelungen* 1/2012 (im Erscheinen).

## Rainer Dombois

- Dombois, Rainer (2006): „Auf dem Wege zur Globalisierung sozialer Rechte?“, in: Stephan Moebius, Gerd Schäfer (Hg.), *Soziologie als Gesellschaftskritik*. Hamburg: VSA, 206-225.
- Dombois, Rainer (2006): „Sozialklauseln in Freihandelsabkommen – ein wirksames Mittel internationaler Arbeitsregulierung?“, *Industrielle Beziehungen* 13: 238-252.
- Dombois, Rainer (2006): „La regulación laboral internacional en los Tratados de Libre Comercio – el caso del Acuerdo de Cooperación Laboral de América del Norte entre México, Canadá y los Estados Unidos“, *Foro Internacional* 46: 741-762.
- Dombois, Rainer (2006): „Korporatistische Paradoxien. Zu den Veränderungen der institutionellen Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika am Beispiel der Arbeitsrechtsreformen“, *Lateinamerika Analysen* 14: 3-36.
- Dombois, Rainer; Holtrup, André; Mehlig, Peter; Peter, Lothar; Reihert, Claudia; Spitzley, Helmut; Voss, Jenna; Warssewa, Günter (2007): *Gesellschaftliche Modernisierung und Regulierung von Arbeit*. Abschlussbericht des Projektverbunds ‚Gesellschaftlicher Wandel und neue Regulierungsmuster von Arbeit. IAW- Forschungsbericht 13. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

- Dombois, Rainer (2007): „Anne Gray, Unsocial Europe. Social Protection or Flexplotation?“ *Contemporary Sociology*, 36: 169.
- Dombois, Rainer; Koutsoutsos, Anja (2007): *Privatisation in European Ports*. IAW-Arbeitspapier 19. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Dombois, Rainer (2008): „La regulación laboral internacional en los Tratados de Libre Comercio de Estados Unidos“, in: Carmen Marina López Pino; Luis Guillermo López Rodríguez; Javier Armando Pineda Duque; Samuel Vanegas Mahecha (eds.), *Vías y escenarios de la transformación laboral: Aproximaciones teóricas y nuevos problemas*. Bogotá: Editorial Universidad del Rosario, 81-104.
- Dombois, Rainer (2009): „Die VW-Affäre – Lehrstück über die Risiken deutschen Co-Managements?“, *Industrielle Beziehungen* 16 (3): 207-231.
- Dombois, Rainer (2009): Die VW-Affäre und ihre Lehren für die deutsche Mitbestimmungsforschung (Langfassung). (<http://www.iaw.uni-bremen.de/downloads/Dombois-VW-Langfassung.pdf>).
- Dombois, Rainer (2009): „Von organisierter Korruption zu individuellem Korruptionsdruck? Sozialwissenschaftliche Einblicke in die Siemens-Korruptionsaffäre“, in: Peter Graeff; Karenina Schröder, Sebastian Wolf (Hg.), *Der Korruptionsfall Siemens, Analysen und praxisnahe Folgerungen des wissenschaftlichen Arbeitskreises von Transparency International Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 131-150.
- Dombois, Rainer (2010) „Decent Work' durch Selbstverpflichtungen Transnationaler Unternehmen?“, in: Guido Becke, Peter Bleses, Wolfgang Ritter, Sandra Schmidt (Hg.), *Decent Work? Arbeitspolitische Gestaltungsperspektive für eine globalisierte und flexibilisierte Arbeitswelt*. Wiesbaden: VS Verlag, 37-51.
- Bauer, Waldemar; Bleck-Neuhaus, Jörn; Dombois, Rainer (2010): „El desarrollo de proyectos de investigación. Un guía para un seminario“. DAAD.

### Charlotte Dorn

- Dorn, Charlotte; Rettke, Ursula (2006): „Woman Entrepreneurship – innovative Ansätze der beruflichen Weiterbildung für Frauen“, *Berichte zur Beruflichen Bildung* 78/2006: 198-212.
- Dorn, Charlotte; Hammer, Gerlinde; Schick, Hubertus (2007): „Innovation-Evaluation-Professionalisierung - ein modernes wissenschaftlich fundiertes Begleitkonzept mit einem Einführungskurs für potentielle Partner/-innen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2007.
- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula (2007): „WomenExist. Ein Lern- und Informationssystem für Frauen, die nach oben wollen. DVD und Booklet“. Institut Arbeit und Wirtschaft. November 2007
- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; Fietz, Brigitte (2008): „StartFit unterstützt Existenzgründer durch ein Netzwerk“. *Wirtschaft an Strom und Meer* 03/2008: 13-14
- Dorn, Charlotte; Rettke, Ursula (2008): „Reader zur Fachtagung: Frauen in Führung und an die Spitze. Unternehmerische Kompetenzen für Karriere und Existenzgründung“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Mai 2008.
- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula (2008): „Verbundprojekt WomenExist“, in: BMBF, Referat für Chancengerechtigkeit in Bildung und Forschung (Hg.), *Power für Gründerinnen. Maßnahmen zur Mobilisierung des Gründungspotenzials von Frauen*. Bielefeld: Bertelsmann, 68-70.
- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; Fietz, Brigitte (2008): „StartPlan – Informationen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer in Bremerhaven“. Institut Arbeit und Wirtschaft. April 2008.
- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; Fietz, Brigitte (2009): „StartBox – Was sollten Sie bei der Existenzgründung zum Thema Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz wissen? 14 Fragen und Antworten“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2009.
- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; Fietz, Brigitte (2009): „StartInfo: Gesund und sicher ein Unternehmen gründen – Informationen, Erfahrungen, Beispiele aus der Gründungs- und Unternehmenspraxis“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2009.
- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; König, Manfred (2010): „Gesundheitsbewusstsein und Kompetenzprofil "Arbeitssicherheit und Prävention in kleinen und kleinsten Unternehmen" Auswertung einer qualitativen Befragung“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2010.
- Dorn, Charlotte; König, Manfred; Rettke, Ursula; Scheckerka, Hartmut (2010): „Recherche zu „Migration und Gesundheit“. Ergebnisse und Defizite der Gesundheitsforschung. Datenlage im Land Bremen. Ansätze zur interkulturellen Öffnung im Land Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2010

### Lothar Dorn

- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula (2007): „WomenExist. Ein Lern- und Informationssystem für Frauen, die nach oben wollen. DVD und Booklet“. Institut Arbeit und Wirtschaft. November 2007.
- Dorn, Lothar; Rettke, Ursula (2008): „Kompetenzprofil Woman Entrepreneurship – Neubestimmungen für die Entrepreneurship- und Existenzgründungsforschung“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2008.
- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula (2008): „Verbundprojekt WomenExist“, in: BMBF, Referat für Chancengerechtigkeit in Bildung und Forschung (Hg.), *Power für Gründerinnen. Maßnahmen zur Mobilisierung des Gründungspotenzials von Frauen*. Bielefeld: Bertelsmann, 68-70.

- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; Fietz, Brigitte (2008): „StartPlan - Informationen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer in Bremerhaven“. Institut Arbeit und Wirtschaft. April 2008.
- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; Fietz, Brigitte (2008): „StartFit unterstützt Existenzgründer durch ein Netzwerk“. *Wirtschaft an Strom und Meer* 03/2008: 13-14.
- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; Fietz, Brigitte (2009): „StartBox – Was sollten Sie bei der Existenzgründung zum Thema Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz wissen? 14 Fragen und Antworten“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2009.
- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; Fietz, Brigitte (2009): „StartInfo: Gesund und sicher ein Unternehmen gründen – Informationen, Erfahrungen, Beispiele aus der Gründungs- und Unternehmenspraxis“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2009.
- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; König, Manfred (2010): „Gesundheitsbewusstsein und Kompetenzprofil "Arbeitssicherheit und Prävention in kleinen und kleinsten Unternehmen" Auswertung einer qualitativen Befragung“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2010.

### **Martyn Douglas**

- Douglas, Martyn; Warsewa, Günter (2010): Demografie-Bericht. Auswirkungen und Handlungsempfehlungen zum demografischen Wandel im Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen (<http://www.iaw.uni-bremen.de/ccm/content/mitteilungen/2010/demografiebericht-2010.de>).
- Nischwitz, Guido; Douglas, Martyn; Buhr, Lorina; Knutz, Thade (2011): „Analyse von raumbezogenen Messkonzepten“. Arbeitspapier 1 der Fachtagung. Bremen (unveröffentlicht).
- Nischwitz, Guido; Douglas, Martyn; Knutz, Thade (2011): „Bestandsaufnahme regionaler Raumbereobachtungs- und Monitoringsysteme in deutschen Metropolregionen“. Arbeitspapier 2 der Fachtagung. Bremen (unveröffentlicht).

### **Dorothea Drinda**

- Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2006): *Stadtteilkonzept Osterholz*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.
- Drinda, Dorothea; Kirk, Matthias; Warsewa, Günter (2006): *Stadtteilkonzept Horn-Lehe*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.
- Drinda, Dorothea; Kirk, Matthias; Warsewa, Günter (2007): *Stadtteilkonzept Blumenthal*. Bremen: Der Senatort für Bau, Verkehr und Europa.
- Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2007): *Stadtteilkonzept Findorff*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.
- Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2008): *Stadtteilkonzept Obervieland*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.
- Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2008): *Stadtteilkonzept Huchting*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.

### **Brigitte Fietz**

- Fietz, Brigitte; Hammer, Gerlinde; Wachtveitl, Erich (2006): „Projekt ExAM-Plus. Externes Ausbildungs-Management Ausbildungspotenziale im Handwerk in Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. März 2006.
- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; Fietz, Brigitte (2008): „StartPlan – Informationen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer in Bremerhaven“. Institut Arbeit und Wirtschaft. April 2008
- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; Fietz, Brigitte (2009): „StartBox – Was sollten Sie bei der Existenzgründung zum Thema Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz wissen? 14 Fragen und Antworten“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2009.
- Dorn, Charlotte; Dorn, Lothar; Rettke, Ursula; Fietz, Brigitte (2009): „StartInfo: Gesund und sicher ein Unternehmen gründen – Informationen, Erfahrungen, Beispiele aus der Gründungs- und Unternehmenspraxis“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2009.
- Fietz, Brigitte; Gebauer, Günter; Hammer, Gerlinde (2011): „Die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Einstellungsgründe und Einstellungshemmnisse – Akzeptanz der Instrumente zur Integration“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2011.
- Fietz, Brigitte; Hammer, Gerlinde (2011): „Die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Einstellungsgründe und Einstellungshemmnisse – Akzeptanz der Instrumente zur Integration. Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung in Unternehmen des Landes Bremen“, *Behindertenrecht* 50 (5): im Erscheinen.

### **Claudia Fortmann**

- Heisig, Ulrich; Fortmann, Claudia; Richter, Götz (2007): „Das Lernnetzwerk Bremen. Abschließender Evaluationsbericht“. LernNetzwerk Bremen. März 2007.
- Baumheier; Ulrike; Fortmann, Claudia; Warsewa, Günter (2010): „Schulen in lokalen Bildungs- und Integrationsnetzwerken. Schlussbericht“. Institut Arbeit und Wirtschaft. September 2010.

- Baumheier, Ulrike; Fortmann, Claudia; Warsewa, Günter (2010): *Schulen in lokalen Bildungs- und Integrationsnetzwerken*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 7/2011. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Baumheier, Ulrike; Fortmann, Claudia (2011): „Ganztagsschulen in Bildungs- und Integrationsnetzwerken im Stadtteil“, in: Karsten Speck, Thomas Olk, Oliver Böhm-Kasper, Heinz-Jürgen Stolz, Christine Wiezorek (Hg.), *Multiprofessionelle Teams an Ganztagsschulen*. Weinheim: Juventa (im Erscheinen).
- Fortmann, Claudia; von Rittern, Roy; Warsewa, Günter (2011): Zum Umgang mit Diversität und Heterogenität in Bildungslandschaften. Eine Expertise im Auftrag der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 9/2011. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Baumheier, Ulrike; Fortmann, Claudia: *Schule und Arbeitsmarkt – Kooperationsbeispiele und Handlungsmöglichkeiten für Kommunen*. Delmenhorst: Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V.
- Baumheier, Ulrike; Fortmann, Claudia; Warsewa, Günter (2011): *Schulen in lokalen Bildungs- und Integrationsnetzwerken*. Wiesbaden: VS Verlag (im Erscheinen).

## Rena Fehre

- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena; Steinrücke, Margareta (2007): „Auf dem Weg zum familienfreundlichen Betrieb. Gute Praxis aus Bremerhaven und Bremen“, in: *Auf dem Weg zum familienfreundlichen Betrieb*. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft, 1-51.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena (2008): „Mit Familie. Wissenschaftlerinnen untersuchen, was die Erfolgsfaktoren familienbewusster Personalpolitik sind“. *Personal* 6/2008: 28-29.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena; Frede, Patrick; Spitzley, Helmut (2008): „Innovatives Personalmanagement – Elemente einer familienbewussten Unternehmenspolitik“, *Gute Arbeit* 20(11): 28-30.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena (2009): „Auf dem Weg zum familienbewussten Unternehmen – ein hindernisreicher Lernprozess“, *ARBEIT* 18 (3): 173-185.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena (2009): „Teilzeitarbeit – Vollzeitmann ‚Teilzeiterwerbstätigkeit von Männern‘. Teilzeitarbeit-Vollzeitmann“, *Arbeitsnehmerkammer Bremen* (Hg.), *Portraits von Männern in Teilzeit*. Bremen: Arbeitsnehmerkammer Bremen, 6-11.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena (2009): „Ausweg aus der Armut von Alleinerziehenden“, *Spielräume* 44-45/2009: 29-31.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena (2009): „Familienbewusste Arbeitsbedingungen – (K)ein Thema für Betriebs- und Personalräte?“ *WSI-Mitteilungen* 6/2009: 324-330.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena (2009): „Wie kann Vereinbarkeit gelingen? Unternehmenskultur als zentraler Erfolgsfaktor“, *DGB Info-Brief Frau geht vor* 1/2009: 18-19.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena; Steinrücke, Margareta; Richter, Götz (2009) : „Teilzeitarbeit - Vollzeitmann. Portraits von Männern in Teilzeit“, in Initiative Neue Qualität der Arbeit (Hg.), *Teilzeitarbeit – Vollzeitmann. Portraits von Männern in Teilzeit*. Bremen: Arbeitsnehmerkammer Bremen, 3-63.
- Fehre, Rena (2009): „Nicht nur am Feierabend“. *Kinderzeit* 10/2009: 11.
- Fehre, Rena; Lauf, Maren; Purnhagen, Kerstin (2011): „Lebensphasenorientierte Personalpolitik – ein Impulsgeber für die Zukunft. Gute Praxisbeispiele familienfreundlicher Unternehmen und Institutionen aus dem Lande Bremen“, Broschüre *Lebensphasenorientierte Personalpolitik – ein Impulsgeber für die Zukunft*: 1-32.

## Patrick Frede

- Frede, Patrick; Spitzley, Helmut (2006): „„Agenda Setting“ für eine familienbewusste Gestaltung der Arbeitswelt“, in: *Stadtgespräche* 6: 16.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena; Frede, Patrick; Spitzley, Helmut (2008): „Innovatives Personalmanagement – Elemente einer familienbewussten Unternehmenspolitik“, *Gute Arbeit* (2011): 28-30.

## Pieter Hagen-Torn

- Hagen-Torn, Pieter; Hildebrandt, Änne; Hummel, Babara; Nordloh, Eugen (2007): „Leitfaden zur Planung, Umsetzung, Evaluation und Dokumentation von Lernprojekten zur Förderung des lebenslangen Lernens“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2007.
- Hagen-Torn, Pieter; Hildebrandt, Änne; Hammer, Gerlinde; von Flatow, Sybille (2007): „Lernprojekte mit Ernstcharakter Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2007.

## Gerlinde Hammer

- Fietz, Brigitte; Hammer, Gerlinde; Wachtveitl, Erich (2006): „Projekt ExAM-Plus. Externes Ausbildungs-Management Ausbildungspotenziale im Handwerk in Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. März 2006.
- Hammer, Gerlinde; Beer, Brigitte; Schick, Hubertus (2006): „Evaluation der regionalen Entwicklungspartnerschaft „Betriebe in / und Region“. Abschlussbericht“. Institut Arbeit und Wirtschaft. November 2006.

- Hammer, Gerlinde; Beer, Brigitte (2006): „Managing Diversity in der beruflichen Bildung. Bedarf und Bedürfnisse, Strategien und Optimierungsmöglichkeiten aus der Perspektive der Ausbilderinnen und Ausbilder des BFZ / Handwerkskammer Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft, Arbeitnehmerkammer Bremen. März 2006.
- Hammer, Gerlinde; Beer, Brigitte; Niemeier, Tuku (2006): „Managing Diversity in der beruflichen Bildung. Bedarf und Bedürfnisse, Strategien und Optimierungsmöglichkeiten aus der Perspektive der Ausbilderinnen und Ausbilder des BFZ / Handwerkskammer Bremen (Bildungskonferenz 2006)“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Mai 2006.
- Beer, Brigitte; Hammer, Gerlinde (2006): „Interkulturelle Kommunikations- und Konfliktbearbeitungsstrategien“. Institut Arbeit und Wirtschaft, Arbeitnehmerkammer Bremen. November 2006.
- Beer, Brigitte; Hammer, Gerlinde (2006): „Interkulturelles Kompetenz- und Konflikttraining – Unterrichtsmaterialien Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. November 2006.
- Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta (2007): „Zukunftsbranche Gesundheitswirtschaft: Trends und Qualifikationsanforderungen. Arbeitspapier mit einer Bestandsaufnahme für das Land Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. August 2007.
- Hammer, Gerlinde; Hübner, Norbert; Kostov, Iskra Heja (2006): „Monitoring-Bericht 2005/2: Einsatz des RMQ zur Analyse regionaler Ausbildungspotenziale, Ausbildungspotenzialanalyse: Transport-Umschlag-Lagerei/Logistik“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2006.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2006): „EQUIB-Sonderuntersuchung: Neue Lehr- und Lernformen in der Aus- und Weiterbildung: Bestandsaufnahme der E-Learning-Angebote in der beruflichen Qualifizierung im Lande Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. März 2006.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2006): „Monitoring-Bericht 2006/1: Bauhauptgewerbe – Qualifikationstrends, Ausbildungspotenzialanalyse“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juni 2006.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2006): „Standortfaktor Qualifikation: Perspektiven in der Metropolregion Bremen-Oldenburg“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juni 2006.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2006): „Monitoring-Bericht 2006/2: Die Fisch- und Lebensmittelwirtschaft in Bremerhaven“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Oktober 2006.
- Dorn, Charlotte; Hammer, Gerlinde; Schick, Hubertus (2007): „Innovation-Evaluation-Professionalisierung – ein modernes wissenschaftlich fundiertes Begleitkonzept mit einem Einführungskurs für potentielle Partner/-innen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2007.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2007): „Monitoring-Bericht 2006/3: Metall- und Elektroindustrie - Elektrotechnik-Handwerk - Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik-Handwerk“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2007.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2007): „Monitoring-Bericht 2007/1: Die regionale Lebensmittelwirtschaft“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juli 2007.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta; Schick, Hubertus (2007): „Monitoring-Bericht 2007/2: Demographischer Wandel und altersgerechte Personalpolitik“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2007.
- Hammer, Gerlinde; Hübner, Norbert; Kostov, Iskra Heja (2007): „Wie lernt man, wie man lernt? Reflexionsmethoden für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Oktober 2007.
- Hammer, Gerlinde; Hübner, Norbert; Kostov, Iskra Heja (2007): „Wie lernt man, zusammenzuarbeiten?“. Institut Arbeit und Wirtschaft. August 2007.
- Hammer, Gerlinde; Kretzer, Susanne (2007): „Ausbildungspotenzialanalyse für ausgewählte Freie Berufe und den Garten- und Landschaftsbau“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2007.
- Hammer, Gerlinde; Röhrig, Rolf (2007): „Mathematikdefizite bei Bildungsbenachteiligten Jugendlichen in beruflichen Bildungsgängen. Eine Förderbedarfsanalyse für Lehrende und Lernende (Bremen/Bremerhaven 2007)“. Institut Arbeit und Wirtschaft. April 2007.
- Hammer, Gerlinde; Krebs, Reiner (2007): „Integration Interkulturelle Kompetenz in die Meisterausbildung im Handwerk: Konzeptionelle Inhalte, Impulsreferate, Präsentation, Unterrichtseinheiten Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2007.
- Beer, Brigitte; Hammer, Gerlinde (2007): „Handreichung zur Verankerung der ‚Charta der Vielfalt‘ im Handwerk“. Institut Arbeit und Wirtschaft. November 2007.
- Hammer, Gerlinde; Beer, Brigitte (2007): „Workshop-Konzept zur Verankerung der ‚Charta der Vielfalt‘ im Handwerk Bremen“ (<http://www.iaw.uni-bremen.de/downloads/EQUAL-Workshopkonzept2008.pdf>).
- Hagen-Torn, Pieter; Hildebrandt, Anne; Hammer, Gerlinde; von Flatow, Sybille (2007): „Lernprojekte mit Ernstcharakter Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2007.
- Hammer, Gerlinde; Krebs, Reiner (2007): „Integration Interkultureller Kompetenz in die Meisterausbildung im Handwerk: Konzeptionelle Inhalte, Impulsreferate, Präsentation, Unterrichtseinheiten Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2007.
- Hammer, Gerlinde (2008): „Markt der Lernprojekte“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2008.
- Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta (2008): „Zur Situation der Altbewerber/-innen im Land Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. August 2008.
- Hammer, Gerlinde; Schöll, Norbert (2008): „Präventiv geplanter und gut organisierter Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Ein Leitfaden für Pflegeeinrichtungen. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2008.
- Hammer, Gerlinde; Schöll, Norbert; Hübner, Norbert (2008): „Interkulturelle Öffnung – Ein Leitfaden für Pflegeeinrichtungen Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2008.

- Hammer, Gerlinde; Kuhr, Gundi (2008): „Integration von Diversity in die Altenpflege“. Ein Leitfaden für Pflegeeinrichtungen. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2008.
- Hammer, Gerlinde; Hübner, Norbert (2008): „Reflexionsmethoden in Lernprojekten für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf“, in: Ilona Diesner, Dieter Euler, Günter Pätzold, Bernadette Thomas, Julia von der Burg (Hg.), *Selbstgesteuertes und kooperatives Lernen. Good-Practice-Beispiele aus dem Modellversuchsprogramm SKOLA*. Paderborn: Eusl-Verlagsgesellschaft mbH, 2008, 117-126.
- Hammer, Gerlinde; Hübner, Norbert (2008): „Abschlussbericht zum BLK-Modellversuch SESEKO – Selbstwirksamkeit durch Selbststeuerung und kooperatives Lernen für benachteiligte Jugendliche in der Berufsbildung und ihr pädagogisches Personal“. Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Freie Hansestadt Bremen. Dezember 2008
- Benedix, Ulf; Gebauer, Günter; Hammer, Gerlinde; Knuth, Jutta (2008): „Monitoring-Bericht 2008/1: Robotik im Land Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juni 2008.
- Hammer, Gerlinde (2008): „Null Bock auf lernen? Einführung eines lernfördernden Bildungsarrangements in der Berufsorientierung an den Gewerblichen Lernanstalten Bremerhaven. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juli 2008.
- Hammer, Gerlinde (Hg.) (2008): Markt der Lernprojekte. Jugendliche agieren kompetent. Tagungsdokumentation. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Hammer, Gerlinde; Benedix, Ulf; Knuth, Jutta (2009): „Betriebliche Expertenbefragung zur Nutzung abschlussorientierter Nachqualifizierung für die Deckung der Regionalen Fachkräfteverbands Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft, Arbeitnehmerkammer Bremen, Bremer Netzwerk Nachqualifizierung. Februar 2009. ([http://bnn-bremen.de/images/pdf/090407\\_berichtiaw.pdf](http://bnn-bremen.de/images/pdf/090407_berichtiaw.pdf)).
- Hammer, Gerlinde; Benedix, Ulf (2009): „Bericht über die Ergebnisse der Bestandsaufnahme: Qualifizierungsbausteine in berufs(ausbildungs)vorbereitenden Bildungsgängen und Maßnahmen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Oktober 2009.
- Hammer, Gerlinde; Gebauer, Günter; Feldmann, Bernd (2010): „Qualifizierungsangebote im Land Bremen und Handlungsempfehlungen für die abschlussorientierte Nachqualifizierung“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juli 2010.
- Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2010): „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen – Handlungsanleitung 1: Der Einstieg – Ist-Analyse, Zielplanung und Organisationsentwicklung“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Oktober 2010.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde (2010): „Erfahrungsbericht aus dem Projekt EQUIB“, in: Ute Kröcher, Herbert Schwab, Wiebke Tute (Hg.), *Weiterbildung in Unternehmen zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Trends aus Niedersachsen und Bremen*. Oldenburg: BIS-Verlag, 139-150.
- Fietz, Brigitte; Gebauer, Günter; Hammer, Gerlinde (2011): „Die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Einstellungsgründe und Einstellungshemmnisse – Akzeptanz der Instrumente zur Integration“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2011.
- Beer, Brigitte; Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen – Hintergrundinformation zur Handlungsanleitung 1: Der Einstieg – Ist-Analyse, Zielplanung und Organisationsentwicklung“ für Multiplikator/-innen im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2011.
- Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen – Handlungsanleitung 2: Die moderierte Gefährdungsbeurteilung – Schwerpunkt Muskel-Skelett-Erkrankungen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Mai 2011.
- Beer, Brigitte; Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen – Hintergrundinformationen zu Handlungsanleitung 2: Die moderierte Gefährdungsbeurteilung – Schwerpunkt Muskel-Skelett-Erkrankungen für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juni 2011.
- Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen – Handlungsanleitung 3: Die moderierte Gefährdungsbeurteilung – Schwerpunkt Hauterkrankungen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juli 2011.
- Beer, Brigitte; Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen – Hintergrundinformationen zu Handlungsanleitung 3: Die moderierte Gefährdungsbeurteilung – Schwerpunkt Hauterkrankungen für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juli 2011.
- Hammer, Gerlinde; Benedix, Ulf (2011): „Lernbausteine zur Optimierung der schulischen Berufsausbildungsvorbereitung. Bericht über eine praxisorientierte Entscheidungsfindung in der Auseinandersetzung mit Qualifizierungsbausteinen: Berufsbildungspolitische Diskussionen, Begleitforschung, eigene Bestandsaufnahmen, Schlussfolgerungen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juli 2011.
- Hammer, Gerlinde; Hildebrandt, Anne; Nordloh, Eugen; Kretzer, Susanne (2011): „Handbuch zum Schüler/-innen-Betriebspraktikum in der Berufsvorbereitung. Zehn Unterrichtseinheiten mit „Ernstcharakter“ zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des Betriebspraktikums. Eine Veröffentlichung des Projektes ABO“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Oktober 2011.
- Benedix, Ulf; Hammer, Gerlinde (2011): „Dokumentation von Lernbausteinen in der Berufsvorbereitung für die Berufsfelder Elektro-/Metall, Hauswirtschaft und Kaufmann/-frau. Abschlussbericht des Projektes Opti-Qua“. Institut Arbeit und Wirtschaft. November 2011.
- Hübner, Norbert; Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Gesundheitsschutz in der Pflege – Herausforderung für Betriebe und Mitarbeitervertretungen“, *Bremer Arbeitnehmer Magazin* 4/2011: 12-13.

Fietz, Brigitte; Hammer, Gerlinde (2011): „Die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Einstellungsgründe und Einstellungshemmnisse – Akzeptanz der Instrumente zur Integration. Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung in Unternehmen des Landes Bremen“, *Behindertenrecht* 50 (5): im Erscheinen.

### André W. Heinemann

Heinemann, André W. (2009): „Fiskalische Aspekte bei Fusionen von Flächenländern mit Stadtstaaten“, *Wirtschaftsdienst* 89 (10): 674-683.

Heinemann, André W. (2009): „Föderalismusreform II – Ergebnisse und weiterer Reformbedarf“, *Verwaltung & Management* 15 (3): 136-145.

Heinemann, André W.; Knorr, Andreas; Eisenkopf, Alexander (2010): „The Theory of ‚Two-sided Markets‘ and its Implications for Financing Seaport Infrastructure: The Case of Germany“, in: Hong Kong Society for Transportation Studies (ed.), *Proceedings of the 15th HKSTS International Conference*. Hongkong.

Heinemann, André W. (2010): „Die neue Schuldenbremse für Bund und Länder“, *Bremer Arbeitnehmer Magazin* 3/2010, 6-7.

Heinemann, André W.; Link Anja (2010): „Schuldenbremse und Neuverschuldungsverbot: Rahmenbedingungen und Herausforderungen für das Konsolidierungsland Bremen“. Arbeitnehmerkammer Bremen. Oktober 2010.

Heinemann, André W. (2011): „Das ‚Transferdilemma‘ in Deutschland am Beispiel der Übernahme überdurchschnittlicher Kosten der Eigenstaatlichkeit durch den Bundesstaat“. *Wirtschaftsdienst* (im Erscheinen).

Heinemann, André W. (2011): „Hochschulfinanzierung in Zeiten der Schuldenbremse – Das Beispiel Bremen“, in: Arbeitnehmerkammer Bremen (Hg.), *Überreformiert, unterfinanziert und prekariert? Entwicklung Bremischer Hochschulen und ihrer wissenschaftlich Beschäftigten*. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen (im Erscheinen).

### Ulrich Heisig

Heisig, Ulrich; Fortmann, Claudia; Richter, Götz (2007): „Das Lernnetzwerk Bremen. Abschließender Evaluationsbericht“. LernNetzwerk Bremen. März 2007.

Heisig, Ulrich (2008): Rezension zu Jörg Flecker und Sabine Kirschenhofer: „Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs“, *Arbeit* 17 (2): 141-142.

Heisig, Ulrich (2009): „Wandel von Arbeitsperspektiven zwischen den Generationen“, in: Götz Richter (Hg.), *Generationen gemeinsam im Betrieb*. Bielefeld: Bertelsmann, 35-56.

Heisig, Ulrich (2009): „The Deskilling and Upskilling Debate“, in: Rupert Maclean, David Wilson (eds.): *International Handbook of Education for the Changing World of Work*. Heidelberg: Springer for Science and Business Media, B.r., 4, 1639-1652.

Heisig, Ulrich (2010): „Betrieblicher Wandel aus Arbeitnehmersicht“, *Soziologische Revue* 33 (4): 541-548.

### Rudolf Hickel (Auswahl)

Hickel, Rudolf (2006): „Zukunft für den Stadtstaat Bremen in der Region“, *Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* 6 (1): 16-17.

Hickel, Rudolf (2006): „Deutschland, dein Wachstum. Fragen an die Ökonomen Rudolf Hickel und Michael Hüther“, *Praxis Politik* 6 (1).

Hickel, Rudolf (2006): „Schwarz-rote Placebopolitik“, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 51 (1): 9-13.

Hickel, Rudolf (2006): „Die Zukunft des Stadtstaates Bremen in und mit der Region“, in: Günter Dannemann; Stefan Luft (Hg.), *Die Zukunft der Stadtstaaten. Extreme Haushaltsnotlagen und begründete Sanierungsleistungen*. Bremen: Kellner: 93-118.

Hickel, Rudolf (2006): „Haben wir das wirklich alles verdient? Billiglohnland, Arbeitszeitverlängerung und großkoalitionäre Zumutungen“, in: Frank Lorenz; Günter Schneider (Hg.), *Haben wir das verdient? Verteilungsgerechtigkeit, solidarische Lohnpolitik und betriebliche Vergütungsregelungen*. Hamburg: VSA, 59-74.

Hickel, Rudolf (2006): *Kassensturz – Sieben Gründe für eine andere Wirtschaftspolitik*. Reinbek: Rowohlt.

Hickel, Rudolf (2006): „Der Kampfbegriff Basarökonomie“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.), *Der Sound des Sachzwangs: Der Globalisierungsreader*. Bonn, Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, 215-218.

Hickel, Rudolf (2007): „Kritische Hinweise zu P. Kalmbach über Mindestlohn in Deutschland“, *Wirtschaftsdienst* 87 (10): 696-698.

Hickel, Rudolf (2007): „Unternehmensteuerreformgesetz 2008“. Stellungnahme im Rahmen der Anhörung des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag. Berlin, 24. April 2007.

Hickel, Rudolf (2007): „Einführung einer Abgeltungsteuer“. Stellungnahme im Rahmen der Anhörung des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag. Berlin, 9. Juli 2007.

Hickel, Rudolf (2007): „Steueränderungsgesetz 2007“. Stellungnahme im Rahmen der Anhörung des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag. Berlin, 8. Oktober 2007.

Hickel, Rudolf (2007): „Die Krise des Spekulationskapitalismus“, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2007.

Hickel, Rudolf (2008): „Reform des Erbschaft- und Bewertungsteuerrechts“. Stellungnahme im Rahmen der Anhörung des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag. Berlin, 7. März 2008.

Hickel, Rudolf (2008): „Keynes und Kasinokapitalismus“, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2008: 105-107.

- Hickel, Rudolf (2008): „Mit Robin Hood aus der Krise“, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2008: 9-12.
- Hickel, Rudolf (2009): „Milliardenverbrecher Steuerhinterziehung“, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2010: 57-65.
- Hickel, Rudolf (2009): „Koalition der ökonomischen Unvernunft“, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2009: 5-8.
- Hickel, Rudolf (2009): „Plädoyer für einen regulierten Kapitalismus“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 20/2009: 13-19.
- Hickel, Rudolf (2009): „Kapitalismus heute: Blick in den Abgrund“, *Die Gazette – Das Politische Kulturmagazin* 21/2009: 14-19.
- Hickel, Rudolf (2009): „Ein neuer Krisentyp – Export- und finanzmarktgetriebener Kapitalismus“, in: Hermannus Pfeiffer (Hg.), *Land in Sicht? Die Krise, die Aussichten*. Köln: PapyRossa Verlag.
- Hickel, Rudolf (2009): „Plädoyer für einen regulierten Kapitalismus“, in: Elmar Altvater et al. (Hg.), *Krisen-Analysen*. Hamburg: VSA, 73.
- Hickel, Rudolf (2009): „Mindestlöhne / Steuer- und Finanzpolitik“, in: Gabriele Gillen; Walter van Rossum (Hg.), *Schwarzbuch Deutschland – Das Handbuch der vermissten Informationen*. Reinbek: Rowohlt.
- Hickel, Rudolf; Troost, Axel (Hg.) (2010): *Kapitalismuskritik heute – Zeitdiagnosen*. Hamburg: VSA Verlag.
- Hickel, Rudolf; Troost, Axel (2010): „Politik des Kapitals – heute: Jörg Hufschmids Beiträge zur Politischen Ökonomie weiterentwickeln“, in: Rudolf Hickel; Axel Troost (Hg.), *Kapitalismuskritik heute – Zeitdiagnosen*. Hamburg: VSA Verlag, 7-20.
- Hickel, Rudolf (2010): „Reformbedarf Mehrwertsteuer: Soziale Gestaltung und Bekämpfung von Steuerbetrug“, *Wirtschaftsdienst* 90: 585-590.
- Hickel, Rudolf (2010): „Finanztransaktionssteuer“. Stellungnahme im Rahmen der Anhörung des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag, Berlin, 17. Mai 2010.
- Hickel, Rudolf (2010): „Effektive Bekämpfung der Steuerhinterziehung“. Stellungnahme im Rahmen der Anhörung des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag, Berlin, 30. August 2010.
- Hickel, Rudolf (2010): „Restrukturierungsfonds der Banken“. Stellungnahme im Rahmen der Anhörung des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag, Berlin, 6. Oktober 2010.
- Hickel, Rudolf (2011): „Weniger Wachstum – Mehr Glück“, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2011: 37-40.
- Hickel, Rudolf (2011): „Anforderungen an die Wirtschaftsdemokratie“, in: Hartmut Meine (Hg.), *Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Darüber hinaus zahlreiche Kommentare und Namensbeiträge für überregionale und regionale Tageszeitungen (z.B. Süddeutsche Zeitung, Handelsblatt, Frankfurter Rundschau, Neues Deutschland, Weser-Kurier).

### Änne Hildebrandt

- Hildebrandt, Änne (2006): „Motivation für benachteiligte Jugendliche in der beruflichen Bildung“. *Bremer Arbeitnehmer Magazin* 3/2006, 14-15.
- Hagen-Torn, Pieter; Hildebrandt, Änne; Hummel, Babara; Nordloh, Eugen (2007): „Leitfaden zur Planung, Umsetzung, Evaluation und Dokumentation von Lernprojekten zur Förderung des lebenslangen Lernens“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2007.
- Hagen-Torn, Pieter; Hildebrandt, Änne; Hammer, Gerlinde; von Flatow, Sybille (2007): „Lernprojekte mit Ernstcharakter Bremen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Januar 2007.
- Hammer, Gerlinde; Hildebrandt, Änne; Nordloh, Eugen; Kretzer, Susanne (2011): „Handbuch zum Schüler/-innen-Betriebspraktikum in der Berufsvorbereitung. Zehn Unterrichtseinheiten mit „Ernstcharakter“ zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des Betriebspraktikums. Eine Veröffentlichung des Projektes ABO“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Oktober 2011.

### André Holtrup

- Holtrup, André (2006): „Das Ende kollektiver Arbeitsbeziehungen?“, in: Stefan Moebius, Gerhard Schäfer (Hg.), *Soziologie als Gesellschaftskritik*. Hamburg: VSA, 226-243.
- Dombois, Rainer; Holtrup, André; Mehlig, Peter; Peter, Lothar; Reihert, Claudia; Spitzley, Helmut; Voss, Jenna; Warssewa, Günter (2007): *Gesellschaftliche Modernisierung und Regulierung von Arbeit. Abschlussbericht des Projektverbunds „Gesellschaftlicher Wandel und neue Regulierungsmuster von Arbeit“*. IAW-Forschungsbericht 13. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Holtrup, André (2008): *Individualisierung der Arbeitsbeziehungen?* München/Mehring: Hampp.
- Holtrup, André; Warssewa, Günter (2008): *Neue Governance-Formen in Wirtschaft, Arbeit und Stadt/Region*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 01/2008. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Holtrup, André; Warssewa, Günter (2008): *Der Wandel maritimer Strukturen*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 02/2008. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Holtrup, André; Spitzley, Helmut (2008): „Arbeit fair teilen: Auf dem Weg zur Tätigkeitsgesellschaft“, in: Brot für die Welt, BUND, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hg.), *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*. Frankfurt/Main: Fischer, 427-454.
- Holtrup, André; Spitzley, Helmut (2008): „Kürzer arbeiten – besser für alle“, in: Beate Zimpelmann, Hans-L. Endl (Hg.), *Zeit ist Geld*. Hamburg: VSA, 111-139.
- Holtrup, André (2009): „Subjektives Erleben von Zeitarbeit“, in: Arbeitnehmerkammer Bremen (Hg.), *Zeitarbeit in Bremen*. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen, 141-211.

- Holtrup, André (2009): „Die Bedeutung des Betriebsrats aus der Sicht von Beschäftigten“, *Industrielle Beziehungen* 2/2009: 187-188.
- Kopatz, Michael; Holtrup, André (2010): „Arbeiten“, in: BUND Hamburg, Diakonie Hamburg, Zukunftsrat Hamburg (Hg.): *Zukunftsfähiges Hamburg. Zeit zum Handeln*. München/Hamburg: Dölling und Galitz Verlag, 73-114.
- Klöpper, Arne; Holtrup, André (2011): *Ambivalenzen betrieblicher Krisenbewältigung*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 10/2011. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

### Norbert Hübner

- Hammer, Gerlinde; Hübner, Norbert; Kostov, Iskra Heja (2007): „Wie lernt man, zusammenzuarbeiten?“. Institut Arbeit und Wirtschaft. August 2007.
- Hübner, Norbert; Schröder, Susanne (2008): „Arbeit in Teams im Lernprojekt „50+ - PC-Kurse für Ältere im Buntentor““, in: Ilona Diesner, Dieter Euler, Günter Pätzold, Bernadette Thomas, Julia von der Burg (Hg.), *Selbstgesteuertes und kooperatives Lernen. Good-Practice-Beispiele aus dem Modellversuchsprogramm SKOLA*. Paderborn: Eusl-Verlagsgesellschaft mbH, 2008, 135-140.
- Hammer, Gerlinde; Hübner, Norbert (2008): „Reflexionsmethoden in Lernprojekten für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf“, in: Ilona Diesner, Dieter Euler, Günter Pätzold, Bernadette Thomas, Julia von der Burg (Hg.), *Selbstgesteuertes und kooperatives Lernen. Good-Practice-Beispiele aus dem Modellversuchsprogramm SKOLA*. Paderborn: Eusl-Verlagsgesellschaft mbH, 2008, 117-126.
- Hübner, Norbert; Lotze, Eckhard (2008): „Migrantinnen und Migranten in der ambulanten Pflege: Ergebnisse einer Erhebung in Bremen und Bremerhaven 2008“. Bremen: Gesundheitsamt Bremen, Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2008.
- Hammer, Gerlinde; Hübner, Norbert (2008): „Abschlussbericht zum BLK-Modellversuch SESEKO – Selbstwirksamkeit durch Selbststeuerung und kooperatives Lernen für benachteiligte Jugendliche in der Berufsbildung und ihr pädagogisches Personal“. Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Freie Hansestadt Bremen. Dezember 2008.
- Hammer, Gerlinde; Hübner, Norbert; Schöll, Norbert (2008): „Interkulturelle Öffnung – Ein Leitfaden für Pflegeeinrichtungen“. Publikation Projekt KoKoQ. Institut Arbeit und Wirtschaft. Dezember 2008.
- Hübner, Norbert; Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Gesundheitsschutz in der Pflege – Herausforderung für Betriebe und Mitarbeitervertretungen“, *Bremer Arbeitnehmer Magazin* 4/2011: 12-13.

### Matthias Kirk

- Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2006): *Stadtteilkonzept Osterholz*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.
- Drinda, Dorothea; Kirk, Matthias; Warsewa, Günter (2006): *Stadtteilkonzept Horn-Lehe*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.
- Drinda, Dorothea; Kirk, Matthias; Warsewa, Günter (2007): *Stadtteilkonzept Blumenthal*. Bremen: Der Senatort für Bau, Verkehr und Europa.
- Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2007): *Stadtteilkonzept Findorff*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.
- Warsewa, Günter; Drescher, Karsten; Kirk, Matthias; Lendner, Jan; Schroeder, Annette; Söffler, Detlev (2008): *Bremen im demographischen Wandel. Modellrechnung 2006 bis 2020*. Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa (Hg.). Bremen: Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa.
- Schwarzer, Thomas; Kirk, Matthias (2008): „Armut und Wohlstand in den Ortsteilen Bremens“. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2008): *Stadtteilkonzept Obervieland*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.
- Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2008): *Stadtteilkonzept Huchting*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.

### Arne Klöpper

- Klöpper, Arne (2006): *Auf dem Weg zu einer Europäisierung der Arbeitszeit(politik)? Gewerkschaftliche Handlungsansätze auf europäischer Ebene*. Berlin: Die Buchmacherei.
- Klöpper, Arne (2006): „'Menschenwürdige Arbeit für Alle' – Kernarbeitsnormen und Organisationsfreiheit in der informellen Wirtschaft“, in: Exposure- und Dialogprogramme e.V. (Hg.), *Menschenwürdige Arbeit für Alle – Kernarbeitsnormen und Organisationsfreiheit in der informellen Wirtschaft*. Bonn: edp, 7-32.
- Klöpper, Arne (2006): „Informelle Wirtschaft, Prekarisierung, ein EDP, SEWA, deutsche Gewerkschaften und die Millenniums-Entwicklungsziele“, in: Deutsche Kommission Justitia et Pax (Hg.), *Organisieren - Nicht Resignieren. Armutsbekämpfung durch die Umsetzung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit in der informellen Wirtschaft*. Bonn: Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden, Heft 110, 41-47.

- Klöpfer, Arne (2006): „Notizen zu einer ‚Gewerkschaftsübergreifenden Diskussion unter Einbeziehung anderer gesellschaftlicher Gruppen‘“, in: Deutsche Kommission Justitia et Pax (Hg.), *Organisieren - Nicht Resignieren. Armutsbekämpfung durch die Umsetzung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit in der informellen Wirtschaft*. Bonn: Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden, Heft 110, 81-84.
- Klöpfer, Arne (2007): „Economía informal, precarización, un Programa de Inmersión y Diálogo, SEWA, sindicatos alemanes y Objetivos de Desarrollo del Milenio“, in: Comisión Alemana Justicia y Paz (Hg.), *Hay que organizarse - No hay que resignarse. Combatir la pobreza en la economía informal con el derecho de libertad de asociación*. Bonn: Serie de publicaciones Justicia y Paz, Cuaderno 110s, 40-48.
- Klöpfer, Arne (2007): „Apuntes sobre un diálogo que ‚trasciende el ámbito sindical e incluye a otros grupos de la sociedad‘“, in: Comisión Alemana Justicia y Paz (Hg.), *Hay que organizarse - No hay que resignarse. Combatir la pobreza en la economía informal con el derecho de libertad de asociación*. Bonn: Serie de publicaciones Justicia y Paz, Cuaderno 110s, 80-84.
- Klöpfer, Arne (2007): „Informal economy, precarisation, an EDP, SEWA, German Trade Unions and the Millennium Development Goals“, in: German Commission for Justice and Peace (Hg.), *Organise - don't resign. Fighting poverty through the implementation of the right to organise in the informal economy*. Bonn: Series of Publications on Justice and Peace, 110e, 38-44.
- Klöpfer, Arne (2007): „Notes on a Dialogue across the trade unions, including other social groups“, in: German Commission for Justice and Peace (Hg.), *Organise - don't resign. Fighting poverty through the implementation of the right to organise in the informal economy*. Bonn: Series of Publications on Justice and Peace, 110e, 73-76.
- Dumbadze, Devi; Geffers, Johannes; Haut, Jan; Klöpfer, Arne; Lux, Vanessa; Pimminger, Irene (Hg.) (2009): *Erkenntnis und Kritik. Zeitgenössische Positionen*. Bielefeld: transcript.
- Hensche, Detlef; Klöpfer, Arne (2009): „Wissenschaft, Gewerkschaft, Politik, Ideologie“, in: Devi Dumbadze, Johannes Geffers, Jan Haut, Arne Klöpfer, Vanessa Lux, Irene Pimminger (Hg.), *Erkenntnis und Kritik. Zeitgenössische Positionen*. Bielefeld: transcript, 373-390.
- Klöpfer, Arne (2010): „Lernen Gewerkschaften?“, in: Samuel Greef, Viktoria Kalass, Wolfgang Schroeder (Hg.), *Gewerkschaften und die Politik der Erneuerung – Und sie bewegen sich doch*. Düsseldorf: HBS, 57-75.
- Klöpfer, Arne; Holtrup André (2011): *Ambivalenzen betrieblicher Krisenbewältigung*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 10/2011. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

#### **Anja Koutsoutsos**

- Dombois, Rainer; Koutsoutsos, Anja (2007): *Privatisation in European Ports*. IAW-Arbeitspapier 19. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

#### **Susanne Kretzer**

- Hammer, Gerlinde; Hildebrandt, Änne; Nordloh, Eugen; Kretzer, Susanne (2011): „Handbuch zum Schüler/-innen-Betriebspraktikum in der Berufsvorbereitung. Zehn Unterrichtseinheiten mit „Ernstcharakter“ zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des Betriebspraktikums. Eine Veröffentlichung des Projektes ABO“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Oktober 2011.

#### **Manuel Kühn**

- Ludwig, Thorsten ; Tholen, Jochen; Kühn, Manuel (2009): *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 3/2009. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Tholen, Jochen; Kühn, Manuel; Ludwig, Thorsten (2010): „Situation im deutschen Schiffbau“, in: Joachim Lange, Arno Brandt (Hg.), *In schwerer See? Maritime Wirtschaft und regionale Strukturpolitik in Krisenzeiten*, Loccumer Protokolle 69/09. Loccum: Evangelische Akademie, 63-116.
- Kühn, Manuel; Ludwig, Thorsten; Tholen, Jochen (2010): *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau 2010*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 6/2010. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

#### **Wiebke Lang**

- Lang, Wiebke; Rippe, Julia (2006): *Entwicklungstendenzen in der Fischwirtschaft. Chancen und Risiken für den Standort Cuxhaven*. IAW Forschungsbericht 10. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Lang, Wiebke (2007): *Die räumliche Bindung von Wissen und ihre Bedeutung für regionale Wettbewerbsfähigkeit*. Frankfurt/Main: Peter Lang.

#### **Anja Link**

- Link, Anja (2010): „Sparen am falschen Ende“, *Bremer Arbeitnehmer Magazin* 6/2010: 8-9.
- Link, Anja (2010): „Das ‚Sparpaket‘ der Bundesregierung“. Stellungnahme für die Arbeitnehmerkammer Bremen. Juni 2010.
- Heinemann, André W.; Link Anja (2010): „Schuldenbremse und Neuverschuldungsverbot: Rahmenbedingungen und Herausforderungen für das Konsolidierungsland Bremen“. Arbeitnehmerkammer Bremen. Oktober 2010.

## Thorsten Ludwig

- Ludwig, Thorsten; Tholen, Jochen (2007): „Schiffbau in Europa – Europäische Kooperation als Antwort auf die Globalisierung?“, *WSJ Mitteilungen*, 1/2007: 17-22.
- Tholen, Jochen; Ludwig, Thorsten (2007): „Perspektiven für den deutschen Schiffbau - der Markt und die Auftragslage“, in: F. Schoeller, M. Witt (Hg.), *Jahrbuch Geschlossene Fonds*. Berlin, 194-198.
- Ludwig, Thorsten; Tholen, Jochen (2007): „Schiffbau in Europa in globaler Konkurrenz – Struktur, Beschäftigung und Perspektiven“. *Arbeitsheft 51 der Otto Brenner Stiftung*, Frankfurt/Main.
- Ludwig, Thorsten; Tholen, Jochen (2008): „Shipbuilding in China and its impacts on European Shipbuilding“, in: Francesco Garibaldi, Philippe Morvannou, Jochen Tholen (eds.), *Is China a Risk or an Opportunity for Europe? An Assessment of the Automobile, Steel and Shipbuilding Sectors*. Frankfurt/Main: Peter Lang, 53-85.
- Tholen, Jochen, Smets, Florian; Ludwig, Thorsten (2008): „Europas Schiffbau auf dem Weg zur Konsolidierung“, in: F. Schoeller und Martin Witt (Hg.), *Jahrbuch für Geschlossene Fonds*. Berlin, 211-217.
- Ludwig, Thorsten; Tholen, Jochen (2008): *Schiffbau in Europa*. Düsseldorf: edition Hans Böckler Stiftung.
- Ludwig, Thorsten; Smets, Florian; Tholen, Jochen (2009): „Umsteuern in der Krise. Herausforderungen für den deutschen Schiffbau“, in: Nord/LB Regionalwirtschaft, RegioPol (Hg.), *Maritimes Cluster*. Hannover, 43-51.
- Ludwig, Thorsten; Smets, Florian; Tholen, Jochen (2009): *Shipbuilding in Europe/Schiffbau in Europa. Längsschnittstudie 2008*. Frankfurt/Main: OBS Working Paper/Arbeitsheft 59.
- Ludwig, Thorsten; Tholen, Jochen; Kühn, Manuel (2009): *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 3/2009. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Tholen, Jochen; Kühn, Manuel; Ludwig, Thorsten (2010): „Situation im deutschen Schiffbau“, in: Joachim Lange, Arno Brandt (Hg.), *In schwerer See? Maritime Wirtschaft und regionale Strukturpolitik in Krisenzeiten*, Loccumer Protokolle 69/09. Loccum: Evangelische Akademie, 63-116.
- Kühn, Manuel; Ludwig, Thorsten; Tholen, Jochen (2010): *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau 2010*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 6/2010. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

## Barbara Lueg

- Lueg, Barbara (2007): „Emissionshandel als eines der flexiblen Instrumente des Kyoto-Protokolls. Wirkungsweisen und praktische Ausgestaltung am Beispiel der Europäischen Union“, in: A. Knorr; A. Lemper; A., Sell, K. Wohlmuth (Hg.), *Berichte aus dem Weltwirtschaftlichen Colloquium der Universität Bremen*, Nr. 103. Bremen: IWIM (<http://www.iwim.uni-bremen.de/publikationen/pdf/b103.pdf>).
- Lueg, Barbara (2007): *Kulturfinanzierung in Deutschland. Ein internationaler Vergleich mit Frankreich, Großbritannien und den USA*. Saarbrücken: VDM.
- Lueg, Barbara; Arndt, Andreas; Knorr, Andreas (2008): „Airport Noise Abatement as an International Coordination Problem – The Case of Zurich Airport“, in: Air Transport Research Society (ed.), *12th Air Transport Research Society World Conference (ATRS 2008)*. Athen: Conference CD.
- Lueg, Barbara (2010): *Ökonomik des Handels mit Umweltrechten: Umweltökonomische Grundlagen, Instrumente und Wirkungen – insbesondere in der EU*. Frankfurt/Main: Lang.

## Alexander Matysik

- Rosenthal, Peer; Sommer, Jörg; Matysik, Alexander (2011): „Zukunft öffentlich geförderter Beschäftigung in Bremen“. Positionspapier der Arbeitnehmerkammer Bremen. Juli 2011.
- Matysik, Alexander; Rosenthal, Peer; Sommer, Jörg (2011): *Öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland. Aktuelle Instrumente, Programme und Konzepte*. WISO Diskurs. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.
- Matysik, Alexander; Rosenthal, Peer; Sommer, Jörg (2011): *Öffentlich geförderte Beschäftigung. Plädoyer für eine konzeptionelle Neuausrichtung*. WISO direkt. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.
- Rosenthal, Peer; Sommer, Jörg; Matysik, Alexander (2011): *Inpflichtnehmende Reziprozität in der deutschen Arbeitsmarktpolitik und ihre Instrumente: Das Beispiel öffentlich geförderter Beschäftigung*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft (im Erscheinen).

## Irena Medjedovic

- Medjedovic, Irena (2007): „Sekundäranalyse qualitativer Interviewdaten – Problemkreise und offene Fragen einer neuen Forschungsstrategie“, *Journal für Psychologie* 15 (3): [www.journal-fuer-psychologie.de/jfp-3-2007-6.html](http://www.journal-fuer-psychologie.de/jfp-3-2007-6.html).
- Medjedovic, Irena & Witzel, Andreas (2007): „Secondary Analysis of Interviews: Using Codes and Theoretical Concepts From the Primary Study“, *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research* 6 (1): Art. 46 (<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0501462>).
- Medjedovic, Irena (2008): „Sekundäranalyse qualitativer Interviewdaten – Problemkreise und offene Fragen einer neuen Forschungsstrategie“, *Historical Social Research / Historische Sozialforschung* 33 (3): 193-214.

- Medjedovic, Irena; Witzel, Andreas (2008): „Secondary Analysis of Interviews: Using Codes and Theoretical Concepts From the Primary Study“, *Historical Social Research / Historische Sozialforschung* 33 (3): 148-178.
- Witzel, Andreas; Medjedovic, Irena; Kretzer, Susanne (Hg.) (2008): Secondary Analysis of Qualitative Data. Sekundäranalyse qualitativer Daten. *Historical Social Research / Historische Sozialforschung* 33 (3) - Focus. Köln: Zentrum für Historische Sozialforschung.
- Witzel, Andreas; Medjedovic, Irena; Kretzer, Susanne (2008): „Sekundäranalyse qualitativer Daten. Zum gegenwärtigen Stand einer neuen Forschungsstrategie“, *Historical Social Research / Historische Sozialforschung* 33 (3), 10-32.
- Medjedovic, Irena; Andreas Witzel (2010): *Wiederverwendung qualitativer Daten. Archivierung und Sekundärnutzung qualitativer Interviewtranskripte*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Medjedovic, Irena (2010): „Sekundäranalyse“, in: Günter Mey; Katja Mruck (Hg.), *Handbuch qualitative Forschung in der Psychologie*. Wiesbaden: VS Verlag, 304-319.

### Peter Mehlis

- Dombois, Rainer; Holtrup, André; Mehlis, Peter; Peter, Lothar; Reihert, Claudia; Spitzley, Helmut; Voss, Jenna; Warssewa, Günter (2007): *Gesellschaftliche Modernisierung und Regulierung von Arbeit. Abschlussbericht des Projektverbunds ‚Gesellschaftlicher Wandel und neue Regulierungsmuster von Arbeit‘*. IAW-Forschungsbericht 13. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Mehlis, Peter (2008): *Vom kreativen Chaos zur effizienten Organisation. Gestaltung und Regulierung hochqualifizierter Arbeit in IT- und Biotechnologieunternehmen*. München, Mering: Rainer Hampp.

### Guido Nischwitz

- Nischwitz, Guido (2006): „Sozioökonomie; Exemplarischer Flussgebietsbewirtschaftungsplan“, in: Jörg Dietrich, Andreas Schumann (Hg.), *Werkzeuge für das integrierte Flussgebietsmanagement. Ergebnisse der Fallstudie Werra. Konzepte für die nachhaltige Entwicklung einer Flusslandschaft*. Berlin: Weissensee.
- Nischwitz, Guido (2006): „Modellregion Südniedersachsen – Regionale Entwicklungsstrategien im Praxistest. Ein Erfolg versprechender regionaler Entwicklungsansatz?“, in: Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum; ARL (Hg.), *Leitlinien der niedersächsischen Landesentwicklungspolitik*. Hannover: 19-25.
- Nischwitz, Guido; Kuhlicke, Christian; Bodenschatz, Tina; Thießen, Beate; Tittel, Karen (2006): Sondierungsstudie gentechnikfreie Regionen in Deutschland. Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), B.U.N.D. ([http://www.ioew.de/uploads/tx\\_ukioewdb/Sondierungsstudie\\_Gentechnikfreie\\_Regionen.pdf](http://www.ioew.de/uploads/tx_ukioewdb/Sondierungsstudie_Gentechnikfreie_Regionen.pdf))
- Nischwitz, Guido (ed.) (2007): *Regional Governance – Stimulus for Regional Sustainable Development*. München: oekom verlag.
- Nischwitz, Guido (2007): „Regional development with a future –Between thematic and strategic orientation“, in: Nischwitz, Guido (Hg.), *Regional Governance - Stimulus for Regional Sustainable Development?* München: oekom verlag, 55-71.
- Nischwitz, Guido (2007): „Relevanz der Klimapolitik in Stadt- und Regionalentwicklungsprozessen in Deutschland“. Werkstattbericht 2/2007 des Sustainability Center Bremen (SCB). Bremen.
- Nischwitz, Guido (2007): „Möglichkeiten und Grenzen der Ausgestaltung einer integrierten regionalen Entwicklungspolitik für ländliche Räume“, in: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.), *Regionale Entwicklungspolitik zwischen Zentrenorientierung und Ausgleich*. Hannover: NIW, 97-131.
- Nischwitz, Guido (2007): „Prozessbegleitendes Monitoring und Netzwerkanalyse am Beispiel eines Modellvorhabens zu regionalen Nutzungsstrategien in Heidelberg“, in: Vera Rabelt, Karl-Heinz Simon, Ines Weller, Angelika Heimerl (Hg.), *Nachhaltiger nutzen. Möglichkeiten und Grenzen neuer Nutzungsstrategien*. München: oekom verlag, 168-185.
- Nischwitz, Guido (2007): „Prozessbegleitende Evaluation (Monitoring) und Netzwerkanalyse“, in: Vera Rabelt, Thomas Büttner, Karl-Heinz Simon (Hg.), *Neue Wege in der Forschungspraxis. Begleitinstrumente in der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung*. München: oekom verlag, 50-59.
- Grontmij GmbH; BTE; IAW (2007): Die regionalen Schätze gemeinsam heben! Regionales Entwicklungskonzept. Region Moorexpress – Stader Geest. Konzept der Samtgemeinden Apensen, Fredenbeck, Geestequelle und Harsefeld sowie der Stadt Bremerförde und der Gemeinde Gnarrenburg als Antrag einer Förderung als Leader-Region. ([http://www.leader-moorexpress-stader-geest.de/v1/uploads/REK\\_MoorexpressStader-Geest-2011ergaenzt.pdf](http://www.leader-moorexpress-stader-geest.de/v1/uploads/REK_MoorexpressStader-Geest-2011ergaenzt.pdf)).
- Nischwitz, Guido; Brunken, Kerstin; Flenner, Heike; Janssen, Georg; Moldenhauer, Heike; Volling, Annemarie; Weber, Birgit (2007): Gentechnikfreie Regionen in Deutschland. Beratung, Weiterbildung, Koordination, Analyse. IAW, BUND. ([http://www.gentechnikfreie-regionen.de/fileadmin/content/download\\_allg/Abschlussbericht\\_2006.pdf](http://www.gentechnikfreie-regionen.de/fileadmin/content/download_allg/Abschlussbericht_2006.pdf)).
- Nischwitz, Guido (2007): „Gentechnikfreie Regionen in Deutschland“. in: AgrarBündnis e.V. (Hg.), *Kritischer Agrarbericht 2007*. Hamm: ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, 166-172.
- Grontmij GFL GmbH; BTE Tourismusmanagement & Regionalentwicklung; IAW (2007): „Regionales Entwicklungskonzept (REK) Wesermünde-Nord“. (<http://www.ilek-wesermuende-nord.de/uploads/REK%20Endfassung.pdf>).
- Diller, Christian; Nischwitz, Guido et al. (2009): „Regionalisierung und Regionsbildung im Norden“, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), *ARL-Arbeitsmaterial Nr. 347*. Hannover: Verlag der ARL.
- Nischwitz, Guido; Mose, Ingo (2009): „Anforderungen an eine regionale Entwicklungspolitik für strukturschwache ländliche Räume“, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), *E-Paper der ARL*, 7. Hannover: Verlag der ARL.

- Nischwitz, Guido (2009): Berücksichtigung von sozioökonomischen Kriterien bei der Zulassung von GVO in der EU. Vorschläge zur Erfassung von sozioökonomischen Faktoren in Deutschland. Berlin: NABU Deutschland. ([http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/gentechnik/zulassung\\_sozio\\_konomie\\_gt\\_2009.pdf](http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/gentechnik/zulassung_sozio_konomie_gt_2009.pdf))
- Nischwitz, Guido (2010): „Syke. Verantwortlich Handeln im Klimawandel!“, in: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.), *StadtKlima Kommunale Strategien und Potenziale zum Klimawandel* (ExWoSt-Informationen 39/1). Berlin: BMVBS, 28-29.
- Nischwitz, Guido; Douglas, Martyn; Buhr, Lorina; Knutz, Thade (2011): „Analyse von raumbezogenen Messkonzepten“. Arbeitspapier 1 der Fachtagung. Bremen (unveröffentlicht).
- Nischwitz, Guido; Douglas, Martyn; Knutz, Thade (2011): „Bestandsaufnahme regionaler Raumb Beobachtungs- und Monitoringsysteme in deutschen Metropolregionen“. Arbeitspapier 2 der Fachtagung. Bremen (unveröffentlicht).
- Nischwitz, Guido (2011): „Strukturpolitik und Ländliche Entwicklungspolitik in Niedersachsen“, in: Wissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e.V. (Hg.), *Neues Archiv für Niedersachsen*. Hannover Januar 2011 (im Erscheinen).
- Jung, Hans-Ulrich; Nischwitz, Guido (2011): „Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik in den norddeutschen Bundesländern (2007-2013)“, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), *ARL-Arbeitsmaterial*. Hannover (im Erscheinen).
- Nischwitz, Guido (2011): „Was leisten die regionalen Entwicklungspolitiken für die ländlichen Räume?“ in: Evangelische Akademie Loccum (Hg.): *Die Zukunft der regionalen Strukturpolitik. Loccumer Protokolle*. Loccum (im Erscheinen).

## Eugen Nordloh

- Hammer, Gerlinde; Hildebrandt, Änne; Nordloh, Eugen; Kretzer, Susanne (2011): „Handbuch zum Schüler/-innen-Betriebspraktikum in der Berufsvorbereitung. Zehn Unterrichtseinheiten mit „Ernstcharakter“ zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des Betriebspraktikums. Eine Veröffentlichung des Projektes ABO“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Oktober 2011.

## Lothar Peter

- Peter, Lothar (2006): „Wozu noch Gesellschaftskritik?“, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2006: 587-599.
- Peter, Lothar (2006): „Der Kampf gegen das CPE – Neue Aspekte der Protestbewegung in Frankreich“, *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 17 (66): 61-71.
- Peter, Lothar; Tjaden, Karl Hermann (2006): „Wolfgang Abendroth – kann man von ihm noch etwas lernen?“, *Sozialismus* 33 (6): 33-39.
- Peter, Lothar (2006): „Neue soziale Bewegungen, soziale Frage und Krise der Arbeit: Sozialkritik in der französischen Soziologie heute (Teil II)“, *Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts* 21 (2): 34-51.
- Peter, Lothar (2006): „Soziologie als Herrschaftskritik – Wissenschaft und Politik bei Pierre Bourdieu“, in: Mark Hillebrand et al. (Hg.), *Willkürliche Grenzen. Das Werk Pierre Bourdieus in interdisziplinärer Anwendung*. Bielefeld: transcript Verlag, 21-32.
- Peter, Lothar (2006): „Stichwort ‚Anomie‘“, in: Hans-Jürgen Urban (Hg.), *ABC zum Neoliberalismus. Von ‚Agenda 2010‘ bis ‚Zumutbarkeit‘*. Hamburg: VSA, 29-31.
- Peter, Lothar (2007): „Marburger und Frankfurter Schule im Vergleich“, *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* 49 (269): 98-111.
- Peter, Lothar (2007): „Wissenschaftliche Autonomie und gesellschaftliche Parteilichkeit – Pierre Bourdieu als engagierter Intellektueller“, in: Effi Böhle, Rainer Rilling (Hg.), *Bourdieu und die Linke. Politik – Ökonomie – Kultur*. Berlin: Karl Dietz, 17-42.
- Peter, Lothar (2007): „Von der proletarischen Linken zu Sarkozy? Intellektuelle, Medien und Präsidentschaftswahlen in Frankreich“, *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 18 (70): 22-35.
- Peter, Lothar (2007): „Bürgerstatus, Bürgerrechte, Diskurs – Demokratie in Arbeit und Betrieb“, in: Lars Lambrecht (Hg.), *Entstehen des Öffentlichen – eine andere Politik*. Frankfurt/Main: Peter Lang, 295-308.
- Peter, Lothar (2007): „Neoliberale Hegemonie in Frankreich. Wie wurde Sarkozys Wahlsieg möglich?“, *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 18 (71): 150-154.
- Dombois, Rainer; Holtrup, André; Mehliß, Peter; Peter, Lothar; Reihert, Claudia; Spitzley, Helmut; Voss, Jenna; Warsawa, Günter (2007): *Gesellschaftliche Modernisierung und Regulierung von Arbeit. Abschlussbericht des Projektverbunds ‚Gesellschaftlicher Wandel und neue Regulierungsmuster von Arbeit‘*. IAW- Forschungsbericht 13. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Peter, Lothar (2008): „Intellektuelle und der Mythos Europa. Zur Rolle von Habermas, Beck und Giddens“, *Sozialismus* 35 (3): 55-61.
- Peter, Lothar (2008): „Die Geburt des Neoliberalismus aus dem Geist von 1968. Notizen zu André und Raphael Glucksmann ‚Mai 68 expliqué an Nicolas Sarkozy‘“, *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 19 (74): 93-104.
- Peter, Lothar (2008): „Materialistische Gesellschaftstheorie“, in: Sina Farzin; Stephan Jordan (Hg.), *Lexikon Soziologie und Sozialtheorie. Hundert Grundbegriffe*. Stuttgart: Philipp Reclam jun., 175-178.
- Peter, Lothar (2008): „Marx – ein Apokalyptiker der Moderne?“, in: Alexander K. Nagel, Bernd U. Schipper, Ansgar Weymann (Hg.), *Apokalypse. Zur Soziologie und Geschichte religiöser Krisenrhetorik*. Frankfurt, New York: Campus, 125-149.
- Peter, Lothar (2008): „Kapitalismuskritik in der neueren Soziologie“, in: Werner Goldschmidt, Bettina Lösch, Jörg Reitzig (Hg.), *Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Beiträge zur Dialektik der Demokratie*. Frankfurt/Main: Peter Lang, 39-56.

- Peter, Lothar (2009): „Rechtfertigung und Beschwichtigung: Gesellschaftskonzepte in der heutigen Soziologie“, in: Thomas Mies, Karl Hermann Tjaden (Hg.), *Gesellschaft, Herrschaft, Bewußtsein. Symbolische Gewalt und das Ende der Zivilisation*. Kassel: Verlag Winfried Junior, 353-381.
- Peter, Lothar (2009): „„Gutes Leben“ oder ‚Gerechtigkeit‘?“ Anmerkungen zu François Dubet u.a.: Ungerechtigkeiten. Zum Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz, *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 20 (79): 136-144.
- Peter, Lothar; Moebius, Stephan (2009): „Die französische Epistemologie“, in: Gerhard Fröhlich; Boike Rehbein (Hg.), *Bourdieu – Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart, Weimar: J. B. Metzler, 10-15.
- Peter, Lothar; Moebius, Stephan (2009): „Strukturalismus“ in: Gerhard Fröhlich; Boike Rehbein (Hg.), *Bourdieu – Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart, Weimar: J. B. Metzler, 20-28.
- Peter, Lothar (2009): „„Das andere Geschlecht“ und der Historische Materialismus“, in: Effi Böhlke (Hg.), *Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit. Beauvoir und die Befreiung der Frauen von männlicher Herrschaft*. Berlin: Karl Dietz Verlag, 99-116.
- Peter, Lothar (2010): „Was machen wir mit dem Klassenbegriff?“, *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 21 (81): 133-148.
- Peter, Lothar (2010): „Symbolische Gewalt – symbolische Kämpfe“, *Bildpunkt. Zeitschrift für Bildende Kunst*. Sommer 2010, 8-9.
- Peter, Lothar (2010): „Homo academicus“, in: Stephan Moebius; Markus Schroer (Hg.), Diven, Hacker, Spekulant. *Sozialfiguren der Gegenwart*. Berlin: Suhrkamp, 206-218.
- Peter, Lothar (2010): „Antwort auf kritische Äußerungen zum Artikel ‚Was machen wir mit dem Klassenbegriff‘“, *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 21 (84): 153-160.
- Lothar Peter: „Soziologische Kapitalismuskritik 'back in '“, *Soziologische Revue*, 34: 145-152.
- Peter, Lothar: „Beziehungen zwischen den Soziologien beider Länder“, in: Ulrich Pfeil et al. (Hg.), *Lexikon der deutsch-französischen Kulturbeziehungen* (im Erscheinen).
- Peter, Lothar: „Bourdieu“, in: Ulrich Pfeil et al. (Hg.), *Lexikon der deutsch-französischen Kulturbeziehungen* (im Erscheinen).
- Peter, Lothar: „Dialektik der Gesellschaft oder "conscience collective"?“ Zur Kritik Theodor W. Adornos an Émile Durkheim (im Erscheinen)
- Lothar Peter: „Deutsch-französischer Soziologietransfer“, *Lendemains. Études comparées sur la France/ Vergleichende Frankreichforschung*, 36 (141): 6-17.
- Lothar Peter: „Soziologie der Kritik oder Sozialkritik? Zum Werk Luc Boltanskis und zu dessen deutscher Rezeption“, *Lendemains. Études comparées sur la France/ Vergleichende Frankreichforschung*, 36 (141): 73-90.

## Rolf Prigge

- Prigge, Rolf (2006): „Regionale Kooperation aus der Sicht der größten deutschen Städte“, in: Ralf Kleinfeld, Harald Plamper, Andreas Huber (Hg.), *Regional Governance, Steuerung, Koordination und Kommunikation in regionalen Netzwerken als neue Formen des Regierens*. Göttingen: V&R unipress, 133-144.
- Schwarzer, Thomas; Prigge, Rolf (2006): *Großstädte zwischen Hierarchie, Wettbewerb und Kooperation*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Prigge, Rolf; Schwarzer, Thomas (2006): „Veränderte Akteurskonstellationen und die Krise demokratischer Legitimation großstädtischer Politik. Eine Chance für Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung?“ Projektbericht, Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Prigge, Rolf; Schwarzer, Thomas (2006): „Mitbestimmen in der Stadt – Ein Veranstaltungskonzept zur Bilanzierung städtischer Entwicklung und Politik und zur Wahrnehmung von Mitbestimmungschancen“. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Prigge, Rolf; Schwarzer, Thomas (2007): *Lokale Sozialpolitik in Bremen und Hannover*. Bremen: Kellner Verlag.
- Prigge, Rolf; Schwarzer, Thomas (2008): „Sozial-, Armuts- und Reichtumsberichte, Bürokratische Pflicht, hilfreiche Frühwarnsysteme, sachliche Grundlage für öffentliche Debatten oder erforderliche Steuerungsinstrumente?“ Bremen: Arbeitnehmerkammer.
- Prigge, Rolf; von Ritttern, Roy (2010): *Bremen kann sozialer werden! – Strategien und Regelungsstrukturen für eine soziale Stadtpolitik*. Bremen: Kellner Verlag.
- Prigge, Rolf; Schröder, Jendrik (2010): *Quartierszentren in der Stadtgemeinde Bremen. Gutachten über die Ausgangslage, Weiterentwicklung und Förderung*. Bremen: Kellner Verlag.
- Prigge, Rolf (2011): „City Governance – Zur Analyse der Steuerung großstädtischer Entwicklung und Politik“, in: Uwe Altröck, Jürgen Aring, Ulf Hanhe, Iris Reuther (Hg.), *Gewinnen – Verlieren – Transformieren: Die europäischen Stadtregionen in Bewegung*. Berlin: Rainer Verlag (im Erscheinen).

## Kerstin Purnhagen

- Purnhagen, Kerstin (2009): „Für Familienfreundlichkeit die erste Adresse“ und „Familienfreundliche Personalpolitik“. *Wirtschaft an Strom und Meer* 9 (18): 7-9.
- Fehre, Rena; Lauf, Maren; Purnhagen, Kerstin (2011): „Lebensphasenorientierte Personalpolitik – ein Impulsgeber für die Zukunft. Gute Praxisbeispiele familienfreundlicher Unternehmen und Institutionen aus dem Lande Bremen“, Broschüre *Lebensphasenorientierte Personalpolitik – ein Impulsgeber für die Zukunft*: 1-32.

## Götz Richter

- Heisig, Ulrich; Fortmann, Claudia; Richter, Götz (2007): „Das Lernnetzwerk Bremen. Abschließender Evaluationsbericht“. LernNetzwerk Bremen. März 2007.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena; Steinrück, Margareta; Richter, Götz (2009): „Teilzeitarbeit - Vollzeitmann. Portraits von Männern in Teilzeit“, in Initiative Neue Qualität der Arbeit (Hg.), *Teilzeitarbeit – Vollzeitmann. Portraits von Männern in Teilzeit*. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen, 3-63.
- Richter Götz (Hg.) (2009): *Generationen gemeinsam im Betrieb. Individuelle Flexibilität durch anspruchsvolle Regulierungen*. Bielefeld: Bertelsmann.

## Julia Rippe

- Lang, Wiebke; Rippe, Julia (2006): *Entwicklungstendenzen in der Fischwirtschaft. Chancen und Risiken für den Standort Cuxhaven*. IAW Forschungsbericht 10. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Rippe, Julia, Salot, Marion; Tholen, Jochen (2007): „Maritimes Netzwerk Bremerhaven“. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen.
- Rippe, Julia; Tholen, Jochen (2008): „Die Automobilindustrie und ihre Zulieferer. Beschäftigung und Verflechtungsbeziehungen in der Metropolregion Bremen-Oldenburg“. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen.
- Rippe, Julia; Tholen, Jochen (o.J.): Der Ausbau von Short-Sea-Shipping und Feederverkehren zwischen den Häfen der Nordrange (unter besonderer Berücksichtigung der Bremischen Häfen und des geplanten Tiefwasserhafens JadeWeserPorts am Standort Wilhelmshaven) und der östlichen Ostsee (Stadthäfen St. Petersburg, Vyborg, Kronstadt und Ust-Luga, Riga, Klaipeda, Kaliningrad und Baltijsk, Danzig und Gdingen). Abschlussbericht (<http://www.iaw.uni-bremen.de/downloads/ProjektendberichtFeederShortSeaShippingOstseeraum.pdf>).

## Roy von Ritttern

- Prigge, Rolf; von Ritttern, Roy (2010): *Bremen kann sozialer werden! – Strategien und Regelungsstrukturen für eine soziale Stadtpolitik*. Bremen: Kellner Verlag.
- Fortmann, Claudia; von Ritttern, Roy; Warssewa, Günter (2011): Zum Umgang mit Diversität und Heterogenität in Bildungslandschaften. Eine Expertise im Auftrag der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 9/2011. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

## Christiane Schnell

- Schnell, Christiane (2007): *Regulierung der Kulturberufe in Deutschland. Strukturen, Akteure, Strategien*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Schnell, Christiane (2007): „Grundsicherung und künstlerische Freiberuflichkeit“, in: Heinrich Böll Stiftung (Hg.), *Die Zukunft sozialer Sicherheit*. Berlin: Heinrich Böll Stiftung, 97-101.
- Schnell, Christiane (2008): „Public good or free market? Cultural professions in Germany and the European copyright regulation“, *European Societies / Special Issue: Professions in Europe*, 633-650.
- Schnell, Christiane. (2008): „Selbständige zwischen Professionalität, Prekarität und kollegialen Allianzen. Befunde aus dem Feld der Kulturberufe“, in: Sozialforschungsstelle Dortmund (Hg.), *Beiträge aus der Forschung*. Dortmund: sfs, 8-17.
- Schnell, Christiane (2009): „Fragil und zukunftsweisend? Über die unvollendete Transformation der Literaturübersetzung von einer Kunstform zur professionellen Dienstleistung“, in: Michaela Pfadenhauer, Thomas Scheffer (Hg.), *Profession, Habitus und Wandel*. Frankfurt/Main: Peter Lang, 209-230.
- Schnell, Christiane (2009): „Solidarität trotz Individualisierung? Befunde aus dem Feld der Kulturberufe“, in: Robert Castel und Klaus Dörre (Hg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt/Main, New York: Campus, 333-343.
- Schnell, Christiane (2009): „Gender in der Gründungsberatung. Gründe, Reichweite, Grenzen“ in: Klaus Anderseck, Sascha Peters (Hg.), *Gründungsberatung*. Stuttgart: ibidem, 176-191.
- Schnell, Christiane (2009): „Fragil und zukunftsweisend? Über die unvollendete Transformation der Literaturübersetzung von einer Kunstform zur professionellen Dienstleistung“, in: Michaela Pfadenhauer; Thomas Scheffer (Hg.), *Profession, Habitus und Wandel*. Frankfurt/Main: Peter Lang, 209-230.
- Schnell, Christiane (2009): „Selbständige zwischen Professionalität, Prekarität und kollegialen Allianzen. Befunde aus dem Feld der Kulturberufe“, in: Klaus Kock (Hg.), *Preis der Freiheit. Solo-Selbständige zwischen Vermarktung, Professionalisierung und Solidarisierung. Beiträge aus der Forschung*. Dortmund: sfs, 8-17.
- Cholotta, Katrin; Drobnic, Sonja; Knirsch, Sarah; Kropp, Cordula, Schnell, Christiane; Sträter, Detlev; Vogl, Gerlinde; Voss, Jenna; Warssewa, Günter (2009): Evaluation und Optimierung von institutionellen Angeboten zur Beratung und Förderung von Existenzgründerinnen. Abschlussbericht des BMBF-Projektes „OptExist“. (<http://www.optexist.uni-bremen.de>).
- Schnell, Christiane; Warssewa, Günter (2010): „Institutionelle Praktiken der Existenzgründungsförderung als Untersuchungsgegenstand“, in: Günter Warssewa (Hg.), *Evaluation und Optimierung institutioneller Praktiken der Beratung und Förderung von Existenzgründerinnen*. Schriftenreihe Institut für Arbeit und Wirtschaft, Bremen 5/2010. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft, 5-16.

## Jendrik Schröder

Prigge, Rolf; Schröder, Jendrik (2010): *Quartierszentren in der Stadtgemeinde Bremen – Gutachten über die Ausgangslage, Weiterentwicklung und Förderung*. Bremen: Kellner Verlag.

## Thomas Schwarzer

Schwarzer, Thomas; Prigge, Rolf (2006): *Großstädte zwischen Hierarchie, Wettbewerb und Kooperation*. Wiesbaden: VS Verlag.

Prigge, Rolf; Schwarzer, Thomas (2006): „Veränderte Akteurskonstellationen und die Krise demokratischer Legitimation großstädtischer Politik. Eine Chance für Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung?“ Institut Arbeit und Wirtschaft. November 2006.

Prigge, Rolf; Schwarzer, Thomas (2006): „Mitbestimmen in der Stadt – Ein Veranstaltungskonzept zur Bilanzierung städtischer Entwicklung und Politik und zur Wahrnehmung von Mitbestimmungschancen“. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

Schwarzer, Thomas; Prigge, Rolf (2007): *Lokale Sozialpolitik in Bremen und Hannover*. Bremen: Kellner Verlag.

Prigge, Rolf; Schwarzer, Thomas (2008): „Sozial-, Armuts- und Reichtumsberichte, Bürokratische Pflicht, hilfreiche Frühwarnsysteme, sachliche Grundlage für öffentliche Debatten oder erforderliche Steuerungsinstrumente?“ Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen.

Schwarzer, Thomas; Kirk Matthias (2008): „Armut und Wohlstand in den Ortsteilen Bremens“. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

Schwarzer, Thomas; Baumheier, Ulrike (2009): *Neue Ansätze der Vernetzung durch Quartierszentren in Bremen. Expertise im Auftrag der Arbeitnehmerkammer Bremen*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 4/2009. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

## Nina Seibicke

Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2010): „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen – Handlungsanleitung 1: Der Einstieg – Ist-Analyse, Zielplanung und Organisationsentwicklung“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Oktober 2010.

Beer, Brigitte; Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen - Hintergrundinformation zur Handlungsanleitung 1: Der Einstieg – Ist-Analyse, Zielplanung und Organisationsentwicklung“ für Multiplikator/-innen im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Februar 2011.

Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen – Handlungsanleitung 2: Die moderierte Gefährdungsbeurteilung - Schwerpunkt Muskel-Skelett-Erkrankungen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Mai 2011.

Beer, Brigitte; Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen - Hintergrundinformationen zu Handlungsanleitung 2: Die moderierte Gefährdungsbeurteilung – Schwerpunkt Muskel-Skelett-Erkrankungen für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juni 2011.

Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen - Handlungsanleitung 3: Die moderierte Gefährdungsbeurteilung - Schwerpunkt Hauterkrankungen“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juli 2011.

Beer, Brigitte; Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Handlungsleitfaden für einen präventiven und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen – Hintergrundinformationen zu Handlungsanleitung 3: Die moderierte Gefährdungsbeurteilung – Schwerpunkt Hauterkrankungen für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Institut Arbeit und Wirtschaft. Juli 2011.

Hübner, Norbert; Hammer, Gerlinde; Seibicke, Nina (2011): „Gesundheitsschutz in der Pflege – Herausforderung für Betriebe und Mitarbeitervertretungen“, *Bremer Arbeitnehmer Magazin* 4/2011: 12-13.

## Florian Smets

Tholen, Jochen, Smets, Florian; Ludwig, Thorsten (2008): „Europas Schiffbau auf dem Weg zur Konsolidierung“, in: F. Schoeller und Martin Witt (Hg.), *Jahrbuch für Geschlossene Fonds*. Berlin, 211-217.

Ludwig, Thorsten; Smets, Florian; Tholen, Jochen (2009): „Umsteuern in der Krise. Herausforderungen für den deutschen Schiffbau“, in: Nord/LB Regionalwirtschaft, RegioPol (Hg.), *Maritimes Cluster*. Hannover, 43-51.

Ludwig, Thorsten; Smets, Florian; Tholen, Jochen (2009): *Shipbuilding in Europe/Schiffbau in Europa*. Längsschnittstudie 2008. Frankfurt am Main: OBS Working Paper/Arbeitsheft 59.

## Jörg Sommer

- Sommer, Jörg (2007): *Das Politikfeld Alterssicherung im europäischen Mehrebenensystem. Handlungsspielräume und Einflussmöglichkeiten der Europäischen Kommission bei der „Europäisierung“ der Alterssicherung in der historischen Entwicklung*. Beiträge zur Sozial- und Verteilungspolitik, Münster u.a.O.: LIT.
- Wehlau, Diana; Sommer, Jörg (2010): „Politikberatung in der deutschen Rentenpolitik. Bestandsaufnahme und Systematisierung“. Abschlussbericht zum Forschungsbericht im Auftrag des Forschungsnetzwerk Alterssicherung der Deutschen Rentenversicherung Bund. November 2010.
- Sommer, Jörg; Wehlau, Diana (2010): *Governance der Politikberatung in der deutschen Rentenpolitik*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 8/2010. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Rosenthal, Peer; Sommer, Jörg; Matysik, Alexander (2011): „Zukunft öffentlich geförderter Beschäftigung in Bremen“. Positionspapier der Arbeitnehmerkammer Bremen. Juli 2011.
- Matysik, Alexander; Rosenthal, Peer; Sommer, Jörg (2011): *Öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland. Aktuelle Instrumente, Programme und Konzepte*. WISO Diskurs. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.
- Matysik, Alexander; Rosenthal, Peer; Sommer, Jörg (2011): *Öffentlich geförderte Beschäftigung. Plädoyer für eine konzeptionelle Neuausrichtung*. WISO direkt. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.
- Rosenthal, Peer; Sommer, Jörg; Matysik, Alexander (2011): *Inflichtnehmende Reziprozität in der deutschen Arbeitsmarktpolitik und ihre Instrumente: Das Beispiel öffentlich geförderter Beschäftigung*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft (im Erscheinen).

## Helmut Spitzley

- Spitzley, Helmut (2006): „Solidarische Arbeitsverteilung und kurze Vollzeit. Beschäftigungs-, gesundheits- und geschlechterpolitische Perspektiven einer neuen Arbeitspolitik“, in: Peter Siller, Thea Dücker, Arne Baumann (Hg.), *Arbeit der Zukunft. Neue Wege einer gerechten und emanzipativen Arbeitspolitik*. Baden-Baden: Nomos, 357-365.
- Baumeister, Hella; Spitzley, Helmut; Adamy, Wilhelm; Kolf, Ingo; Kuda, Eva; Feldes, Werner (2006): „Gesund und aktiv bis zur Rente mit 65“, *Gute Arbeit* 5/2006: 17-33.
- Frede, Patrick; Spitzley, Helmut (2006): „Agenda Setting‘ für eine familienbewusste Gestaltung der Arbeitswelt“, *Stadtgespräche* 6/2006: 16.
- Dombois, Rainer; Holtrup, Andre; Mehli, Peter; Peter, Lothar Reihert, Claudia; Spitzley, Helmut; Voss, Jenna; Warszewa, Günter (2007): *„Gesellschaftliche Modernisierung und Regulierung von Arbeit“. Abschlussbericht des Projektverbunds „Gesellschaftlicher Wandel und neue Regulierungsmuster von Arbeit“*. IAW-Forschungsbericht 13. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Spitzley, Helmut (2007): „Theorie und Empirie der Arbeitszeitflexibilisierung: Leitlinien zur Qualitätsverbesserung der betrieblichen Arbeitszeitgestaltung“, in: Alexander Dilger, Irene Gerlach, Helmut Schneider (Hg.), *Betriebliche Familienpolitik – Potenziale und Instrumente aus multidisziplinärer Sicht*, Wiesbaden: VS Verlag, 125-140.
- Holtrup, André; Spitzley, Helmut (2008): „Arbeit fair teilen: Auf dem Weg zur Tätigkeitsgesellschaft“, in: Brot für die Welt, BUND, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hg.), *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 427-454.
- Holtrup, André; Spitzley, Helmut (2008): „Kürzer arbeiten – besser für alle“, in: Beate Zimpelmann, Hans-L. Endl (Hg.), *Zeit ist Geld*. Hamburg: VSA, 111-139.
- Spitzley, Helmut (2008): „Flexible Arbeit, De-Regulierung und Mehr-Ebenen-Politik: Probleme sozialer Nachhaltigkeit unter Bedingungen wirtschaftlicher Konkurrenz“, in: Guido Becke (Hg.), *Soziale Nachhaltigkeit in flexiblen Arbeitsstrukturen*. Berlin u.a.O.: LIT, 77-86.
- Brinkmann, Tanja M.; Fehre, Rena; Frede, Patrick; Spitzley, Helmut (2008): „Innovatives Personalmanagement – Elemente einer familienbewussten Unternehmenspolitik“, *Gute Arbeit* (2011) 28-30.

## Jochen Tholen

- Tholen, Jochen; Cziria, Ludovit; Hemmer, Eike; Kozek, Wieslawa; Manfredová, Zdenka (2006): *Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in Mittel- und Osteuropa. Fallstudien zu den Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehungen in Polen, Tschechien und der Slowakei*. München, Mering: Rainer Hampp.
- Tholen, Jochen; Ludwig, Thorsten (2007): „Schiffbau in Europa – Europäische Kooperation als Antwort auf die Globalisierung?“, *WSI Mitteilungen* 1/2007: 17-22.
- Tholen, Jochen; Ludwig, Thorsten (2007): „Perspektiven für den deutschen Schiffbau – der Markt und die Auftragslage“, in: F. Schoeller; M. Witt (Hg.), *Jahrbuch Geschlossene Fonds*, Berlin: 194-198.
- Tholen, Jochen (2007): „EU-Osterweiterung und deutsche Direktinvestitionen in den MOEL – ihre Bedeutung für Arbeitsbeziehungen und Arbeitsplatzverlagerungen“, in: H.G. Mendius, M. Deiß (Hg.), *Zwei Jahre EU-Osterweiterung. Eine erste Bestandsaufnahme der Folgen für die Beschäftigung in Deutschland und den Nachbarstaaten*. SAMF-Arbeitspapier 1. Cottbus, 107-132.
- Tholen, Jochen (2007): *Labour Relations in Central Europe: The Impact of Multinationals' Money*. Aldershot: Ashgate.
- Rippe, Julia, Salot, Marion; Tholen, Jochen (2007): „Maritimes Netzwerk Bremerhaven“. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen.

- Lane, David; Lengyel, György; Tholen, Jochen (eds.) (2007): *Restructuring of the Economic Elites after State Socialism. Recruitment, Institutions and Attitudes*. Stuttgart: ibidem.
- Tholen, Jochen (2007): „Managers and Management: The Impact of Western Foreign Direct Investment in the new EU Member States“, in: David Lane, György Lengyel, Jochen Tholen (eds.): *Restructuring of the Economic Elites after State Socialism. Recruitment, Institutions and Attitudes*. Stuttgart: ibidem, 241-262.
- Ludwig, Thorsten; Tholen, Jochen (2007): *Schiffbau in Europa in globaler Konkurrenz – Struktur, Beschäftigung und Perspektiven*. Arbeitsheft 51 der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt/Main.
- Roberts, Ken; Tholen, Jochen et al. (2007): „Planned transitions from education into employment in a managed post-communist market economy: A case study in Samarkand“, *Journal of Education and Work* 20 (5): 437-451.
- Roberts, Ken; Tholen, Jochen et al. (2007): „Sources of and Solutions to Youth Unemployment and Employment Problems in the New Market Economies: Evidence from Central Asia“, *Journal of Central Asian and Caucasian Studies* 2 (4): 103-130.
- Garibaldi, Francesco; Morvannou, Philippe; Tholen, Jochen (eds.) (2008): *Is China a Risk or an Opportunity for Europe? An Assessment of the Automobile, Steel and Shipbuilding Sectors*. Frankfurt/Main: Peter Lang.
- Ludwig, Thorsten; Tholen, Jochen (2008): „Shipbuilding in China and its impacts on European Shipbuilding“, in: Francesco Garibaldi, Philippe Morvannou, Jochen Tholen (eds.), *Is China a Risk or an Opportunity for Europe? An Assessment of the Automobile, Steel and Shipbuilding Sectors*. Frankfurt/Main: Peter Lang, 53-85.
- Tholen, Jochen, Smets, Florian; Ludwig, Thorsten (2008): „Europas Schiffbau auf dem Weg zur Konsolidierung“, in: F. Schoeller und Martin Witt (Hg.), *Jahrbuch für Geschlossene Fonds*. Berlin, 211-217.
- Ludwig, Thorsten; Tholen, Jochen (2008): *Schiffbau in Europa*. Düsseldorf: edition Hans Böckler Stiftung.
- Rippe, Julia; Tholen, Jochen (2008): „Die Automobilindustrie und ihre Zulieferer. Beschäftigung und Verflechtungsbeziehungen in der Metropolregion Bremen-Oldenburg“. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen.
- Eberwein, Wilhelm; Tholen, Jochen (2008): „Carl F.W. Borgward. Kapitalist und Patriarch – Rentabilität und Fürsorge. Die sozialen Beziehungen zwischen Unternehmer und Belegschaft“, in: H. Kloft, L. U. Scholl, G. Wefer (Hg.), *Innovationen aus Bremen. Persönlichkeiten aus Kultur, Technik und Wirtschaft. Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 2006/2007*. Bremen: Hauschild Verlag, 168-180.
- Manasyan, Heghine; Pollok, Gary; Roberts, Ken; Tholen, Jochen (2008): „School-to Work Transitions after two Decades of Post-communist Transitions: What's New?“, *Eurasian Journal of Business and Economics* 1 (2): 103-129.
- Rippe, Julia; Tholen, Jochen (o.J.): Der Ausbau von Short-Sea-Shipping und Feederverkehren zwischen den Häfen der Nordrange (unter besonderer Berücksichtigung der Bremischen Häfen und des geplanten Tiefwasserhafens JadeWeserPorts am Standort Wilhelmshaven) und der östlichen Ostsee (Stadthäfen St. Petersburg, Vyborg, Kronstadt und Ust-Luga, Riga, Klaipeda, Kaliningrad und Baltijsk, Danzig und Gdingen). Abschlussbericht (<http://www.iaw.uni-bremen.de/downloads/ProjektendberichtFeederShortSeaShippingOstseeraum.pdf>).
- Roberts, Ken; Kamruzzaman, Palash; Tholen, Jochen (2009): „Young people's education to work transitions and inter-generational social mobility in Central Asia“, *Young. Nordic Journal of Youth Research* 17 (1): 59-80.
- Roberts, Ken; Pollock, Gary; Tholen, Jochen et al (2009): „Young adults' family and housing life-stage transitions during post-communist transition in the South Caucasus“, *Journal of Youth Studies* 12 (2): 151-166.
- Ludwig, Thorsten; Smets, Florian; Tholen, Jochen (2009): „Umsteuern in der Krise. Herausforderungen für den deutschen Schiffbau“, in: Nord/LB Regionalwirtschaft, RegioPol (Hg.), *Maritimes Cluster*. Hannover, 43-51.
- Ludwig, Thorsten; Smets, Florian; Tholen, Jochen (2009): *Shipbuilding in Europe/Schiffbau in Europa*. Längsschnittstudie 2008. Frankfurt am Main: OBS Working Paper/Arbeitsheft 59.
- Roberts, Ken; Pollock, Gary; Tholen, Jochen; Tarknishvili, Levan (2009): „Youth leisure careers during post-communist transitions in the South Caucasus“, *Leisure Studies* 28 (3): 261-277.
- Ludwig, Thorsten ; Tholen, Jochen; Kühn, Manuel (2009): *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 3/2009. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Tholen, Jochen; Kühn, Manuel; Ludwig, Thorsten (2010): „Situation im deutschen Schiffbau“ in: Joachim Lange, Arno Brandt (Hg.), *In schwerer See? Maritime Wirtschaft und regionale Strukturpolitik in Krisenzeiten*, Loccumer Protokolle 69/09. Loccum: Evangelische Akademie, 63-116.
- Tholen, Jochen (2010): „Zur Bedeutung von Europäischen Betriebsräten für ‚gute Arbeit‘ in Mittel-/Osteuropa“, in: Guido Becke et al. (Hg.), *Decent Work. Arbeitspolitische Gestaltungsperspektive für eine globalisierte und flexibilisierte Arbeitswelt*. Wiesbaden: VS Verlag, 77-95.
- Tholen, Jochen (2010): „Managers and Management: The Impact of Western Foreign Direct Investment in the new EU Member States“, in: F. Garibaldi; V. Telljohann (eds.), *The Ambivalent Character of Participation. New Tendencies in Worker Participation in Europe*. Frankfurt/Main: Peter Lang, 149-169.
- Kühn, Manuel; Ludwig, Thorsten; Tholen, Jochen (2010): *Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau 2010*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 6/2010. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Tholen, Jochen (2011): „Transition to Adulthood in Rural Villages during the transition from Communism in the South Caucasus“, in: Carmen Leccardi et al. (eds.), *1989: Young People and Social Change after the Fall of the Berlin Wall*. Strasbourg: Council of Europe (forthcoming).

## Jenna Voss

- Voss, Jenna; Warsewa, Günter (2006): „Reflexive Arbeitsgestaltung – neue Grundlagen der Regulierung von Arbeit in der postindustrielle Gesellschaft“, *Soziale Welt* 57 (2): 131-155.
- Dombois, Rainer; Holtrup, André; Mehli, Peter; Peter, Lothar; Reihert, Claudia; Spitzley, Helmut, Voss, Jenna; Warsewa, Günter (2007): *Gesellschaftliche Modernisierung und Regulierung von Arbeit. Abschlussbericht des Projektverbunds „Gesellschaftlicher Wandel und neue Regulierungsmuster von Arbeit“*. IAW- Forschungsbericht 13. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Voss, Jenna; Warsewa, Günter (2007): Arbeit und private Lebensführung – neue Regulierungsansprüche und -praktiken?, in: Rainer Dombois, André Holtrup, Peter Mehli, Lothar Peter, Claudia Reihert, Helmut Spitzley, Jenna Voss, Günter Warsewa (Hg.), *Gesellschaftliche Modernisierung und Regulierung von Arbeit. Abschlussbericht des Projektverbunds „Gesellschaftlicher Wandel und neue Regulierungsmuster von Arbeit“*. IAW-Forschungsbericht 13. Institut Arbeit und Wirtschaft: Bremen, 75-94.
- Voss, Jenna (2008): *Familiale, soziale und ökologische Ansprüche in der betrieblichen Praxis. Probleme, Organisation und Regulierung*. München, Mering: Rainer Hampp.
- Cholotta, Katrin; Drobnic, Sonja; Knirsch, Sarah; Kropp, Cordula, Schnell, Christiane; Sträter, Detlev; Vogl, Gerlinde; Voss, Jenna; Warsewa, Günter (2009): Evaluation und Optimierung von institutionellen Angeboten zur Beratung und Förderung von Existenzgründerinnen. Abschlussbericht des BMBF-Projektes „OptExist“. (<http://www.optexist.uni-bremen.de>).
- Voss, Jenna (2009): „Genderaspekte in der institutionellen Gründungsberatung. Ressourcen, Strategien, Prozesse und Steuerung. Ein Handbuch zur gendersensiblen Beratungspraxis“. Institut Arbeit und Wirtschaft.

## Alexandra Wangler

- Wangler, Alexandra (2009): „Book Review: Buzalka, Juraj: Nation and Religion. The Politics of Commemoration in South-East Poland“, *Zeitschrift für Ethnologie* 134 (1): 134-136.
- Wangler, Alexandra (2009): „Book Review: Kasianov/Ther: The Laboratory of Transitional Identity – Ukraine and Recent Ukrainian Historiography“, *Political Science Journal* 4 (3): 455-459.
- Wangler, Alexandra (2011): *Kaschuben im Internet. Zur Rolle des Mediums für die Repräsentation und Aushandlung der Kaschubischen Identität*. Bremen: iVerlag (im Erscheinen).

## Günter Warsewa

- Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2006): *Stadtteilkonzept Osterholz*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.
- Drinda, Dorothea; Kirk, Matthias; Warsewa, Günter (2006): *Stadtteilkonzept Horn-Lehe*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.
- Voss, Jenna; Warsewa, Günter (2006): „Reflexive Arbeitsgestaltung – neue Grundlagen der Regulierung von Arbeit in der postindustrielle Gesellschaft“, *Soziale Welt* 57 (2): 131-155.
- Warsewa, Günter (2006): „Kann der alleseitig flexible Mensch sozialverträglich (gemacht) werden? in: Stefan Möbius, Gerhard Schäfer (Hg.), *Soziologie als Gesellschaftskritik*. Hamburg: VSA, 272-292.
- Warsewa, Günter (2006): *The Transformation of European Port Cities – Final Report on the New EPOC Port City Audit*. IAW-Forschungsbericht 11. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Warsewa, Günter (2006): „Die Renaissance des Ortes in der Wissens- und Informationsgesellschaft“. Europahafen Bremen. Junge Architektinnen und Architekten planen rund um den Europahafen. Bremen.
- Warsewa, Günter (2007): „Umweltsoziologie und Risikokommunikation. Expertise im Rahmen des BMBF-Projektes Klimawandel Unterweser“. Sustainability Center Bremen (Hg.). SCB Werkstattberichte 3/2007. Bremen.
- Warsewa, Günter; Baumheier, Ulrike (2007): „Stadtgestaltung durch Zeitpolitik in Bremen“, *Zeitpolitisches Magazin* 5 (10): 6-7.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2007): „Integrierte Bildungslandschaften. Internationale Erfahrungen und Stand der deutschen Diskussion“, in: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hg.), *Bildungslandschaften in gemeinschaftlicher Verantwortung gestalten*. Berlin: DKJS, 77-96.
- Dombois, Rainer; Holtrup, André; Mehli, Peter; Peter, Lothar; Reihert, Claudia; Spitzley, Helmut, Voss, Jenna; Warsewa, Günter (2007): *Gesellschaftliche Modernisierung und Regulierung von Arbeit. Abschlussbericht des Projektverbunds „Gesellschaftlicher Wandel und neue Regulierungsmuster von Arbeit“*. IAW- Forschungsbericht 13. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Voss, Jenna; Warsewa, Günter (2007): Arbeit und private Lebensführung – neue Regulierungsansprüche und -praktiken?, in: Rainer Dombois, André Holtrup, Peter Mehli, Lothar Peter, Claudia Reihert, Helmut Spitzley, Jenna Voss, Günter Warsewa (Hg.), *Gesellschaftliche Modernisierung und Regulierung von Arbeit. Abschlussbericht des Projektverbunds „Gesellschaftlicher Wandel und neue Regulierungsmuster von Arbeit“*. IAW-Forschungsbericht 13. Institut Arbeit und Wirtschaft: Bremen, 75-94.
- Baumheier, Ulrike, Warsewa, Günter (Hg.) (2007): *Learning in Neighbourhoods. Good practices and recommendations* (CD-Rom), Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

- Drinda, Dorothea; Kirk, Matthias; Warsewa, Günter (2007): *Stadtteilkonzept Blumenthal*. Bremen: Der Senatort für Bau, Verkehr und Europa.
- Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2007): *Stadtteilkonzept Findorff*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.
- Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2008): *Stadtteilkonzept Obervieland*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.
- Warsewa, Günter; Kirk, Matthias; Drinda, Dorothea (2008): *Stadtteilkonzept Huchting*. Bremen: Der Senator für Bau, Verkehr und Europa.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2008): „Lernen in Nachbarschaften. Erfahrungen mit lokalen Bildungsnetzwerken in Großbritannien und den Niederlanden“, *Die Deutsche Schule* 3: 324-333.
- Holtrup, André; Warsewa, Günter (2008): *Neue Governance-Formen in Wirtschaft, Arbeit und Stadt/Region*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 1/2008. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Holtrup, André; Warsewa, Günter (2008): *Der Wandel maritimer Strukturen*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 2/2008. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2008): „Lokale Bildungsnetzwerke in Bremen. Soziale Integration durch Bildung?“, *Mittendrin am Rande. Zeitschrift für Arbeit und soziale Gerechtigkeit* 21: 4-5.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2008): „Schulen in lokalen Bildungsnetzwerken. Ein Beitrag zu sozialer Integration durch Bildung?“, *Die Ganztagsschule* 48 (4): Download unter [www.ganztagsschulverband.de/gsv/page/files/zeitschrift/schulen\\_in\\_lokalen\\_bildungsnetzwerken.pdf](http://www.ganztagsschulverband.de/gsv/page/files/zeitschrift/schulen_in_lokalen_bildungsnetzwerken.pdf).
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2008): „Lernen in Nachbarschaften“, in: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hg.), *Über den Schulhof hinaus.... – Bildungschancen gemeinsam verwirklichen*. Berlin: DKJS, 10-13.
- Warsewa, Günter; Drescher, Karsten; Kirk, Matthias; Lendner, Jan; Schroeder, Annette; Söffler, Detlev (2008): *Bremen im demographischen Wandel. Modellrechnung 2006 bis 2020*. Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa (Hg.). Bremen: Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2009): „Bessere Chancen durch vernetzte Systeme?“, *Infodienst. Das Magazin für kulturelle Bildung* 93: 34-35.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2009): „Vernetzte Bildungslandschaften: Internationale Erfahrungen und Stand der deutschen Entwicklung Ganztagsschulen vor Ort gestalten“, in: Peter Bleckmann, Anja Durdel (Hg.), *Lokale Bildungslandschaften. Perspektiven für Ganztagsschulen und Kommunen*. Wiesbaden: VS Verlag, 19-36.
- Warsewa, Günter (2009): „Vernetzte Bildungslandschaften“, in: Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (vhv). K. Hummel (Hg.), *Tagungsband: Urbane Landschaften I*. Berlin, 108-112.
- Warsewa, Günter; Baumheier, Ulrike (2009): „Vernetzte Bildungslandschaften“, *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 3/2009: 122-125.
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2009): „Schulen in städtischen Bildungs- und Integrationsnetzwerken“, *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften* 48 (1): 63-76.
- Cholotta, Katrin; Drobnic, Sonja; Knirsch, Sarah; Kropp, Cordula; Schnell, Christiane; Sträter, Detlev; Vogl, Gerlinde; Voss, Jenna; Warsewa, Günter (2009): Evaluation und Optimierung von institutionellen Angeboten zur Beratung und Förderung von Existenzgründerinnen. Abschlussbericht des BMBF-Projektes „OptExist“. (<http://www.optexist.uni-bremen.de>).
- Warsewa, Günter (2009): „Managing growth and expansion under increasing restrictions – the case of the ports at Bremerhaven“, in: Instytut Morski w Gdansk (eds.), *Future Use of the Polish Maritime Areas for Economic and Ecological Purposes*. Gdansk, 109-118.
- Douglas, Martyn; Warsewa, Günter (2010): Demografie-Bericht. Auswirkungen und Handlungsempfehlungen zum demografischen Wandel im Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen (<http://www.iaw.uni-bremen.de/ccm/content/mitteilungen/2010/demografiebericht-2010.de>).
- Baumheier, Ulrike; Warsewa, Günter (2010): „Lokale Bildungslandschaften – Stadtteilnetzwerke für Bildung und soziale Integration“, *Sozialraum.de* (Online-Journal).
- Warsewa, Günter (Hg.) (2010): *Evaluation und Optimierung institutioneller Praktiken der Beratung und Förderung von Existenzgründerinnen*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 5/2010. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Schnell, Christiane; Warsewa, Günter (2010): „Institutionelle Praktiken der Existenzgründungsförderung als Untersuchungsgegenstand“, in: Günter Warsewa (Hg.), *Evaluation und Optimierung institutioneller Praktiken der Beratung und Förderung von Existenzgründerinnen*. Schriftenreihe Institut für Arbeit und Wirtschaft 5/2010. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft, 5-16.
- Warsewa, Günter (2010): „Gründungsförderung zwischen individuellen Bedarfen und regionalen Strukturen“ in: Günter Warsewa (Hg.), *Evaluation und Optimierung institutioneller Praktiken der Beratung und Förderung von Existenzgründerinnen*. Schriftenreihe Institut für Arbeit und Wirtschaft 5/2010. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft, 17-39.
- Baumheier, Ulrike; Fortmann, Claudia; Warsewa, Günter (2010): „Schulen in lokalen Bildungs- und Integrationsnetzwerken. Schlussbericht“. Institut Arbeit und Wirtschaft. September 2010.
- Baumheier, Ulrike; Fortmann, Claudia; Warsewa, Günter (2010): *Schulen in lokalen Bildungs- und Integrationsnetzwerken*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 7/2011. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

- Warsewa, Günter (2010): „Die Überseestadt als Ort der Wissensgesellschaft“, in: GfG / Gruppe für Gestaltung GmbH, text + pr (Hg.), *Heimathafen*. Bremen: Schünemann Verlag, 22-23.
- Warsewa, Günter (2010): „Lokale Kultur und die Neuerfindung der Hafenstadt“. *Raumordnung und Raumforschung* 68 (5): 373-387.
- Fortmann, Claudia; von Ritttern, Roy; Warsewa, Günter (2011): *Zum Umgang mit Diversität und Heterogenität in Bildungslandschaften. Eine Expertise im Auftrag der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung*. Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft 9/2011. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.
- Baumheier; Ulrike; Fortmann, Claudia: *Schule und Arbeitsmarkt – Kooperationsbeispiele und Handlungsmöglichkeiten für Kommunen*. Delmenhorst: Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V.
- Warsewa, Günter (2011): „Adaptation and Individuality – the Re-Invention of the Port-City“, in: Simo Häyrynen, Jopi Nyman (Hg.), *Recurrence, survival or transformation. Comparing cultural challenges and possibilities of former single-industry communities*. Newcastle UK: Cambridge Scholars Publishing (im Erscheinen).
- Baumheier, Ulrike; Fortmann, Claudia; Warsewa, Günter (2011): *Schulen in lokalen Bildungs- und Integrationsnetzwerken*. Wiesbaden: VS Verlag (im Erscheinen).

## 3.5 Abschlussarbeiten

### Ulrike Baumheier

Buchholz, Lena

Bildung und Chancengleichheit. Die Möglichkeiten der Steuerung von Bildungschancen in der Stadt Bremen mit Hilfe eines Monitorings (2006).

Herrig, Kathleen

Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch flexible Arbeitszeitgestaltung und betriebsnahe Kinderbetreuung (2007).

### Irene Dingeldey

Spanke, Corinna

Das Konzept der Arbeitsversicherung: Eine Balance zwischen konservativem Wohlfahrtsstaat und aktivierendem Sozialstaat? (2006).

Fabian, Kathrin

„Hartz IV“ als Einführung eines Kombilohnmodells? Ein Vergleich mit den Regelungen in Großbritannien (2006).

Jannik, Christoph

Die Initiative 50plus – Porträt der Maßnahmen und ihrer zu erwartenden Wirkungen (2006).

Kraaz, Sarah

Das Elterngeld und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – über die voraussichtliche Wirksamkeit einer politischen Maßnahme (2006).

Wulfgram, Meike

The Impact of Activation upon Happiness. Can German One-Euro-Jobs offset the Detrimental Life Satisfaction Effect of Unemployment? (2006).

Sennhenn, Maren

Kindertagesbetreuung zwischen gesellschaftlichen, politischen und trägerspezifischen Interessen (2006).

Hahne-Wiley, Maika

Family and Medical Leave Acts in den USA als Ausweitung der Bürgerrechte – von Marshall zu Andersen (2006).

Meyerholz, Martin

Betriebliche Strategien im Umgang mit älteren Arbeitnehmern. Frühverrentung oder Qualifizierung? (2006).

Freiber, Jana

Vereinbarkeit von Familie und Berufsausbildung. Die Anwendbarkeit familienfreundlicher Maßnahmen in Betrieben bei Auszubildenden mit Kind(ern) (2007).

Semding, Naomi

Elternpartizipation an Breiten Schulen in den Niederlanden (2007).

Hills, Sylvia

Einflüsse von Sozialsystemen auf die Ausgestaltung von Verbraucherinsolvenzverfahren (2007).

Mittmann, Mareike

Sozialpolitische Intervention gegen familiäre Armut in Deutschland, Italien und Schweden (2007).

Schulz, Karsten

Ländervergleich Kinderbetreuungskulturen. Lässt sich Esping-Andersens Wohlfahrtsstypologie anhand der Variable Kinderbetreuungskultur nachzeichnen? (2007).

Tauber, Peter

Die Arbeitsmarktpolitik in Dänemark unter der konservativ-liberalen Regierung: Kontinuität oder Wandel? (2007).

Hecker, Paul

Governance der Unternehmensmitbestimmung in der Europäischen Union - Erklärungsansätze für die nationale Ebene (2010).

### Rainer Dombois

Martschinke, Andreas

Vom Arbeitnehmer zum Arbeitskraftunternehmer – Telearbeit im Kontext sich verändernder Erwerbsarbeit (2006).

Pauls, Claudia

Der ‚Ritterschlag‘ der Leiharbeit. Eine Betrachtung der gesetzlichen Regulierung gewerblicher Arbeitnehmerüberlassung (2006).

Rath, Dorothea

Backpacken für den Lebenslauf? Konstruktion einer Backpacker-Identität in Erzählungen und ihre Funktionen (2006).

Schulz, Dirk

Geschäftliche Netzwerkkooperationen – Chancen und Risiken für Unternehmer (2006).

Vages, Gunnar

Politiken der Personalanpassung bei Unternehmensrestrukturierungen (2006).

Wagner, Bettina

The impact of labour unions on corporate culture and industrial relations in Romania and Hungary (2006).

Welker, Carsten	Das Allgemeine Präferenzsystem (APS) der EU - Durchsetzung internationaler Arbeitsstandards durch Zollerleichterungen? (2006)
Zimmermann, Marc	Works Council's Influence in Multinational Companies: A Comparison of Airbus Entities in France and Germany (2006).
Ertunc, Kenan	Braucht Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn? (2007).
Firat Kenan Zaimoglu	Corporate Governance: A Comparison between the United Kingdom and German (2007).
Green, Jennifer	A Comparison of the Image of Strikes in the British and German Printed Press (2007).
Saka, Hasibe	Die Wichtigkeit der Kinderbetreuung für erwerbstätige Mütter. Einfluss der institutionellen Regelungen auf die Erwerbstätigkeit der Mütter (2007).
Sorgalla, Henrik	Leiharbeit im Kontext von Flexibilisierung und Prekarisierung von Erwerbsarbeit (2007).
Weiland, Christina	Das Konzept des Arbeitskraftunternehmers: Entgrenzung und Interessenhandeln (2007).
Berger, Katarina	Situation der Frau auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland und nationale Politiken zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (2008).
Biegel, Thomas	The United Nations System. Labour Relations, Recruitment and Employment Conditions with a Special Focus on the United Nations Development Programme (2008).
Plenck, Vanessa	Das Konzept der Zivilgesellschaft in der Transitionsforschung – Kritische Betrachtung eines theoretischen Ansatzes (2008).
da Silveira, Augustin	Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in Deutschland(2009).
Drewes, Christian	Die doppelte Präsenz der Frauen in Spanien – Vereinbarkeit von produktiver und reproduktiver Arbeit (2009).
Erard, Gwendoline	Le taux d'emplois temporaires de jeunes: conséquence de la conception nationale des modalités d'articulation entre les sphères éducative et productive? (2009).
Neske-Mojica, A.	Öffentlicher Raum und Sicherheit. Der Wandel im öffentlichen Raum und der Umgang mit Veränderungen und Unsicherheit (2009).
Diez Canseco, Javier	El concepto de victima de la violencia política en el marco del proceso de verdad, justicia y reconciliación en el Per (2010).
Thu Gang Vu	Bauxite.opposition- an example of the developmemt of the civil in Vietnam (2010).
<b>André W. Heinemann</b>	
Urbanik, Axel	Der Reformprozess des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens in Deutschland – „staatliche Doppik“ und IPSAS als perspektivische Referenzmodelle unter Berücksichtigung der Funktionen öffentlicher Haushalte (2009).
Mikuciuonaite, Leva	Standortfaktoren einer Region und deren Bedeutung für die Innovationsleistung von Unternehmen am Beispiel der Gewerbeflächenvorratspolitik in Bremen (2009).
Glisovic, Florian	Das „Zukunftsinvestitionsgesetz“: Theoretische Analyse und kritische Würdigung (2009).
Frizen, Marina	Darstellung und Analyse der regionalökonomische Wirkungen von öffentlichen Investitionen (2009).
Mühlwald, Kathleen	Darstellung und kritische Analyse der ökonomischen Effekte von Länderfusionen (2009).
Lange, Gesa	Perspektiven der Finanzierung des europäischen Haushalts (2009).
Zappa, Paul	Bail-out-Regeln und Moral-hazard-Verhalten im föderalen System (2009).
Ladener, Birte	Kosten der Kleinheit und die Föderalismusdebatte in Deutschland (2009).
<b>Ulrich Heisig</b>	
Kraus, Sabine Heike	Arbeit und Konsum. Produktion in privaten Haushalten (2007).
Karatay, Sezer	Erwerbstätige Mütter aus der BRD im Vergleich zur DDR (2007).
König, Ronny	Mindestlohn: Die Möglichkeiten und Folgen einer gewerkschaftlichen Einführung in Deutschland (2007).
Becker, Mareike	Faktoren der Arbeitsmarktintegration von Ausländern in Deutschland (2007).
Schwarz, Carolin	Die Veränderung des Normalarbeitsverhältnisses unter Betrachtung flexibler Arbeitszeitmodelle (2007).

Jansen, Larissa	Professionen und Wissensberufe in der Wissensgesellschaft (2007).
Grothmann, Jennifer	Altersarmut in Deutschland (2007).
Seack, Daniel	Journalisten als Arbeitskraftunternehmer? Am Beispiel der Printmedien (2007).
Bajerke, Sarah	Strukturelle Veränderungen des Arbeitsmarktes im Dienstleistungssektor. Unter aktueller Betrachtung der Dienstleistungsarbeit im Niedriglohnsektor (2007).
Drueppel, Lea	McDonaldisierung als eine Ausdrucksform der Konsumgesellschaft (2007).
Kühn, Susanne	Jugendarbeitslosigkeit in Ostdeutschland (2007).
Dieckmann, Annika	Familienfreundliche Personalpolitik aus der Unternehmensperspektive (2007).
Schröder, Brunhild M.	Professionalisierung der Arzthelferinnen. Gesundheitspolitische Reform und berufliche Entwicklung (2007).
Sorgalla, Henrik	Leiharbeit im Kontext von Flexibilisierung und Prekarisierung von Erwerbsarbeit (2007).
Reckler, Jessica	Weißer Flecken in den Gewerkschaften. Zur prekären Situation von Leiharbeitern und befristeten Beschäftigten im Umbruch des Sozialstaats Deutschland (2007).
Baitz, Kerstin	Wachsende Konkurrenz auf dem Ausbildungsmarkt in Deutschland (2007).
Durmush, Sibel	Was zeichnet gute Arbeit aus? Erfüllen die aktuellen Arbeitsformen die Anforderungen der Beschäftigten (2007).
Schultz, Petra Marion	Über den Wolken und im Hotelzimmer. Die Arbeitssituation von Piloten der Deutsche Lufthansa AG (2007).
Kaskel, Dieter	Der Arbeitskraftunternehmer - Neue Arbeitsform zwischen Autonomie und Zwang (2007).
Zaitchenko, Irina	Anderes Wissen, andere Macht? Michel Foucaults Machtanalytik und ihre Relevanz für eine kritische Erfassung von neuen Arbeitsbedingungen (2007).
Dunov, Toshio	Wachstumsbranche Zeitarbeit. Gründe für den Boom und Grenzen der Entwicklung (2008).
Wisniewski Jörn	Familienbewusste Personalpolitik. Problemlagen und Handlungsmöglichkeiten in KMU (2008).
Husheer, Friedericke	Gute Arbeit für Eltern - eine Frage der Arbeitszeitgestaltung (2008).
von Rittern, Roy	Die Umwandlung zur Ganztagschule - ein Strukturbruch im Schulsystem? (2008).
Hau, Christiana	Über die Bedeutung von Unternehmenskultur für betriebliche Gesundheitsförderung (2008).
Barnett, Janine	Die Rolle des Rheinischen Kapitalismus im Zeitalter der Globalisierung (2009).
Jaletzky, Tobias Paul	Zeitarbeit, Leiharbeit, Personalleasing - "Jobmotor" oder Prekarisierungsfalle? (2009).
Wisniewski, Kim Paul	Social Networking im Internet anhand eines Vergleichs von StudiVZ und XING (2009).
Berk, Sabine	Handlungsmotivation von Wissensarbeitern (2009).
Dziwisch, Stefanie	Arbeit unter Marktdruck - Neue Steuerungsinstrumente und deren Folgen für die betriebliche Sozialintegration (2009).
Gundert, Hanna	Teilzeitarbeit zwischen prekärem Potential und subjektiven Arbeitszeitwünschen (2009).
Hohorst, Annika	Der Streik um die 35-Stunden Woche in Ostdeutschland und das Pforzheimer Abkommen. Probleme und Widersprüche gewerkschaftlichen Eingreifens am Beispiel der IG-Metall (2009).
Pachomova, Oksana	Erklärungsansätze organisatorischer Loyalitätsbindung hoch qualifizierter Angestellter. Am Beispiel von Ingenieuren bei der MBDA Deutschland (2009).
Alberts, Jörn	Individuelle Wissens- und Kompetenzerfassung von Organisationsmitgliedern (2009).
Müller, Thomas	Die Rolle von Unternehmenskulturen bei Fusionsprozessen (2009).
Friedrich, Sven	Funktionswandel von Zeitarbeit (2009).
Tennemann, Jan	Ansätze und Möglichkeiten zur Gestaltbarkeit organisatorischen Wandels (2009).

## **Rudolf Hickel**

Hollmann, Lars  
Kastin, Sonja

Wunram, Timo

Die Gewerbesteuer: Grundlagen, Besteuerungstechnik, Hinweise zu Reformen (2006).  
Die Einwohnerwertung der Stadtstaaten im System des bundesstaatlichen Finanzausgleichs – eine kritische Bestandsaufnahme (2006).  
Einzelhandel in Bremen-Nord: Grundlagen, Entwicklung, Perspektiven (2010).

## **Lothar Peter**

Schulz, Dirk

Kunkel, Chantal  
Kaskel, Dieter

Benke, Martina  
Geppert, Tobias  
Sparsam, Jan  
Müller, Helge

Dornheim, Hans-Eberhard

Krieg, Claudia

Ball, Mira

Alldag, Lennert

Moldenhauer, Benjamin

Redeker, Sébastien

Oslath, Caroline

Giffhorn, Benjamin

Nehl, Christian

Christiansen, Gunnar

Künemund, Hannes

Heinze, Eike

Geschäftliche Netzwerkkooperationen – Chancen und Risiken für Unternehmer und Mitarbeiter am Fallbeispiel des Netzwerkverbundes arte Fakt Marktplatz GbR (2006).  
Das VW-Projekt „5000 x 5000“. Eine arbeitssoziologische Analyse (2006).  
Der Arbeitskraftunternehmer – Neue Arbeitsformen zwischen Autonomie und Zwang (2007).  
Das Feld der zeitgenössischen Musik und die Ästhetik Adornos (2007).  
Entwicklung und Perspektiven europäischer Gewerkschaftskooperationen (2007).  
Akteur, Handlung und Struktur: Überlegungen zur Sozialtheorie Hartmut Essers (2007).  
Teamarbeit im Dienstleistungsbereich zwischen Ökonomisierung und Partizipation. Eine empirische Fallstudie (2007).  
Zwischen oben und unten: 28 Jahre angestellt „beim Daimler“. Ein Beitrag zur soziologischen Berufsbiografieforschung (2007).  
Dimensionen von Erinnerung. Eine kritische Betrachtung verschiedener Aspekte des Erinnerungsbegriffs (2007).  
Industrielle Modernisierung und Leistungspolitik (2007).  
Industrielle Modernisierung und Leistungspolitik (2007).  
Die Einverleibung der Gesellschaft. Der Körper in der Soziologie Pierre Bourdieus (2007).  
Volunteering durch Privatisierung. Chancen und Risiken im Modellversuch „Friesenstraße“ (2007).  
Die gesellschaftliche Wahrnehmung des Klimawandels in Kamerun (2009).  
Die Entwicklungspolitik der Europäischen Union gegenüber Subsahara-Afrika seit 2000: Das Contonou-Abkommen (2009).  
Entfremdung und Subjektivität des „Arbeitskraftunternehmers“ (2009).  
Die Bedeutung des populären Films für die Sinnvermittlung postmoderner Gesellschaft (2009).  
Gesellschaft, Natur und Agency bei Bruno Latour (2009).  
Aspekte und Probleme der Welt-System-Analyse von Immanuel Wallerstein (2009).

## **Jochen Tholen**

Schulz, Claudia

Zimmermann, Marc

Ertunc, Kenan

Antoni, Daniela

Wagner, Bettina

Ursachen, Ausmaß und Gegenstrategien zur regionalen Abwanderung von Arbeitskräften am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern seit 1989 (2007).  
Works Councils' Influence in Multinational Companies: A Comparison of Airbus' Entities in France and Germany (2007).  
Braucht Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn? (2007).  
Gestaltung von Auslandsentsendungen in Arbeits-, Aufenthalts- und Sozialversicherungsrecht. Mit Landesspezifika für eine Entsendung nach Ungarn (2008).  
The Impact of Labour Relations on Corporate Culture and Industrial Relations in Romania and Hungary (2008).

**Günter Warsewa**

Brunken, Kerstin

Die Zukunft des Einfamilienhausgebietes. Mögliche Auswirkungen aktueller demographischer und gesellschaftlicher Trends auf Einfamilienhausbestände der 1960/70er Jahre im suburbanen und ländlichen Raum (2008).

von Rittern, Roy

Die Umwandlung zur Ganztagschule – ein Strukturbruch im Schulsystem? (2008).

Krause, Ilka

Demographischer Wandel als Herausforderung öffentlicher Kultureinrichtungen in Hamburg (2009).

Krause, Kerstin

Klimaschutz durch Stadtplanung in der Stadt Bremen (2010).

## 3.6 Promotionen

### Irene Dingeldey

Linke-Sonderegger, M.      Aktivierende Arbeitsmarktpolitik als neue Herausforderung an staatliches Handeln? (2006; zus. mit Prof. Dr. Karin Gottschal).

### Rainer Dombois

Winter, Jens      Handlungsräume in einer hegemonialen Konstellation. Das Beispiel des North American Agreement on Labor Cooperation (2007; zus. mit Prof. Dr. Lothar Peter).

Feuerbach, Melanie      Alternative Übergangsrituale. Untersuchung zur rituellen Transformation in der Projektarbeit von Nichtregierungsorganisationen gegen weibliche Genitalverstümmelung in Kenia (2009; zus. mit Prof. Dr. Michaela von Freyhold).

Gutschmidt, Rasmus      Zwischen Kooperation und Konflikt – transnationale Wissensarbeit in einem transnationalen Unternehmen der Luftfahrtindustrie. Organisationsmuster, Arbeitsbedingungen und Kooperationsformen deutscher und britischer Flugzeugingenieure unter dem Einfluss lokaler und unternehmensspezifischer Gestaltungsforderungen (2010; zus. mit Dr. Ulrich Heisig).

Negash G., Sennait      The Impact of HIV/AIDS on Civil Society Development and its Implication on Governance: The Case of Ethiopia (2011; zus. mit Prof. Dr. Medhanie).

### André W. Heinemann

Recker, Thomas F.      Direkte Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union im Spannungsfeld zwischen nationaler Souveränität und Vertiefung der wirtschaftlichen Integration (2009; zus. mit Prof. Dr. Axel Sell).

### Ulrich Heisig

Gutschmidt, Rasmus      Zwischen Kooperation und Konflikt – transnationale Wissensarbeit in einem transnationalen Unternehmen der Luftfahrtindustrie – Organisationsmuster, Arbeitsbedingungen und Kooperationsformen deutscher und britischer Flugzeugingenieure unter dem Einfluss lokaler und unternehmensspezifischer Gestaltungsforderungen (2010; zus. mit Prof. Dr. Rainer Dombois).

### Rudolf Hickel

Heyne, Malte Christian      Die ökonomischen Effekte von Fußball-Weltmeisterschaften – Eine Kosten-Nutzen-Analyse und Contingent-Valuation-Studie zur WM (2006; zus. mit Prof. Dr. Heinz Schaefer).

Markus, Gerd      Entscheidungsstützende Instrumente für die regionale Wirtschaftsstruktur- und Hafenpolitik (2006; zus. mit Prof. Dr. Gerhard Leithäuser).

Hashagen, Anne      Integration von Finanzdienstleistungen zur Allfinanz – Analyse der Hintergründe und Erfolgsfaktoren von Allfinanzkonzepten unter Einbeziehung von fünf Fallstudien (2006; zus. mit Prof. Dr. Jörg Hufschmid).

Lang, Wiebke      Die räumliche Bindung von Wissen und ihre Bedeutung für regionale Wettbewerbsfähigkeit (2006; zus. mit Prof. Dr. Axel Sell).

Werner, Jörg-Richard      Wandel von Unternehmenspublizität und Corporate Governance: Konzepte, Befunde, Konsequenzen (2006; zus. mit Prof. Dr. Jochen Zimmermann).

Hinz, Silke Katja      Ausgewählte Möglichkeiten zum Abbau der Arbeitslosigkeit von gering qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der „Hartz“-Gesetze und der subjektiven Wahrnehmung von Betroffenen (2007; zus. mit Prof. Dr. Heinz Schaefer).

Lange, Klaus      Ökonomie des subventionierten Öffentlichen Theaters in Deutschland. Bestandsaufnahme und Entwicklungstendenzen (2007; zus. mit Prof. Dr. Gerhard Leithäuser).

Runje, Jacqueline	Fiskalpolitik in der EU: Kritik und Ansätze für Alternativen (2008; zus. mit Prof. Dr. Jörg Huffscheid).
Wang, Chuanchao	Pension Reform in China: Challenges and Answers (2009; zus. mit Jörg Huffscheid).
Schumacher, Jan	Börsensysteme, börsenähnliche Institutionen und Marktmikrostruktur – Eine theoretische und empirische Analyse von Gestaltungskonzepten für effiziente Marktmodelle im Wertpapierhandel (2010; zus. mit Prof. Dr. Christoph Lattemann).
Kastin, Sonja	Die Finanzierung von Agglomerationen über die Finanzausgleichssysteme in der Bundesrepublik Deutschland – Eine theoretische und empirische Bestandsaufnahme (2010; zus. mit Prof. Dr. Günter Dannemann).
Christen, Christian	Finanzmarktbasierte Alterssicherung: Sozialpolitische Diskursverschiebung und makroökonomische Implikationen (2011; zus. mit Prof. Dr. Stefan Lessenich).
<b>Lothar Peter</b>	
Winter, Jens	Handlungsräume in einer hegemonialen Konstellation (2006; zus. mit Prof. Dr. Rainer Dombos).
Holtrup, André	Die Subjektive Relevanz von Arbeitsregulierung. Zwischen Selbstpräsentation und kollektiver Interessenvertretung (2007; zus. mit Prof. Dr. Helmut Spitzley).
Voss, Jenna	Familiale, soziale und ökologische Ansprüche in der betrieblichen Praxis: Probleme, Organisation und Regulierung (2009; zus. mit Dr. Günter Warsewa).
Nagel, Alexander-K.	(Ver-) Ordnung der Freiheit? – Zur institutionellen Verfassung von Politiknetzwerken zwischen „Dauerreflexion“ und „stählernem Gehäuse“ (2009; zus. mit Prof. Ansgar Weymann).
Lahn, Ulrike	Die „zweite Frauenbewegung“. Eine regionale Fallstudie (laufend).
Carls, Kristin	Changes in employment, work organisation and labour Control in Milan's large scale retailing – an exploration of employees' daily coping strategies (laufend).
König-Werner, Eva	Immer im Ausnahmezustand: Kolonialismus und Subjektivität. Ein Beitrag zur Biographieforschung (laufend).
Schäfer, Gerhard	Homo academicus activus. Helmut Schelsky und die Soziologie in Deutschland (laufend).
Sparsam, Jan	Kapitalismus und Neue Wirtschaftssoziologie. Fragen der Kontinuität und des Wandels moderner kapitalistischer Ökonomie (laufend).
<b>Helmut Spitzley</b>	
Mehlis, Peter	Vom kreativen Chaos zur effizienten Organisation. Gestaltung und Regulierung hochqualifizierter Arbeit in IT- und Biotechnologieunternehmen (2007; zus. mit Prof. Dr. Wilhelm Eberwein).
Holtrup, André	Subjektive Relevanz von Arbeitsregulierung (2007; zus. mit Prof. Dr. Lothar Peter).
<b>Jochen Tholen</b>	
Lang, Wiebke	Die räumliche Bindung von Wissen und ihre Bedeutung für die regionale Wettbewerbsfähigkeit (2007; zus. mit Prof. Dr. Rudolf Hickel).
Lueg, Barbara	Ökonomie des Handels mit Umweltrechten: Umweltökonomische Grundlagen, Instrumente und Wirkungen – insbesondere in der EU (2009; zus. mit Prof. Dr. Rudolf Hickel).
<b>Günter Warsewa</b>	
Voss, Jenna	Familiale, soziale und ökologische Ansprüche in der betrieblichen Praxis: Probleme, Organisation und Regulierung (2009; zus. mit Prof. Dr. Lothar Peter).

## 3.7 Lehrveranstaltungen

### **Ulrike Baumheier**

Labour Market Policy (Austauschwoche Hochschule Bremen/Hanzehogeschool Groningen); (2006)

Labour, temporary work and employment services in a binational comparison (Austauschwoche Hochschule Bremen/Hanzehogeschool Groningen); (2008)

Labour, Temporary Work and Employment Service in International Comparison (Austauschwoche Hochschule Bremen/Hanzehogeschool Groningen); (2009)

Labour Market and Employment Services in International Comparison (Austauschwoche Hochschule Bremen/Hanzehogeschool Groningen); (2010)

### **Tanja M. Brinkmann**

Vereinbarkeit von Beruf und Familie als gesellschaftliches Problem und betriebliche Gestaltungsaufgabe; zus. mit Rena Fehre, Helmut Spitzley (WS 2006/07)

Work-Life-Balance? Chancen und Risiken einer lebensphasenorientierten Arbeits- und Personalpolitik; zus. mit Rena Fehre, Helmut Spitzley (SS 2008)

### **Irene Dingeldey**

Wohlfahrtsstaatstheorie; zus. mit Eric Seils (SS 2006)

Soziologie der Sozialpolitik (WS 2006/07)

Soziologie der Sozialpolitik (WS 2007/08)

Work and Welfare (SS 2008)

Soziologie der Sozialpolitik (WS 2008/09)

Work and Welfare (SS 2009)

Doctoral Colloquium, BIGSSS (WS 2009/10)

Work and Welfare; zus. mit Alexander Haarman (SS 2010)

Theories of Welfare State (SS 2011)

### **Rainer Dombois**

Arbeitsbeziehungen – Institutionelle Grundlagen, Akteure und Handlungsfelder (in Verbindung mit dem Erasmus JointCurriculum Development Project „Comparative Workplace Labour Relations in Europe“, Cowlare); (WS 2005/06)

Labour Relations in Europe (in Verbindung mit dem Erasmus JointCurriculum Development Project „Comparative Workplace Labour Relations in Europe“, Cowlare); (SS 2006)

Areas of Practice in Labour Relations and Organisational Development in Europe (in Verbindung mit dem Erasmus JointCurriculum Development Project „Comparative Workplace Labour Relations in Europe“, Cowlare); zus. mit Christiane Erdmann (SS 2006)

Arbeitsbeziehungen und Organisationsgestaltung (WS 2006/07)

Korruption - Schattenseite politischer Normalität (WS 2007/08)

Arbeitsbeziehungen und Arbeitspolitiken in Deutschland; zus. mit André Holtrup (WS 2008/09)

Soziologische Erkundungen der Arbeitswelt; zus. mit André Holtrup (WS 2010/11)

### **Rena Fehre**

Vereinbarkeit von Beruf und Familie als gesellschaftliches Problem und betriebliche Gestaltungsaufgabe; zus. mit Tanja M. Brinkmann, Helmut Spitzley (WS 2006/07)

Work-Life-Balance? Chancen und Risiken einer lebensphasenorientierten Arbeits- und Personalpolitik; zus. mit Tanja M. Brinkmann, Helmut Spitzley (SS 2008)

**André W. Heinemann**

Finanzwissenschaft (WS 2009/10)  
Finanzausgleich (WS 2009/10)  
Finanzwissenschaft II (SS 2010)  
Aktuelle Fragen der Finanzpolitik (SS 2010)  
Wirtschafts- und Finanzpolitik im föderalen Bundesstaat (SS 2010)  
Finanzausgleich (SS 2010)  
Finanzpolitik in der Demokratie (WS 2010/11)  
Fiskalföderalismus (WS 2010/11)  
Finanzwissenschaft II (WS 2010/11)  
Finanzwissenschaft (SS 2011)  
Fiskalföderalismus (SS 2011)  
Internationale Finanzordnung (SS 2011)  
Modernisierung des öffentlichen Sektors (SS 2011)

**Ulrich Heisig**

Subjektivierung und Entgrenzung von Arbeit (WS 2005/06)

**Rudolf Hickel**

Wirtschaftspolitik I und II (SS 2006)

**André Holtrup**

Arbeitsbeziehungen und Arbeitspolitiken in Deutschland; zus. mit Rainer Dombois (WS 2008/09)  
Soziologische Erkundungen der Arbeitswelt; zus. mit Rainer Dombois (WS 2010/11)

**Arne Klöpper**

Das deutsche Modell der Arbeitsbeziehungen unter Veränderungsdruck: Aktuelle Probleme und Perspektiven; zus. mit Helmut Spitzley (SS 2007)  
Arbeit – Macht – Konflikt. Theorie und Praxis der Arbeitsbeziehungen in Deutschland; zus. mit Helmut Spitzley (WS 2007/08)

**Helmut Spitzley**

Vereinbarkeit von Beruf und Familie als gesellschaftliches Problem und betriebliche Gestaltungsaufgabe; zus. mit Tanja M. Brinkmann, Rena Fehre (WS 2006/07)  
Arbeit und Technik: Grundbegriffe – Analysen – Perspektiven (WS 2006/07)  
Arbeit in der Wissensgesellschaft (SS 2007)  
Das deutsche Modell der Arbeitsbeziehungen unter Veränderungsdruck: Aktuelle Probleme und Perspektiven; zus. mit Arne Klöpper (SS 2007)  
Arbeit – Macht – Konflikt. Theorie und Praxis der Arbeitsbeziehungen in Deutschland; zus. mit Arne Klöpper (WS 2007/08)  
Wem gehört die Zeit? Chancen und Risiken der Flexibilisierung der Arbeit (WS 2007/08)  
Arbeitswelt im Wandel. Grundlagen und Perspektiven der Veränderung gesellschaftlicher Arbeit (WS 2007/08)  
Work-Life-Balance? Chancen und Risiken einer lebensphasenorientierten Arbeits- und Personalpolitik; zus. mit Tanja M. Brinkmann, Rena Fehre (SS 2008)  
Zukunftsfähig Arbeiten. Theorie und Praxis nachhaltiger Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensformen (SS 2008)  
Qualität und Gestaltung von Arbeit (SS 2008)  
Arbeit in flexiblen Unternehmen (WS 2008/09)  
Was heißt gute Arbeit? (WS 2008/09)  
Qualität und Gestaltung von Arbeit (WS 2008/09)

**Jochen Tholen**

European Social Policy (SS 2006)

European Social Policy (SS 2007)

Erasmus-Austauschprogramm, Koordination Institut für Soziologie (seit SS 2006)

**Alexandra Wangler**

Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten (WS 2008/09)

Symbolic Interactionism (WS 2008/09)

Selbst- und Fremderfahrung (SS 2009)

Symbolischer Interaktionismus (WS 2009/10)

Kommunikation und Gesprächsführung (WS 2009/10)

Selbst- und Fremderfahrung (SS 2010)

Selbst- und Fremderfahrung (SS 2011)

**Günter Warsewa**

Aktuelle Probleme der Stadtentwicklung (WS 2006/07)

Stadt und Region – Probleme ihrer Theorie (WS 2010/11 und WS 2011/12)

## 3.8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

### **Annelen Ackermann**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dipl.-Psych., 1997-2005 Studium der Psychologie an der Universität Bremen; 2004 Abschlussarbeit: Rollenverständnis und Rollenhandeln von Berufsbetreuern; seit 2005 diagnostisch-lerntherapeutische und beratende Tätigkeit im Bereich Teilleistungsschwächen, unter anderem als Fachkraft LRS (Lese-Rechtschreib-Schwäche) für den Magistrat der Stadt Bremerhaven; seit 2009 wiss. Mitarbeiterin am IAW.

### **Tanja Albers**

Verwaltung

Sachbearbeitung in der Verwaltung des IAW. Arbeitsschwerpunkte: Haushalt und Finanzen.

### **Esther Almstadt**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dr. phil.; 1997 bis 2002 Studium der Kulturwissenschaft, Germanistik und Neuere Geschichte an der Universität Bremen und der Humboldt-Universität Berlin. Promotion im Jahr 2008. Seit Januar 2009 Dozentin der Studierwerkstatt an der Universität Bremen, der Schreib- und Lernwerkstatt der Hochschule Bremen sowie der Koordinierungsstelle für Weiterbildung. Schwerpunkte der Lehrtätigkeit sind: Methoden des wiss. Arbeitens, Kreatives Schreiben, Bildungstheorien. 2010 wiss. Praxisbegleitung bei der Kommunalen Jugendarbeit Bremen / Lilienthal. Parallel dazu publizistische Tätigkeit unter anderem zum aktuellen Integrationsdiskurs. Seit Februar 2011 wiss. Mitarbeiterin am IAW im Arbeitsfeld Arbeits- und Gesundheitsschutz im Erziehungsbereich zum Thema „nachhaltige Employability“.

### **Ulrike Baumheier (bis 2011)**

Forschungseinheit Stadt und Region

Dr. rer. soc.; Studium der Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz von 1982-1987. Von 1988-1992 wiss. Mitarbeiterin im Sonderforschungsbereich „Verwaltung im Wandel“ an der Universität Konstanz. 1992 Promotion. Seit 1997 Lehrbeauftragte im Europäischen Studiengang Wirtschaft und Verwaltung an der Hochschule Bremen. Seit 2003 wiss. Mitarbeiterin im IAW und (von 2005 bis 2008) an der Forschungsstelle Zeitpolitik der Universität Hamburg.

### **Brigitte Beer**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dr. phil.; Studium der Soziologie an der Ludwig-Maximilian-Universität in München und an der Freien Universität (FU) Berlin ab 1971, Promotion 1980. Von 1994 - 2003 Durchführung von Forschungsprojekten im Rahmen der Projektverbünde GAMAGS und ARGEPLAN. Seit 2003 wiss. Mitarbeiterin im IAW, Durchführung von Forschungsprojekten im Rahmen von EQUAL. Arbeitsschwerpunkte: Evaluation, berufliche Bildung und Diversity Management.

### **Ulf Benedix**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Lehramt SEK II; Biologie u. Politik an der Universität Bremen von 1984-1990. 1992 Zweites Staatsexamen. Wiss. Mitarbeiter seit 1992, bis 2008 im Projekt EQUIB (Ermittlung des Qualifikationsbedarfs in der Region Bremen), ab 2009 im Projekt Opti-Qua (Optimierung der Maßnahmen zur Berufsausbildungsvorbereitung durch Qualifizierungsbausteine).

### **Ina Berninger**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Dipl.-Soz.; Studium der Sozialwissenschaften (Soziologie) an der Universität zu Köln (2003-2008). Lehrkraft für besondere Aufgaben und wiss. Mitarbeiterin am Forschungsinstitut für Soziologie der Universität zu Köln (2008-2011). Seit 2009 Promotionsstudium (rerum politicarum) an der Universität zu Köln. Seit April 2011 Mitarbeiterin im IAW. Arbeitsschwerpunkte und Forschungsinteressen: Wohlfahrtsstaatsvergleich, Frauenerwerbstätigkeit, Fertilität, Prekäre Beschäftigung.

### **René Böhme**

Forschungseinheit Stadt und Region

Dipl. Sozialarb./Soz.päd., M.A. Sozialpolitik; Studium an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (2008) und der Universität Bremen (2011). 2010-2011 studentischer Mitarbeiter und Honorarkraft im Projekt „Urban Improvement Districts“ im IAW. Seit 2011 wiss. Mitarbeiter im Projekt „Stadtteilstrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ im IAW.

### **Tanja M. Brinkmann (bis 2009)**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Dipl. Sozialpäd.; 1999-2005: Studium der Sozialarbeitswissenschaft, 2001-07 Studium Soziologie, Arbeitswissenschaft, Frauen- und Geschlechterstudien, Abschluss Soziologin M.A., Universitäten Oldenburg und Bremen. 2006-2009 wiss. Mitarbeiterin im IAW und Geschäftsführerin von „Beruf und Familie“. Seit 2009 Promotionsstipendiatin an der Philipps-Universität Marburg.

### **Irene Dingeldey**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Dr. rer. Soc.; Studium der Politikwissenschaft und Germanistik in Heidelberg und Madrid (1982-1989). Promotion 1996 in Bielefeld. 2000-2009 Tätigkeit als wissenschaftliche Assistentin am Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen; seit April 2009 wiss. Mitarbeiterin im IAW. Abschluss des Habilitationsverfahrens an der Universität Bremen voraussichtlich 2011. Arbeitsschwerpunkte: Wohlfahrtsstaatsvergleich, Theorien staatlicher Steuerung und Governance, Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitik.

### **Matthias Diller**

Forschungseinheit Stadt und Region

Dipl.-Oec.; Studium der Wirtschaftswissenschaft an der Universität Bremen, bis Ende 2010 für das BAW Institut für regionale Wirtschaftsforschung als wiss. Mitarbeiter tätig. Beschäftigt im IAW seit 2011 im FOPS-Projekt „Handlungsoptionen der Stadtentwicklung im Spannungsfeld von Globalisierung und regionaler Wertschöpfung“.

### **Rainer Dombois**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Prof. Dr. rer. pol., Soziologe; Studium der Soziologie in Freiburg, Frankfurt, London und Berlin. 1974-2008 an der Universität Bremen. Langjährige Forschungsaufenthalte und Gastprofessuren in Lateinamerika. Forschungsgebiete: Arbeitssoziologie, deutsche, lateinamerikanische und international vergleichende Arbeitsbeziehungen. Bis 2008 wiss. Mitarbeiter, seit 2009 Gastwissenschaftler im IAW.

### **Charlotte Dorn (bis 2010)**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dr. phil.; Studium an der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster ab 1968: Publizistik, Germanistik, Soziologie und Kunstgeschichte. Promotion 1978. Seit der Gründung des IAW im Jahr 2001 in Kooperation mit Gerlinde Hammer Leiterin der Forschungseinheit "Qualifikationsforschung und Kompetenzbereich" mit den Schwerpunktbereichen Neue Medien in Bildung und Beruf, Gender Mainstreaming und präventiver Arbeits- und Gesundheitsschutz für besondere Berufsbereiche und Zielgruppen. Ab 31.07.2010 in der Passivphase der Altersteilzeit.

**Lothar Dorn (bis 2009)**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dr. phil.; Studium an der WWU Münster und der PH Münster von 1969 bis 1974 Publizistik und Soziologie; Lehramt an Grund- und Hauptschulen. 1973 Erste Staatsprüfung. 1979 Promotion zum Dr. phil. 1996 bis 2001 wiss. Mitarbeiter an der Universität Bremen Kooperation Universität/Arbeiterkammer. Seit 2002 wiss. Mitarbeiter im IAW mit den Schwerpunkten neue Medien in der Bildung, neue Lehr- und Lernformen. Seit Januar 2009 in der Passivphase der Altersteilzeit.

**Martyn Douglas**

Forschungseinheit Stadt und Region

B.A. Humangeograph; Studium der Geographie (B.A.) sowie im Masterstudiengang Stadt- und Regionalentwicklung (bis voraussichtlich 2011) an der Universität Bremen. Seit 2010 wiss. Mitarbeiter im IAW.

**Dorothea Drinda (bis 2006)**

Forschungseinheit Stadt und Region

Dipl.-Ing. Städtebau/ Stadtplanung. Studium der Geografie (Vordiplom) an der Universität Augsburg von 1992 - 1994, Studium Städtebau/Stadtplanung (Diplom) an der Technischen Universität Hamburg-Harburg von 1995 - 2002. Anschließend wiss. Mitarbeit im IAW in den Bereichen anwendungsbezogene Stadtforschung (Stadtentwicklung/ Zeitpolitik) und Stadtteilentwicklungsplanung.

**Christiane Erdmann (bis 2007)**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

M.A. European Labour Studies. Ausbildung beim Bundesverwaltungsamt Köln für den Mittleren Nichttechnischen Dienst in Bundesbehörden (1972- 1974). Tätigkeiten bei verschiedenen Bundes- und Landesbehörden, gefolgt von Familienpause. Sozialwiss. Studium mit Schwerpunkt Sozialpolitik an der Open University Milton Keynes/ Großbritannien (1996-2000), Masterstudiengang European Labour Studies an der Universität Bremen (2002 - 2003). 2005-2007 wiss. Mitarbeiterin im IAW und im Erasmus-Projekt „Comparative Workplace Labour Relations in Europe“.

**Rena Fehre**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

M.A. Soziologie; Studium der Soziologie, Philosophie und Arbeitswissenschaft in Bremen und Siena (I). Tätigkeitsschwerpunkte: Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben, Demografischer Wandel, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Arbeitszeitpolitik. Seit 2006 wiss. Mitarbeiterin im IAW. Arbeitsschwerpunkte: Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie.

**Bernd Feldmann**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dipl.-Soz. Päd.; Studium der Sozialpädagogik an der Fachhochschule/Universität Siegen (1971-1974); Studium der Soziologie und Psychologie an der Universität Bremen (1974-1981). 2000 bis 2009 Leiter der Akademie des Handwerks in Bremerhaven, verantwortlich u.a. für Existenzgründungs- und Qualifizierungsberatung im Handwerk und Projektmanagement.

**Brigitte Fietz**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Lehramt SEK II; Deutsch und Politik in Berlin und Bremen; 1984 Zweites Staatsexamen; 1997-2005 im Rahmen von projektbezogenen Dienstüberlassungen wiss. Mitarbeiterin an der KUA bzw. dem IAW; daran anschließend weitere projektbezogene Aufgaben als wiss. Mitarbeiterin der Universität Bremen/IAW.

### **Jörn Fischer**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dipl. Psychologe; Gesundheitspolitik als Schwerpunkt, Nebenfachstudium Erziehungswissenschaft. Studium an der Universität Bremen. Seit 2001 freiberuflich tätig als Lerntherapeut bei Lernstörungen und Verhaltensauffälligkeiten; Beratung von Eltern, Schulen, Jugendämter zu Lernstörungen von Kindern und Jugendlichen. Seit 2009 als wiss. Mitarbeiter im IAW im Schwerpunkt berufliches Übergangssystem.

### **Claudia Fortmann (bis 2011)**

Forschungseinheit Stadt und Region

Dipl.-Päd.; Erziehungswissenschaft an den Universität Bremen und Hannover. Diplom-Abschluss an der Universität Bremen Ende 2006. 2007: Freie Mitarbeiterin bei der Wirtschafts- und Sozialakademie Bremen (Schwerpunkt Programmplanung und Bildungsberatung), 2007-2008: Mitarbeiterin im Projekt „Lernende Region – Landkreis Osterholz (Schwerpunkt: Konzeption von Seminaren für Auszubildende), seit 2008 wiss. Mitarbeiterin im IAW (Arbeitsschwerpunkte: Ganztagschulentwicklung, Netzwerke im Bildungswesen).

### **Patrick Frede (bis 2008)**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Dipl. Soz., Dipl. Sozialpäd. (FH); Studium der Soziologie in Bremen und Bamberg und des Sozialwesens in Bamberg. Zwischen 2004 und 2008 wiss. Mitarbeiter im IAW. Arbeitsschwerpunkte: Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Geschäftsführung Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie bis Juni 2008.

### **Andreas Friemer**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dipl. Sozialwiss.; Studium an der Universität Bremen. 1995 bis 2004 pädag.-wiss. Mitarbeiter beim Arbeiter-Bildungs-Centrum der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH. 2004 -2007 wiss. Mitarbeiter bei der Senatorin für Bildung und Wissenschaft Bremen in den Projekten „Bremer Betriebe Online“ und „Steuerungstechnische Basisqualifikationen“. 2008 – 2010 wiss. Mitarbeiter beim Schulverein des Technischen Bildungszentrums Mitte (TBZ). Seit 2011 wiss. Mitarbeiter am IAW.

### **Günter Gebauer**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dr. phil.; Studium der Soziologie/Politik an der Philipps Universität in Marburg/Lahn (1970-1976). 1980 Promotion an der Universität Bremen. 2006-2008 Selbständige Tätigkeit für die Gesellschaft für Projektentwicklung und Innovation (GPI) mbH in zwei Demografie-Projekten. Freie Mitarbeit für das Forschungsinstitut für berufliche Bildung (f-bb) in Nürnberg in einem internationalen Projekt (Lernstrategien für lernungsgewohnte ältere Produktionsarbeiter).

### **Swantje Grigull**

Verwaltung

M.A. Anglistik/Amerikanistik; Studium der Anglistik/Amerikanistik und Kulturwissenschaft an der Universität Bremen; Abschluss 2002. Ab 2000 Arbeit als freie Journalistin. 2004-2006 Redaktionsvolontariat. Von 2006-2008 Arbeit als Redakteurin und Teilzeitbeschäftigung im IAW in der Verwaltung. Seit 2008 Mitarbeiterin der Verwaltung des IAW.

### **Elvira Günter**

Dokumentationszentrum für Europäische Gewerkschaftspublikationen

Sachbearbeiterin im Dokumentationszentrum.

**Pieter Hagen-Torn**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Lehramt SEK II; Deutsch und Politik; Studium in Münster, Marburg und Bremen von 1973-1981: Germanistik, Politik, Philosophie und Sport. 1983: zweites Staatsexamen; seit 1989 wiss. Mitarbeiter in verschiedenen Instituten an der Universität Bremen sowie beim Bildungswerk Niedersächsischer Volkshochschulen. Seit 1997 wiss. Mitarbeiter an der KUA bzw. dem IAW. Von 2002-2004 Referent für Qualifizierungspolitik bei der Arbeitnehmerkammer Bremen. Anschließend wieder wiss. Mitarbeiter im IAW.

**Gerlinde Hammer**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Lehramt SEK II; Deutsch, Politik und Geschichte an den Universitäten Würzburg, Berlin und Bremen. Abschluss mit der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt Sek. II im Jahr 1978 und mit der Zweiten Staatsprüfung im Jahr 1982. Seit 1991 wiss. Mitarbeiterin an der Universität Bremen. Seit 2001 in Kooperation mit Dr. Charlotte Dorn wissenschaftliche Leitung der Forschungseinheit "Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb", verantwortlich für die Schwerpunkte Qualifikationsforschung, berufliche Bildung/Übergangssysteme, neue Lehr- und Lernformen (vor allen lebenslanges Lernen), Arbeits- und Gesundheitsschutz/Ergonomie, Evaluation.

**André W. Heinemann**

Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen

Prof. Dr., Dipl. Volkswirt; Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität-Gesamthochschule Essen 1993-1999; 2003 Promotion. 2003-2005 Wiss. Mitarbeiter des Senatsbeauftragten für überregionale Finanzbeziehungen. 2006-2007 wiss. Mitarbeiter an der Forschungsstelle Finanzpolitik, Bremen. Seit März 2007 Juniorprofessor für Bundesstaatliche und regionale Finanzbeziehungen, Universität Bremen, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft. Seit 2009 Forschungsleiter am IAW.

**Ulrich Heisig**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Dr. phil., Dipl. Soz.; Studium der Soziologie in Marburg/Lahn und Frankfurt/Main. 1979-1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bremen; 1990-1992 wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Erlangen-Nürnberg. Von 1992-2002 wiss. Referent bei der Angestelltenkammer/Arbeitnehmerkammer Bremen. Seit 2002 Mitarbeiter im IAW. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitssoziologie, Dienstleistungs- und Wissensarbeit, Professionen und professionelle Arbeit.

**Nessim Hemmer**

Verwaltung, IT

Systemadministrator im IAW.

**Rudolf Hickel (Gründungsdirektor)**

Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen

Prof. Dr.; Studium der Wirtschaftswissenschaft an der Universität Tübingen (Stipendiat des Cusanus-Werks); 1967-1969 wiss. Assistent an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Tübingen; 1969-1970 wiss. Assistent am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Konstanz; 1971 Promotion; seit 1974 Professor für Politische Ökonomie mit dem Schwerpunkt Öffentliche Finanzen und seit 1993 Lehrstuhl für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen; 2001-2009 Direktor des IAW.

### **Änne Hildebrandt**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dipl. Sozialwissenschaftlerin; Abschluss 1990 an der Universität Bremen. Pädagogische Mitarbeiterin beim Arbeiter-Bildungs-Centrum der Arbeitnehmerkammer Bremen GmbH von 1992-2004 im Bereich Berufsvorbereitung und berufliche Bildung für benachteiligte Jugendliche. Von 2002-2007 wiss. Mitarbeiterin am IAW. Ab 2009 Lehrbeauftragte für Methoden der Sozialen Arbeit an der HAW Hamburg (Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg). Seit 2010 wiss. Mitarbeiterin im Projekt Arbeit- und Berufsorientierung für die Zukunft – Lernort Praktikum.

### **Sigrid Hirschhausen (bis 2008)**

Verwaltung

Sachbearbeitung in der Verwaltung des IAW.

### **André Holtrup**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Dr. rer. pol., Dipl.-Soz.; Studium der Soziologie an der Universität Bremen. 2002 bis 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter im IAW, 2005-2007 Doktorand an der Universität Bremen, seit 2007 wiss. Mitarbeiter im IAW. Arbeitsschwerpunkte: subjektorientierte Erforschung der Arbeitsbeziehungen, neue Formen der Governance von Arbeit, Zukunft der Arbeitsgesellschaft, Perspektiven für das Land Bremen.

### **Hans-Jürgen Hopp (bis 2008)**

Dokumentationszentrum für Europäische Gewerkschaftspublikationen

Dr. phil., Dipl.-Soz.; Studium der Soziologie und Sozialpsychologie an der FU Berlin und der J. W. Goethe Universität Frankfurt. Promotion 1978. Von 1988 bis 2005 zusammen mit der Hans-Böckler-Stiftung Herausgeber des Presse spiegels aus der deutschsprachigen Gewerkschaftspresse. Arbeitsschwerpunkt: Gestaltung und Entwicklung der im Internet recherchierbaren Datenbank zur Europäischen Gewerkschaftspolitik (DEGPOL).

### **Jessica Hotze**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

M.A. Soziologie; 2001-2010 Studium der Soziologie (Hauptfach), Afrikanistik und Völkerkunde (Nebenfach) an der Universität zu Köln. Währenddessen u.a. Aufenthalt an der Universität Bamako (Mali) im Rahmen eines DAAD-Sprachstipendiums für die Sprache Bambara sowie Tätigkeit als studentische Hilfskraft bei der GESIS in Köln. Seit Juli 2011 wiss. Mitarbeiterin im IAW. Arbeitsschwerpunkte: Quantitative Datenanalyse, Datenharmonisierung.

### **Norbert Hübner**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dr. phil., Dipl. Psychologe; Schwerpunkt Arbeits- und Organisationspsychologie an der Universität Hamburg, 1978-1983. Promotion 2002. Wiss. Mitarbeiter seit 2005 bei INBAS, Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, im Projekt Netzwerk Qualifizierungswege für An- und Ungelernte. Wiss. Mitarbeiter im IAW seit 2006. Ab 2009 wiss. Mitarbeiter im Projekt ProAktiv!

### **Barbara Hummel**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dipl. Soz.; Studium in Berlin und Bremen; seit 1980 tätig als Dozentin, Lehrkraft und Sozialpädagogin bei verschiedenen Bildungsträgern im Bereich der Benachteiligtenförderung und in dem der Erstausbildung. Schwerpunkt der Tätigkeit in Projekten mit Mädchen und jungen Frauen (Frauenförderung). Seit 2005 im IAW mit den Schwerpunkten neue Lehr- und Lernformen, Lebenslanges Lernen in der Benachteiligtenförderung.

### **Constanze Jäger (bis 2010)**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

M.A. Soziologie; 2003-2009 Studium der Soziologie, Arbeitswissenschaft und Geschichtswissenschaft an der Universität Bremen. 2009-2010 wiss. Mitarbeiterin im IAW, anschließend an der TU Dortmund.

**Katja Kalusch (bis 2009)**

Ehemals Bibliothek  
Bibliothekarin.

**Matthias Kirk (bis 2006)**

Forschungseinheit Stadt und Region

Dipl.-Sozw.; Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Bremen von 1991 bis 1996 (Abschluss Diplom). 1998-2001 wiss. Mitarbeiter an der ZWE „Arbeit und Region“ der Universität Bremen. 2002-2006 wiss. Mitarbeiter im IAW, Forschungseinheit Stadtentwicklung und regionaler Strukturwandel im Bereich der anwendungsbezogenen Stadtforschung (Stadtteilkonzepte).

**Arne Klöpper**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Dipl.-Soziologe, M.A. (European Labour Studies); 1999-2004 Studium der Soziologie an der Freien Universität Berlin, Masterstudiengang European Labour Studies an den Universitäten Bremen und Toulouse 1 (2004/2005). 2006-2010 Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung und Gast im IAW (Organisationslernen und Mitgliederentwicklung in Gewerkschaften). Seit Anfang 2010 beschäftigt im Projekt „Krisenbewältigung und betriebliche Arbeitsbeziehungen (KubA)“ am IAW.

**Jutta Knuth**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Lehramt SEK II; Deutsch und Kunst an der Universität Bremen 1976-1981; 1. Staatsexamen 1981, 2. Staatsexamen 1983. Von 1983 bis 1990 Lehrerin in der Erwachsenenbildung in verschiedenen Bildungseinrichtungen in Bremen. Seit 1990 wiss. Mitarbeiterin im Projekt EQUIB – Ermittlung des Qualifikationsbedarfs in der Region Bremen.

**Manfred König**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Soz. Päd.; Studium der Pädagogik an der TH Darmstadt und der Universität Frankfurt von 1976 – 1980. 1980 Abschluss: Diplom. 1982 – 2009 Pädagogischer Mitarbeiter beim Arbeiter-Bildungs-Centrum, ab 2003 beim Internationalen Bund Bremen. Ab 2009 wiss. Mitarbeiter im IAW, EFRE- Projekt BeginnRegio (Schwerpunkt Kompetenzerwerb).

**Anja Koutsouts (bis 2006)**

Forschungseinheit Stadt und Region

Dipl.-Oek.; Studium der BWL und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Rostock und Bremen 1995 - 2001. 2001-2003 wiss. Mitarbeiterin am Bremer Institut für Betriebstechnik und angewandte Arbeitswissenschaften. 2004-2006 wiss. Mitarbeiterin im IAW.

**Susanne Kretzer**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dipl. Sozialarbeiterin (FH); 1982 Abschlussprüfung an der Gesamthochschule Siegen. 2006 Abschlussprüfung zur Diplomsozialpädagogin an der Universität Bremen zum Thema Diversity-Management. Seit 2006 wiss. Mitarbeiterin im IAW.

**Manuel Kühn**

Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen

M.A.; Studium Politikwissenschaft und Philosophie in Bonn, Osaka und Oldenburg (2001-2007). 2007-2008 People's Empowerment Foundation, Thailand. 2010 Experte des Berichterstatters im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union für die Anfertigung einer Initiativstellungnahme zur Strategie einer Makroregion Nordsee/Ärmelkanal. Seit 2009 wiss. Mitarbeiter am Institut IAW. Hauptforschungsfelder: Meerespolitik, Offshore-Windkraft, Schiffbau und Häfen.

**Gunthild Kuhr (bis 2010)**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dipl. Soz. Päd.; 1973-1978 Studium der Pädagogik, Soziologie, Psychologie an der Universität München und der Sozialpädagogik an der Universität Bremen. Von 1979-1994 Pädagogische Mitarbeiterin Berufsausbildungsprogramme am Berufs-Bildungs-Institut der Arbeitnehmerkammer Bremen. Von 1995-1998 wiss. Mitarbeiterin im Institut für Wissenschaftstransfer und Personalentwicklung (IWP). Seit Juni 1998 wiss. Mitarbeiterin im IAW. G. Kuhr befindet sich seit dem 31.08.2010 in der Passivphase der Altersteilzeit.

**Wiebke Lang (bis 2006)**

Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen

Dr. rer. pol., Dipl. Ing.; Studium der Raumplanung an der Universität Dortmund und dem University College London (GB) von 1995-2001. Ab 2002 wiss. Mitarbeiterin am IAW. 2004/2005 Sachverständige in der Enquetekommission „Eine Zukunft für Berlin“ des Abgeordnetenhauses Berlin. Schwerpunkte: Regionale Wirtschafts- und Strukturentwicklung, Wirtschafts- und Finanzkraft im Lande Bremen, Regionale Zusammenarbeit, Regionale Innovationssysteme. Promotion zum Dr. rer. pol. 2007.

**Roxana-Angela Leu**

Forschungseinheit Stadt und Region

M.A. Soziologie und Sozialforschung; 2003-2007 Fakultät für Politikwissenschaften, Philosophie und Kommunikationswissenschaften an der West Universität aus Timisoara, Rumänien, Fachrichtung: Internationale Beziehungen und Europäische Studien. 2008-2010 M.A. Soziologie und Sozialforschung an der Universität Bremen. Seit 2011 wiss. Mitarbeiterin im IAW.

**Anja Link**

Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen

Dipl. Volkswirtin; Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Rostock und der Europastudien an der Haagse Hogeschool in Den Haag (Niederlande). Seit 2010 wiss. Mitarbeiterin im IAW. Forschungsgebiete: Finanzwissenschaft, insbesondere Bund-Länder-Finanzbeziehungen in Deutschland und Stellung des Bundeslandes Bremen innerhalb des föderalen Systems.

**Thorsten Ludwig (bis 2008)**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Dipl. Politikwissenschaftler; Studium der Politikwissenschaften an den Universitäten Bremen und Bratislava (Slowakei). 2002-2008 wiss. Mitarbeiter im IAW. Forschungsgebiete: Arbeitssoziologie, industrielle Beziehungen und Entwicklung der Schiffbauindustrie in Deutschland und Europa.

**Barbara Lueg (bis 2008)**

Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen

Dr. rer. pol., Dipl. Volkswirtin; Studium der Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster von 1997 - 2003. 2004 - 2006 wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft bei Prof. Dr. Hickel am Institut für Europäische Wirtschaft, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Universität Bremen. Im Februar 2006 Annahme als Doktorandin an der Universität Bremen. Von 2007 - 2008 wiss. Mitarbeiterin des IAW. Promotion im Jahr 2009.

**Margarete Lutschkowski (bis 2008)**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Designerin; Mitarbeit im Verbundprojekt „Beruf und Familie“.

**Alexander Matysik**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

M.A. Sozialpolitik; 2004 bis 2010 Studium der Politikwissenschaft (B.A.) und Sozialpolitik (M.A.) an der Universität Bremen. Seit Februar 2010 wiss. Mitarbeiter im IAW. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Organisationstheorien.

### **Irena Medjedovic**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dipl. Psych.; 1995-1998 Studium der Betriebswirtschaft an der Westfälischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Münster. 1998-2003 Studium der Psychologie und Erziehungswissenschaft an der Universität Bremen. 2003-2005 DFG-Forschungsprojekt „Archivierung und Sekundärnutzung qualitativer Interviewdaten - eine Machbarkeitsstudie“. 2003-2009 wiss. Mitarbeiterin im Archiv für Lebenslaufforschung (ALLF). 2010 Leiterin des ALLF der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS) der Universität Bremen. Seit Januar 2011 Leiterin der Forschungseinheit „Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb“ des IAW.

### **Peter Mehlis (bis 2008)**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Dr. rer. pol., Dipl. Soz.; Studium der Soziologie 1993-1999. Nach dem Studium wiss. Mitarbeiter in der agis an der Leibniz Universität Hannover sowie in der Akademie für Arbeit und Politik (aap) an der Universität Bremen. Von 2005-2007 als Doktorand und anschließend als wiss. Mitarbeiter am IAW tätig. Währenddessen Promotion zum Dr. rer. pol.

### **Guido Nischwitz**

Forschungseinheit Stadt und Region

Dr., Studium der Geographie an der Universität Bonn. 1995 Promotion. 1997-2004 wiss. Mitarbeiter am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Berlin. 1999-2004 Leitung des Forschungsfelds „Regionale Wirtschaftspolitik/Nachhaltige Regionalentwicklung“ am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Berlin. Gewähltes Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL). Seit 2004 wiss. Mitarbeiter im IAW.

### **Eugen Nordloh**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

M.A. Soz.; Studium der Soziologie, Politischen Wissenschaften und Volkskunde an der Universität Kiel von 1976 - 1983. 1984-2004 Koordinator und Fachbereichsleiter für die berufliche Erstausbildung benachteiligter Jugendlicher beim Bildungswerk Niedersächsischer Volkshochschulen GmbH. Seit 2006 wiss. Mitarbeiter im IAW in den ESF-Projekten „Lern wieder!“ und „Arbeits- und Berufsorientierung für die Zukunft – Lernort Praktikum“ (Schwerpunkt Kompetenzerwerb).

### **Marzio Maria Novello**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Lehramt Sek I; Studium für das Lehramt Sek I in Arbeitslehre und Wirtschaft an der Pädagogischen Hochschule in Berlin (1972-1975) und Studium der Pädagogik an der Universität Bremen (1976-1979). Arbeit als freier wiss. Mitarbeiter im Bereich „Erstellung von Lehrkonzepten“ (1978-1979). 1988-1992 Projektleiter von Jugendmaßnahmen beim Landesamt für Weiterbildung. Seit 1992 durchgehend angestellt als wiss. Mitarbeiter beim Arbeit- und Lernzentrum im Bereich Projektleitung und Personalentwicklung mit dem Schwerpunkt: Konzeption und Durchführung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche und Langzeitarbeitslose. Seit 2011 im IAW mit dem Schwerpunkt „berufliches Übergangssystem“ beschäftigt.

### **Wiebecke Novello-von Bescherer**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Lehramt Sek I; Studium der Arbeitslehre und Wirtschaft an der Pädagogischen Hochschule in Berlin (1972-1976) und Studium der Diplom-Pädagogik an der Universität Bremen (1976-1980). 1994-2001 wiss. Mitarbeiterin und stellvertr. Institutsleiterin am Institut für Wissenstransfer durch Wissenschaftliche Weiterbildung (IfW). 2001-2010 wiss. Mitarbeiterin und Institutsleiterin am Institut für Wissenstransfer an der Universität Bremen GmbH. Seit 2010 wiss. Mitarbeiterin im IAW mit den Arbeitsbereichen Arbeitsorganisation, Qualitätsmanagement, neue Konzepte für mitarbeiterorientierten und präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutz.

### **Lothar Peter**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft; Institut für Soziologie

Prof., Dr. phil; Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Germanistik in Marburg und Genf. 1966 – 67 Lektor des Goethe-Instituts in Finnland. 1971-72 Assistent an der Universität Paris (Nouvelle Sorbonne). 1972 -1973 Vertretung einer vakanten Professur an der Philipps-Universität Marburg. Forschungsgebiete: Arbeitssoziologie/ Soziologie der Arbeitsbeziehungen, soziologische Theorie und Geschichte der Soziologie, Sozialwissenschaften in Frankreich. Ab 1973 Professor an der Universität Bremen.

### **Rolf Prigge**

Forschungseinheit Stadt und Region

Dipl. Verwaltungswirt; Kontakt- und Zusatzstudium der Erwachsenenbildung, Tätigkeiten als wiss. Mitarbeiter in der Personalplanung und als Dozent in der Erwachsenenbildung. Ab 1993 wiss. Mitarbeiter in der Forschungstransferstelle des Kooperationsbereiches Universität/Arbeiterkammer Bremen, Aufbau und Leitung der Forschungseinheit „Strukturwandel des öffentlichen Sektors“ im IAW, ab 2006 Leitung der neuen Forschungseinheit Strukturwandel „Stadt und Region“ (gemeinsam mit Günter Warsewa).

### **Viktor Pudenko**

Dokumentationszentrum für Europäische Gewerkschaftspublikationen

Dipl.-Betriebswirt; Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen (GW I). Von 1990-2005 im Wirtschaftsarchiv des Fachbereichs 7 an der Universität Bremen tätig. Seit 2005 Mitarbeiter im Dokumentationszentrum für Europäische Gewerkschaftspublikationen. Arbeitsschwerpunkte: Inhaltliche Erschließung von ausgewählten Gewerkschaftszeitungen westeuropäischer Gewerkschaften mit Hilfe des ILO-Thesaurus für die Internetdatenbank DEGPOOL.

### **Kerstin Purnhagen**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Dipl. Ökonomin; Studium der Wirtschaftswissenschaft in Bremen. Arbeitsschwerpunkte: Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben, Demografischer Wandel. Langjährige Beratungserfahrung in der Wirtschaftsförderung und im Regionalmanagement, seit 2009 Geschäftsführerin des Bremer Verbundprojekts Beruf und Familie.

### **Michele Rämö (bis 2011)**

Forschungseinheit Stadt und Region

Dipl. Geographin; Studium der Geographie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; Seit 2010 wiss. Mitarbeiterin im IAW; Forschungsgebiete: Handlungsoptionen der Stadtentwicklung im Spannungsfeld von Globalisierung und regionaler Wertschöpfung

### **Götz Richter (bis 2008)**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Dr. rer. pol, Dipl. Soz.; Studium der Soziologie an der Universität Bremen. Von 1999-2002 wiss. Mitarbeiter im IAW; derzeit Arbeitszeit- und Organisationsberater (Zeitpraxis Bremen), Personalvermittler (B&D Service Nordwest), Arbeitsgebiete: Arbeitsmarkt-, Arbeitszeit-, Biographie-, Netzwerk- und Innovationsforschung, Organisationsentwicklung. Von 2006-2008 Arbeit am IAW.

### **Julia Rippe (bis 2008)**

Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen

Dipl.-Wi.-Ing.; Studium zur Dipl.-Elektroingenieurin an der Universität Tula (Russland) von 1988-1994, Studium zur Dipl.-Ökonomin (Aufbaustudium) an der Universität Tula (Russland) von 1992-1994, Studium Dipl.-Wirtschaftsingenieur an der Universität Bremen von 1999 bis 2004, von 2005-2008 wiss. Mitarbeiterin im IAW.

**Roy von Rittern (bis 2011)**

Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen

Dipl. Soz.; 2002-2007 Studium der Soziologie an der Universität Bremen. 2005-2006 wiss. Hilfskraft am IAW. 2008 Abschluss als Diplom-Soziologe an der Universität Bremen. Seit Februar 2009 wiss. Mitarbeiter am IAW.

**Rolf Röhrig (bis 2006)**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dr. phil., Dipl. Mathem.; Studium der Mathematik, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Psychologie. Studienbeginn in Bochum 1970, Fortsetzung des Studiums in Paris 1972/73. Studienabschluss 1976 in Bremen. 1995 Promotion an der Universität in Bremen. Tätigkeit als selbständiger wiss. Autor und Dozent. Seit 2005 wiss. Mitarbeiter im IAW.

**Elisabeth Rupprecht (bis 2006)**

Forschungseinheit Qualifikation und Kompetenzerwerb

Dipl. Soz.; Studium der Sozialpädagogik und Sozialwissenschaften an der Universität Bremen. 1983 bis 2004 Geschäftsbereichsleiterin Arbeiter-Bildungs-Centrum der Arbeitnehmerkammer Bremen GmbH und anschließend wiss. Mitarbeiterin im IAW.

**Ursula Schekerka**

Verwaltung

Verwaltungsleitung des IAW. Arbeitsschwerpunkte: Haushalt und Finanzen.

**Hubertus Schick**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Lehramt SEK II; Französisch und Geschichte; Studium der Romanistik, Geschichte und Soziologie in Mainz, Tours und Freiburg i.Br. von 1973-1979. Erstes Staatsexamen 1979. Hauptamtliche Lehrtätigkeit beim Senator für Arbeit Bremen von 1986-1992. Freiberufliche wiss. Begleitung unterschiedlicher Projekte der Berufsbildung. Seit 1996 wiss. Mitarbeiter im IAW.

**Christiane Schnell (bis 2009)**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Dr. rer. pol, M.A. Soziologie; 1993-1998 Magisterstudium der Soziologie, Geschichte und Kulturwissenschaften; anschließend wiss. Mitarbeiterin im Sonderforschungsbereich 186 Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf, am Zentrum für Sozialpolitik, an der Hochschule für Künste sowie im IAW; 2006 Promotion. Seit Juli 2009 wiss. Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung in Frankfurt.

**Norbert Schöll**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dr. phil. habil.; 1963-1971 Studium in Tübingen und München (Germanistik und Theatergeschichte). 1971 Promotion. 1972-1986: wiss. Mitarbeiter und Hochschulassistent (Kommunikation und Ästhetik, Medienwissenschaft) an der Universität Osnabrück. 1982: Habilitation in Medienwissenschaft. 1978-2000 nebenberufliche Dozententätigkeit (Erwachsenenbildung und Ausbildung der Ausbilder). 1990-1999 wiss. Mitarbeiter am Institut für Wissenstransfer (IfW). Seit 1999 wiss. Mitarbeiter im IAW.

**Jendrik Schröder (bis 2010)**

Forschungseinheit Stadt und Region

M.A. Sozialpolitik; Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Bremen mit dem Schwerpunkt nationale und internationale Sozialpolitik, währenddessen unterschiedliche Praktika in Abgeordnetenbüros (MdB), beim Vorstand der IG Metall sowie bei der Bremer Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. 2010 im IAW als wiss. Mitarbeiter beteiligt an der Erstellung „Gutachtens über die Weiterentwicklung und Förderung von Quartierszentren in der Stadtgemeinde Bremen“.

### **Anne Schröter**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

M.A. Soziologie und Sozialforschung; Studium der Musikerziehung an der Hochschule für Künste Bremen. Ab 2005 Bachelorstudium der Sozialwissenschaften an der Hochschule Vechta. Von 2008 bis 2010 Masterstudium der Soziologie und empirischen Sozialforschung an der Universität Bremen. Ab 2011 wiss. Mitarbeiterin am IAW mit dem Promotionsvorhaben, „Familie als Grund für Bedürftigkeit. Motive und Handlungsstrategien in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II mit Erwerbstätigen und Kindern“.

### **Thomas Schwarzer (bis 2009)**

Forschungseinheit Stadt und Region

M.A. Politikwissenschaft; von 1992–2003 wiss. Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung und Lehrbeauftragter für empirische Stadt- und Regionalforschung, Institut für politische Wissenschaft, Universität Hannover. Zwischen 2004 und 2009 wiss. Mitarbeiter im IAW.

### **Nina Seibicke**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

M.A. Politikwissenschaft; Studium der Politikwissenschaft und Philosophie an der Leibniz Universität Hannover 1999 bis 2006. Von 2008 bis 2009 Tätigkeit im Bereich Evaluation von Forschung und Lehre der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH). Seit 2009 wiss. Mitarbeiterin im IAW.

### **Holger Seidel**

Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen

Dipl. Volkswirt; Studium der Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Regionalwissenschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Nach Praktika beim Wirtschaftsministerium und beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Kiel, bis Ende 2010 in Bremen bei der Prognos AG im Geschäftsfeld Regionalentwicklung und Strukturpolitik tätig. Seit April 2011 wiss. Mitarbeiter im IAW.

### **Florian Smets (bis 2008)**

Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen, Wandel der Arbeitsgesellschaft

M.A. Stadt- und Regionalentwicklung; Studium an der Universität Bremen und der National University of Ireland/Maynooth. Abschluss 2007. Mehrjährige Beschäftigung im IAW als stud. und wiss. Mitarbeiter. Forschungsschwerpunkte: Maritime Wirtschaft, insbesondere die deutsche und europäische Schiffbauindustrie. Mitarbeit an mehreren Studien. 2008-2009 wiss. Mitarbeiter im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung/IAB Regional in der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen in Hannover. Seit 2009 Referent bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales.

### **Jörg Sommer**

Geschäftsführung, Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Dr. rer. pol., Dipl. Oec.; 1995 bis 2001 Studium der Wirtschafts- und Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Nach dem Abschluss als Dipl.-Ökonom wiss. Mitarbeiter und Doktorand am Zentrum für Sozialpolitik (ZeS). 2007 Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Bremen. Anschließend wiss. Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover (2007) sowie Parlamentsreferent für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (2008). Seit November 2008 im IAW als Assistent des Institutsdirektors sowie wiss. Mitarbeiter und Projektleiter tätig. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Theorien politischer Steuerung, politisches System der Europäischen Union.

### **Helmut Spitzley †**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Prof. Dr. phil.; Studium der Stadt- und Regionalplanung und der Soziologie und Politikwissenschaften an der FU Berlin. Wiss. Mitarbeiter an der TU Berlin (1972-1978), Akademischer Rat am Seminar für Arbeitswissenschaft der Universität Hannover (1978-1980) und wiss. Mitarbeiter im Forschungsprojekt Energie und Gesellschaft der TU Berlin (1980-1983). Seit 1983 Professor für Arbeitswissenschaft mit den Schwerpunkten: Politische, technologische und ökologische Determinanten von Arbeit an der Universität Bremen. Forschungsgebiete: Arbeits- und Beschäftigungspolitik, Arbeitszeitpolitik, Arbeitsorganisation in Unternehmen, Wandel der Arbeitsbeziehungen, Zukunft der Arbeit, Work-Life-Balance.

### **Christiana Steib-Golles**

Verwaltung

Sachbearbeitung in der Verwaltung des IAW tätig. Arbeitsschwerpunkte: Haushalt und Finanzen.

### **Anita Stickdorn**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dipl. Sozialarbeiterin; Studium an der Fachhochschule Bielefeld - Abschluss 1977; Freiberufliche Rechtsbetreuerin in Praxisgemeinschaft für die Amtsgerichte Bremen und Osterholz-Scharmbeck 1992 -2001. 2002 - 2006 Dipl. Sozialarbeiterin in der Benachteiligtenförderung im Arbeiter- Bildungs-Centrum Bremen; Magisterstudium der Soziologie mit dem Schwerpunkt Arbeit und Gesundheit. Abschluss in 2006. Seit 2008 wiss. Mitarbeiterin im Projekt BRELAG II der GPI GmbH in Bremen. Ab Juni 2010 wiss. Mitarbeiterin im IAW.

### **Jochen Tholen**

Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen

Dr. rer. pol.; Studium der Betriebswirtschaftslehre (Diplom-Kaufmann) und Soziologie (Diplom-Soziologe) an den Universitäten Hamburg und Bremen. 2001-2006 Leiter der Forschungseinheit „Strukturwandel von Wirtschaft und Unternehmen“ des IAW, seit 2006 Co-Leiter der Forschungseinheit „Wirtschaft und Finanzen“ im selben Institut. Seit 2003 Experte im EU Sozialdialog Schiffbau. Mitglied im Editorial Board der Zeitschrift „Journal of Labour Studies“. Vice President des Research Committees 02 „Economy and Society“ der International Sociological Association ISA (2003-2006).

### **Ariela Trümper**

Verwaltung

Sachbearbeitung in der Verwaltung des IAW. Arbeitsschwerpunkte: Haushalt und Finanzen.

### **Jenna Voss (bis 2009)**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

Dr. rer. pol., M.A. Soziologie; Studium der Soziologie und Sozialpsychologie an der Universität Hannover; Schwerpunkte: Methoden der empirischen Sozialforschung, Lebensführung, Arbeits- und Industriesoziologie. Von 2002-2009 wiss. Mitarbeiterin im IAW. Promotion 2009.

### **Erich Wachtveitl**

Forschungseinheit Qualifikationsforschung und Kompetenzerwerb

Dr. rer. pol.; Studium der Empirischen Erziehungswissenschaften, Psychologie, Soziologie an den Universitäten Stockholm/Schweden und LMU München von 1967-1973. 1978 Promotion. Wiss. Mitarbeiter im Planungsteam Hochschuldidaktik der LMU München. Wiss. Mitarbeiter in DFG-Forschungsprojekten zur Berufsfindung und beruflichen Sozialisation und Entwicklung qualitativer Forschungsmethodik Universität Bremen von 1978-1986. Seit 1987 im Kooperationsbereich der Universität/Arbeiterkammer Bremen, anschließend im IAW beschäftigt.

**Alexandra Wangler**

Forschungseinheit Wirtschaft und Finanzen

Dr. phil.; Studium an der Universität Bremen von 2001 bis 2006 in den Magisterstudiengängen Kulturwissenschaft, Soziologie und Polonistik. Schwerpunktbereiche: Jugend- und Generationsforschung, Sozialer Wandel und Sozialstruktur, Migration, Minderheiten und Identitätspolitik. 2007 bis 2011 Doktorandin an der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS). Seit 2011 wiss. Mitarbeiterin am IAW.

**Günter Warsewa (Direktor)**

Forschungseinheit Stadt und Region

Dr., Dipl. Sozw.; Leiter der Forschungseinheit „Strukturwandel von Stadt, Region und öffentlichem Sektor“ am IAW. Arbeitsschwerpunkte: Stadt- und Regionalforschung und -politik, Arbeits- und Industriesoziologie, sozialwissenschaftliche Umweltforschung, politische Ökologie. Seit 2009 Direktor des IAW.

**Susanne Wendland (bis 2010)**

Forschungseinheit Stadt und Region

Dipl.-Pol.; 2000-2007 Studium der Politikwissenschaft/Sozialpädagogik an der Universität Bremen und stud. Mitarbeiterin im SfB-Projekt „Prävention und Intervention“. 2007-2009 Referentin in der Jugend- und Erwachsenenbildung und freie Moderatorin für kommunale Beteiligungsprozesse. Ab 2009 wiss. Mitarbeiterin am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) und Lehrbeauftragte für Politikwissenschaft B.A./LA. Seit 2010 wiss. Mitarbeiterin im IAW und Doktorandenstipendiatin der Universität Bremen. Arbeitsschwerpunkte: Demokratie- u. Partizipationsforschung, Direkte Demokratie u. Bürgerbeteiligung, Lokale Governance, Kommunalpolitik.

**Christian Weißels**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

M.A. Sozialpolitik; 2005 bis 2011 Studium der Politikwissenschaft (B.A.) und Sozialpolitik (M.A.) an der Universität Bremen. Seit August 2011 wiss. Mitarbeiter am IAW. Arbeitsschwerpunkte: Sozial- und Arbeitsmarktpolitik; statistische Methoden und Analyseverfahren.

**Wolfgang Wiezoreck-Heimann**

Dokumentationszentrum für Europäische Gewerkschaftspublikationen

Dipl.-Soz.; Studium der Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre an der FU Berlin. Anschließend Bibliotheksrat an der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen, zuständig für das Fachgebiet Soziologie. Von 1988-2005 zusammen mit der Hans-Böckler-Stiftung Herausgeber des Pressespiegels aus der deutschsprachigen Gewerkschaftspresse. Arbeitsschwerpunkt: Gestaltung und Entwicklung der im Internet recherchierbaren Datenbank zur Europäischen Gewerkschaftspolitik (DEGPOL).

**Irina Zaitschenko (bis 2009)**

Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft

M.A. Soziologie; 2000-2007 Studium der Soziologie, Erziehungs- und Kunstwissenschaft an der Universität Bremen. Während und nach dem Studium als Interviewerin in einem Marktforschungsinstitut tätig, anschließend im IAW als wiss. Mitarbeiterin im Projekt „AQUIN – Arbeit, Qualität und Innovation“ tätig. Arbeitsschwerpunkte: Soziologie der Wirtschaft, Arbeit und Bildung, Politiksoziologie.





Forschung  
Forschung

Transfer  
Transfer

Evaluation  
Evaluation

Beratung  
Beratung